Helmut Sündermann

Deutsche Notizen

Druffel Verlag

Helmut Sündermann

Deutsche Notizen 1945/1965

Erlebnis Widerspruch Erwartung

DRUFFEL VERLAG

Ein historisch-politisches Zeitdokument

In diesem ungewöhnlichen Buch sind scheinwerferartige historische Aufzeichnungen aus dem Winter 1944/45 (der Verfasser war damals als Stellvertretender Pressechef der Reichsregierung in der Berliner Wilhelmstraße und im Führerhauptquartier tätig) mit kritischen Notizen zum unmittelbaren Heute verbunden. Es zeigen sich hier nicht nur bemerkenswerte neue Antworten zu der Frage, was in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite erwogen, gewünscht oder befürchtet, was bewußt oder instinktiv oder unvermeidlich getan und unterlassen wurde; in der Zusammenschau zweier Jahrzehnte spiegeln sich die fortwirkenden, eng verknüpften deutschen und europäischen Lebensprobleme in ihrer Dramatik und tieferen Bedeutung. In lebhafter Tag-für-Tag-Notierung entwickelt sich ein eindrucksvoller Wahrheitsbeweis: wie 1944/45 das Vordringen der Russen nach Mitteleuropa eine Folge der Rooseveltschen Haßverblendung, seiner Invasionsstrategie und der Jalta-Politik gewesen ist, so wirkt auch heute noch eine stille Kriegsfortsetzung weiter, um die Zwangsregelungen von damals aufrechtzuerhalten und für die Zukunft festzulegen. Die „Steinigung Deutschlands“ (ein Wort Sven Hedins aus dem Februar 1945) begann 1914 und ist noch nicht beendet — dieses bestürzende Zeitphänomen wird von einem nachdenklichen und unterrichteten Zeugen mit scharf zeichnender Feder umrissen. Er hält freilich den Blick nach vorne gerichtet, sucht nach einem Ausweg aus der vom „Anti-Germanismus“ bezeichneten Verirrung der weißen Völkergemeinschaft und glaubt entschieden an eine deutsche Aufgabe in der Welt von morgen.

HELMUT SÜNDERMANN

DEUTSCHE NOTIZEN

Erlebnis – Widerspruch – Erwartung

HELMUT SÜNDERMANN

DEUTSCHE NOTIZEN 1945/1965

ERLEBNIS – WIDERSPRUCH – ERWARTUNG

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag und Kartenskizzen: Hasso Freischlad

Die vier Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 65, 177, 273, 305,
Die zwei Kartenskizzen sind eingeschaltet auf den Seiten 8 und 341

1965
 · Satz, Druck und Bindearbeiten: Graph. Betriebe Dr. F. P. Datterer & Cie. – Inh. Sellier – Freising · Printed in Germany

---

Verzeichnis der Notizen

1944

1965



Mitteleuropa vor Beginn der Invasion

Im Abstand von Jahrzehnten

wurden die in diesem Buch zusammengestellten Aufzeichnungen, die in den Jahren 1944/1945 in der Berliner Wilhelmstraße und im damaligen Führerhauptquartier entstanden sind, wieder zur Hand genommen und durch Notizen zum Gegenwartsgeschehen ergänzt.

Das früheste Datum lautet auf den 6. Juni 1944, den Tag, an dem die deutsche Wehrmacht im fünften Jahr des Zweiten Weltkrieges gegen die Sowjet-Russen noch weit im Osten die Linie zwischen Pleskau und Odessa hielt....

Mit der Normandie-Invasion begann das bisher letzte Kapitel der abendländischen Tragödie. Der Angriff aus Übersee – von Stalin jahrelang gefordert, vom Präsidenten Roosevelt in verhängnisvoller Leidenschaft betrieben – hat mit der Niederwerfung Deutschlands auch Europa zerstört. Die Fronten sind seither erstarrt, aber das ist auch alles.

*

Ein befreundeter Historiker drängte zur Veröffentlichung der Aufzeichnungen aus den Jahren 1944/45, weil er in diesen Fragmenten manche Antwort erkennt zu der bisher meist übergangenen Frage, was in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite erwogen, gewünscht oder befürchtet, was bewußt oder instinktiv oder unvermeidlich getan und unterlassen wurde.

Der Autor glaubt, diesen schon in weiten Abstand gerückten Unterlagen auch heutige Tagesnotizen beifügen zu sollen – sie zeigen in beunruhigender Weise, wie ernstlich die beiden Weltkriege, die man auch die „Deutschland-Kriege“ nennen kann, immer noch und immer wieder in die unmittelbare Gegenwart wirken.

Nach dem bunten Vielerlei, das der Tag in die Feder diktierte, soll im Schlußkapitel eine zusammenfassende Deutung gewagt werden.

Das Ehrlichkeitsverlangen, das an ein Zeitdokument dieser Art gestellt ist, erfordert es, Ansichten, Hoffnungen, ja Aus-

drucksweisen, die im Lichte der eingetretenen Ereignisse einer Korrektur bedürfen, ebenso unverändert wiederzugeben, wie solche, die sich bestätigt haben. Der kritische Leser, an den allein dieses Buch sich wendet, wird zu unterscheiden wissen.

Die in den Aufzeichnungen aus den Jahren 1944/45 vielfach angeführten Zitate wurden, soweit irgend möglich, auf ihre Richtigkeit hin überprüft und im bestätigten Wortlaut verwendet.

Tagebuch zweier Jahre

1944: Die „große" Invasion beginnt

6. Juni 44

Das Diarium des Journalisten ist die Zeitung, selten führt er ein Tagebuch, und so habe auch ich es versäumt, den Verlauf des Krieges in privaten Niederschriften festzuhalten. Manche Einzelheiten mögen damit meiner Erinnerung verlorengegangen sein. Ob und inwieweit sie wirklich wichtig waren, mag die Zukunft entscheiden. Heute freilich begann mit der seit 1942 angekündigten, aber immer wieder verschobenen amerikanisch-englischen Invasion auf dem Boden des vor vier Jahren von uns besetzten Frankreich zweifellos die entscheidende Phase des Krieges; jetzt kann fast jeder Tag wichtig werden. Deshalb von nun ab Notizen!

*

Heute früh kurz vor 6 Uhr schrillt das Telefon, das neben dem Bett steht. Gewohnheitsmäßiger Griff zum Hörer. Vielleicht wieder eine Meldung über den Einflug feindlicher Flugzeuge? Neuerdings finden auch bei Tageslicht Angriffe auf die Zivilbevölkerung statt, seit einigen Wochen sogar in neuer Form: jetzt schießen niedrig fliegende feindliche Jagdmaschinen mit ihren Bordwaffen auf Fußgänger, Bauern auf dem Feld, spielende Kinder und andere Ziele dieser Art. Wir mußten uns kürzlich sogar in der „Tagesparole" mit dieser neuesten Form der „Kriegführung" beschäftigen*.

---

* Die „Tagesparole des Reichspressechefs" war eine in Punkte gegliederte tägliche Kurz-Mitteilung an die Schriftleitungen aller Tageszeitungen im Reichsgebiet. Sie wurde mittags zunächst in der „Pressekonferenz der Reichsregierung" den Berliner Vertretern der größeren Blätter bekanntgegeben und dann über ein Fernschreibnetz verbreitet.

Der Inhalt der „Tagesparole" galt als streng vertraulich und hatte formell Weisungsqualität; das bedeutete, daß Zuwiderhandlungen als „Berufsvergehen" durch die „Berufsgerichte der Presse" geahndet werden konnten. Diese durften Verwarnungen, Geldbußen und als Höchststrafe die Löschung aus der „Berufsliste der Schriftleiter" verfügen. In der tatsäch-

Heute teilt der diensttuende Beamte Wichtigeres mit: „Die Invasion scheint begonnen zu haben, Landung feindlicher Fallschirm- und Luftlandeeinheiten im Gebiet der Seine- und Viremündung."

Mein erster Gedanke gilt den Nachrichtenbüros: Vor Wochen schon ist mit ihnen abgesprochen, sich auf dieses Ereignis besonders vorzubereiten. Bereits Anfang Mai waren wir alarmiert. Unsere Militärs wissen von den Marineleuten genau die Tage, in denen aus Ebbe-Flut-Gründen die alliierte Landung wahrscheinlich erschien und Dr. Dietrich wollte sicherstellen,

---

lichen Praxis ergab sich nur in seltenen Ausnahmefällen ein Anlaß, die Prozedur der Pressegerichtsbarkeit wegen Verstößen gegen die „Tagesparole" in Gang zu setzen.

Rechtlich stützte sich der verbindliche Charakter der „Tagesparole" auf die Bestimmungen des seit dem 4. Oktober 1933 geltenden Schriftleitergesetzes, das für die Ausübung des journalistischen Berufes, d.h. für die „Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften" Sonderregelungen traf. Durch § 14 dieses Gesetzes wurden den Schriftleitern mehrere „Berufspflichten" auferlegt, darunter: aus den Zeitungen alles fernzuhalten, „was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen".

Dem Pressechef der Reichsregierung oblag es, den Schriftleitern die zur täglichen Wahrnehmung dieser Berufspflichten nötigen Orientierungen zukommen zu lassen – das geschah ab November 1940 bis zum April 1945 durch die schriftlich fixierte „Tagesparole des Reichspressechefs". Deren in einigen Archiven erhaltenen Texte bilden eine bisher noch wenig beachtete Quelle für die politischen und militärischen Lagebeurteilungen auf deutscher Seite während fast des ganzen Zweiten Weltkrieges. Obwohl die Formulierungen der Tagesparole nur zum Teil vom Reichspressechef Dr. Dietrich stammten (sie wurden von den einzelnen Reichsministerien, insbesondere vom Auswärtigen Amt, in der in Berlin täglich um 11 Uhr 45 stattfindenden „Tagesparolen-Besprechung" vorgebracht) so hat sich Dietrich doch die Kontrolle nicht nur vorbehalten, sondern sie auch täglich ausgeübt – bei Abwesenheit von Berlin durch telefonische Rücksprache mit den Konferenzteilnehmern. Er sah dabei darauf, daß die Schriftleitungen einerseits nicht zu viele Weisungen oder zu wenige Informationen erhielten, und daß andererseits möglichst keine Richtlinien erteilt wurden, die etwa mit Hitlers Ansichten nicht übereinstimmten. Diese kannte Dr. Dietrich, weil er sich seit August 1931 stets in seiner Begleitung befand.

Zum historischen Verständnis der „Tagesparole" muß berücksichtigt werden, daß in den Jahren ihrer Praktizierung Kriegszustand herrschte und auch in London und Washington vertrauliche Direktiven an die Presse

daß die Welt die Nachricht vom Invasionsbeginn möglichst aus deutscher Quelle erfahren sollte. Außerdem hat er bereits damals den Schriftleitungen eine „Sprachregelung“ zukommen lassen, in der er sagte, „daß das zu erwartende Unternehmen des Feindes sicherlich mit großem Nachdruck durchgeführt wird und deshalb besondere Forderungen an die deutsche Widerstandskraft stellt“. Die von der Marine bezeichneten Gefahrentage des Mai vergingen ohne das erwartete Ereignis. Die jetzigen Junitage sind uns aber ebenfalls als „mögliche Invasionstage“ angesagt gewesen.

---

erteilt wurden (in Moskau ist das heute noch der Fall); andererseits bot das deutsche Schriftleitergesetz dem Journalisten für die unmittelbare Verpflichtung auf den Staat einen gewissen Ausgleich dadurch, daß es ihn von Weisungen des Zeitungsverlegers, also des Besitzers des Unternehmens, fast völlig frei stellte, ihm Kündigungsschutz u. a. sicherte. Ein Zeitungsverleger, der auf die „Gestaltung des geistigen Inhalts einer Zeitung“ „unter Mißbrauch der durch das Angestelltenverhältnis des Schriftleiters bewirkten Abhängigkeit“ einwirken wollte, konnte wegen „Pressenötigung“ mit Gefängnis „nicht unter drei Monaten“ bestraft werden (§ 30 Schriftleiter-Gesetz).

Gegen die in der Entstehungszeit des Gesetzes im Sommer 1933 von Dr. Dietrich in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident der deutschen Journalisten-Organisation durchgesetzte „Entmachtung der Verleger im eigenen Haus“ ist der „Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger“ bis 1945 immer wieder aufgetreten, ohne jedoch die angestrebte Änderung des Gesetzes erwirken zu können. In meiner zu diesen Auseinandersetzungen noch 1942 veröffentlichten Schrift „Bemerkungen über die Zeitung“ schrieb ich:

„Ein Journalist kann überzeugt sein von den Aufgaben seines Volkes, von politischen oder kulturellen Zielen, vom Programm einer politischen Bewegung; er braucht sich dieser Überzeugung nicht zu schämen und kein Leser wird ihn verachten, wenn er ehrlich zu ihr steht. Niemand aber kann von Anschauungen deshalb überzeugt sein, weil sein privates Angestelltenverhältnis ihn darauf verpflichtet, und solche ‚Meinungen‘ können deshalb auch nicht ehrlich vertreten werden. Bei einer Präzisierung der Autoritäten, die im Einfluß auf die Zeitungen an die Stelle des Kapitals treten, wird es je nach der inneren Struktur des Staates verschiedenartige Lösungen geben; sie sollten aber das eine Gemeinsame haben, daß der Journalist nicht in eine wirtschaftliche, sondern stets nur in eine ausschließlich geistige bzw. politische Verantwortlichkeit für sein geschriebenes Wort eintreten kann, wenn eine dem wahren Wesen der Presse gemäße Lösung gefunden werden soll.“

Das Problem, wie der *geistige* Beruf des Journalisten einerseits vor der Scylla der Regierungskontrolle, andererseits vor der Charybdis des verlegerischen „Herr-im-Hause“-Standpunktes bewahrt werden kann, ist auch nach Aufhebung des deutschen Schriftleiter-Gesetzes durch die Besatzungsmächte ungelöst geblieben.

Sowohl das „Deutsche Nachrichtenbüro“ wie der „Transozean“-Dienst haben Mitteilungen ihrer Pariser Büros vorliegen. Ich zweifle nicht daran, daß die Meldungen stimmen; sie werden nun unverzüglich in die Welt gefunkt.

*

Schon vor zwei Jahren brachte eine englische Zeitung eine Karikatur, die mir im Gedächtnis geblieben ist. Sie zeigte in Umrissen die Landkarte Europas – an allen wichtigen Küstenpunkten von Nordnorwegen bis zum Peloponnes war in kauernder Haltung die Figur Adolf Hitlers eingezeichnet, die Hand über den Augen nach einer Invasionsflotte Ausschau haltend.

Diese lustige Zeichnung machte treffend die Schwierigkeiten deutlich, denen wir uns gegenübersehen seit die Tatsache offenkundig wurde, daß die Westmächte Invasionsvorbereitungen großen Stils treffen. Der normale Vorteil des Angreifers, daß er sich den Zeitpunkt und den Ort seiner Offensive wählen kann, war in diesem Fall, da die See – fast völlig beherrscht von der britischen Flotte – zwischen den Fronten lag, von besonderem Wert für die Alliierten und von außergewöhnlichem Nachteil für uns. Während man zu Lande aus den Aufmarschvorbereitungen des Gegners in der Regel Anhaltspunkte und Hinweise gewinnen kann, fehlen solche Unterlagen fast völlig, wenn es gilt, sich zur Abwehr einer See- und Luftlandung vorzubereiten, bei der sogar noch nach begonnener Operation bedeutende Überraschungen möglich sind.

Schon im November 1942, als die Nachricht von der Durchfahrt beträchtlicher Kriegsschiffeinheiten und Geleitzüge durch die Straße von Gibraltar im Führerhauptquartier bekannt wurde, war dort die Aufregung nicht gering. Niemand konnte die Frage beantworten, wohin wohl diese Landungsflotte sich wenden werde. Wie eine drohende Wolke lag einen Tag lang die Möglichkeit in der Luft, daß die Amerikaner und Engländer sich mit einem kühnen Sprung in Korsika und in Südfrankreich festsetzen könnten – wo sie keinerlei Widerstand erwartete, da diese Teile Frankreichs bis dahin von deutschen Truppen nicht besetzt waren. Die Kunde von der Landung in Nordafrika wurde demgegenüber als Erleichterung empfunden. Das deutsche Ostheer kämpfte damals noch im Kaukasus und bei Stalingrad,

zahlreiche gute Divisionen standen auf afrikanischem Boden, in Frankreich lagen zwar – nördlich der Demarkationslinie – erhebliche Kräfte, doch befanden sich diese meist in Auffrischung und mußten erst zusammengefaßt werden, von der italienischen Armee waren wirkungsvolle Kampfleistungen nicht zu erwarten – eine angloamerikanische Landung in Südfrankreich mit anschließender schneller Operation im französischen oder oberitalienischen Raum hätte für die deutsche Kriegführung unvermeidbar zur Katastrophe werden müssen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie Generaloberst Jodl mir das in einem Nach-Tisch-Gespräch erzählte, als alles vorbei war. Ob wir später einmal erfahren werden, warum die Amerikaner und Engländer vor anderthalb Jahren so zaghaft vorgegangen sind? Jedenfalls atmete man bei uns zunächst auf, als die britischen und amerikanischen Truppen in Casablanca, in Algier und Marokko einzogen; und wir beeilten uns, Südfrankreich zu besetzen, um der Wiederholung einer so überraschenden Situation gründlich vorzubeugen.

Seit diesen aufregenden Tagen besteht praktisch schon eine Art Zweifronten-Krieg. Trotz des Fehlschlages im Kaukasus und der Niederlage bei Stalingrad, wäre die deutsche Kraft im Osten noch stark genug gewesen, um – aufgefüllt durch die im Winter in der Heimat ausgebildeten Reserven – im Sommer 1943 auf diesem Kriegschauplatz erneut erfolgreich aufzutreten. Die Verluste der Russen waren bei ihrer ersten großen Gegenoperation beträchtlich gewesen. Nun aber mußten sich die Blicke des Führerhauptquartiers wieder nach dem Westen und in den Süden richten, kampfkräftige Reserven, bestausgestattete Divisionen mußten hier versammelt werden, der Balkan gewann neue Bedeutung, Norwegen durfte nicht vernachlässigt werden (hier befürchtete der Führer eine Landung unter gleichzeitigem Kriegseintritt Schwedens) – kurz der britische Karikaturist hat vor zwei Jahren die Lage recht gut geschildert!

Für die schwierige, wenn nicht unlösbare Aufgabe, an *allen* bedrohten Punkten wenigstens eine gewisse Verteidigungsbereitschaft sicher zu stellen, wurden wieder – wie 1938/39 beim sogenannten Westwall – die Techniker zu Hilfe gerufen. Im Festungsbau ist in kürzesten Fristen Beträchtliches geleistet worden – der „Atlantik-Wall" steht nicht nur auf dem Papier.

Seit dem vergangenen Winter wurde im Führerhauptquartier das unmittelbare Bevorstehen der „großen“ Invasion erwartet, nachdem den Alliierten die Inbesitznahme Siziliens und Unteritaliens, nicht aber eine rasche Fortführung der dortigen Operationen gelungen war.

Anfang Januar dieses Jahres unternahm Generaloberst Jodl eine Inspektionsreise durch Frankreich und an die Kanalküste, von der er nicht unbefriedigt zurückkehrte. Seine Sorge galt mehr der Möglichkeit, daß die Invasion nicht in Nordfrankreich, sondern auf dem Balkan stattfinden würde. Lange Zeit vermutete er das Hauptquartier Eisenhowers in Gibraltar. Die Erinnerung an die Nordafrika-Geleitzüge des November 1942 ließ seine Phantasie nicht ruhen. Wahrscheinlich hat er es bis heute früh für möglich gehalten, daß durch eine gewaltige Schiffsbewegung ein ganz unerwarteter Schwerpunkt im Mittelmeer geschaffen würde. Ob das auch jetzt noch denkbar wäre? Ich wage nicht, das zu beurteilen.

In einem Vortrag, den Jodl im Februar 1944 vor einem Kreis von Reichsministern und Staatssekretären in Berlin hielt, äußerte er sich über die deutsche Abwehrkraft im Westen durchaus zuversichtlich. Das Bild der Zahlen gibt ihm recht – es stehen nicht weniger als zwei Millionen deutsche Soldaten in Frankreich.

*

Ich gehöre nicht zu denen, die es gar nicht erwarten konnten, bis die Invasion kam – es ist ein Geschehen voll von Wagnissen und Möglichkeiten, das jetzt seinen Anlauf nimmt. Wenn wir die Invasion glatt abschlagen würden, wäre die deutsche Lage von Grund auf zu unseren Gunsten verändert. Werden wir uns ihr schließlich in längerem Kampf erwehren, dann wird der Krieg zwar noch nicht gewonnen sein, aber der Gegner hat dann keine ernsthafte Chance mehr, mit uns fertig zu werden. Wenn wir aber die Invasion verlieren würden, d. h. wenn es dem Feind gelingt, in Frankreich zu weiträumigen Operationen zu kommen, so würde unsere Lage zweifellos sehr schwierig werden. Wir könnten dann nur noch darauf abzielen, dem Feind seine Absicht, eine „bedingungslose Kapitulation“ durchzusetzen, zu teuer werden zu lassen, ihn also „zur Vernunft zu zwingen“.

Diesmal ziehe ich den Volkswagen, der mir für Sonderfälle noch zur Verfügung steht, aus der Garage, um schnell im Büro zu sein.

Während ich durch den kühlen, diesigen Morgen über die fast leere Avus zur Stadt jage, dann über die „Achse“ zum Büro in der Wilhelmstraße, kommt mir der Artikel in den Sinn, an dem ich gestern gearbeitet habe und der die Überschrift tragen sollte: „Am Ende der Stärkere sein“ – das Papier kann ich zerreißen; nun kommt es darauf an, daß wir *jetzt* die Stärkeren sind.

Ab 6 Uhr früh laufen unsere Meldungen, um 9 Uhr warten wir immer noch vergeblich auf eine Bestätigung der anderen Seite. Das britische Reuter-Büro beschränkt sich darauf, unsere Nachrichten von heute früh in seinem Dienst zu zitieren.

Erstes Gespräch mit Dr. Dietrich, der sich in Berchtesgaden befindet, wo zur Zeit auch das Führerhauptquartier arbeitet. Ein neues Bild ergibt sich vorerst nicht. Es sind von der Feindseite starke Verbände im Einsatz, aber die Militärs sagen, man müsse abwarten, ob nicht der Hauptschlag in den nächsten Tagen anderswo erfolgt.

Am späten Vormittag liegen immer noch keine Nachrichten von der Gegenseite vor, aber zahlreiche Mitteilungen darüber, daß in der ganzen Welt Extra-Ausgaben der Zeitungen mit den deutschen Meldungen erscheinen.

Es ist grotesk – auch New York ist mit deutschen Nachrichten überschwemmt. Gegen Mittag endlich gibt das Invasions-Hauptquartier die ersten Mitteilungen frei, sie sind sehr vorsichtig und zurückhaltend formuliert, bestätigen aber immerhin die Nachrichtenflut, die seit den Morgenstunden von unseren Büros verbreitet wird.

Um 12 Uhr spreche ich wie üblich nochmals telefonisch mit Dr. Dietrich; er gibt den ersten Punkt der Tagesparole durch, in dem er sagt:

„Der Nachrichtenstoff über den Beginn der Invasion in der Mitte der nordfranzösischen Küste bildet die große Aufmachung der deutschen Presse. Das Landungsunternehmen ist der Anfang der großen Kraftprobe des Kampfes um die Festung Europa.“

Dietrich will, daß ich mit zur täglichen Pressekonferenz gehe und seine Gesichtspunkte weiter unterstreiche. Der Protokoll-

führer hat aus meinen Ausführungen notiert: „Der entscheidende Kampf hat nunmehr begonnen. ... Mit dieser Invasion kann sich das Bild des Krieges vollkommen verändern. Wir müssen damit rechnen, daß der Feind auch im Osten die Gelegenheit benützen wird. ..."

Nachmittags kommen aus Paris erste Erfolgsmeldungen über die Kämpfe an der Küste – erfahrungsgemäß wird man freilich frühestens in drei Tagen ein zuverlässiges Bild vom tatsächlichen Verlauf der ersten Kämpfe gewinnen und absehen können, mit welcher weiteren Entwicklung zu rechnen ist.

1964: Ein amerikanischer Professor und die Kriegsschuldfrage

6. Juni 64

Eine merkwürdige historisch-politische Diskussion hat in den letzten Wochen die publizistische Szene Westdeutschlands belebt. Da erschien vor anderthalb Jahren das dickleibige wissenschaftliche Werk eines amerikanischen Professors, der sich die diplomatische Geschichte der Jahre 1938 und 1939 vorgenommen und dabei festgestellt hat, daß der damalige britische Außenminister Lord Halifax eine ziemlich dunkle Rolle gespielt und das Seinige zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen hat.

Auf Seite 799 seines Werkes kam David Leslie Hoggan zu dem Schluß, der schlimmste politische Fehler unserer Zeit sei „unzweifelhaft der britische Entschluß" gewesen, „die Vernichtung Deutschlands herbeizuführen". Und er meinte, die „Zerstörung Europas in diesem größten aller Kriege" sei eine „Folge der Illusionen und des gnadenlosen Handelns von Lord Halifax" gewesen, „eines unerschütterlich in veralteten Begriffen lebenden und frommen britischen Aristokraten".

Die „Gesellschaft für freie Publizistik" – eine Gruppe von Journalisten und Verlegern sehr unterschiedlicher Prägung – war von der Arbeits- und Mutleistung Hoggans so beeindruckt, daß sie ihm den „Ulrich von Hutten-Preis" stiftete und den amerikanischen Professor zu einer Deutschlandreise einlud. Das wiederum hat zu aufgeregten Kommentaren in der Presse, zu einer Diskussion im Bundestag, zu einer Bemerkung des Bundesinnenministers, die Hoggan-Ehrung bedeute „groben Unfug" usw. geführt.

Ein Nachrichten-Magazin entdeckte und kritisierte, daß das Hoggan-Buch unter dem gleichen Titel erschien, den ich vor 20 Jahren für eine Artikelserie verwendet hatte – „Der erzwungene Krieg".Immerhin haben die „Spiegel"-Leute meinen „Leserbrief" veröffentlicht:

„Ich hätte nicht mehr gewußt, daß meine Artikelserie damals unter diesem Titel veröffentlicht wurde. Gut erinnere ich mich jedoch an das Material, auf das ich meine damalige Arbeit stützte: an die in den polnischen Archiven aufgefundenen und seither nur noch selten erwähnten Dokumente, die insbesondere die nachdrücklichen Einmischungen des seinerzeitigen amerikanischen Präsidenten in die deutsch-polnischen Beziehungen bereits ab Herbst 1938 drastisch beleuchteten. Hoggans Argumentation unterscheidet sich nicht unbeträchtlich von meiner damaligen und auch von den seitherigen Thesen anderer revisionistischer Kriegsschuldforscher (z.B. Professor Tansill: Hintertür zum Krieg). Hoggan lokalisiert die Initiative zu der unmittelbar nach der Münchner Konferenz einsetzenden ‚stop Hitler'-Politik in London, während es gute Gründe dafür gibt, den Einfluß des Präsidenten Roosevelt stärker zu bewerten.

Unverständlich ist allerdings die Aufregung, die auch den ‚Spiegel' hinsichtlich Hoggans erfaßt hat. Warum überlassen wir es nicht den Engländern, ihren Lord Halifax gegen die Anschuldigungen des amerikanischen Professors in Schutz zu nehmen?

Die ‚Spiegel'-Fragestellung war ja geradezu hysterisch: Weder Hoggan noch irgend jemand sonst hat je behauptet, Hitler sei ein Pazifist gewesen. Ein solcher Satz wäre genau so albern wie es die Nürnberger These war, Hitler habe einen Krieg einfach um des Krieges willen gewollt. Die schlichte Wahrheit liegt – wie so oft – zwischen so übereifrigen Deutungen: Eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion hielt Hitler zweifellos für gewiß, und auf sie hat er sich vorbereitet. In den Kampf mit Polen, Frankreich und England wurde er ebenso gewiß hineinmanövriert; das war sicherlich ein ‚erzwungener Krieg'. Die Gelehrten mögen sich noch lange streiten, wer diesen Krieg eifriger betrieb, Roosevelt oder Halifax?"

Eine große Tageszeitung, der ich zum gleichen Thema schrieb, fand, daß meine Zuschrift „die Diskussion nicht wesentlich weiter führt" und schickte meinen Text zurück:

„In Ihrem Leitartikel ‚Sich der Geschichte stellen' berühren Sie den Kern des Problems: die sogenannte Kriegsschuld-Frage steht schon seit geraumer Zeit zu sachlicher Diskussion an, aber das Abwägen von ‚Für' und ‚Wider' kann erst beginnen, wenn nicht nur

eine These als erlaubt gilt und nicht jede Gegenstimme mit Niederbrüllen beantwortet wird.

Die Kernfrage freilich wird sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg auch für den sachlichen Historiker recht politisch bleiben: schon das Kaiserreich hat durch seine bloße Existenz gefährliche Gegnerschaft erzeugt (Bismarcks ‚cauchemar'!) und ebenso hat Hitler den Zweiten Weltkrieg jedenfalls insoferne ausgelöst, als er erneut eine deutsche Großmachtstellung entwickelte. Alle Untersuchungen können offensichtlich nur die Frage abtasten, ob es etwa vor 1914 oder zwischen 1933 und 1939 möglich gewesen wäre, die Feindschaft der anderen Mächte gegen den wiedererstandenen Konkurrenten zu überwinden oder ihr auszuweichen.

Sicherlich ließe sich manche nützliche Erkenntnis auch für unsere Gegenwart und Zukunft aus solchen Erörterungen gewinnen – aber nur dann, wenn sie in ungehinderter und anständiger Wechselrede geführt werden. Hinsichtlich der Behandlung, die der amerikanische Professor von den deutschen Gralshütern der Nürnberger Legende erfuhr, drängt sich das alte Sprichwort auf: ‚Wer schimpft, hat unrecht.'"

1944: Noch eine zweite Landung?

7. Juni 44

Das Thema der „Zweiten Front" ist fast so alt wie unsere Rußland-Offensive. Ich grabe im Archivmaterial und finde bald, was ich suche, um meinen Artikel, wie er jetzt geschrieben werden muß, einzuleiten:

„Es war bereits in den ersten Augusttagen 1941, als die britische ‚Sunday Times' die folgenden bemerkenswerten Worte schrieb: ‚Selbst wenn die Invasion den Engländern zehntausende von Toten und Verletzten kosten würde – so bemerkt man in Moskau – dürfte eine derartige Offensive trotzdem nicht unterlassen werden.'

Dieser vor nunmehr drei Jahren veröffentlichte Satz enthält alles, was auch heute noch zu sagen ist. Was man damals in Moskau ‚bemerkte', führen die Churchill und Roosevelt nunmehr nach langem Zögern, aber wortgetreu aus. Es ist wahrlich eine *Sowjet*-Offensive, die wir im Westen erleben."*

Obwohl es nun klar ist, daß die Invasion nicht auf den Balkan zielt, ist die seit zwei Jahren herrschende Unsicherheit über den Schwerpunkt noch nicht endgültig beseitigt. Die Militärs

* Unter der Überschrift „Die Sowjetoffensive im Westen" erschienen im „Völkischen Beobachter", Norddeutsche Ausgabe, 8. 6. 1944.

erklären mit Nachdruck, daß noch eine zweite Invasions-Armee in England bereitstehe und daß deren Landung im Raum von Calais zu erwarten sei.

Bisher sind dem Gegner Landungen an der Orne-Mündung und in der Gegend von Bayeux gelungen. Auch eine Fallschirmlandung nördlich Carenton muß mit einiger Sorge beachtet werden. Der Feind braucht einen Hafen und wird deshalb vor allem nach Cherbourg streben.

*

Der Propaganda-Staatssekretär der Pétain-Regierung Philipp Henriot ist zu einem schon seit längerer Zeit geplanten Besuch in Berlin eingetroffen. Dr. Goebbels gibt ein kleines Essen in seinem Hause, anschließend stelle ich Henriot der deutschen und ausländischen Presse vor. Er ist impulsiv und lebhaft, eine starke Persönlichkeit. Es geht ihm der Ruf eines bedeutenden Redners voraus. Angesichts der eingetretenen Ereignisse faßt er sich kurz, was man ihm nicht übelnehmen kann. Immerhin sagt er: wenn in den Reden der Churchill, Roosevelt und de Gaulle von einer „Befreiung" des französischen Bodens durch die Anglo-Amerikaner gesprochen werde, so seien diese Formeln weniger überzeugend als die rücksichtslose Bombardierung französischer Städte.

Henriot hat sich wie viele bedeutende Franzosen zur deutsch-französischen Verständigung bekannt, weil er sie als Voraussetzung einer europäisch-bestimmten Zukunft ansieht. Ich habe kritische Stimmen gehört, die ihn als „gefährlich" bezeichnen. Als das mag er denen gelten, die sich ein strikt im deutschen Kielwasser operierendes Frankreich wünschen. Unbequem, aber ehrlich – das ist der Eindruck, den er macht. Wir würden sicher gut beraten sein, uns in Frankreich an diesen Typus zu halten, wenn dort wieder Politik zu machen ist.

1964: Ein Hitler-Dokument in englischer Sprache

7. Juni 64

Aus England wird mir ein merkwürdiges, aber interessantes kleines Buch gesandt. In einem angesehenen Verlag ist dort – von Professor Trevor-Roper ausführlich eingeleitet – Hitlers angebliches „politisches Testament" erschienen.

Es handelt sich nicht um den Text, der von Hitler kurz vor seinem Tod diktiert und 1946 (vollständig oder unvollständig, geändert oder unverändert?) von amerikanischer Seite veröffentlicht wurde. In diesem Buch werden als „Testament Adolf Hitlers" etwa 80 Seiten Aufzeichnungen publiziert, die von Reichsleiter Bormann zwischen dem 4. Februar und 2. April 1945 angefertigt worden sein sollen; sie enthalten rückblickende und ausblickende Kommentare zum Lauf des Zweiten Weltkrieges. Die Texte sollen – wie Trevor-Roper erwähnt – aus einem Verwahrungsort in Bad Gastein stammen und als Fotokopien erhalten sein. Natürlich gibt es – wie bei dem am 29. April 1945 diktierten „Testament" – auch hier keine Gewähr, daß die Veröffentlichung vollständig und unverändert ist; die verwendeten Unterlagen sind nirgends einzusehen, aber aus dem englischen Text wird doch klar, daß das Ganze nicht einfach frei erfunden ist, sondern im wesentlichen seine Richtigkeit hat.

Hitler mag sich damals mit Bormann wirklich so unterhalten und dieser nachträglich zu Papier gebracht haben, was ihm aus diesen Unterhaltungen in Erinnerung blieb. So ähnlich war es ja auch bei den bekannten „Tischgesprächen" – sie sind nicht in jedem Satz zuverlässig oder gar autorisiert, manches wurde offenkundig falsch verstanden, einiges bei der Aufzeichnung mit Ansichten des Sekretärs durchsetzt, der ja seine Notizen bei Tisch nicht offen niederschrieb. Aber die meisten Gesprächslinien sind doch wohl richtig gezeichnet.

So nehme ich mir also auch „The Testament of Adolf Hitler – The Hitler-Bormann-Documents February-April 1945" vor* und lese in englisch, was im deutschen Originaltext bisher nicht mitgeteilt wurde. Schon beim Aufschlagen des kleinen Buches fällt mein Blick auf interessante Sätze. Hitler spricht am 4. Februar 1945 von England und der Situation in den ersten Kriegsjahren:

„Wenn England gewollt hätte, hätte es den Krieg im Frühjahr 1941 beenden können. Am Himmel über London hatte es vor aller Welt seinen Willen zum Widerstand demonstriert und zu seinen Gunsten hatte es die erniedrigenden Niederlagen, die es den Italienern

* Erschienen im Verlag Cassell & Company Ltd., London.

in Nordafrika zugefügt hatte. Das traditionelle England würde Frieden gemacht haben* (a.a.O. Seite 33).

Meine Absicht bei dem Versuch mit England zu einer Verständigung zu kommen, war es, im Westen eine unwiderrufliche Situation zu vermeiden. Später, als ich im Osten angriff und die kommunistische Eiterbeule aufschnitt, hoffte ich in den Gehirnen der Westmächte einen Funken von Gemeinsinn wiederzubeleben. Ich gab ihnen Gelegenheit, einen Beitrag zu einem Akt der Reinigung zu leisten, ohne selbst einen Finger zu rühren ... (a.a.O. Seite 30).

Zu Anfang des Jahres 1941, nachdem seine Erfolge in Nordafrika sein Prestige wieder hergestellt hatten, hatte England eine sehr günstige Gelegenheit, sich aus dem Spiel zurückzuziehen und einen Verhandlungsfrieden mit uns zu schließen.... Deutschland andererseits hatte keine Wahl. Nachdem wir einmal unseren Entschluß erklärt hatten, alle Deutschen in einem großen Reich zu vereinen und ihnen wirkliche Unabhängigkeit zu sichern – in anderen Worten: die Freiheit, ihr eigenes Leben leben – standen alle unsere Feinde sofort gegen uns auf" (a.a.O. Seite 35).

* Der seinerzeitige Gesandte Schwedens in London Björn Prytz hat am 7. September 1965 erstmals sein Schweigen zu einer wichtigen historischen Aussage gebrochen und in einer schwedischen Rundfunksendung den Inhalt einer Unterredung mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Foreign Office, dem heutigen Lord Butler, mitgeteilt. Danach hat Butler ihm am 17. Juni 1940 – dem Tag der französischen Waffenniederlegung – versichert, der Krieg müsse nicht bis zur letzten Entscheidung durchgekämpft werden und eine etwaige Gelegenheit, zu vernünftigen Bedingungen einen Kompromißfrieden zu schließen, werde nicht außer acht gelassen werden. Die „Times" (London) berichtete am 9. 9. 65 über Butlers damaliges Gespräch mit dem Gesandten Prytz weiter: „Sogenannten ‚diehards' (Chauvinisten) werde es nicht gestattet werden, sich in den Weg zu stellen. Es war nach Prytz offensichtlich, daß Butler damals Churchill als den wichtigsten dieser ‚diehards' betrachtete. Während der Besprechung wurde Butler vom damaligen Außenminister Lord Halifax angerufen und aufgefordert, seinem schwedischen Besucher zu versichern, daß gesunder Menschenverstand und nicht Herausforderung die britische Politik beherrschen werde." Tatsächlich aber hat sich Churchill damals doch durchgesetzt und Lord Halifax selbst Ende Juli 1940 Hitlers Friedensappell zurückgewiesen. Die britische Regierung hat ihren Einfluß in Stockholm dahin geltend gemacht, daß der Bericht des Gesandten Prytz bisher nicht veröffentlicht wurde. Noch 1964 wurde dem seinerzeitigen Generalsekretär des schwedischen Außenministeriums Erik Bohemann die Verwendung des Textes in seinen Memoiren nicht gestattet. Lord Butler, von der ‚Times' befragt, erklärte, er wünsche nicht, die Prytz-Mitteilungen zu kommentieren. Die schwedische Regierung hat in einer Sondersitzung unter Vorsitz des Königs beschlossen, den Text des seinerzeitigen Telegramms ihres Gesandten weiterhin geheimzuhalten (Times, London 16. September 65).

9. Juni 44

Heute vor vier Jahren: Unser Angriff an der Aisne – die Franzosen hatten hier keine „Maginot-Linie", sondern verteidigten sich nur in Erdgräben, die sie in wenigen Tagen ausgehoben hatten. Aber wie verbissen hart war der Kampf damals! Von meiner Kompanie fielen hier 37 Kameraden – und wir wurden abgewiesen. Wer unverletzt zurückkam, konnte von einem Wunder sprechen. Erst zwei Tage später überschritten wir den Fluß; die Franzosen hatten die Stellung geräumt, weil sie an anderer Stelle im Rücken gefaßt worden waren. Diese Episoden – in jenen Tagen hundertfach auch an anderen Stellen der Front erlebt – gingen unter in dem schnellen Geschehen, der großen Überlegenheit, mit der der deutsche Sieg in Frankreich schließlich erfochten wurde. Aber sie zeigten doch die Bedeutung des moralischen Elements auch in einem so technischen Krieg. Noch vier Wochen vorher – im Mai 1940 – war die französische Kampfmoral von der berechtigten Frage unterminiert gewesen: „Mourir pour Dantzig?", „Sterben für Danzig?" Im Juni 1940 war der Ausgangspunkt des Kampfes, die französische Kriegserklärung an Deutschland, vergessen; jetzt ging es um den französischen Heimatboden.

Irgendwann im Sommer 1941 kam der Führer im Hauptquartier „Wolfsschanze" rückblickend darauf zu sprechen und meinte, es wäre gefährlich gewesen, den Franzosen damals eine Ruhepause zu erlauben und etwa eine Operation gegen England zu riskieren, ohne Paris genommen und die französische Armee zerschlagen zu haben. Er hatte damit sicher recht gehabt. Einige Wochen oder gar Monate später hätten wir die Aisne nicht mehr überschreiten können.

*

Die Lage im Invasionsgebiet hat sich jetzt einigermaßen geklärt. Der Feind hat Bayeux genommen und sich dort stark gemacht. Unsere Gegenangriffe sind ziemlich steckengeblieben. Wir müssen einen umfassenden Aufmarsch durchführen, der durch den feindlichen Lufteinsatz sehr erschwert wird. Hoffentlich kommt unsere Gegenaktion, von der die Militärs sehr zuversichtlich sprechen, rechtzeitig und stark genug.

1964: Lord Beaverbrook, die Russen und Rudolf Hess

9. Juni 64

Vierzehn Tage, nachdem er in London ein monströses Geburtstagsdinner anläßlich seines Fünfundachtzigsten gegeben hat, ist Lord Beaverbrook auf seinem Landsitz gestorben. Eine merkwürdige Erscheinung des neueren politischen Lebens in England und ein „Turm“ in der Schlacht des Deutschenhasses.

Als Sohn schottischer Eltern in Kanada geboren, hat der Max Aitken – so hieß er eigentlich – schon als junger Mann dort ein Vermögen „gemacht“ – allerdings (wie die „Times“ in ihrem Nachruf vermerken) die Art und Weise, *wie* er das machte, kostete ihn den „goodwill“, das seriöse Ansehen, „das für eine erfolgreiche öffentliche Laufbahn in Kanada erforderlich ist“. So kam er als 30jähriger nach London, wo er nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern offene Türen fand. Schon ein Jahr nach seiner Ankunft aus Kanada hatte er einen Unterhaussitz, kurz darauf wurde er geadelt. Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu den Politikern, die 1916 das Kabinett Asquith zu Fall und Lloyd George an die Führungsspitze brachten. Der Lohn ließ nicht auf sich warten; aus Max Aitken wurde Lord Beaverbrook und – was wichtiger war – britischer Informations-, d h. Propagandaminister. Die wirksame alliierte Aufklärungspropaganda insbesondere gegen Österreich-Ungarn war neben Northcliffes auch Beaverbrooks Werk. Während aber Northcliffe 1922 in geistiger Umnachtung starb, blieb Beaverbrock am Leben und spielte erneut eine bedeutende Rolle, als sich die Szene des Zweiten Weltkrieges vorbereitete. Darüber hat der langjährige sowjetische Botschafter in London Ivan Maisky in seinen erst kürzlich ins Englische übersetzten Memoiren („Who helped Hitler“) nicht uninteressante Einzelheiten berichtet. Danach habe Beaverbrook ihn – den sowjetischen Botschafter – bereits 1935 zu einem Frühstück unter vier Augen eingeladen:

„Über seine Lippen kam ein wahres Feuerwerk von Aphorismen, Sentenzen, Urteilen und Charakteristiken von Menschen und Ereignissen. Dabei tat er sich in seiner Ausdrucksweise keinen Zwang an. ... Während des Gespräches hielt Beaverbrook genau wie Churchill für notwendig, mir die Ursachen seiner neuen Einstellung gegenüber der UdSSR klarzumachen.“

Beaverbrook habe ihm, Maisky, verkündet, daß heute „Deutschland das Hauptproblem“ sei und daß England und die Sowjetunion nun „vereint vorgehen“ und „Freunde sein“ müßten. Nach Maiskys Erinnerung fand dieses Gespräch im Juni 1935 statt – im gleichen Monat, in dem die Regierung Baldwin mit Hitler den englisch-deutschen Flottenvertrag abschloß! So früh und so intensiv begann die entschlossene Gegenwirkung der britischen Opposition – die freilich in den eigenen Reihen der konservativen Regierungspartei ihr Lager hatte! Maisky berichtet in seinen Erinnerungen lapidar:

„Meine Bekanntschaft mit Beaverbrook hat sich später noch wesentlich gefestigt und der Sowjetunion großen Nutzen gebracht. ... Er war auch vom Beginn des ‚großen vaterländischen Krieges‘ an ein leidenschaftlicher Befürworter der zweiten Front in Frankreich. Nicht von ungefähr zeichnete die Sowjetregierung Beaverbrook mit einem der höchsten Orden aus.“

Als Beaverbrook vor einigen Jahren seine politische Laufbahn abgeschlossen hatte und auch das Ende seines Lebens nahen fühlte, empfand der alte Lord das Bedürfnis, sein Gewissen in einer besonderen Angelegenheit etwas zu erleichtern: Er entsandte einen jungen, von ihm geförderten und sehr fähigen Journalisten nach Deutschland mit dem gemessenen Auftrag, ein seriöses Buch über Rudolf Hess zu schreiben, den einsamen Gefangenen im Spandauer Gefängnis, der im Mai 1941 nach England geflogen war in der Hoffnung und Erwartung, durch seinen ungewöhnlichen Schritt den Anstoß zu einem deutsch-englischen Friedensschluß *vor* Beginn des Rußland-Feldzuges zu geben. Nun – der tüchtige Mr. Leasor besuchte alle Leute, von denen er annahm, daß sie ihm Zuverlässiges über die Vorgeschichte jenes berühmten, historischen Ereignisses berichten könnten, und er hat darüber dann auch ein bemerkenswertes Buch geschrieben*. Im Gespräch vertraute er mir an, daß der alte Lord Beaverbrook ihn persönlich mit dieser Arbeit betraut und ihm zahlreiche eigene Hinweise gegeben habe. Besonders interessant ist, was Leasor von Beaverbrook über *dessen* Gespräch mit Hess nach dem Flug berichtete. Der Lord stand,

* James Leasor: The Uninvited Envoy, Deutsche Ausgabe: Botschafter ohne Auftrag, Oldenburg 1962.

wie Leasor schreibt, „Churchill näher als die anderen Mitglieder des Kriegskabinetts". Dennoch erlaubte ihm Churchill erst im September 1941, mit Hess zu sprechen. Vorher – im Mai 1941 – war Hess nur vernommen, und das Vernehmungsprotokoll sofort an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt weitergeleitet worden.

Nach Leasor hat Hess Lord Beaverbrook im September 1941 erklärt: „Ich bin überzeugt, daß die Sowjets in Zukunft die Weltherrschaft erringen werden, wenn ihre Macht nicht gebrochen wird. Großbritannien geht dabei unter – es wird aufhören, eine Weltmacht zu sein".

Gewiß nicht ohne Billigung des alten Beaverbrook fügte Leasor bei Niederschrift seines Manuskriptes im Jahre 1962 kommentierend hinzu: „Das war eine Voraussage von bemerkenswerter Genauigkeit. ..."

Und er unterläßt es nicht, den weiteren Verlauf der Geschehnisse anzudeuten:

„Wenige Tage nach dieser Unterredung führte Beaverbrock eine britische Regierungsdelegation zu Stalin nach Moskau, um über riesige Mengen von Kriegsmaterial zu verhandeln, die Großbritannien nach Rußland geliefert hatte und noch liefern wollte. Wenn Hess mit seinen Friedensfühlern Erfolg gehabt hätte, wäre all das Material natürlich *gegen* Rußland verwendet worden. ...

Sollte ich den Mr. Leasor jetzt nach dem Tode seines alten Gönners wieder einmal treffen, so werde ich ihn fragen, ob ihm das Motto, das seinem Buch auf der Titelseite vorangestellt ist, etwa auch von dem verstorbenen Lord gesagt worden ist: „Lerne, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird!"

1944: Enttäuschung auf beiden Seiten

10. Juni 44

Wieder einmal eine gestörte Nacht. Ich kam erst nach 11 Uhr abends nach Hause; das Rose-Theater, das meist Berliner Volksstücke spielt, hatte diesmal zu einem Wiener Abend eingeladen. Das kleine Theater liegt in der Frankfurter Allee, hinter dem Alexanderplatz – früher so ziemlich die röteste Gegend von Berlin. Unwillkürlich schaue ich mir in der U-Bahn die Gesichter aufmerksamer an. Ich sehe nichts anderes als die gleiche ruhige Gelassenheit, die mir als Süddeutschem an den

Berlinern imponiert, seit der Bombenkrieg auch auf die Reichshauptstadt übergegriffen hat. Zwischen den Lehrlingen, die nach Hause fahren ein Junge, der den Arm in der Binde trägt, das Verwundetenabzeichen und das Band des Kriegsverdienstkreuzes auf der Jacke – im Feuer dieser Nächte gibt es keine Altersgrenze. Im Rose-Theater das hier übliche quietschvergnügte Publikum, eine Erholung nach dem angestrengten, nicht sorgenfreien Tag. Nach der langen Rückfahrt über U-Bahn und S-Bahn hatte ich mich kaum niedergelegt, als draußen die Sirenen ertönten. Zuerst nur öffentliche Luftwarung, dann wenige Minuten später Vollalarm. Offenbar will uns der Engländer mitteilen, daß er trotz der Invasion den Bombenkrieg nicht vergessen hat. Der Angriff stellt sich dann doch nur als „Stör-Angriff" heraus – wenige Maschinen, einige Bomben in der Gegend des Tempelhofer Feldes, starker Flak-Betrieb.

Heute früh, wie immer nach solchen langwierigen Störungen, zunächst müde ins Büro; dort der übliche Papierstoß mit dem ausländischen Nachrichten-Material, das im Laufe der Nacht von den Nachrichtenbüros und Abhördiensten aufgenommen wurde. Nicht uninteressant ein ausführlicher Bericht des britischen „Exchange"-Dienstes, der meist gut unterrichtet ist und sich ziemlich dramatisch über die Schwierigkeiten verbreitet, denen sich die Briten und Amerikaner an der nordfranzösischen Küste gegenübersehen.

Kaum ist diese Lektüre beendet, da meldet sich Berchtesgaden mit einer weniger günstigen Nachricht – der Gegner konnte seine beiden Invasions-Brückenköpfe vereinigen. Man scheint im Führerhauptquartier sehr wenig zufrieden zu sein. Für die Entwicklung der Küstenkämpfe hat vor allem die feindliche Fliegerei und das Ausbleiben unserer Luftwaffe eine große Rolle gespielt.

Nach Abschluß der täglichen Besprechungen im Büro telefoniere ich mit Dr. Dietrich noch ernster als im Journalistenkreis gesprochen wird, damit er die „vox populi" recht deutlich vernimmt und sich seinerseits zu ihrem Sprecher im dortigen Bereich machen kann.

Nüchtern gesehen steht wohl der Kampf am fünften Tag der Invasion nicht ganz aussichtslos, da unsere Truppen immer noch in der Befestigungszone kämpfen. Auch im Londoner „Infor-

mations-Ministerium“ hat man keinen Grund zum Jubel. Auf der „Nachbörse“ unserer Pressekonferenz meint ein Berliner Journalist: „Eigentlich müßte der Sonntagsleitartikel zur Invasion die Überschrift tragen: ‚Enttäuschung auf beiden Seiten‘“ – womit die Lage nicht unzutreffend gekennzeichnet ist.

*

Die Alliierten haben in Süditalien dem Marschall Badoglio, der im vergangenen Jahr Mussolini verhaftet und die mißglückte italienische Kapitulation organisiert hat, den Laufpaß gegeben. Regierungschef ist jetzt ein 70jähriger alter Herr, der im Jahr 1921–22 schon einmal einige Monate Ministerpräsident war. Zu Badoglio läßt sich nur das neu bestätigte alte Wort vermerken: „Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter.“ Zu Bonomi gibt Dr. Dietrich einen Tagesparolenpunkt durch, der auf eine Führer-Bemerkung zurückgeht:

„Die Errichtung einer typischen Kerenski-Regierung unter einem einundsiebzigjährigen abgehalfterten Politiker im Badoglio-Italien verdient besondere Unterstreichung als neues Beispiel für die Tatsache, daß die Anglo-Amerikaner nichts anderes als Schrittmacher des Bolschewismus sind.“

Im Gegensatz zu früheren Jahren gibt der Führer nur noch selten solche politisch-propagandistischen Anregungen für die Pressearbeit. Ich blättere in den Tagesparolen zurück und finde die letzte derartige „Führerweisung“ (nur wenige kennen die Quelle) am 23. Mai; sie ist recht interessant und ich notiere sie hierher:

„Der Aufsatz in der englischen Wochenschrift ‚Sphere‘, der zunächst anscheinend zustimmend die Besorgnisse des englischen Bürgertums gegenüber dem Bolschewismus anspricht, um dann den Engländern den guten Rat zu geben: ‚Im Laufe von Generationen sei es möglich, mit den Sowjets zu einer engsten Verständigung zu kommen, wenn man im Laufe dieser langen Zeit viel Geduld aufbringe, sich mit Überraschungen abfinde und immer wieder Öl auf die Wogen gieße‘, ist als ein typisches Beispiel der bekannten Methode zu kennzeichnen, den Bolschewismus zu verharmlosen und ihn dadurch allmählich einzufiltrieren und schmackhaft zu machen. Man kann zu diesem Ratschlag etwa bemerken, daß die europäischen Völker am besten gleich die Geduld der polnischen Offiziere von Katyn aufbringen möchten, die jetzt eine Ewigkeit lang Zeit haben ‚mit den Sowjets zu einer engsten Verständigung zu gelangen‘.“

Einige Tage vorher machte uns der Führer auf eine Meldung der amerikanischen „Saturday Evening Post" aufmerksam, wonach in Teheran ein von den Russen kontrolliertes Staatswesen am Kaiser-Wilhelm-Kanal geplant worden sei: „Diese erste Information über die Dinge, die in Teheran wirklich besprochen wurden" zeige drastisch, daß die Russen nicht nur die Zerstückelung Deutschlands anstrebten, sondern auch ein „Sprungbrett zum Atlantik" haben wollten. Ob diese Andeutungen der amerikanischen Zeitschrift wohl richtig ist*?!

1964: Der Bundeskanzler und die Sudetendeutschen

10. Juni 64

Der neue Bundeskanzler Professor Erhard, dessen Qualifikation als Außenpolitiker von seinem Vorgänger Adenauer mehrmals in aller Öffentlichkeit angezweifelt worden ist, fühlte sich gestern bemüßigt, in New York einem Publikum von Publizisten und Wissenschaftlern kundzutun, das seinerzeit von der britischen und französischen Regierung mitunterzeichnete Münchner Abkommen von 1938 sei „von Hitler zerrissen" worden, und die Bundesrepublik erhebe „gegenüber der Tschecho-Slowakei keinerlei territoriale Forderungen", ja sie „distanziere sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben".

Unmittelbar anschließend an diese Deklamation erörterte Erhard in der gleichen Rede durchaus zutreffend die Problematik der sogenannte Oder-Neiße-Linie:

„Stalin hat im Jahre 1945 in kühler Berechnung das polnische Herrschaftsgebiet bis tief in deutsches Land vorgetrieben, um damit das deutsche und das polnische Volk für immer feindlich zu entzweien. Etwa zehn Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die deutsch-polnische Grenze endgültig in einem Friedensvertrag festgelegt werden soll, der nur von einer gesamtdeutschen Regierung geschlossen werden kann."

---

* Der Hinweis war zutreffend. In den von der US-Regierung 1961 veröffentlichten Protokollen der Teheran-Konferenz ist in der Aufzeichnun- über die erste Plenarsitzung am 28. November 1943 erwähnt, daß Präsident Roosevelt eine „Art internationalen Staat" für die Verwaltung des „Kiel-Kanals" erörterte und Stalin, der laut Protokoll bei der Frage der künftigen Behandlung Deutschlands „die Führung der Diskussion" übernahm, diesen Gedanken unterstrich.

Schon dem oberflächlichen Beurteiler wird aus diesen Texten sofort deutlich, daß die Bundesregierung eine seltsame Unterscheidung zu treffen versucht: zwischen denjenigen Deutschen, die im Jahre 1945 ihre Heimat nördlich des Sudetenkammes verloren haben, und denen, die südlich davon das gleiche Schicksal erlitten.

Eine gewisse, wenn auch wenig befriedigende, Erklärung für diese sonst unverständliche Formel findet sich in den Sitzungsprotokollen der Potsdamer Konferenz. Dort gab es zu Beginn der zweiten Plenarsitzung am 18. Juli 1945 eine Diskussion darüber, welches Gebiet während der weiteren Debatten unter „Deutschland" zu verstehen sei. Man einigte sich für die Zwecke der Konferenz auf das „Deutschland von 1937". Ein künftiger Friedensvertrag wird dagegen logischerweise über das ganze reichsdeutsche Staatsgebiet Verfügungen zu treffen haben, wie es sich bei Kriegsausbruch 1939 völkerrechtlich darstellte.

Für den Kenner der historischen Vorgänge ist nicht weniger bestürzend, aus den Erklärungen Erhards zu entnehmen, daß der Bundeskanzler offenbar glaubt, die Sudetendeutschen seien *nicht* durch sowjetische Gewaltmaßnahmen vertrieben worden und Stalin habe hinsichtlich der deutsch-tschechischen Verhältnisse eine *andere* Politik betrieben, als in Bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Auch diesbezüglich müßte dem Herrn Bundeskanzler und seinen Ratgebern die Lektüre der vom amerikanischen State Department bereits 1960 veröffentlichten Dokumente zur Potsdamer Konferenz empfohlen werden. Darin sind in Band I (ab Seite 643) zahlreiche aufschlußreiche Aktenstücke veröffentlicht, aus denen mit aller Deutlichkeit klar wird, auf wessen Befehl und Veranlassung die Sudetendeutschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Auch der seinerzeitige unmittelbare Anlaß dieser Maßnahme ist längst kein Geheimnis mehr; die von den Russen neueingesetzte tschecho-slowakische Regierung mußte am 29. Juni 1945 die sogenannte Karpatho-Ukraine an die Sowjetunion abtreten. Das deutsche Sudetenland, dessen Hauptgebiet erst zwischen dem 1. und 3. Juli 1945 von den amerikanischen Besatzungstruppen geräumt und den Russen übergeben wurde, galt als Entschädigung für diesen Gebietsverlust.

Wer etwa Erhards Ausführungen ohne alle Kenntnisse der tatsächlichen Verhältnisse vernahm (und bei manchem seiner amerikanischen Zuhörer mag das der Fall gewesen sein), konnte auf den Einfall kommen, die Sudetendeutschen seien erst 1938 in einem von Hitler eroberten Gebiet zwangsweise angesiedelt worden! Nun – während es das deutsche Königsberg erst seit 1255, Breslau seit 1242 gibt, ist das Egerland schon seit 1061 zweifelsfrei deutsch: über neunhundert Jahre bevor ein deutscher Bundeskanzler das zeitliche Kriterium für das Heimatrecht der Egerländer in das 20. Jahrhundert verlegte!

Herr Erhard ist kein unbedarfter Jüngling – er hat bereits das Ende des Ersten Weltkrieges als Erwachsener miterlebt und weiß auch ohne Blick in die Akten und Geschichtsbücher, was damals geschah, nämlich, daß der amerikanische Präsident Wilson das von ihm vorher so lautstark verkündete „Selbstbestimmungsrecht" den Sudetendeutschen bewußt und brutal verweigerte, um der Weimarer Republik keinesfalls einen Gebietszuwachs zu gestatten. So konnte es geschehen, daß die im Oktober und November 1918 noch autonome ehemals österreichische Provinz „Sudetenland" im Dezember 1918 von tschechischen Truppen besetzt und dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche in einen ihnen fremden und feindlichen Staat gezwungen wurden. Der Bundeskanzler mag – was zu bedauern wäre – nur über eine durchschnittliche geschichtliche Übersicht verfügen; soviel aber muß er sicherlich wissen: daß es ohne den Woodrow Wilson keinen Politiker namens Adolf Hitler und keine Konferenz von München gegeben hätte.

Die verfehlte Erklärung des Bundeskanzlers fordert nicht nur zu historischer Kritik heraus, sie wirft auch tiefgreifende politische Fragen auf: inwieweit fühlt die Bundesregierung sich verpflichtet, für die heutigen und Zukunftsinteressen *aller* Deutschen einzutreten und inwieweit verstößt sie durch eine Einschränkung gegen den im Grundgesetz der Bundesrepublik festgestellten Anspruch, Keimzelle eines neuen *Gesamt*deutschland zu sein? Kann sie mit Überzeugungskraft das Heimatrecht der Schlesier, Pommern, Danziger und Ostpreußen vertreten, wenn sie von dem der Sudetendeutschen nichts hören will?

Unvermeidlich ergeben sich weitere Fragen: kann es eine europäische Friedensordnung geben, wenn die von Stalin im

Jahre 1945 erzwungenen Grenzen als unveränderlich gelten sollen oder gar von deutscher Seite anerkannt werden? Die Revision wenigstens zu fordern – das ist doch das Mindeste, was von einer deutschen Regierung zu erwarten ist. Bekanntlich können Grenzen, die am Konferenztisch gezogen wurden, auch am Konferenztisch wieder geändert werden. Das gilt für die Grenzziehungen von Versailles, von München und von Potsdam gleichermaßen, und zwar auch dann, wenn sie – wie im Fall der Tschecho-Slowakei – von amerikanischer Seite 1919 gewünscht und 1945 stillschweigend anerkannt wurden. Für die Potsdamer Konferenz, an der kein Deutscher teilgenommen hat, gilt überdies, daß nichts, was dort gesprochen oder beschlossen wurde, für uns verbindlich ist.

Wir hören täglich die Rede von der „freien Welt". Zu ihr passen nur schlecht westliche Stimmen, die uns – die heutigen „Bundesgenossen" – bissig daran erinnern, Deutschland habe den Krieg verloren. Soll das etwa heißen, daß wir für alle Zukunft auf eine gerechte Regelung der deutschen Staatsgrenzen verzichten sollen? Die Frage nach Gerechtigkeit und Ordnung ist unteilbar. Sie betrifft nicht nur das etwas nördlicher gelegene Görlitz, sondern auch das etwas südlicher gelegene Reichenberg!

Und was geschah dazu nun eigentlich in New York? Die Antwort ist unvermeidlich ziemlich bitter: der derzeitige Chef der derzeitigen Bundesregierung hat einige die Weltöffentlichkeit irreführende, den deutschen Interessen abträgliche, historisch-politisch unhaltbare Redensarten von sich gegeben, die er besser unterlassen hätte.

Mehr allerdings bedeutet der Vorfall keinesfalls: ein in tausend Jahren erworbener Heimatanspruch kann nicht in zwei Minuten zunichte geredet werden.

1944: Der Bolschewismus und seine „Steigbügelhalter"

11. Juni 44

Heute nacht wieder stundenlanger „englischer Besuch". Vom Splittergraben im Garten aus beobachte ich den Feuerzauber der Flak; einige Sprengbombeneinschläge hören sich verhältnismäßig nahe an, aber in unserem Vorstadt-Bereich ist der Schaden meist gering.

An der Invasionsfront hat sich wenig verändert, was in diesem Falle als günstig zu bewerten ist. In London versucht man den Blick von dort wieder abzulenken und kündigt „große Ereignisse im Osten“ als bevorstehend an. Bisher ist es allerdings nur an der finnischen Front lebhafter geworden, während an den deutschen Frontabschnitten durchwegs Ruhe herrscht. Vermutlich warten die Sowjets zunächst noch ab, wie die Dinge im Westen sich entwickeln. Sie werden sicher antreten, sobald klar ist, daß die Invasion wenigstens zu einer größeren Dauerfront im Westen führt und deshalb keine deutschen Divisionen aus Frankreich nach dem Osten abgezogen werden können.

Angesichts dessen, was sich in Italien und im Schutz britischer und amerikanischer Bajonette abzeichnet, schreibe ich einen Artikel, der sich mit dem Bolschewismus und seinen „Steigbügelhaltern“ beschäftigt. Vor zwölf und vierzehn Jahren waren uns solche Ausdrücke in den Diskussionen mit den bürgerlichen Parteien der Weimarer Zeit sehr geläufig. Es ist merkwürdig, wie sich die Dinge wiederholen. Die Ausmaße sind heute unendlich größer, aber die Bedeutung der Entwicklung war damals schon nicht gering. Wenn Deutschland 1932–33 einer kommunistischen Revolte zum Opfer gefallen wäre, dann hätte sich die Welt nicht weniger verändert, wie sie sich verändern müßte, wenn wir den Krieg nicht durchstehen würden.

Neue Waffe im Einsatz

12. Juni 44

Aus dem heutigen Mittags-Telefongespräch mit Dr. Dietrich entnehme ich eine interessante Information, die er freilich nur andeutungsweise ausspricht: Es scheint nun doch Ernst zu werden mit dem Einsatz einer neuen Vergeltungswaffe. Gewiß kann man sich davon keine direkte Kriegsentscheidung versprechen, aber für die innere Entwicklung in England ist das Einsetzen der lange angekündigten Vergeltung sicher nicht unbedeutend. An der Invasionsfront sieht die Lage für den Feind nicht mehr sehr rosig aus. Es scheint für ihn jetzt wirklich das blutige Abenteuer zu werden, das auch drüben einige Leute befürchtet haben.

13. Juni 44

Unser militärischer Sachverständiger, Hauptmann R., nimmt mich nach unserer Tagesparolenbesprechung zur Seite und flüstert mir zu, daß der erste Vergeltungsschuß heute nacht abgefeuert wurde. Jetzt stellt sich die Frage, ob das Projektil sein Ziel erreicht hat; meines Wissens ist es bei den Versuchen geschehen, daß der Apparat bereits vor dem Aufschlag explodiert ist. Wahrscheinlich aber ist, daß die Engländer an ihrer bei unerwarteten Ereignissen stets geübten Praxis festhalten: zunächst schweigen sie sich aus.

Die Frage des Überlebens

14. Juni 44

Es stellt sich nun heraus, daß mit einer Bereinigungs-Offensive an der Invasionsfront vorerst nicht zu rechnen ist; der Gegner hat sich dort sehr stark gemacht und beherrscht den Luftraum.

In unserer Mittagsbesprechung macht der nüchterne Leiter unserer Auslandspresse-Abteilung einige treffende Bemerkungen über die „große Lage". Wir sind uns darüber einig, daß der Krieg in seinen heutigen Ausmaßen nicht offensiv gewonnen werden kann, denn wir können und wollen ja auch gar nicht Washington erobern.

Der einzige Weg zu einem erträglichen, d.h. verständig ausgehandelten Frieden kann es sein, dem Feind den Europa-Krieg unrentabel zu machen. Im vergangenen Jahr versuchte uns der Gegner politisch in Italien und moralisch durch den Bombenkrieg zu überrennen, jetzt versucht er es durch konzentrische militärische Operationen; wenn wir diese Phase überleben, dann haben wir die beiden Deutschland-Kriege in Wirklichkeit gewonnen, auch wenn wir noch so erschöpft daraus hervorgehen.

Zu dem Gespräch paßte gut ein Aufsatz von Ludwig Thoma – ich glaube aus dem Jahr 1908 –, den ich heute abend zu Hause in die Hand bekam. Er schreibt darin über die bayerische Bauernmoral und sagt, daß die *Arbeit* des Bauern ganzer Lebensinhalt sei. Wenn er nicht mehr arbeiten kann, dann will er sterben. Ich glaube, ein Korn dieser Wahrheit gilt für alle Deutschen. Wir leben einer Philosophie des Tätigseins; das

macht uns einerseits stark, aber das läßt uns auch so gefährlich erscheinen, daß immer wieder eine halbe Welt sich gegen uns zusammenrottet.

15. Juni 44

Im Auslandsklub Gespräch mit einem spanischen Journalisten, der zwar das Falange-Zeichen im Knopfloch trägt, mir aber alle Thesen der britischen Propaganda als seine eigene Meinung vorhält. Er ist der entschiedenen Ansicht, in diesem Krieg ginge es auch für England um die Existenz. Das räume ich meinem Gesprächspartner ein, aber ich finde, daß die Engländer in diesem Existenzkampf auf der falschen Seite kämpfen, daß sie dort stehen, wo sie gerade dann geschlagen sein werden, wenn sie siegen sollten.

Die „Anti-Invasionswaffe"

16. Juni 44

Heute endlich bestätigt London den Beginn der Vergeltungsbeschießung. Der Innenminister Morrison hat im Unterhaus davon gesprochen.

Bei uns wollen die Militärs das Wort „Vergeltung" nicht angewandt wissen; die Presse muß es also aus den Überschriften fernhalten, nur in ihren Kommentaren dürfen die Zeitungen diesen Gedanken zum Ausdruck bringen „ohne das Wort zu oft zu gebrauchen. ... Der Schluß, daß es sich hier um den Beginn der erwarteten Vergeltung handelt, soll vom Leser selbst gezogen werden."

Von militärischer Seite wird der Ausdruck „Anti-Invasionswaffe" geprägt, da London als Hauptnachschubhafen für die gelandeten amerikanischen und englischen Streitkräfte, und außerdem militärische Ziele in Westengland angegriffen werden sollen. Obwohl in England vermutlich schon Klarheit über die Technik der unbemannten Flugzeuge herrscht, die das Ziel ferngesteuert anfliegen, dürfen wir in unserer Tagesparole nur von einer „Bombardierung mit schwersten Sprengkörpern aus neuartigen Waffen" sprechen. In der Pressekonferenz drücke ich mich vorsichtig aus: „Die neue Waffe ist sicherlich von großer Bedeutung, aber man muß immerhin damit rechnen, daß die sturen Engländer sich auch daran gewöhnen."

17. Juni 44

Unsere Leute kommen ganz verstört aus der täglichen sogenannten Ministerkonferenz – Dr. Goebbels hat leidenschaftlich kritisiert: Die deutsche Presse habe alles falsch gemacht. Von „Vergeltung" habe sie geschrieben, das ganze Volk sei in einen Freudentaumel versetzt worden. Der Minister vergißt, daß schon die zwei Zeilen des gestrigen OKW-Berichtes diese Wirkung ausgelöst haben. ...

Kurz darauf Anruf aus Berchtesgaden: Der Führer hat Meldungen der schwedischen Presse über die Wirkungen des Beschusses in London gelesen. Er will sie in den Zeitungen groß aufgemacht haben. Dazu soll geschrieben werden, daß das erst der Anfang der Vergeltung sei! Die Weisung ist in Gegenwart von Militärs erteilt worden. Damit ist auch das Tauziehen über den Ausdruck „Vergeltung" beendet. Hinsichtlich der Aufmachung und ihrer möglichen Wirkung auf die Bevölkerung hat auch Dr. Dietrich Bedenken, die sich in vorsichtigen Formulierungen der Tagesparole ausdrücken:

„Die Belegung Südenglands und Londons mit schweren Sprengkörpern, die auch heute Nacht fortgesetzt wurde, muß nunmehr gegenüber den Kampfereignissen an der Invasionsfront und in Italien in den großen Überschriften etwas zurücktreten oder ihnen mindestens doch gleichgestellt werden. ... Angesichts der Härte der Kämpfe an allen Fronten darf der Einsatzwille des deutschen Volkes durch solche Nachrichten nicht geschwächt werden. ... Wir wissen, daß wir überall noch hart und schwer zu kämpfen haben werden."

1964: Ulbrichts Pakt und der 17. Juni

17. Juni 64

Vor einigen Tagen hat die Regierung der Sowjetunion mit der Zonenregierung ihres Genossen Ulbricht einen „Freundschafts- und Beistandspakt" geschlossen, der bis 1984 gelten soll. Darin erklären die Russen, sie würden den „staatlichen Bestand" und die „Unantastbarkeit der Staatsgrenzen" der sogenannten „Deutschen demokratischen Republik" garantieren, gleichzeitig aber die Westmächte nicht aus ihrer „im Potsdamer und anderen internationalen Abkommen" übernommenen „Verpflichtung zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und zur Verhinderung einer deutschen

Aggression“ entlassen. Das ganze wurde im Kongreß-Saal des Moskauer Kreml verkündet und Herr Ulbricht versicherte einem großen Zuhörerkreis, dieser „Vertrag“ sei von „größter nationaler und internationaler Bedeutung“; er sei „sicher, daß dieser Vertrag bis über das Jahr 2000 hinaus gültig bleibt“.

Die Zeitungen berichten nicht, welchen Idioms der Ulbricht sich bedient hat – vermutlich hat er das dortige Auditorium der Einfachheit halber gleich russisch angesprochen. Er beherrscht diese Sprache; immerhin ist er über ein Jahrzehnt lang gewissermaßen in Reservestellung in Moskauer Pensionen herumgesessen, bevor er von Stalin Anfang Mai 1945 mittels Sonderflugzeug nach Berlin geschickt wurde, um dort die Geschäfte zu übernehmen. Er ging und geht so strikt auf Vordermann, daß er im Gegensatz zu widerborstigeren Funktionären in anderen russisch besetzten Ländern jede sowjetische Kursschwankung politisch überlebt hat.

Das ist wohl das bitterste Brot eines militärisch besiegten Volkes, daß es sich von solchen Agenten regieren lassen muß. Über die Qualität von „Verträgen“, die eine Besatzungsmacht mit einem von ihr eingerichteten und kontrollierten Staatswesen – also gewissermaßen mit sich selbst – abschließt, bedarf es keiner Bemerkung. Die Russen haben ihr mitteleuropäisches Imperium exakt in dem Bereich errichtet, der 1945 von sowjetischen Divisionen besetzt wurde. Um es genau zu sagen: Halb Mecklenburg und halb Sachsen sowie ganz Thüringen und die sudetendeutschen Gebiete wurden ihnen von den Amerikanern noch am 1. und 2. Juli 1945 kampflos übergeben. Wenn niemand sie veranlaßt, sich aus diesen Bereichen wieder zurückzuziehen, werden sie gewiß im Jahre 2000 noch genauso dort sitzen. Darin hat ihr Handlanger Ulbricht ganz bestimmt recht. Die Türken saßen sogar vier Jahrhunderte lang in Ungarn. Bis sie schließlich und endlich doch wieder verschwinden mußten. ...

Im westdeutschen Bereich wird der heutige Tag wieder wie üblich mit einiger Verlegenheit als Erinnerungstag an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 begangen. In Wirklichkeit ist das ein zu Festreden ganz ungeeigneter Anlaß, ein beschämendes Gedenken: Die damals in der ganzen Zone leidenschaftlich gegen die Russenherrschaft revoltierenden Arbeiter hätten sich durchgesetzt, wenn nur wenigstens einige Regi-

menter aus dem Westen und durch das Brandenburger Tor ihnen zu Hilfe gekommen wären. Erst nach 24 Stunden vorsichtigen Wartens – als es völlig klar war, daß man in der Bundesrepublik reden aber nicht handeln würde – walzten die russischen Panzer die Volkserhebung nieder.

Aus Kreisen osteuropäischer Flüchtlinge hörte ich kürzlich eine gut durchdachte Anregung, den so merkwürdigen „Feiertag" mit tieferem Sinn zu erfüllen: Die Bundesregierung sollte den 17. Juni nicht nur auf die Erinnerung an die mitteldeutschen Ereignisse beschränken, sondern ihn zu einem Mahnappell für alle in Osteuropa unterdrückten Völker proklamieren und die ganze westliche Welt auffordern, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Diese Idee soll in Bonn vorgetragen werden. Ob sie Echo findet?

1944: Bomben auf London und Berlin

19. Juni 44

Das Abschießen der neuen „Vergeltungswaffe" wird wirksam fortgesetzt. Bisher haben an die 150 Schuß mit je 800 Kilo Sprengstoff ihren Weg über den Kanal genommen. Wie lange es so weitergehen kann, ist allerdings fraglich. Jetzt dürfen wir wenigsten den Journalisten sagen, worum es sich handelt: um eine Art Lufttorpedo mit Seitenflügeln, katapultartig von Startbahnen abgeschossen.

21. Juni 44

Heute früh ein bisher ungewohntes Ereignis. Um neun Uhr – ich wollte gerade in die Stadt fahren – gab es Alarm und im Gegensatz zu vielen vorhergegangenen blinden Alarmen wurde es ein ernsthafter Tagesangriff bei vollem Sonnenlicht. Zwischen 10 Uhr bis kurz vor 11 Uhr zogen Welle nach Welle amerikanischer Bomber dröhnend über Wannsee hinweg. Wir beobachteten vom Deckungsgraben aus, die Flak schoß wie wild, aber ohne sichtbaren Erfolg. Als ich dann – wieder mit dem Volkswagen – in die Stadt fuhr, lag über ihr ein schwarzes Wolkengebirge; es sah aus, als ob über Berlin ein schweres Gewitter stünde, es war aber keines. Wie sich später herausstellte, entsprachen die Schäden und Brände nicht ganz diesem Weltuntergangsbild. Wohl aber war mein Büro wieder einmal völlig durchgeblasen. Gegenüber in den linken Flügel der alten

Reichskanzlei hatte eine Sprengbombe eingeschlagen, und so lag über allen unseren Schreibtischen eine dicke Schicht von Staub und Glassplittern, es gab kein Licht und die Fernschreiber funktionierten nicht. Nur das Telefon ging noch, und so konnten wir uns behelfen. Wir zogen für unsere Tagesparolen-Besprechung in einen wenig beschädigten Raum um, die festgestellten Texte wurden von Berchtesgaden aus nach München telefoniert und von hier aus über das Fernschreibnetz verbreitet. Auch anderswo behilft man sich: Der Scherl-Verlag brennt, aber das Erscheinen seiner Zeitungen ist bereits gesichert. Bis morgen früh wird auch mein Büro wieder benützbar sein, und der Dienstbetrieb wie gewohnt weiterlaufen.

Die Ostfront

22. Juni 44

Seit einigen Tagen greifen die Russen nun nachdrücklich in der karelischen Landenge an, vorgestern haben sie Wiborg genommen. Es handelt sich offenbar um eine sehr politische Offensive; sie wollen jetzt zunächst die Finnen aus der deutschen Front herausboxen. Seit im Westen die Invasion begonnen hat, fühlen sie sich sicher, daß von deutscher Seite keine „Feuerwehr" mehr zuhilfe kommen kann.

Im Mittelabschnitt der Ostfront, wo es seit Mitte Mai ruhig war, sind nun ebenfalls sowjetische Offensiv-Vorbereitungen – vor allem in der Gegend von Witebsk und Mogilew – erkannt worden.

Heute sind drei Jahre vergangen seit jener merkwürdigen, spannungsgeladenen Nacht in der Reichskanzlei, die am Spätnachmittag des 21. Juni 1941 damit begann, daß alles, was zur „Begleitung" im weiteren Sinne zählte, in eine Kaserne nach Moabit gefahren wurde, um Gasmasken verpaßt zu bekommen – und die erst in den Morgenstunden mit einer Pressekonferenz endete, in der Ribbentrop die deutsche Kriegserklärung an die Sowjetunion verlas.

Nun – die Gasmasken haben wir seither noch nicht gebraucht, aber aus dem „Panzersturm zum Ural", von dem in jener Nacht sonst nüchterne Generale träumten, ist ebenfalls nichts geworden. Stattdessen ein blutig-hartes Schicksalsringen, dessen Schwere seit dem 6. Juni doppelt auf uns lastet.

22. Juni 44

In den in England publizierten Hitler-Bormann-Aufzeichnungen (vgl. Seite 22) finde ich die folgende Reflexion Hitlers zu seinem folgenschweren Entschluß, im Juni 1941 Rußland anzugreifen:

„Ich kam zu meiner Entscheidung unmittelbar nach dem Besuch Molotows in Berlin im November (1940), denn damals wurde mir klar, daß Stalin uns früher oder später fallen lassen und zum Feind übergehen würde. Hätte ich Zeit gewinnen sollen um unsere Vorbereitungen besser zu vervollständigen? Nein – wenn ich das getan hätte, würde ich die Initiative aus der Hand gegeben haben; und nochmals nein: denn die knappe und gefahrvolle Atempause, die wir gewonnen hätten, wäre uns teuer zu stehen gekommen. Wir hätten uns den sowjetischen Erpressungen hinsichtlich Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei unterwerfen müssen. Das kam natürlich nicht in Frage. Das Dritte Reich als Verteidiger und Schirmherr Europas hätte diese befreundeten Länder nicht auf dem Altar des Kommunismus opfern können. Ein solches Verhalten würde ehrlos gewesen sein und wir wären dafür bestraft worden. Sowohl vom moralischen wie vom strategischen Gesichtspunkt aus wäre das ein miserables Spiel gewesen. Der Krieg mit Rußland war unvermeidlich geworden was immer wir taten; und ihn zu verschieben konnte nur bedeuten, daß wir später unter weit weniger günstigen Bedingungen zu kämpfen hatten. Deshalb entschied ich mich bald nach Molotows Abreise, mit Rußland abzurechnen, sobald die Wetterlage das erlauben würde" (a.a.O. Seite 65–66).

An anderer Stelle äußerte Hitler zum gleichen Thema gegenüber Bormann (a.a.O. Seite 97):

„Das Verhalten der Russen während des Sommers 1940, die Tatsache, daß sie die baltischen Staaten und Bessarabien geschluckt hatten, während wir im Westen beschäftigt waren, erlaubte mir keine Illusionen über ihre weiteren Absichten. Und wenn ich noch solche gehabt hätte, so würde Molotows Besuch im November ausgereicht haben, sie zu vertreiben.... Stalin, dieser unvergleichliche und unerschütterliche Erpresser, versuchte nur Zeit zu gewinnen, um seine vorgeschobenen Positionen in Finnland und am Balkan zu konsolidieren. Er versuchte, mit uns Katze und Maus zu spielen.

Die Tragödie war – von meinem Blickpunkt aus – von der Tatsache bezeichnet, daß ich nicht vor dem 15. Mai angreifen konnte und daß ich, wenn ich mit meinem ersten Ansturm Erfolg haben

sollte, nicht später als zu diesem Termin angreifen mußte. Stalin allerdings hätte seinen Angriff früher ansetzen können. ..."

Vorher hatte Hitler über die Möglichkeit eines Sieges in diesem Kampf bemerkt:

„Unsere absolut einzige Chance, Rußland niederzuwerfen war, die Initiative zu ergreifen, denn einen Defensiv-Krieg gegen die Sowjet-Union zu führen, war gar nicht möglich. Wir konnten es nicht wagen, der Roten Armee die Vorteile des Geländes zu überlassen, ihr unsere Autobahnen für ihre schnellen Verbände und unser Eisenbahnnetz für ihren Nachschub einzuräumen. Aber wenn wir die Offensive ergriffen, dann konnten wir die Rote Armee in ihrem eigenen Bereich schlagen, in den Sümpfen und in den weiten und schlammigen Flächen; in einem durchzivilisierten Land konnten wir das nicht....
Warum 1941? Weil angesichts der stetig wachsenden Macht unserer westlichen Feinde, wir – wenn wir überhaupt handeln wollten – das mit geringst möglicher Verzögerung tun mußten. Auch Stalin war nicht untätig! An beiden Fronten war der Faktor Zeit gegen uns. Deshalb war die wirkliche Frage nicht: ‚Warum schon am 22. Juni 1941', sondern eher ‚warum nicht schon früher?' Wären nicht die Schwierigkeiten gewesen, die uns die Italiener und ihr idiotischer Feldzug in Griechenland bereitet haben, würde ich Rußland einige Wochen früher angegriffen haben. Für uns war das Hauptproblem, die Russen solange wie möglich zurückzuhalten und mein persönlicher Angsttraum war die Furcht, daß Stalin die Initiative ergreifen würde, bevor ich dazu in der Lage war" (a.a.O. Seite 64–65).

Diese Sorge war nicht unberechtigt. Wir wissen heute, daß Stalin durch seine Spionage-Organisation sowohl damals wie später über die deutschen militärischen Absichten, ja über geheimste Operationspläne des Führerhauptquartiers in erstaunlicher Weise unterrichtet war. Er wußte sogar, was mir und meinem Chef Dr. Dietrich bis nach 1945 unbekannt blieb: Daß Hitler den Angriffstermin auf den 15. Juni 1941 festgesetzt, dann aber auf den 22. Juni verschoben hatte. Neuerdings wird in Moskau behauptet, Stalin habe allen diesen Nachrichten keinen Glauben geschenkt. Der tatsächliche umfassende sowjetische Truppenaufmarsch, in den der deutsche Angriff im Juni–Juli 1941 hineinstieß, ist ein durchgreifender Gegenbeweis zu dieser Legende. Der jahrelange Chef des Wehrmacht-Führungsstabes, Generaloberst Jodl, hat noch in den Tagen nach der Kapitulation 1945 sich unter Bezugnahme auf eine

Churchill-Rede, nach der der Angriff auf Rußland Hitlers „Kapitalfehler" gewesen sei, interessant ausgesprochen:

„Ich bin der Überzeugung, wenn wir den Krieg gegen Rußland nicht geführt hätten, hätten wir gewonnen. Wir haben jedoch den Angriff gegen Rußland nicht geführt, weil wir den Raum haben wollten, sondern weil Tag für Tag der Aufmarsch der Russen gewaltig weiterging und zum Schluß zu ultimativen Forderungen geführt hätte. ... Der Führer hat Krieg gegen Rußland nicht aus einer politischen Fiktion heraus begonnen, sondern auf Grund der sich aufdrängenden Notwendigkeit. Der Generalstab des Heeres hatte auch eingesehen, daß der Krieg notwendig war."*

1944: Helsinki und Cherbourg

25. Juni 44

Ribbentrop war in Helsinki. Es scheint, daß seine Mission erfolgreich verlaufen ist und die Finnen nicht mehr darauf bestehen, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. Leider ist ein sehr tragisches Ereignis mit diesem politischen Erfolg verbunden – Generaloberst Dietl ist am Semmering abgestürzt, als er von Graz kommend nach Helsinki fliegen wollte, um den militärischen Teil der Verhandlungen zu führen. Zu seinem Nachfolger wurde sofort Generaloberst Rendulic ernannt. Der Name ist mir geläufig. Generaloberst Jodl hat diesen österreichischen Offizier bereits mehrmals als einen „hervorragenden General" bezeichnet.

Bis Rendulic den Befehl übernommen hat, muß Dietls tragischer Tod noch einige Tage geheimgehalten werden. Der Verlust dieses geradezu legendären Generals, des Siegers von Narvik, wird im deutschen Volk schwer empfunden werden. Ich sehe ihn noch in der Juli-Reichstagssitzung 1940 sich unter dem Jubel des ganzen Hauses erheben, als der Führer ihn in seiner Rede erwähnte und ihm als ersten Soldaten das Eichenlaub zum Ritterkreuz verlieh. Dietl saß ganz hinten auf der Tribüne, da die Wehrmacht natürlich nach Dienstrang saß und Dietl damals noch Generalmajor war. Später war er gelegentlich Gast in der Reichskanzlei. Sein trockener Humor, ja seine Schalkhaftigkeit wiesen ihn ebenso wie seine militärischen Führungsleistungen als eine Persönlichkeit besonderen Formats aus.

---

* Zitat nach Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Frankfurt 1961, Band IV, Seite 1503.

Statt des finnischen ist ein anderes, für unsere publizistische Arbeit sehr unerfreuliches Thema aufgetreten: Cherbourg. Der Gegner ist bereits in die Stadt eingedrungen. Die Truppe kämpft nach allen Meldungen – auch nach denen des Feindes – geradezu verzweifelt, aber es stellt sich jetzt heraus, daß Cherbourg eben doch keine Rundum-Festung, sondern nur eine Seefestung ist und gegen den starken Angriff von Landseite her nicht genügend geschützt war. Diese jetzigen Mitteilungen sind um so ärgerlicher, als der Presse noch vor wenigen Tagen eine ausführliche militärische Information gegeben worden war, die die Zeitungen veranlaßte, Betrachtungen über Cherbourgs angebliche Uneinnehmbarkeit anzustellen. Die Zeitungen befinden sich nun in der fatalen Lage, trotz besten Glaubens die Leser direkt irregeführt zu haben, denn die meisten der Befestigungen, von denen sie auf Grund der Erläuterungen des OKW-Sprechers tagelang geschrieben haben, gibt es in Wirklichkeit gar nicht. In unseren Besprechungen haben wir kein Blatt vor den Mund genommen; die Herren vom OKW/WPr*, die natürlich auch nicht absichtlich Falsches erzählt haben, sind selbst betroffen. Die Presse wird nun zum Ausdruck bringen, daß der Fall von Cherbourg von deutscher Seite ernst beurteilt wird.

Bei einem Empfang der Auslandspresse weist der Reichsjugendführer Axmann auf die Tatsache hin, daß die freiwilligen Meldungen aus der Jugend, d.h. die Meldungen vor Erreichen des wehrpflichtigen Alters in diesem Jahr noch höher sind als im vergangenen. Es besteht hier schon ein großer Unterschied im Vergleich zu 1918 – damals war gerade der junge Ersatz ein Zersetzungsfaktor an der Front.

1964: Staatsbesuch aus Österreich

25. Juni 64

Staatsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten in Bonn. Angesichts der politischen Situation, die heute noch in Europa herrscht, ist das eine delikate Angelegenheit, die diplomatisches Geschick erfordert.

Als die Siegermächte am 1. Dezember 1943 in Teheran sich erstmals mit dem Problem der Aufteilung Deutschlands

* Abkürzung für: „Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Wehrmacht-Propaganda".

beschäftigten, war Churchill der Ansicht, ein süddeutscher Staat – die Pfalz, Baden, Württemberg, Bayern, Österreich mit der Hauptstadt Wien – solle geschaffen werden. Das erschien Stalin wegen der Ausstrahlung auf den Donauraum als ein viel zu lebensstarkes Staatswesen und deshalb forderte er die Wiederherstellung genau des Staates, der 1918 sich zunächst als „Deutsch-Österreich" gebildet hatte und ab Oktober 1919 auf Anordnung der damaligen Siegermächte in „Österreich" umbenannt werden mußte. Außer einer kleinen tschechischen Minderheit in Wien und einer slowenischen in Kärnten wurde und wird dieses Land ausschließlich von Deutschen, meist bajuwarischer Stammesart, bewohnt. Seine staatsrechtliche Trennung vom übrigen Deutschland aber ist zu einem der „Zehn Gebote" für die politische Niederhaltung der besiegten Deutschen seit Versailles erhoben und durch Teheran – Jalta – Potsdam erneuert worden. Besonders die Russen achten streng darauf; sie sind geradezu die weltpolitischen Gralshüter der von Schuschnigg 1934 kurzfristig erfundenen und 1945 neu aus der Taufe gehobenen „österreichischen Nation" geworden.

Das Protokoll eines österreichischen „Staatsbesuches" in Bonn ist angesichts dieser historisch-politischen Lage einfach und schwierig zugleich. Einfach insofern, als auf die Dienste der Dolmetscher verzichtet werden kann. Immerhin verlangt noch keine der aufsichtführenden Großmächte, daß bei solchen Gelegenheiten amerikanisch oder russisch gesprochen wird.

Aber *wie* soll von der nun unstreitig bestehenden volklichen und historischen Gemeinsamkeit Kenntnis genommen werden, ohne Anklang an das verbotene Thema politischen Zusammenwirkens?! Der westdeutsche Bundeskanzler verzichtete bei Lösung der gestellten Aufgabe auf diplomatische Bemühungen; er sprach einfach so, wie es der sowjetische Botschafter am liebsten hörte. Herr Erhard sagte: „Deutsch sind wir alle, wenn auch glücklicherweise nicht mehr in einem Reich."

Er sagte wirklich: „glücklicherweise".

Der Tischgast im Palais Schaumburg, der sozialdemokratische österreichische Bundespräsident Dr. Schärf ist ein gebildeter Mann und die Geschichte der seit dem Jahre 1273 mit Wien verbundenen deutschen Kaiserkrone ist ihm kein Geheimnis. Er weiß auch von Prinz Eugen dem „edlen Ritter",

dessen deutsche Soldaten den europäischen Südosten von der Türkenherrschaft befreit haben. Für ihn ist die Welt nicht „glücklicher" geworden, seit die deutsche Reichswirklichkeit zerschlagen ist. In seiner offiziellen Erwiderung beschränkt sich Dr. Schärf auf die nüchterne aber durchsichtige Bemerkung, Österreich „bekenne sich zum Westen", sein Handeln sei aber „stark von seinen östlichen Nachbarn beeinflußt".

Seine persönlichen Ansichten drückte Dr. Schärf indirekt aus: Zu Fuß begab er sich ins Geburtshaus Beethovens und dem westdeutschen Bundespräsidenten Dr. Lübke überreichte er ein Buch des Professors Dr. von Srbik. Der Titel des Werkes wurde in den Pressemeldungen nicht verraten, aber dem „Neuen Österreich" in Wien genügte schon der Name des Verfassers, um den Bundespräsidenten Dr. Schärf ernstlich zu verwarnen. Ein Buch des verstorbenen Professors Srbik sei geradezu ein „Danaer-Geschenk", denn:

„dieser ‚berühmte österreichische Historiker' galt zeitlebens als ein ‚Geschichtsschreiber der deutschen Einheit'. Seine wissenschaftlichen Grundsätze einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung hat Srbik ins Politische übertragen. ... Zwei Generationen von Studenten hat er die Sehnsucht nach dem ‚Reich', dem einen deutschen Reich eingeimpft – eine Sehnsucht, die er 1938 prompt erfüllt sah!"

Es wird nicht berichtet, ob diese Kritik den Präsidenten Schärf beunruhigt hat. Sie trifft die Sache. Warum auch nicht?

1944: Der Russenangriff

26. Juni 44

Dr. Dietrich will mich einige Tage in Berchtesgaden haben. Als ich gestern wie üblich mit dem Kurierzug direkt nach Salzburg durchfahren wollte, stellte sich heraus, daß die Abfahrtszeit eine halbe Stunde vorverlegt war. Also mußte ich den Zug nach München nehmen und wurde hier abgeholt.

Strahlende Sommersonne liegt über München; um so bitterer ist der Eindruck der schwer angeschlagenen Stadt. Wir fahren durch die Ludwigsstraße, vorbei am Haus meiner Großeltern, das nur noch eine ausgebrannte Ruine ist. Es wurde zur Zeit Ludwig I. nach Plänen des Architekten Gärtner erbaut. – Auch sonst viele vertraute Gebäude in Trümmern – „Kriegführung"? Die Parteibauten am Königlichen Platz sind fast unbeschädigt; da sie nach modernen Baumethoden errichtet wurden, sind sie

gegen Brandbomben, die gefährlichste Waffe, denen die Altstädte meist zum Opfer fallen, weitgehend geschützt.

Im Osten hat der erwartete Angriff begonnen. Die Offensive der Russen wird sehr hart geführt. In der nach Berlin telefonisch durchgegebenen Tagesparole forderte Dietrich die Redaktionen auf, „die Kämpfe im Osten ihrer Schwere entsprechend zu würdigen". Ich finde Dietrich sehr ernst; der „militärische Generalansturm unserer Gegner" – so drückt er sich aus – „hat begonnen. Man will uns noch in diesem Jahr militärisch überrennen". Er hat einen Text entworfen, der in den nächsten Tagen den Redaktionen zugeleitet werden soll, und der in dem Satz gipfelt:

„Nachdem in den letzten Jahren der politische und auf die Demoralisierung des deutschen Volkes gerichtete Ansturm der Feinde zusammengebrochen ist, wird auch der konzentrische militärische Angriff, der jetzt erfolgt, von uns abgewehrt und am Ende damit der deutsche Sieg erzwungen werden."

Seit der Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" und seit der in der Invasion sich darstellenden Einheitsfront der Amerikaner mit den Russen gibt es in der Tat keine andere Lösungsmöglichkeit als Widerstand bis zum äußersten.

Ein Mord in Paris

28. Juni 44

Heute früh ist unser kürzlicher Gast, der französische Staatssekretär Henriot in Paris in seiner Wohnung von eindringenden Agenten niedergeschossen worden. Henriot war einer von den führenden Franzosen, gegen die der Londoner Rundfunk seit langem ein propagandistisches „Todesurteil" verkündet hatte. Trotzdem lebte er so unbekümmert, daß die Mörder, ohne Widerstand zu finden, in sein Schlafzimmer eindringen konnten. In der großen Politik hatte Henriot keine bedeutende Rolle gespielt, aber er war ein von seiner Sache überzeugter Redner, ein leidenschaftlicher Franzose. Wurde er deshalb in London als so gefährlich erachtet?

1964: Erinnerung an Serajewo

28. Juni 64

Die Erinnerung an 1914 beginnt sich der Zeitungen zu bemächtigen. Die Londoner „Times" veröffentlicht einen be-

merkenswerten Aufsatz des an der amerikanischen Harvard-Universität lehrenden serbischen Professors Vladimir Dedijer über die neuesten Aktenbefunde zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo am 28. Juni 1914. Es waren nicht weniger als sechs Attentäter in Serajewo versammelt und mit Waffen versorgt worden; und – was wichtiger ist – es gibt keinen Zweifel mehr darüber, daß der Chef des serbischen Geheimdienstes den Anschlag organisiert hatte.

Sehr vorsichtig drückt sich der Professor aus, es gebe „kein Beweisstück" dafür, daß auch der serbische Ministerpräsident von den Attentatsplänen unterrichtet war. Der leitende Kopf des Komplotts in Serajewo namens Veljko „war ein Pan-Serbe und war von der Überlegenheit der Serben über die übrigen Südslawen überzeugt". Franz Ferdinand mußte offensichtlich sterben, weil es unter den Bosniaken und Kroaten viele gab, die eine Autonomie im Rahmen des Habsburger Reiches einer Einverleibung ihres Landes in Groß-Serbien vorgezogen hätten.

1944: Das technische Gleichgewicht

30. Juni 44

Unmittelbar vor meiner Rückreise nach Berlin hörte ich auf dem Platterhof noch die Ansprache, die der Führer dort vor den durch Speer versammelten „Wehrwirtschaftsführern" gehalten hat. Er stellte dabei den Gedanken der Wiederherstellung des technischen Gleichgewichts in den Mittelpunkt. Bei Kriegsbeginn seien wir durchwegs auf höherer Stufe gestanden als unsere Gegner. Dieser Vorsprung sei verloren gegangen, er müsse wenigstens insofern wieder eingeholt werden, daß ein Gleichgewicht bestehe. Wenn *das* erreicht würde, gebe es keine Sorge um den Ausgang des Krieges, denn der deutsche Soldat sei der beste. Der moderne Krieg aber werde nun einmal nicht nur von Soldaten, sondern auch von Technikern geführt und entschieden. Nach des Führers Gepflogenheit waren diese knappen Stellungnahmen zur Kriegslage in längere allgemeine Ausführungen eingefügt, in denen er sich diesmal mit dem Kommunismus beschäftigte; dieser biete für die Zukunft das an, was wir als Ausgangspunkt der Menschheitsentwicklung kennen. Im primitivsten Urzustand herrsche die ausgeprägteste Leistungs-

gleichheit unter den Menschen, hier gebe es wirklich kommunistische Verhältnisse. Schon mit der Findung des Feuers aber beginne die Reihe der Leistungen überragender Einzelpersönlichkeiten, die schließlich immer differenzierter geworden seien. Unser Ziel sei die höchste Leistung des Einzelmenschen, korrigiert durch das Interesse der Gesamtheit.

Im letzten Teil der Ansprache ist der Führer ernster, als ich ihn je gehört habe: Er spricht vom ewigen Leben eines Volkes und es klingt merkwürdig in seinem Munde, wenn er erklärt: „Was hat das deutsche Volk nicht schon an Schicksalen bestanden und überlebt. Es wird auch diese Zeit bestehen und auch mich überleben." Es fehlt nicht die Anrufung der Vorsehung, doch anders als früher:

„Wenn mich die Vorsehung bis zur letzten Stunde des Krieges leben läßt, so will ich dankbar sein, den Frieden wird ein anderer gestalten können, aber den Krieg mit allen diesen Sorgen – den kann nur ich durchstehen."

Und abrupt zum Schluß: „Deutschland ist bisher noch nie durch seine Feinde besiegt worden, sondern immer nur durch Deutsche selbst."

1964: Wehrtechnik heute

1. Juli 64

In München interessanter Vortrag eines hohen Bonner Beamten, der die moderne Technik, insbesondere die Wehrtechnik, überblickt. Er erinnert daran, daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Felde der Naturwissenschaft und der Technik bald wieder führend war, während das – ohne triftigen Grund – seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr so ist. Mit dem Aufbau der Bundeswehr hätte zwar der Staat als Groß-Auftraggeber wieder beträchtliche Impulse geben können, aber wichtige Aufträge wurden und werden – vermutlich aus politischen Gründen – zum großen Teil ins Ausland vergeben. Obwohl wir sie einst in Peenemünde als Erste entwickelt haben, überlassen wir die Raketenforschung im wesentlichen den Russen und Amerikanern. Eine eigene Luftfahrt-Industrie, „ein Industriezweig, in dem sich bedeutende technische und wissenschaftliche Entwicklungen vollziehen und dessen Stand wägbares Kriterium für internationale Anerkennung und

gleichberechtigte Partnerschaft ist", wurde in Westdeutschland bisher nicht wieder aufgebaut.

Das alles sind natürlich nicht nur technische und finanzielle Fragen, sondern grundsätzliche: ein Deutschland, das nicht nur in der normalen Güterproduktion, sondern auf wehrtechnischem Gebiete wieder in der ersten Reihe steht (was unschwer möglich wäre), würde ein stärkeres internationales Gewicht haben als unsere „Verbündeten" es uns zubilligen.

In der Diskussion fällt das kritische Wort von „indirekten Reparationen", die die Bundesrepublik dadurch leistet, daß sie moderne Technik kauft statt sie selbst zu entwickeln. ...

1944: Schatten über dem Baltikum

2. Juli 44

Diese Zeilen werden im Zuge zwischen Riga und Tilsit geschrieben. Ein seit langem vorgesehenes Vortragsprogramm ist jetzt so knapp wie möglich eingeschoben worden. In Riga waren die Journalisten des Reichskommissariats Ostland (also aus Estland, Lettland und Litauen) zu einer Tagung versammelt; außerdem war in der „Großen Gilde" ein Vortrag angesetzt, für den jetzt das Thema gewählt wurde: „Weltpolitik nach der Invasion."

Die Stimmung dieser zwei Tage war unvermeidlich überschattet von den militärischen Meldungen, die vom russischen Vordringen auf Dünaburg berichteten. Auf der Hinfahrt – ich war in Tilsit mit einem Wagen abgeholt worden – erzählte der deutsche Gebietskommissar in Schaulen, daß dort die durch russische Fallschirmspringer organisierte und aus der Luft versorgte Partisanentätigkeit neuerdings ernste Formen annimmt. Die Straße, die wir gerade passiert hatten, sei nachts nicht mehr befahrbar. In Riga bin ich Gast des Reichskommissars Lohse. Er wirkt hier seit drei Jahren und ist seiner Aufgabe offenbar verständig gerecht geworden, hat dem Ansehen der deutschen Schutzmacht im Baltikum trotz der schwierigen Kriegsverhältnisse genützt. Er ist bedrückt – er sieht nicht nur kommen, daß seine ganze Arbeit umsonst getan war, sondern, was ihn noch mehr aufregt: daß die drei schon einmal bolschewisierten Völker erneut einem ungewissen, oder besser gesagt: einem gewiß bitteren Schicksal überliefert werden. Der lettische Regierungschef General Dankers, ein wortkarger, aber intel-

ligenter Mann, hat 1940 gleich das Richtige getan – er hat sich auf keine russischen Täuschungen eingelassen und ist nach Deutschland gegangen. Er erzählt mir, daß der damalige lettische Staatspräsident Ulmanis im Juni 1940 von den Russen höflich aber bestimmt aufgefordert wurde, sich zum Bahnhof zu verfügen und einen Salonwagen (!) zu besteigen. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört.

Gestern, als ich kurz durch Alt-Riga ging, um die paar in der oft umkämpften Stadt erhaltenen Baudenkmäler alter deutscher Ritter- und Kaufmannsherrlichkeit zu besichtigen, prangten alle Straßen in reichem Flaggenschmuck; in der Überzahl die rot-weiß-roten lettischen Fahnen. Am 1. Juli 1941 war Riga durch deutsche Truppen befreit worden. Und jetzt stehen die Russen wieder vor den Toren!

Es war nicht leicht, zu dem großen dichtgedrängten Zuhörerkreis in solcher Situation das richtige Wort zu finden. Ich kann die Lage nur deuten, nicht sie bessern. Ich spreche von den Völkern im Westen, deren Krieg „ein sinnloser Kampf" ist, „in dem sie nichts zu gewinnen, wohl aber sehr viel zu verlieren haben". Und ich meine es ebenso ehrlich, wenn ich den in den Zeitungen hervorgehobenen Satz formuliere: „Ich glaube, daß auch das lettische Volk in der Normandie verteidigt wird, und ich weiß, daß es kein Europa geben kann ohne diesen baltischen Raum."

Von Tilsit aus telefoniere ich mit Berlin. Die Vereinigten Staaten haben ihre bisher immer noch aufrecht erhaltenen diplomatischen Beziehungen zu Finnland abgebrochen. Das ist in dieser Lage ein dramatischer Akt; die Finnen sollen offenbar nur noch einen Ausweg haben – sich den Russen zu unterwerfen.

4. Juli 44

Bei der Heeresgruppe Mitte haben die Russen einen völligen Durchbruch erzielt und Minsk genommen. Dr. Dietrich ermahnt mich in unserem Mittagstelefongespräch wieder einmal – zum wievielten Male? – dafür zu sorgen, daß die ernsten Ausdrücke des OKW-Berichtes auch in den Überschriften der Zeitungen zum Ausdruck kommen. Das erinnert mich an den Dezember 1942, als er geradezu anordnete, die im OKW-Bericht erwähnte „Räumung von Benghasi" zweispaltig als

Überschrift zu bringen. Da im OKW-Bericht vielerlei Angaben gemacht werden, gehört natürlich ein Schuß Pessimismus dazu, ausgerechnet die schlechteste Nachricht hervorzuheben. Aber es ist zweifellos richtig so; die Ostfrontkämpfe sind sehr schwer geworden und es käme einer Täuschung gleich, wenn die Blätter irgend etwas anderes aus dem OKW-Bericht herausstellen würden.

Bombenkrieg und V 1

7. Juli 44

Ein sehr realistischer Bericht des Polizeipräsidenten von Hamburg über die Wirkungen der Großangriffe im Juli des vorigen Jahres wurde für die Auslandspresse zur Verfügung gestellt. Die Zahl der damals in Hamburg getöteten Zivilisten ist inzwischen mit weit über 30000 amtlich festgestellt worden*. Ein neutraler Journalist spricht mich auf dieses Dokument an und meint, daß es „schwierig" sein werde, auch nur eine Erwähnung dieser Zahlen in seinen Blättern zu erreichen!

Der englische König, begleitet von Prinzessin Elizabeth, hat demonstrativ eine RAF-Gruppe besucht, die – laut amtlicher britischer Mitteilung – „die Abschußrampen der deutschen fliegenden Bomben in Frankreich" laufend angreift. Die Angelegenheit scheint der englischen Öffentlichkeit doch recht unheimlich zu sein.

Dr. Goebbels hatte eine ausgezeichnete Idee, die vom Führer gebilligt wurde und vor einigen Tagen in einer Information an die Presse ihren Niederschlag fand:

„Die neue deutsche Waffe hat die Bezeichnung V 1. Während das V als Abkürzung ‚Vergeltung' anzusehen ist, bedeutet die Ziffer ‚1', daß die jetzige Waffe die erste in der Reihe der Vergeltungs-

* Im Anhang zu seinem Buch „Der Untergang Dresdens" Deutsche Ausgabe Gütersloh 1964 bezeichnet der britische Historiker David Irving die Hamburger Todesopfer in den Tagen vom 24. bis 29. Juli 1943 mit 43000. In seinem Werk „Und Deutschlands Städte starben nicht" Deutsche Ausgabe Zürich 1964 berichtet der gleiche Verfasser:

„Die offizielle englische Geschichte des Bombenfeldzuges gegen Deutschland notiert über die Auswirkungen der Angriffe zwischen dem 24. Juli und dem 2. August 1943: ‚Einen Monat lang war in Hamburg die Produktion auf die Hälfte gesunken'. Nach fünf Monaten hatte Hamburg 80 Prozent, nach zehn Monaten fast 100 Prozent seiner Produktion vor den Großangriffen wieder erreicht" (a. a. O. Seite 166).

waffen ist. In diesem Sinne ist eine kurze, keinesfalls sensationell hervorgehobene Erläuterung der Bezeichnung, sobald sie in einer Meldung erstmals gebraucht wird, durch die Presse notwendig."

Vom Führer kamen geharnischte Hinweise, die Dr. Dietrich so formulierte:

„Die ernste Wirkung der deutschen V 1 wird schlagend unterstrichen durch die wutentbrannten Äußerungen der britischen Presse, wonach die deutsche V 1 unfair sei. Diese krampfhaften Windungen, die nur deutlich machen, daß bis jetzt keine Abwehrwaffe gefunden ist, sind mit der entschiedenen Feststellung zu beantworten, daß 1. die Zielgenauigkeit der deutschen V 1 in nichts den englischen ‚Bombenteppichen' nachsteht und 2. daß die gegenüber der Wirkung des Einzelfeuers der V 1 heute plötzlich wieder Moral und Empörung heuchelnden Engländer jeden, auch den gemeinsten Terror ihrer Führung gegen Zivilisten, Frauen und Kinder nicht nur gebilligt, sondern sich dieser Verbrechen offen und zynisch gerühmt haben. Bis zu den Leserzuschriften in den englischen Zeitungen ist die Ausrottung des deutschen Volkes durch brutalste Mittel immer wieder gefordert worden. Die Vergeltung ist den Engländern oft genug angedroht worden, ohne daß sie von solchen Verbrechen abgelassen haben."

*

Bei uns ist die Luftkriegs-Situation so, daß wir morgen eine Weisung ausgeben sollen, nach der die bevorstehenden Bayreuther Festspiele „weder in der Reichspresse noch in der Lokalpresse vor ihrem Abschluß auf irgend eine Weise erwähnt werden" dürfen. Das soll nicht nur für den redaktionellen Teil gelten, sondern auch „für die Aufnahme von Anzeigen jeglicher Art, in denen sich irgend ein – wenn auch indirekter – Hinweis auf die Festspiele oder gar die Zeit ihrer Abhaltung befindet". Wenn schon die Bauern auf dem Feld beschossen werden, warum soll nicht auch das Bayreuther Festspielhaus in die Pläne der „strategischen Luftflotte" aufgenommen werden, die jetzt sowohl von England wie auch von Süditalien aus operiert.

Europa nach dem Krieg ...

8. Juli 44

Der britische Botschafter in Spanien und frühere Außenminister Sir Samuel Hoare hat inBarcelona eine sehr interessante Rede gehalten; er vertiefte darin seine Europa-These, die er

kürzlich schon einmal in London ausgesprochen hatte. Als Fürsprecher einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas findet er, daß zum Wiederaufbau in jedem europäischen Land eine Rationierung, d.h. eine Art Planwirtschaft beibehalten werden müsse. Er meint weiter, daß es keine Blockbildung Westeuropa-Osteuropa geben dürfe usw. Das Hauptproblem der europäischen Zukunft sei es, sowohl den Krieg wie eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Alle Thesen Hoares sind deutliche Absagen an die Amerikaner und an die Sowjets. Die ersteren erwarten sich wahrscheinlich ein großes Nachkriegsgeschäft mit Europa, das ins Wasser fällt, wenn wir uns nach dem Plane Hoares aus eigener Kraft erholen. Daß die Ideen Hoares mit den Absichten Moskaus gar keinen Kontakt haben, ist völlig klar. Wie freilich stellt sich Hoare die Verwirklichung seiner Thesen unter Fortsetzung der Churchillschen Politik vor? Hoare – der zweifellos ein vernünftiger Mann ist – versteigt sich sogar zu den Sätzen: „Wir haben allerlei gelernt; unser Gedächtnis wird niemals wieder so schlecht sein wie in den Jahren zwischen den Kriegen."

Diese Erklärungen reizen mich zu einem ausführlichen Aufsatz über „Die Thesen des Sir Samuel Hoare", dessen Kernsätze lauten werden*:

„Ein Bruchteil solcher Erkenntnisse, wie sie Hoare heute von sich gibt, hätte – im Jahre 1939 von der damaligen britischen Regierung ausgesprochen und angewandt – vielleicht den gegenwärtigen Krieg überhaupt, gewiß aber die deutsch-britisch-französisch-polnische Auseinandersetzung verhindert. Wäre in jenem Jahre nicht die britische Politik eigensinnig darauf ausgerichtet worden, die endliche Vereinigung der Deutschen in *einem* Reich militärisch verhindern zu wollen, so hätte sich schon damals auf friedlichem Wege vollziehen können, was heute zwar nicht durch britische Botschafterreden, wohl aber durch die harten Ereignisse des Krieges Tatsache geworden ist: die allgemeine Erkenntnis, daß es eine europäische Schicksalsgemeinschaft gibt und daß kein Volk unseres Kontinents gegen ihre Interessen verstoßen kann, ohne schließlich sich selbst zu treffen. Es wäre dann vielleicht auch dem britischen Volk das Erlebnis erspart geblieben, der Auflösung des Empire zusehen zu müssen, das ihm heute nicht von den Deutschen, wohl aber von seinen gegenwärtigen Bundesgenossen abtrünnig gemacht wird."

---

* Erschienen im „Völkischen Beobachter", Münchner Ausgabe, 18. 7. 44.

1964: Das Europa der Völker

8. Juli 64

Gespräch mit einem Exil-Tschechen, d.h. mit einem intelligenten, sympathischen jungen Mann, der aus Brünn geflüchtet ist, weil er mit den dortigen Machthabern nicht mehr zurecht kam. Die Tschechen ertragen zwar die russische Oberhoheit geduldiger als alle anderen Ostvölker, aber individuell gibt es natürlich Grenzen und daher auch eine bescheidene Emigration.

Als Lösung des Sudetenproblems kommt für ihn zwar die Rückführung der Sudetendeutschen in Betracht, aber diese müßten dann wieder – wie schon einmal – tschechische Staatsbürger werden, ein Vorgang, von dem er sich viel verspricht. Es lohnt nicht, zu streiten. Ich sage nur ganz allgemein: Wenn es jemals eine befriedigende Allianz der europäischen Nationen geben soll, dann werden wir uns zunächst alle an den Gedanken gewöhnen müssen, daß *jedes* der mannigfachen im europäischen Raum lebenden Völker *seinen* Staat haben und keine anderen Volksgruppen beherrschen darf.

Das ist ein so revolutionäres Programm, es muß gegen soviel historische Sentiments und tagespolitische Widerstände durchgesetzt werden, daß in der Stunde seiner Verwirklichung Grenzziehungsfragen keine ernste Bedeutung mehr haben können; ihre angemessene Regelung diktiert sich nach dem Grundsatz des Besitzrechtes der Leistung. So wurde 1938–39 von deutscher Seite in den Korridor-Danzig-Diskussionen mit Polen stets der polnische Anspruch auf Gdingen respektiert: diese Stadt ist ausschließlich durch polnische Planung und Arbeit aus einem Fischerdorf emporentwickelt worden. Aber Danzig haben die Deutschen erbaut. Deshalb wird es ihnen in Zukunft auch wieder gehören. Aus Gründen der Höflichkeit spreche ich nicht von Brünn. Aber mit dieser Stadt steht es natürlich nicht anders.

1944: Szenen im Osten

10. Juli 44

Ein Münchner Jugendfreund hat mich dieser Tage zu seiner Trauung eingeladen, die im Vorort Wünstorf stattfand. Zunächst heulten gerade wieder die Sirenen, als ich die nicht ganz einfache Fahrt dorthin antreten wollte. Der Angriff richtete sich

diesmal auf Leipzig, also war rechtzeitig Entwarnung und ich konnte – wenn auch mit Verspätung – die mir zugedachte Funktion als Trauzeuge erfüllen. Die Hochtzeitsumstände waren auch sonst von der Lage gekennzeichnet. Der Brautvater fehlte, denn er hatte keinen Urlaub bekommen; er ist zwar kommandierender General, aber er steht im Osten. ... Immerhin meldete er sich telefonisch aus seinem Stabsquartier, um dem jungen Paar zu gratulieren. Auf diese Weise hat mein Freund mit seinem nunmehrigen Schwiegervater wenigstens einmal gesprochen; gesehen hat er ihn noch nicht. Er selbst ist Offizier im Stabe Schörners in Nordfinnland. Als er vor einigen Monaten brieflich um die Hand seiner Braut anhielt, erreichte ihn zunächst ein mit Rücksicht auf das Verbot privater Mitteilungen im Nachrichtennetz der Wehrmacht etwas verblüffend formuliertes Fernschreiben: „An Hauptmann W. Mit Vorschlag einverstanden. N. Generalleutnant."

*

Einer unserer jüngeren Beamten hat den Minister Dr. Goebbels nach Breslau begleitet, der dort in der Jahrhunderthalle gesprochen hat. Man möchte meinen, daß die Katastrophe an der Ostfront, die der OKW-Bericht deutlich bezeichnet, den Redner gerade in Breslau vor eine kaum lösbare Aufgabe gestellt hat. Überdies herrschte dort – wie auch hier bei uns in Berlin – brütende Hitze. Aber wie schon bei der Sportpalast-Rede nach Stalingrad: In solcher Situation zeigt Dr. Goebbels, welche oratorische Kraft in ihm steckt; er hat die gut 10000 Breslauer nicht nur beruhigt, sondern geradezu begeistert. Sein stärkstes Argument war unter Anspielung auf die V 1: seit einigen Wochen sei der Luftkrieg wieder zweiseitig geworden. Aber sonst hat er die Lage nicht etwa rosig gefärbt: Natürlich seien wir in dem großen Kampf materiell unterlegen, aber in der ganzen Weltgeschichte hätten die jungen Völker sich ihren Aufstieg gegen Übermacht erzwingen müssen. Jetzt wo sich die Sturmflut den Reichsgrenzen nähere, müsse totaler Krieg die Parole sein. Er schloß unter frenetischem Beifall mit einem Fontane-Zitat: daß Ausdauer besser als Courage sei.

Eine Auslandsmeldung: In Kairo haben sich Beauftragte der griechischen Exilregierung mit Vertretern der, wie die Lon-

doner „Times“ sich ausdrückt, „stark links gerichteten“ griechischen „Untergrund-Armee E. A. M.“ verhandelt. Der Verlauf der Besprechungen hat den griechischen Exilministerpräsidenten Papandreou zu einer Rundfunkrede veranlaßt, in der er das „Scheitern der Verhandlung“ bekanntgab und die Schuld den E. A. M.-Leuten zuschob, die versuchten „die ganze Nation sich unterzuordnen“. Der bolschewistischen Machtergreifung in Griechenland scheint nur noch die deutsche Besatzung im Wege zu stehen!

11. Juli 44

Die Ereignisse im Osten haben jetzt in der sonst so gelassenen Berliner Bevölkerung Unruhe ausgelöst. Viele Frauen und Kinder sind in Ostpreußen evakuiert; Wilna ist ernstlich gefährdet und auch der schlichte Leser des OKW-Berichtes kann erkennen, daß die russische Stoßrichtung auf die deutsche Grenze zielt. Auch im Bereich von OKW/WPr, der Wehrmachtsstelle, mit der wir täglich zu tun haben, spüren wir eine dort bisher nicht gewohnte Nervosität. Aus Berchtesgaden höre ich, daß der Führer auf Rückverlegung des Hauptquartiers nach Rastenburg drängt; wenn auch das FHqu* in Berchtesgaden für die Italien- und die Invasionsfront günstig liegt, das Wichtige ist und bleibt die jetzt so furchtbar geschwächte Ostfront. Die unmittelbare Anwesenheit des Führers und der Spitzenmilitärs in Ostpreußen wird zwar nicht in den Zeitungen gemeldet, aber sie wird in der Truppe und in der Bevölkerung doch „gespürt“ werden.

1964: Ein Minister tritt zurück – und sonstige „Zeichen der Zeit“

11. Juli 64

Der bayerische Kultusminister Professor Maunz ist zurückgetreten. Er amtiert zwar schon seit sechs Jahren, aber erst jetzt hat sich herausgestellt, daß er „politisch untragbar“ ist. Er hat nämlich als Staatsrechtslehrer an der Universität in Freiburg i. Br. vor einem Vierteljahrundert seine Studenten über die juristische Qualität des sogenannten Führerbefehls unterrichtet und dabei festgestellt, daß damals ein solcher den Charakter eines verbindlichen Gesetzgebungsaktes gehabt hat. In

* Abkürzung für „Führer-Hauptquartier“.

seinem Rücktrittschreiben beruft sich Maunz auf den bekannten Staatsrechtslehrer Professor Kelsen, der noch 1962 zu sagen wagte, daß auch das NS-Recht „im rechtswissenschaftlichen Sinne ‚Recht' war". Soviel nüchterne Genauigkeit ist zuviel für das derzeitige politische Leben in Bayern. Den Kultusminister rettete auch nicht der Hinweis, daß der sozialdemokratische Jurist Radbruch im Jahr 1947 das gleiche ausgeführt hat, nämlich daß „dem Führerbefehl nach der damaligen deutschen Verfassung die Charakterisierung als verbindlicher Gesetzgebungsakt nicht zu versagen sei". „Quod licet Jovi, non licet bovi." Maunz muß in die Wüste.

*

Der amerikanische Soziologe Professor Cahnmann aus New Jersey hat im Auftrag des Städtischen Schulreferates mehrere hundert Münchner Schüler nach einem „sorgfältig erstellten Fragenschema" ausgehorcht und berichtete nun in einem Vortrag über seine Ergebnisse. Laut Zeitungsmeldung kamen hinsichtlich des Nationalsozialismus

„die üblichen begrenzten Anschauungen zum Vorschein, wie etwa: Hitler wollte die Arbeitslosigkeit beseitigen und das ist ihm auch gelungen. Befehl ist Befehl. Gegen die Diktatur konnte man nichts ausrichten, man hätte nur sein eigenes Leben gefährdet. Hitler war ein Verbrecher – nur er und seine kriminelle Gruppe haben Verbrechen begangen. Das deutsche Volk hat nichts gewußt."

Nun – es läßt sich in der Tat sagen, daß das „begrenzte Anschauungen" sind; sie wären intelligenter, würde den Lehrern erlaubt, einen sachgerechten und wahrheitsgetreuen Geschichtsunterricht zu erteilen, statt nur die Gebetsmühlen der „Umerziehung" Marke 45 weiter zu drehen.

Zum gleichen Thema paßt ein im „Sunday Telegraph" veröffentlichter Artikel des britischen Journalisten Sefton Delmer. Ich lernte ihn 1932 kennen, als er Hitler auf den Deutschland-Wahlflügen begleitete und sich noch sehr freundschaftlich gab; im Krieg leitete er die antideutsche Propaganda des britischen Rundfunks, und heute produziert er so viel Deutschenhaß, daß er auch manchen Bonner Regierungsstellen auf die Nerven geht. Diesmal erteilt er den Rat, Bundeswehreinheiten nach Zypern zu entsenden, wo der griechisch-türkische Streit immer wieder

auflodert. Wer den Mann in Betracht zieht, der diesen Rat erteilt, weiß, was damit bezweckt wird. Natürlich will Mr. Sefton Delmer, daß die Deutschen sich die Finger an Brennesseln in fremden Gärten verbrennen. Nur falls das geschieht, kann Mr. Delmer sich mit der Existenz der Bundeswehr befreunden. In ihr sind ihm die bekannt-merkwürdigen Experimente der sogenannten „inneren Führung" das Wichtigste. Alle deutschen Offiziere, mit denen er sprach, hatten sich zwar wie gewünscht und befohlen für die Grundsätze des „Bürgers in Uniform" ausgesprochen, aber fünf Fähnriche (denen sicher nicht bewußt war, mit wem sie es zu tun hatten) haben aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und erklärt, daß sie „über die Haltung ihrer Vorgesetzten beunruhigt" seien. Sefton Delmer befürchtet, daß „der größte Teil der neuen Generation" so denkt wie diese fünf. Das lasse für die Bundeswehr in kommenden Jahren „nichts Gutes erwarten". Vom Standpunkt des Sefton Delmer aus gesehen. ...

*

Ein Buchhändler österreichischer Herkunft besucht uns an einem warmen, klaren Sternenabend, der ihn verlockt, etwas aus seinem Leben zu erzählen. Den deutschen Zusammenbruch 1945 hat er als Dreizehnjähriger in den Bergen der Untersteiermark verlebt. Dort wurden schulpflichtige Jungen von den Russen erschossen, weil sie angeblich im „Werwolf" organisiert waren. Nach solchen Kindheitseindrücken („Mit dreizehn war ich fast ein Mann, mit sechzehn dann freilich wieder ein Bub") Gymnasiumsjahre im russisch-besetzten Wien. Dort im Herbst 1950 nicht nur Augenzeuge, sondern auch schlagkräftig Beteiligter an den Straßenkämpfen, in denen die österreichische Regierung sich eines russisch-organisierten Aufstandsversuches erwehrte. Das war eine groteske Lage. Noch waren ganz Niederösterreich und mehrere Wiener Stadtbezirke sowjetisch besetzt, die österreichische Regierung von russischen Spitzeln umgeben, trotzdem hat der Innenminister Helmer (ein österreichischer Sozialdemokrat) sich mit Härte durchgesetzt. Ein Vorgang, der zweifellos die spätere Freigabe Österreichs durch die Russen vorbereitet hat, und ein absolutes Gegenstück zum Verhalten der in Berlin etablierten Moskau-Delegaten, der Ulbricht und Konsorten bezeichnet. Die politische Lage Wiens als eine

„Sektoren-Stadt“ war damals noch ganz ähnlich der Berlins; und trotzdem ein völlig anderes Ergebnis, weil in Wien das Unmögliche einer dauernden Russenherrschaft erkannt wurde, während die Leute in Pankow sich den russischen Vorgesetzten mit Haut und Haar verschrieben haben.

1944: Kriegseintritt der Türkei?

17. Juli 44

Im Westen wird zwischen dem 16. und 19. Juli ein zweiter Invasionsschlag, möglicherweise in der Nähe von Calais, erwartet, wie uns die Militärs vertraulich mitteilen. Vielleicht ist die auffällige Freizügigkeit, mit der die englische Presse zur Zeit die Regierung kritisiert, auch ein Indiz für kommende Überraschungen. Wenn man so offen die „Ratlosigkeit“ der britischen Regierung zur Debatte stellen läßt, dann erwartet man wohl Ereignisse, die die Regierung dann in um so strahlenderes Licht setzen.

Im internationalen Gespräch geht es um den Kriegseintritt der Türkei. Die türkische Presse schreibt aber immer noch recht nüchtern. Gerade in diesen Tagen haben die dortigen Zeitungen die alliierten Haßpläne gegen Deutschland behandelt und sie durchweg – also wohl auf amtliches Stichwort – verurteilt. Ein Blatt deutet ganz mit Recht an, daß die Frage eines Kriegseintritts nicht nur das Ergebnis politischer Verhandlungen sein könne, es gehöre schon auch ein ernsthaftes nationales Interesse dazu!

Es ist in der Tat zu fragen, was die Türken mit den Zielen zu schaffen haben, die noch kurz vor der Invasion in London verkündet wurden – so Mitte Mai die Parole des Journalisten Barkley, daß nach dem Kriege „eine stark reduzierte deutsche Bevölkerung sich die Nahrung aus dem Boden kratzen“ soll oder die gleichzeitige Anregung der britischen Zeitschrift „Statist“, das deutsche Volk werde zweckmäßigerweise dazu eingesetzt, „die Sümpfe Sibiriens trockenzulegen“. Kann die Türkei irgendeinen Nutzen erwarten, wenn die Deutschen überwältigt werden? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

*

Seit drei Tagen wird München wahllos mit Bomben belegt. Reuter meldet, daß der Bombenabwurf auch beim Tages-

angriff der Amerikaner infolge starker Bewölkung „ohne Sicht“ erfolgt sei.

*

Das Hauptquartier ist inzwischen wieder nach „Wolfsschanze“, also nach Ostpreußen in den Stadtwald bei Rastenburg, verlegt worden. Da man früher als beabsichtigt übersiedelt ist, sieht es – wie Dr. Dietrich am Telefon bemerkt – dort noch nach Baustelle aus. Im Hinblick auf die Entwicklung des Luftkrieges werden für einige Bunker die Schutzdecken beträchtlich verstärkt. Man muß mit einem Spezialbombenangriff auf die Anlage rechnen.

Roosevelts vierte Präsidentschaft

18. Juli 44

Präsident Roosevelt hat angekündigt, daß er bereit ist, sich im November zum vierten Mal als Präsidentschafts-Kandidat aufstellen zu lassen. Das war zu erwarten und wir haben schon vor einigen Tage die Redaktionen aufgefordert, darauf zu achten,

„daß in der USA-Wahlangelegenheit weder jetzt noch in Zukunft von seiten der deutschen Presse eine Stellungnahme erfolgt, da jede solche in der dortigen Wahlpropaganda ausgenützt werden würde.“

Natürlich wäre jeder andere Präsident günstiger als Roosevelt, der sich völlig auf „Vernichtungskrieg“ gegen Deutschland festgelegt hat, aber das kann man öffentlich nicht sagen.

Interessant ist, daß in England eine ziemliche Diskussion ausgelöst wurde, weil im Wahlprogramm der Republikanischen Partei in USA – also der Gegner Roosevelts – eine Bemerkung enthalten ist, daß in Zukunft im britischen Mandatsgebiet Palästina „uneingeschränkte Einwanderung und Landerwerb durch Juden“ durchgesetzt werden soll. Das ist für die Engländer ein sehr wunder Punkt. Sie haben im Ersten Weltkrieg sowohl den Juden wie den Arabern Versprechungen gemacht und die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben haben und immer noch ergeben, sind beträchtlich. Daß diese Angelegenheit im amerikanischen Wahlkampf diskutiert werden soll – mit dem untergründigen Gedanken, diese Angelegenheit werde in den Vereinigten Staaten entschieden – kann in London nur Mißtrauen und Unbehagen hervorrufen. Das läßt sich sogar aus Leserzuschriften an die „Times“ unschwer erkennen.

1964: Die Goldwater-Kandidatur

18. Juli 46

In den deutschen Zeitungen herrscht große Aufregung über die Wahl Goldwaters zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Das Übergewicht des amtierenden Präsidenten Johnson über diesen Konkurrenten ist freilich erdrückend. Seit über hundert Jahren ist Johnson der erste Südstaatler im Weißen Haus und er wird trotzdem in den Nordstaaten keineswegs abgelehnt; man kann also nüchtern sagen, daß Johnson Aussicht auf eine größere Stimmenzahl hat als der ermordete Präsident Kennedy sie hätte gewinnen können, der in den Südstaaten viele Gegner hatte.

Angesichts dieser sehr offenkundigen Einflußverhältnisse sind die Schimpfkanonaden gegen Goldwater nicht recht begreiflich – die Pressefront gegen ihn reicht von der „New York Times“ bis zur Moskauer „Prawda“. Eine deutsche Partei-Erklärung verkündet, Goldwater sei ein „Rassist“ und „hemmungsloser Antikommunist“ und schon deshalb abzulehnen. Die Londoner „Daily Mail“ äußert sich seriöser, aber nicht weniger ablehnend: man müsse sich der „Gefahr“ bewußt sein, daß „Goldwater Westdeutschland möglicherweise eine beherrschende Rolle gibt“.

Das offizielle Bonn hat diesmal vernünftig reagiert: Der Präsidentschafts-Wahlkampf sei eine innerstaatliche Angelegenheit der Vereinigten Staaten. So ist es in der Tat. Der Mann im Weißen Haus ist für die Bundesrepublik allerdings so wichtig, daß es sich empfiehlt, in die lautstarken internationalen Vorschußbeleidigungen gegenüber Goldwater nicht einzustimmen. Keine deutsche Zeitung kann auch nur eine einzige Stimme in die amerikanischen Wahlurnen werfen – und nur darauf wird es am 3. November ankommen.

1944: Der 20. Juli in Berlin

21. Juli 44

Die Ereignisse eines merkwürdigen Tages sind zu notieren. Gestern mittag sprach Minister Speer vor einem geladenen Kreis von hohen Beamten der Reichsbehörden im Theatersaal des Propaganda-Ministeriums. Er entwarf ein ebenso interessantes wie eindrucksvoll günstiges Bild von unserer Rüstungslage und den erzielten Fortschritten. Überzeugend unterstrich er,

wie wichtig die Technik für die militärische Entscheidung geworden ist. Kernanliegen seiner Ausführungen war die vernünftig begründete energische Aufforderung zu rücksichtslosem personellen Auskämmen des Staatsapparats. Speer hat zweifellos recht. Angesichts der eingetretenen entscheidenden Situation, die nicht jahrelang andauern wird, wird im Staat noch viel zu viel „verwaltet".

Nachmittags habe ich im Büro das Gefühl ungewohnter Ruhe; es liegen auffallend wenig militärische Meldungen vor – aber nach den vielen schlechten Nachrichten der letzten Wochen dürstet uns nicht danach. Das übliche Nachmittagsgespräch mit der Wolfsschanze verzögert sich – doch das ist schon öfter vorgekommen. Ich habe gerade einen verwundeten Schriftleiter einer Stuttgarter Zeitung zu Besuch, der in unverfälschtem Schwäbisch, aber sachlich interessant von seinen Fronterlebnissen erzählt, als Dr. Dietrich etwa um 17 Uhr erregt anruft: „Sorgen Sie gleich für die Aufnahme einer Meldung, die sofort ausgegeben werden muß, vor allem über den Rundfunk. Heute mittag ist auf den Führer ein Anschlag unternommen worden. Der Führer ist unverletzt." Er gibt noch einige allgemeine Gesichtspunkte für die Kommentierung, dann schalte ich das Gespräch zur Aufnahme des Meldungstextes durch.

Schleunigst verabschiede ich meinen Besucher, berufe eine Sonderpressekonferenz für 18 Uhr ein, und lasse mir als Material dafür von unserem „Schnelldienst" Unterlagen über die Morddrohungen zusammenstellen, die in den letzten Jahren von Feindseite gegen den Führer publiziert worden sind. Über die Tat und den Täter weiß ich selbst noch nichts. Erst in einem zweiten Gespräch erfahre ich einige Einzelheiten. Der Anschlag hat mittags gegen 12.30 Uhr während der Lagebesprechung stattgefunden. Es gab mehrere Schwerverletzte. Von allen Beteiligten hat der Führer die geringsten, d. h. so gut wie keine Verletzungen. Am schwersten verletzt ist der Stenograph Berger; hinter ihm pflegte Dr. Dietrich am Tisch zu stehen. Diesmal aber war die Lagebesprechung eine halbe Stunde vorverlegt und Dietrich versehentlich nicht verständigt worden! Die Vermutungen scheinen dahin zu gehen, daß während der großen Baumaßnahmen, die in der Wolfsschanze durchgeführt wurden, ein Sprengkörper eingebaut worden ist.

Die Durchgabe der Meldung im Rundfunk, die wir gleich an die zuständige Abteilung weitergegeben haben, verzögert sich; immer wieder – vor und nach der improvisierten Pressekonferenz – ruft Dr. Dietrich an und drängt auf Beschleunigung. Bei einem neuerlichen Anruf erklärt er, es würde verbreitet, daß der Führer tot sei und deshalb müsse die Meldung unverzüglich über die Sender laufen. Um 18.30 Uhr – fünf Viertelstunden nachdem wir die Meldung aufnahmen und weitergaben – ist es schließlich soweit. Fritzsche spricht einige würdige Kommentarworte dazu, aber die Leonoren-Ouvertüre, die der Rundfunk anschließend bringt, klingt wie Begräbnismusik. Bei der nächsten Durchgabe wird stattdessen der Badenweiler-Marsch eingeschaltet.

Im Gespräch mit den Abteilungsleitern für Inland und Ausland herrscht Übereinstimmung, daß jedes Dramatisieren des mysteriösen Vorfalls im Hauptquartier vermieden werden sollte; die Feindpropaganda wird vermutlich innerdeutsche Auseinandersetzungen hineinprojizieren, um vor allem bei unseren Verbündeten und im neutralen Ausland Verwirrung zu stiften.

Eine Stunde später mache ich mich zum Potsdamer Platz auf, um mit der S-Bahn nach Hause zu fahren. Dieses Vorhaben erweist sich überraschend als undurchführbar; das Regierungsviertel ist durch Militär abgesperrt. Eine Gruppe von Auslandskollegen, unter ihnen der Türke Tuna, bemerkt nicht ohne Vergnügen, daß auch ich vor der Treppe zum S-Bahnhof umkehren muß. Ich schließe mich ihnen an, wir gehen zusammen in den Auslandsklub am Leipziger Platz, um zu Abend zu essen. Dort begegnet uns der Spanier Maspons und ruft uns zu: „Das sieht ja ganz nach Putsch aus." Verblüfft denke auch ich zum ersten Mal an diese Möglichkeit. Im Klub geht es wie in einem Wespennest zu, die wildesten Gerüchte schwirren umher. Ein „Triumvirat" sei gebildet worden, so lautet eine der Parolen; der Führer sei Staatspräsident, Himmler Reichskanzler – so verkünden andere. In der Telefonzentrale herrscht lebhaftester Betrieb. Das ist schon eine merkwürdige Situation – der Durchgang zum Potsdamer Platz ist gesperrt, aber die Pressetelefonate nach Stockholm, Madrid und Ankara laufen ungestört! Ich rufe im Büro an; dort hat man bereits bei Dr. Goebbels rückgefragt,





Nach dem Attentat

***Oben:** Innenansicht des Besprechungsraumes*
***Unten:** Hitler am Nachmittag des 20. Juli 1944 mit Göring und Mussolini*
(Nach einer englischen Buchveröffentlichung)

ob er die Absperrung angeordnet habe und darauf die orakelhafte Antwort bekommen: „Nein, umgekehrt."

Angesichts dieser Merkwürdigkeiten besinne ich mich auf meine Dienstobliegenheiten, veranlasse angesichts der völligen Unklarheit der Situation intern eine Sperre für die Auslandstelefonate, bewege mich aber sonst im Kreise der aufgeregten Kollegen, als ob nichts geschehen sei, trinke in der Bar einen Schnaps und erzähle jedem, der es hören will, daß offenbar eine Razzia stattfindet, um den Attentäter zu fassen. Gegen 21 Uhr entferne ich mich unauffällig Richtung Wilhelmsplatz. Vom Büro aus melde ich erneut die Wolfsschanze an und bekomme die Verbindung diesmal ohne Verzögerung. Dr. Dietrich bemerkt zur Absperrung in ebenfalls sehr merkwürdiger Verklausulierung: „Die ist sicher von Leuten angeordnet worden, die Ihnen nicht wohlwollen!" Die Absperrung steht um diese Zeit immer noch, sonst aber geschieht innerhalb des Regierungsviertels nicht das Geringste. Die Verlage rufen an: die Zeitungen sind ausgedruckt, können aber nicht zu den Zügen geliefert werden. Während wir gerade überlegen, was hier zu tun ist, kommt die Nachricht von der Aufhebung der Sperre. Ist der „Putsch" schon zu Ende?

Dr. Dietrich, mit dem ich nochmals spreche, um Näheres zu erfahren, sagt mir nur, ich sollte mit Dr. Goebbels Verbindung aufnehmen. Ich gehe also in die Ministerwohnung in der Hermann-Göring-Straße und melde mich bei Goebbels, der sich aber gleich mit Speer und einem Major Remer, dem Kommandeur der Truppe, die nun auf der Straße sammelt, in sein Arbeitszimmer zurückzieht. Es ist unglaublich aber wahr: Der Mordanschlag wurde von Militärs verübt. Major Remer kommt wieder in den Raum, in dem ich mit mehreren Herren des Ministeriums warte und führt ein Telefongespräch mit dem Kommandeur einer Truppe, die vor dem Rundfunkhaus angetreten ist: „Ich habe soeben mit dem Führer telefoniert. Der Führer ist nicht tot. Ich habe das Kommando über alle in Berlin eingesetzten Truppenteile. Wie lauten die Befehle, die Sie erhalten haben, von wem stammen sie?" „Vom Oberkommando des Heeres" – das ist die Antwort, die Remer erhält. „Ich befehle Ihnen, den Schutz des Funkhauses weiter zu übernehmen, aber in den Betrieb nicht einzugreifen, auch keine Eingriffe von

anderer Seite zuzulassen. Anderen Befehlen, insbesondere denen des Generals Olbricht, ist nicht nachzukommen."

Dann laufen Meldungen ein über die Lage im OKW in der Bendlerstraße. Dort scheint alles noch ungeklärt zu sein. Angeblich erwartet man dort Panzerkräfte. Diese Information veranlaßt Remer sofort loszufahren und diese Truppe abzufangen.

Bei Rückkehr nach einer Stunde erzählt er Erstaunliches: Das große Bürogebäude an der Bendlerstraße lag ganz friedlich da, nicht einmal die Wachtposten an den Eingängen waren verstärkt. Er konnte das Hauptquartier der Verschwörer ganz ungehindert betreten. Nach der Verwirrung des Nachmittags hatte die Rundfunkmeldung, daß der Führer lebt, eine entschiedene Bewegung im ganzen Haus ausgelöst, die sich gegen die in einigen Zimmern versammelten Verschwörer richtete. Und dann das Erstaunlichste: Der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, hat die Leute im Hofe des OKW bereits erschießen lassen. Das war etwas sehr eilig gehandelt, denn jetzt geht es natürlich darum, die Lage voll zu klären. Was das Ausmaß des „Putsches" betrifft, von dem die Auslandsjournalisten merkwürdigerweise zuerst etwas wußten, so scheint es nicht sehr bedeutend gewesen zu sein.

Minister Speer, mit dem ich mich einige Minuten unterhalte, spricht ironisch von der „Primitivität", mit der dieses Unternehmen durchgeführt worden sei.

Es gibt eine Reihe von fast heiteren Randereignissen: So ruft plötzlich unsere Abteilung „Inlandspresse" an – in ihrem Büro, in dem er noch Licht sah, hat sich einer der Generale gemeldet, vor deren Befehlen in allen Telefongesprächen gewarnt worden war. Er will Dr. Goebbels sprechen, und es erweist sich tatsächlich, daß er sich völlig loyal verhalten hat.

Um Mitternacht triff Generaloberst Fromm bei Dr. Goebbels ein. Es wird für ihn nicht ganz einfach sein, die eilige Erschießungsaktion zu erklären. Immerhin ist völlig klar, daß die Episode zu Ende ist. Um alle Zweifel zu beheben, soll in Kürze eine kurze Führeransprache über die Sender laufen; sie wird bereits angekündigt.

Dr. Dietrich gibt mir jetzt – sicher, daß keine unberufenen Hörer in der Leitung sind – eine genauere Schilderung: Ein

zur „Lage“ berufener Oberst (der inzwischen erschossene Stauffenberg) habe eine Mappe mit Sprengstoff am Tisch abgestellt, sei dann fortgegangen, mit dem Auto zum Flugplatz gefahren und von dort nach Berlin geflogen. Er habe die Explosion von ferne beobachtet, aber dann nicht länger gewartet und infolgedessen nicht erkannt, daß der Führer lebte; in Berlin angekommen habe er unter der Vorgabe, der Führer sei zweifellos tot, aus dem Büro Fromms Fernschreibbefehle verbreitet.

Nachdem das alles geklärt und beendet ist, habe ich den Eindruck, als ob die zahlreichen Gegenanordnungen, die jetzt aus dem Büro Dr. Goebbels an die Gaue ausgegeben werden, etwas zu dramatisch seien. Auch eine Göring-Erklärung, die von einer „Regierung“ der Putschisten spricht, erscheint mir übertrieben. Schließlich telefoniere ich nochmals mit Dr. Dietrich, um die Ausgabe einer Meldung anzuregen, aus der hervorgeht, daß die ganze Affäre abgeschlossen ist.

Tatsächlich kommt dann die beruhigende Meldung noch rechtzeitig für die Extrablätter, die mit der nächtlichen Ansprache des Führers in den Morgenstunden überall im Reich erscheinen. Gegen 4 Uhr morgens fahre ich mit dem Wagen eines Bekannten in meine Wohnung. Dr. Dietrich hatte mir angeboten, in seinem Zimmer in der Reichskanzlei zu nächtigen, aber das ist offenkundig nicht nötig. Neues ist nicht mehr zu erwarten, der Putsch ist aus.

Im frühen Dämmerlicht sehen wir am Fehrbelliner Platz die Panzer stehen, auf die man in der Bendlerstraße gewartet hatte. Weder Offiziere noch Mannschaften hatten die leiseste Ahnung, wofür sie mobilisiert wurden. Jetzt wissen sie Bescheid.

Auf die freundliche Bitte eines Postens, der lächelnd grüßt, machen wir einen kleinen Umweg und kommen ungestört nach Hause.

1964: Der 20. Juli nach 20 Jahren

21. Juli 64

Gestern vormittag in München. Die öffentlichen Gebäude hatten aus Anlaß des zwanzigsten Jahrestages des Juli-Putsches geflaggt. Niemand nahm davon Notiz.

Nach Durchsicht einer Zeitung ging ich ins nächste Postamt und gab ein Telegramm an den Bundespräsidenten in Bonn auf:

„Als erstaunter Staatsbürger erbitte Erläuterung Ihrer Äußerung nach Presseberichten, daß auch Kommunisten im Widerstand gegen Hitler nicht nur als Handlanger einer fremden Macht zu betrachten seien. Soll diese Ehrenerklärung auch für solche Täter gelten, die von der Sowjetunion mit Geld und Hilfsmitteln ausgestattet wurden?"

Auf dieses Telegramm werde ich keine Antwort erhalten, wie auch der Herr Bundesverteidigungsminister im Vorjahr schwieg, als ich ihn ausführlicher auf das gleiche Problem aufmerksam machte*:

„Es gab bekanntlich je nach Zeit und Situation sehr unterschiedliche Kreise, die einen Sturz Hitlers erstrebten – welche Namen sollten verzeichnet werden, wenn etwa ein Denkmal für *alle* ‚Widerstandskämpfer' zu errichten wäre?! Allein schon diese Frage enthält ein ganzes Bündel von Problemen. Auf der gedachten Gedenktafel müßte auch der Name des erst nach dem Kriege verstorbenen Staatssekretärs von Weizsäcker erscheinen, obwohl er im Juli 1944 als Botschafter am Vatikan tätig und insofern am Putsch nicht unmittelbar beteiligt war. Hier beginnen freilich schon die Fragezeichen: durch Weizsäcker wurde die britische Regierung in geheimen Botschaften bereits im Sommer 1938 zu einer ‚Politik der Stärke' aufgefordert und ihr schon damals die Aussicht auf einen innerdeutschen Umsturz eröffnet. Ferner: welcher Platz wäre dem Andenken des Generalmajors Oster anzuweisen, der den Sturz Hitlers dadurch zu beschleunigen beabsichtigte, daß er den holländischen Militärattaché im Laufe des Winters 1939–40 mehrmals über die operativen Absichten der deutschen Wehrmachtführung unterrichtete? Dürfen die in den Akten der Geheimen Staatspolizei unter der Sammelbezeichnung ‚Rote Kapelle' zusammengefaßten Widerstandskämpfer der Ehrung mit teilhaftig werden – und, falls ja, inwieweit? Wer – wie etwa der Botschaftsrat von Scheliha – von den Sowjets jahrelang beträchtliche Zahlungen entgegengenommen hat, sollte doch wohl ausgeschlossen werden. Aber wie steht es mit der menschlich gewiß sympathischeren Gestalt des ehemaligen Oberleutnants und gleichzeitig russischen Agenten Schulze-Boysen, dessen letzte Worte an der Richtstätte lauteten: ‚Ich sterbe als überzeugter Kommunist!'? Der noch lebende Herr Otto John, der 1944 zum engeren Verschwörerkreis gehörte und am 20. Juli 1954, dem zehnten Jahrestag, in die Sowjetzone überwechselte, eignet sich ebenfalls nicht als ‚Vorbild' für die Bundeswehr.

---

*Vollständiger Text in „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen", Leoni 1964, Seite 218 ff.

Wie soll es schließlich mit dem bis heute nicht identifizierten hohen Offizier des Oberkommandos der Wehrmacht gehalten werden, der seit 1942 den Spion Rössler und durch ihn Stalin über alle wichtigen Planungen der deutschen militärischen Führung bis in die Einzelheiten unterrichtet hat?! Verbirgt sich dieser Mann, der gewiß das Leben hunderttausender deutscher Soldaten auf dem Gewissen hat, heute vielleicht unter der Maske eines ‚Empörers gegen Hitler'?"

Wir hatten vor 20 Jahren in Berlin zunächst keine Ahnung, wie vielerlei Kreise sich um die Verschwörung gruppierten. Wir wußten nur, daß das Putschereignis sich in einigen wenigen Büros abgespielt und das Volk ganz unberührt gelassen hatte.

Zu den bittersten Früchten der Niederlage gehört gewiß der oft groteske Umgang mit den historischen Fakten; das Geschichtsbild muß um jeden Preis – auch um den des Erinnerungs- und Verstandverlustes – in den von den Siegermächten befohlenen Rahmen gezerrt werden. Hinsichtlich des Bonner 20. Juli-Kultes zeigt sich allerdings die Besonderheit, daß man hier glaubt, damit die deutschen Interessen wahrzunehmen. Die Auffassungen und Urteile über den seit zwei Jahrzehnten glorifizierten damaligen deutschen „Widerstand" sind nämlich im Ausland, insbesondere in England, geteilt (um das Problem zurückhaltend anzusprechen). Daß der „20. Juli" nicht – wie dort erhofft – im Herbst 1939 stattfand, sondern erst 1944, also erst, als England zur dritten Macht hinter den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abgesunken war, weckt bei denen, die Bescheid wissen, auch heute noch bittere Gefühle, die durch Bonner Flaggenschmuck nicht besänftigt werden.

1944: London und das Attentat

25. Juli 44

Das Echo, das die Putsch-Meldungen vom 20. Juli auf der Feindseite ausgelöst haben, ist nicht uninteressant. Obwohl das Attentat der alliierten militärischen Führung offenbar nicht unerwartet kam – es fiel z. B. auf, daß in der Nacht vom 20. zum 21. Juli trotz günstiger Wetterlage nicht einmal Störangriffe auf das Reichsgebiet geflogen wurden – hat man in den Londoner Pressequartieren zunächst Überraschung kundgetan. So hat die „Times" am 21. Juli erklärt, es stelle sich

zunächst die Frage, „ob überhaupt ein Attentat auf Hitler unternommen worden ist“. Am nächsten Tag hatte man eine „Sprachregelung“ erhalten:

„Wie auch immer die richtige Interpretation der dramatischen Ereignisse lauten mag, sie können den Alliierten nichts anderes bedeuten, als eine neue Aufforderung, ihre militärischen Anstrengungen zu verdoppeln. ... Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Rivalen, die Hitler die Macht streitig machten, keine Freunde der Alliierten sind.“

Im heutigen Frühmaterial ist nun eine Rede des Außenministers Eden zitiert, die den hochoffiziellen Kommentar liefert:

„Die Ereignisse im Reich haben uns und unseren Alliierten Ermutigung gebracht; aber bedenken wir: keine noch so harte Bestrafung, keine noch so durchgreifende Vergeltung, keine Kapitulation, auch wenn sie bedingungslos erfolgt, wird die Gefahren künftiger Aggression beseitigen. ... Lassen wir uns nicht von den Gedanken verführen, daß der Friede mit seinen Nachfolgern gesichert sei, wenn Hitler gestürzt ist. Hitler ist zu symptomatisch für die Deutschen, als daß wir an eine solche Theorie glauben könnten.“

Das klingt nicht so, als ob die Putsch-Regierung die Chance gehabt hätte, mit den Alliierten über einen verständigen Frieden zu verhandeln*. Man macht uns bei jeder Gelegenheit drastisch deutlich: Dieser Krieg gilt nicht etwa nur Hitler und dem Dritten Reich, sondern Deutschland und dem deutschen Volk.

Mussolini

23. Juli 44

Für die morgigen Frühzeitungen wird das Communiqué eines weiteren Ereignisses freigegeben, das am 20. Juli in der Wolfsschanze stattgefunden hat, aber bisher noch gar nicht gemeldet wurde.

---

* Tatsächlich fanden in jenen Tagen in London abschließende Besprechungen der drei Alliierten über die Formulierungen des Textes statt, der dann am 25. Juli 1944 unter der Überschrift „Bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ in 14 Punkten paraphiert wurde, um etwaigen deutschen Unterhändlern zur Unterzeichnung übergeben zu werden. Als am 7. Mai 1945 die Beauftragten der legalen Reichsregierung Dönitz in Reims erschienen, wurde ihnen gegenüber dieses Dokument *nicht* erwähnt, sondern nur eine wesentlich kürzere „Urkunde über die militärische Kapitulation“ vorgelegt, die im Gegensatz zum Entwurf vom 25. Juli 1944 keine politischen Bestimmungen enthielt. Vgl. dazu Seite 266.

Die Lagebesprechung war an diesem Tag vorverlegt worden (und Dr. Dietrich hatte sie glücklicherweise versäumt), weil Mussolini* im Sonderzug nach Rastenburg unterwegs war und dort am frühen Nachmittag empfangen werden sollte. Nach dem Attentat stellte sich die Frage, ob der Zug des Duce angehalten und der Empfang verschoben werden solle. Der Führer entschied sich aber trotz des Schocks und der Armprellung, die er erlitten hat, für programmgemäße Durchführung, und so war Mussolini so ziemlich der erste, der die Trümmerstätte der Lagerbaracke zu sehen bekam, und das fast genau am Jahrestag seiner Verhaftung durch den italienischen König.

Erst kürzlich hat Mussolini eine recht elegische Artikelreihe veröffentlicht, in der er vom Verlauf der Sitzung seines „Faschistischen Großrates" in der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1943

---

* In den Hitler-Bormann-Aufzeichnungen (vgl. Seite 22) sind unter dem Datum 17. Februar 1945 folgende Äußerungen Hitlers wiedergegeben (a. a. O. Seite 64):

„Wenn ich ganz objektiv und nüchtern die Ereignisse beurteile, dann muß ich zugeben, daß meine unerschütterliche Freundschaft zu Italien und zum Duce als ein Fehler meinerseits gewertet werden kann. Es ist in der Tat ganz offenkundig, daß unsere italienische Allianz unseren Feinden einen besseren Dienst geleistet hat als uns selbst. Das italienische Eingreifen hat uns nur äußerst bescheidene Vorteile gebracht im Vergleich zu den zahllosen Schwierigkeiten, zu denen es führte. Wenn wir trotz aller Anstrengungen diesen Krieg verlieren, dann hat das italienische Bündnis zu unserer Niederlage beigetragen!

Der größte Dienst, den Italien uns hätte leisten können, wäre gewesen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Um das sicherzustellen, hätten von unserer Seite keine Opfer und keine Geschenke zu groß sein dürfen. ...

Italiens Kriegseintritt im Juni 1940 mit der einzigen Absicht, der bereits in Auflösung begriffenen französischen Armee einen Eselstritt zu versetzen, hatte nur die Wirkung, den Glanz von einem Sieg zu nehmen, den der Besiegte zu diesem Zeitpunkt in sportlichem Geiste anzuerkennen bereit war. Frankreich gab zu, daß es von den deutschen Armeen in anständiger Weise überwältigt worden ist, aber es war nicht bereit, die Niederlage aus der Hand der Achse anzunehmen.

Unser italienischer Bundesgenosse hat uns überall Schwierigkeiten verursacht. Es war, um nur ein Beispiel zu nennen, diese Allianz, die uns hinderte, in Nordafrika eine revolutionäre Politik zu betreiben. Es lag in der Natur der Dinge, daß dieses Gebiet ein italienisches Reservat wurde und als solches hatte der Duce die Hand darauf. Hätten wir nur nach unseren Interessen handeln können, so hätten wir die von Frankreich beherrschten Moslem-Staaten unabhängig machen können und das hätte ungeheure Auswirkungen in dem von den Engländern beherrschten Nahen Osten und in

Erstaunliches berichtet. Eine von Graf Grandi formulierte Entschließung, die sich gegen Mussolinis Politik aussprach, war mit Mehrheit des von ihm selbst ernannten Gremiums angenommen und vom Duce widerspruchslos zur Kenntnis genommen worden. Er sagte nur: „Sie haben eine Regierungskrise herbeigeführt. Die Sitzung ist aufgehoben.“ Als der Parteisekretär Scorza sich erhob und den zum Schluß der Sitzungen des Faschistischen Großrats üblichen „Gruß an den Duce“ ausbringen wollte, verwies ihm Mussolini das durch eine Geste und bemerkte: „Nein – daß erlasse ich Ihnen.“ Dann fuhr er nach Hause, einige Stunden später war er verhaftet – und die Kriegsfront geht heute mitten durch Italien!

Ägypten gehabt. Aber da unser Schicksal an das der Italiener gekettet war, blieb eine solche Politik unmöglich. Die ganze islamische Welt zitterte vor Aufregung über unsere Siege. Die Ägypter, die Iraker und der ganze Nahe Osten waren bereit, sich zu erheben. Was alles hätten wir tun können, um ihnen zu helfen, sie anzuspornen, wie das sowohl unsere Pflicht wie unser Interesse gewesen wäre! ... Wir hatten eine große Chance, in der islamischen Welt eine großzügige Politik zu verfolgen. Aber wir haben den Anschluß verpaßt, wie wir ihn noch bei mehreren anderen Gelegenheiten verpaßt haben – dank unserer Treue zur italienischen Allianz. ...

Vom rein militärischen Blickpunkt aus war es nicht viel besser. Italiens Kriegseintritt gab unseren Feinden sofort die Gelegenheit zu ihren ersten Siegen – ein Umstand, der es Churchill ermöglichte, den Mut seiner Landsleute wieder zu beleben und der allen Anglophilen in der Welt neue Hoffnung gab. Obwohl sie sich unfähig zeigten, ihre Stellung in Abessinien und in der Cyrenaica zu halten, hatten die Italiener die Nerven, sich – ohne unseren Rat einzuholen oder uns auch nur ihre Absichten mitzuteilen – in die sinnlose Kampagne in Griechenland zu stürzen. Die beschämenden Niederlagen, die sie dort erlitten, veranlaßten gewisse Balkanstaaten, uns mit Hohn und Verachtung zu beurteilen. Hier und nirgends anderwo sind die Ursachen für die versteifte Haltung Jugoslawiens und seinen Frontwechsel im Frühjahr 1941 zu suchen. Dieser zwang uns, im Gegensatz zu allen unseren Plänen, auf dem Balkan einzugreifen und das wiederum führte zu einer katastrophalen Verzögerung unseres Angriffs auf Rußland. Wir waren gezwungen, mehrere unserer besten Divisionen dort einzusetzen. Und als schließliches Resultat mußten wir weite Gebiete besetzt halten, in denen – außer für diese törichte Demonstration – die Anwesenheit keines unserer Regimenter nötig gewesen wäre. Die Balkanstaaten hätten, würde man es ihnen erlaubt haben, nur allzu gerne eine wohlwollende Neutralität uns gegenüber bewahrt. Was unsere Fallschirmjäger betrifft, so hätte ich sie lieber gegen Gibraltar eingesetzt als gegen Kreta.

Ja, wenn nur die Italiener sich aus diesem Krieg herausgehalten hätten. ...“

Die Besprechung mit Mussolini, der jetzt nur noch Norditalien regiert, war nicht von ernster politischer Bedeutung, was sich indirekt auch in der amtlichen Meldung ausdrückt:

„Der Führer und der Duce prüften die Lage und besprachen unter anderem die Frage der italienischen Kriegsinternierten. Es wurden die Richtlinien zur Lösung dieser Frage im Sinne der moralischen und materiellen Interessen beider Länder festgelegt. Diese Lösung sieht vor, daß die Kriegsinternierten in den Stand freier Arbeiter überführt oder als Hilfskräfte im Rahmen der deutschen Wehrmacht eingesetzt werden."

Die Kriegsinternierten – das sind die zahlreichen italienischen Soldaten, die von deutscher Seite im vergangenen September in den Tagen der Badoglio-Kapitulation entwaffnet und gefangen genommen wurden. Es wird gar nicht so einfach sein, die Wünsche Mussolinis zu erfüllen – in das zur Hälfte von den Alliierten besetzte Italien zurückschicken kann man die Leute nicht; und bei uns in Deutschland ist zu große Freizügigkeit für mißmutige Arbeiter angesichts der örtlichen Verwirrung, die der Bombenkrieg immer wieder auslöst, auch nicht ungefährlich.

1964: Extremismus?

23. Juli 64

Ein Journalist aus Hof an der Zonengrenze unternimmt es, mich mit Hilfe eines Tonbandgerätes zu interviewen. Er hat meine „Richtigstellung" und das Potsdam-Buch gelesen. Seine Fragen, zunächst von der Vorstellung beherrscht, die NSDAP sei im wesentlichen eine „antidemokratische" Bewegung gewesen, gehen dann intensiv zum Problem der „Revision" über, schließlich will er wissen, mit welchen heutigen Politikern ich harmoniere. Ich notiere als meine Antwort:

„Die Politik der Bundesrepublik, insbesondere die Parteipolitik, verfolge ich nur aus der Ferne als schlichter Zeitungsleser. Vielleicht urteile ich deshalb etwas ungerecht – ich habe bisher keinen Kopf über dem Wellenschlag der Tagespolitik auftauchen sehen. Auch die umfassendsten Europa-Konzeptionen, die zur Debatte gestellt sind, wollen offenbar nur den Augenblickszustand organisieren. *Der* aber steht einer in des Wortes unmittelbarer Bedeutung *befriedigenden* europäischen Völkerallianz ernstlich im Wege. Das Problem Europa ist nicht nur heute, sondern bereits seit Jahrhunderten die deutsche Frage; man hat sie weder in Versailles, noch in Potsdam gelöst, ja

gar nicht lösen wollen. Also kommt sie immer wieder auf uns zu und ruft nach einer staatsmännischen Leistung unter dem Aspekt einer weitreichenden Zukunftsentwicklung. In einem meiner Bücher habe ich das Wort des amerikanischen Präsidenten Lincoln zitiert: „Keine Sache ist geregelt, solange sie nicht gerecht geregelt ist." Über diesen Satz sollten diejenigen nachdenken, die uns einreden wollen, ausgerechnet die Konferenzergebnisse des Jahres 1945 müßten als unabänderlich angenommen werden. Ich wünsche mir einen anderen Konferenztisch – einen, an dem im Gegensatz zu Jalta und Potsdam sowohl das deutsche wie das europäische Argument ernstgenommen wird."

Der sehr höfliche Besucher verläßt mich etwas verwirrt. Er ist sich offenbar nicht ganz klar darüber, wie er solche Ansichten in seinem Blatt unterbringen soll; wahrscheinlich wird er das Wesentliche weglassen, anderes mehr oder weniger verändern, wie das so üblich ist.

*

Mit dem Poststempel „Paris" ist endlich wieder einmal eine „Times" eingetroffen. In London dauert ein Postangestellten-Streik immer noch an. Das Interessanteste in der Ausgabe vom 18. Juli, die den Umweg über Frankreich genommen hat, ist ein Bericht über Goldwaters San Franzisko-Rede.

Eine sehr einprägsame Bemerkung: „Extremismus in der Verteidigung der Freiheit ist keine Sünde, Mäßigung bei der Durchsetzung des Rechts ist keine Tugend" hat Goldwaters Gegner rund um den ganzen Erdball in Harnisch gebracht. Das war auch in den deutschen Zeitungen zu lesen. Daß Goldwater aber nach diesen Angriffen seinen Ausspruch nachdrücklich verteidigt hat, wird nur in der tagealten „Times" verzeichnet. Der Senator replizierte an die Adresse seines Gegenspielers und Kritikers Nelson Rockefeller:

„Ist es nicht Extremismus für unsere Boys, ihr Leben in Südvietnam zu opfern? Wird der Gouverneur nicht auch bereit sein, für sein Leben zu kämpfen – das wäre doch ein sehr extremes Verhalten?!"

Der Dollfuß-Mord: auch eine Vorkriegsszene

25. Juli 64

Einige Zeitungen können es nicht unterlassen: Auch der dreißigste Jahrestag des „Dollfuß-Mordes" gibt ihnen Anlaß zu den üblichen Erinnerungen mit erhobenem Zeigefinger.

Zwei für die Beurteilung dieses Ereignisses wichtige Umstände werden dabei natürlich verschwiegen.

Erstens: zu den von dem Wiener Putsch völlig Überraschten gehörten auch Hitler und die deutsche Reichsregierung. Es war ein Beamter der Presseabteilung, der am 25. Juli 1934 mittags, als eine österreichische Rundfunkansage den angeblichen „Sieg" der Putschisten meldete, vorsichtigerweise in Bayreuth anrief, wo Hitler sich zu den Festspielen aufhielt. Die Übernahme der Nachricht wurde von dort aus sofort verhindert; nichts konnte für Hitler, der fünf Wochen vorher mit Mussolini ein „Stillhalten" in der Österreichfrage vereinbart hatte, unerfreulicher und international gefährlicher sein, als diese Wiener Überraschung.

Zweitens: Der Tod von Dollfuß war von den Putschisten *nicht* geplant gewesen. Die schwere Verwundung des österreichischen Bundeskanzlers erfolgte in der Aufregung und nach glaubwürdiger Angabe des Täters Planetta versehentlich. Im Gegensatz zur späteren Propagandadarstellung der Schuschnigg-Regierung haben sich die ins Wiener Bundeskanzleramt eingedrungenen Aufständischen auch unverzüglich um den Schwerverwundeten bemüht. Im Wissen um das Geschehene hat die Regierung ihnen freien Abzug versprochen, was sie nicht hinderte, anschließend trotzdem brutale Henkerjustiz üben zu lassen.

Das abenteuerliche Ereignis war von den Putschisten als eine „politische Aktion" geplant, dann allerdings so verzögert und verworren durchgeführt worden, daß der Mißerfolg von vornherein unausweichlich war. Der tragische Zwischenfall des Dollfuß-Todes wurde mit Maßnahmen beantwortet, die viel überlegter gezielt waren: Hitler sollte vor seinen Anhängern gedemütigt, ein tiefer Graben aufgerissen und eine gesamteuropäische Krise herbeigeführt werden*. Der letzteren konnte Hitler durch blitzartiges Reagieren entgegenwirken, und der am 26. Juli 1934 in Rom amtlich verkündete Aufmarsch italienischer Truppen an der Brennergrenze blieb eine Demonstration, die später wieder vergessen wurde. Aber das tapfere Sterben der Planetta und Holzweber, die am 31. Juli 1934 drei

* Vgl. dazu die Aussage des italienischen Generals Roatta im Februar 1945, siehe Seite 254 f.

Stunden nach einem eiligen Militärgerichts-Prozeß im Wiener Gefängnishof unter gellenden und schließlich röchelnden „Heil Hitler"-Rufen erwürgt wurden, hat damals nicht nur auf Hitler Eindruck gemacht.

1944: Ein Putsch-Prozeß?

26. Juli 44

Hinsichtlich der weiteren öffentlichen Behandlung des Putsch-Versuches zeichnet sich wieder einmal eine Meinungsverschiedenheit ab. Während wir die Presse auffordern, die Angelegenheit möglichst als fertig und abgetan zu behandeln, beabsichtigt Dr. Goebbels, wie ich vertraulich höre, bei seinem bevorstehenden Besuch im FHqu nicht nur einen Erlaß für totale Kriegführung zu erwirken (womit er sicher recht hat), sondern auch einen großen politischen Prozeß gegen die inzwischen verhafteten weiteren Beteiligten (Witzleben, Höppner, einige Adjutanten usw.). Was der Minister sich davon wohl verspricht? Für die innerdeutschen Verhältnisse ist ein solcher Prozeß nicht nötig und draußen kann er nur schaden. Nach Dietrichs (und meiner) Ansicht wäre es besser, die Sache innerhalb der Wehrmacht abzumachen und jedenfalls unsere schon genügend besorgten Verbündeten nicht noch mehr zu beunruhigen.

Reichsmarschall Göring hat sich ebenfalls eingeschaltet, wenn auch in anderer Richtung: Als Antwort auf den Putsch ist angeordnet worden, daß die Wehrmacht öffentlich den deutschen Gruß anwendet. Der Anlaß ist nicht sehr glücklich gewählt. Seit gestern wird nun jeder Straßenpassant dutzendmal an ein Ereignis erinnert, das er schon fast wieder vergessen hat. Man hat den Eindruck, als würden die Offiziere vom Publikum mit einer gewissen Befriedigung gemustert, wenn sie den Arm heben, um einen Landser-Gruß zu erwidern, der nun ebenfalls viel auffälliger wirkt und meist zackiger erwiesen wird als bisher. Jedenfalls ist die Neuerung Tagesgespräch.

Mit seinem Argument: „Schluß und fertig" wird Dr. Dietrich freilich einen schweren Stand haben, denn jeden Tag bringen die Untersuchungen neue Merkwürdigkeiten zum Vorschein. Da starb beispielsweise einer der schwerverwundeten Teilnehmer an der Lagebesprechung, ein Oberst Brandt, an seinen Verletzungen und wir erhielten einen Nachruf zur Verbreitung

an die Presse. Am späten Abend – für die im Druck befindlichen Zeitungen viel zu spät – wird der Text durch Anruf aus dem Hauptquartier wieder zurückgezogen: Brandt soll an der Verschwörung selbst beteiligt gewesen sein! Immerhin dürfte er von Stauffenbergs Absicht, das Attentat in dieser Stunde durchzuführen, nicht gewußt haben; sonst hätte er sich wohl kaum in die Nähe von dessen Aktentasche gestellt.

Aus Frankreich kommt die Nachricht, daß unser dortiger Militär-Befehlshaber General Stülpnagel einen Selbstmordversuch unternommen hat. Auch das deutet auf eine weite Verzweigung hin. Trotzdem: Was kann es uns in der derzeitigen Situation nützen, vor den Augen der ganzen Welt einen politischen Prozeß zu führen?

*

Englische Zeitungen bringen Bilder aus Moskau: Dort hat man eine Marschkolonne mit 60000 deutschen Gefangenen durch die ganze Stadt getrieben, die Generale vorweg. Ob das vielleicht auch am 20. Juli gewesen ist?

Bisher glaubten wir, solche Szenen habe es nur im dunklen Altertum gegeben. Aber auch London scheint befriedigt; die sowjetischen Fotos – mit dem Kreml im Hintergrund – werden groß veröffentlicht.

In der „Wolfsschanze"

28. Juli 44

Vorgestern abend bin ich mit dem üblichen Kurierzug ab Berlin Schlesischer Bahnhof wieder einmal in die Wolfschanze gefahren und befinde mich seit gestern morgen in diesem vertrauten Waldquartier, das sich freilich beträchtlich verändert hat. Riesige Bunker sind entstanden, zur Verminderung der Brandgefahr sind auch unsere Holzbaracken mit Mauerwerk umkleidet worden. Gleich am Vormittag gab es zweimal Luftwarnung, abends Vollalarm – auch das sind Neuerungen. Die Front ist jetzt merklich nähergerückt, sie ist kaum mehr weiter entfernt als in den ersten Tagen nach Beginn des Ostfeldzuges 1941.

Hier steht alles noch im Zeichen der Vorgänge vor einer Woche. Generaloberst Jodl trägt noch einen weißen Verband um den Kopf, andere Herren den Arm in der Schlinge usw. Mehrere Schwerverletzte liegen in einem nahegelegenen Laza-

rett, sind aber nun außer Lebensgefahr. Lebhaft besprochen werden die Vernehmungs-Protokolle der Staatspolizei, die Kaltenbrunner täglich an Reichsleiter Bormann übersendet. Durchschläge davon läßt Gruppenführer Fegelein zirkulieren. Danach war der Anschlag bereits am Obersalzberg geplant und sollte ursprünglich am 11. Juli stattfinden. An diesem Tage aber mußte Stauffenberg gleich zu Beginn der Lagebesprechung selbst vortragen und konnte deshalb den Anschlag nicht durchführen. Dann war als Termin der 15. Juli festgesetzt worden. An diesem Tage aber fand gerade der Umzug des Hauptquartiers von Berchtesgaden zur Wolfsschanze statt. So wurde denn der 20. Juli festgelegt.

Über den Ablauf höre ich von Augenzeugen: Die Explosion hat sich in einem Augenblick ereignet, in dem der Führer am Kartentisch saß, während General Korten, der Generalstabschef der Luftwaffe, sich über den Tisch beugte und auf der Karte erklärend Vortrag hielt. Hinter dem Führer stand Feldmarschall Keitel. Zweifellos hat einerseits der Tisch, an dessen Fuß Stauffenbergs Mappe mit dem Sprengstoff abgestellt war, andererseits die Gestalt Kortens den Hauptdruck der Explosion vom Führer abgehalten, der von allen die geringsten Verletzungen erlitten hat. Seine Hose hing in langen Streifen zerrissen zu Boden, aber er war bis auf einen Ohrenschaden und eine Armprellung so gut wie unverletzt, während alle anderen mehr oder weniger schwere Verwundungen und Verbrennungen davongetragen haben. Von großer Bedeutung war, daß die Lagebesprechung noch nicht im neuen Führerbunker, sondern in einer Holzbaracke stattgefunden hat; so haben nicht nur die Fenster, sondern auch der Fußboden dem Explosionsdruck nachgegeben.

Dr. Dietrich hatte einen Bericht des Führers gehört, wonach dieser nach der Explosion betäubt am Boden liegend bei Rückkehr des Bewußtseins zunächst erfaßte, daß er mit seinen Augen noch sehen und gedanklich noch Wahrnehmungen machen könne. Dann, als er sich mühsam aus den Trümmern und Holzsplittern aufrichtete, habe er schon Keitels Ruf gehört: „Wo ist der Führer?"; als dieser ihn dann sah, sei er mit ausgebreiteten Armen auf ihn zugekommen, habe ihn ganz glücklich geradezu an seine Brust gedrückt und ihn dann ins Freie geführt.

Der Kreis der Belasteten und Verdächtigen wird immer größer, es sollen schon an die zweihundert Verhaftungen stattgefunden haben. Auch Admiral Canaris, der langjährige Chef des Wehrmachts-Geheimdienstes ist unter ihnen. Das ist eine alarmierende Information. Hier bestand sicher Kontakt zum Ausland. Vielleicht hat man in London mehr von der Sache gewußt als wir ahnen. Die Staatspolizei hat nicht unterlassen, die Leichen der am späten Abend des 20. Juli Erschossenen exhumieren und fotografieren zu lassen, um sicher zu sein, daß der Attentäter nicht etwa doch geflüchtet ist. Die düster drohende schwarzhaarige Maske des toten Stauffenberg kann einem im Schlaf erscheinen. ...

Die Diskussion, ob Kriegsgericht oder politischer Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Es wird aber immer wahrscheinlicher, daß die Fälle dem Volksgerichtshof übergeben werden, denn es sind auch Zivilpersonen in die Verschwörung verwickelt, darunter der noch flüchtige frühere Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler. Er ist einer der wenigen der bisher Genannten, die ich persönlich kannte. Vor fast zehn Jahren – als er auf den Posten eines „Reichs-Preiskommissars“, den er schon unter Brüning einmal eingenommen hatte, wieder berufen worden war, habe ich ihn interviewt und damals den Eindruck eines nicht gerade geistvollen, aber doch ganz gescheiten, typischen Verwaltungsbeamten ohne größeren Ausblick gewonnen, ein absoluter Bürger. Daß die Putschisten diesen Mann als „Reichskanzler“ einsetzen wollten (unter Beck, der „Reichspräsident“ werden sollte), zeigt – wie eigentlich alle weiteren Namen, die noch genannt werden –, daß sie sich personell in Verlegenheit befunden haben.

*

Am Abend nach dem Essen bleibt Generaloberst Jodl, wie er es auch früher oft getan hat, noch eine halbe Stunde sitzen, um vor Beginn der Abendarbeit einen kleinen „Steinhäger“ zu sich zu nehmen, und ich leiste ihm Gesellschaft; seine meist trockenen Bemerkungen haben mir schon oft Stoff zu nützlichem Nachdenken geboten. Diesmal erwähnt Jodl, daß er vor dem Krieg von Generaloberst Beck sehr gefördert und durch ihn ins OKW gebracht worden sei. Dann aber hätten sich so starke Meinungsverschiedenheiten entwickelt, daß man fast von einem

persönlichen Bruch habe sprechen können. Seit einiger Zeit aber habe er das Gefühl gehabt, daß von dort wieder menschliche Annäherung gesucht würde; ob das wohl mit den Putschplänen zusammenhing? Das fragt sich Jodl heute.

Zur Lage im Osten liegt ein Bericht des britischen „Exchange"-Büros vor, das außerordentlich starke Ausdrücke gebraucht. „Die Entscheidung des deutsch-russischen Krieges" sei gefallen, Hitler habe „das Ostheer endgültig verloren" usw. Jodl schüttelt zu dieser Berichterstattung den Kopf. Er ist einverstanden, daß das deutsche Nachrichtenbüro mit dem neuen Generalstabschef Generaloberst Guderian ein Interview für die Auslandspresse entwirft, um die Dinge richtigzustellen. Wir legen später dem Generaloberst Jodl den Text des Interviews vor, und er genehmigt es. Natürlich ist die Situation im Osten nach wie vor sehr ernst, aber eine gewisse Stabilisierung scheint sich abzuzeichnen.

29. Juli 44

Ein Führererlaß hat Dr. Goebbels zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz" bestellt, und dieses Thema beherrscht die Sonntagsblätter. Dr. Goebbels will eine große Umschichtung bewirken: durch Freimachung aller nicht kriegswichtig Beschäftigten für die Kriegsindustrie dort Freistellung von Kampffähigen für die Wehrmacht. Im vertrauten Kreis hat er die Formel geprägt: „Eine Million Menschen = hundert Divisionen = Sieg" und er stürzt sich geradezu auf seine neue Aufgabe.

30. Juli 44

Am Sonntag Nachmittag versuche ich zuhause eine Bilanz der Eindrücke in der Wolfsschanze zu ziehen:

Man hat dort von den Ereignissen des 20. Juli das Gefühl einer überwundenen „moralischen Krise" zurückbehalten. Der Führer hat sich dahin ausgedrückt, das Attentat sei das Symptom einer „Kreislaufstörung", ja einer „Blutvergiftung" gewesen, und die immer weiteren Kreise, die die Untersuchung des Vorganges zieht, sprechen für diese Annahme. Man glaubt nun, daß durch das „Hochkommen" der Verschwörung ein wichtiger Faktor für viele bisher unerklärlichen Rückschläge ausgeschaltet werden konnte. Insbesondere im Osten hat man so viele überraschend schnelle Reaktionen der Russen auf deutsche Maßnahmen er-

lebt, daß der Gedanke an „permanenten Verrat“ Fuß gefaßt hat. Mit den 200 Verhaftungen hofft man eine schwärende, seit langem fühlbare Wunde ausgeschnitten zu haben.

Im Osten, vom Balkan bis nach Finnland ist es natürlich entscheidend, daß wir irgendwo und irgendwann festen Halt gewinnen; hier haben fast ein Dutzend Völker ihr Vertrauen und ihre Hoffnung auf den deutschen Schutz abgestellt. Wenn dort der Glaube auf das deutsche Halten zerbricht, dann ist bei ihnen jeder Verzweiflungsakt denkbar; auf sich selbst gestellt sind sie ja gegenüber den Russen zu schwach. In Finnland ist diese Krise schon lange im Gange; das allerdings ist ein für uns nicht unbedingt lebenswichtiger Raum – anders steht es mit Ungarn, wo man sich seit langem nach einem Ausweg umsieht und vermutlich den Traum träumt, von den Engländern und Amerikanern vor den Russen bewahrt zu werden. Andererseits darf vermutet werden, daß hier, und auch in Bulgarien, Griechenland, Serbien usw. die russischen und anglo-amerikanischen Interessen sich kreuzen, also politische Differenzen in der Feind-Koalition erhofft werden können. Im Westen scheint man weitere Landungen zu befürchten und sich auf einen Geländekrieg in Frankreich vorzubereiten; der Führer soll sogar schon von einer Prüfung des alten deutschen Westwalles gesprochen haben. Allerdings soll durch festes Halten möglichst vieler französischer Häfen der Nachschubdienst der Amerikaner behindert und dadurch ihre Offensivkraft in Grenzen gehalten werden.

Es ist eine politisch-militärische Zerreißprobe, in der wir stehen. Natürlich wird es von größter Bedeutung sein, daß sowohl Speer wie Dr. Goebbels recht behalten: Der eine mit seinem Ausblick auf unsere waffentechnische „Wiedergeburt“, der andere mit seiner Mobilisierungsformel.

1964: Adschubej- und Chrustschow-Rummel

31. Juli 64

In der Bundesrepublik herrscht publizistischer Adschubej- und Chrustschow-Rummel. Wie der auf Besuch hier weilende „Iswestija“-Chefredakteur und Schwiegersohn des Kremlboß „sich räuspert und wie er spuckt“ wird nicht nur im Fernsehen gezeigt, sondern auch in jeder Zeitung kommagetreu mitgeteilt.

Die ganze Aufregung hat natürlich einen ernsten politischen Hintergrund: Diese bundesrepublikanischen Übertreibungen an die Moskauer Adresse kommen den amerikanischen Kreisen sehr gelegen, die seit Jahr und Tag von einem „Arrangement" mit Chrustschow träumen und bei dem natürlich die deutsche Frage im Wege steht.

Sogar ein Chrustschow-Besuch in Bonn wird als nahe bevorstehend bezeichnet. Er hat zwar an den Bundeskanzler Erhard geschrieben (Brief von Adschubej überbracht), seine d.h. die sowjetische Auffassung über die Deutschlandfrage habe sich nicht geändert und werde sich nicht ändern. Statt nach Moskau zu antworten: „Worüber sollen wir uns dann unterhalten? Kommen Sie, wenn Sie etwas Neues zu sagen haben!" scheint man in Bonn geneigt, Sowjetfahnen in Auftrag zu geben, um sie für den Staatsgast Chrustschow flattern zu lassen.

1944: „Totale Kriegführung"

1. August 44

Den Anglo-Amerikanern ist es gelungen, bei Avranches einen Durchbruch zu erzielen. Wenn die Stelle nicht wieder abgeriegelt wird, haben sie aus der Halbinsel Cotentin heraus das freie Gelände gewonnen und können sich eine zweite Landung in Nordfrankreich ersparen.

*

Gestern konnten wir der Presse mitteilen:

„Mit der Bekanntgabe der Namen der Rädelsführer ist das Thema des 20. Juli vorerst abgeschlossen. Eine weitere Erörterung erübrigt sich daher."

In einem weiteren Punkt der Tagesparole ist gesagt worden:

„Bei der Behandlung der Maßnahmen zur Verwirklichung des totalen Krieges, die weiterhin im Vordergrund unserer Pressearbeit stehen werden, ist auf den 20. Juli nicht Bezug zu nehmen, da beide Themen nicht in sachlichem Zusammenhang miteinander stehen."

Diese Texte sind von Dr. Dietrich durchgesagt worden. Es scheint, daß die Prozeß-Idee nun doch fallengelassen worden ist.

*

Zu einer „Chefbesprechung" hat Reichsminister Dr. Lammers in die Neue Reichskanzlei eingeladen. Da Dr. Dietrich

nicht abkömmlich ist, entsendet er mich. Dr. Lammers eröffnet mit einleitenden Bemerkungen über die bisher einem Ministerausschuß übertragenen Aufgaben zur „totalen Kriegführung"; der Führer habe sich jetzt mit Rücksicht auf die Veränderung der Gesamtlage veranlaßt gesehen, diesen Auftrag in eine Hand zu legen und die damit verbundenen Vollmachten zu erweitern. Das Ziel sei, für die Wehrmacht mindestens eine Million Mann freizustellen. Dr. Goebbels werde dabei von allen Anwesenden in jeder Hinsicht und in geschlossener Einmütigkeit unterstützt werden.

Dr. Goebbels erörtert dann seine Pläne: es handle sich darum, alle Arbeiten, die nichts mit der Kriegführung zu tun haben, rücksichtslos einzustellen. Auch und gerade der Staatsapparat müsse für den eigentlichen Kriegszweck umgebaut und dabei eine personelle Kürzung um 30 bis 50 Prozent durchgesetzt werden. Im Bereich des Propaganda-Ministeriums wolle er 30 bis 40 Prozent, bei den nachgeordneten Dienststellen bis zu 75 Prozent des Personalbestandes einsparen. Die Ressortchefs selbst seien die handelnden Organe dieser Maßnahmen. Seinen eigenen Arbeitsstab werde er so klein wie möglich organisieren. Er sei überzeugt, daß noch ein ganz beträchtlicher Kräftepotential mobilisiert werden könne. Dr. Goebbels glaubt, daß das gesteckte Ziel erreicht werden kann und daß das kriegsentscheidend sein wird.

Im Zuge der Maßnahmen zur „totalen Kriegführung" kommt eine neue Welle von Zeitschriften-Einstellungen auf uns zu. Diesmal nicht nur aus Papiergründen, sondern wegen Schließung von Druckereien. Wieder wird – wie schon im vergangenen Jahr – ein Referent der Reichspressekammer Entscheidungen zu treffen haben, die auch beim besten Willen ganz unbefriedigend ausfallen müssen. Das Gebiet insbesondere des Fachzeitschriftenwesens ist so groß und so kompliziert, daß „aus dem Handgelenk" unvermeidlich danebengegriffen wird. Unser Einfluß wird dahin geltend gemacht, daß die wichtigsten wissenschaftlichen Zeitschriften – die meisten davon sind weltbekannt und in der Regel auch kriegswichtig – uns wenigstens begrenzt erhalten bleiben.

Daß beträchtliche Einschränkungen unvermeidlich sind, leuchtet ohne weiteres ein: bisher erscheinen immer noch nicht

weniger als 1500 Zeitschriften. Das ist allerdings nur ein Drittel des Friedensstandes. Bis Kriegsausbruch 1939 wurden im Gebiet des Großdeutschen Reiches rund 4900 verschiedene Zeitschriften regelmäßig redigiert und gedruckt.

1944/1964: Erinnerung an den Kriegsausbruch 1914

2. August 44

Die Zeitungen erinnern an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 30 Jahren. Da der „Friede" von Versailles in Wirklichkeit nur eine „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" war (um Clausewitz' Wort angemessen anzuwenden), läßt sich von einem neuen Dreißigjährigen Krieg sprechen. Auch die heutige Kriegführungsmethode der „Bombenteppiche" und der Flugzeugjagd auf pflügende Bauern legt den Vergleich nahe.

In der Moskauer „Prawda" hat ein Professor Jerusalimsky es unternommen, die Kriegspolitik der Zarenregierung von 1914 ausführlich zu rechtfertigen – diese Besonderheit findet auch in London Beachtung. Die „Times" zitiert die neueste sowjetische Geschichtsdeutung, die auch „viel für heute zu sagen" habe:

„Der Erste Weltkrieg war, so schreibt Jerusalimsky, eine lang vorbereitete Bemühung der deutschen Imperialisten um die Weltherrschaft. Jahrzehntelang war das deutsche Volk von seinen Philosophen, Historikern und seiner Presse auf einen Angriffskrieg vorbereitet worden. Die gleichen Ideen wirkten in Deutschland, als es den jetzigen Krieg vorbereitete."

Man argumentiert heute in Moskau drauflos, als habe es nie die Akten-Publikationen aus den zaristischen Geheimarchiven gegeben, die schon vor 20 Jahren mit aller wünschenswerten Deutlichkeit klarlegten, wie es wirklich war. Mit einem Griff finde ich in der Bücherwand meines Büros den „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskijs 1911 bis 1914", der 1925 auf Veranlassung des Außenministers Stresemann auch in deutscher Übersetzung herausgegeben worden ist. Da ist beispielsweise das berühmte Protokoll der französisch-russischen Generalstabsbesprechung vom August 1911, in dem sowohl der damalige russische Generalstabschef Gilinsky wie sein französischer Kollege Dubail „einstimmig" erklärt haben,

„daß die Worte ‚Defensiv-Krieg' nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird.

Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen."

Der französische Generalstabschef stellte damals schon – was sich 1914 bestätigte – in Aussicht, daß die ersten großen Zusammenstöße im Westen in Lothringen, Luxemburg und Belgien stattfinden würden und daß die französische Armee mit der Hilfe der englischen Armee rechnen könne. Der russische Generalstabschef legte dar, daß man in Rußland noch „wenigstens zwei Jahre" benötige, um „gegen Deutschland einen Krieg mit der Gewißheit des Erfolges führen zu können". Man schrieb ja auch erst die Jahreszahl 1911.

Immerhin ruht dieses Dokument – neben vielen anderen – nicht nur in Moskauer Archiven, es ist gedruckt in jedem historischen Seminar einzusehen. Man muß nur danach greifen wollen. ...

2. August 64

Im hiesigen Lokalblatt „Erinnerungen an die Tage des Kriegsausbruchs 1914": Man war damals in Starnberg sehr aufgeregt und vermutete in jedem der wenigen Privatautos, die über die Straßen fuhren, russische oder französische Spione oder gar Goldtransporte aus der Schweiz nach Petersburg:

„Am Marxeck wurde ein Schlagbaum mit Schilderhaus aufgestellt. Gegen 11 Uhr abends kam Kammersänger Heinrich Knote von der Münchner Hofoper mit seinem Wagen auf dem Weg zu seinem Pöckinger Haus vorbei. Siegesbewußt versicherte er der Kontrolle Titel und Namen. ‚Das kann jeder sagen', meinten die Kontrolleure. ‚Dann sing ich Euch halt an Plärrer', war die Antwort, ‚damits Ihr mi kennt.' Nach den ersten Tönen hatte Knote freie Fahrt."

Rückblickend betrachtet wäre es wünschenswerter gewesen, wenn statt dem Jahre 1914 in der Starnberger Hauptstraße im Jahre 1941 in der Berliner Wilhelmstraße nach russischen Spionen Ausschau gehalten worden wäre; nicht die Kammersänger waren gefährlich, wohl aber die „Rote Kapelle".

In einem langen Aufsatz der „Frankfurter Allgemeinen" stehen einige bemerkenswerten Sätze ausgerechnet aus der Feder des Schriftstellers Golo Mann, der sonst stets bereit ist, die Deutschen mit bösen Worten zu kritisieren:

„In dem ganzen deutsch-österreichischen Dialog des Juli 1914, in den Telegrammen, in den Protokollen, in den geheimen Dokumenten kommt von Deutschlands imperialen Zielen überhaupt nichts vor. Da ist die Rede davon, daß man die unerträglichen Zustände an Österreichs Südgrenzen beenden, daß man den wankenden Bundesgenossen stützen müsse, weil man keinen anderen mehr habe. Es ist die Rede davon, daß, wenn schon Krieg sein müßte, der Moment dafür jetzt günstiger sei als später. Ganz selten, andeutungsweise, in den intimsten Gesprächen, ist die Rede davon, daß, wenn alles gut ausginge, der Ring um Deutschland, das französisch-russische Bündnis gesprengt oder doch geschwächt sein würde. Es ist dann von dem Moment an, in dem Rußland begann, seinen Kriegsapparat, zunächst noch heimlich, bereitzumachen, von der Gefahr einer ungestört und noch im Frieden ins Werk gesetzten russischen Mobilisierung die Rede. Und diese schiere Furcht überwältigte alles und entschied alles. Von imperialen Zielen nicht ein Wort."

In meinem eigenen, kürzlich veröffentlichten Rückblick zum heutigen Tag schreibe ich über „Die beiden Deutschlandkriege":

„Die Ausgangstatsache, die schließlich nicht nur zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte, sondern ihn zum Vernichtungskrieg entarten ließ, war nichts anderes als die Bismarcksche Reichsgründung, das machtpolitische Wiederauftreten des größten europäischen Volkskörpers. Dieses historische Faktum stellt sich nicht nur in den vielen Dokumenten dar, die zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges in den 20er Jahren aus der Versenkung hervorgeholt wurden, um heute wieder darin verschwunden zu sein: der klassische politische Beweis für die wirklichen Motive der Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg wurde durch ihr Verhalten ab 1918 erbracht. Das Kaiserliche Regime war im November dieses Jahres kaum weniger drastisch gestürzt worden wie Hitlers politisches System im Jahre 1945. In Berlin und Wien hatten nicht nur neue – bisher oppositionelle – Politiker die Staatsführung übernommen, die Monarchie war durch die republikanische Staatsform ersetzt worden. Man hatte also mit allen Elementen durch die gemäß der alliierten Behauptung allein der Krieg veranlaßt worden sei, radikal aufgeräumt.

Alle diese grundlegenden Veränderungen hatten freilich keinen ernstlich mäßigenden Einfluß auf die Verfügungen, die in Saint Germain und Versailles gegen die Besiegten getroffen wurden. Auch die deutsche Republik wurde zu einer Paria-Stellung verurteilt, einfach deshalb, weil sie immer noch das repräsentierte, was man bekämpft hatte: den deutschen Staat als politische Erscheinungsform der deutschen Nation."

Der Aufsatz schließt mit Feststellungen, in denen meine heutigen Ansichten ganz mit denen übereinstimmen, die mich in den bitteren Monaten vor zwei Jahrzehnten bewegt haben:

„Das alliierte Wunschbild der machtpolitischen Auslöschung der Deutschen hat sich auch nach 1945 als Utopie erwiesen, und der Zweite Weltkrieg wurde für die erbittertsten Feinde Deutschlands, die Engländer, ein geradezu selbstmörderisches Ereignis. Wenn es eines Beweises noch bedurft hätte – im blutigen zweimaligen Ringen ist er erbracht und nach dem Kriege wieder bestätigt worden: Es geht nicht ohne die Deutschen. Wenn der in den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts so einflußreiche britische Deutschenhasser Lord Vansittart leidenschaftlich verkündet hatte: „Es ist unmöglich, für Europa zu sein ohne gegen Deutschland zu sein", so hat sich die absolute Umkehr dieses Satzes als historische Lehre der Zusammenstöße dieses Jahrhunderts erwiesen. Wir wissen heute, daß die europäische Befriedung, die das Schlüsselproblem der Gegenwart und Zukunft ist, zunächst eine profunde Regelung der jahrhundertealten deutschen Frage voraussetzt.

Genau das, was in den beiden Deutschlandkriegen niedergekämpft wurde, muß nochmals aufgebaut werden, wenn Europa und die Welt ihr Gleichgewicht wiederfinden sollen: der Staat aller Deutschen.

Erst wenn er nicht nur neu geschaffen ist, sondern endlich auch von denen geduldet wird, die mit uns im gleichen Schicksalsboot sitzen, kann von der Ordnung die Rede sein, von der wohl *alle* geträumt haben, die den mörderischen Streit auf den Schlachtfeldern auskämpfen mußten."

1944: Gauleitertagung im FHqu

3. August 44

In Warschau hat eine mysteriöse „polnische Untergrundarmee" einen Aufstand begonnen, der offenbar gut geführt und mit reichlich Waffen und Munition versorgt ist. Ein sowjetischer Sender hat vor einigen Tagen zum Losschlagen aufgerufen. Natürlich werden jetzt wieder Kräfte nach Warschau abgezogen werden müssen, das für die Versorgung der Ostfront von großer Bedeutung ist.

*

Gestern Abend verließ ich Berlin mit einem Sonderzug, der die Reichsleiter und Gauleiter zunächst nach Posen brachte. Heute findet hier eine mehrstündige Arbeitstagung statt, abends wird der Sonderzug nach Rastenburg weitergeleitet; morgen vormittag werden die Tagungsteilnehmer in Wolfsschanze erwartet.

Erster Redner auf der Gauleiter-Tagung ist Dr. Goebbels, der wie Dr. Dietrich aus dem FHqu hierher kam. Er spricht weniger über seine neuen Aufgaben als über den 20. Juli; dabei zieht er den diesem Zuhöhrerkreis geläufigen Vergleich zur sogenannten Strasser-Krise im Dezember 1932, als der damalige Organisationsleiter der Partei mit dem Reichskanzler Schleicher zu paktieren versuchte. Aus Goebbels' Äußerungen ist zu schließen, daß er einen Zusammenhang zwischen der Verschwörung nicht nur mit der kürzlichen militärischen Krise an der Ostfront, sondern auch mit der Winterkatastrophe vor Moskau im November/Dezember 1941 sieht, in der die Truppe nicht zuletzt durch die Woll- und Wintersachen-Sammlung gerettet worden sei, obwohl der Generalstab eigentlich hätte wissen müssen und sicher auch gewußt habe, wie ein russischer Winter aussieht.

Minister Speer, der anschließend spricht, erörtert nüchtern, worauf es nach seiner Ansicht entscheidend ankommt: Auf die Verstärkung des Heeres durch die moderne Rüstung. Nur mit Menschenmassen könnten wir dem Gegner nicht gleichstark entgegentreten; es müsse der technische Fortschritt auf unserer Seite bleiben. Bisher sei es gelungen, trotz der Luftangriffe, die Rüstung und Kriegsproduktion ungehindert aufrecht zu erhalten, was einerseits einer gewissen Organisationskunst, auch der Leistung des Verkehrswesens, in erster Linie aber der Einsatzbereitschaft des deutschen Arbeiters zu verdanken sei. Es sei auch erstaunlich, wie sich durch Anwendung richtiger Methoden noch geradezu ungeheure Steigerungen der Produktionsziffern erzielen ließen. Mit einigen Hinweisen verblüfft Speer die Tagung ernstlich: So z. B. wenn er sagt, alle Materialverluste, die die Heeresgruppe Mitte in der Katastrophe der letzten Wochen erlitten habe, könnten mit einer halben derzeitigen Monatsproduktion an Waffen und Gerät wieder ausgeglichen werden. Außerdem sei die Bevorratung an Mangelrohstoffen wie Kupfer usw. auf lange Sicht gesichert. Dazu seien sowohl neue Waffen wie auch wichtige Neuerungen „auf breiter Front in Entwicklung". Eine zweite, geradezu revolutionäre Vergeltungswaffe, die V 2, werde in Kürze eingesetzt werden können und außerdem sei dank einer Neuentwicklung ein Wiederingangkommen des U-Boot-Krieges und damit eine „bedeutende Veränderung auch des See-Krieges" zu erwarten.

Speer erwähnt ebenfalls den 20. Juli und erklärt, daß die Heeres-Waffenämter eine merkwürdig bremsende Wirkung auf die technische Entwicklung ausgeübt hätten. Kern des Speerschen Vortrages ist natürlich wieder die Frage der Arbeitskräfte. Zur Durchführung der beabsichtigten Produktionssteigerung benötigt er mindestens 500–600000 neue Arbeitskräfte, aber er sagt auch: „Das alles wäre nutzlos, wenn nicht auch mehr Soldaten an die Fronten kommen. Das Problem liegt darin, mehr Menschen in Rüstung *und* Wehrmacht einzusetzen.“ Deshalb müsse der totale Kriegseinsatz „unbedingt mit rücksichtsloser Härte“ durchgeführt werden.

Als dritter und letzter Redner spricht am Nachmittag Himmler, der seit dem 20. Juli auch Befehlshaber des Ersatzheeres geworden ist. Er berichtet zunächst von den Vorgängen dieses Tages und den bisherigen Vernehmungsergebnissen. Ironisch vermerkt er, daß die Putschisten durch den inzwischen verhafteten Minister Popitz auch zu ihm Verbindung gesucht hätten*. Dann kündigt er an (was Dietrich und mich verblüfft), daß die Aburteilung der Hauptverantwortlichen in Kürze in einem großen Prozeß stattfinden soll; einige weitere kleinere Prozesse gegen Beteiligte, deren Fälle noch ermittelt werden, sollen später folgen.

Neu sind die Gesichtspunkte, die Himmler im Zusammenhang mit dem Juli-Putsch über den Generalstab entwickelt: Er sieht in dieser Offiziersgruppe eine den Gesetzen der Freimaurerei nicht sehr entfernte Organisation, die das Bestreben habe, eine eigene Macht im Staate zu sein. Schon im Ersten Weltkrieg habe der Generalstab eine zweifelhafte Rolle gespielt. Himmler will jetzt das Offizierskorps genauso von Grund auf reinigen, wie das in Preußen nach 1807 durch Scharnhorst geschehen ist. Damals seien alle Offiziere, die sich im Katastrophenjahr 1806 nicht richtig benommen hatten, durch schlichten Abschied entlassen worden.

Als seine Aufgabe als Befehlshaber des Ersatzheeres bezeichnet Himmler es, in der Heimat geradezu eine „neue Armee“ aufzustellen, die sich schon durch die Bezeichnung „Volks-Grenadier-Division“ als eine Schöpfung der Entscheidungszeit ausweise und „mit neuer innerer Kraft“ antreten werde. Die

---

* Vgl. Seite 144 f.

Grundsätze dieser „nationalsozialistischen Volksarmee" seien „Treue, Gehorsam, Tapferkeit und Standhaftigkeit, ihr Ziel, den Krieg zu gewinnen", wobei es keinen Zweifel gebe, daß unsere Aufgabe „nach wie vor im Osten liegt".

Himmler spricht sehr kraftvoll und überzeugend, und der nüchterne Reichsleiter Bormann, der die Tagung leitet, dankt ihm mit den Worten: „Sie sind der Mann, der diesen Auftrag meistern wird."

5. August 44

Seit gestern früh wieder im Hauptquartier Wolfsschanze, zunächst zur Fortsetzung und zum Abschluß der Gauleiter-Tagung. Die Teilnehmer versammelten sich in der Kino-Baracke und erhoben sich schweigend, als der Führer eintrat. Die Begrüßungsworte sprach General Ritter von Epp, im Frühjahr 1919 Befreier Münchens von der Bolschewisten-Herrschaft und heute Reichsstatthalter in Bayern. Hoffentlich hat er recht: „Mein Führer, mit Ihrer glücklichen Errettung ist die Entscheidung des Krieges gefallen."

Der Beginn der Ansprache verzögert sich etwas, denn der Führer gibt Anordnung, das vorbereitete Rednerpult wegzustellen; er läßt einen kleinen Tisch mit Stuhl bringen und beginnt im Sitzen zu sprechen, zunächst so leise, daß ich ihn von der letzten Reihe aus kaum verstehe. Es ist eine Bemerkung, die er wohl mehr zu sich selbst gemacht hat, so etwa: wie beruhigend es sei, wieder einmal „in die vielen treuen Augen zu blicken". Dann wird seine Stimme rasch kräftiger: „Ich habe immer gewußt, daß von dieser Seite aus einmal auf mich geschossen wird; nur, daß der Anschlag so hinterhältig sein wird, das habe ich nicht geahnt!" Er sei heute „alt und zittrig" geworden, nicht so sehr durch den Kampf mit dem äußeren Feind, sondern durch die unablässige Auseinandersetzung „mit dieser Clique, die nie zu fassen war". Er erinnert an den in der Nacht vom 29. zum 30. Januar 1933 beabsichtigten Potsdamer Generalsputsch und an andere Einzelheiten aus den letzten zehn Jahren; immer wieder sei unter den verschiedensten Vorwänden von seiten dieser Militärs versucht worden, in das politische Geschehen einzugreifen. Diese zahlenmäßig begrenzte, aber einflußmäßig sehr wichtige Gruppe sei allerdings zu wirklicher politischer Leistung ganz ungeeignet gewesen, weil sie keinerlei

Verhältnis zur Masse des Volkes gehabt habe. Auch das Offizierskorps in seiner Gesamtheit habe nichts mit dieser Clique zu schaffen, in der sich unter „scheinheiliger Tarnung" geradezu Abenteurer-Typen verborgen hätten. Jetzt müßten aus diesem Vorgang „Konsequenzen jeder Art" gezogen werden, es gehe um die „Wiederherstellung des Charakters".

Anschließend äußert sich der Führer ähnlich wie Anfang Juli vor den Wehrwirtschaftsführern über das Problem der Wiederherstellung des technischen Gleichgewichts und spricht sehr zuversichtlich von „großen Fortschritten" auf dem Waffengebiet, wobei er die neuen Panzerabwehrwaffen, die neuen U-Boote und Flugzeuge hervorhebt. „Mit jeder Lage kann man fertig werden, wenn man die ganze Kraft der Nation einsetzen kann" – wenn der Gegner erkenne, daß wir so wieder antreten, werde er von seinem Vernichtungswillen ablassen. Zwischen Volk und Wehrmacht müsse „Gleichschritt" hergestellt werden, Kriege heutigen Ausmaßes seien nur zu gewinnen, wenn dieses Verhältnis „ganz gesund" sei.

Wenn man die Frage stelle, warum diese volle Mobilisierung nicht früher geschehen sei, so laute die Antwort: „Sie war nicht möglich infolge dieser dauernden Sabotage; jede Maßregel war ein Kampf gegen diese Clique." Wir befänden uns in der Lage eines durch Gifte Erkrankten – wenn wir die Krise überwinden, dann seien wir nicht tot, sondern ganz gesund. So denke er bei jedem Schicksalsschlag nur daran, wie könne man ihm begegnen, „was kann man tun?!" Und: „Ich glaube, daß ich für die Nation notwendig bin, die einen Mann braucht, der unter keinen Umständen kapituliert, und der die Fahne des Glaubens und der Zuversicht hochhält; ich glaube, daß das kein anderer besser machen würde als ich es tue."

Zum Schluß: Für ihn bedeute das Leben nichts als Kampf und Sorge; trotzdem aber sei er dem Schicksal dankbar, daß es ihn dieser Sorge weiter erhalten habe.

Obwohl kaum ein aktuelles Wort gefallen ist, beeindruckt die Rede die Gauleiter offensichtlich. Als der Älteste des Kreises dankt Hierl mit wenigen Worten: „Es gibt nur *eine* Treue, es gibt kein ‚treu, treuer, am treuesten' – es gibt nur ein ‚treu', das aber hat *alles* zum Inhalt."

*

Nach Dr. Dietrich sind die weitausgreifenden Deutungen des Führers zum Attentat vor allem von Dr. Goebbels angeregt worden, der in den letzten Tagen mehrere lange Gespräche mit ihm führte. Der Minister hat sich sehr lebhaft nicht nur für einen politischen Prozeß, sondern auch für eine „rücksichtslose Brandmarkung" der Angeklagten eingesetzt und er hat den in dieser Sache zunächst schwankenden Führer überzeugt, daß ganz radikal verfahren werden müsse. Keinesfalls dürfe nur ein Kriegsgericht stattfinden, auch eine Erschießung der Verurteilten komme nicht in Betracht. Die Kugel, durch die täglich anständige Soldaten ihren Tod fänden, sei fehl am Platze usw. So werden nun die beteiligten Offiziere zunächst durch einen Ehrenrat aus der Wehrmacht ausgestoßen und dann vor den Volksgerichtshof gestellt.

*

Heute sind die Rumänen hier im Hauptquartier, und zwar sowohl Marschall Antonescu wie auch sein umstrittener Stellvertretender Ministerpräsident Mihaj Antonescu, von dem ziemlich feststeht, daß er seit langem in Ankara zu den Engländern und Amerikanern Verbindung hält. Der Marschall macht wie immer einen sehr guten soldatischen Eindruck – aber die Gesamtstimmung ist natürlich gedrückt. Die Russen stehen vor den Toren des Landes; werden wir genügend Reserven haben, um den zu erwartenden nächsten sowjetischen Angriff bei Jassy und westwärts von Odessa vor allem mit deutschen Kräften abzuwehren? Einige rumänische Einheiten sind – wie ich höre – mit deutschen Waffen, auch mit Panzern, gut ausgestattet worden. Von ihnen sollte immerhin eine ernsthafte Kampfleistung zu erwarten sein, aber die Rumänen scheinen die Hauptleistung von uns zu erhoffen – oder auch nicht mehr zu erhoffen. ... Spät abends wird der Marschall auch zur Lagebesprechung zugezogen; da er nur französisch spricht, werden ihm die Vorträge durch einen Dolmetscher erklärt.

1964: Krieg in Vietnam

5. August 64

Nach einigen Scharmützeln auf See (nordvietnamesische Schnellboote haben einen amerikanischen Zerstörer beschossen, der vor ihrer Küste operierte) haben die Amerikaner heute früh

eine „Vergeltungsaktion“ gegen nordvietnamesische Küstenstationen und Öllager durchgeführt. Auf dem Fernsehschirm war nicht nur Präsident Johnson zu sehen, sondern auch der amerikanische Verteidigungsminister; dieser neben einer Generalstabskarte, auf der die Angriffspunkte bezeichnet waren. Insgesamt sind nicht weniger als 64 Luftangriffe geflogen worden. Starkes Flakfeuer erwiderte, zwei amerikanische Maschinen wurden abgeschossen.

In Washington wird versichert, es handle sich um eine „einmalige“ Aktion, aber es ist recht wahrscheinlich, daß nun das volle ungetarnte Eingreifen der USA in jenem Teil der Welt begonnen hat, ein zweiter Korea-Krieg.

1944: Finnland – Türkei – Frankreich

6. August 44

Den heutigen Sonntag habe ich noch in Wolfsschanze verbracht; morgen schon soll der „große Prozeß“ in Berlin stattfinden. Dr. Goebbels hat durchgesetzt, daß ausführlich darüber berichtet wird. Wir haben also von hier aus telefonisch für eine ausreichende Besetzung des Pressetisches und für Stenografen zu sorgen gehabt.

Dr. Dietrich bezweifelt nach wie vor, ob uns die Szene nützlich sein wird. Daß am 20. Juli eine einflußreiche Oppositionsgruppe sichtbar wurde, die sogar im Hauptquartier ein- und ausgehen konnte, hat genug schädlichen Eindruck gemacht. Was soll eine dramatische Erinnerung daran? Wer läßt sich überzeugen, daß mit diesem Prozeß wirklich alles erfaßt und abgetan ist?

*

In Finnland hat sich ein politischer Umschwung vollzogen. Staatspräsident Rity ist zurückgetreten und hat sein Amt dem Marschall Mannerheim übertragen; dieser Wechsel kann wohl nur bedeuten, daß ein neuer Schritt in Richtung auf ein Ausscheiden Finnlands aus dem Krieg bevorsteht. Ob allerdings die Russen mit dem Wechsel so zufrieden sind, ist eine andere Frage.

Auch der europäische Südpfeiler, die Türkei, weicht nun dem Druck der Lage: Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wurden abgebrochen und Herr von Papen muß das

Land verlassen, nachdem er dort jahrelang eine sehr erfolgs reiche diplomatische Arbeit geleistet hat. Immerhin hatten die Türken 1939 bei Kriegsausbruch ein offenes Militärbündni- mit England und Frankreich. In den Jahren 1941–42 war die Lage infolge unseres Rußlandfeldzuges so sehr verändert, daß sogar Erinnerungen an die deutsch-türkische „Waffenbrüderschaft" während des Ersten Weltkrieges wieder belebt wurden. Seit wir aber den Kaukasus und die Krim räumen mußten, hat sich die Situation für die Türken nochmals von Grund auf gewandelt. Schon der Zar wollte die Dardanellen haben (und die Engländer versprachen sie ihm 1914), im November 1940 war das sowjetische Drängen an die Meerengen einer der Gründe, die den Führer davon abhielten, sich mit Molotow zu verständigen. Jetzt müssen die Türken erneut aufpassen, um nicht zwischen die Mühlsteine zu geraten. Zu einer Kriegserklärung haben sie sich nicht drängen lassen.

Den Schriftleitungen haben wir auf Wunsch des Auswärtigen Amtes schon vor mehreren Tagen informatorisch mitgeteilt, daß der zu erwartende Abbruch der Beziehungen „einen letzten Versuch der Türken" darstellt, „trotz schärfstem Druck unserer Feinde ... einem Kriegseintritt auszuweichen".

*

Letzte Information im FHqu: ein „Kommandierender General und Wehrmachtsbefehlshaber von Groß-Paris" ist ernannt worden und hat den Auftrag erhalten, als Kommandant von Paris in der dortigen „Etappe" Ordnung zu schaffen. Insbesondere soll er alle überflüssig gewordenen Dienststellen auflösen, die dort freiwerdenden Soldaten zur Front abstellen und auch etwaigen französischen Aufstandsbewegungen entgegentreten. Da die Amerikaner sich inzwischen mit schnellen Verbänden in Nordfrankreich ausbreiten, erkundige ich mich, was mit Paris geschieht, wenn die Kampfhandlungen dorthin übergreifen. „Für eine Verteidigung der Stadt sind dem General keine Aufträge erteilt worden".

1964: Deutscher Nimbus und deutsche Wirklichkeit

6. August 64

Ein Besucher ist Lehrer und Erzieher in einem großen Internat: Dort finden Kurse für Ausländer statt, die Deutsch

lernen wollen. Es stellt sich ihm die Frage, warum die Elite überseeischer Völker – ihre Lernbereitschaft ist recht unterschiedlich – so sehr nach Deutschland strebt, das doch machtpolitisch geradezu ausgelöscht ist. Aus seinen Gesprächen mit den jungen Leuten entnimmt er, daß gerade das Ereignis der beiden Weltkriege draußen einen „deutschen Nimbus erzeugt hat – einen Nimbus von Lebenskraft, von Disziplin, von ‚Unbesiegbarkeit'".

Eine Enttäuschung stellt sich ein, wenn die jungen Leute erleben, wie es hier im Tagesleben aussieht. Aber im Grunde haben sie wohl so unrecht nicht.

*

Die „Frankenpost" hat das kürzlich hier veranstaltete Interview veröffentlicht, freilich mit Zutaten, die so entstellend und irreführend wie möglich sind. Den Abschluß bildet ein Zitat aus Hitlers „Mein Kampf", von dem der Besucher wohlweislich nicht gesprochen hat. Ich schreibe eine Berichtigung – ob die Leser des Blattes sie wohl erfahren dürfen*?

„Hätte Herr Redakteur Giegold das am Schluß der Veröffentlichung verwendete Zitat aus Hitlers ‚Mein Kampf' auch mir gegenüber erwähnt, so würde er erfahren haben, daß ich es kenne und überdies auch weiß, in welchem Zusammenhang es steht. Auf der gleichen Seite 772, die Herr Giegold nachgeschlagen hat, kann er zunächst Hitlers Argumente wie folgt lesen: ‚Hätte im Jahre 1914 die deutsche Arbeiterschaft ihrer inneren Einstellung nach noch aus Marxisten bestanden, so wäre der Krieg nach drei Wochen zu Ende gewesen. Deutschland wäre zusammengebrochen, ehe der erste Soldat seinen Fuß nur über die Grenze gesetzt hätte. Nein, daß damals das deutsche Volk noch kämpfte, bewies, daß der marxistische Irrwahn sich noch nicht bis zur letzten Tiefe einzufressen vermocht hatte. In eben dem Maße aber, in dem im Laufe des Krieges der deutsche Arbeiter und deutsche Soldat wieder in die Hand der marxistischen Führer zurückkehrte, in eben dem Maße ging er dem Vaterland verloren.' An *diese* Sätze schließen sich die von Giegold zitierten heftigen Bemerkungen Hitlers unmittelbar an. Die unterstellte Deutung, Hitler habe 1924 einen Volksmord am Judentum beabsichtigt, widerlegt sich nicht nur aus dem Zusammenhang des Zitats, sondern auch durch den Verlauf der tatsächlich ver-

* Die Zuschrift wurde nicht veröffentlicht.

folgten Juden. Politik der Reichsregierung (organisierte Auswanderung, Madagaskar-Plan).

Es bleibt bei meiner zutreffenden wiedergegebenen Feststellung: ‚Was wirklich war, wer was befohlen hat – alles das wissen wir heute noch nicht.‘ “

Die letztere Bemerkung bezieht sich auf eine Stelle des Interviews, an der ich darauf angesprochen wurde, in meinem Buch „Das Dritte Reich“ werde erklärt, daß hinsichtlich der Behandlung der im deutschen Machtbereich während des Zweiten Weltkrieges internierten Juden „weniger Hitler als Himmler“ verantwortlich gewesen sei. Ich hatte dazu geantwortet: „Kein Mensch weiß was wirklich war. Wir wüßten wesentlich mehr, wenn wir nach dem Krieg nicht 20 Jahre lang Prozesse geführt hätten. Auch wir alten Nationalsozialisten haben einen Anspruch darauf, endlich einmal genau zu erfahren, was wirklich war und wer was befohlen hat. Alles das wissen wir heute noch nicht.“

Es zeigt sich das beunruhigende Problem, weshalb eigentlich eine deutsche Zeitung solche berechtigten Fragen nicht dulden will und zu vertuschen sucht?!

Daß es zu diesem, von mir schon oft behandelten Thema viel Undurchsichtiges und Unerklärtes gibt, bestätigt ein dieser Tage in deutscher Übersetzung erschienenes Buch eines amerikanischen Pastors Hull „Gespräche mit Eichmann in der Todeszelle“. Eichmann – ein Name, den vor 1945 niemand kannte, vermutlich auch Hitler nicht; jedenfalls hat er – wie er selbst aussagt – nie mit Hitler gesprochen. Immerhin hat dieser Eichmann sich mit dem auf Reueerklärungen erpichten amerikanischen Geistlichen im Jerusalemer Gefängnis häufig und ziemlich offen ausgesprochen. Auf Seite 121 seines Buches zitiert Pastor Hull die Erklärung Eichmanns:

„Die Menschen interessieren mich nicht, es ist mir egal, was sie denken. Die Dinge, die gegen mich vorgebracht wurden, daran habe ich keine Schuld. Das meiste, was vor Gericht gesagt worden ist, war nicht wahr.“

Das gewünschte „Geständnis“ hat Eichmann nicht unterschrieben. Im Gegenteil, der Pastor fühlt sich genötigt zu notieren (Seite 139):

„Am Ende – das mußten alle, die es gesehen haben, zugeben – war er einen tapferen Tod gestorben. Er brach nicht zusammen, er wurde nicht schwach.“

Wäre es nicht für die Gegenwart und für die Zukunft nützlicher gewesen, dieser Mann hätte ohne Todesdrohungen und ohne politischen Prozeß dem deutschen Volk und der Welt sagen dürfen, was wirklich geschehen ist?!

1944: Der „große Prozeß“

7. August 44

Heute früh hat draußen im großen Saal des Kammergerichtsgebäudes an der Elsholzstraße der „große Prozeß“ begonnen.

Beim Namensaufruf der Angeklagten steht als erster der frühere Generalfeldmarschall von Witzleben auf, und erhebt den Arm. Der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Freisler, blickt ihn durchdringend an und sagt mit schneidender Stimme: „An Ihrer Stelle, Herr von Witzleben, würde ich den deutschen Gruß nicht erweisen.“ Dann fügt er ruhig hinzu: „Diese Bemerkung soll keine Vorwegnahme des Urteils sein.“

Ich fahre bald wieder ins Büro zurück, komme nur nachmittags nochmals an den Pressetisch. Was sich abspielt, ist unerfreulich. Keiner von den Generalen bekennt sich mit Überzeugung zu dem, was er als Tat nicht leugnen kann. Einen menschlich würdigeren Eindruck machen die beiden jungen Offiziere: Bernardis und Klausing. Sie waren beide von Stauffenberg in seinen persönlichen Kreis gezogen worden. Bernardis gibt eine klare Schilderung des entscheidenden Gesprächs, mit dem festen Geständnis: „Von diesem Tage an habe ich meinen Eid gebrochen.“ Ähnlich Klausing, ein vierundzwanzigjähriger tapferer Offizier, der nach dem, was er vorher in der Verhandlung an Ausflüchten gehört hat, sagt, er wisse jetzt, warum der Putsch zu keinem guten Ende führen konnte. Beide freilich haben unmittelbar an der Attentatsdurchführung mitgewirkt; wenn auch der ganze Saal – das Gericht offenbar nicht ausgenommen – ihnen angesichts ihres männlichen Auftretens die Achtung nicht versagt, wird sie in einem solchen Prozeß die ganze Schwere des Gesetzes unvermeidlich treffen.

8. August 44

Es wäre falsch zu sagen, daß der tägliche Nachrichtenstoff aus den Feindländern nur Haß und Propaganda liefere. So hat die amerikanische Zeitschrift „Cosmopolitan“ – sie gehört zum Hearst-Konzern – einen sowjetischen Diplomaten Krawtschenko, der sich von seiner Regierung losgesagt und in den USA um Asyl gebeten hat, Raum für „Enthüllungen“ eingeräumt. Darin berichtet Krawtschenko, der es wissen muß, in Sibirien gäbe es ein „einzigartiges Imperium von Gefängnissen, Exilkolonien und Straflagern“, in denen an die fünfzehn Millionen Menschen festgehalten würden und als Zwangsarbeiter eingesetzt seien.

Und im Londoner Unterhaus hat dieser Tage ein Abgeordneter Stokes dem Außenminister Eden, als dieser wieder einmal das zähe Festhalten an der Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“ als „Deutschlandprogramm“ verkündete, kritisch entgegengehalten: „Die Annahme einer derartigen Kapitulation würde die Versklavung des ganzen deutschen Volkes zur Folge haben.“

10. August 44

Während in Warschau ein heftiger Straßenkampf im Gange ist und anhält, scheint es nach englischen Pressestimmen in Moskau zu Differenzen zwischen dem dorthin geeilten Ministerpräsidenten der Londoner polnischen Exilregierung und den Russen gekommen zu sein. Es ist davon die Rede, daß die Verhandlungen „kein positives Resultat“ gezeigt haben und es hat auch den Anschein, daß die sowjetische Armeeführung – jetzt, nachdem der Warschauer Aufstand voll in Gang gekommen ist – nicht mehr viel tut, um ihn zu unterstützen.

Aus Sofia kommen seltsame Nachrichten. Dort scheint die Regierung neuerdings wieder engere Beziehungen mit der sowjetischen Gesandtschaft zu pflegen. Bulgarien befindet sich mit der Sowjetunion nicht im Krieg, aber bisher waren die sowjetischen Diplomaten in Sofia isoliert und bewacht. Nunmehr tauchen in der Auslandspresse Meldungen auf, wonach die bulgarische Regierung „entsprechend den russischen Vorschlägen“ die Freilassung politischer Gefangener, zweifellos Kommunisten, angeordnet hat.

1964: Rauschenberg oder Dürer?

10. August 64

Einem mehrseitigen Feuilleton der „Süddeutschen Zeitung“ ist es zu entnehmen:

Erstens – eine derzeit in Kassel unter dem Namen „Documenta III“ stattfindende moderne Kunstausstellung sei ein „Spiegel, den die bildende Kunst unserem Zeitalter entgegenhält“.

Zweitens: In einer vorausgegangenen Ausschuß-Sitzung habe ein Diskussionsredner zu sagen gewagt:

„Vor Dürers Apostelbild werde auch dem Laien die Tatsache, daß hier ein Kunstwerk vorliegt, unmittelbar bewußt, nicht aber in jedem Fall bei Werken der modernen Kunst.“

Drittens: Der leitende Veranstalter der Ausstellung habe zu diesem Satz natürlich geschwiegen: „in jener Sitzung, als es darum ging, ob er von Staat, Land und Stadt Geld in siebenstelliger Ziffer bekam“. Bei späterer Gelegenheit habe man freilich den Direktor sagen hören: „Rauschenberg ist ein ebenso großer Maler wie Rembrandt und Rubens“ (Die sich aufdrängende Zwischenfrage: „Wer ist Rauschenberg?“ bleibt in dem Artikel unbeantwortet).

Viertens:

„fehlte die Jugend unter den Besuchern der Documenta – jene, die 25 und jünger sind; so liefen in der documenta vorwiegend fassungslose, trotzige, empörte Leute herum, die ihr Urteil in nichts lieber zusammenfaßten als in dem Begriff ‚entartete Kunst‘. Aber sie trauen sich nicht.“

Fünftens: Warum sie sich nicht trauen, ist auch notiert – weil

„Hitler und die Seinen ihr Volk nicht nur mit den Autobahnen, dem Volkswagen und dem Muttertag ins Herz getroffen haben, sondern auch mit ihrer Auffassung, was Kunst sei und was nicht.“

Der Journalist tröstet sich mit der Gewißheit, „daß es immer nur eine Minderheit ist, die von Fall zu Fall zum Ausdruck bringen und verstehen kann, was derzeit wahr ist“.

Das Wort „derzeit“ sei unterstrichen; die Frage „Rauschenberg oder Dürer“ wird auch in Zukunft nur wenige Deutsche beunruhigen.

11. August 44

Dr. Goebbels verkündet als Reichsbevollmächtigter seine ersten Anordnungen. Die Altersgrenze für die Arbeitspflicht der Frauen wird von 45 auf 50 Jahre hinaufgesetzt; der Postdienst erfährt Einschränkungen (Wegfall der Drucksachen, der Sonntagszustellung usw.), Vereinfachungen im Justizdienst, allgemeine Urlaubssperre, 60-Stunden-Arbeitswoche in Wirtschaft und Verwaltung, Schließung aller Theater, Varietés, Orchester, Schauspielschulen usw.

Der Minister stellt sich die Durchführung seiner Aufgabe im wesentlichen als Willensleistung vor. Er arbeitet nur mit einem ganz kleinen Stab, der sich fast ausschließlich aus seinen bisherigen persönlichen Mitarbeitern zusammensetzt. Ein täglicher „Gauleiter-Rundruf" – eine Telefonschaltung mittags 12 Uhr zu jedem Gauleiter – wird organisiert, hier sollen zentrale Weisungen und Informationen erteilt werden.

Das Problem liegt freilich darin, daß die zivile Mobilmachung – darum handelt es sich – kaum weniger verwickelt ist, wie es die militärische war. An deren Vorbereitung und Durchführung hatten tausende von Fachleuten jahrelang gearbeitet. Ob sich das im Zivilbereich jetzt so rasch nachholen läßt? Die Stillegung zahlreicher Druckereien wird brauchbare Resultate bringen, die Schließung der Theater hat wohl mehr mit „Optik" zu tun. Die Wehrmacht benötigt Soldaten, die Rüstung Arbeiter, und in beiden Bereichen geht es vor allem um junge Kräfte. Möglicherweise wird sich herausstellen, daß etwa in Miesbach schon längst nur noch alte Postboten tätig sind und daß ihre Einsparung ebenso wenig Monteure in München hergibt wie durch die Schließung einer Gesangsschule, in der im fünften Kriegsjahr sowieso nur noch ältere Damen tätig sind, keine Rekruten für die Kasernen freigestellt werden.

So zeigt sich auch dem Laien ein ganzer Berg von Problemen, die einer zeitraubenden gründlichen Prüfung, eben eines zivilen Mobilmachungsplanes, bedurft hätten und nun mit raschen Anordnungen geregelt werden müssen.

Dennoch gilt sicher auch hier der Satz: Es ist nie zu spät, etwas Richtiges zu tun.

1964: Bormann-Suche

13. August 64

Auf dem Fernsehbildschirm taucht das Foto des Reichsleiters Bormann auf. Das neueste Anliegen bundesrepublikanischer Staatsanwaltschaften ist, Borman „tot oder lebendig" zu finden, neuestes Suchgebiet ist Paraguay in Südamerika. Unklar ist, was geschehen sollte, wenn Bormann (was ich nicht glaube) noch leben und ausfindig gemacht werden würde. Er ist vom Nürnberger Gerichtshof in absentia seit 1946 zum Tode verurteilt. Gemäß den Verträgen, die zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten geschlossen wurden, ist er mit diesem Urteilsspruch der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen. Soll Bormann nur deshalb von den deutschen Behörden ergriffen werden, damit er anschließend zwecks Hinrichtung an die Alliierten ausgeliefert wird? Es kennzeichnet die weltpolitische Lage, daß die vier Mächte, die in Nürnberg zu Gericht saßen, nur noch in einer Institution zusammenarbeiten: in der Verwaltung des Spandauer Gefängnisses. Über nichts werden sich die „Alliierten" seit 1947 mehr einig, aber ein Viermächte-Galgen für Bormann würde wohl zustandekommen.

1944: „Das deutsche Zwielicht"

17. August 44

Dr. Dietrich gibt einen sehr besorgt formulierten Punkt 1 für die heutige Tagesparole durch:

„Die Festigung, die sich an der Ostfront – insgesamt betrachtet – gegenüber der Situation vor einigen Wochen ergeben hat, darf nicht dazu verleiten, diese Besserung der Gesamtlage im Osten publizistisch zu stark herauszustellen, da angesichts sowjetischer Aufschließungen und Kräftezusammenziehungen mit neuen starken Belastungsproben gerechnet werden muß."

*

Die Londoner „Times" befaßt sich in einem Leitartikel unter dem Titel „Das deutsche Zwielicht" rückblickend mit dem 20. Juli-Putsch und -Prozeß:

„Der Bruch in den Reihen derer, die letztlich für die Aufrechterhaltung der deutschen Kampfkraft verantwortlich sind, ist vom alliierten Standpunkt aus das ermutigendste Charakteristikum der heutigen inneren Situation in Deutschland."

18. August 44

Es ist nun ziemlich klar, daß die Russen den Warschauer Aufstand nicht unterstützen, und aus dem Auslandsnachrichten-Material läßt sich auch erkennen, warum sie es nicht tun. Der Aufstand war zwar zunächst von einem sowjetisch betriebenen polnischen Sender propagandistisch unterstützt worden, aber die Aufständischen handeln offenbar nach Weisungen der Londoner Exilregierung, während die Russen ihre eigene, nur von ihnen abhängige polnische Regierung eingesetzt haben. Mit dieser harmonieren sie auch in der „Grenzfrage". Der künftige polnisch-sowjetische Grenzverlauf soll sich nach der sogenannten Curzon-Linie von 1920 regeln, genauer gesagt, nach der Grenzziehung, die im September 1939 zwischen Ribbentrop und Molotow festgelegt wurde. Das sind freilich Probleme, die der „Untergrundarmee" in Warschau ziemlich ferne liegen, die aber ihr Schicksal entscheiden können. Auch im OKW ist man sich nun gewiß, daß die Russen nicht eingreifen und man ist bereit, eine größere Berichterstattung über den Warschauer Aufstand in der deutschen Presse zuzulassen. In einer aus Krakau datierten Meldung heißt es:

„Es kann jetzt festgestellt werden, daß sich die Aufständischen offensichtlich völlig falsche Vorstellungen gemacht hatten über die ihnen von außen zukommende Hilfe."

Während es im Osten etwas ruhiger ist, sind die Kämpfe in Frankreich in einen Bewegungskrieg übergegangen, in dem unsere Verbände infolge der feindlichen Luftraumbeherrschung sich in schwierigster Lage befinden. Sie können sich fast nur noch im Schutze der Nacht bewegen.

In Bulgarien hat der Ministerpräsident Bagrianoff eine Rede gehalten, die offenkundig um die russische Gunst wirbt und unser Auswärtiges Amt in Verlegenheit setzt. Man erwartet erklärende Informationen unserer Gesandtschaft in Sofia und will erst dann Stellung nehmen.

Brauchitsch über den 20. Juli

19. August 44

OKW/WPr stellt für die Sonntagsblätter einen Artikel des Gerneralfeldmarschalls von Brauchitsch zur Verfügung, der

sich in sehr starken Worten gegen den Putsch des 20. Juli und für „höchsten Kräfteeinsatz“ ausspricht. Brauchitsch, der frühere Oberbefehlshaber des Heeres, ist seit Dezember 1941 zur Disposition gestellt. Seine scharfe Sprache gegen die Putschisten soll zweifellos zur Wiedergewinnung des Selbstbewußtseins des Offizierkorps beitragen, das durch das Attentat und den Prozeß doch ernstlich verletzt worden ist. Entsprechend dem Wunsch der Militärs empfehlen wir der Presse gute Beachtung dieses Aufsatzes.

Die wichtigsten Sätze Brauchitschs lauten:

„Der 20. Juli 1944 war der dunkelste Tag in der Geschichte des deutschen Heeres. Männer, die den Ehrenrock des Soldaten getragen haben, sind zu Verbrechern und Meuchelmördern geworden. Sie haben einen Dolchstoß zu führen versucht, dessen Gelingen den Untergang Deutschlands bedeutet hätte. Daran gibt es nichts zu deuteln und zu beschönigen. Das Heer selbst hat den geplanten Anschlag im Keim erstickt. Es hat die Unwürdigen ausgestoßen und damit äußerlich und innerlich alle Bande der Kameradschaft zu ihnen durchschnitten. Ihre Namen werden ausgelöscht.

Neben der tiefen Dankbarkeit über die wunderbare Rettung des Führers erfüllen Wut und Scham jeden ehrlichen Soldaten. Zugleich aber hat alle ein unbändiger Wille erfaßt, nun erst recht alle Kräfte einzusetzen, um den Massenansturm der Feinde zu brechen. Die Ehre des Heeres ist durch den 20. Juli unbefleckt geblieben. Die Leistungen von fünf Kriegsjahren und der Heldentod Hunderttausender kann nicht durch die Wahnsinnstat einer Zahl Ehrvergessener, Feiger und Treuloser verdunkelt werden. Nach dem Beispiel des Führers, der unmittelbar nach dem mißglückten Mordanschlag seine Arbeit wieder aufnahm, erfüllt der Soldat mit noch härterem Siegeswillen seine Pflicht.

Mit der Ernennung des Reichsministers Himmler zum Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung sind Heer und SS, die seit Jahren auf allen Kriegsschauplätzen gemeinsam gekämpft und geblutet haben, noch enger zusammengerückt. Mancher Soldat wird zunächst bedauert haben, daß diese Aufgabe nicht einem bewährten Offizier des Heeres anvertraut wurde. Er wird jedoch bald die Weisheit der Entscheidung des Führers erkennen. ... Die Zeit, in der Heer und Waffen-SS in gegenseitigem Wettbewerb standen, war eine notwendige Entwicklungsperiode. Jetzt werden beide vereint in gemeinsamer Verantwortung, getragen von dem Glauben an den Führer und Deutschlands Zukunft, das Höchste für den Einsatz zum Siege leisten. Als Nationalsozialist und als ehemaliger Oberbefehls-

haber des Heeres bejahe ich die Entscheidung des Führers mit Herz und Verstand.

Der Ernst der Lage am Ende des fünften Kriegsjahres zwingt zum höchsten Kräfteeinsatz auf allen Gebieten. Wenn wir wirklich alles darauf einstellen, daß wir den Krieg gewinnen, und alles unterlassen, was nicht unbedingt diesem Ziele dient, haben wir ungeahnte Möglichkeiten. Sie zu erkennen und auszuschöpfen ist oberstes Gesetz. ...

Das ganze Volk steht im Kampf. Die Front führt ihn mit der Waffe, die Heimat mit der Arbeit. So werden beide alle Schwierigkeiten meistern. Alles andere ist unwesentlich. Die Mobilisierung aller Kraftreserven gibt uns erneut das Recht zur Siegesgewißheit. Kein Mensch auf der ganzen Welt kann sachlich bestreiten, daß das deutsche Volk seinen Feinden an fachlichem Können, an kämpferischen Leistungen und kriegerischer Moral weit überlegen ist. Den Beweis dafür haben der Soldat, der Arbeiter, der Wissenschaftler, der Landmann, der Handwerker und alle anderen Berufe, nicht zuletzt auch die deutsche Frau und die deutsche Jugend erbracht. Das deutsche Volk ist durch den Führer unter einer starken Regierung in einer tragenden Idee wie niemals zuvor in seiner Geschichte geeint. Über Sinn und Ziel dieses Krieges besteht kein Zweifel. Bei den Feinden steht die zahlenmäßige Überlegenheit an Menschen und Material. Sie sind sich aber nur in der Verneinung einig. Immer noch haben im Enderfolg Glaube, Geist und Gemeinschaftskraft über Geld, Haß und Masse triumphiert."

1964: Elsaß und Südtirol

19. August 64

Ein Doktorand aus Graz, der während seiner Münchner Studienzeit gelegentlich herausgekommen war, besucht mich wieder. Er war vor einiger Zeit in Südtirol und hat kürzlich auch das Elsaß bereist, wo – nicht zuletzt durch das Einströmen von rückgewanderten Algier-Franzosen – ein völkischer Strukturwandel im Gange sei. Es war ein tragischer Irrtum Bismarcks im Winter 1870/71, dem Drängen der Militärs, die die Festung Metz aus Verteidigungsgründen unbedingt innerhalb der Reichsgrenzen haben wollten (auch Belfort, aber das konnte Bismarck ihnen ausreden), schließlich nachgegeben zu haben. Da Lothringen volkstumsmäßig im Kern französisch war (man kann heute noch die Volkstumsgrenze von Dorf zu Dorf feststellen), wurde das staatspolitische Zwitterprodukt „Elsaß-Lothringen" unvermeidlich ein Hindernis, das alemannisch-deutsche Elsaß ins Reich so einzufügen, daß es ihm un-

trennbar verbunden wurde. Heute sind elsässisch-französische Heiraten offenbar nahezu üblich geworden, die Behördenpolitik wird das Übrige besorgen; durch die biologische Auflösung des Elsässertums könnte das Land schließlich doch französisch werden.

Die Lage in Südtirol ist anders. Zwar gibt es da auch eine sehr zielbewußte italienische Unterwanderung – aber eine Vermischung findet nicht statt. Die deutschen Familien bleiben deutsch und auch die Italiener bleiben unter sich. Solche Verhältnisse lassen das Problem unverändert: solange die fremde Macht alles überschattet, herrscht Ruhe, der Widerstand setzt ein, sobald er möglich ist.

1944: Roosevelts Deutschlandpläne

23. August 44

Angeregt durch die militärischen Ereignisse in Frankreich werden nun mancherlei Leute in Amerika lebendig und wollen wissen, welche Deutschland-Pläne ihr Präsident eigentlich verfolgt für den Fall, daß die von ihm seit anderthalb Jahren verkündete „Kapitulations"-Forderung erfüllt würde und Deutschland tatsächlich zusammenbräche.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Dewey hat dieser Tage an den amerikanischen Außenminister Hull telegrafiert; er will seinen außenpolitischen Berater, den New Yorker Rechtsanwalt John Foster Dulles (der schon 1919 in Versailles dabei war) nach Washington entsenden, um Näheres über die Regierungspläne zu erfahren. Roosevelt hat sich in einer Pressekonferenz zurückhaltend geäußert: Über die Besetzung Deutschlands sei auf dem Wege über eine in London tagende Kommission bereits Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten, England und Rußland erzielt worden – über Einzelheiten wolle er keine Angaben machen.

Der meist gut unterrichtete Herausgeber der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek" glaubt die Ansichten des Präsidenten dahin zu kennen, daß dieser „nicht daran denke", „einem Vierten Reich mildere Bedingungen zu genehmigen" als der jetzigen Reichsregierung. Im Weißen Haus wünsche man überhaupt keine deutsche Regierung als Partner, sondern plane Deutschland auf lange Sicht „streng militärisch" zu regieren. „Gute" Deutsche sollten zwar in den Büros verwendet werden,

aber sie müßten ihre Befehle „ohne Widerrede“ entgegennehmen. Ein Friedensvertrag komme auf lange Sicht nicht in Betracht. Reparationen wolle man nicht in bar, wohl aber in Form von Demontage und von Arbeitskraft – daran seien vor allem die Russen interessiert.

*

Dem finnischen Staatspräsidenten Marschall Mannerheim wurde das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen, aber die finnischen Zeitungen haben diesen Vorgang nicht gemeldet.

Rumänien und Paris

29. August 44

Eine dramatische Woche seit der letzten Notiz. In der Nacht zum 24. August wurde ich wieder durch einen Anruf geweckt: Abfall Rumäniens! Aus diesem Ereignis ist eine sehr ernste Entwicklung entstanden. Heute nähern sich die Russen schon dem Ölgebiet von Ploesti. Unsere erste Hoffnung, den Bukarester Königsputsch rasch niederschlagen zu können, hat sich nicht verwirklicht.

Im Gegensatz zur Kapitulation Italiens hat uns dieses Ereignis doch sehr überrascht. Es war so, als wenn Badoglio am Tage des Duce-Sturzes gleich mit den Alliierten gegangen wäre. Ich erinnere mich noch gut des Tages vor dreizehn Monaten, als uns Churchill mit seiner Rede, in der er den Italienern ein „Schmoren im eigenen Saft“ ankündigte, einen Stein vom Herzen nahm. Die Rumänen haben aus dem italienischen Vorgang gelernt.

Bukarest wird vom rumänischen General Jonescu mit einer Panzerdivision beherrscht, die mit unseren Waffen modern ausgerüstet ist. Die wenigen Kräfte, die uns in und bei der rumänischen Hauptstadt zur Verfügung stehen, können dagegen nicht viel ausrichten – übrigens werden sicher eines Tages die Russen das Geschäft besorgen und mit der Hof-Clique Fraktur reden. Das Groteske an der Situation ist, daß der König den Frieden mit Rußland proklamiert hat, ohne aus Moskau eine Bestätigung erhalten zu haben. Nur frühere Verhandlungen dienten als Unterlage. Für unsere Truppen, die bei Jassy

kämpfen, entwickelt sich die Lage katastrophal. Als die Russen angriffen, haben die Rumänen ihnen den Durchmarsch gestattet, ohne den geringsten Widerstand zu leisten. Dort wo deutsche Truppen standen, haben die Russen überhaupt nicht angegriffen – rechts und links sind sie losmarschiert.

Aus den Auslandsstimmen zu den Bukarester Ereignissen hat der Führer – wie Dr. Dietrich zu einer von ihm durchgegebenen Tagesparole erläuterte – den Eindruck gewonnen, daß „London und Washington Rumänien als ausschließliches Interessengebiet der Sowjetunion betrachten". Die „Kapitulation des Verräter-Königs Michael" bedeute deshalb nichts anderes als eine „bedingungslose Unterwerfung ausschließlich unter die Bolschewisten".

*

Auch im Westen sind die Dinge sehr schlecht gelaufen. Frankreich ist so gut wie verloren, Paris übergeben worden*. Es geht jetzt darum, irgendwo wieder eine Front zu bilden und dann auf der Basis der inneren Linie einen starren Widerstand aufzubauen, der allein eine politische Lösung ermöglichen kann, d.h. ein Kriegsende, bei dem der Feind von seinen Plänen ab-

* Die letzten Szenen dieses Vorganges sind umstritten. Von nationalfranzösischer Seite wird neuerdings gegen den damaligen deutschen Wehrmachts-Befehlshaber für Paris (vgl. Seite 94) der Vorwurf erhoben, er habe ab Mitte August 1944 „tatenlos zugesehen, wie sich ein gefährlicher Herd des Aufstandes mitten in der ihm anvertrauten Hauptstadt bildete" (Raoul Casqué in „Nation Europa", Coburg, April 1965). In der Tat scheint der deutsche General den ihm erteilten Auftrag, etwaige Aufstandsbewegungen „niederzuschlagen", nicht ernsthaft wahrgenommen, sondern im Gegenteil mit kommunistischen Rädelsführern verhandelt und damit vor dem Einmarsch der Amerikaner ein Schreckensregiment in Paris ermöglicht zu haben. Der französische Augenzeuge schildert die Folgen der „Kapitulation" der deutschen Besatzungsstreitkräfte in Paris, die von französischer Seite vom Chef der irregulären „Resistance" mitunterschrieben wurde, in drastischen Worten (a.a.O. Seite 47):

„Sobald sich die deutschen Stützpunkte befehlsgemäß ergeben hatten, begannen die Massenmorde: In der Rue de Rivoli wurde eine ganze Kolonne von waffenlosen Gefangenen unter dem Beifallsgeschrei der Zuschauer von ‚Soldaten' der Division Hautecloque mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Die Besatzung der Kaserne ‚Prinz Eugen' wurde, sobald sie die Waffen niedergelegt hatte, vom Pöbel niedergemetzelt. Mehrere Offiziere des Stabes Choltitz wurden zwischen der Rue de Rivoli und der Place de l'Opéra den Zivilisten zur Abschlachtung ausgeliefert. In der Ecole Militaire wurden

läßt. Ein Kampf, der so sehr um die Existenz geht, kann nicht anders als mit letzter Konsequenz geführt werden.

Zur eingetretenen Gesamtlage hat Dr. Dietrich einen Tagesparolen-Punkt durchgegeben, der fast die Länge eines Leitartikels hat; die wesentlichen Sätze lauten:

„Auch in der heutigen ernsten Lage sieht sich Deutschland keiner schwereren Situation gegenüber, als sie etwa die Sowjets zu bestehen hatten, als wir vor Moskau und im Kaukasus standen oder England, als wir überraschend zur Kanalküste vorgedrungen waren. Was sie vermochten, kann für das deutsche Volk keine Unmöglichkeit sein. Das Ergebnis der konzentrischen Offensive unserer Feinde während der Jahre 1943 und 1944 war, daß die im Verlaufe schwerster Kämpfe, in denen den Angreifern kein Opfer erspart geblieben ist, die von 1939 bis 1942 von uns errungene äußere Verteidigungslinie des Reiches an zahlreichen Stellen aufgegeben werden mußte und daß sich damit das Ringen dem inneren Verteidigungsring genähert hat. Wenn wir diese Position halten, ist nichts verloren, das die nationale Existenz unseres Volkes berührt. Diese aber zu vernichten ist die Absicht unserer Feinde. Mit Recht hat man gesagt: ‚Deutschland hat den Krieg gewonnen, wenn es ihn nicht verliert.'"

Das ist zweifellos das Kernproblem: Es gibt nicht das leiseste Anzeichen dafür, daß die zur Zeit so siegreichen „Alliierten" zu

---

die Gefangenen Mann für Mann systematisch erschlagen. Viele Verwundete stieß der johlende Pöbel unter die Ketten der amerikanischen Panzer. 3000 deutsche Soldaten mußten bei diesem Blutbad die zögernde Haltung und den Mangel an Entschlußkraft ihres Generals mit dem Leben bezahlen: Sich zu ergeben, ist in bedrängter Lage oft die gefährlichste und blutigste aller Lösungen."

Zur Frage, ob Hitler die ihm seither in den Mund gelegte Frage „Brennt Paris"? gestellt hat, äußert sich der französische Kritiker:

„Man hat behauptet, Hitler habe von Choltitz den Befehl gegeben, Paris zu zerstören. Dieser Befehl ist nicht bewiesen; dagegen steht fest, daß die Deutschen keine Brücke und keine Fabrik gesprengt haben. Hat von Choltitz also den Gehorsam verweigert? – Das ist wenig wahrscheinlich, denn der angebliche Befehl wurde nie gefunden, und niemand weiß, wer ihn gesandt haben sollte. Glaubhafter erscheint, daß das deutsche Oberkommando von Choltitz aufgefordert hat, gegen die Terroristen schärfer durchzugreifen. Wenn Hitler Paris wirklich hätte zerstören wollen, wäre das ihm auch ohne Mitwirkung des deutschen Gouverneurs möglich gewesen. Wir dürfen uns dankbar der Tatsache bewußt bleiben, daß der deutsche Führer den ganzen Krieg über – besonders bei und nach Einnahme der Stadt im Jahre 1940 – der französischen Hauptstadt gegenüber stets eine freundlich schützende Haltung eingenommen hat."

einer irgendwie verständigen Kriegsbeendigung bereit sind; sie wollen uns schlicht vernichten. Es zeigt sich keine Alternative.

1964: Kriegsschuld-Diskussion am Fernsehschirm

29. August 64

Kriegsschuld-Diskussion am Fernsehschirm: Der Schweizer Professor Hofer debattiert mit dem englischen Professor Taylor unter der Leitung des Dr. Krausnick vom Münchner „Institut für Zeitgeschichte".

Hofer argumentiert mit „Dokumenten", die beweisen sollen, daß Hitler seit eh und je Krieg geplant hat, weil er nicht nur eine Revision von Versailles, sondern eine weitere Ausdehnung des deutschen Einflusses durchsetzen wollte. Er sei eben Österreicher gewesen. Und weil er mehr anstrebte als die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914, solche Ziele aber durch Verhandlungen nicht erreichbar gewesen seien, deshalb mußte er auch am Krieg von 1939 schuld sein.

Taylor – mit einem ironischen Lächeln im spitzen Gesicht – pariert in gutem Deutsch. Für ihn hat Hitler aus der jeweils gegebenen Lage die größtmöglichen Erfolge zu erzielen getrachtet, und er wollte sicherlich nicht in einen Krieg mit den Westmächten verwickelt werden.

Hofer: „Aber er hat dieses Risiko bewußt in Kauf genommen." Der Schweizer Professor zitiert dazu den Brief, den Hitler am 26. August 1939 an Mussolini geschrieben hat.

Taylor kontert treffend: „Was Hitler damals nach Rom schrieb, war in Wirklichkeit an die Adresse Londons gerichtet, denn er wußte, daß ein solcher Draht bestand." So war es in der Tat und ganz besonders am 26. August 1939.

Auch über die Generalstabsweisungen Hitlers urteilt Taylor ganz nüchtern: „Solche Planstudien werden in jedem Land durchgeführt." Die britische Regierung habe 1939 zu ihren Generalen gewiß ähnlich gesprochen wie Hitler es getan hat. Und zu Hofers Erklärung, daß jede über die Grenzen von 1914 zielende Planung als „Kriegsplanung" zu beurteilen sei, wirft Taylor mit Recht das Stichwort „München" ein; mit Österreich und dem Sudetenland waren in der Tat die Grenzen von 1914 überschritten, nicht jedoch mit der Danzig-Forderung, die 1939 zum Kriegsausbruch führte!

Hofer aufgeregt: „Aber Hitlers Planungen zielten doch viel weiter, Ähnliches haben andere Regierungen doch nicht im Sinne gehabt und gewiß nicht die englische.“

Taylor ungerührt: „Nicht gerade 1939, aber früher sicherlich.“

Nicht einmal über Hoggan einigen sich die zwei Professoren, obwohl sie doch beide mit ihm kaum übereinstimmen. Hofer: „Dieses Hoggan-Buch gilt doch in wissenschaftlichen Kreisen einfach als Machwerk.“ Taylor: „Nun – so ist es auch nicht.“ Er kritisiert nur, daß Hoggan eine „umgekehrte Hitler-Legende“ bringe. Nach ihm solle statt Hitler der Lord Halifax „alles getan“ haben. Das wiederum stimmt nach seiner – Taylors Ansicht – auch nicht.

Verblüffender Schluß Dr. Krausnicks: Er erkenne keinen Anlaß, die bisherige These der „Hauptschuld Hitlers“ aufzugeben!

*

Mein kürzlicher Aufsatz über „Die beiden Deutschland-Kriege“ hat mir eine Reihe von Zuschriften eingebracht, darunter eine kritische, die eine Antwort herausfordert:

„Meinen Satz: ‚Schließlich wurde Hitler in den polnischen Streitfall hineinmanövriert‘ halte ich voll aufrecht und bin bereit, ihn in ausführlicher Darlegung zu beweisen. ... Der heute beliebte Zirkelschluß, daß der, der einen Krieg verlor, ihn auch gewollt haben muß, ist zwar nicht neu, aber auch nicht überzeugend.

Wenn ich Ihre weiteren Ausführungen überblicke, so finde ich, daß diese sich kaum mehr auf meinen Artikel beziehen, der ja nur den Zusammenhang zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg beleuchtete. Ich entdecke, daß es noch eine weitere Parallelle zwischen diesen zwei großen Geschehnissen gibt. Für *beide* Kriege stellen sich historisch-politisch die Kernfragen: ‚Waren sie zu vermeiden?‘ und ‚Waren sie zu gewinnen?‘ Nicht einmal für den Ersten Weltkrieg sind diese Fragen völlig geklärt, in der sachlichen Erörterung des Zweiten Weltkrieges stehen wir ganz am Anfang, weil Erregung und Propaganda noch systematisch wachgehalten werden.

Zur Kernfrage: ich erachte den derzeitigen Hitler-Mythos, d.h. das Verfahren, ihn als einen überdimensionalen und überdies törichten Gewaltmenschen zu zeichnen, nicht nur als historisch ganz unhaltbar, sondern auch als nationalpolitisch unerträglich. Wer von einem ‚Banditen‘ spricht, greift nicht nur Hitler, sondern auch Deutschland an. Welche Urteilskraft ist einem Volk beizumessen, das sich zu

diesem Mann einmütiger und nachdrücklicher bekannt hat als zu irgend einer anderen Gestalt seiner Geschichte? Wenn wir Deutschen den Weg zu geistiger Souveränität wiederfinden wollen, werden wir gewiß bedeutende Irrtümer und ernste Mißgriffe Hitlers festzustellen haben (vielleicht hätte er sonst den Krieg wirklich vermieden oder gewonnen?!), aber wir werden uns auch mit den Sätzen abfinden müssen, die zwei seiner ihm nicht einmal persönlich verbundenen Mitarbeiter – beides keine ‚Nazis' – noch angesichts des Todes 1946 über ihn in Nürnberg sagten: Hitler war der Mann, der ‚Großdeutschland in die Geschichte gestellt hat' (Seyss-Inquart) und: ‚Gehandelt hat er, wie alle Heroen in der Geschichte gehandelt haben und immer wieder handeln werden. Er hat sich auf den Trümmern seines Reiches und seiner Hoffnung begraben lassen. Mögen andere ihn deswegen verurteilen – ich kann es nicht' (Jodl).

1944/1964: Warschau und der Kriegsausbruch 1939

31. August 44

In der Tagesparole schreiben wir aus Anlaß des fünften Jahrestags des Kriegsbeginns:

„Im vergangenen fünften Kriegsjahr ist noch deutlicher als jemals zuvor geworden, wie uninteressiert England in Wirklichkeit an Polen ist, für das in den Krieg getreten zu sein, man in London behauptet."

Das ist eine Bemerkung, die sich im Schicksal des Warschauer Aufstandes bestätigt: dort wird die Lage der „Untergrund-Armee" immer schwieriger; die Russen sehen aus der Entfernung mit verschränkten Armen zu. In London geschieht für die Polen genau so viel und genau so wenig wie im September 1939. Es wird zu ihren Gunsten deklamiert, aber nichts getan.

1. September 64

In Warschau hat man eine Parade abgehalten – sie wird auch im deutschen Fernsehen gezeigt. Der Warschauer Aufstand 1944 wird erwähnt – aber kein Wort zum damaligen Verhalten der Russen! Natürlich wird vor allem an den deutschen „Überfall" 1939 erinnert – aber auch hier findet nur die eine Seite der Medaille Beachtung: die vorhergegangene polnische Generalmobilmachung vom 30. August 1939 bleibt unerwähnt.

*

Nach der Umfrage eines Meinungsforschungs-Institutes glauben 51 Prozent der Deutschen in der Bundesrepublik, daß

Deutschland und seine Gegner am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gleichermaßen schuld seien. 7 Prozent halten Deutschlands Gegner für allein schuldig, 30 Prozent suchen die Alleinschuld bei Hitler. Natürlich sind solche „Umfragen" keine Methode zur Klärung historischer Sachverhalte. Aber der Prozentsatz von nur 30 Prozent derer, die akzeptieren, was seit 1945 von allen publizistischen Massenorganen, von Zeitung, Rundfunk, Fernsehen und Film als allein gültiges Dogma gepredigt wird, ist doch auffallend und bemerkenswert.

2. September 44

Zwei Tage in Wolfsschanze. Jetzt im Zug, der durch die dämmrige ostpreußische Hügellandschaft langsam von Rastenburg nach Korschen rollt, wo er auf die Hauptstrecke nach Berlin umgesetzt wird, drängt sich die Erinnerung an den Abend des 2. September 1939 in den Sinn: Heute vor fünf Jahren fuhr ich etwa um die gleiche Zeit in der noch ungewohnten Verdunklung aus der Reichskanzlei nach Hause mit dem aufatmenden Gefühl, die polnische Krise sei überwunden.

Wir hatten am frühen Nachmittag eine Meldung der französischen Nachrichtenagentur Havas aufgenommen, nach der die französische Regierung dem Vermittlungsvorschlag Mussolinis (Waffenstillstand in Polen und anschließende Regelung aller aus dem Versailler Vertrag noch offenstehenden Fragen) zugestimmt habe. Da die Franzosen seit 1919 mit Polen ein Militärbündnis hatten, schien ihre Zustimmung die Wende zu bedeuten, und Dr. Dietrich war der Ansicht, wir würden schon am nächsten Nachmittag zu einer Konferenz reisen. Die Engländer haben es damals anders gewollt und den Mussolini-Vorschlag am 3. September vormittags mit ihrer Kriegserklärung durchkreuzt.

Noch andere Erinnerungen drängen sich auf und wollen notiert sein:

20. April 1939 – an der Technischen Hochschule, am Rande des Berliner Tiergartens, fahren hunderte von Wagen vor. Die Tribünen sind überfüllt. Auf einer Sonderestrade sind die Staatspräsidenten von Böhmen-Mähren und der Slowakei Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit. Auf der Ost-Westachse sind, soweit das Auge reicht, bis zum Lustgarten hin die Regimenter aufmarschiert. Sie erwarten die Vorbeifahrt

ihres Obersten Befehlshabers, um dann zur großen Parade anzutreten. Auf dem Höhepunkt des Erfolges begeht Adolf Hitler seinen 50. Geburtstag.

Während draußen die letzten Vorbreitungen beeendet werden und eine unübersehbare Menschenmenge den Gefeierten erwartet, steht er selbst noch in der Mitte seines großen Arbeitszimmers in der Neuen Reichskanzlei, empfängt Abordnung nach Abordnung aus allen Teilen des Reiches und der Welt. Die Adjutanten müssen den Strom unterbrechen: als eine der letzten tritt die Abordnung Danzigs, das sich deutsch fühlt und auf den Ruf des Reiches wartet, durch die hohen Türen in den weiten Raum. Hinter ihnen werden die Türen geschlossen, die Danziger sind allein beim Führer. Mit stolzer, hoffnungsvoller Miene sind sie eingetreten, als wollten sie sagen: „Wir werden die Nächsten sein“ – ernst, fast gedrückt kommen sie zurück. Ihre Erwartungen sind gedämpft worden: der Führer hat ihnen gesagt, daß an eine baldige Rückkehr Danzigs ins Reich gegenwärtig nicht gedacht werden könne, sie müßten sich noch gedulden. Es mag ihm nicht leicht geworden sein, an *diesem* Tage *das* zu sagen.

Die Kenntnis dieser zurückhaltenden Äußerung des Führers, war danach meine letzte Information zur politischen Lage, bevor ich Berlin zu einer mehrtägigen England-Reise verließ. In London zeigte sich das allgemeine Bild gegenüber meinem letzten Besuch im Mai 1937 entscheidend verändert. Damals konnte der aufmerksame Beobachter die Frontenbildung England-Deutschland im Kreise der politischen Gesellschaft bemerken. Jetzt waren Öffentlichkeit und Straße davon beherrscht. Man erörterte nicht mehr nur die Frage: „Wird es Krieg geben?“, sondern war im Omnibus, in der Untergrundbahn, im Restaurant schon mit der Frage beschäftigt: „Wann wird es losgehen? – Wann werden die deutschen Bomber kommen?“ Es waren die Tage, in denen England die allgemeine Wehrpflicht einführte, die Zeitungen voll von Prophezeiungen über die im Gange befindliche „Einkreisung“ Deutschlands, von warmen Bekenntnissen zur „Entente cordiale“ mit Frankreich und mit heftigen Angriffen gegen Adolf Hitler. An der Nelson-Säule am Trafalgar Square war auf großen Transparenten zu lesen: „England expects everyman to do his duty“ – der Angriffs-

befehl, mit dem der große britische Admiral einst seine Vernichtungsschlacht gegen Napoleons Flotte begann.

Tief beeindruckt kehrte ich nach Berlin zurück. Dort hatte sich die Lage zunächst nicht verändert. Das polnische Thema war öffentlich nur in Hitlers Reichstagsrede angesprochen, sonst aber nicht weiter erörtert worden, wohl aber hatte sich die Weltdiskussion der Angelegenheit bemächtigt. In Warschau glaubte man offenbar, schon gesiegt zu haben, denn hier wurde nun in zahlreichen heftigen Verlautbarungen nicht nur die Integrität Polens, sondern auch die Unveränderlichkeit des Danziger Status betont. Im Kreise Hitlers herrschte dagegen eine fast auffällige Schweigsamkeit über diese Frage.

Im Juni wurde eine Besichtigungsreise an den Westwall unternommen, bei der die Presse zu beträchtlicher Wort- und Bildberichterstattung angehalten wurde. Es war eine ebenso interessante wie beruflich anstrengende Fahrt, die wir von Aachen bis zur Schweizer Grenze zu absolvieren hatten – ihr politischer Zweck war eine eindeutige Mahnung: Der Westwall ist fertig, Deutschland ist hier unangreifbar!

Immer noch stand das Thema Polen nicht ernstlich im Gespräch.

Im weiteren Kreis um Hitler, mit dem ich schon damals Fühlung hatte, unterhielt man sich nicht über Danzig, wohl aber über England. Meinen Erzählungen über die Eindrücke der Kriegsbereitschaft und -entschlossenheit Englands, die ich auch in einer Artikelserie geschildert hatte, wurde die These entgegengehalten: Die Engländer bluffen! Später, in den letzten Augusttagen trat zu diesem Argument noch der Vergleich vom „Pokerspiel“ hinzu, in dem der gewinnt, der bis zum Letzten zu bluffen versteht. Eine nüchterne politische Rechnung mußte diesen Deutungen sogar recht geben: Was konnte England bei einem kriegerischen Zusammenstoß mit Deutschland gewinnen, wieviel aber mußte es verlieren?

Noch im Juli 1939 schien für mein Urteil die Gesamtlage zwar ernst und voller Spannung, aber doch ohne aktuelle Gefahr. Das Thema Polen war offenbar „auf Eis gelegt“. Als ich in Ostpreußen zu tun hatte, zögerte ich nicht, die Fahrt mit dem Wagen zu unternehmen und zweimal den Korridor zu durchqueren, was zwar wegen der schlechten Straßen und der vielen

Kontrollen nicht bequem, aber doch nicht unmöglich war. Mitte Juli fuhr ich nach Kärnten, um am Wörther See einen weltabgeschnittenen und völlig dienstfreien Urlaub zu verbringen – zum ersten und einzigen Male in meinem ganzen bisherigen Berufsleben. Auf der Durchfahrt in München schenkte ich der Mutter eine Buchung für die Mittelmeerreise eines Hapagschiffes, das seine Fahrt Mitte September in Genua beginnen sollte. Nach der Rückkehr aus Kärnten begleitete ich Dr. Dietrich nach Venedig, wo er zusammen mit Dr. Goebbels vom italienischen Volkskultusminister Alfieri glanzvoll empfangen wurde. In die rauschenden Feste und sonnigen Stunden am Strande des Lido drangen die ersten Berliner Mitteilungen über eine polnische Pressekampagne, die sich an den Besuch des britischen Generals Ironside in Warschau angeschlossen habe und auf die jetzt von der deutschen Presse energisch erwidert werden sollte. Erst von jetzt ab gab es auch für uns eine „Polen-Krise".

Der Krieg mit der Sowjet-Union war auf die Dauer der Zeit gesehen, wahrscheinlich unvermeidlich – es war schon Lenins Idee gewesen, daß zum „Sieg des Kommunismus" Deutschland nötig sei, und Stalin baute dazu seine Armeen auf – aber der Westkrieg anläßlich der Polen-Affäre: das war wirklich ein „erzwungener Krieg".

So soll meine Artikelreihe bezeichnet werden, die dieser Tage im „Völkischen Beobachter" zu erscheinen beginnt.

1944: Chaos im Westen

3. September 44

Die Stimmung in der „Wolfsschanze" war diesmal sehr ernst und bedrückend. Stündlich kamen schlechte Nachrichten aus Rumänien, aus dem Westen, politisch aus Finnland. Besonders unerfreulich sind die Berichte über verwirrende Szenen, die sich auf den französischen Straßen Richtung Reichsgrenze abgespielt haben: Fahrzeugkolonnen mit Privatgepäck und Konkubinen – die „Pariser Etappe" auf der Flucht! Die „Etappe", das ist leider eine Menschenschicht, die sich bei uns immer irgendwo ansammelt. Sie liebt die Geschäftigkeit, scheut die Verantwortung, füllt die eigenen Taschen und verliert sofort jegliche Haltung, wenn es kritisch wird.

Nur *eine* günstige Meldung kam gestern kurz vor meiner Abreise. In Warschau geht der polnische Aufstand zu Ende; in der Altstadt ist die weiße Fahne gehißt worden.

Im Laufe des Abends setzte sich S., ein wichtiger Mitarbeiter Speers, noch zu mir ins Abteil. S. kam gerade vom Führer und erzählte mir mehrere Einzelheiten aus einem langen Gespräch, das er dort gehabt hat. Es wurde mir dabei ein militärisches Geheimnis bekannt, wie ich es sonst wohl nicht so rasch zu erfahren bekäme: der Führer beschäftigt sich mit einem Plan, im Westen wieder offensiv zu werden! Mitten im Inferno schlimmster Nachrichten beginnt er die Einzelheiten dieses Projektes zu fixieren. Den Ausgangspunkt soll das Plateau von Langres bilden, der Angriff selbst erst nach Eintritt des Winters stattfinden, in dem zu kämpfen der Gegner nicht so gelernt hat wie der deutsche Soldat, und in dem auch der feindliche Lufteinsatz behindert sein wird. Im Südosten glaubt der Führer, daß die Russen sich vor allem in Bulgarien stark machen werden, um die Dardanellen und das Mittelmeer zu forcieren. Hier werde sich eine große Belastungsprobe vor allem für die britische Politik ergeben.

Im Lichte dieser Informationen wird mir klar, warum die Militärs im Hauptquartier so sehr besorgt sind, die Amerikaner und Engländer könnten sich das in Frankreich entstandene Chaos zu einem kühnen Sofortvorstoß ins Reichsgebiet zunutze machen. Es ist wieder eine ähnliche Situation eingetreten wie im November 1942. Damals hätte eine alliierte Landung im besetzten Frankreich zu einer Katastrophe geführt – jetzt deuten die Militärs sogar an, daß einem anglo-amerikanischen Vordringen nach Berlin fast nichts im Wege stünde, wenigstens solange, bis die aus dem Westen zurückströmenden Verbände wieder geordnet sind. Die meisten im Reichsgebiet liegenden Reserven sind in den letzten Wochen in den Osten geworfen worden. Bis die Ordnung wieder hergestellt ist, werden wir etwa zehn bis vierzehn Tage nötig haben (und natürlich erst dann kann an die Vorbereitung einer Gegenoperation gedacht werden, wie S. sie erwähnt hat).

Dr. Dietrich besprach mit mir – ebenfalls unter dem Eindruck dessen, was die Militärs sagen – die Frage ob und wie wir uns in dieser Lage wieder einmal in „psychologischer Kriegführung“

versuchen sollten. Jedenfalls geht es darum, den vorsichtigeren Leuten bei den Engländern und Amerikanern Argumente mitzuteilen, also einer abenteuerlichen Strategie der Gegenseite entgegenzuwirken. Wir sind schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich am heutigen Sonntag in starken Worten einen darauf abgestellten Artikel schreibe; er soll darauf aufmerksam machen, daß die Kriegführung für den Gegner ein völlig neues Gesicht erhält, wenn er etwa deutschen Boden erreicht, dort nicht mehr als angeblicher „Befreier" begrüßt wird, sondern mit ernstem Volkswiderstand zu rechnen hat. Natürlich hat das Argument auch politische Bedeutung und wird noch häufig wiederholt werden: Sollte es nicht doch gelingen, jenseits der Fronten einige Nachdenkliche auf die Frage aufmerksam zu machen, ob die absolute Niederkämpfung des Reiches die Opfer wert ist, die sie kosten wird?

Wir sind schließlich so verblieben, daß mein Entwurf heute noch mit Fernschreiber zur Wolfsschanze durchgegeben, dem Generaloberst Jodl zur Prüfung vorgelegt und erst nach Genehmigung, dann allerdings sofort veröffentlicht und vor allem über unsere Auslandsdienste in die Welt verbreitet wird.

1964: Angriffskrieg – Verteidigungskrieg?

2. September 64

In einer erst heute veröffentlichten empörten Leserzuschrift an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wird von der „Gedenkstunde" berichtet, die eine Bundeswehr-Kompanie am 20. Juli abgehalten hat:

„Der stellvertretende Kompaniechef, ein Leutnant, sagte dabei etwa folgendes: ‚Ich habe den Auftrag, Ihnen ein Fernschreiben des Bundesverteidigungsministers vorzulesen und zum 20. Jahrestag des 20. Juli 1944 zu Ihnen zu sprechen. Die Meinungen darüber (über den 20. Juli) sind verschieden, aber für uns (das heißt als Soldaten) ganz klar in den Vorschriften festgelegt. Ich werde mich also, wenn ich jetzt zu Ihnen spreche, an die entsprechenden Vorschriften halten. Meine persönliche Meinung lasse ich dabei aus dem Spiel. Sie mag in einzelnen Punkten mit der Vorschrift übereinstimmen oder auch nicht, das ist ja egal. ...' Es folgten das Fernschreiben und etliche Abschnitte aus dem Sonderheft der ‚Schriftenreihe Innere Führung' zum 20. Juli, die abgelesen wurden. Formeln und Phrasen, die an diesem Tag gut angebracht schienen, bildeten die Über-

leitungen. Mit dem Abschluß der Gedenkstunde war auch das Problem des 20. Juli erledigt. Wir wußten jetzt, was wir davon zu halten hatten. Ich will nicht hoffen, daß das Verhalten des noch sehr jungen Offiziers typisch ist. Daß aber außer mir, wie ich festgestellt habe, keiner der Mannschaftsdienstgrade den Fehltritt des Leutnants bemerkt hat, das scheint mir typisch für die Soldaten der Bundeswehr zu sein."

Kommentar überflüssig. Kein Verstandbegabter kann begreifen, weshalb die jungen Offiziere in solche Situationen verstrickt und die Bundeswehr-Soldaten mit derartigen „Feierstunden" belästigt werden.

*

In einem anderen Blatt lese ich ein recht bemerkenswertes Zitat aus der Feder von Thomas Mann, der die Sätze im Jahre 1915 mit Sinnbezug auf den Ersten Weltkrieg niederschrieb – aber auch für den Zweiten und insbesondere für Hitlers Rußlandkrieg haben sie unbeabsichtigte Bedeutung:

„Die Streitfrage der Historiker, ob der Siebenjährige Krieg wirklich ein Verteidigungskrieg gewesen – oder nicht vielmehr ein Angriffskrieg, will nicht verstummen, sie ist heute lauter als je; und doch liegen die Dinge zu verschränkt, als daß eine schlicht entscheidende Antwort am Platze wäre. In seinen allerletzten Gründen war dieser ungeheuerliche Kampf ein Angriffskrieg: Denn die junge, die aufsteigende Macht, ist psychologisch genommen immer im Angriff, und die anderen, die bestehenden Mächte sind es, die sich gegen sie zu verteidigen haben. Etwas weiter gegen die Oberfläche war er ein Verteidigungskrieg: Denn Preußen war ja ‚eingekreist' und sollte bald tunlichst vernichtet werden. Er war dann wieder ein Angriffskrieg, indem Friedrich ihn, zuvorkommend, vom Zaune brach. Er war abermals ein Verteidigungskrieg: Denn einer gegen fünf, das läuft jedenfalls auf Verteidigung hinaus, auch wenn der eine die Kriegserklärung versandt – oder es vielmehr noch unterlassen hat, sie zu versenden. Und es war fünftens wieder ein Angriffskrieg, indem die schwerste und verzweifeltste Verteidigung sich notwendig in die Form des Angriffs rettet."

1944/1964: Stalin, Chrustschow und die Amerikaner

4. September 44

Der polnische Exilministerpräsident Mikolajczyk ist kürzlich von London nach Moskau gereist, um über die Wiederaufnahme

der Beziehungen zur Sowjetregierung* zu verhandeln und um Hilfe für den Warschauer Aufstand zu bitten. Er ist jetzt nach London zurückgekehrt und hat dort vor der Presse eine längere Erklärung abgegeben. Er, Mikolajczyk, sei nach Moskau gereist „mit Genehmigung" Stalins und „ermutigt" durch Präsident Roosevelt und den Premierminister Churchill. In der Sowjetunion habe er eine politisch veränderte Lage insoferne vorgefunden, als die Sowjetregierung *nach* seiner Abreise aus London, aber *vor* seiner Ankunft in Moskau das Lubliner Polenkomitee offiziell anerkannt habe – nun habe er nach London zurückkehren müssen, um völlig neue Vorschläge auszuarbeiten.

Bei uns ist man der Ansicht, daß das Ganze wohl auf eine Kapitulation der Londoner Exilpolen vor den sowjetischen Forderungen hinauslaufen wird, weil auch anglo-amerikanischer Druck in dieser Richtung ausgeübt werde. Es ist allerdings zu beachten, daß Mikolajczyk eine recht scharfe Sprache geführt und an die „ideologischen Prinzipien dieses Krieges" erinnert hat, die in der Atlantik-Charta und in Roosevelts Wort von den „vier Freiheiten" festgelegt sei. Diese Ideale, so erklärt Mikolajczyk unverhohlen, seien „zugunsten des Machtfaktors etwas entwertet worden" und es sei zu befürchten, daß die reine Macht das Recht und die Gerechtigkeit überschatte, insbesondere in Angelegenheiten, in denen angesichts des Fehlens von Vereinbarungen und Übereinstimmung der großen Mächte die „Gerechtigkeit" von *einer* Großmacht gegenüber ihren schwachen Nachbarn durchgesetzt werde. Unter diesen Umständen könne ein Staat wie Polen seine Politik nicht nur hinter den verschlossenen Türen diplomatischer Konferenzen verfechten, sondern müsse sie in gewissem Umfang vor der öffentlichen Meinung der Großmächte „im Licht des Tages" vertreten.

---

* Nachdem im April 1943 die Gräber ermordeter polnischer Offiziere in Katyn bei Smolensk entdeckt und am 13. April 43 von deutscher Seite Angaben darüber veröffentlicht worden waren, hatte die polnische Exilregierung in London am 17. April 43 beim Internationalen Roten Kreuz in Genf eine Untersuchung der Fundstätte beantragt. Dieser Schritt genügte der Sowjetregierung, um am 26. April 43 dem bis dahin in Moskau akkreditierten polnischen Botschafter die Pässe zuzustellen und die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Emigrantenregierung abzubrechen (Zur Untersuchung der Katyn-Funde siehe auch Seite 276 f.).

Auch das Thema der von Moskau geforderten Grenzregelung erörterte Mikolajczyk ohne Umschweife: Es handele sich dabei fast um die Hälfte des polnischen Staatsgebietes und um etwa elf Millionen Einwohner. Als ersten Punkt seines Programms bezeichnete Mikolajczyk: „Die Erhaltung der *vollen* Unabhängigkeit und Souveränität Polens."

Da Stalin den Polen mit Gewißheit genau *das* nicht einräumen wird, zeichnet sich ein Konflikt ab, der nicht einmal dem Präsidenten Roosevelt ganz gleichgültig sein kann.

4. September 64

Wenn der Bericht der japanischen Wochenzeitung „Sokai Sjucho" stimmt, hat der rotchinesische Parteichef Mao Tsetung, der sich derzeit mit Chrustschow herumstreitet, einer japanischen Delegation am 10. Juli folgendes erklärt:

„Der Raum, den die Sowjetunion besetzt hat, ist zu groß. Nach dem Jalta-Abkommen unterwarf die Sowjetunion unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit der Mongolei zu gewährleisten, faktisch dieses Land seiner Herrschaft. Die Mongolei umfaßt eine erheblich größere Fläche als die Kurilen-Inseln. Im Jahre 1954, als Chrustschow und Bulganin nach China kamen, schnitten wir diese Frage an. Aber sie lehnten es ab, mit uns darüber zu sprechen. Sie eigneten sich einen Teil Rumäniens an. Nachdem sie einen Teil Ostdeutschlands abgetrennt hatten, vertrieben sie die dortigen Einwohner in den Westen. Sie trennten einen Teil Polens ab und verleibten ihn Rußland ein. Als Kompensation übergaben sie Polen einen Teil Ostdeutschlands. Das gleiche geschah auch in Finnland. Sie trennten alles ab, was man abtrennen konnte."

Das ist eine durchaus zutreffende Schilderung der Stalinschen Politik von 1944/45, zu der die Amerikaner damals ihren Segen gaben, statt – wie man in Berlin hoffte – darüber mit den Russen in Streit zu geraten, und die Chrustschow trotz aller „Entstalinisierung" fortsetzt, ohne diesbezüglich von den Vereinigten Staaten kritisiert oder gar ernstlich behindert zu werden.

1944: Finnland – keine Kapitulation

5. September 44

Finnland hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen; der finnische Ministerpräsident Hackzell hat in einer Rede diesen Schritt damit begründet, daß die Sowjets eine solche Vorbe-

dingung für Waffenstillstandsverhandlungen gestellt haben, daß jedoch „der große östliche Nachbar nicht mehr eine bedingungslose Kapitulation gefordert hat". Die deutschen Truppen werden aufgefordert werden, „innerhalb von 14 Tagen das Land zu verlassen". Auch in diesem Punkte geben sich die Sowjets den Anschein der Mäßigung, obwohl es natürlich für uns nicht möglich sein wird, Nordfinnland innerhalb dieser kurzen Frist in Richtung Norwegen geordnet zu verlassen. Immerhin wird das versucht werden; die Finnen sollen nicht das Gefühl haben, daß wir ihnen die Chance, ohne Kapitulation aus dem Krieg auszuscheiden, unsererseits gefährdet wird. In der Tagesparole haben wir bereits vorgestern darauf hingewiesen, daß es sich in Finnland

„um eine Entwicklung handelt, sie seit vielen Monaten erkennbar war. Von seiten der deutschen Führung sind im Hinblick auf die in Nordfinnland stehenden deutschen Truppen Maßnahmen vorbereitet, mit denen der neugeschaffenen Lage Rechnung getragen wird."

Entsprechend freundschaftlich wird die Situation in den Blättern behandelt. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben beispielsweise unter der Überschrift „Finnland beugt sich dem Druck" sehr treffend:

„Wir bedauern, daß nach soviel Tapferkeit und Aufopferung das finnische Volk diesen Weg geht. Die Sympathien, die ihm das deutsche Volk stets entgegengebracht hat, werden nie erlöschen, sie sind tiefer begründet als politische Machtfaktoren."

Es ist auch zu berücksichtigen, daß mit Finnland ein Vertragsverhältnis nicht bestanden hat; die finnische Regierung legte sogar Wert darauf, daß ihr Land in der deutschen Presse nicht unter dem Sammelbegriff unserer „Bundesgenossen" genannt wurde. Auch in den Zeiten gemeinsamer Erfolge wurde in beiderseitigem Einvernehmen nur von „Waffenbrüderschaft" gesprochen.

1964: Die Deutschen „im tiefsten Keller"

5. September 64

In der „Times" vom 3. 9., die heute hier eintrifft, fällt auf, daß das Blatt mit keiner einzigen redaktionellen Bemerkung der britischen Kriegserklärung vor 25 Jahren gedenkt! Nur auf der

Literaturseite eine sechszeilige Notiz, daß Churchills „Der Zweite Weltkrieg“ jetzt in Taschenbuch-Ausgabe vorliegt.

Der „Gast aus London“* ist wieder einmal zu seinem gewohnten jährlichen Besuch gekommen. Auch diesmal hat er einige ironische Bemerkungen auf der Zunge: „Ja, Ihr Deutschen seid unverbesserliche extreme Nationalisten, nur derzeit umgekehrt als üblich. Jetzt legt Ihr Wert auf die Behauptung, es gäbe nirgends auf der Welt ein Volk ähnlicher Verworfenheit. Ihr wollt eben immer und überall eine Sonderstellung beanspruchen – entweder auf dem höchsten Gipfel thronen oder im tiefsten Keller sitzen.“

Was soll man dazu sagen? Ein Korn Wahrheit steckt in dieser heiteren Bemerkung.

1944: Wird der Westen hellhörig?

6. September 44

Mein Artikel „Bereitsein ist alles – Im Bereich der deutschen Grenzen: der Volkskrieg“ ist am Montag Nachmittag vom Hauptquartier aus telefonisch freigegeben und dann ausführlich über unsere Auslands-Nachrichtendienste verbreitet worden. Am Dienstag früh erschien der Text bereits – gleichzeitig mit dem in diesem Fall nicht so wichtigen Abdruck im hiesigen „Völkischen Beobachter“ – in den Londoner Morgenzeitungen.

Heute früh hat die „Times“ die These nochmals aufgegriffen und ihr den heutigen Leitartikel unter der Überschrift „Die Pforten des Reiches“ gewidmet. Darin erörtert das Blatt ebenso ausführlich wie besorgt, was die angreifenden Alliierten „jenseits der Siegfried-Linie“ erwarte. Darüber müsse man sich Gedanken machen; allerdings sei auch das „trojanische Pferd“ der mehreren Millionen in Deutschland tätigen Fremdarbeiter zu bedenken, die für die Organisierung eines deutschen Volkswiderstandes „eine ernste Schwierigkeit“ bedeuteten.

Soweit die Zitate, die aus dem langen Aufsatz bisher durchgegeben wurden. Immerhin scheint unsere Veröffentlichung die gewünschte Wirkung auszuüben: daß man im Westen vorsichtig wird, Risiken in Betracht zieht und wir Zeit für die Reorganisation der Westverteidigung finden. Man soll die Bedeutung

---

* Vgl. Vorwort zu meinem Buch „Alter Feind – was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern“, Leoni 1955.

solcher Pressediskussionen nicht überschätzen, aber ganz belanglos sind sie nicht – was die „Times“ vordenkt, das denken drüben viele nach!

Im Gebälk der britisch-amerikanisch-sowjetischen Allianz beginnt es hörbar zu knistern. Während die Russen sich in Finnland mit Biedermannsmiene tarnen – der künftigen Kontrolle dieses Landes vor den Toren Leningrads fühlen sie sich sicher –, gehen sie in Bulgarien ganz brutal vor. Vor vier Tagen wurde dort der Ministerpräsident Bagrianoff wieder gestürzt und durch einen noch russenfreundlicheren Nachfolger ersetzt. Das alles hat nichts geholfen; gestern abend hat Molotow den in Moskau akkreditierten bulgarischen Gesandten in den Kreml berufen und ihm eine Kriegserklärung überreicht. Seit heute früh besetzen die Russen – natürlich ohne Widerstand zu finden – das Land, dessen östliche Grenzlinie nur 150 Kilometer von den Dardanellen entfernt verläuft! Offensichtlich haben die Bulgaren immer noch versucht, die anglo-amerikanische Karte ins Spiel zu bringen und da hat Moskau gleich energisch dazwischen gefunkt – ganz ungerührt von den in der alliierten Publizistik beliebten Formeln über den „Angriffskrieg“. Schon am 17. September 1939 hat sich Stalin nicht geniert, dem militärisch bereits besiegten Polen eine ähnlich risikofreie Kriegserklärung zu überreichen. Damals hat man in London dazu geschwiegen, obwohl man vor aller Welt Polen „garantiert“ hatte. Heute wird man zu Bulgarien noch schweigsamer sein. Wahrlich eine großartige „Allianz“.

Unsererseits wird großer Wert darauf gelegt, daß wir die politischen Differenzen, die sich im gegnerischen Lager abzeichnen, nicht etwa durch propagandistische Auswertung niederkämpfen. Auch die von Dr. Dietrich heute durchgegebene, in einigen Formulierungen auf Führeräußerungen gestützte Tagesparole bringt das zum Ausdruck:

„Die zynische Kriegserklärung Moskaus als Antwort auf die Anbiederungsversuche der bulgarischen Regierung bietet einen besonders wirkungsvollen Stoff für die Unterstreichung aller unserer Feststellungen und Voraussagen über die bolschewistische Politik. Der Fall Bulgarien ist ein ganz eindeutiges und schlagendes Beispiel für die brutalen Unterwerfungspläne, die der Bolschewismus verfolgt. Wer je geglaubt hat, durch feige Unterwerfung unter Moskau der Vernichtungspolitik des Kreml zu entgehen, konnte drastischer

nicht belehrt werden als durch diesen brutalen Angriffsakt. Die Welt wird sich dabei daran erinnern, daß Molotow schon im Herbst 1940 in Berlin die Forderung nach einer Besetzung Bulgariens erhob, durch die er nach den Dardanellen zu greifen beabsichtigte. Bei solchen Hinweisen ist jedoch in keiner Form von Gegensätzen zwischen Moskau, London und Washington zu sprechen, auch wenn sich solche in Pressestimmen bemerkbar machen sollten.“

8. September 44

Die bulgarischen Ereignisse haben jenseits des Kanals bedenkliche Stimmen hochkommen lassen. Das Auswärtige Amt beugt vor und veranlaßt nochmals eine Weisung:

„Es wird mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bereits vorsichtig kritischen Stimmen einiger englischer Blätter über die neueste Entwicklung auf dem Balkan keinesfalls aufzugreifen oder zu verzeichnen sind, wie überhaupt jede Andeutung sowjetisch-britische Meinungsverschiedenheiten im gegenwärtigen Stadium strikt zu unterlassen ist.“

Die fliegende Bombe

9. September 44

Im heutigen Auslands-Nachrichtenmaterial ein ungewöhnlich interessanter Lesestoff: der Bericht, den Mr. Duncan Sandys, Schwiegersohn Churchills und Vorsitzender eines Ausschusses „zur Bekämpfung der fliegenden Bombe“ in einer Pressekonferenz erstattet hat. Vor einigen Tagen mußten wir unsere Zeitungen informieren, daß das V 1-Feuer auf London „infolge der Ereignisse in Nordfrankreich unregelmäßig geworden“ ist, d. h. daß der Gegner die bisherigen Abschuß-Rampen überrollt hat. Jetzt geben die Engländer – was für ihre Propagandapolitik typisch ist – erstmals zu, wie sehr sie von der „fliegenden Bombe“ betroffen worden sind. Sogar die Existenz des amtlichen „Ausschusses“ war bisher geheim.

Jetzt breitet Mr. Sandys in aller Genauigkeit Einzelheiten aus, die auch uns in der Wilhelmstraße angesichts der (berechtigten) Schweigsamkeit der Militärs mancherlei Neues bringen.

Seit April 1943 waren die Engländer davon unterrichtet, daß die Deutschen eine „weitreichende Bombenwaffe neuen Typs“ entwickelten und daß die Forschungsarbeiten dazu in Peenemünde im Gange seien. Als Charakter der Waffe habe man ein

unbemanntes düsengetriebenes Kleinflugzeug ermittelt. Außerdem wurden im Herbst 1943 an der nordfranzösischen Küste etwa hundert vorbereitete Abschußstellen für die neue Waffe erkannt.

Sowohl die Anlagen in Peenemünde wie diese Abschußstellen seien bereits vor Jahresfrist durch schwere alliierte Luftangriffe nachhaltig bekämpft worden; dadurch habe sich der Beginn der deutschen Vergeltungsoffensive verzögert. Ohne diese Störung hätte sie schon im Januar oder Februar einsetzen und unter den Verhältnissen des Winterwetters besonders wirksam sein können.

Als dann die ersten „fliegenden Bomben" wenige Tage nach Beginn der Invasion das Gebiet von London erreichten, hat man dort eilige Sofortmaßnahmen ergriffen und zunächst eine Ballonsperre organisiert. Es stellte sich dabei heraus, daß die eingesetzten 500 Fesselballone zu ernstlicher Abwehrwirkung noch nicht ausreichten; jetzt umfaßte die Londoner Sperre nahezu 3000 Ballons. Angesichts der anhaltenden Bedrohung habe man sich Mitte Juli zu dem „kühnen Schritt" entschlossen, die ganze an den Küsten stationierte Flak-Artillerie abzutransportieren und im Londoner Raum sowie in der Anflugstrecke der V 1 (Sandys gebrauchte in seinem Bericht häufig den von Dr. Goebbels geprägten Ausdruck) zu kennzeichnen. Außerdem seien britische Jagdflieger in 24-Stunden-Patrouillen eingesetzt worden, um die fliegenden Geschosse abzufangen.

Hauptziel des Bombardements sei London gewesen, in fünf Tagen des Juli allerdings auch Portsmouth und Southampton. Als Zahlen gibt Sandys: In den achtzig Tagen der Offensive seien von deutscher Seite etwa achttausend solcher fliegenden Bomben abgeschossen worden, davon hätten 2300 trotz aller Abwehrmaßnahmen das Londoner Stadtgebiet erreicht.

Angesichts dieser Zahlen läßt sich das Aufatmen begreifen, das London jetzt erfaßt hat, nachdem es aus Gründen der Reichweite von der V 1 nicht mehr beschossen werden kann.

Allerdings hatte Mr. Sandys, wie berichtet wird, neben einem großen Modell der V 1 vor sich ein kleineres Modell der weiteren kürzlich auf der Gauleitertagung angekündigten neuen deutschen Waffe auf dem Tisch stehen. Danach gefragt antwortete er: „Ich will vorsichtig sein und über die V 2 nichts sagen. Aber wir wissen bereits einiges darüber."

Jedenfalls mehr als wir hier in Berlin!

Immerhin höre ich, daß dieses geheimnisvolle Geschoß, das durch die Stratosphäre fliegt und voraussichtlich nicht bekämpft werden kann, dieser Tage erstmals in den Raum von London abgeschossen wird. Von unserer Seite soll darüber Stillschweigen bewahrt werden, bis die Engländer über Einschläge berichten*.

1964: Die „Macht am Rhein"?

9. September 64

Dieser Tage haben die Zeitungen daran erinnert, daß vor 15 Jahren – am 7. September 1949 – erstmals Bundesrat und Bundestag zusammentraten, also die westdeutsche Bundesrepublik sich konstituiert hat. Ein alter Bekannter schickt mir den Ausschnitt seines dortigen Lokalblattes; dessen Leitartikel zu dem Ereignis trägt die Überschrift „Die Macht am Rhein".

Die lange Spalte zu lesen, lohnt sich kaum: der Artikel handelt nur von den vielerlei „Nebenregierungen", die sich in Bonn gebildet haben und auf Behörden und Parlament Einfluß zu nehmen suchen. Die „Macht" sieht der Verfasser als gegeben an.

Hier aber liegt das eigentliche Problem: In den anderthalb Jahrzehnten seit dem Ende der „Militärregierungen" hat die Bundesrepublik eine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung erlebt: die fünfzig Millionen Deutschen innerhalb ihrer engen Grenzen sind fleißig und erfolgreich gewesen – aber eine „Macht am Rhein"?

Nicht einmal den siebzehn Millionen Deutschen in der Sowjetzone bedeutet die Bundesrepublik sicheren Rückhalt gegen Übergriffe oder gar Hoffnung auf Befreiung, von den vielen anderen Völkern im russischen Machtbereich, die bis in den Sommer 1944 im Bewußtsein deutschen Schutzes lebten, ganz zu schweigen. Gewiß – der Anfang 1949 war unter der übermächtigen Kontrolle der Siegerstaaten sehr schwierig; aber könnte und sollte jetzt nach 15 Jahren nicht ein beträchtliches Mehr an deutscher Macht wieder erreicht sein, zu *aller* Nutzen und Beruhigung?

---

* Vgl. Seite 182.

12. September 44

Es ist nicht zu leugnen, daß in der Wilhelmstraße einige Tage fast Panik herrschte. Die Westkatastrophe, Rumänien – Finnland – Bulgarien, da ist es viel verlangt, ruhig Blut zu bewahren. Durch verschiedene Kanäle ist durchgesickert, was ich vor einigen Tagen im Hauptquartier als zynische Deutung hörte (und für mich behielt): daß die amerikanischen Panzer, wenn sie sich ernstlich in Bewegung setzten, ins Ruhrgebiet, ja nach Berlin durchrollen könnten. ...

Panik – das heißt: daß auch vernünftige Menschen das Denken unterbrechen, die Selbstkontrolle verlieren und sich in ihren Äußerungen den Zufällen des Trieblebens hingeben. Merkwürdigerweise sind gerade die Intellektuellen solchen Anfällen besonders ausgeliefert. In der breiten Volksmasse geht es nicht so dramatisch zu, sie urteilt nur nach greifbaren Tatsachen; die Panik dieser Tage war ein Reservat derer, die sich geheimnisvoll „informiert" fühlen, aber eben doch nur die Hälfte wissen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse gefestigt und allenthalben beginnen die Denkapparate wieder zu funktionieren.

Die Art, wie die Russen den Fall Bulgarien behandeln, scheint die Engländer nun doch aus ihrer Bierbankruhe aufzuscheuchen. Sie werden eines Tages noch merken, wie richtig wir geurteilt und wie falsch sie gehandelt haben. Hoffentlich merken sie das aber noch rechtzeitig, d. h. so, daß noch etwas für Europa zu retten ist. Denn dort, wo der Russe heute sitzt, kann und darf er ja nicht bleiben. Die Voraussetzung für eine solche Änderung aber ist, daß im Westen einmal Ruhe eintritt.

Ein durchaus „bürgerlicher" Journalist hat kürzlich in der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Zeitschrift „Berlin – Rom – Tokio" über das Friedensproblem sehr treffend geschrieben:

„Wenn der künftige Friede nicht imstande ist, den Ausgleich der Interessen aller am Krieg teilnehmenden Mächte zu schaffen, der Sieger wie der Besiegten, wird er nicht von Dauer sein. Der Zweite Weltkrieg ist dann so umsonst geführt worden wie der Erste. Der Keim zu einem Dritten Weltkrieg wird gelegt sein und sich entfalten, sobald die Kriegsmüdigkeit überwunden und eine neue, vom Kriege unberührte Generation die Generation der Träger des letzten Kampfes abgelöst hat. ... Die Sowjetunion würde die größte Landmacht, die Vereinigten Staaten die größte Seemacht der Welt bilden, Groß-

britannien mit Einschluß des Empire wäre weder zu Lande noch zur See der einen oder der anderen dieser Mächte und schon gar nicht beiden gewachsen. ..."

Zunächst befindet sich Churchill in Kanada zu einer geheimen Konferenz mit Roosevelt, über deren Verlauf noch nichts bekannt ist. Angesichts des heute schon bestehenden Machtübergewichtes der Amerikaner über die Engländer wird es bei dieser Konferenz kaum Differenzen geben, obwohl erst kürzlich eine amerikanisch-britische Kontroverse über das Thema „Indien" in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ein amerikanischer Diplomat Philipps hat sich in London so ungeniert über die „Pflicht" der Engländer geäußert, sich aus Indien zurückzuziehen, daß er von der britischen Regierung zur Heimkehr in die Vereinigten Staaten aufgefordert wurde.

Der Vorfall kam auch im Washingtoner Repräsentantenhaus zur Sprache. Ein Abgeordneter erklärte herausfordernd: Indien sei ein wichtiger Stützpunkt für die amerikanischen Operationen gegen Japan. Da Großbritannien im Ostasien-Krieg „nur eine untergeordnete Rolle" spiele, sei es wichtig für die Vereinigten Staaten, sich die Unterstützung der Inder zu sichern – mit anderen Worten: gegen die britische Herrschaft aufzutreten.

Das sind interessante und deutliche Bemerkungen: auch bei den westlichen „Alliierten" scheint einiges zu gären.

1964: Die Engländer und Indien

12. September 64

Nochmals ein englischer Gast – Adelsfamilie, weltgereist, mit selbstkritischem Blick: „Die Engländer leben im ‚Heute', das ‚Gestern' interessiert sie nicht im geringsten. Wir haben Nehru anderthalb Jahrzehnte ins Gefängnis gesteckt; dann haben wir ihn fast vom nächsten Tag an als Staatsmann anerkannt."

Stimmt: das war einer der Begleitumstände des britischen Rückzugs aus Indien, der 1947 nicht ohne amerikanische Nachhilfe stattfand und der zu dem Preis gehörte, den die Engländer für den Zweiten Weltkrieg zu zahlen hatten.

1944: William C. Bullitt und der europäische Südosten

14. September 44

Einer der wichtigsten Kulissen-Diplomaten, deren Roosevelt sich 1937–1938 für seine europäische Kriegspolitik bediente,

William C. Bullitt, hat in „Life" einen erstaunlich kritischen Artikel geschrieben: Im europäischen Südosten werde das einstige Experiment Bela Kuns wiederholt; alle diese Länder würden später unter dem Terror der kommunistischen Partei stehen, und ein Dritter Weltkrieg geradezu unvermeidlich sein. Bullitt hat sich aus irgend welchen Gründen mit Roosevelt überworfen; nur so ist seine Rolle des „Zauberlehrlings" zu verstehen, der die gerufenen Geister nicht mehr los wird.

Wir ringen dem Auswärtigen Amt die teilweise Freigabe dieses kritischen Artikels ab; allerdings werden die Schriftleitungen angehalten, die Äußerungen Bullitts „nur unter scharfem Hinweis zu verwerten, daß sie in direktem Gegensatz zu der Politik Roosevelts stehen, der sich völlig in den Dienst Moskaus gestellt hat".

Luftlandung bei Arnhem

18. September 44

Nachdem wir im Westen zunächst die dringend benötigte Zeit zum Wiederaufbau unserer Verteidigung gehabt haben, sind die Anglo-Amerikaner nun doch noch zu einem kühnen Sprung in Richtung Ruhrgebiet angetreten: Gestern nachmittag zwischen 14 und 16 Uhr umfangreiche Luftlandungen im Raum Arnhem-Hertogenbosch. Der britische Feldmarschall Montgomery hat dazu eine Rundfunkansprache gehalten, die danach klingt, als solle nun der „letzte Schlag" geführt werden. Die „Absicht der Deutschen, ihr Land bis zum Letzten zu verteidigen", erwähnte er ausdrücklich und sagte dazu: „Das ist sehr begreiflich und wir würden in einer ähnlichen Situation das gleiche tun." Aber diese Haltung sei für Deutschland schon „zu spät", „nur mit Befehlen" sei es nicht getan. Keine menschenmögliche Anstrengung könne die „völlige Vernichtung" der deutschen Streitkräfte aufhalten: „Ihr Schicksal ist bestimmt und ihre Niederlage wird absolut sein. Unser Siegesruf lautet jetzt ‚Vorwärts hinein nach Deutschland. Glückauf Euch allen – und gute Jagd in Deutschland'."

Als ob der Krieg ein Sportereignis wäre!

Die britischen Nachrichtendienste haben in den Jubelton Montgomerys eingestimmt und versichern, die Luftlande-Operation entwickle sich „wie ein Uhrwerk".

Ganz so reibungslos scheint das Abenteuer aber doch nicht zu verlaufen; wie aus Wolfsschanze zu erfahren ist, gelang es unseren völlig überraschten Verbänden gestern dennoch, die Stadt Arnhem zu halten. Eine Panzerdivision war dort gerade beim Verladen und zum Teil bereits mit Bahntransport abgerollt. Sie wurde sofort wieder umgedreht. Weitere Gegenmaßnahmen sind zügig im Gange, neue Kräfte werden herangeführt und man hofft heute noch, die feindlichen Luftlande-Einheiten einkesseln zu können. Allerdings hat inzwischen nochmals eine Landung stattgefunden.

1964: Literarische Vergangenheits„bewältigung"

18. September 64

Ein Tag auf der Frankfurter Buchmesse, die immer größer und unübersichtlicher wird. „Links" triumphiert – die größten Stände, das eifrigste Gehabe zeigen die „Lizenz"-Verlage (die mit Genehmigung der Besatzungsbehörden in den ersten Jahren nach 45 als einzige produzieren und sich auf dem Buchmarkt breitmachen durften). Die Polemik gegen Hitler und das Dritte Reich ist ihr unerschöpfliches Thema; nur die „Welt des Sex" gilt als Literaturgattung, in der auch ohne Antifaschismus fabuliert werden darf. Besonders Routinierte bringen es fertig, beides zu verbinden: erotischen Kitzel plus politische „Umerziehung".

Etwas verloren zwischen denen, die solcher Art den Ton angeben und der üblichen Masse der „Mitläufer" das kleine Häuflein der Verlage, die bescheiden gegen den Stachel löcken. Man begegnet sich und drückt sich verstohlen gegenseitig die Hand, wie die Wartburg-Studenten in der Metternich-Zeit. Schmunzelnd wird der Aufsatz eines jungen Mannes herumgereicht, der sich in die sonst ganz linientreue Zeitschrift eines staatsbürgerlichen Erziehungsverlages verirrt hat. Unter der Überschrift „Die unbewältigte Bewältigung" sind da erfrischende Deutlichkeiten zu lesen*:

„Die ‚Bewältigung der jüngsten Vergangenheit', wie sie anderthalb Jahrzehnte lang in Deutschland zelebriert wurde – vom Staatsoberhaupt bis zum Dorfschullehrer – und wie sie von einer in Rückzugsgefechten befindlichen Minderheit auch weiterhin noch gefordert wird, hatte den erklärten Zweck, die Gewissen zu schärfen, auf daß nie mehr

* Zitat nach „Politische Studien", München, Heft 155.

geduldet werde, daß in unserem Namen Unrecht begangen oder unterstützt werde. Künftig – so kann man die Quintessenz der ‚Bewältigung' wohl wiedergeben – sollte es sich das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Jugend zur Maxime machen, daß auch in der Politik Leid ertragen seliger ist als Leid zufügen, und daß es nicht statthaft ist (und nach einer der Weltgeschichte offenbar innewohnenden Wertrationalität auch schlimm enden muß), wenn Vorteile, Größe und Macht des eigenen Landes oder des eigenen Bündnissystems auf dem Nachteil und auf der Demütigung anderer Länder oder Bündnissysteme aufgebaut werden sollten. Solche Ziele sollten wir künftig als gesittete und gewissenhafte Menschen nicht nur nicht mehr anstreben können, sondern auch nie mehr anstreben wollen.

Die Unmöglichkeit dieser Universalisierung der Binnenmoral ist durch das praktische Verhalten in politischen Krisensituationen immer offenkundiger geworden. Die ‚Bewältigung der jüngsten Vergangenheit' im Sinne vorgeschriebener und ein für allemal anwendbarer Schlußfolgerungen und Vorsätze wird dadurch immer unhaltbarer. Erziehung zu unablässiger Gewissenserforschung und Selbstbeobachtung endet nicht notwendigerweise dort, wo die Rufer nach der ‚Bewältigung' es gern sehen würden. ...

Solange von Amts wegen und auf Grund der bestehenden Machtverhältnisse von vornherein vorgeschrieben ist, zu welchen Ergebnissen die ‚Bewältigung der jüngsten Vergangenheit' zu gelangen hat, bleibt die Bewältigung unbewältigt. Sie war und ist eine psychologische Verfolgungsschlacht im Nachhall des Zweiten Weltkriegs. Ihre Formen, ihre Strategie und Taktik sind erforschenswert, aber ihre Inhalte sollte man klar vom Nimbus der Geschichtswissenschaft freihalten. Denn Wissenschaft, wie wir sie in der europäischen Tradition verstehen und auch künftig verstanden wissen wollen, duldet keine vorgeschriebenen Ergebnisse."

1944: Pläne und Realitäten

20. September 44

Aus den Vereinigten Staaten kommen merkwürdige Informationen. Die Nachrichtenagentur „Associated Press" berichtet von einem in Washington eingesetzten „Kabinetts-Ausschuß", der die Behandlung eines besiegten Deutschland festzulegen habe. Diesem „Ausschuß" gehören nicht nur der Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson, sondern erstaunlicherweise als dritter Minister auch der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. an. Der Letztere scheint

sogar der wichtigste Mann zu sein. Er soll einen „Plan“ entworfen haben, der bei dem kürzlichen Treffen Roosevelts und Churchills in Quebec behandelt worden sei. Nach „Associated Press“ hat Morgenthau erklärt, sein Plan habe bereits die „Zustimmung“ des Präsidenten gefunden und auch Mr. Churchill fände den Vorschlag „annehmbar“.

Während die amerikanische Nachrichten-Agentur über den Inhalt dieses Planes nur allgemein berichtet, er sähe eine Demontage der deutschen Industrieanlagen, eine Landreform und Umwandlung Deutschlands in einen „Agrarstaat unter alliierter Kontrolle“ vor, hat das Londoner Beaverbrook-Blatt „Sunday Express“ deutlichere Angaben gemacht. Die deutschen Industrie-Anlagen sollen danach den alliierten Staaten als „Reparationen“ überantwortet oder zerstört werden. Außerdem seien beträchtliche Gebietsabtretungen, Aussiedlungen und Bildung von Teilstaaten vorgesehen, die den Charakter von reinen „Agrarstaaten“ erhalten sollten. Jegliche wirtschaftliche Hilfe müsse versagt werden. Nach Ansicht des „Sunday Express“ ist dieser „Morgenthau-Plan“ in Quebec bereits angenommen worden.

Richtig ist jedenfalls, daß – was dem Auswärtigen Amt aufgefallen ist – nach den alliierten Meldungen an der Quebec-Konferenz der Finanzminister Morgenthau als einziges amerikanisches Kabinett-Mitglied teilgenommen hat: nicht einmal der Außenminister Hull war zugezogen.

Haß- und Vernichtungsparolen aus England und Amerika zu vernehmen, ist uns nicht ungewohnt. Die stärkste Leistung war bisher die ebenfalls als „Programm“ aufgemachte Schrift des Theodore Nathan Kaufmann, eines New Yorker Rechtsanwaltes, der schon 1941 unter der Formel „Germany must perish“ Sterilisierung aller deutschen Männer und Frauen, also den biologischen Tod des deutschen Volkes gefordert hat.

Das Neue an dem noch etwas nebelhaften „Morgenthau“-Plan ist, daß er offenbar auf höchster Regierungsebene ernsthaft erwogen wird. Der Gedanke, den deutschen Raum noch weiter einzuengen, die Industrie zu vernichten und keine Hilfe von außen zuzulassen, ist nicht weniger diabolisch wie die Sterilisierungs-Phantasie des Mr. Kaufmann. Natürlich müßten dann Millionen verhungern – oder sollte der Ausweg aus diesem

Dilemma in dem mehrfach geäußerten Verlangen der Sowjets zu erkennen sein, deutsche Arbeitskräfte zur „Wiedergutmachung“ ausgeliefert zu erhalten? So wie die überlebenden Einwohner Karthagos einst nach der Zerstörung ihrer Stadt in die Sklaverei verkauft wurden?!

Das Erstaunliche an allen diesen „Plänen“ ist die Ungeniertheit, mit der sie öffentlich erörtert werden. Hier müssen Fanatiker am Werk sein, denen es ganz gleichgültig ist, wie lange der Krieg noch dauert und wie viele amerikanische Soldaten im Kampf für solche Wahnsinnsparolen fallen werden.

21. September 44

Der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes (zur Unterscheidung von seinem Namensvetter, dem Dolmetscher, nennen wir ihn den „Presse-Schmidt“) war mit Ribbentrop in Wolfsschanze und ist sehr optimistisch zurückgekommen: Die im August nur auf dem Papier geplanten neuen Divisionen beginnen sich zu verwirklichen, sie sollen zu neuen „Stoßarmeen“ anwachsen, die uns im Frühjahr 1945 wieder Luft verschaffen. Das stimmt mit den Andeutungen überein, die Dr. Dietrich gelegentlich am Telefon machte – und natürlich auch mit dem geheimen Operationsplan, von dem ich bei der letzten Rückreise aus Rastenburg erfuhr.

Schmidt unterhielt sich auch mit einigen neutralen Auslandsjournalisten und versicherte ihnen, daß das Vertrauen der deutschen Führung, den Krieg erfolgreich zu beenden, sich nicht auf „verdrehtes Denken“ stütze. Die politische Realität sei, daß Deutschland sich behaupten müsse, weil seine Gegner ihm den Untergang ankündigten, die militärische und wirtschaftliche Realität aber sei, daß Deutschland sich werde behaupten *können.* Wer 1940 beispielsweise gemeint hätte, der Krieg sei für England verloren gewesen, als Frankreich zusammenbrach, oder 1941: Rußland sei geschlagen, als es das Donezgebiet verloren hatte, der wisse heute besser Bescheid.

Das Beispiel von 1940 ist etwas unvollständig: Deutschland verkündete nicht, daß es die Franzosen oder Engländer „umerziehen“ oder „nach Sibirien schicken“ oder sonst in ihrer nationalen Existenz bedrohen wolle. Die Waffenstillstandsbedingungen von Compiègne sahen nicht einmal die Auslieferung

der französischen Flotte vor, sie waren auch sonst erfüllbar – wie dagegen steht es heute mit den Drohungen unserer Feinde? Die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ läßt sich doch nur annehmen, wenn die letzte Granate verschossen ist!

*

Der Führer hat wieder ein polemisches Argument angeregt, das in der Tagesparole Niederschlag findet:

„Zur weiteren Kennzeichnung der Vorgänge in Finnland ist besonders die erbärmliche Rede des finnischen Ministers Hilliae von Bedeutung, der sich nicht schämt offen zu erklären, daß das finnische Volk ‚der Verlierer sei, obwohl Armee und Heimat standgehalten haben‘.“

Arnhem – zweiter Akt

27. September 44

Die englische Luftlandung im Raum von Arnhem ist niedergekämpft, des Feldmarschalls Montgomery „Jagd in Deutschland“ findet nicht statt! Die Militärs geben uns die Formulierung zur Tagesparole:

„Die Vernichtung der ersten englischen Luftlande-Division ist nicht nur ein taktischer, sondern auch ein operativer Erfolg. Der großangelegte Versuch des Feindes, durch Luftlandungen großen Stiles ganz Westholland abzuschneiden, ist gescheitert. Bei der Herausstellung dieses Erfolges ist jedoch zu beachten, daß in dem bis nördlich Nijmegen reichenden Einbruchsraum weiterhin schwere Kämpfe im Gange sind.“

Hier haben die Amerikaner mit einer Luftlandung etwas vorsichtiger und erfolgreicher operiert; es ist ihnen gelungen, eine Straßenverbindung zu den nicht so weit vorgeschobenen luftgelandeten Einheiten herzustellen.

Für den Arnhemer Erfolg war von Bedeutung, daß sich die Besatzung von Dünkirchen noch hält. Von hier wurde unsere Arnhemer Kampfgruppe rechtzeitig über neu anfliegende feindliche Verbände unterrichtet, so daß jeweils entsprechende Abwehrmaßnahmen getroffen werden konnten. Nur die Erstlandung war für den Gegner ein Überraschungserfolg.

Die Kämpfe waren sehr hart – britische Elitetruppen, die sich in jedem Haus und fast in jedem Stockwerk verschanzten.

Dennoch war es ein sehr ritterlicher Kampf, wie er eigentlich zu diesem Krieg nicht mehr paßt. In der letzten Phase der Kämpfe wurde den Engländern gestattet, ihre Verwundeten, die sie nicht mehr versorgen konnten, zu den deutschen Verbandsplätzen abzuliefern.

1964: Traum und Schicksal der Slowaken

27. September 64

Aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des slowakischen Freiheitskämpfers Andrej Hlinka und des vorhergegangenen „Silbernen Jubiläums der Proklamation der Selbständigkeit der Slowakei“ hat ein Institut der Exil-Slowaken eine bemerkenswerte Gedenkschrift herausgebracht. In ihr wird der lange Kampf dieses kleinen Volkes um seine politische Selbständigkeit interessant geschildert – zuerst mußte es sich gegen die Vorherrschaft und Entnationalisierungspolitik der Ungarn, dann gegen die gleichen Bestrebungen der Tschechen zur Wehr setzen. Der katholische Geistliche Pater Hlinka saß von 1907 bis 1910 im Gefängnis von Debreczin, sein Freund und Mitarbeiter Professor Tuka nach 1929 zehn Jahre lang in einem tschechischen Zuchthaus.

Das Anliegen der nationalen Slowaken war einst und damals – und ist heute noch – nichts anderes als die politische Selbständigkeit der Slowakei. Verwirklicht haben sie ihren Wunschtraum nur einmal und nur kurzfristig: Mit deutscher Hilfe in den Jahren zwischen 1939 und 1945. Hlinka starb 1938 und erlebte die Durchsetzung seines Lebenszieles selbst nicht mehr; sein Nachfolger Monsignore Tiso – ebenfalls ein Geistlicher – war slowakischer Staatspräsident, wurde 1945 von den Amerikanern den Tschechen ausgeliefert und in Preßburg hingerichtet: eine der vielen politischen und menschlichen Tragödien der Nachkriegszeit.

Heute haben sich die Exilslowaken der – wie sie mit Recht sagen – „skrupellosen und gedankenlosen“ Unterstellungen zu erwehren, daß sie „Faschisten“, „Kriegsverbrecher“, „Quislinge“ usw. gewesen seien. Zur Entstehung ihres Staates im März 1939 gibt ihre Schrift wichtige Hinweise

Nach der Konferenz von München zeigte die Prager Regierung in der Rest-Tschechoslowakei zunächst die verständige

Tendenz der Aussöhnung mit den Slowaken. Das Prager Parlament beschloß am 22. November 1938 mit 141 Stimmen gegen 25 Stimmen der tschechischen Kommunisten eine verfassungsrechtlich verankerte Autonomie für die Slowakei. Diese sah u. a. die Einrichtung eines eigenen slowakischen Parlaments vor, das in ganz unbestrittener freier Wahl mit mehreren Parteien am 18. Dezember 1938 gewählt wurde. *Dieses* Parlament proklamierte am 14. März 1939 *einstimmig* die Selbständigkeit der Slowakei, nachdem die Prager Regierung Anfang März 1939 den Versuch unternommen hatte, die im November gewährte Autonomie wieder aufzuheben. Es war eine Art Staatsstreich, der damals in Prag versucht wurde; man setzte nicht nur den amtierenden slowakischen Ministerpräsidenten Tiso ab, sondern begann auch mit der Entwaffnung der slowakischen Regimenter und man verhaftete 200 slowakische Politiker. Über den weiteren Verlauf der Geschehnisse berichten die Exilkroaten in ihrer Schrift*.

„Natürlich mußte das Vorgehen der Tschechen die Grenzen der Geduld des slowakischen Volkes überschreiten. Die Provinz wurde von einer Welle der Empörung erfaßt, ebenso wie Preßburg, wo insbesondere die akademische Jugend Widerstand leistete. Wer es damals gewagt hätte, die demonstrierenden Massen zu beschwichtigen, der wäre von dieser Flut weggefegt worden.

Eine gewisse Beruhigung trat ein, als am 12. März 1939 Karel Sidor zum Ministerpräsidenten der autonomen Regierung ernannt wurde. Doch die Folgen der Okkupation der Slowakei und aller Maßnahmen, die von Prag am 9. und 10. März veranlaßt worden waren, konnten nicht mehr gutgemacht werden. Es war zu spät auf innenpolitischem Gebiet, und es war viel zu spät vom außenpolitischen Standpunkt.

Der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler entsandte seine Emissäre zuerst zu Sidor, um festzustellen, wie die Slowaken die Lage zu lösen gedenken. In der Nacht vom 12. zum 13. März lud er dann Msgr. Dr. Jozef Tiso nach Berlin ein, der mit Zustimmung des Slowakischen Parlaments und des Präsidiums der Slowakischen Volkspartei die Einladung annahm und zusammen mit Dr. F. Durcansky nach Berlin flog – wie dorthin nur einige Monate zuvor auch der britische Premier Chamberlain und der französische Ministerpräsident Eduard Daladier geflogen waren."

---

* Zitat aus „Slowakei", Zeitschrift des Matús-Cernák-Instituts Köln, Sonderausgabe 1964 zum silbernen Jubiläum der Proklamation der Slowakei.

Den Höhepunkt der Berliner Zusammenkunft bezeichnete der Eingang einer telegrafischen Anfrage des ungarischen Reichsverwesers Horthy, der die Slowakei wieder unter ungarische Kontrolle stellen wollte:

„In dieser Situation gingen Dr. Tiso und Dr. F. Durcansky trotzdem nicht auf eigene Faust vor, sondern kehrten nach Preßburg zurück, informierten die zuständigen politischen Organe – das Parlament, die Regierung und das Präsidium der Volkspartei – und legten die Entscheidung über das Schicksal der Slowakei in die Hand des slowakischen Parlaments, das zu einer entscheidenden Sitzung vom Prager Präsidenten Dr. Hacha einberufen worden war. Dieses aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament proklamierte am 14. März 1939 *freiwillig* und *einstimmig* den selbständigen slowakischen Staat, und zwar auf Grund eines Vorschlages des Parlamentspräsidenten Dr. Martin Sokol."

Soweit die nach meiner Kenntnis zutreffende Darstellung der Slowaken. Sie läßt freilich eine historisch sehr bedeutsame Frage zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges unbeantwortet: Welche Erwägungen und Hoffnungen haben eigentlich die Prager Regierung Anfang März 1939 zu ihrem Vorgehen in der Slowakei veranlaßt? Haben wir es auch hier – wie vorher im Fall Schuschnigg, später in der polnischen Krise – mit einer jener gezielten Herausforderungen zu tun, durch die Hitler zu Fall gebracht werden sollte?

Die Verbundenheit der Lebensschicksale der Völker des europäischen Ostens mit dem politischen Geschehen in Mitteleuropa wurde jedenfalls an den Slowaken wie am Modell demonstriert.

1944: Karl Moor

28. September 44

Gestern Abend wieder einmal im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, wo es einen „Schiller-Abend" gab: Gedichtvorträge und einige Szenen aus den „Räubern" – im Zeichen des „totalen Krieges" ohne Kulissen, ohne Kostüme, nur einige, von den Schauspielern selbst auf die Bühne getragene Stühle als Requisiten. Ein neuer, ungewohnter Eindruck und doch ein Eindruck.

Unvergeßlich die Szene „Karl Moor im Walde", in der es um die Treue der Genossen gegenüber ihrem Hauptmann geht und

sie aller Drohung zum Trotz zu ihm stehen – ein wahrhaft zeitnahes Thema. Das dichtgefüllte Haus empfindet diesen Sinn. Die Szene findet langen, demonstrativ-starken Beifall. Es ist etwas Großes um die Kunst: vor anderthalb Jahrhunderten hat Schiller seine Worte geschrieben – und heute noch wirken sie wie ein Aufruf.

Diskussion um Morgenthau

30. September 44

Der britische Außenminister Eden – im Gegensatz zu seinem amerikanischen Kollegen Hull hat er an den Quebecer Besprechungen teilgenommen – sprach im britischen Unterhaus. Indirekt bestätigte Eden, was die Zeitungen über diese Konferenz vermuten: daß sie im wesentlichen der „Behandlung Deutschlands" gewidmet war und der „Morgenthau-Plan" dabei eine Rolle spielte.

Eden erläuterte die Formel „bedingungslose Kapitulation" dahin, daß es „keinen ausgehandelten Frieden" geben werde. Dieser Entschluß basiere auf den Erfaurungen, die man bereits mit den Regierungen der Weimarer Republik gemacht habe. Hinsichtlich des Versailler Vertrages habe in Deutschland schon von allem Anfang an keine aufrichtige Erfüllungsabsicht bestanden. Ein solches Risiko werde man nicht noch einmal eingehen. Überdies wisse man durch vielerlei Kanäle, daß der deutsche Generalstab bereits über den nächsten Krieg nachdenke.

Über Einzelheiten der dementsprechend zur Niederhaltung eines besiegten Deutschlands vorgesehenen „Pläne" schwieg Eden sich vorsichtig aus; auf eine Frage des Abgeordneten Bevan antwortete er abweisend: An dem Problem, ob es „gute Deutsche" gebe oder nicht, sei er völlig uninteressiert.

Ähnlich sphinxhaft hat sich Präsident Roosevelt in seiner Pressekonferenz geäußert. Er betonte, daß hinsichtlich der künftigen Behandlung Deutschlands „keine Meinungsverschiedenheiten in der Regierung" bestehen; die beherrschende Frage sei, „dafür zu sorgen, daß Deutschland in künftigen Generationen nicht wieder eine Gefahr wird".

Unter dieser Formel läßt sich sowohl das Kaufmann-Programm wie der Morgenthau-Plan unterbringen!

Nüchterne Tatsache ist, daß die sehr drastischen Pressemeldungen über die in Quebec besprochenen Absichten hin-

sichtlich dessen, was nach einer deutschen Kapitulation in Deutschland und mit Deutschland zu tun sei, weder in London noch in Washington abgestritten worden sind.

Statt dessen sind wir durch einen Bericht des New Yorker Radio-Kommentators Rosenfarb noch deutlicher über den Morgenthau-Plan aufgeklärt worden. Danach sollen alle Gebiete Deutschlands östlich der Elbe an Polen und alle Gebiete westlich des Rheins an Frankreich fallen. Den Rest von Deutschland wolle Morgenthau in zwei Staaten aufteilen, wobei der Main die Grenze bilden würde. Die gesamte Stahlindustrie, die chemischen Werke und die Fabriken zur Herstellung synthetischen Benzins sollen den Deutschen genommen und in andere Länder verlegt werden. Das Ruhrgebiet würde enteignet und zum Besitz der „Vereinigten Nationen" erklärt werden. Die Kohlengruben sollen stillgelegt und ihre Tore versiegelt werden.

Besonders wichtig sei die Kontrolle über die Erziehung der Jugend. Die Schulen sollen solange geschlossen bleiben, bis ganz andere Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Außerdem sollen neue Schulbücher hergestellt werden, über deren Text sich Washington, London und Moskau einigen müßten. Eine Universitätsausbildung solle für die deutsche Jugend überhaupt nicht mehr gestattet werden; die deutschen Hochschulen sollen geschlossen und ihre Bibliotheken und Forschungseinrichtungen zwischen Amerika, England und der Sowjetunion aufgeteilt werden. Als einzige industrielle Betätigung solle die Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen erlaubt bleiben. Im Bereich der beiden deutschen Länder werden noch etwa 40 Millionen Deutsche leben, die sich ausschließlich durch Landwirtschaft ernähren müßten.

Davon mag einiges der journalistischen Phantasie des Mr. Rosenfarb entstammen – aber in all diesen Publikationen kommt doch immer wieder ein gleicher Kern zum Vorschein.

1964: Wolff-Prozeß – Frage ohne Antwort

1. Oktober 64

Das Münchner Schwurgericht hat den ehemaligen SS-Obergruppenführer Wolff nach wochenlangem Prozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wolff ist mir aus den Kriegsjahren gut bekannt; er war lange Zeit Verbindungsmann des Reichsführers SS im Führerhauptquartier.

Die historische Frage dieses Prozesses geht dahin: Inwieweit und in welchem tatsächlichen Umfang hat Himmler im Auftrag, mit Billigung oder mit Wissen Adolf Hitlers Tötungen von Juden angeordnet?

Hierzu muß gesagt werden, daß es im Kriegsdeutschland arbeitsunfähige Häftlinge angesichts des damaligen Kräftemangels in nennenswertem Umfang gar nicht geben konnte. Jede erfolgte Tötung mußte – vom sittlichen und völkerrechtlichen Gesichtspunkt ganz zu schweigen – auch eine Sabotage an der deutschen Kriegswirtschaft bedeuten.

Noch ein weiteres Rätsel: In der Nachkriegspropaganda wurde erklärt, Himmler habe seine Tötungsmaschinerie in Gang gesetzt, um eine Art „biologischen" Krieg gegen das Judentum zu führen. Aber hat nicht sein Beauftragter Eichmann in Verhandlungen mit jüdischen Delegierten in Ungarn diesen gestattet, beträchtliche Gruppen auszusondern und die Ausgesonderten über Rumänien ausreisen zu lassen? Sind nicht bei den „Selektionen", von denen wir im Auschwitz-Prozeß einige Andeutungen erfahren konnten, gerade die Lebenstüchtigeren geschont worden?

Wie kommt es, daß zwar ein Geheimerlaß Hitlers vorliegt, in dem er unter bestimmten Bedingungen die Euthanasie für Geisteskranke billigte, daß aber alle beweisbaren Befehlswege hinsichtlich der Behandlung der internierten Juden ausnahmslos bei Himmler enden?

Einer kürzlich von dem jüdischen Schriftsteller Joseph Wulf herausgegebenen Veröffentlichung „Presse und Funk im Dritten Reich" entnehme ich, daß ich in meiner damaligen Eigenschaft als Stellvertretender Pressechef der Reichsregierung im Juli 1944 auf der Berliner Auslandspressekonferenz zu internationalen Meldungen über „Mißstände" bei der Behandlung der „in Europa ansässigen Juden" Stellung genommen habe. Das „Deutsche Nachrichtenbüro" gab meine Ausführungen damals wie folgt wieder:

„Erst 1941 seien die ersten Maßnahmen gegen die Juden in Europa ergriffen worden, und zwar habe es sich um die Verordnung zum Tragen des Judensterns gehandelt. Später wurde dann durch eine planmäßige Isolierung und Einschaltung der Juden in den europäischen Arbeitsprozeß diese erste Maßnahme erweitert. Bei den Maßnahmen zur Isolierung und Einschaltung in den Arbeitsprozeß

habe man eine ganze Reihe von humanitären Gesichtspunkten zur Anwendung gebracht, es seien z. B. alle alten Juden ausgenommen worden, ebenso solche, die etwaige besondere Verdienste aufzuweisen hatten. Diese Juden seien mit ihren Angehörigen in einer besonderen jüdischen Gemeinschaft untergebracht, die in Theresienstadt im Protektorat ihren Sitz habe. Erst kürzlich sei diese Siedlung von Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes aufgesucht worden.

Die anderen Juden, die zu Arbeitszwecken eingeschaltet wurden, werden normalerweise zunächst in einem großen Sammellager auf ihren zweckmäßigen Arbeitseinsatz hin geprüft. Die nicht Arbeitsfähigen kämen in ein sogenanntes Familienghetto, alle übrigen werden gemäß ihrer beruflichen Ausbildung eingesetzt, wobei als Grundsatz gelte, daß Ehepaare beieinander bleiben. Bei der Verteilung würden die einsatzfähigen Juden den einzelnen Bedürfnisträgern, wie der Organisation Todt, der Landwirtschaft usw. zur Verfügung gestellt. Mit der Verteilung der Juden auf diese wirtschaftlichen Bedürfnisträger ende dann überhaupt die staatspolitische Bereinigung."

Es gibt heute leider keinen Zweifel darüber, daß diese – mir vom Reichssicherheitshauptamt zur Verfügung gestellte Information nur eine halbe Wahrheit enthielt und „Familienghettos" zu diesem Zeitpunkt nicht mehr existierten. Ich war allerdings so überzeugt von der sachlichen Richtigkeit meiner Ausführungen, daß ich – wie aus der zitierten DNB-Meldung hervorgeht – geradezu provokativ hinzugefügt habe: „Über all diese Tatsachen sind die jüdischen Organisationen in der ganzen Welt unterrichtet."

Im Rückblick erscheint es wirklich erstaunlich, daß man mir nicht im Juli 1944 von London und New York aus entgegengetreten ist; aber das deckt sich mit den bemerkenswerten Hinweisen, die die jüdische Historikerin Hannah Arendt in ihrem bekannten Buch „Eichmann in Jerusalem" mitteilt und auch mit der Tatsache, daß von Juden*morden* auch von jüdischer Seite bis Kriegsende *nichts* berichtet wurde*.

---

* Soweit sich aus den damaligen ausländischen Presseveröffentlichungen noch feststellen läßt, wurde die Behauptung, auf deutscher Seite seien 6 Millionen Juden ermordet worden, erstmals am 25. April 1945 in London von Dr. E. Scherer namens eines „Polnischen Rates für die Rettung der Juden" öffentlich mitgeteilt. Diese Erklärung fand damals zunächst wenig Echo. In einer Leserzuschrift an die „Times" (London) beklagte sich am 28. Mai 45 Oberrabbiner J. H. Hertz über den Nachruf dieser Zeitung zum

In den letzten Jahren ist eine beträchtliche literarische Propagandawelle gegen den verstorbenen Papst Pius XII. entfaltet worden, weil dieser „geschwiegen" habe. Viel rätselhafter ist es, daß die damals zur Stellungnahme geradezu herausgeforderten „jüdischen Organisationen in der ganzen Welt" ebenfalls kein Wort des Hinweises auf die Vorgänge veröffentlichten, die seit 1945 sowohl dem ganzen deutschen Volk im allgemeinen wie den ehemaligen Nationalsozialisten im besonderen angelastet werden.

So seltsam wie die Vorgeschichte, so ungewöhnlich ist die seitherige Behandlung der geheimnisvollen Vorgänge – es scheint, sie sollen nur auf der Bühne von Schauprozessen erörtert, statt einer gründlichen historischen Untersuchung unterzogen zu werden, wie sie nun einmal im Schatten von Zuchthausmauern, durch Propagandaauftritte oft zweifelhafter Zeugen und im Aufeinanderprall von Anklage und Verteidigung nicht möglich ist.

Oder sollte gar die *Behinderung* wirklicher Aufklärung eines der Motive der Prozeßlawine sein, die sich seit Jahren über die Bundesrepublik ergießt?!

Hauptpunkt der Anklage gegen Wolff war die Tatsache, daß er im Auftrag Himmlers im Juli 1942 mit dem Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums verhandelt hatte, um die Ge-

---

Tode Himmlers: darin sei nur allgemein von den Schrecken der Konzentrationslager die Rede; die Verbrechen der Nazis seien jedoch wesentlich umfangreicher. Hertz nannte die Zahl von 5 Millionen Juden als ausgerottet. Noch in den Verhandlungen der Potsdamer Konferenz (18. Juli bis 2. August 45) war zwar von der Niederlassung der Juden in Palästina die Rede, der Umstand, daß deren Volkszahl beträchtlich vermindert sei, wurde jedoch in den Sitzungen nicht erwähnt. In den veröffentlichten Dokumenten über die neben der Konferenz geführten Besprechungen findet sich nur eine einzige einschlägige Aktennotiz: der amerikanische Wirtschaftssachverständige Emile Depres berichtet darin über eine Zusammenkunft mit dem damaligen polnischen Industrieminister Hilary Minc am 29. Juli 45. Als dessen Dolmetscher diente ein Herr Rajchmann, der nach Fortgang des polnischen Ministers dem Amerikaner noch mehrere zusätzliche Informationen über die Zustände in Polen erteilte. Zum Schluß bemerkte Rajchmann, daß die Verluste Polens an Menschenleben beträchlich gewesen seien und auf 5,5 Millionen geschätzt würden, „die Hälfte davon Juden". Auch diese nur oberflächliche und zu politischen Zwecken vorgebrachte Schätzung hätte schon damals einer sorgfältigen Nachprüfung bedurft.

stellung von einigen Transportzügen zu erwirken, in denen jüdische Internierte nach Treblinka gebracht wurden, wo sie getötet worden sein sollen. Selbstverständlich ist eine dienstliche Verhandlung über Transportzüge zunächst kein Verbrechen. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht schenkten der Einlassung Wolffs, ihm sei die endgültige Bestimmung der Transporte unbekannt geblieben, keinen Glauben und so wurde auf „Beihilfe zu Mord" erkannt.

Ganz offenkundig war das Gericht überfordert, denn es hatte eine historisch-politische Fragestellung zu beantworten – und solche Probleme sind noch niemals in einem Gerichtssaal geklärt worden.

Als ich im Winter 1958–59 das Manuskript der Erstausgabe meiner Schrift „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen" dem inzwischen verstorbenen seinerzeitigen Chef der Reichskanzlei, Reichsminister a.D. Dr. Lammers übersandte und anschließend mit ihm durchsprach, machte ich ihn ausdrücklich auf die folgenden Ausführungen aufmerksam:

„Weder die Frage des Ausmaßes des Geschehens noch die der wirklichen Verantwortlichkeit für die Tötung internierten Juden ist während der großen Nachkriegsprozesse jemals geklärt worden. Der Phantasie und der Propaganda waren keine Grenzen gesetzt; es scheint sogar, daß man eine genauere Untersuchung geradezu vermieden hat, um einen viel größeren Kreis beschuldigen zu können als er an den Vorgängen beteiligt war und Kenntnis haben konnte. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, hat nur ein ganz enger, im Geheimen wirkender Stab von Leuten, die ihre Weisungen von Himmler erhielten, mit dieser Art von Maßnahmen zu tun gehabt. Himmler scheint sich so etwas wie eine Generalvollmacht erwirkt zu haben, die es ihm ermöglichte, einen Teil der internierten Juden in Auschwitz durch Gas zu töten, andere in Maria Theresienstadt dem Roten Kreuz vorzuführen, wieder andere im Flugzeug nach Lissabon reisen zu lassen und schließlich ab Herbst 1944 alle Juden unter seinen ‚besonderen Schutz' zu stellen – alle diese Varianten Himmlerscher Judenpolitik hat es gegeben."

Minister Lammers bestätigte meine Vermutung einer „Generalvollmacht" an Himmler mit der Erinnerung, daß ihm Hitler einige Zeit nach Beginn des Rußlandfeldzuges gesagt habe, er wünsche bis Kriegsende keine weiteren Vorträge mehr in jüdischen Angelegenheiten, diese Agenden würden nun von Himmler

wahrgenommen, er selbst wolle sich ganz auf die unmittelbare Kriegführung konzentrieren.

Welcher Art diese „Vollmacht" war, wissen wir nicht; aber es gibt Hinweise, daß Himmler bereits den „Kommissar-Befehl" Hitlers (Juni 1941) „ausgedehnt" hat, ja, daß er im April 1943 für einen schriftlichen Bericht über die Verhaftung von Juden vor Absendung an Hitler textliche Veränderungen anordnete*.

Schließlich ist nicht zu übersehen, daß das Rätsel Himmler auch allgemein-politischen Charakter hat: Von seinen Beziehungen zu einzelnen Personen des „Widerstandes", den Anzeichen, daß er vom Attentat des 20. Juli 1944 bereits wußte, als es ihm erstmals gemeldet wurde, seiner Überzeugung, er sei für die alliierte Gegenseite ein annehmbarer Verhandlungspartner, bis zur Ausstoßung aus der NSDAP und aus allen Ämtern in den letzten Kriegstagen, schließlich seinem mysteriösen Tod – es zeigen sich hier so viele Fragezeichen, daß sich den Historikern noch ein weites Feld der Untersuchung und kritischen Deutung eröffnet**.

---

* Am 24. Juli 64 sagte der ehemalige SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski im Wolff-Prozeß aus, daß nach seiner Meinung „Hitler von der Massenvernichtung der Juden nichts wußte" und daß „die ganze Judenvernichtung von Himmler ausging". Weitere Hinweise zu dieser ungeklärten Frage in meiner Schrift „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen", Seite 209 ff.

** Auf das von der zeitgeschichtlichen Forschung bisher unbeachtete Problem der Himmler-Hitler-Beziehung wirft eine 1965 in London erschienene Himmler-Biographie von Roger Manvell und Heinrich Fraenkel einiges wenn auch keineswegs volles Licht. Himmler – Geburtsjahr 1900 – hat danach schon von einem frühen Zeitpunkt an die Nachfolge Hitlers angestrebt, und zwar auf seine Weise: auf einem „geheimen Weg zur Macht" (a. a. O. Seite 161).

Himmler war ein systematischer Typus: seine öffentliche Laufbahn begann er als Münchner Polizeipräsident, hier sammelte er als 32-Jähriger seine ersten Erfahrungen. In der Folgezeit hat er sich nie um Popularität bemüht, aber seinen persönlichen Einfluß auf den von ihm bald voll beherrschten Polizeiapparat wirksam ausgebaut. Gleichzeitig gelang es ihm, durch die Entwicklung eines wohldurchdachten und auf tüchtige Persönlichkeiten anziehend wirkenden Ausleseprinzips eine zuverlässige und intelligente, in der Regel auch persönlich integere SS-Führungsschicht in Partei und Staat einzuordnen, die sich nicht nur Hitler, sondern auch ihm gegenüber verpflichtet fühlte. Es war nicht Zufall, sondern eine aus der Situation verständliche Entwicklung, daß die ebenfalls einem machtpoliti-

Für den vor dem Münchner Schwurgericht verhandelten Strafprozeß gegen Wolff ergibt sich unvermeidlich eine Konsequenz: *Wenn* Himmler – aus welchem Grunde immer – Hitlers Vollmacht *überschritten* hat, dann hatte er allen Anlaß, den ins Führerhauptquartier abgestellten General Wolff *nicht* in den Kreis der „89 zu strengstem Stillschweigen verpflichteten Geheimnisträger" einzubeziehen, deren Namen er, wie ein unterrichteter Zeuge im Wolff-Prozeß bekundete, auf einer Liste in seinem Panzerschrank verwahrte. Der Zeuge wußte nur von der Existenz dieser Liste, er konnte nicht darüber aussagen, ob Wolff auf ihr verzeichnet war.

Das bisher noch kaum erkannte, geschweige denn überprüfte Problem der Himmler-Hitler-Beziehung, der Himmlerschen Nachfolgepläne, möglicherweise seiner Staatsstreichvorbereitung hätte das Kernthema des Wolff-Prozesses sein müssen – es wurde nicht einmal erwähnt!

---

schen „Umsturz von oben" zustrebenden deutschen Widerstandskreise Verbindung zu Himmler suchten und in gewissem Umfang auch fanden. Nach Manvell-Fraenkel hat der sowohl mit dem Kreis um Goerdeler wie auch mit Himmler in persönlicher Verbindung stehende Berliner Rechtsanwalt Langbehn schon 1941 in der Schweiz Kontakte aufgenommen und zu erkunden gesucht, ob die Engländer bereit seien, mit Himmler statt mit Hitler zu verhandeln. Daß Himmler als Reichsinnenminister im Sommer 1943 ein direktes Gespräch mit dem Minister Popitz über eine mögliche Veränderung in der Reichsführung hatte, ist später von Himmler selbst offen mitgeteilt worden. Als Polizeichef hatte er ein Alibi; er konnte solche Kontakte als notwendige Ermittlungstaktik erklären. Immerhin hat Himmler gegen die von ihm erkannte Verschwörung erst nach dem mißglückten Attentat vom 20. Juli 1944 durchgegriffen – dann allerdings mit großer Schärfe.

Wie sich mit Himmlers teils tätiger, teils abwartender Aspiration auf Hitlers Nachfolge seine KZ-Politik vereinbaren ließ und seine vermutlich selbstgewählte Rolle als Organisator einer – wie immer ihr wirklicher Umfang gewesen sein mag – niemals zu rechtfertigenden Tötungsaktion an internierten Juden: das gehört zu den großen Rätseln, die dieser Mann aufgibt.

Im Gegensatz zu den damals der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegebenen Berichten über Himmlers Verhaftung und Tod am 23. Mai 1945, wonach er Gift nahm, als man ihn in einem Internierungslager „entdeckte", geben Manvell-Fraenkel eine ausführliche Darstellung des Vorganges; sie bestätigt und ergänzt den Bericht in meiner Schrift „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen" (Seite 213f.). Nach Manvell-Fraenkel hat Himmler am 23. Mai mittags 14 Uhr bei seiner Einlieferung in ein britisches „Vernehmungslager" unverzüglich den Lagerkommandanten zu sprechen

6. Oktober 44

Wieder einige Tage in Wolfsschanze. Der Führer ist leicht erkrankt und bleibt in seinem Bunker. Die Lagebesprechung wird von Feldmarschall Keitel abgehalten – der Ablauf unterscheidet sich kaum von einer „Führer-Lage"; aber es fehlt das dynamische Element der kritisch-drängenden Fragen und Ausblicke zu den vielerlei Problemen, die hier immer wieder auftreten. Trotz aller Rückschläge: von Nordnorwegen bis in den Balkanraum stehen Millionen deutscher Soldaten im Kampf, der nicht überall hoffnungslos ist.

---

gewünscht und sich ihm „mit sehr ruhiger Stimme" als „Heinrich Himmler" vorgestellt. Bis gegen 20 Uhr abends verblieb Himmler in unmittelbarem Gewahrsam dieses Hauptmanns Selvester, dann wurde er von einem Oberst Murphy nach Lüneburg überführt. Erst dort kam es um Mitternacht, nachdem man Himmler zwingen wollte, sich nackt auszuziehen und auf eine Matratze zu legen, zu dem Biß auf die Giftkapsel, die er angeblich im Munde versteckt hatte. Dem Hauptmann Selvester, der Himmler eine Mahlzeit angeboten und ihn beim Essen beobachtet hatte, waren keine Bewegungen aufgefallen, die auf das Vorhandensein eines Fremdkörpers im Munde hätten schließen lassen.

Aus dem Verlauf des Geschehens ist jedenfalls erkennbar, daß Himmler zunächst keinen Selbstmord beabsichtigte und ihn nicht begangen hätte, wäre er als Gefangener in korrekter Weise behandelt worden. Der verantwortliche britische Oberst erklärte auf Befragen der Autoren Manvell-Fraenkel, Himmler sei „bis zuletzt selbstsicher und arrogant" aufgetreten und habe erwartet, zu Montgomery gebracht zu werden. Murphy behauptet, mit Himmler keine Vernehmung durchgeführt zu haben und auch nichts von dem an den britischen Feldmarschall gerichteten Brief zu wissen, den Himmler bei sich getragen haben muß, denn er sprach davon.

Zweifellos hat Himmler in den etwa zehn Stunden britischen Gewahrsams – davon mindestens vier Stunden in der Hand des Geheimdienstchefs im Hauptquartier Montgomery – Erklärungen abgegeben. Protokolle darüber wurden bisher weder veröffentlicht noch zugänglich gemacht. Das damals in der Presse wiedergegebene und von Manvell-Fraenkel übernommene Bild des auf den Fußboden niedergelegten Leichnams zeigt einen so friedlichen Gesichtsausdruck, daß die Darstellung, Himmler habe den Arzt, der seinen Mund untersuchen wollte, in den Finger gebissen und dabei die Giftkapsel geöffnet, zu Zweifeln Anlaß gibt. Ist Himmler im Schlaf getötet worden? Ein so präzise Unterrichteter und Verantwortlicher, mit dem überdies noch während des Krieges Verbindungen bestanden hatten, konnte den Alliierten vor den Schranken eines öffentlichen Gerichtes nicht erwünscht sein und mußte den in den Kriegsverbrecher-Prozessen beabsichtigten Kollektivanklagen im Wege stehen. ...

Die Lagebesprechung fand erstmals wieder in dem gleichen Barackenraum statt, in dem vor zweieinhalb Monaten Stauffenbergs Bombe explodiert ist und der in der Zwischenzeit wieder hergestellt wurde. Generaloberst Jodl sah sich beim Kommen kopfschüttelnd um und bemerkte mit trockenem Humor: „Ein Roß würde sich an diesen Platz nicht noch einmal hinstellen."

*

Gestern war ich, um einen Vortrag über nationale und internationale Pressepolitik zu halten, zum ersten Mal im nahegelegenen Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres; eine etwas düstere Angelegenheit – diese im Wald verteilte Barackenstadt, der man anmerkt, daß hier im wesentlichen „Intelligenz" haust. Jede normale Truppe hätte sich freundlicher eingerichtet.

Dort und in Wolfsschanze wird die merkwürdige Geschichte der Warschauer Kapitulation besprochen. Nachdem Anfang September die Kraft des Aufstandes bereits ernstlich gebrochen war, hat sich der zähe polnische Befehlshaber General Bor-Komorowski noch einen vollen Monat zu halten gewußt. Die Russen haben sich inzwischen auf Warschau vorgeschoben und haben am 16. September sogar die Vorstadt Praga genommen: dort aber sind sie seit zwei Wochen wie angenagelt stehengeblieben und haben keinen Versuch gemacht, die polnische „Untergrundarmee" zu unterstützen oder aus der Umklammerung freizukämpfen.

So hat also Bor-Komorowski, nachdem seine letzte Munition verschossen war, vor drei Tagen, am 2. Oktober abends um 22 Uhr das seit längerer Zeit verhandelte Übergabedokument unterzeichnet und sich mit seinen Leuten in deutsche Gefangenschaft begeben. Der polnische Exil-Ministerpräsident Mikolajczyk veröffentlichte in London dazu eine Erklärung, in der er hervorhob, Warschau sei im gegenwärtigen Krieg „die einzige große Stadt gewesen, die eine solche lange und isolierte Verteidigung durchgeführt hat, nur auf ihre eigene Kraft gestellt, ohne schwere Waffen, ohne ernstliche Hilfe von außen". Das ist eine mehr als deutliche Ohrfeige für die Russen; ihr Klatschen hat man in der ganzen Welt gehört – und überhört!

In merkwürdigem Kontrast dazu stehen die Ankündigungen aus Sofia: Dort erklärte ein neuernannter Kriegsminister, die bulgarischen Streitkräfte seien dem Oberkommando des sowjetischen Generals Tolbukhin unterstellt worden und würden bereits gegen uns eingesetzt. In London hat man sich über diese Ankündigung deshalb gewundert, weil der bulgarischen Regierung derzeit noch nicht einmal die alliierten Waffenstillstandsbedingungen überreicht worden seien; in Sofia hält man sich an die Russen, alle anderen „Alliierten" werden dort offenbar nicht beachtet.

In Nordfinnland, wo sich unsere Räumungsaktion planmäßig vollzieht, hat es an einigen Stellen Störungsversuche finnischer Einheiten gegeben, aber man hat den Eindruck, daß das unter dem Zwang sowjetischer „Verbindungsoffiziere" geschieht und so haben unsere Militärs gebeten, in der Presse vorerst keine Notiz von diesen Zwischenfällen zu nehmen.

Dr. Goebbels hat in einer Rede in Köln – also nun schon in Frontnähe – die Parole formuliert: „Jedes Haus eine Festung"; der Feind müsse sich darauf gefaßt machen, daß ihm auf deutschem Boden eine fanatische Bevölkerung gegenübertrete und ihn weder zur Ruhe noch zu einer Auswertung seiner Erfolge kommen lasse. Diese sehr starken Ausdrücke sind als Antwort auf die Morgenthau- und sonstigen „Pläne" gedacht und zielen darauf ab, auf Vernünftige im Lager der Westalliierten zu wirken. Diese Leute können ja wohl nicht völlig ausgestorben sein. Das Warschauer Beispiel wirkt merkwürdigerweise sowohl für wie gegen das Argument. Die Blindwütigen draußen werden daraus schließen, das ein Volkskampf keine Aussicht auf Erfolg hat, also nicht ernst genommen werden muß. Andere könnten auf den Gedanken kommen, daß das Gemetzel nur den Russen nützlich ist. ...

1964: Die „österreichische Nation"

6. Oktober 64

Besucher aus der Steiermark kommen vorbei. Dort gab es vor einigen Monaten erregte öffentliche Auseinandersetzungen über die groteske Frage, ob die Österreicher Deutsche seien, oder eine eigene „Nation" bildeten. Nicht in der Sache, wohl aber hinsichtlich dieser Diskussion sind die Ansichten geteilt;

die einen finden, das Gerede von der „Österreichischen Nation“ setze sich infolge eines völlig irreführenden geschichtlichen Schulunterrichts in den Gehirnen der Jugend doch soweit fest, daß gelegentlich ein schriller Zwischenruf nützlich sei, um dieses Trauma zu stören. Die anderen meinen, es werde durch solche Aufregung nur eine „österreichische“ Aktivität aufgestört, die in Wirklichkeit bereits erlahmt ist.

Wie dem auch sein mag: in einem Land, das seit tausend Jahren deutsches Grenzland ist, dazu so erfrischend bajuwarisch wie die Steiermark, sind die Menschen innerlich gesund geblieben – eine Insel, die auch durch die Brandungen des 20. Jahrhunderts nicht erschüttert werden konnte. Die Probleme haben sich freilich auch dort vermehrt. Wenn auch an der nahen Grenze nicht mehr wie einst zur kaiserlichen Zeit eine Unterwanderungsgefahr vom Osten her besteht, so macht sich der Sog der Industrialisierung und die Anziehungskraft der Städte bemerkbar; die Grenzbevölkerung verdünnt sich, auch die Angst vor den Gefahren der Grenze – die Erinnerung an die Ereignisse von 1945 – hat ihre Bedeutung. Verständige Köpfe aus verschiedenen Lagern sinnen auf Möglichkeiten und tun auch bereits einiges, um dieser Aushöhlung entgegenzuwirken und durch geeignete Maßnahmen so etwas wie „Biopolitik“ zu betreiben.

1944: Griechenland

7. Oktober 44

Zurück in Berlin. Die Räumung Griechenlands, von der im Hauptquartier bereits die Rede war, ist nun im Auslandsnachrichtenstoff aufgetreten. Radio Ankara meldet, daß die deutschen Truppen Athen verlassen. Die Alliierten sind in gemessenem Abstand in Patras am Golf von Korinth an Land gegangen.

Die Räumung von Kreta und einiger weiterer Inseln, wie Rhodos, ist unsererseits nicht vorgesehen, weil sie nicht möglich wäre und die Inseln ausreichend versorgt sind. Die deutsche Besatzung in ganz Griechenland zu belassen, ist nach den Ereignissen in Italien, Rumänien und Bulgarien sinnlos geworden: die Räumung wurde deshalb schon Ende August eingeleitet. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß Griechenland für die

Alliierten ein Danaergeschenk ist. Dort haben sich bereits in den „Untergrund"-Bewegungen starke Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten (die offenbar von Moskau oder von Tito gestützt werden) und nationalen Kräften abgespielt, die ihren Rückhalt bei den Engländern suchten (und ihn zuletzt auch bei uns gefunden haben). Daß die Engländer auch noch Griechenland – also das östliche Mittelmeer – freiwillig dem russischen Einfluß überlassen wollen, darf bezweifelt werden. Vielleicht wird Griechenland der Punkt, an dem die „Alliierten" sich endlich doch in die Haare geraten. Jedenfalls hat man im Hauptquartier solche Hintergedanken.

Die Räumungsbewegung ist problematisch, aber man hofft, einigermaßen glimpflich zurückzukommen; die Luftlinien-Entfernung zwischen Wien und Athen beträgt über 1200 Kilometer – und dazwischen die „Schluchten des Balkan", die Tito-Partisanen usw.*.

*

Die Londoner Zeitschrift „Tribune" hat in einem Rückblick auf die Konferenz von Quebec verdeutlicht, daß dort wirklich über die deutsche Zukunft ganz ernsthaft im Sinne des Morgenthau-Planes verhandelt wurde. Man habe sich das Deutschland von morgen als ein handlungsunfähiges Ghetto vorzustellen. Der Labour-Führer Attlee, seines Zeichens Stellvertreter des britischen Premierministers, hat im Unterhaus Bemerkungen

---

* Da nach dem Abfall Rumäniens und durch die Krise in Bulgarien die deutsche Position in Griechenland militärisch unhaltbar und für den weiteren Kriegsverlauf unwichtig geworden war, hatte Hitler bereits am 25. August 1944 die planmäßige Räumung angeordnet. Sie begann am 2. September 1944 mit dem teilweisen Rückzug von den meisten ägäischen Inseln und aus Kreta; hier konnten noch 60000 Mann mit Schiffen und Flugzeugen abtransportiert werden, während eine Restbesatzung in Westkreta bei Chania sich bis zur Kapitulation am 9. Mai 1945 hielt.

Die Räumung des griechischen Festlandes begann Mitte September mit dem Rückzug aus dem Peloponnes. Die planmäßige Aufgabe Griechenlands war am 2. November beendet, die anschließende deutsche Rückwärtsbewegung durch Albanien, Kroatien und Serbien dauerte bis in den Mai 1945. Der Zusammenhalt der unter dem Oberbefehl des später in Belgrad als „Kriegsverbrecher" hingerichteten Generaloberst Löhr operierenden Heeresgruppe E ging dabei nie verloren – angesichts der Verhältnisse eine militärische Führungsleistung hohen Grades.

gemacht, aus denen hervorgeht, daß die russische Idee einer Deportation deutscher Arbeiter zu „Reparationszwecken“ in London nicht abgelehnt wird.

1964: Das deutsche Problem – seit dem 30jährigen Krieg

7. Oktober 64

Ein Kreis von Freunden, der sich alljährlich in einem Berggasthof im Schwäbischen trifft, hat mich zu einem Vortrag eingeladen.

Die „deutsche Frage“ – sie steht als Problem im europäischen Geschehen seit der machtpolitischen Auslöschung des alten Reiches im 30jährigen Krieg. Als Deutschland Schlachtfeld geworden und kraftlos zersplittert war – da vermochten die Türken bis nach Wien vorzudringen. Und das ganze europäische Schicksal wurde erst wieder gewendet, als sich die deutsche Mitte erneut kräftigte, zunächst im österreichischen und dann im preußischen Bereich. Die historische Erinnerung ist lehrreich: Nach dem westfälischen Frieden 1648 bedurften die Deutschen einer Regenerationsperiode von anderthalb Jahrhunderten, bis sie im Aufstand gegen Napoleon ihre alte Schutzmachtfunktion wieder aufnehmen und dann noch ein weiteres halbes Jahrhundert, bis sie im „kleindeutschen“ Bismarckschen Reich wieder ein Dauerfaktor der damaligen Weltpolitik wurden. Und mit 1870 begann auch schon der Aufmarsch der Gegenkräfte, die schließlich in den beiden Weltkriegen eine neuerliche Zerschlagung der deutschen Einheit bewirkte. Aber das deutsche Volk ist eine Tatsache, es lebt weiter; es hat sich von 1648 erholt, von 1918 – wie lange wird es diesmal dauern? Sicher ist nur: Ohne die Deutschen, ohne *alle* Deutschen gibt es auch für die übrigen europäischen Völker keine geordnete Zukunft.

Zum Schluß ein ungewohntes Erlebnis: Im dicht gedrängten niederen Raum wird ein Lied angestimmt: „Freiheit ist das Feuer, ist der helle Schein. ...“ Die zahlreichen Söhne und Töchter des Freundeskreises fallen kräftig ein und die Alten verraten junggebliebenes Blut. Ein Deutschland, das wieder etwas will und davon singt – heute ein Traum und doch künftige Wirklichkeit; die Trotzigen sind nicht ausgestorben.

1944: „One World"

8. Oktober 44

Wendell Willkie ist in USA gestorben – der seltsame Präsidentschaftskandidat der Republikaner im Herbst 1940, der sich nach seiner Niederlage als ein Mann vom Schlage Roosevelts entpuppte und 1942 als dessen Sonderbotschafter eine große Propagandareise unternahm. Sie führte ihn durch Dutzende von Ländern und war von vornherein als „show" aufgemacht. Willkies anschließend veröffentlichtes und massenverbreitetes Buch „One World" will beweisen, daß es nur „eine Welt" gibt, daß also der Bolschewismus niemand bedroht und daß die Zukunft amerikanisch sein wird. Ganz im Stile Roosevelts, der kürzlich in seiner ersten Wahlrede zur diesjährigen Präsidentenwahl in Washington verkündete: „Wir gehen einem Sieg entgegen, der uns mit Gottes Hilfe zur größten Epoche freier Errungenschaften freier Menschen führen wird, die die Welt je gesehen oder auch nur für möglich gehalten hat."

Um großartige Phrasen sind die Leute nicht verlegen – aber ihre Deutschland-Ziele sind offenbar beträchtlich anders geartet, und was die Polen, die Rumänen und Bulgaren betrifft, so scheint Stalin für sie auch nicht die Teilnahme an dieser „einen" Welt, sondern an einer *anderen* vorgesehen zu haben.

Neuer Großangriff

9. Oktober 44

Churchill ist – von Eden begleitet – in Moskau eingetroffen. Dort werden offenbar die in Quebec begonnenen „Deutschland-Besprechungen" fortgesetzt. Ob die Phantasie der Russen noch lebhafter sein wird als die des Mr. Morgenthau?

Seit Ostpreußen bedroht ist, Frauen und Kinder aus vielen Städten aufs Land verschickt wurden und aus manchen Bereichen Europas deutsche Flüchtlinge ins Reich strömen, gibt es versprengte Familien; aber der deutsche Ordnungssinn bemüht sich, auch diesem Problem gerecht zu werden. Die Zeitungen erhalten dieser Tage eine Notiz zur Veröffentlichung, wonach beim Polizeipräsidium Berlin für das ganze Reichsgebiet eine „Zentralauskunftsstelle für Rückgeführte" eingerichtet wurde.

Militärisch steht wieder eine neue Kraftprobe bevor. Wir erhalten für die Tagesparole durchgesagt:

„Nach Abschluß der durch den verstärkten deutschen Widerstand erforderlich gewordenen Umgruppierungen hat der Feind im Osten, im Westen und im Süden zu einem neuen gemeinsamen Großangriff angesetzt, der offenbar von der Absicht diktiert ist, noch in diesem Jahr eine Kriegsentscheidung herbeizuführen. Mit äußerster Kraftanstrengung stellt sich die gefestigte deutsche Wehrmacht dem neuen Ansturm entgegen."

Vor allem die Kämpfe in der Umgebung von Aachen, wo die Amerikaner seit Tagen angreifen, sind sehr hart geworden.

1964: Korrekturen des Geschichtsbildes

9. Oktober 64

Die Exilrumänen haben vor Jahren eine rumänische „Akademische Gesellschaft" gegründet, die nun schon ihren neunten internationalen Kongreß abhält, diesmal in Regensburg.

In vielerlei Referaten werden rumänische Professoren, Dichter und Denker, die heute von Klagenfurt bis Sao Paulo verstreut in der Welt leben, die Geschichte, Sprache, Literatur und Kunst ihres Volkes erörtern. Der einleitende Vortrag wurde von deutscher Seite gehalten – im historischen Reichstagssaal des Regensburger Rathauses, in dem in früheren Jahrhunderten die deutschen Stände sich versammelten.

Die Rumänen sind – wie die Ungarn – Teil des großen nichtslawischen Volkstum-Streifens zwischen den Ukrainern und Russen im Norden, den Bulgaren und Serben im Süden. Sie haben jahrhundertelang unter türkischer Herrschaft gelebt, ihre militärische Allianz mit uns Deutschen während des Zweiten Weltkrieges richtete sich gegen die Gefahr russischer Herrschaft, die nun seit 1944 im Donauraum Wirklichkeit geworden ist. Nach Volkstum und Sprache Romanen, haben sie ihre Sympathien früher mehr nach Frankreich gerichtet und sich im Ersten Weltkrieg gegen uns gestellt. Im März 1939 bildete die berühmte „Tilea-Lüge" eine nicht unwichtige Episode in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges; der Versuch, ein deutsches „Ultimatum" zu erfinden und den Rumänen die britische „Garantie" aufzuladen, auf die sich dann zwei Wochen später der polnische Außenminister Beck

einließ, ist damals gescheitert. Die Probe auf das Exempel, daß England – auch wenn es wollte – Rumänien nicht schützen kann, ist seither noch viel dramatischer sichtbar geworden. Die einzige Großmacht, die an einem politisch selbständigen Rumänien interessiert war und diesem Interesse ernsthaft Gewicht geben konnte, war das deutsche Reich.

*

Im „Times Literary Supplement“ sind mehrere militärhistorische Bücher besprochen, die von einigen pensionierten deutschen Generalen geschrieben und von eifrigen „Zeitgeschichtlern“ kontrolliert wurden. Der nicht genannte, aber sichtlich sachkundige britische Rezensent faßt sein Urteil in Sätzen zusammen, die die Situation jener Jahre ziemlich treffend erfassen:

„Die Anklagen, ein militärischer ‚Amateur‘ gewesen zu sein, die gegen den Führer von seinen Generalen vorgebracht werden, die Erklärung, er habe gesunde strategische Überlegung einfach durch eine fanatische Entschlossenheit ersetzt, keinen Fußbreit Bodens aufzugeben, überzeugt nicht ganz für diese Periode des Krieges (1943). Ein weitausgreifender Rückzug aus Rußland, wie ihn Manstein vorschlug, hätte die rumänischen Ölfelder in bequeme Reichweite feindlicher Bomber gebracht. Die Aufgabe Afrikas, wie Rommel sie empfahl, hätte zu einem viel früheren Zusammenbruch der italienischen Moral geführt und – noch bedeutsamer – zu einer Freistellung von zwei Millionen Tonnen alliierten Schiffsraumes, der – solange der Brückenkopf Tunis gehalten wurde – den Dönitz-U-Booten im Atlantik ausgesetzt waren. Hitler war kein Narr und seine Meinung hinsichtlich des begrenzten Überblickes militärischer Spezialisten war nicht ganz unbegründet. Der einzige, der eine Vorstellung von den Problemen des globalen Krieges hatte, war Dönitz, und dessen Meinung hörte sich Hitler mit einigem Respekt an.“

1944: Die Araber und Palästina

10. Oktober 44

In Alexandria tagt eine „Arabische Konferenz“, deren Hauptanliegen ist, gegen die weitere Einwanderung der Juden nach Palästina zu protestieren. Da die Errichtung eines jüdischen Staates sowohl von den Republikanern wie von den Demokraten, also von jeglicher amerikanischer Regierung der Gegenwart und Zukunft entschieden befürwortet wird, läßt

sich diesmal das britische Doppelspiel wohl nicht mehr so wiederholen wie nach dem Ersten Weltkrieg. Es handelt sich hier um ganz reale Dinge, um Landbesitz und Einwanderung; auch hier ist also ein künftiger Krisenherd deutlich zu erkennen. Zunächst wurde in Alexandria die Bildung einer „Arabischen Liga" beschlossen, der alle arabischen Staaten angehören wollen und deren Hauptanliegen der Protest gegen die amerikanischen Absichten ist.

1964: Die Olympia – Berlin und Tokio

10. Oktober 64

Spät abends die Fernsehübertragung aus dem Olympia-Stadion in Tokio. Die Erinnerung an den Einmarsch der Nationen im Berliner Stadion vor 28 Jahren drängt sich auf. Damals haben sie Hitler gegrüßt, diesmal den japanischen Kaiser, der aufgeregt einen Zettel aus der Brusttasche zieht, von dem er die Eröffnungsworte abliest.

Bereits 1936 hatte das Olympische Komitee beschlossen, die nächsten Spiele – also die Olympia 1940 – in der japanischen Hauptstadt abzuhalten. Hitler entwickelte eine phantastische Idee, deren Durchführung auch in Angriff genommen wurde: Die „Kraft-durch-Freude"-Urlauberschiffe sollten so vermehrt werden, daß im Sommer 1940 zehntausend deutsche Arbeiter in einer großen Sonderfahrt zu den olympischen Spielen nach Tokio gebracht werden (und auch auf den Schiffen wohnen) könnten. Es kam anders, und auch der Beschluß des Olympischen Komitees, die Spiele in Tokio abzuhalten, wurde erst mit der Verspätung eines Vierteljahrhunderts durchgeführt.

Heute steht ein Amerikaner als Präsident des Olympischen Komitees neben dem japanischen Kaiser – wenn es nach den frommen Wünschen Roosevelts gegangen wäre, hätte auch Hirohito an einem Galgen enden müssen.

Der Höhepunkt der Feier war wie in Berlin der Läufer mit der olympischen Flamme. Damals kam er vom Glockenturm her – ein großartiger unvergeßlicher Augenblick. Auch diesmal entbehrt die Szene – ein langer Stufenaufstieg – nicht der ideellen Eindruckskraft. Die Japaner haben ihr eine besondere Note gegeben: Der junge Läufer, der die Fackel in gelassenem Lauf durch das Rund des Stadions trägt und mit ihr schließlich

den Pylon entzündet, ist ein 19jähriger Student, der am 6. August 1945 in Hiroshima geboren wurde; deutlicher konnte Japan nicht zum Ausdruck bringen, daß es *trotzdem* wieder lebt.

1944: Himmler über die Staatssicherheit

13. Oktober 44

Wieder einmal bringt das Auslands-Nachrichtenmaterial Informationen aus unserem eigenen Bereich, die wir in der Wilhelmstraße bisher nicht zur Verfügung hatten. Die „Times" zitiert ausführlich eine Himmler-Rede, die im vergangenen Jahr vor Wehrmachts-Offizieren gehalten wurde und inzwischen im Wortlaut nach London übermittelt worden ist. Darin gibt der Reichsführer SS einen zahlenmäßig belegten Bericht über die innere Sicherheitssituation im Reichsgebiet. Die Zahl der politischen Gefangenen gibt er mit 40000, die der sicherungsverwahrten Berufsverbrecher mit 70000 an. Beide Gruppen bedeuteten keine ernsthafte Bedrohung, da sie sich hinter Schloß und Riegel befänden. Die erstgenannte Zahl werde in der Regel überschätzt, sie sei im Verhältnis zu den 80 Millionen Reichsangehörigen gering. Kommunistische Zellenbildung wie 1917–18 sei durch die Vorbeugungsmaßnahmen verhindert worden, er glaube jedenfalls nicht, daß noch irgendwelche ernsthafte Gruppen dieser Art existierten.

Die „Times" bemerkt dazu, daß Himmler seither in seinen Bemühungen, die Sicherheit der deutschen Heimatfront zu verstärken, gewiß nicht nachgelassen habe; es gebe auch keine Anzeichen dafür, daß er erfolglos gewesen sei. Allerdings sei eine „stets latente" Gefahr nunmehr „akut" geworden: Das seien die Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter, die aus allen Ländern Europas stammten und eine „feindselige Gemeinschaft von 10 bis 12 Millionen" innerhalb Deutschlands bildeten. Die alliierten Flugblätter, die diesen ausländischen Arbeitern sagten, wie sie ihren Beitrag im Krieg zu leisten hätten, fänden bei ihnen große Beachtung.

Ich habe davon bisher noch wenig gehört; aber die Hinweise der „Times" verdienen sicher Beachtung und werden sie wohl auch finden. Man scheint sich in London ja geradezu Hoffnung auf einen Aufstand der Fremdarbeiter in Deutschland zu machen.

1964: Lenin

13. Oktober 64

In einem kleinen Münchner Kreis erzählt ein alter kroatischer Professor: Er studierte im Winter 1916–17 in Zürich und kannte den dort ebenfalls im Exil lebenden Lenin. Nach dem Sturz des Zaren im März 1917 und kurz vor Lenins berühmter Reise durch Deutschland hatte er eine längere Diskussion, in der er „Herrn Uljanow" ausführte, daß nach Marx' Lehren doch Rußland keineswegs für eine Revolution reif sei. Lenins Antwort war kurz: „Grau, mein Freund, ist alle Theorie. Die Faust ist's, die Tatsachen schafft."

1944: Nietzsche und Roosevelt

14. Oktober 44

Im täglichen Lesestoff fielen mir heute zwei Sätze auf.

In den „Münchner Neuesten Nachrichten" veröffentlicht Reichsleiter Bouhler einen nachdenklichen Artikel zum hundertsten Geburtstag Nietzsches.

„Er steht seherhaft an der Schwelle einer neuen Zeit, die alle Werte und Unwerte von Vergangenheit und Gegenwart in ihrem gigantischen Schmelztiegel auf den wahren Gehalt prüft, um aus dem, was die Probe besteht, eine neue Menschheitsordnung aufzurichten."

Der amerikanische Präsident hat sich zum „Columbus-Tag", der in den Vereinigten Staaten jährlich gefeiert wird, folgendermaßen vernehmen lassen:

„Falls es zu einem Dritten Weltkrieg kommen sollte, werden die Länder der westlichen Hemisphäre gegenüber einem Angriff aus Europa oder Asien ebenso verwundbar sein, wie es vor drei Jahren Kreta und die Phlippinen waren."

1964: Eger

15. Oktober 64

In Bonn hat aus Anlaß des Geburtstages des Bundespräsidenten eine Gratulationscour stattgefunden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet die nachstehende Szene:

„Eine heitere Note bekam die Gratulationscour, als das Bundestagspräsidium mit Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier an der Spitze seine Glückwünsche aussprach. Gerstenmaier überbrachte Lübke ebenfalls eine Münze, die das Bild Alexander des Großen zeigt. Gerstenmaier lächelte und meinte: ‚Diese Münze trägt zwar nicht

Ihren Kopf, aber den Ihres Kollegen Alexander des Großen.' Vizepräsident Carlo Schmid steuerte ein griechisches Zitat bei, und Gerstenmaier bat Vizepräsident Dr. Dehler, den Spruch zu übersetzen. Dehler übertrug das delphische Orakel, das Krösus zuteil geworden war: ‚Wenn du den Halys überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören.' Gerstenmaier warf ein: ‚Bei uns wär's die Memel.' Dehler berichtigte: ‚Der Seebohm würde aber lieber die Eger überschreiten.' Die allseitige Heiterkeit ergriff auch den Bundespräsidenten."

„Der Seebohm" – das ist nicht nur der Bundesverkehrsminister, sondern auch der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der gelegentlich mit guten Gründen an das Heimatrecht der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen erinnert.

Und die Stadt Eger wurde im Jahre 1061 von Deutschen gegründet und durch neun Jahrhunderte bis 1945 von ihnen bewohnt.

„Die allseitige Heiterkeit ergriff auch den Bundespräsidenten. ..."

1944: Ungarn-Krise

16. Oktober 44

Gestern mittag, als ich in einem Gästehaus bei Havelberg mit einer Gruppe dänischer Journalisten sonntäglich bei Tisch saß, kam ein alarmierender Anruf aus Berlin. Um 13 Uhr 15 hat der ungarische Reichsverweser Horthy am Rundfunk eine Erklärung verlesen lassen, aus der hervorgeht, daß er an Moskau ein Waffenstillstandsgesuch gerichtet hat! Jetzt ist also auch diese Bombe geplatzt.

Daß sie einmal platzen würde, war vorherzusehen. Horthy hatte sich 1938 und 1939 sehr geneigt gezeigt, an den damaligen Erfolgen der deutschen Politik teilzunehmen, Gebietsabtretungen der Tschechoslowakei zu erhalten, die Karpatho-Ukraine zu besetzen: auch im April 1941 gab es noch nach meiner Kenntnis keine Schwierigkeit, ihn zur Teilnahme am Balkanfeldzug zu bewegen, aber seit die Kriegslage ernster wurde, fand man Ungarn im alliierten Nachrichtenstoff immer häufiger erwähnt. Zweifellos unterhielt man dort lebhafte Kontakte zu den Engländern. Daß der Reichsverweser dennoch sein Waffenstillstandsgesuch nur an die Moskauer Adresse richtete, ist auf-

schlußreich genug. Sicherlich werden die Russen Ungarn ebenso zu ihrem Bereich erklären wollen wie sie es mit Rumänien und Bulgarien getan haben.

Für uns allerdings ist eine Krise erster Ordnung entstanden. Die ungarische Tiefebene reicht bis nahe an die Tore Wiens.

Die Rückfahrt nach Berlin war nicht einfach: Der Hamburger Zug war so überfüllt, daß wir an der Umsteigestation Glöwen durch die Fenster klettern mußten, um noch mitzukommen. Die neuerdings auf die Bahnstrecken konzentrierten feindlichen Luftangriffe wirken sich aus.

*

Heute früh sind die Nachrichten aus Budapest besser. Dort hat sich das Blatt zu unseren Gunsten gewendet. Horthy hat einen Nachfolger ernannt, sich in den Schutz der deutschen Wehrmacht begeben und wird mit seiner Familie ins Reich kommen. Die ungarischen Truppen sind trotz der Ereignisse ziemlich intakt geblieben. Der Oberbefehlshaber der 1. Ungarischen Armee ist allerdings zu den Sowjets übergelaufen. Die Schlacht von Debrecen aber wird infolge der entstandenen Unruhe nicht mehr zu einem Erfolg gebracht werden können, der so nahe schien.

In der Tagesparole, deren Text teils mit dem Auswärtigen Amt abgehandelt wird, teils aus der Wolfsschanze kommt, stellen wir den Stand der Dinge informatorisch so klar wie möglich dar:

„Die staatspolitische Entwicklung in Ungarn hat nach der gestrigen unqualifizierbaren Rundfunkverlautbarung Horthys nunmehr eine Klärung erfahren. Durch das sofortige Eingreifen der deutschen militärischen und politischen Sicherheitsorgane in Ungarn konnten die Unruheherde ausgeschaltet werden. Die Führung der ungarischen Wehrmacht hat auf die Affekthandlung Horthys so gut wie gar nicht reagiert. Bisher haben sich der Generalstabschef und zwei der Armee-Oberbefehlshaber mit Deutschland solidarisch erklärt, ebenso eine entsprechende Anzahl Divisions- und Korpsgeneräle. Die militärische Lage im ungarischen Raum ist bisher durch diesen Vorgang nicht berührt worden. Die nationalbewußten und bündnistreuen ungarischen Kräfte stehen zur Übernahme der Verantwortung bereit. Horthy wird voraussichtlich von der Rundfunkerklärung abrücken und auf legalem Weg die Regierungsgewalt in andere Hände legen. Da diese Entwicklung der Dinge sich jetzt noch

in Fluß befindet, ist eine Veröffentlichung der Vorgänge in Ungarn, bevor nicht endgültige Tatbestände vorliegen, unzweckmäßig und liegt nicht im deutschen Interesse. Die obige Darstellung, die der Lage von Montag mittag entspricht, gilt als strengst vertrauliche Information."

1964: Chrustschow-Sturz

16. Oktober 64

Gestern abend begann die 20-Uhr-Tagesschau des Fernsehens mit einer Sensation: Chrustschow ist gestürzt. Man war sehr vorsichtig, sprach von „angeblichem Sturz"; im Rundfunk-Nachrichtendienst wurden die Moskauer Gerüchte zunächst überhaupt nicht erwähnt und nur der Umstand verzeichnet, daß die Abendausgabe der „Iswestija" nicht erschienen sei.

Noch um 22 Uhr lagen mehr Vermutungen als Tatsachen vor; die nebensächlichste sagte freilich alles: am Roten Platz in Moskau hat man das große Chrustschow-Bild entfernt, das für eine Feierlichkeit bereits aufgestellt war.

Die Moskauer Ereignisse drangen erst an die Öffentlichkeit, als in England die letzten Stimmen zur Unterhaus-Neuwahl bereits abgegeben waren. Man hat im Kreml sorgfältig darauf Rücksicht genommen, den erwarteten Sieg der Labour-Partei nicht durch den Chrustschow-Spektakel zu gefährden.

In solchen Momenten regt sich der journalistische Trieb zum aktuellen Kommentar; mein Text wird zwar in einer Monatsschrift erst in einigen Wochen gedruckt sein, aber die Prüfung des zeitlichen Abstandes hoffentlich bestehen:

„Das war die bequeme Parole fast aller ‚westlichen' Politiker und Publizisten: Im sowjetischen Machtbereich habe ‚Tauwetter' eingesetzt, und er schmelze geradezu hinweg; wir hätten nur abzuwarten und ein bißchen nachzugeben, dann werde sich das sowjetische Nachkriegsimperium ganz von selbst auflösen. Nur wenige Realisten blieben sich der Tatsache bewußt, daß der – aus natürlichen Gründen gewiß stets neu emporwachsende – Widerstand der Ostblockvölker sich, solange Moskaus Macht unverändert ist, immer wieder an dieser Macht brechen wird. Die Grenze des Erlaubten bestimmt der Kreml.

Noch ein zweiter Wunschtraum hat sich innerhalb einer Stunde ins Nichts verflüchtigt: die so phantasievolle Idee, in Peking sei eine antirussische Großmacht entstanden, die fähig und willens sei, die sowjetische Zitadelle niederzuringen und dadurch Europa vom Moskauer Alpdruck zu befreien. Wer genauer hinsah und das ohnehin

unverständliche ideologische Gerede außer acht ließ, erkannte, daß zwischen Rußland und China Grenzprobleme an der Westgrenze der chinesischen Provinz Sinkiang sowie die Frage der Oberhoheit über die seit den 20er Jahren von der Sowjetunion abhängige Äußere Mongolei zur Debatte stehen. Das ist alles. Beide Themen werden belanglos, wenn weltpolitische Fragen in den Vordergrund treten. Auch hier scheint der Punkt erreicht zu sein, an dem man in den Kreisen, die Moskaus Politik wirklich bestimmen, der Chrustschowschen Harlekinaden überdrüssig wurde.

Im Weißen Haus zu Washington wurden noch einige zusätzliche Illusionen genährt. Von den USA aus blickt man aus vielerlei Gründen aufmerksamer über den Stillen Ozean als über den Atlantik. In Südostasien sind – seit die Japaner niedergekämpft und die Engländer hinausgedrängt wurden – die Vereinigten Staaten als einzige Großmacht übrig geblieben, die den mannigfachen kleinen und großen – aber einschließlich Indiens nicht einmal zur Selbstverteidigung fähigen – Staaten Schutz vor China bieten könnte.

In früheren Jahrhunderten begnügte sich der chinesische Kaiser mit gelegentlichen Tributen, Mao Tse-tung ist anspruchsvoller; das wissen sie alle und deshalb ziehen sie die amerikanische Schutzherrschaft vor. Es muß freilich eine wirkliche *Schutz*herrschaft sein, sonst schwindet, wie es in Vietnam bereits der Fall ist, der Respekt vor Amerika rasch dahin. In dieser Situation erschien den amerikanischen Präsidenten der letzten Jahre der Gedanke sehr verlockend, an der militärischen Aufgabe, Rot-China in Schach zu halten, auch die Sowjetunion teilnehmen zu lassen. Wer die Weltpolitik der Kennedy und Johnson mit einiger Aufmerksamkeit verfolgte, erkannte eine Fülle von Anzeichen dafür, daß man im Weißen Haus den russischen Wortstreit gegenüber China mit politischen Kompromissen in Europa zu honorieren bereit war.

Auch zu diesem Geschäft hat man in Moskau jetzt unüberhörbar ‚Nein' gesagt. Die neue Lage ist eindeutig: Statt mit dem Traumgebilde eines in Auflösung begriffenen Sowjetimperialismus haben wir es unverändert wieder mit diesem selbst zu tun; inwieweit er die Jahre der Chrustschowschen Schaumschlägereien zur Machtverstärkung genutzt hat, wird sich zeigen. Und statt eines China, das Rußland angreift (oder von USA her gesehen: statt eines Moskau, das Peking bedroht), stehen wieder zwei verbündete Großmächte vor uns, die ihre Differenzen zurückstellen werden, um sich erneut ihren wichtigsten Interessengebieten zuzuwenden: die Chinesen dem südasiatischen, die Russen dem euopäischen Raum.

Dazu ist noch anzumerken, daß die Vereinigten Staaten nun nicht mehr in freier Wahl entscheiden können, ob sie mit Rot-China in

Konflikt geraten wollen; sie müssen jetzt auch mit einem offenen chinesischen Angriff auf ihr asiatisches Stützpunktsystem rechnen.

Wie sieht es mit der deutschen und europäischen Verteidigung aus, wenn die amerikanische Kampfkraft in Asien gefesselt wird? Diese Frage sei nur angedeutet, um klarzumachen, wie brennend es für die deutsche Bundeswehr geworden ist, sich den ‚20. Juli' und die ‚innere Führung' aus den Augen zu reiben. ...

Auch die Blinden können nun sehen, daß es die Funktion des Nikita Chrustschow gewesen ist, die Welt zu täuschen. Dieses Spiel ist ausgespielt: ‚Der Mohr kann gehen.' Für die, die aus der Verwirrung aufgeweckt wurden, ist es jetzt geboten, wach zu bleiben."

1944: Regelung in Budapest

17. Oktober 44

Die Situation in Ungarn ist geregelt, die unmittelbare Gefahr für Wien scheint abgewendet. Den Schriftleitungen wurde zu einer DNB-Meldung über die politischen Veränderungen in Ungarn zusätzlich gesagt:

„Es sind dabei keine Anwürfe gegen den früheren Reichsverweser zu richten. Daß auch keine allgemeinen Ausdrücke gebraucht werden, die irgendwie das ungarische Nationalgefühl herabsetzen könnten, ist selbstverständlich."

1964: Die britischen Wahlen

17. Oktober 64

Die Sensation des Chrustschow-Sturzes hat die britischen Wahlen übertönt. Wenn auch die Labour-Partei eine knappe Mehrheit errang und damit nach dreizehnjähriger Opposition wieder zur Regierung kommt, so ist doch der erwartete „Erdrutsch" ausgeblieben. Im Gegenteil – die genauen Zahlen zeigen, daß die Labour-Leute diesmal um etwa zehntausend Stimmen weniger erhielten als 1959. Das hat seinen Grund in geringerer Wahlbeteiligung. Der Labour-Anteil an den abgegebenen Stimmen stieg von 43,8 Prozent im Jahre 1959 auf jetzt 44,1 Prozent, also nur um 0,3 Prozent – den Rest, d.h. die Erringung einer knappen absoluten Mehrheit, bewirkte das britische Wahlsystem.

Eine erstaunliche Überraschung hat sich ereignet: Der als Außenminister vorgesehene Labour-Politiker Gordon Walker hat seinen Sitz im Unterhaus nicht behaupten können und wurde von einem jungen Konservativen geschlagen, obwohl

der Wahlkreis Smethwick für die Labour-Partei bisher als völlig sicher galt. 1959 hat sie dort noch einen Vorsprung von 3544 Stimmen gehabt, jetzt hat ein Mr. Peter Griffith den künftigen Außenminister mit 1774 Stimmen überrundet. Das alles würde die Blätter nicht so aufregen und die Angelegenheit nicht in die Weltdiskussion einführen. Der Kern der Sache ist, daß in Smethwick eine lebhafte Einwanderung von farbigen Arbeitskräften stattfand und Mr. Walker ein bekannter Befürworter der „Integration" ist, während der junge Mr. Griffith seine Ansicht verkündete, daß um des Friedens in rassischen Fragen willen die Einwanderung ganz allgemein beschränkt werden müsse. Das ist ein sehr naheliegendes und vernünftiges Argument – es gibt keinen Grund, ausgerechnet die englische Insel mit schwarzen Arbeitskräften zu überschwemmen, auch wenn sie sich auf ihre Commonwealth-Zugehörigkeit berufen und als „britische Bürger" gelten wollen.

Das Wahlergebnis von Smethwick zeigt, daß dort nicht wenige Arbeiter ihre übliche Neigung zur Labour-Partei wegen dieser Frage unterbrochen haben. Es ist eine alte Sache: wenn es auf den Nägeln brennt, werden notfalls alle Theorien und ganz gewiß alle Phrasen aufgegeben.

Der frischgewählte junge Mr. Griffith wurde noch in der Wahlnacht von aufgeregten Labour-Funktionären beschimpft und mit dem „Nazi-Gruß" bedacht. Auch der künftige Außenminister Walker zeigte sich als schlechter Verlierer. Er äußerte unwirsch: „Dieses Ergebnis wird Smethwick in üblen Ruf bringen." Und der neue Premierminister Wilson nannte diesen Wahlausgang eine „schmachvolle" Angelegenheit.

1944: Moskau und Europa

18. Oktober 44

Ein Intermezzo im Büro: Der amerikanische Journalist Beatty, der bis 1939 in Berlin arbeitete und vor kurzem in Frankreich in Gefangenschaft geriet, macht nun, von einem Feldwebel begleitet, Besuch bei früheren Bekannten. Über eine Stunde lang habe ich mich mit ihm unterhalten. Er ist ein blonder germanischer Typ und amüsant im Gespräch. Auf alle Themen reagiert er ganz im Sinne der amerikanischen Propaganda. Völlig verschroben sind seine Ansichten über Moskau.

Er behauptet, ernstlich zu glauben, daß es den Sowjets jetzt darauf ankäme, Ruhe zu erhalten und daß sie sich gerne und aufrichtig an internationalen Konventionen beteiligen werden. Wieviel Blut muß noch fließen, bis diese Leute von ihren Wahnvorstellungen geheilt sind?

Das Gespräch mit Beatty zwingt geradezu zu einem Artikel über „Die große Alternative", von dem wieder beträchtliche Teile durch unsere Auslandsdienste verbreitet werden*:

„Wer die gegenwärtige Entwicklung in den vom Feind besetzen europäischen Gebieten, sei es in Frankreich, Italien oder auf dem Balkan, nüchtern prüft, gewinnt die Gewißheit, daß sich hier nichts Überraschendes vollzieht, sondern daß sich Entwicklungen erneuern, die aus der Geschichte des russischen Umsturzes 1917 und aus allen anderen Vorgängen bolschewistischer Machtergreifung längst bekannt sind: Eine unbedeutende Minderheit macht sich zum Herrn der Straße, vergewaltigt eine ahnungslose bürgerliche Schicht, wirft inhaltlose Phrasen und inhaltreiche Forderungen in die öffentliche Diskussion mit dem Ziele allgemeine Verwirrung zu stiften und sich dann im Chaos selbst an die Spitze zu werfen. Durch die Ausrottung der aktiven Antibolschewisten wird schließlich das letzte Gaunerstück, die Proklamierung der Sowjetdiktatur zu einer für ihre Organisatoren gefahrlosen Formalie.

Noch nirgends ist ein Sowjetsystem nach den Spielregeln der Mehrheit zur Herrschaft gelangt, noch kein Volk hat nach ihm verlangt, stets sind Dummheit und Verwirrung in den Reihen der Mehrheit, planmäßige Umsturzpolitik auf seiten einer kleinen Minderheit die Treppenleiter bolschewistischer Machtergreifung gewesen. ...

Die heutige kontinentale Perspektive ist weder neu noch überraschend. Der Griff nach Europa ist das fanatisch erstrebte Ziel Moskaus seit den Zeiten Lenins. Dieser schrieb schon 1919 ‚Die Revolution in Europa muß kommen, sie wird kommen. Darüber besteht kein Zweifel. Alle unsere Hoffnungen, den Endsieg zu erleben, beruhen auf dieser Gewißheit und auf ihrer wissenschaftlichen Vorherbestimmung'. Die ‚wissenschaftliche' Vorherbestimmung hat sich freilich als peinlicher Irrtum erwiesen. Sie beruhte vor allem auf der Erwartung eines bolschewistischen Umsturzes in Deutschland. ...

Eines war den Bolschewisten damals ebenso klar, wie es ihnen heute ist: der Hauptgegner war und ist Deutschland. Solange das Reich inmitten des Kontinents steht, solange das Hundertmillionenvolk der

* Erschienen im „Völkischen Beobachter", Norddeutsche Ausgabe, 19. Oktober 1944.

Deutschen in Freiheit lebt, mag es bolschewistische Machthaber in diesem oder jenem Lande geben, Europa als Ganzes ist dann immer noch ein selbständiger Faktor. Nur die Auslöschung des *deutschen* Lebenswillens würde das Tor dem ‚Endsieg' öffnen, wie ihn Lenin erträumte."

Deutscher Volkssturm und amerikanische Präsidentenwahl

20. Oktober 44

Aus dem feindlichen Nachrichtenstoff geht hervor, daß die deutsche Volkssturm-Proklamation doch beträchtliches Unbehagen hervorgerufen hat. Man beginnt zu erkennen, daß die Kapitulationsformel und die Vernichtungspläne nicht unwesentlich zur Stärkung unseres Widerstandes beitragen. In Punkt 1 der Tagesparole wird dazu gesagt:

„In den ins Ausland wirkenden Blättern wird das Volkssturmthema auch mit den feindlichen Haßparolen zu verbinden und das deutsche Volksaufgebot als Antwort auf Morgenthau und Vansittart zu kennzeichnen sein."

Mit solchen Hinweisen dürfen wir nicht sparen. Das ist jedenfalls das einzige Argument, mit dem wir vielleicht einen gewissen indrekten Einfluß auf die Roosevelt-Wahl nehmen können. Ein Wechsel im Weißen Haus würde zwar nicht alles, aber doch einiges ändern und jedenfalls neue Ausblicke eröffnen. Dieser Gedanke wird auch in Wolfsschanze als sehr zartes Pflänzchen genährt; man hat immer noch Angst, durch ungeschickte deutsche Stellungnahmen dem republikanischen Kandidaten zu schaden. Dr. Dietrich gibt nochmals eine scharfe Formulierung zu diesem Thema durch:

„Die Schriftleitungen werden erneut darauf hingewiesen, daß jede Behandlung bzw. Stellungnahme zur Präsidentschaftswahl in USA von Roosevelt zu seinen Zwecken benutzt würde und deshalb strikt zu unterlassen ist."

1964: Herbert Hoover

21. Oktober 64

In New York, wo er die letzten Jahre seines Lebens in einem Appartement des Waldorf-Astoria-Tower verbrachte, ist im Alter von über 90 Jahren der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover gestorben.

Daß dieser kluge und charaktervolle Mann im Jahre 1932 nach nur vierjähriger Präsidentenzeit den Wahlkampf um die Wiederwahl verlor – kurz nach seiner Amtsübernahme 1929 war die amerikanische Wirtschaftskrise ausgebrochen und er wurde ihr Opfer – darf ein schicksalhaftes Schlüsselereignis unseres Jahrhunderts genannt werden. Am 4. März 1933 mußte Hoover sein Amt an Roosevelt abtreten – und sehend miterleben, was dann geschah. Er hat mit Warnungen nicht gespart, sie verhallten ungehört.

Im Oktober 1938, als er die damals mit aller Schärfe einsetzende aktive Kriegspolitik seines Nachfolgers durchschaute, hat Hoover unverblümt das „heutige Drängen nach Krieg" gekennzeichnet, vor dem „diktatorischen Rußland" gewarnt und erklärt, es gäbe für die Vereinigten Staaten ein ganzes „Dutzend Gründe dafür, uns aus jedem Krieg herauszuhalten, der nicht unmittelbar unsere Unabhängigkeit bedroht".

Ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg war Hoover dann nach dem zweiten als Organisator für Lebensmittellieferungen an die europäischen Länder tätig. Er gehörte zu denen, die die Morgenthau-Politik leidenschaftlich bekämpften und sie schließlich 1947 wenigstens in ihrer wirtschaftlichen Anwendung zu Fall brachten. Hoover hat uns auch ein sehr treffendes zeitkritisches Wort hinterlassen, das er vor knapp zehn Jahren als Achtzigjähriger formulierte und das heute noch so gilt wie eh und je:

„Die Intellektuellen von heute versuchen, den Nationalismus als eine Sünde gegen die Menschheit zu brandmarken. Sie versuchen uns glauben zu machen, daß dem Wort Nationalismus eine Infamie anhängt. Aber sie verkennen, daß der Geist des Nationalismus aus der schöpferischen Tiefe der menschlichen Seele stammt. Daß er aufsteigt von dort als das gewaltige Verlangen der Menschen, frei zu sein – frei von fremder Herrschaft! –, und sich nach eigener Art selber zu regieren."

1944: Die Russen in Goldap

22. Oktober 44

Heute früh Ankunft in Wolfsschanze. Hier ist alles in Aufbruchstimmung. Auch in unserem Pressebüro stehen offene Kisten herum. Die Russen haben gestern in der Gegend der

Romintener Heide einen Durchbruch erzielt. Das ist für moderne Verhältnisse nicht mehr weit von hier. Vorerst wird freilich nur das schwere Gepäck versandfertig gemacht. Die Weisung lautet, sich so weit zu entlasten, daß gegebenenfalls in kürzester Frist abgereist werden kann.

Nachmittags unternehme ich noch einmal einen Spaziergang über die Felder bei Groß-Partsch. Wie viele Erlebnisse sind doch mit diesem Quartier verbunden, wie viele Erinnerungen an gute und schlechte Nachrichten, an zuversichtliche und ernste Situationen! All das tritt wieder ins Gedächnis, während ich zwischen den herbstlichen Wiesen wandere, die jetzt von Stacheldrahthindernissen und Minensperren durchzogen und nicht mehr passierbar sind. Als ich vom Lager weit genug entfernt bin und die Geräusche der Betonmaschinen und des Autoverkehrs nicht mehr an das Ohr dringen, höre ich in der Ferne von Zeit zu Zeit ein dumpfes Wummern. Der Gedanke, daß nun schon auf ostpreußischem Boden gekämpft wird, ist bitter. Bei meiner Rückkehr ins Pressebüro liegt die Meldung vor, daß die Sowjets Goldap genommen haben.

Abends noch einmal im Kasino I. Wie früher so oft, so bleibt auch diesmal Generaloberst Jodl nach Beendigung des Essens am leeren Tisch sitzen, zu lockerem und entspannendem Gespräch bereit, währenddessen er eine Zigarette an der anderen entzündet. Er erzählt, daß die Heeresgruppe ihr Hauptquartier bereits westlich von uns aufgeschlagen hat und daß das Armeeoberkommando 4 schon anfragen ließ, ob es die Anlage Wolfsschanze als Gefechtstand übernehmen könne. Der Führer habe aber, wie Jodl berichtet, die feste Absicht, so lange als möglich hier zu bleiben. Auf der 100000er Karte mißt er täglich die Entfernung, die das Quartier noch von der Front trennt. Da aber, wie Jodl sagt, für Wolfsschanze und OKH nicht weniger als 40 Züge benötigt werden, wäre es wohl richtiger, rechtzeitig von hier wegzugehen*.

---

* In einer Aufzeichnung, die er wenige Tage vor seinem Tode diktierte und die im „Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940–1945“, herausgegeben von P. E. Schramm, Frankfurt 1961, Band IV, Seite 1721 abgedruckt ist, berichtet Generaloberst Jodl, daß Hitler sich mit dem Gedanken trug, das Hauptquartier Wolfsschanze nicht mehr zu verlassen und dort sein Ende zu suchen. Vgl. dazu auch Seite 285.

26. Oktober 64

Dr. Otto von Habsburg – der Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl und jener Kaiserin Zita, die zu Ende des Ersten Weltkrieges ihre Krone vergeblich auf deutsche Kosten zu retten versuchte – hat in München einen Vortrag über „Europa in der derzeitigen weltpolitischen Lage" gehalten. Dr. von Habsburg ist ein sehr weitgereister und intelligenter Mann; seine früheren Versuche, sich in die politischen Geschehnisse einzuschalten, sind freilich oft unerfreulich und stets erfolglos verlaufen. Im Februar 1938 hat er aus dem Exil auf den Bundeskanzler Schuschnigg eingewirkt mit der klaren Absicht, schon aus der Österreichfrage den europäischen Krieg ähnlich zu entwickeln, wie es im darauffolgenden Jahr unter polnischen Vorzeichen geschehen ist. Im Juni 1945 schrieb er an den amerikanischen Präsidenten Truman einen in den amerikanischen Dokumentenveröffentlichungen mittlerweile publizierten Brief, in dem er die sofortige Vertreibung der „Deutschen" – er meinte natürlich nur die Nicht-Österreicher – aus dem österreichischen Staatsgebiet forderte*.

Heute lebt Dr. Otto von Habsburg am Starnberger See, schreibt Bücher und hält Vorträge. Manche seiner Hinweise sind durchaus bemerkenswert. So hat er sich gründlich mit China und dessen heutigem Regime beschäftigt, von dem er glaubt, es sei weniger „kommunistisch als nationalsozialistisch". Das zeige sich vor allem in der inneren Propaganda des Regimes; es sei darin in auffälliger Lautstärke von den vergangenen „drei

---

* In den vom amerikanischen Außenministerium herausgegebenen Dokumentenbänden über die Potsdamer Konferenz (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin 1945, Washington 1960, Band II, Seite 659ff.) ist ein am 2. Juli 1945 an den Präsidenten Truman gerichtetes, von „Otto von Österreich" unterzeichnetes Schreiben veröffentlicht. Dr. von Habsburg führt darin u. a. Klage darüber, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden die Österreicher behandelten „als ob sie Deutsche seien". Für die österreichischen Behörden forderte er das Recht, die deutschen Staatsbürger zu „deportieren", da sie „eine Geißel für das Land" bedeuteten.

In einer mitveröffentlichten Notiz des damals geschäftsführenden amerikanischen Außenministers Grew wird über diesen Brief als einer Zuschrift „*Karls* von Habsburg" referiert. Der letzte Träger dieses Namens, der Vater des Erzherzogs Otto, Kaiser Karl starb im April 1922!

Jahrhunderten nationaler Schmach" die Rede – an der die Russen einen beträchtlichen Anteil haben; die außenpolitischen und wehrpolitischen Fragen stehen weit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Im übrigen sei Mao Tse-tung keineswegs der Sohn armer Bauersleute, wie es in der Propaganda heißt; sein Großvater war Gouverneur einer Provinz, sein Vater gehobener Beamter im Kaiserreich. Tschu En-lai, der Ministerpräsident, ist Oberhaupt einer der größen Mandarinenfamilien des Landes usw.

Der Kern seines Arguments lautet: Der chinesische Unwille werde sich auch in Zukunft – schon wegen der Oberhoheit über die Mongolei – immer wieder gegen Rußland richten, und diese Spannung werde sich unvermeidlich auch auf Europa im Sinne einer Erleichterung des russischen Druckes auswirken.

Aus diesen Auffassungen, die auch in amerikanischen Regierungsstellen verbreitet sind, leitet Otto von Habsburg „Chancen für Europa" ab. Die näherliegende Überlegung: daß China seine Interessen im Süden – also Richtung Singapore – zunächst als brennender ansieht als den Streit mit Rußland – wird nicht erwähnt. Die Hoffnung, China werde die Russen aus Osteuropa hinausmanöverieren, ist zu bequem, um brauchbar zu sein. Diese Leistung war die Aufgabe und bleibt der Auftrag der unmittelbar Betroffenen.

1944: Jlja Ehrenburg

27. Oktober 44

Der russische Angriff im Raum Goldap – Gumbinnen ist aufgehalten worden, Gegenangriffe haben bereits wieder Gelände gewonnen. Aus Wolfsschanze wird angedeutet, daß dort mit einer Verlegung vorerst nicht mehr gerechnet wird.

Im Westen ist nach wochenlangem Ringen die Stadt Aachen in amerikanische Hand gefallen, aber es besteht der Eindruck, daß die Härte der Kämpfe die amerikanischen Offensivkraft für einige Zeit gelähmt hat. Die ersten neuaufgestellten „Volks-Grenadier-Divisionen" sind in diesem Kampfraum inzwischen eingesetzt worden.

Die Churchill-Stalin-Konferenz in Moskau ist beendet und der amerikanische Botschafter Harriman, der als „Beobachter" teilnahm, ist nach Washington gereist, um dem Präsidenten zu

berichten. Der Presse vertraute Harriman zwar nichts über die Konferenz, wohl aber seine Ansicht an, die russischen Berichte über „deutsche Grausamkeiten im Osten" seien „nicht übertrieben gewesen" und könnten „gar nicht übertrieben werden". An der beabsichtigten Bestrafung von „Kriegsverbrechern" seien die Russen „außerordentlich interessiert". Der Propagandaphantasie werden keine Grenzen mehr gesetzt. Laut Harriman wollen die Russen bei Lublin ein Konzentrationslager „Maidanek" und darin ein „Schlachthaus" festgestellt haben, in dem nicht weniger als 1500000 Leute umgebracht worden seien*. Verständlicherweise liegt Stalin sehr daran, Katyn vergessen zu machen, das in der Auseinandersetzung zwischen den Lubliner und den Londoner Polen wohl auch eine Rolle spielen dürfte.

Bei uns sind die Militärs nicht mit Unrecht entsetzt über die Meldungen, die sie aus den in Ostpreußen wieder eroberten Dörfern erhalten haben. In Nemmersdorf – zwölf Kilometer südwestlich Gumbinnen – lagen noch die ausgeraubten Leichen niedergeschossener Dorfbewohner, auch Frauen und Kinder, auf der Straße herum, in Wusternitz war ein alter Mann lebend an ein Scheunentor genagelt worden usw.

Sie kommen wie die Horden Dschingis Khans; die Aufforderungen des Ilja Ehrenburg an die russischen Soldaten, sich auf deutschem Boden wie Raubtiere zu benehmen, sind nicht ungehört verhallt: „Man diskutiert nicht mit den Deutschen, man tötet sie" – „In Deutschland sind nur die Hunde und die ungeborenen Kinder unschuldig" – „Wenn Du einen Deutschen getötet hast, bring den nächsten um – es gibt nichts Schöneres als deutsche Leichen".

1964: Die KZ-Prozesse

28. Oktober 64

Zum täglichen Lektüreangebot der Zeitungen – ob es von den Lesern beachtet wird oder nicht – gehören die spaltenlangen Berichte über die KZ-Prozesse, die immer noch und immer

---

* In seinem ausführlichen Werk „Die Endlösung", Deutsche Ausgabe Berlin 1956, vermerkt der jüdische Historiker Gerald Reitlinger, daß Maidanek „niemals ein Vernichtungslager im wahren Sinn des Wortes" gewesen sei (a.a.O. Seite 512). Es ist auffällig, daß dennoch damals von sowjetischer Seite mit Millionenziffern angeblicher Maidanek-Opfer operiert wurde.

wieder durch die Gerichtssäle der Bundesrepublik geistern. Im Sommer 1958, als dieses merkwürdige Treiben begann und in Ludwigsburg eine „Zentralstelle“ dafür eingerichtet wurde, schrieb ich in einem Artikel:

„Man ist der Ansicht, die deutsche Justiz sei dazu da, die Vergangenheit zu bewältigen, indem sie in nie abreißender Fortsetzung irgendwelche KZ-Greuel aufwärmt, auf daß die Zeitungen den uralten Stoff in immer neuer Aufmachung wiederholen können. Über die Weisheit dieser Schubladen-Justiz läßt sich streiten. Es sind Fälle darunter, die seinerzeit schon die SS-Gerichtsbarkeit behandelt und mit schweren Strafen geahndet hat; in anderen Verhandlungen ergibt sich, daß die fast zwei Jahrzehnte zurückliegenden Taten im rückwärtigen Frontbereich auch der damaligen Staatspolizei auf die Nerven gingen. Es mag ja sehr verdienstlich sein, daß etwa litauische Pogrome jetzt eine späte Sühne finden; aber es drängt sich die Frage auf, warum die deutschen Justizbehörden sich nicht mit näherliegenden und deutlicher rekonstruierbaren Vorgängen – etwa mit den Privatracheakten nach 1945 – beschäftigen. Der Grundsatz ‚Gleiches Recht für alle‘ wiederherzustellen wäre wohl verdienstlicher und würde in der Welt mehr Anerkennung und weniger Belustigung auslösen als etwa der ‚Fall Eisele‘, der in besonders grotesker Weise zu einer westdeutschen Sensation geworden ist. Wir kennen weder den Dr. Eisele noch seinen Fall; aber es gibt immerhin zu denken, daß dieser Mann nicht etwa erst jetzt als ‚Massenmörder‘ entdeckt worden ist, sondern bereits von den Amerikanern verhandelt, zunächst zum Tode verurteilt, dann aber nicht nur nicht hingerichtet, sondern verhältnismäßig frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Andere bekanntere Ärzte, wie die Professoren Schilling, Gebhardt, Brandt wurden dagegen in Landsberg ohne viel Federlesens ermordet – der Ausdruck ist zutreffend, denn es ist längst klar geworden, welcher Art die Justiz war, die in der Nachkriegszeit geübt wurde und der einige deutsche Staatsanwaltschaften in später Leidenschaft heute nacheifern. Vielleicht ist sogar die berüchtigte Gilde der Dachauer ‚Berufszeugen‘ wieder am Werk?!“

Diese Stellungnahme wirbelte damals einigen Staub auf; ich wurde ihretwegen wegen angeblicher „Staatsgefährdung“ angeklagt, dann freilich in zwei Instanzen freigesprochen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung konnte ich nachweisen, daß für die Arbeit der „Ludwigsburger Zentrale“ zunächst ein Richtlinienentwurf ausgearbeitet war, der die Ermittlungstätigkeit dieser Behörde auch auf antideutsche Kriegs- und Nachkriegs-

verbrechen erstrecken sollte. Die dafür vorgesehene Formulierung, für die der bayerische und der württembergisch-badische Justizminister sich einsetzten, ist jedoch in einer Konferenz der Justizminister und Justizsenatoren aller Bundesländer am 6. November 1958 durch Mehrheitsbeschluß gestrichen worden. Der Justizminister des Saarlandes enthielt sich der Stimme, alle anderen Minister und Senatoren waren der Ansicht, daß auch für Ludwigsburg die gleiche Richtlinie gelten sollte, wie schon für die Nürnberger und Dachauer Anklagebehörde. *Nur* was Deutsche getan hatten, war und ist interessant. Über alles andere wird der Mantel des Schweigens und Vergessens gebreitet.

Die Befürchtungen, die ich im September 1958 in meinem umstrittenen Aufsatz aussprach und die auch einige Länderjustizminister hegten, haben sich seither in krasser Weise bewahrheitet. Wir sehen uns nun schon seit vielen Jahren geradezu einer Lawine von Prozessen gegenüber, in denen immer wieder der gleiche Text abgehandelt und schon durch die Einseitigkeit der erhobenen Anklagen der Welt die profunde Unwahrheit aufgeredet wird, es seien im Zweiten Weltkrieg nur auf deutscher Seite Untaten geschehen.

Für den, der die eintönige Mühe nicht scheut und die täglichen Berichte über diese „KZ-Prozesse“ wenigstens gelegentlich durchsieht, ergibt sich ein sehr merkwürdiges Gesamtbild. Hier sitzen meist ganz unbekannte Leute auf der Anklagebank, die nach Kriegsende sich ausnahmslos in bürgerlichen Berufen betätigt haben, wenn sie nicht sogar wieder im Polizeidienst standen. Ich kann mich nicht erinnern, daß irgend einer der vielen Angeklagten, die da vom Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit kurz angestrahlt werden, als „vorbestraft“ oder gar als kriminell zu charakterisieren gewesen wäre.

In scharfem Kontrast zu dem ganz durchschnittlichen, ja harmlosen Erscheinungsbild der Beschuldigten steht in aller Regel die Anklage- und die Beweiserhebung. Hier zeichnet sich das Bild eines Sadismus und eines willkürlichen Umganges mit Menschenleben ab, der die Frage aufwirft, wie so etwas im 20. Jahrhundert überhaupt möglich und denkbar sein kann.

Dem kritischen Beobachter werden freilich auch noch weitere Fragezeichen bemerklich, so beispielsweise:

Waren die „Konzentrationslager" im Dritten Reich wirklich Stätten, in denen Unteroffiziere niedrigsten Dienstgrades in privater Willkür schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte?

Wurden die für die KZ-Wachen aufgestellten Dienstvorschriften (sie verboten sogar das Berühren eines Häftlings, geschweige denn das Schlagen oder Töten) im Gegensatz zu der zu allen Zeiten üblichen deutschen Praxis wirklich nur als ein Fetzen Papier behandelt?

Welche Bewandtnis hatte es eigentlich mit der SS-Gerichtsbarkeit, von der man immerhin weiß, daß durch sie der Kommandant des KZ Buchenwald zum Tode verurteilt worden ist?

Und: würde das jeweilige Gericht, vor dem solche Fälle jetzt verhandelt werden, bereit sein, in zeitlichem Abstand von fast zwei Jahrzehnten ein hartes Strafurteil im wesentlichen auf Zeugenaussagen zu stützen, wenn es sich um unpolitische Straftaten handelte?

Was diese Zeugen betrifft, so drängt sich eine persönliche Erinnerung auf: Im Frühjahr 1946 war ich im ehemaligen Konzentrationslager Dachau interniert. Dort erlebten wir mehrere Wochen hindurch täglich das Schauspiel des Einmarsches einer größeren Gruppe wohlgenährter Zivilisten, die von Posten der Lagerbewachung in die Theaterbaracke zur sogenannten „Modenschau" geleitet wurden. Ein Herr Kirschbaum von der amerikanischen Anklagebehörde für Kriegsverbrecherprozesse hatte sich diese Sache ausgedacht: der Gruppe einstiger Konzentrationslager-Häftlinge, die wir da durchs Lagertor hereinmarschieren sahen, wurden auf der Bühne mit Scheinwerfer beleuchtete internierte SS-Männer der einstigen Konzentrationslagerwache vorgeführt, auf daß ihre Untaten vor den versammelten „Zeugen" gemeldet, notiert und für die bevorstehenden Prozesse verwendet werden konnten. Es soll, wie wir hörten, stets sehr lebhaft zugegangen sein bei dieser einseitigen Vergnügung und mancher kleine Schar- oder Rottenführer kam bleich zurück angesichts der Anschuldigungen, die man ihm vorgeworfen hatte. Diese merkwürdigen Szenen (von denen auch der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin General Jon Gheorghe in seinem Buch „Automatic Arrest"* anschaulich berichtet) endeten überraschend. Eines Tages machte ein

---

* Erschienen 1956 im Druffel-Verlag; vgl. a. a. O. Seite 206 ff.

junger, blonder und hochgewachsener Leutnant der amerikanischen Lagerkommandantur die Probe aufs Exempel; er ließ sich eine alte SS-Hose und Schaftstiefel geben, zog eine der Winterwehrmachtsjacken an, die wir alle damals trugen, und erschien als Überraschungsgast ebenfalls auf der Bühne des Herrn Kirschbaum. Der Erfolg war verblüffend: unter johlendem Geschrei erhoben sich auch gegen den amerikanischen Leutnant mehrere „Zeugen", die ihn als „Bluthund" und „KZ-Schergen" kennzeichneten. Seit diesem denkwürdigen Tag fand dann keine „Modenschau" mehr statt!

Viele Jahre später traf ich in der mittelamerikanischen Stadt St. Louis am Mississippi zufällig mit einem dort tätigen amerikanischen Rechtsanwalt österreichischer Herkunft zusammen. Was er mir erzählte, hat er später in einer eidesstattlichen Erklärung festgehalten, die ein Zitat wert ist:

„Ich, der unterzeichnete Stephen F. Pinter, seit dem Jahre 1920 Rechtsanwalt in der Stadt St. Louis, im Staate Missouri/USA, erkläre hiermit, daß ich vom Januar 1946 bis Juli 1947 als US-Armeeanwalt in Dachau tätig war, und zwar als Ankläger. Während ich aber in jeder Weise mein Bestes tat, um das wirklich anständige Recht zu vertreten und die Justiz des Hasses zu verhindern, gab es dort eine Anzahl von Personen, die immer wieder falsche oder unbegründete Anklage gegen deutsche Gefangene erhoben und mithilfe notorisch meineidiger Zeugen vor den damaligen militärischen Richtern sehr oft Erfolge erzielen konnten, die den wirklichen Tatsachen nicht entsprachen. Als Resultat solcher Mißjustiz wurden leider viele unschuldig verurteilt und einige auch hingerichtet. Von den großen Verhandlungen in Dachau war es besonders der Malmedy-Prozeß und die KZ-Lager-Fälle Mauthausen und Buchenwald, die während meiner dortigen Anwesenheit, aber nicht Anteilnahme, wegen ihrer Unrechtmäßigkeit bekannt waren."

Die Erklärung dieses amerikanischen Rechtsanwaltes könnte den zahlreichen, inzwischen abgeschlossenen unerfreulichen Akten der Nachkriegszeit beigefügt werden, wenn sie nicht immer noch und immer wieder aktuelle Bedeutung hätte.

Man braucht gar nicht erst an die Dachauer „Modenschau" des Herrn Kirschbaum zu denken, um sich klar darüber zu sein, daß sogar wahrheitswillige Zeugen teils durch ihre eigenen bisherigen Vorbringungen zwecks Erlangung mannigfaltiger Vorteile, teils durch die seit zwei Jahrzehnten auf sie einwirkende Pro-

paganda zu Aussagen veranlaßt werden, die erkennbar zweifelhaft und für eine solide Urteilsfindung ganz ungenügend sind.

Der öffentliche Aufwand und der amtliche Nachdruck freilich, der seit vielen Jahren geradezu diesen Strafverfahren gewidmet wird, versetzt die Richter in eine Zwangslage: Würden sie die hier angebotene zweifelhafte Beweisführung schlicht verwerfen, wie es in anders gearteten Fällen gewiß geschähe, dann hätten sie geradezu eine rebellische Mutleistung gegen die politische Staatsführung und gegen alle publizistischen „Massenmedien" zu vollbringen – kann man das unter den Daseinsverhältnissen des 20. Jahrhunderts im Ernst erwarten oder gar fordern?

Man muß Ursachen und Wirkungen nüchtern unterscheiden: Die Gerichte verhandeln nur, was die Staatsanwaltschaften vorbringen; deren Beamte aber wiederum wirken nach Weisung politischer Führungsorgane. Diese und niemand anders trifft der Vorwurf des immer noch im Gange befindlichen überdimensionalen Justizmißbrauchs.

1944: Feststellungen über Nemmersdorf

1. November 44

Das OKW hat die Zustände in Nemmersdorf durch einen Ausschuß untersuchen lassen, der unter dem Vorsitz des bisherigen estnischen Landesdirektors Dr. Mäe zusammengetreten ist und alle erfaßbaren Zeugen vernommen hat. Der Ausschuß ist international zusammengesetzt; Deutsche gehören ihm nicht an; ein spanischer Professor, ein Schwede und ein Däne, haben sich bereitgefunden, an den Feststellungen mitzuwirken. Es wurden u. a. ein Volkssturmmann, ein Stabsarzt und ein Generalstabsmajor befragt; der letztere war am 26. Oktober kurz nach der Wiedereinnahme in dem ostpreußischen Dorf. Bemerkenswert ist, daß die Russen auch ausländische Arbeiter erschossen haben. In dem für die Presse bestimmten Schlußbericht des Ausschusses heißt es:

„Der internationale Ausschuß für die Untersuchung der von den Bolschewisten in Ostpreußen begangenen Verbrechen hat nach Verhör von acht Zeugen folgendes festgestellt:

In den von den Bolschewisten vorübergehend besetzten ostpreußischen Grenzgebieten sind in zahlreichen Orten gleichartige Verbrechen von den verschiedensten bolschewistischen Truppenteilen begangen worden. Es ist dabei festgestellt, daß mit einer Ausnahme

die Zivilpersonen sämtlich getötet worden sind ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht. Sie wurden aus nächster Nähe erschossen, und zwar nach Besetzung der Ortschaften durch die Bolschewisten, ohne daß noch irgendwelche Kampfhandlungen stattfanden. Die jüngeren Frauen sind nachweislich fast sämtlich vergewaltigt worden, die Kinder durch Nahschuß getötet. Außer Schußwunden konnten auch Stichwunden festgestellt werden und Verletzungen, die von Äxten oder Spaten herrühren. An einigen Leichen war der Ausschuß nicht erkennbar. Die den Tod verursachenden Schüsse erfolgten durch kleinkalibrige Waffen. Solche kleinkalibrigen Waffen besitzen in der Sowjetarmee ausschließlich Offiziere und Kommissare. Die Plünderungen und Zerstörungen erfolgten ohne jeden Sinn und Zweck."

1964: Das europäische Verteidigungsdilemma

2. November 64

Die bevorstehende amerikanische Präsidentenwahl hat – wie die Londoner „Times" dieser Tage in einem ausführlichen Aufsatz feststellte – auch „militärische Aspekte". Goldwaters Kritik an der amerikanischen Nato-Politik zielt auf einen neuralgischen Punkt: Die Amerikaner erwarten von ihren Bündnispartnern striktes Verhalten gemäß ihren jeweiligen politischen Wünschen. Ihr eigenes Interesse an der „Atlantischen Gemeinschaft" ist jedoch abgekühlt. Man ist sich im Weißen Haus optischer Unterlassungssünden bewußt geworden, und Präsident Johnson hat angekündigt, er beabsichtige, nach der Wahl sowohl Paris wie Bonn zu besuchen.

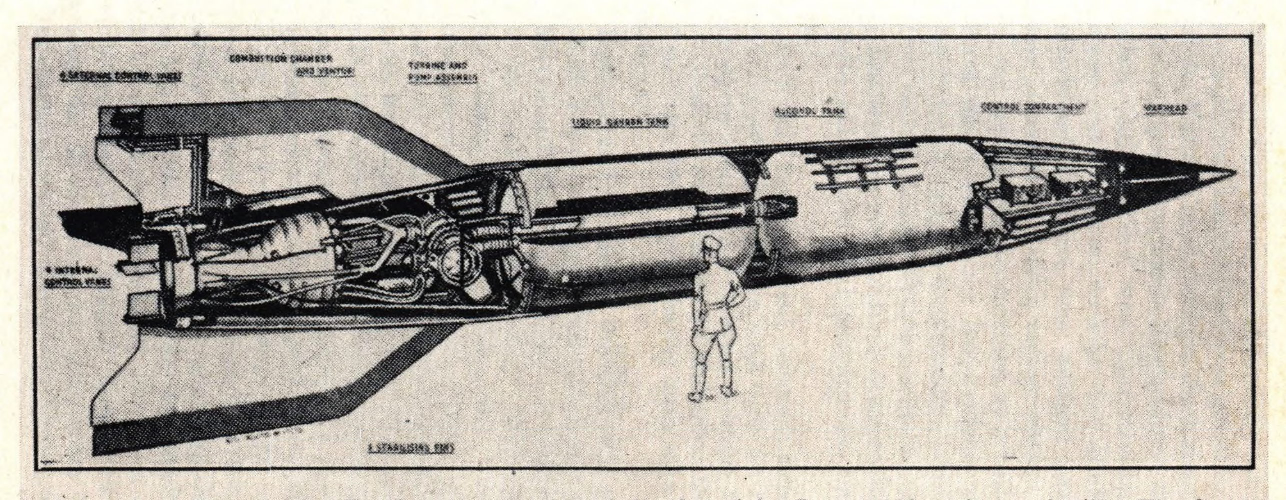
Der frühere Vizepräsident Nixon hat in einer Wahlrede für Goldwater das europäische Verteidigungsproblem mit kühler Sachlichkeit verdeutlicht: Den mehr als 100 Divisionen der Russen und ihrer Satelliten stehen 26 Nato-Divisionen gegenüber. Den Fehlbetrag an Verteidigungskraft sollen die Atombomben ausgleichen, die sich unter der Kontrolle des amerikanischen Präsidenten befinden.

Was geschieht, wenn dieser im Ernstfall den ostasiatischen Kriegsschauplatz als wichtiger erachtet?!

1944: Krisenpunkte in der Feind-Allianz

3. November 44

Im Auslandsmaterial gab es einige interessante Nachrichten: Zunächst das Übliche. Vansittart hat sich wieder einmal im gewohnten Stil gemeldet. In einer vom Reuter-Büro verbreiteten



THE V2 ROCKET.—An officially prepared sectional drawing of the German V2 rocket projectile. The figure gives an idea of the size of the weapon, which is about 46ft. in length. When filled with fuel it weighs about 12 tons and is much more complicated in design than the flying-bomb. Details of the V2 are published on another page.

Die deutsche „V 2" – Vorläufer der heutigen Weltraumschiffe

(Nach einer Londoner Presseveröffentlichung im November 1944)

Erklärung hat dieser einflußreiche Berufs-Deutschenhasser seine englischen Landsleute davor gewarnt, „gegenüber Deutschland die Haltung einer breiigen Sentimentalität einzunehmen". Wenn das geschehe, würde England von Europa beiseitegesetzt werden, insbesondere von Sowjetrußland, „wo man eine wahrere und härtere Ansicht der Dinge hat". Nur einem Deutschland, das von dem jetzigen „ganz verschieden" sei, könne „verziehen" werden und es würden 25 bis 50 Jahre nötig sein, um ein solches Deutschland zu schaffen.

Nach dieser fast schon langweiligen täglichen Dosis feindlicher Polemik einige erfrischendere Neuigkeiten:

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Dewey fängt an, Roosevelt etwas massiver anzugreifen als bisher. Er antwortete auf dessen Wahlpropaganda beispielsweise mit dem Satz:

„Am letzten Samstag abend versprach mein Gegner wieder einmal Arbeit für jeden Amerikaner, auch wenn der Krieg zu Ende ist. Aber seine eigene seinerzeitige Friedens-Leistung bestand darin, daß der ‚New Deal' in acht Jahren 58 Milliarden Dollar verbraucht hat – und im März 1940 waren immer noch zehn Millionen Amerikaner arbeitslos."

Knapper und deutlicher läßt sich nicht ausdrücken, wieso und weshalb Roosevelt zum Krieg und in den Krieg drängte.

Mittlerweile hat der Präsident zu erfahren bekommen, wie es mit der russischen Bereitschaft steht, an der beabsichtigten „One World" amerikanischen Stils teilzunehmen. In einer „Internationalen Luftfahrt-Konferenz" wollen die Vereinigten Staaten so etwas wie eine „Welt-Luftfahrtbehörde" einrichten, die den künftigen Aufbau des internationalen Zivilluftverkehrs regeln soll. Offenbar denkt Roosevelt daran, die im Krieg aufgebaute Kapazität im Flugzeugbau später zu einer beherrschenden amerikanischen Verkehrs-Luftfahrt zu nützen und er will die dazu benötigten Überfliegungs- und Landerechte usw. schon jetzt sicherstellen. Nur so läßt sich die verfrühte Veranstaltung sachlich erklären. Die englische Begeisterung ist gering. Man konnte Bemerkungen lesen des Inhalts, daß die Engländer sich in der Kriegsproduktion vor allem auf die Entwicklung leichterer Maschinen (Jäger) konzentriert und den Amerikanern die Produktion der schwereren Typen (Bomber und Transportmaschinen) überlassen hätten, was nach Kriegsende

natürlich zu einer für England ungünstigen Konkurrenzlage führen müsse. In Moskau scheint man den amerikanischen Eifer ähnlich einzuschätzen. Aber während die Engländer „gute Miene“ machen und an der Konferenz teilnehmen, hat Stalin beschlossen, dem Präsidenten an diesem Beispiel eine Lehre zu erteilen. Nachdem die Russen sich zunächst den Anschein gaben, als würden auch sie an der gewünschten „Welt-Luftfahrtbehörde“ mitwirken, und eine sowjetische Delegation nach Chicago sich bereits auf den Weg gemacht und Kanada erreicht hatte, gab Stalin ihr nun Anweisung, wieder umzukehren und nach Hause zu reisen. Die „Welt-Luftfahrtbehörde“ wird – wenn überhaupt – ohne Rußland stattfinden.

Ob zwischen den beiden Vorgängen ein innerer Zusammenhang besteht, werden künftige Historiker aus den Archiven erforschen können: Jedenfalls gab es dieser Tage noch einen weiteren Krach zwischen den Russen und ihren „Alliierten“. Dabei ging es um eine so interessante Sache wie das persische Erdöl. Die Sowjetregierung hat von der Regierung in Teheran die Gewährung von Ölkonzessionen im Nordirak, also in dem von russischen Truppen seit 1941 besetzten Landesteil gefordert und Ministerpräsident Saed hat das mutigerweise abgelehnt, was zur Folge hat, daß der Moskauer Rundfunk über ihn herzieht und einige in Teheran erscheinende Zeitungen ebenfalls erklären, Saeds Politik werde zu einer „Katastrophe“ führen. Der persische Regierungschef wiederum stellt sich auf den Standpunkt, solange fremde Truppen in Persien stationiert seien, würde die Genehmigung neuer Konzessionen den Anschein erwecken, sie sei unter Druck erfolgt. Die derzeitige wirtschaftliche Weltlage sei unklar und überdies sei bei den bisherigen Verhandlungen zwischen der persischen und sowjetischen Regierung während des ganzen Krieges noch nie von Öl die Rede gewesen.

Die aufgeregte öffentliche Diskussion reizt natürlich zu Erörterungen, aber Dr. Dietrich hat vermutlich recht, wenn er meint, daß auch dieser Bruch gekittet wird und daß wir vor Optimismus warnen sollen. Dementsprechend lautet Punkt 2 der gestrigen Tagesparole:

„Die Wiedergabe des im Iran hervorgetretenen amerikanisch-sowjetischen Konkurrenzkampfes in der Ölfrage würde zu über-

triebenen Vorstellungen über innere Gegensätze der feindlichen Koalition führen und ist deshalb zu unterlassen."

1964: Johnson – Goldwater

4. November 64

Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten hat das erwartete Ergebnis gezeitigt. Johnson, der vor vier Jahren als Vizepräsident mit Kennedy gewählt worden war, hat nun seine Wahlbestätigung als Präsident im Weißen Haus erhalten.

So unbefriedigend die durchschnittliche deutsche Presse-Berichterstattung über den jüngst vergangenen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gewesen ist, so irreführend war auch die Bewertung des Abstimmungsergebnisses. Die weithin verbreitete Formel von einer „katastrophalen" Niederlage des republikanischen Kandidaten Goldwater verblaßt bei angemessener Berücksichtigung des uns fremden amerikanischen „Wahlmänner"-Verfahrens. Es hat zur Folge, daß der erfolgreiche Präsidentschaftskandidat in aller Regel über ein viel beträchtlicheres Übergewicht unter den indirekt gewählten Wahlmännern verfügt als unmittelbar beim Wählervolk. Im November 1960 erhielt der republikanische Kandidat Nixon zwar nur knapp 100000 Stimmen weniger als Kennedy; trotzdem verfügte der letztere dann über 303, Nixon nur über 219 Wahlmänner. Goldwater hat mit 52 Wahlmännern zwar kaum mehr als 10 Prozent dieses Gremiums gewonnen – aber sein Anteil an den tatsächlich abgegebenen Wählerstimmen beträgt 38,6 Prozent, für sein politisches Programm sprachen sich über 26 Millionen Amerikaner aus! Das ist etwa genau soviel wie der seinerzeit unterlegene demokratische Kandidat Stevenson in den Wahljahren 1952 und 1956 erreichte, und um über 4 Millionen Stimmen mehr als die 1940, 1944 und 1948 unterlegenen republikanischen Kandidaten Willkie und Dewey erreichten. Bei früheren Niederlagen mußten republikanische Kandidaten mit noch beträchtlich niedrigeren Wählerstimmen vorlieb nehmen (Hoover 1932: 15,7 Millionen, Landon 1936: 16,6 Millionen).

Der Johnson-Goldwater-Wahlkampf war durch zwei Hauptmerkmale gekennzeichnet: Einerseits hat der im Osten der Vereinigten Staaten führende „liberale" Flügel der Republi-

kanischen Partei den eigenen Kandidaten nicht nur nicht unterstützt, sondern offen bekämpft. Andererseits haben die großen Zeitungen und sonstigen einflußreichen Meinungsmacher in den Vereinigten Staaten geradezu leidenschaftlich mit dem amtierenden Präsidenten Johnson gewetteifert, und die Parole vertreten: „Goldwater bedeutet Krieg“. Wer sich ernsthaft mit dem politischen Programm Goldwaters und seines Kreises beschäftigt, weiß, daß seine oft gewiß kühnen Thesen in der Erwägung gipfeln, daß *nur* der von ihnen geforderte und für möglich erachtete *politische* Sieg im „kommunistischen Krieg“ einen militärischen Weltkonflikt verhindern wird. Ein solches Argument mag denkende Wähler überzeugen, aber es bezeichnet natürlich eine wagemutige Politik, und so stellte sich vom ersten Tage dieses Wahlkampfes an die Frage: Wie soll dafür in einem bequem gewordenen Volk heute eine *Mehrheit* gewonnen werden?!

Für uns, die wir diese Auseinandersetzung nur aus der Ferne beobachten und geneigt sind, *alle* Amerikaner nach einer Formel zu beurteilen, ist freilich das Wahlergebnis – an der tatsächlichen Stimmenzahl gemessen – insofern verblüffend, als die kritische Minderheit der Vereinigten Staaten, die geradezu trotzig für Goldwater eingetreten ist, sich in erstaunlich hoher Ziffer zum Wort gemeldet hat.

Auch nach dieser Wahl könnte es Goldwaters Stärke bleiben, daß sein Urteil über die heutigen Weltverhältnisse das amerikanische politische Versagen in der Auseinandersetzung mit Moskau und Peking sich als richtig bestätigt. In den bevorstehenden vier Jahren der weiteren Präsidentschaft Johnson wird sich kaum auf die Dauer verheimlichen lassen, daß das politische Urteil des „Mr. Republican“ treffender war und bleibt als die vielerlei verwirrten Winkelzüge der seit Roosevelts Zeiten traditionellen amerikanischen Politik der Preisgabe nicht nur der europäischen, sondern auch profunder amerikanischer Interessen.

1944: Dewey und der Morgenthau-Plan

6. November 44

In der letzten Runde wird der republikanische Präsidentschafts-Kandidat Dewey zunehmend interessant. In einer Rede

in New York hat er sich vorgestern mit einer Erklärung des General Eisenhower befaßt, der im September siegestrunken verkündete, daß Deutschland „noch 1944" besiegt sein werde. Dazu Dewey:

„Am vergangenen Donnerstag entschloß sich Präsident Roosevelt, uns zu berichten, daß noch eine lange Strecke Krieg vor uns liege. Was ist in den letzten zwei Monaten geschehen, um General Eisenhowers Voraussage ungültig zu machen? Präsident Roosevelt hat uns nicht die ganze Geschichte erzählt, aber einen Teil davon kennen wir.

Präsident Roosevelt und Mr. Churchill hielten eine Konferenz in Quebec. Unser Außenminister war nicht dabei. Auch unser Kriegsminister fehlte. An ihrer Stelle nahm Präsident Roosevelt den Schatzkanzler Morgenthau mit und dessen privaten Plan, wie das deutsche Volk nach dem Kriege vernichtet werden soll. Die Veröffentlichung dieses Planes war genau das, was die Nazis nötig hatten, er war so viel wert wie zehn frische deutsche Divisionen. ... Was bedeutet das: Es bedeutet, daß das Blut unserer kämpfenden Soldaten dafür zu zahlen hat."

Einerseits ist unklar, warum Mr. Dewey erst in den letzten Tagen des Wahlkampfes mit diesen durchgreifenden Argumenten auftritt, andererseits bedeutet die Erklärung eine klare Absage dieses Präsidentschaftskandidaten an den Morgenthau-Plan.

Roosevelt wiedergewählt

8. November 44

Der geheime Traum hat sich nicht erfüllt: Dewey hat seinen Kampf verloren, Roosevelt ist – wenn auch mit geringerem Vorsprung als bei früheren Wahlen – zum vierten Mal als Präsident der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Nach dem vorläufigen Ergebnis hat Dewey etwa 20 Millionen Roosevelt 22 Millionen Stimmen, aber einen wesentlichen Vorsprung unter den Wahlmännern*.

Da wir die Hoffnung auf eine Änderung im Weißen Haus nur ganz im Verborgenen genährt und auch die Zeitungen die Leserschaft über den amerikanischen Wahlkampf ganz nüchtern

---

* Das endgültige Wahlergebnis lautete: Roosevelt 24777000 Stimmen (432 Wahlmänner), Dewey 22006000 Stimmen (99 Wahlmänner). In den vorhergegangenen Wahlen hatte Roosevelt erzielt: 1932 – 22,8 Millionen, 1936 – 27,4 Millionen, 1940 – 26,8 Millionen Stimmen.

orientiert haben, fällt es nicht schwer, den einschlägigen Punkt der Tagesparole zu formulieren:

„Die erwartete Wiederwahl Roosevelts soll in Übereinstimmung mit der bisher geübten Zurückhaltung in der deutschen Presse nach Vorliegen des bisherigen Endergebnisses ohne jede Sensation behandelt werden.“

Die V 2

9. November 44

Wieder schweigen die Engländer beharrlich über die V 2, die seit September in steigenden Stückzahlen in den Raum von Groß-London verschossen wird. Kürzlich ist es einem amerikanischen Journalisten gelungen, die britische Zensur zu überlisten und innerhalb eines militärischen Berichtes über andere Ereignisse eine Bemerkung über geheimnisvolle Bombeneinschläge im Londoner Stadtgebiet unterzubringen. Das wurde im FHqu mit großem Interesse festgestellt; heute wird im OKW-Bericht die V 2 erstmals erwähnt. Jetzt wird man sich in London dazu äußern müssen.

11. November 44

Diesmal hat Churchill nicht, wie im September zur V 1, seinen Schwiegersohn Duncan Sandys ins Treffen gesandt, sondern er hat selbst im Unterhaus über „die neue Drohung“ gesprochen. Eine Anzahl von „Raketen“ sei „weit verstreut“ niedergegangen. Infolge ihrer hohen Geschwindigkeit könne eine zuverlässige oder ausreichende öffentliche Luftwarnung nicht ausgelöst werden. Die Rakete fliege durch die Stratosphäre und erreiche eine Höhe von sechzig bis siebzig Meilen. Sie enthalte zwar ähnlich viel Sprengstoff wie die V 1, sei aber etwas ganz anderes als die „fliegende Bombe“. Die V 2 sei eher mit einem Artillerie-Geschoß zu vergleichen, werde jedoch aus eigener Kraft angetrieben*. Das alles aber sei kein Anlaß, die Gefahr dieser Waffe zu überschätzen.

---

* Die V 2 war das bedeutendste Konstruktionsergebnis der deutschen Versuchsanstalt Peenemünde und das erste Modell der heutigen Weltraumschiffe. Ein sehr harter alliierter Bombenangriff auf Peenemünde am 18. August 1943 forderte dort zwar 735 Todesopfer unter den Wissenschaftlern und Arbeitern, behinderte aber die Entwicklungsarbeiten nur kurze Zeit. Am 13. Juli 1944 ging infolge Fehlsteuerung eine Probe-V 2 versehentlich in Schweden nieder, ohne zu explodieren. Unter Verletzung ihrer Neutralität

Daß die britische Öffentlichkeit nicht so gelassen ist, zeigen die Kommentare der englischen Zeitungen. Man begrüßte die Churchill-Erklärung, weil sie den „Spekulationen über die Ursache der mysteriösen Explosionen“ ein Ende setze. In einem Leitartikel mit der Überschrift „V 2“ entschuldigt die „Times“ das britische Schweigen: Es habe Grund zur Annahme gegeben, daß der Feind sich über die Wirkungen der V 2 im Unklaren war. Deshalb sei es erst jetzt möglich, darüber zu berichten; dem Feind werde nach wie vor nicht mitgeteilt, wo und wie oft Einschläge festgestellt wurden.

In unserer Auslands-Pressekonferenz gibt der militärische Sprecher auf Fragen der Korrespondenten die Antwort: „Wir behaupten nicht, daß die V 2 allein den Krieg entscheiden kann, aber wir stellen fest, daß die Deutschen trotz aller Luftangriffe und sonstigen Prüfungen in der Lage waren, eine völlig neue Waffe zu entwickeln.“ Und er weist darauf hin, daß der kürzlich von den Alliierten eingenommene Hafen Antwerpen für den Nachschub schwerlich viel Wert besitzt, solange er mit der neuen Waffe beschossen wird.

Dieser Hinweis bezeichnet wohl den Grund, warum die bisherige Schweigsamkeit der Militärs über die V 2 jetzt gelockert wurde. Über die Einzelheiten wollen sie immer noch nichts Näheres sagen und wir mußten vorgestern dementsprechend formulieren:

„Über den Einsatz der V 2 liegen nunmehr die ersten Meldungen aus feindlicher Quelle vor, die ohne sensationelle Hervorhebung veröffentlicht werden können. Von der Wiedergabe von Bildern und Zeichnungen, die dieses Thema behandeln, auch aus neutraler und feindlicher Quelle, ist abzusehen.“

---

gaben die schwedischen Behörden sofort genaue Angaben und ein Modell der deutschen Rakete nach London weiter. Dort war man ab August 1944 über alle technischen Einzelheiten bereits unterrichtet – einen Monat bevor der erste scharfe deutsche V 2-Schuß abgegeben wurde. Nach dem Kriege haben sowohl die USA wie die Sowjetunion die deutsche V 2-Entwicklung fortgeführt und deutsche Experten in ihre Dienste genommen. Der bekannteste unter ihnen ist Professor Dr. Wernher von Braun, der schon die V 2 in Peenemünde mit entwickelt hatte. (Angaben nach der aufschlußreichen fachkundigen Arbeit von Rudolf Lusar: „Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des Zweiten Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung“, München 1959.)

12. November 44

Der Absturz Walter Nowotnys mit einem der neuen Strahljäger, der Me 262, hat der Kritik am „Drama Luftwaffe" ein neues bitteres Argument hinzugefügt. Jedermann erwartet und erhofft seit Jahresfrist, daß durch das „Jäger-Programm" und durch die neuen Flugzeuge eine Wende im Luftkrieg herbeigeführt wird. Aber es stellt sich immer mehr heraus, daß die Krise nicht so sehr in der Technik liegt, sondern im Mangel an fliegendem Personal.

Wir produzieren zwar tausende von Jagdmaschinen monatlich, aber seit die feindlichen Angriffsverbände mit eigenem Jagdschutz einfliegen, werden Dutzende unserer Flugzeugbesatzungen abgeschossen, bevor sie überhaupt an die feindlichen Bomberströme herankommen. Und die Maschine, die die feindlichen Jäger abschütteln könnte, weil sie viel schneller ist, die Me 262, beherrschen auch unsere besten Flieger noch nicht so vollständig, daß sie massenweise eingesetzt werden könnte. Die langjährige Verzögerung der Entwicklung dieses schnellen Flugzeugs wirkt sich aus. Es heißt, daß es der „alten Garde" der Weltkriegsflieger, die im Reichsluftfahrt-Ministerium regiert, zunächst „zu schnell" gewesen sei. Man dachte dort jahrelang vor allem an einen Luftkampf zur Unterstützung des Erdkampfes, also an den berühmten „Stuka", der gewiß seine Erfolge hatte, aber schon im Jahr 1940 zur Luftschlacht über England nicht ausreichte.

Dem Führer wurde der neue Flugzeug-Typ im letzten Winter in Ostpreußen erstmals vorgeführt; ich erinnere mich noch, wie alle Teilnehmer der Vorführung von dem schnellen Flugzeug schwärmten, „das man nicht sieht, wenn man sich nach dem Schall richtet, denn es ist dann schon weiter geflogen". Die Idee des Führers war, mit diesen Maschinen als „Blitzbomber" die zu erwartende Invasionsflotte überraschend anzugreifen. Diese Forderung hat die Beamten und Konstrukteure erneut verwirrt – sie waren nur auf Jäger eingerichtet; schließlich wurde doch eine ganz schöne Anzahl der Me 262 gebaut und sie sind seit einigen Wochen eingesetzt. Aber jetzt muß die fliegende Mannschaft völlig umlernen – Nowotny ist abgestürzt, nicht abgeschossen worden. Er hatte seinerseits zuerst eine ameri-

kanische „fliegende Festung“ erfolgreich angegriffen und zum Absturz gebracht; dabei hat er die Maschine vermutlich überzogen, die Triebwerke setzten aus, er versuchte noch, sich im Fallschirm zu retten: vergebens – einer unserer großartigsten jungen Fliegeroffiziere ist nach 257 Luftsiegen als 24jähriger gefallen. Als bisher erfolgreichster Jagdflieger beider Weltkriege* wird er in Wien ein Staatsbegräbnis erhalten. ...

Diese bitteren Erfahrungen sind um so grausamer, als die feindliche Luftkriegführung seit einiger Zeit beträchtlich wirksamer geworden ist; neben die brutalen, für die Zivilbevölkerung verlustreichen, aber für die Kriegswirtschaft nicht allzu gefährlichen nächtlichen Terrorangriffe sind jetzt Punktangriffe getreten, die bei Tage geflogen werden und sich vor allem auf die Verkehrsverbindungen, Bahnhöfe usw. richten. In einer Besprechung des Reichsverkehrsministeriums sind kürzlich die daraus entstandenen Probleme besprochen worden; es werden alle Maßnahmen getroffen, um diese bedenklichen Schäden jeweils so schnell wie möglich zu beheben und eine „Verkehrswüste“ zu verhindern. Dabei wird oft Enormes verlangt und geleistet. So wurde kürzlich ein großer Verkehrsknotenpunkt im Westen so erfolgreich angegriffen, daß von sechzig Durchgangsgeleisen neunundfünfzig zerstört waren. Nach drei Tagen fuhr schon der erste Zug, nach einer Woche war die volle Kapazität wieder hergestellt. Noch nützlicher wäre es natürlich, wenigstens diese gezielten Angriffe durch eine wirksame Abwehr zu verhindern.

In der Luftwaffen-Führung hofft man, demnächst durch Zusammenfassung aller Kräfte einmal einen „ganz großen Schlag“ gegen die einfliegenden Verbände führen zu können. Aber das Dilemma wird so rasch nicht beseitigt werden können: Mit den alten Maschinen kommen die Flugzeugbesatzungen nicht an die Bomber heran, und mit den neuen können sie ohne länger dauernde Übung nicht erfolgreich angreifen – denn zum *Kampf*einsatz gehört ja vorher eine völlige fliegerische Beherrschung der Maschine.

Schon vor einigen Wochen war im Nachrichtenstoff von der Me 262 die Rede. Ich lasse mir die Meldungen wieder heraus-

* Vgl. dazu das Druffel-Jugend-Buch „Walter Nowotny – Tiger vom Wolchowstroj – Fliegerwunder aus Österreich“, Leoni 1957.

suchen; es war die Londoner „Times“, die am 2. Oktober recht treffend berichtet hat:

„Das neueste deutsche Flugzeug, die düsengetriebene Messerschmitt 262 wird in immer größerer Zahl über Holland und Nordwestdeutschland festgestellt. Im Augenblick kann diese zweimotorige Maschine kaum als eine Gefahr bezeichnet werden, denn noch hat sie keine Abschüsse erzielt. Diese Erfolglosigkeit beruht im wesentlichen daran, daß den deutschen Flugzeugführern noch die Erfahrung fehlt, ein Flugzeug zu beherrschen, das nahezu mit Schallgeschwindigkeit fliegt. Wenn mehr Erfahrung gesammelt ist, mag die Maschine sich als furchtbarer Gegner erweisen. ...“

Dazu läßt sich nur sagen: hoffentlich bald.

1964: Eine neue Partei?

15. November 1964

Gespräch mit drei intelligenten und lebhaften Herren. Sie haben die nächstjährige Bundestagswahl ins Auge gefaßt und sind im Begriff, für eine neue Partei zu werben, die als „national“ auftreten soll. Nun: die Parteien, die in der Bundesrepublik bisher eine Rolle spielen, sind – ohne sich ausdrücklich so zu bezeichnen – auch „national“. Keine dieser Parteien erstrebt eine weitere Aufsplitterung oder Klassenkampf oder erkennt etwa die Siegerregelungen 1945 an, jede wünscht die Wiedervereinigung. In Grundsatz und Theorie ist also eine Neugründung nicht zwingend geboten: das deutsche Revisionsbegehren wird von keiner der in der Bundesrepublik innenpolitisch wichtigen Gruppen bestritten und von jeder im Prinzip anerkannt und vertreten. Der nationalpolitisch kritische Punkt zeigt sich freilich in der Praxis: die bisher fast allein wirkenden Parteien haben sich dem ihnen vor fast zwei Jahrzehnten von den Besatzungsmächten auferlegten „Umerziehungs“-Wirken so eifrig verschrieben, und in der Fortsetzung dieses Irrwegs die politische und Verteidigungs-Abhängigkeit der Bundesrepublik so geduldig verankert, Staatsmittel für „Wiedergutmachung“ so nachhaltig verschleudert, daß der deutsche Kernstaat von heute – weit entfernt, das „Preußen“ eines kommenden wiedervereinigten Deutschlands zu werden – ernstlich geschwächt blieb und immer noch nicht in der Lage ist, sein Hauptanliegen aus eigenem Entschluß mit Nachdruck zu vertreten. Die geschehenen Unterlassungen und die eingetretenen Fehlentwicklungen

sind so offenkundig, daß es den „Berufspolitikern“ geraten erscheint, ernsthaften Erörterungen aus dem Wege zu gehen; so wird wohl auch im nächsten Wahlkampf die öffentliche Diskussion der deutschen Kernfragen von allen Parteien möglichst vermieden werden, weil sie zu einer für sie alle abträglichen Kritik herausfordern müßte. Das Unerfreulichste daran: die nächste Bundesregierung – von wem auch immer sie geführt werden mag – wird des stärksten Arguments erneut entraten müssen: der kraftvollen und weithin sichtbaren nationalen Willensbildung in unseren brennenden Schicksalsfragen. Wenn im Wahlkampf wieder nur die „großen“ Parteien, den Ton angeben, dann wird der deutsche Wähler noch einmal zwischen den Bildnissen schöner Männer und inhaltslosen Parolen nach dem Muster „Keine Experimente“ zu entscheiden haben. Diese bequeme Konvention, die für ein intelligentes Volk nachgerade beleidigend ist, entschlossen, angriffsfreudig und geistreich zu durchbrechen, würde einer neuen Partei gut anstehen und ihr gewiß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sichern. Im Karpfenteich der deutschen Innenpolitik wird ein Hecht benötigt. Er mag klein und darf jung, aber er muß ein Hecht sein.

1944: Die Lage im Westen

16. November 44

Zurück von einer schnellen Dienstfahrt in den Westen: Die Innenstadt von Hannover ein Trümmerfeld – aber die Straßen sind geräumt, die Menschenmassen fluten, die Arbeit geht weiter. Essen: hier ein Journalistentreffen in einem Bergwerksstollen. Man geht auch sonst so weit wie irgend möglich unter die Erde, denn die Luftbedrohung gilt den ganzen Tag. Daß die Zeitungen noch erscheinen, ist ein Wunder, aber das Wunder wird geschafft. Besuch beim Gauleiter Westfalen-Süd, der seinen Befehlsstand nach einem entgegengesetzten Prinzip eingerichtet hat: Auf einem Berg, von dem aus er fast das ganze Gaugebiet übersehen, Großbrände erkennen, Maßnahmen ergreifen und dort sofort hinfahren kann. wo überörtliches Eingreifen am dringendsten benötigt wird. Von Düsseldorf aus werde ich zum Hauptquartier des Generalfeldmarschalls Model mit einem Wehrmachtsfahrzeug abgeholt.

Model ist ein preußischer Offizier ungewöhnlichen Typs: nicht nur harter, bestimmter Soldat, sondern geistreich, sarkastisch, mit humorvollem Blick aus dem Monokel. Als Heeresgruppen-Oberbefehlshaber befehligt er hier den entscheidenden Raum für die bevorstehende Offensive. Besucher, die – wie ich – damit nichts Unmittelbares zu tun haben, empfängt er zum Abendessen und läßt dabei Bemerkungen fallen, die nur den Unterrichteten ganz verständlich sind. Die Kämpfe im Raum Aachen waren hart, sie haben sich in die Gegend des Roerflusses verlagert und erinnern an die Kampfverhältnisse des Ersten Weltkrieges: es geht wieder um Gräben und Waldstücke. Der Feldmarschall erwartet in Kürze einen neuen amerikanischen Angriff, ist aber zuversichtlich und überzeugt, daß dem Gegner der erstrebte Durchbruch erneut verwehrt werden kann. Wenn der Amerikaner dann in der Flanke angegriffen wird, ändert sich auch die Lage im Raum zwischen Aachen und Köln. Das Letztere sagte mir Model nicht, aber die ruhige Bestimmtheit, mit der er sich äußert, erklärt sich aus dieser Überlegung.

„Die Schuldigen des Zweiten Weltkrieges"

18. November 44

Seit Wochen beschäftigt mich zwischen der Tagesarbeit eine Artikelserie über die „Schuldigen des Zweiten Weltkrieges"; viele Unterlagen mußten zusammengesucht, Bücher gewälzt und freie Minuten zu Niederschriften genutzt werden. Jetzt ist das Manuskript endlich fertig und kann der Schriftleitung des VB zugehen. Der einleitende Aufsatz erörtert die Kernsätze der heutigen feindlichen Propaganda und die historischen Grundargumente, die ihnen entgegenzuhalten sind. Einige Sätze daraus*:

„Die Schlagworte der feindlichen Propagandamaschine lassen sich in den Sätzen zusammenfassen: Das deutsche Volk trachte danach, die Welt zu beherrschen, die preußische Militärkaste wolle die friedlichen Völker überfallen, eine teutonische Anbetung der Gewalt den Begriff des Rechtes auslöschen – und was dergleichen gemeingefährlicher Unsinn mehr ist, mit dem Millionenvölker sowohl in den Ersten wie in den jetzigen Weltkrieg gezerrt wurden.

---

* Erschienen im „Völkischen Beobachter", Norddeutsche Ausgabe, 19. November 1944.

Für den deutschen Leser, demgegenüber sich jedes Wort zu diesen dummdreisten feindlichen Parolen erübrigt, sind sie nichtsdestoweniger bemerkenswert und aufschlußreich. Wer solch irrsinnige Verdächtigungen ausgerechnet gegen ein Volk richtet, das jahrhundertelang nur der Schauplatz fremden Machtstreites war, während andere die halbe Welt eroberten, der muß sehr viel zu verbergen haben!

In Versailles wurde unter Berufung auf die Kriegsschuldlüge der Versuch unternommen, das *Deutsche Reich* zu vernichten. Der französische Marschall Foch verkündete damals stolzgebläht: ‚Es gibt zwar noch Deutsche, aber kein Deutschland mehr.' Ohne die Wiedererhebung 1933 hätte er gewiß recht behalten. Heute schreien die Morgenthau und Konsorten, daß Versailles zu milde gewesen sei, daß Deutschland nur getroffen werden könne, wenn das deutsche *Volk* zur Auflösung komme. Es sei der ‚Würger' unter den friedlichen Völkern (laut Vansittart), und solange es bestehe, könne deshalb kein Friede sein.

Erst vor wenigen Tagen hat nun ein bekannter britischer Journalist, George Glasgow, in der Oktober-Nummer 1944 der Monatsschrift ‚Contemporary Review' in einem Rückblick auf die britische Politik der Zeit vor 1914 Bemerkungen gemacht, die die Geschichte der antideutschen Kriege in ganz anderer Weise beleuchten, als es die Vansittart und Churchill wahrhaben wollen. Er schreibt: ‚Als die junge deutsche Nation klug, geschickt, fleißig und unternehmungslustig ihr Reich gründete, sah England in dem aufsteigenden Deutschland nur einen Rivalen. Für die dann einsetzende antideutsche Einkreisungspolitik trägt Großbritannien die Hauptverantwortung. Der Krieg von 1914 war die furchtbare und unvermeidliche Konsequenz dieser Politik.'

Übersetzen wir diese britischen Worte in eine deutlichere Sprache. Als das deutsche Volk – sechs Jahrhunderte nach dem britischen, vier Jahrhunderte nach dem französischen und hundert Jahre nach Gründung der USA – endlich seine politische Einheit schuf, trat es als neue Macht in den Kreis derer, die vorher die Welt unter sich aufgeteilt hatten. …"

Die weiteren Aufsätze dieser Artikelreihe befassen sich mit Wilson, dem „ersten Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges" der zwar Schlesien mit Cilicien verwechselte, aber dennoch die Versailler Grenzlinien bestimmte; mit Lenin und Stalin, die „vom Rußland der Sowjets zum Europa der Sowjets drängen"; mit Churchill, der „wie kein anderer in einem neuen Deutschland-Krieg ein Ziel persönlichen Ehrgeizes sah"; mit Franklin D. Roosevelt, der den Zweiten Weltkrieg „leiden-

schaftlich gewollt, planmäßig organisiert und bewußt herbeigeführt hat“, dann mit der Schuldfrage am Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, mit der russischen Ausrottungspolitik gegenüber den Wolgadeutschen und den Kaukasusvölkern, mit der Chaim Weizmann-Erklärung am Tag des Kriegsausbruches, schließlich mit den Vansittart, Morgenthau und ihren Nachbetern.

1964: Kriegsschuld-Diskussion mit Nachspiel

21. November 64

Ein unvorhergesehenes Erlebnis: Der „Arbeitskreis Kriegsschuldfrage“ hat mich in eine Stadt im Ruhrgebiet zu einem Vortrag eingeladen, den ich zusagte, als eine Reise mich in die Gegend führte.

Das Lokal war über Erwarten gut besetzt. Dicht gedrängt hatten etwa fünzig Jugendliche einer Sondereinladung Folge geleistet, die der „Arbeitskreis“ an einigen höheren Schulen der Stadt hatte verteilen lassen und in der die „hiesigen Geschichtslehrer“ apostrophiert wurden. Das Echo war der wohlorganisierte Besuch – unter Leitung eines älteren Herrn, der sich erst nach Schluß der Veranstaltung bemerkbar machte. Der offenbar erteilte Störungsauftrag blieb freilich unerfüllt. Das Thema lautete für die heutige Lehrmeinung des „zeitgeschichtlichen“ Unterrichts herausfordernd: „Wollte Hitler den Krieg?“ – so stand lapidar auf dem Einladungszettel.

Ich bemühte mich, die Begriffe zu klären: Verfolgte Hitler wirklich Ziele, die unbedingt zum Krieg führen mußten; war er wirklich ein Mann, der absolut „Feldherr werden wollte“, wie z. B. Napoleon usw. Meine Hauptargumente gruppierten sich um die tatsächliche Entwicklung der deutschen Revisionspolitik 1933–1939, zeigten auch die bewußten politischen Rückzüge, zu denen Hitler sich verstand um die Duldung des großdeutschen Nationalstaates seitens anderer Mächte zu erwirken: den Verzicht auf das Elsaß gegenüber Frankreich, auf Südtirol gegenüber Italien, auf Kolonien gegenüber England. Trotzdem begann der Krieg 1939 noch als ein Krieg um die Revision von Versailles, und war ganz gewiß ein Zusammenstoß mit Mächten, um deren Zustimmung, wenn nicht Freundschaft Hitler sich jahrelang politisch bemüht hatte. Ernster stellt sich die Frage nach dem „Hitler-Krieg“ hinsichtlich des Angriffes auf Ruß-

land im Juni 1941. Aber auch hier gibt es viele Gründe dafür, daß der Entschluß vom Gegner aufgenötigt wurde.

Die Diskussion, die schließlich im kleinen Kreis fortgeführt wurde, dauerte bis nach Mitternacht. Mit einer fast erheiternden Leidenschaft warfen sich vier oder fünf Gymnasiasten in die Bresche, um erneut zu behaupten, was ich gerade widerlegt hatte: Daß Hitler „Krieg um des Krieges willen" wollte und daß es ihm insbesondere um den Krieg von 1939 zu tun gewesen sei. Nichts blieb unzitiert – von „Mein Kampf" bis zu Ribbentrops Nachtgespräch mit Henderson am 29. August 1939. Auf den vorbereiteten Notizzetteln war so ziemlich das ganze mir so wohl bekannte Register der britischen Propaganda während des Zweiten Weltkrieges zitiert. Mit der braven Zähigkeit von Musterschülern hielten die jungen Leute an ihren eingelernten Fehldeutungen fest. Nur *ein* Einwand hat sie offensichtlich nachdenklich gemacht: Als ich vom „Recht der Rebellion" sprach, das Hitler und mit ihm das deutsche Volk damals in Anspruch nahm und in Anspruch nehmen durfte.

Als ich mit der letzten Gruppe schließlich den schon leeren Saal verließ, sprach mich der Herr Organisator an und wünschte mit überlegenem Lächeln zu wissen, was ich zu dieser Jugend sage. Ich blieb die Antwort nicht schuldig: „Die deutsche Jugend ist heute wieder, was sie immer war: diszipliniert; aber es ist eine Disziplin in Selbstzerstörung."

Natürlich war zu der Veranstaltung nicht „die" deutsche Jugend erschienen, wohl aber lernte ich einige besonders wohlgelungene Produkte der heutigen Schulpropaganda kennen, über deren Sinn sich nichts Begreifliches aussagen läßt. Man könnte sehr bitter werden und sagen: Vansittart und Morgenthau haben erreicht, was sie unter deutscher „Umerziehung" erhofften; aber man kann über ein solches Erlebnis auch sehr ironisch urteilen – das deutsche Volksbewußtsein wird nicht nur von Ministerialerlassen und von Studienräten bestimmt.

*

Die Sache hat noch ein Nachspiel; auch ein Lokalreporter war mit von der Partie. Was er ein paar Tage später seinen Lesern mitteilte, mußte ich in einem Brief an den Chefredakteur – ein Bekannter aus Berlin – denn doch berichtigen:

„Zu meiner Verblüffung muß ich feststellen, daß keine einzige in diesem Bericht mir zugeschriebene Aussage mit dem übereinstimmt, was ich tatsächlich ausgeführt habe.

Ich habe natürlich nicht erklärt, der Anschluß Österreichs und des Sudentenlandes sei ‚in sehr freundschaftlicher Form' erfolgt. Da ich ausführlich über Schuschniggs Krisenpolitik im Februar-März 1938 und über die Vorgeschichte der Münchner Konferenz referiert habe, muß Ihr Berichterstatter geistesabwesend gewesen sein. Dann aber litt er wieder an Überfunktion: er vernahm angebliche Ausführungen über Themen, von denen mit keinem Wort die Rede war. Ich habe gemäß dem mir gestellten Thema über die Vorgeschichte des West-Krieges 1939 und des Rußland-Krieges 1941 gesprochen; die Frage der im Kriege umgekommenen Juden wurde nicht erwähnt, und also auch keine Zahl erörtert. Selbstverständlich habe ich auch nicht behauptet, ‚die deutsche Zivilbevölkerung sei der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen'. Das ist eine angesichts der beispiellosen Haltung aller Schichten unseres Volkes im Bombenkrieg besonders unverschämte Unterstellung, die ich mit allem Nachdruck zurückweise.

Die von mir bei diesem im geschlossenen Kreis vorgesehenen Vortrag nicht erwartete Diskussion mit den jungen Gästen hat mir deshalb ehrlich Spaß gemacht, weil ich hier einem erfreulich munteren Interesse für historisch-politische Fragen begegnete. Das ist gewiß wichtiger als die noch von der derzeitigen Schuldisziplin beherrschten nationalmasochistische Denkrichtung der zu dieser Veranstaltung aufgebotenen 17–18-Jährigen. Sie werden eines Tages selbständig urteilen lernen, da habe ich gar keine Sorge. Penetrant unerfreulich ist dagegen ein niveauloser Journalismus, der einem unerwünschten Gegner nur mit Beschimpfung zu antworten versteht."

Diese kleine Affäre aus dem heutigen Zeitungsleben wirft noch ernster als die Zwangsausrichtung des Schulunterrichtes die Frage auf: „cui bono?" – welchen Zwecken dient diese Leidenschaft, wem soll sie nützen? Glauben diese Leute ernstlich, mit ihrer verlogenen Polemik den deutschen Interessen oder gar unserem Ansehen in der Welt zu dienen?

Wieder drängt sich eine Erinnerung auf: Mitte Oktober 1946 – am Tag nach den Hinrichtungen – war ich als internierter „Zeuge" in das Gefängnis des Nürnberger Justizpalastes eingeliefert worden. Dort kursierte eine Geschichte, die leider wahr sein dürfte. Göring hatte sich am Abend des 16. Oktober durch Freitod dem düsteren Schauspiel entzogen. Als das Ereignis bemerkt wurde und die bereits versammelten Zuschauer in der

Gefängniszelle den Leichnam des Reichsmarschalls besichtigten, warf ein bayerischer Funktionär die Frage auf, ob der Tote „nicht doch noch gehenkt werden“ könne. Dieser Mann hatte zwar den demonstrativen Sinn der Nürnberger Tötungsjustiz richtig erfaßt, aber er bekam von einem amerikanischen Offizier dennoch die schneidende Antwort: „So hassen, wie Sie es tun, können auch nur die Deutschen.“

1944: FHqu in Berlin

22. November 44

Jetzt – einen Monat, nachdem in Wolfsschanze bereits die Kisten gepackt waren – ist das Führerhauptquartier wieder nach Berlin verlegt worden, und zwar nun nicht mehr unter dem Druck einer nahenden Front, sondern weil man sich jetzt immer stärker auf die bevorstehende Westoffensive konzentriert.

Der Wehrmachtführungsstab arbeitet in Zossen, die tägliche Lagebesprechung findet in der Neuen Reichskanzlei im großen Führer-Arbeitszimmer statt. Wenn Dr. Dietrich verhindert ist, was in Berlin häufiger der Fall ist als in Wolfsschanze, schickt er mich zur „Lage“. Es gibt dort zwar für uns wenig zu tun, aber doch manches zu erfahren; gelegentlich kommen politische Themen zur Sprache und der Führer vergewissert sich dann: „Ist jemand von der Presse da?“

Als ich heute zum ersten Mal wieder zur „Lage“ komme, nimmt mich ein Adjutant beiseite und läßt mich ein Blatt Papier unterschreiben, auf dem zu lesen ist, daß ich mit sofortiger Erschießung zu rechnen habe, falls ich nur ein Wort über die bevorstehenden Operationen mit Personen spreche, die nicht Teilnehmer der Lagebesprechung sind.

Noch im Oktober wurde in Wolfsschanze die geplante Westoffensive nur gesondert erörtert, jetzt wird auch schon in der allgemeinen Lagebesprechung gelegentlich einiges darüber gesagt: deshalb dieser Revers.

Dr. Dietrich, der im Oktober niedergedrückt und pessimistisch war, ist wieder lebhafter geworden. Ihn beschäftigen vor allem die täglichen Anzeichen beträchtlicher Meinungsverschiedenheiten und sonstige politische Schwierigkeiten im alliierten Lager, wie sie beispielsweise in Griechenland dramatisch in Erscheinung treten. Dort haben die kommunistischen Verbände

einer schon vor vier Wochen erlassenen Entwaffnungsanordnung Widerstand entgegengesetzt und es ist bereits soweit, daß die Engländer aus Italien Truppen abziehen müssen, um sich in Griechenland halten zu können. Versorgt werden die kommunistischen Aufständischen vermutlich von Tito, wenn nicht von den Russen selbst. Man kann also fast sagen, daß in der Gegend von Athen die „Verbündeten“ bereits aufeinander schießen.

Bei uns hat man unter dem Druck der Ereignisse ein bisher als zu „heiß“ empfundenes Eisen aufgegriffen: Der Reichsführer SS hat kürzlich den bisher kriegsgefangenen sowjetrussischen General Wlassow empfangen, der eine Freiwilligen-Armee aufstellen will. Da Wlassow zwar Antibolschewist, aber doch „Großrusse“ ist, stehen dabei ideologische Probleme im Weg, die in der Tagesparole sorgfältig formuliert werden:

„Bei der Behandlung der Wlassow-Aktion, deren Ziel eine geschlossene Frontstellung der Völker Rußlands gegen den gleichfalls alle Völker des russischen Raumes umfassenden Bolschewismus ist, muß stets darauf geachtet werden, daß die berechtigten nationalen Bestrebungen der einzelnen nichtrussischen Völker keine Mißachtung von deutscher Seite erfahren. Während wir für unseren militärischen und politischen Kampf gegen den Stalinschen Bolschewismus die unter dem Namen Wlassow stehende Gesamtaktion stützen, sind wir andererseits bestrebt, die nationalen Widerstandsbewegungen der einzelnen Völker nicht durch eine großrussische Ausdeutung des Wlassowschen Aktionsprogramms zu schwächen oder abzutöten.“

1964: Pater Bormann

23. November 64

Auch das gehört zum Bild der Gegenwart: Kürzlich wurde im Kongo, wo er mit anderen Weißen den Aufständischen in die Hände gefallen war, ein Pater Martin Bormann gerettet und von der Weltpresse beachtet, wie ein Prominenter der Politik. Heute verkünden die Zeitungen, daß der hessische Generalstaatsanwalt für Hinweise, die „zur Ermittlung der Person, des Aufenthaltes und zur Auslieferung“ des Vaters jenes jungen Geistlichen, nämlich des Reichsleiters Bormann führen könnten, eine Belohnung von 100000 DM ausgesetzt hat. Dabei erfährt man, daß Borman bereits 1954 von einem Berliner Amtsgericht behördlich für tot erklärt wurde, nachdem Augenzeugen gesehen hatten, wie er bei der Explosion eines Panzers getötet

wurde. Die Parole „100000 DM für Bormann" ist also für den Herrn Generalstaatsanwalt ziemlich risikofrei; niemand wird in die Tasche greifen müssen und die Zeitungen haben dennoch eine Schlagzeile. In der Welt wird man sich zwar wieder einmal über die Deutschen wundern, aber der Publizitätswert des Pater Bormann wird weiter steigen. ...

1944: Dalmatien – Kairo – Lissabon

24. November 44

Dr. Dietrich macht mich auf einige interessante Umstände aufmerksam, die in den letzten Lagebesprechungen in Wolfsschanze zur Sprache gekommen sind: Obwohl sich nun unsere Griechenland-Armee durch den Balkan zurückkämpft (die schwierige Operation verläuft bisher befriedigend), sind in diesem Raum nirgends Engländer aufgetreten. Es wäre für sie nicht schwierig, von Italien aus an der dalmatinischen Küste zu landen und nach Kroation einzudringen. Außer Materiallieferungen für Tito (von denen dieser vermutlich einiges an die griechischen Kommunisten abgibt) ist nichts dergleichen festgestellt worden. Obwohl in London eine jugoslawische Exilregierung sitzt und König Peter dort lebt, scheint dieser Bereich ebenfalls als Reservat der Russen zu gelten.

Ein weiterer Krisenpunkt hat sich für die Engländer im Nahen Osten entwickelt. Am 7. November wurde in Kairo der dort residierende britische Nah-Ost-Minister Lord Moyne auf offener Straße erschossen, und es ist inzwischen bekannt geworden, worum es bei dieser Bluttat ging. Als Mörder wurden zwei junge Juden verhaftet, die den britischen Minister im Verdacht hatten, gegen die Schaffung eines jüdischen Staatswesens in Palästina tätig zu sein. In britischen Nachrufen war davon die Rede, daß Lord Moyne sich das „Vertrauen vieler arabischer Staatsmänner" erworben habe. Da das jüdische Palästina-Projekt bereits eine deutliche Förderung durch die Amerikaner erfährt, steht die britische Politik auch hier vor einer Schwierigkeit. Sogar innerhalb des Commonwealth scheint es in dieser Frage Auseinandersetzungen zu geben, denn aus Canberra kam dieser Tage die Nachricht, daß die australische Regierung sich weigere, einem jüdischen Ansiedlungsplan in Nordwestaustralien zuzustimmen. Man habe nichts gegen

Juden, die einzeln einzuwandern wünschen, aber sie müßten in üblicher Weise so angesiedelt werden, daß ihre Einmischung in die angesessene Bevölkerung begünstigt werde und sich nicht eine abgesonderte Gruppe bilde.

Aus Lissabon wird berichtet, daß Erzherzog Otto von Habsburg aus den Vereinigten Staaten kommend dort eingetroffen ist. Er lebt seit 1940 in Amerika; die Agenturen melden, er habe sich zum Dienst in der amerikanischen Armee freiwillig gemeldet, sei jedoch abgewiesen worden. Jetzt prüfe er im Zusammenwirken mit den Alliierten, ob er eine „Proklamation“ an die Österreicher erlassen soll (oder: darf). Interessant ist in diesem Fall, daß von Ungarn nicht die Rede ist, obwohl dieses Land im Gegensatz zu Österreich formell noch Königreich ist und die Habsburger dort nie abgedankt haben. Ottos Vater hat 1920–21 zweimal den Versuch gemacht, diesen Thron wieder zu gewinnen. Die Erklärung für Ottos diesbezügliche Schweigsamkeit ist einfach: Die Russen würden sich eine auch nur propagandistische Einmischung des Erzherzogs in ungarische Angelegenheiten verbitten und die „Alliierten“ respektieren Ungarn als sowjetisches Interessengebiet. So läßt sich in kleinen Nachrichten oft mancherlei Bemerkenswertes entdecken.

1964: „Verlorene zwanzig Jahre“

25. November 64

In München in größerem Kreis eine wortreiche Diskussion, an der sich ein Bonner Minister, zwei Bundestagsabgeordnete, ein amerikanischer Diplomat und schließlich noch ein russischer Journalist beteiligen.

Der Hauptredner, Sozialdemokrat sudentendeutscher Herkunft, verficht die Idee gezielter deutscher Wirtschaftshilfe für die Ostblockstaaten. Davon verspricht er sich ein weiteres Abrücken der dortigen Regime von Moskau, eine Auflockerung des europäischen Ostens und – unausgesprochen – eine Wiederherstellung deutschen Einflusses. Den Einwand, daß auch reine Wirtschaftsmaßnahmen die dortigen Regime innenpolitisch stärken, nimmt er in Kauf; er will allerdings, daß die Hilfe jeweils zweckgebunden gewährt wird, also ernstlich der Bevölkerung und ihren Konsumbedürfnissen zu Hilfe kommt. Auch unser Autobahnnetz soll in den Donauraum fortgesetzt werden usw.

Sein Kollege von anderer Parteifarbe ist der Sache nach ähnlich gesinnt; er findet, daß unsere Sowjetzone sich von den „national-kommunistischen“ Staaten des Ostblocks dadurch beträchtlich unterscheidet, daß diese ihre Völker als Basis hätten, während „dem Ulbricht die Nation fehlt“. Wir wiederum sollten uns nicht verleiten lassen, ein „bundesrepublikanisches Nationalgefühl“ entwickeln zu wollen, sondern nur ein gesamtdeutsches. (Diese Forderung in Gottes Ohr; was würde man am Wiener Ballhausplatz dazu sagen, wenn Bonn sich öffentlich zu solchen Parolen bekennen wollte?!)

Der Bundesminister steuert Bemerkungen über die schwierige Lage bei, in der sich die Bundesregierung hinsichtlich des Berlin-Verkehrs befindet. Daß die 160 Kilometer von Helmstedt bis Berlin unter Kontrolle „einer anderen Macht“ stehen, bietet für Herrn Ulbricht Ansätze zu Erpressungen jeglicher Art. Die Worte des Ministers sind viel geschliffener, aber der Sinn lautet so.

Der Diplomat von der Botschaft der Vereinigten Staaten verbreitet sich über die Frage, was „Entspannung“ bedeutet: Angeblich nicht mehr als „Abwesenheit einer Krise“. „Wenn wir in Berlin unter Druck der Russen sind, dann gibt es Krise und keine Entspannung. Aber wenn der Druck aufhört, wie er 1963 aufhörte, dann gibt es schon eine Art Entspannung über Berlin.“ Die Berliner Mauer, die 1963 keineswegs „aufhörte“, ist offenbar kein „Druck“, der einer russisch-amerikanischen Entspannung im Wege steht. Sie durchschneidet ja auch nicht den New Yorker Broadway.

Schließlich kommt noch der sowjetische Korrespondent zu Wort, der in gebrochenem Deutsch eine verblüffende Äußerung von sich gibt: „Chrustschow lebt“, so berichtet er von seinem kürzlich gestürzten Kreml-Chef, „aber Kennedy ist tot“.

Damit will er vermutlich andeuten, um wieviel liberaler und humaner als die amerikanische sich die heutige sowjetische Wirklichkeit darstellt.

Etwas verwirrt gehen die Besucher nach Hause – immerhin darüber aufgeklärt, daß eine Randbemerkung des Hauptredners über „verlorene 20 Jahre“ ins Schwarze trifft: Es ist nichts geschehen und es steht kein Ereignis in Aussicht, das die im Jahre 1945 durch Stalin und Roosevelt geschaffene machtpolitische Lage in Mittel- und Osteuropa ernstlich verändern würde.

1944: U-Boote mit „Schnorchel"

29. November 44

Noch ein Hinweis Dr. Dietrichs aus den Lagebesprechungen der letzten Wochen: unsere U-Boot-Kriegführung ist wieder „im Kommen". Seit anderthalb Jahren hatte die feindliche Luftüberwachung in den für die erfolgreiche U-Boot-Kriegführung in Betracht kommenden Seegebiete den U-Boot-Einsatz so schwierig und verlustreich gemacht, daß er fast zum Erliegen kam. Infolge der feindlichen Ortungsgeräte war es den Booten nicht einmal mehr nachts möglich, aufzutauchen, um Luft zu schnappen, sich mit Hilfe ihrer Dieselmotoren weiter zu bewegen und die Batterien für die Unterwasserfahrt aufzuladen. Jetzt hat man einen „Schnorchel" entwickelt, durch den die Boote in die Lage versetzt sind, dauernd unerkannt unter Wasser zu fahren und dennoch mit Frischluft versorgt zu werden. Die Umrüstung unserer ganzen U-Boot-Flotte ist im Gange und die ersten Feindfahrten der „Schnorchel-Boote" haben bereits Erfolge gebracht. Während der Feind fast ein Jahr lang verhältnismäßig sicher über den Atlantik fahren konnte (obwohl er natürlich das kräfteverzehrende Geleitzugsystem beibehalten und viele Fahrzeuge für die Überwachung einsetzen mußte), sieht er seinen Nachschub jetzt wieder ernsthaft gefährdet. Die Marineleute zeigen sich erfrischt und guten Mutes.

1964: Die weiße Minderheit

29. November 64

Besuch des Mr. P. aus Pakistan. Er ist ein junger Engländer der „alten Schule", d.h. er betont, was stillschweigend viele wissen, aber nur wenige noch zu sagen wagen: daß die Engländer in der Welt, insbesondere in Indien, eine überdimensionale Pionierarbeit geleistet haben. Freilich haben sie dort nach seiner Ansicht schon im vergangenen Jahrhundert begonnen, die eigene Stellung zu untergraben. Schließlich sei das heutige England dadurch gekennzeichnet, daß seine Oberschicht „zu Dreiviertel nicht mehr englisch ist" und in merkwürdiger Leidenschaft *gegen* die Stellung des weißen Mannes in der Welt wirkt. Zum Thema Hitler bemerkt Mr. P.: „Es ist seltsam, daß dieser Mann, der soviel über den jüdischen Welteinfluß gesprochen hat, seine eigene Propaganda nicht wahrhaben wollte und überrascht war, als England sich ihm entgegenstellte."

Wir fahren gemeinsam durch München, besuchen die Pinakothek – er ist begeistert, zum ersten Male Originalwerke Dürers zu sehen, die „Vier Apostel", das „Selbstbildnis von 1500". Aber auch einige Niederländer, vor allem Brueghel fesseln ihn: Diese Menschen-Typen, die da vor fünfhundert Jahren gelebt haben und dargestellt sind – denken wir uns andere Kleider zu ihnen – die Menschen selbst sind heute noch die gleichen!

Das ist das Merkwürdige an den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts: Sie haben – wie es scheint – dem weißen Mann seine Stellung in der Welt gekostet, sie haben in Mitteleuropa ganz unerträgliche Verhältnisse geschaffen, aber die Völker, die einst die „Moderne" geschaffen haben, auf die wir uns soviel zugute halten, sind doch im wesentlichen noch am Leben geblieben. Es mag sein, daß einige Spitzenschichten verändert sind, aber der gesunde Zustrom aus einer beträchtlichen Reserve hält noch an. Und solange das der Fall ist, gibt es keinen Grund, die Segel zu streichen.

Die Verhältnisse im indischen Bereich, in den Mr. P. zunächst wieder zurückkehrt, sind freilich entmutigend. Die Stellung der dort noch tätigen Weißen wird systematisch geschwächt und sie wird – wenn die Entwicklung so weitergeht – eines Tages auch dort in einem Chaos untergehen. Mein Gast war bereits in London, um seine Rückkehr vorzubereiten, aber er will nicht in England bleiben; dort erscheinen ihm die Verhältnisse zu eng: sein Ziel ist Südafrika – diesen Punkt der Erde beurteilt der Vielgereiste heute als den interessantesten, wenn nicht entscheidenden Bereich der großen Auseinandersetzung. Hier wird sich nach seiner Ansicht zeigen, was stärker ist: der Lebenswille der weißen Minderheit oder die farbige Überschwemmung.

1944: Churchill und die Bomben

30. November 44

Churchill wird heute siebzig. Als eine Art Geburtstagsgruß ist kürzlich in London ein Buch des britischen Unterstaatssekretärs I. M. Spaight veröffentlicht worden, in dem in erstaunlicher Offenheit über den britischen Bombenkrieg gesprochen wird. Wir haben über Stockholm ausführliche Zitate aus diesem Buch „Bombing vindicated" (zu deutsch

etwa: „Bombenwurf gerechtfertigt") übermittelt erhalten und sie den Zeitungen zur Verfügung gestellt.

Das Buch stellt geradezu eine Verherrlichung des britischen Bombenkrieges dar, des „strategischen Bombardements", das als Erfindung der britischen Kriegführung gerühmt wird. Spaight befaßt sich zunächst ausführlich mit der Geschichte des Luftterrors. Er erkennt ausdrücklich die Aufrichtigkeit der deutschen Vorschläge von 1935 und 1936 zur Unterbindung des Bombenkrieges im Hinterland an und unterstreicht den Ernst, mit dem diese Vorschläge der Welt unterbreitet wurden, in seiner Darstellung des Aufbaues der deutschen Luftwaffe. Sie war nach Spaight für die Zusammenarbeit mit der Erdtruppe geschaffen, man habe in ihr in Deutschland nur eine neue Form der Fernartillerie gesehen.

So ernst die Vorschläge zur Abschaffung des Bombenkrieges von deutscher Seite gemeint waren, so wenig ernst wurden sie in England genommen. Spaight teilt mit, daß Großbritannien seine Luftwaffe schon mehr als 20 Jahre vor Beginn des Krieges vom Heer freigemacht habe. Während die deutsche Luftwaffe nur für den taktischen Einsatz vorgesehen war, hat Großbritannien von Anfang an auf den strategischen Bombenkrieg hingearbeitet, den Terrorkrieg hinter den Fronten, als dessen entscheidenden Stichtag Spaight den 11. Mai 1940 heraushebt. Wie Spaight zugibt, leiten die berüchtigten Viermotorigen ihren Ursprung auf das Jahr 1936 zurück. Schon damals faßte man den Entschluß zum Bau großer Langstreckenbomber, die größere Bombenlasten tragen sollten als eine ganze Staffel damals es vermochte.

Das Buch bestätigt weiter, daß sich die deutsche Haltung zum Luftkrieg nach Kriegsausbruch nicht geändert hat. Man erwartete nach dem Zusammenbruch Polens entscheidende Luftangriffe auf England. Sie blieben aus und „die Erklärung lag darin", so schreibt Spaight, daß eine Bombardierung von „strategischen" Fernzielen nach deutscher Ansicht „ein Mißbrauch der Luftwaffe gewesen wäre". Auch die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die von Churchill und Genossen so gern gegen uns angeführt werden, gehörten, wie Spaight ausdrücklich bestätigt, zur taktischen Offensive, da in beiden Fällen die deutschen Armeen vor den Toren standen.

Im Gegensatz dazu war es von Anfang an der Zweck der britischen Bomberkommandos, Deutschland zu bombardieren:

„Wir haben angefangen, Ziele auf dem deutschen Festland mit Bomben anzugreifen, ehe die Deutschen angefangen haben, Ziele auf dem britischen Festland anzugreifen. Das ist eine historische Tatsache, die offen zugegeben worden ist."

So offen ist das freilich bisher noch *nicht* zugegeben worden!

Der 11. Mai 1940 sei der Tag gewesen, „an dem wir unsere strategische Luftoffensive gegen das Reich eröffneten" und dies habe eine „großartige Entscheidung bedeutet"; der 11. Mai 1940 war auch der erste Tag, an dem *Churchill* britischer Premierminister war. Ob diese Erinnerung in den heutigen Festartikeln der englischen Zeitungen wohl gebührend hervorgehoben wird? Oder wird man *dieses* Kapitel Churchillscher Leistungen angesichts der täglich einschlagenden V 2-Geschosse lieber unerwähnt lassen?

1964: Das britische Empire

30. November 64

Der konservative Unterhaus-Abgeordnete Mr. Enoch Powell ist, wie dieser Tage in der „Times" zu lesen war, der in England heutzutage „von nahezu jedermann geglaubten Ansicht" entgegengetreten, „England sei seiner imperialen Größe verlustig gegangen". Es sei ein gefährlicher Mythos, dem das englische Volk sich derzeit hingebe und der da laute: England, das Generationen hindurch als mächtiges Empire aufgebaut hat, habe es „in knapp einer Lebenszeit verloren oder aufgegeben, teils aus Schwäche, teils aus Gutmütigkeit, teils aus anderen Gründen". Unter diesen „anderen Gründen" wird im Stillen an die beiden Deutschland-Kriege gedacht.

Mr. Powell bestreitet natürlich nicht, daß das Empire aufgelöst ist, sein Argument ist originell: Nach seiner Ansicht hat es nie existiert, nicht einmal das bekannte alte Wort „Britannia rules the waves" hatte jemals ernsthafte Bedeutung. Er gibt nur zu, daß einige Leute vom Schlage Joseph Chamberlains Ende des 19. Jahrhunderts von solchen Phantasien geplagt waren.

Radikale Vergeßlichkeit ist zwar die bequemste, aber dennoch keine empfehlenswerte Methode, sich mit Verlusten abzufinden;

gewiß – sie erspart das Nachdenken, doch der Nutzen solcher Ersparnis ist begrenzt.

Churchill, der am heutigen Tage neunzig Jahre alt wird, hat sich in jüngeren Tagen zu ganz anderen Ansichten bekannt als Mr. Powell; noch während des Zweiten Weltkrieges hat der Premierminister öffentlich versichert, er wolle keineswegs den „Vorsitz bei der Auflösung des Empire" führen. Dieses Erlebnis ist ihm freilich nicht erspart geblieben – eine Art ausgleichender Gerechtigkeit dafür, daß er alle seine großen Freunde und Feinde überlebt hat, nicht nur Roosevelt, Hitler und Mussolini, sondern auch Stalin. In den Bildern des alten Churchill, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden, zeigt sich allerdings ein völlig geistesabwesender Blick – altersbedingte Bewußtseinstrübung scheint den Vorhang vor diesem abenteuerlichen, nicht nur für uns, sondern auch für sein Land verhängnisvollen Leben bereits gesenkt zu haben.

1944: Gaullismus

1. Dezember 44

Der gaullistische General Leclerc, dem es kürzlich in einem überraschenden Vorstoß gelungen ist, bis Straßburg vorzudringen, ist sehr übermütig geworden. Er hat dort natürlich noch mit deutschen Widerstandsnestern zu kämpfen und verkündete, er werde aus Kriegsgefangenen Geiseln bestimmen und von ihnen jeweils fünf erschießen lassen für jeden französischen Soldaten, der in Straßburg noch zu Tode käme. Das hat eine scharfe Erklärung unsererseits hervorgerufen, in der darauf hingewiesen wird, daß sich mehrere hunderttausend französische Kriegsgefangene in unserer Hand befinden und daß wir entsprechende Repressalien ergreifen können. Angesichts der neuen Drohungen und sich mehrender ähnlicher Verletzungen des internationalen Kriegsrechts von alliierter Seite (Versenkung eines Lazarettschiffes, Luftangriffe auf Krankenhäuser und sonstige gekennzeichnete Rotkreuz-Einrichtungen usw.) stelle sich die Frage, ob Deutschland weiterhin die Genfer und Haager Konventionen zu respektieren habe, nachdem sie von unseren Feinden gebrochen werden.

Das alliierte Hauptquartier General Eisenhowers beeilte sich, bekanntzugeben, daß General Leclerc seine Befugnisse

überschritten hat und daß die alliierten Expeditions-Streitkräfte die internationalen Verträge beachten, wonach es verboten ist, Kriegsgefangene als Geiseln zu nehmen. Hinsichtlich der ebenfalls verbotenen Angriffe auf Lazarette schweigt man sich allerdings aus.

3. Dezember 44

General de Gaulle, dessen „Befreiungs-Ausschuß" erst kürzlich von den Alliierten als französische Regierung anerkannt wurde, ist in Moskau eingetroffen und mit „großem Bahnhof" empfangen worden. Nicht nur Molotow erschien, sondern auch General Antonow, der Chef des sowjetischen Generalstabes. Das wird dem Franzosen besonders geschmeichelt haben, denn der militärische Beitrag, den die Gaullisten im Westen leisten, ist denkbar gering und beschränkt sich auf ein paar Divisionen. Die Hauptmacht stellen die Amerikaner.

1964: Johnson und die Deutschlandfrage

3. Dezember 64

Der amerikanische Präsident Johnson hat sich in einer Ansprache der Deutschlandfrage erinnert, und seitdem ist die Weltdiskussion wieder einmal – kurzfristig – mit der Tatsache beschäftigt, daß in Mitteleuropa Zustände herrschen, die zu der „UN-Charter" in krassem Widerspruch stehen.

Der Hintergrund solcher Einsichten ist klar genug: Seit Moskau wieder mit China verhandelt, sucht man in Washington nach einem Auskunftsmittel, um die Russen wenigstens zu ärgern. Das ist immerhin günstiger als die Bemühungen, sich auf deutsche Kosten mit ihnen zu verständigen, wie sie sich bis Chrustschows Sturz so deutlich abzeichneten.

1944: Griechisches Chaos

7. Dezember 44

Die Nachrichten aus Griechenland sind so dramatisch, daß uns die Finger jucken. Offenkundig hält sich die Regierung Papandreou nur noch auf den Spitzen britischer Bajonette, während die Bolschewisten die Macht im Lande bereits weitgehend an sich gerissen haben. Die Engländer werden noch weitere Truppen aus Italien abziehen müssen, um der Lage

Herr zu werden; niemand weiß, ob es ihnen gelingen wird. Dr. Dietrich formuliert vorsichtig für die Tagesparole:

„Die Vorgänge in Griechenland, die völlig unübersichtlich geworden sind und deren weitere Entwicklung voraussichtlich militärischen Charakter tragen wird, haben noch nicht das Stadium erreicht, in dem sich ein abschließendes Urteil aussprechen läßt. Die Ereignisse sind deshalb unter dem Leitgedanken ‚Chaos auf Kosten des griechischen Volkes' nachrichtlich gesammelt wiederzugeben, ohne in der Kommentierung der weiteren Argumentation vorzugreifen."

Es ist natürlich möglich, daß die Engländer genügend Verstärkungen nach Griechenland transportieren und auf diese Weise die Ordnung wieder herstellen.

Japan – China – Rußland

8. Dezember 44

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz spitzen sich die Entwicklungen neuerdings merkwürdig zu. Einerseits haben die Amerikaner nach harten Kämpfen die Philippinen erreicht und greifen seit einigen Tagen mit Bomberverbänden Yokohama und Tokio aus der Luft an. Andererseits ist der japanischen Armee in China ein Durchbruch in Richtung Chungking gelungen. Es geht hier um sehr weite Strecken und die japanischen Spitzen sind noch 300 Kilometer von ihrem Ziel entfernt, aber die Stadt Chungking ist so ziemlich der letzte Regierungssitz, zu dem Tschiang Kai-schek sich zurückziehen konnte, nachdem er früher Nanking und Hankau aufgegeben hatte. Ein britischer Korrespondent meldet aus Chungking, China sehe sich „der größten Bedrohung gegenüber, seit der chinesisch-japanische Krieg vor siebeneinhalb Jahren ausbrach".

Die Japaner, die mit den Russen im März 1941 einen „Nichtangriffs-Vertrag" geschlossen haben, waren kürzlich sehr überrascht, als Stalin sie in seiner Rede zum 7. November als „Aggressor-Staat" bezeichnete – so etwas ist in der Tat eine nicht übliche Redewendung über Regierungen, mit denen man im Frieden lebt. Nach einigen Tagen betroffenen Schweigens hat Domei, die japanische Nachrichtenagentur, eine sorgfältig formulierte Erklärung veröffentlicht. Die Stalinsche Bemerkung habe die japanische Öffentlichkeit überrascht und verletzt, die Regierung enthalte sich jedoch jeglichen Kommen-

tars. Die amtliche Agentur ihrerseits unterdrückte jedoch nicht den Hinweis, daß Japan kämpfe, um die Völker Groß-Ostasiens vom amerikanischen und britischen Imperialismus zu befreien, und daß Befreiung und Aggression „zwei verschiedene Dinge" seien. Geheimnisvoll las sich die weitere Bemerkung der Domei-Erklärung vom 9. 11.:

„Es ist natürlich zu erwarten, daß die Politik Rußlands sich ändert, wenn neue Situationen das verlangen. Japan muß ebenso eine realistische Politik verfolgen, die sich auf jede von den Russen geschaffene neue Situation einrichtet. Stalin hat in seiner Rede das Chungking-Regime nicht erwähnt. Das ist bemerkenswert."

Sollte das eine Anregung an Stalin sein, sich mit Japan über China zu verständigen?

8. Dezember 64

Die Politik Japans während des Zweiten Weltkrieges (und auch heute) zu begreifen, war und ist nicht immer einfach. So fand ich kürzlich in „Nation Europa" einen Aufsatz, zu dem mir eine sachliche Erwiderung unerläßlich schien; sie ist dieser Tage im Dezember-Heft der Zeitschrift erschienen:

„Unter der – nicht unzutreffenden – Überschrift ‚Ein Bündnis, das keines war', ist im NE-November-Heft der einleitende Satz zu lesen: ‚Die Geschichte des deutsch-japanischen Bündnisses ist die Geschichte des Versagens unserer Außenpolitik'; es folgen knappe 70 Zeilen einer einseitigen Argumentation. Solche Sentenzen und eiligen Schlüsse, sind wir zwar in anderen publizistischen Organen der deutschen Gegenwart durchaus gewohnt, in ‚Nation Europa' aber bislang nicht; hier wird historische Kritik in der Regel sorgfältiger gehandhabt.

Die Memoiren eines zeitweiligen japanischen Außenministers, der – obwohl ‚Kriegsverbrecher' – nach dem Kriege die gleiche Stellung wieder erstrebte (und erreichte), sind nicht die einzige verfügbare Quelle zur Beurteilung der seinerzeitigen deutschen Japanpolitik.

Der ursprüngliche Befürworter deutscher außenpolitischer Bemühungen um ein Gesprächsthema mit Japan war der bekannte Geopolitiker und Freund von Rudolf Hess, Professor Haushofer, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg drei Jahre lang als deutscher Generalstabsoffizier in Japan tätig war, aufsehenerregende Werke über diese emporstrebende ostasiatische Macht skizziert hatte und dem es ganz gewiß nicht an ‚Wissen der Geschichte, der Mentalität und den politischen Zielen des Partners' mangelte. Hitler war realistisch genug, um bei aller Wertschätzung der Haushoferschen Hinweise zu

berücksichtigen, daß Ostasien und Europa zwei verschiedene Räume sind, und daß von einer japanisch-deutschen Verständigung deshalb nur undirekte Wirkungen zu erwarten waren. So blieb es bekanntlich zunächst bei dem ideologischen Antikomintern-Pakt, erst im Kriegsverlauf wurde der sogenannte ‚Dreierpakt' geschlossen, dem von deutscher Seite die Idee zugrundelag, die Rooseveltschen Kriegsleidenschaften zu dämpfen.

Die zwei Kernbehauptungen des NE-Kurzaufsatzes sind sachlich unzutreffend. Natürlich wurde im August 1939 die japanische Regierung durch ihren Berliner Botschafter Oshima über die damalige Neuorientierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unterrichtet. Da dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt monatelang englische Bemühungen um ein Militärbündnis mit Moskau vorangegangen waren, das für Japan sehr ernste Folgen hätte haben können, weil England damals noch über eine asiatische Position verfügte, konnte von einer Mißachtung der japanischen Interessen keine Rede sein. Daß man in Tokio ein Jahr später dann den Dreimächtepakt schloß, zeigt, daß man dort die vorhergegangene politische Situation des Sommers 1939 richtig gewürdigt hat.

Auch die Behauptung, im März 1941 sei der japanische Außenminister Matsouka ‚ahnungslos' von Berlin nach Moskau gereist, ist eine Fabel, die sich schon aus dem darüber vorliegenden Schrifttum widerlegt. In Wirklichkeit ist Matsuoka in Berlin in nicht zu überbietender Deutlichkeit über die aufgetretenen Differenzen zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterrichtet worden. Darüber geben nicht nur die Erinnerungen des damaligen deutschen Außenministers (Ribbentrop: ‚Zwischen London und Moskau', Seite 247 ff.) Auskunft; im Tokioter ‚Kriegsverbrecher'-Prozeß wurde der dort angeklagte Botschafter Oshima vor allem deshalb zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil ein Protokoll über seine damaligen Berliner Gespräche mit Matsuoka erhalten geblieben ist, in dem er den japanischen Minister mit Rücksicht auf die eingetretene deutsch-russische Spannung geradezu beschworen hat, den vorgesehenen Moskauer Vertrag *nicht* abzuschließen. Daß das trotzdem geschehen ist, hat seinen Grund wieder in dem Satz: Ostasien ist nicht Europa.

Natürlich wäre sowohl Japans wie Deutschlands Schicksal glückhafter verlaufen, wenn etwa Japan im Dezember 1941 Rußland und nicht die USA angegriffen hätte. Aber konnte die in China seit Jahren kämpfende japanische Armee eine solche Aufgabe übernehmen, mußte die japanische Kriegsführung sich nicht zunächst wieder Zugang zu den durch das amerikanische Öl-Embargo verschlossenen Rohstoffquellen verschaffen? Solche Fragen sehen, heißt bereits die Oberflächenbetrachtung verwerfen, die davon ausgeht, es habe nur

deutscher Geschicklichkeit bedurft, um die japanischen Entschließungen in eine für uns günstigere Richtung zu lenken. ..."*

„In Deutschland sein, heißt in Europa sein"

14. Dezember 44

Seit vorgestern in Wien zur Jahrestagung der „Union Nationaler Journalisten-Verbände". Der Berliner Nachtzug hatte einige Stunden Verspätung, kam aber doch bis zum stark ange-

---

* In den Hitler-Bormann-Aufzeichnungen (vgl. Seite 22) sind unter dem Datum 18. Februar 1945 folgende Äußerungen Hitlers wiedergegeben:

„Japans Eintritt in den Krieg verursachte uns keine Besorgnisse, obwohl es offenkundig war, daß die Japaner Roosevelt das Geschenk eines gußeisernen Vorwands lieferten, die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns zu bringen. Aber Roosevelt ... war längst völlig entschlossen, in den Krieg einzutreten und brauchte selbst keinerlei Gründe dafür. Vorwände, die zur Überwindung des Widerstandes der Isolationisten nötig waren, selbst zu fabrizieren, war er fähig genug. Ein kleiner Schwindel mehr bedeutete nichts für ihn.

Ich bin sicher, daß der Umfang der Pearl-Harbour-Katastrophe Balsam für seine Seele gewesen ist. Das war genau das, was er haben wollte, um seine Landsleute in einen totalen Krieg hineinzuzerren und um die letzten Reste der Opposition im eigenen Land auszulöschen. Er hat alles, was in seiner Macht stand, getan, um die Japaner zu provozieren. Es war nur eine Wiederholung – in größerem Stil – der Praktiken, die Wilson im Ersten Weltkrieg mit solchem Erfolg angewandt hatte: Die Torpedierung der „Lusitania", mit teuflischer Geschicklichkeit herausgefordert, bereitete die Amerikaner psychologisch auf den Eintritt ihres Landes in den Krieg gegen Deutschland vor. ...

Für uns wird Japan stets ein Alliierter und Freund bleiben. Dieser Krieg lehrt uns, dieses Volk mehr als bisher zu schätzen und zu respektieren. ... Es ist natürlich bedauerlich, daß die Japaner nicht in den Krieg gegen Rußland eingetreten sind, als wir es taten. Hätten sie so gehandelt, dann würden Stalins Armeen heute nicht Breslau eingeschlossen und sich in Budapest niedergelassen haben. Dann hätten wir den Bolschewismus vor Eintritt des Winters 1941 ausgelöscht und Roosevelt würde gezögert haben, sich mit zwei so mächtigen Gegnern, wie uns beiden, einzulassen. Ich finde es auch bedauerlich, daß Japan Singapur nicht bereits 1940 genommen hat, unmittelbar nach der Niederlage Frankreichs. Die Vereinigten Staaten standen damals vor einer Präsidentenwahl und es wäre ihnen unmöglich gewesen, einzugreifen. Das war eine der entscheidenden Situationen des Krieges.

Trotz alledem, wir und die Japaner werden unerschütterlich Seite an Seite stehen. Wir werden uns zusammen durchsetzen oder miteinander sterben. Sollten wir als erste zusammenbrechen, dann sehe ich keine Hoffnung, daß die Russen um Japans willen den Mythos der ‚asiatischen Solidarität' fortsetzen werden."

schlagenen Wiener Ostbahnhof durch. Auch die „Tramway" rumpelte durch zerstörte Gassen hinunter zum Ring, wo das „Hotel Imperial" mit Gästen aus dem Südosten überfüllt ist, darunter rumänische und bulgarische Minister. Wien hat zwar stark unter Luftangriffen gelitten. aber die Innenstadt ist noch verhältnismäßig heil, auch das Palais Schönborn, das seit drei Jahren die Journalisten-Union beherbergt, ist unversehrt. Die Jahrestagung 1944 ist seit langem vorbereitet; Dr. Dietrich entschied vor einigen Wochen, sie trotz der eingetretenen Ereignisse in begrenztem Rahmen durchführen zu lassen. Der letzte Internationale Journalisten-Kongreß im Juni 1943 fand in der Hofburg statt, wo wir damals den alten Knut Hamsun als Gast begrüßen durften, diesmal bleiben die Veranstaltungen auf das Palais Schönborn beschränkt, wo der Geschäftsführer Baron du Prel trotz teilweise abenteuerlicher Schwierigkeiten wieder für einen reibungslosen Ablauf gesorgt hat. Immerhin konnte er an die 200 Teilnehmer aus 22 Ländern begrüßen, wobei freilich zu sagen ist, daß manche Gäste von ihren Heimatländern derzeit abgeschnitten sind. (Aus einer Aufstellung ergibt sich, daß über 70 französische Journalisten, 15 bulgarische, 17 serbische als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind; auch flämische, ukrainische, litauische, estnische, lettische, griechische Kollegen haben die „Befreiung" ihrer Länder nicht abgewartet.) Andererseits sind beispielsweise die Italiener durch den Präsidenten Guglielmotti vertreten, der im Juli 1943 in Rom von den Badoglio-Leuten verhaftet worden war, inzwischen aber in Norditalien wieder in Amt und Würden eingesetzt ist. Andere, wie Herr von Kolosvary-Borcsa aus Budapest, kommen unmittelbar aus dem Frontbereich.

Einleitend spricht Dr. Dietrich, der gleich wieder abreisen muß, da das Hauptquartier inzwischen von Berlin in die Gegend von Bad Nauheim verlegt wurde – der Beginn der Offensive ist jeden Tag zu erwarten. Dietrichs seltene Reden, an denen er meist wochenlang arbeitet, enthalten immer interessante Stellen, deren Text er stets vorher dem Führer vorlegt. Das „Europa"-Thema hat er in diesem Kreise schon oft behandelt. Diesmal stellt er den aktuell gewordenen Satz in den Mittelpunkt: „Europa ohne Deutschland ist nicht möglich", und er sagt dazu:

„Kein osteuropäischer Machtbereich und kein Westeuropa-Pakt, die den Zustand unaufhörlicher Kriege verewigen und die Völker Europas zerreißen würden, keine Aufteilung in eine bolschewistische und plutokratische Interessensphäre, die die europäischen Nationen einer zweiseitigen Ausbeutung anheim gäbe, sondern nur die *zentrale Lösung*, die sich um das Reich als europäischen Kern und daher als die kontinentale Ordnungsmacht gruppiert, ist die einzig mögliche für Europa."

Mit der Bemerkung über einen „Westeuropa-Pakt" meint Dietrich vor allem die Stimmen, die man gelegentlich aus dem konservativen Lager in England vernimmt. Dort klammert man sich an das einstige Baldwin-Schlagwort „Englands Grenze liegt am Rhein" und rechnet damit, nach der politischen Auslöschung Deutschlands ein Resteuropa unter britisch-französischer Leitung organisieren zu können, das von den Russen nicht geschluckt wird.

Von den zahlreichen anderen Rednern war der interessanteste Marcel Déat, der bekannte französische Journalist, der 1939 mit seinem berühmten Leitartikel „Mourir pour Dantzig?" das ganze Problem der damaligen Situation in einer treffenden Formel ausgedrückt hat. Heute ist Déat einer der französischen Minister, die mit Marschall Pétain in Sigmaringen Asyl gefunden haben und dort auf eine Wendung der Geschehnisse hoffen. Sein geistreicher Vortrag erörtert die historische Tatsache, daß das europäische Drama aus vielen nationalen Dramen besteht und daß dabei die Lösung des deutsch-französischen Problems geradezu ein Schlüssel des europäischen Schicksals ist. Für seine derzeitige Situation prägt er ein wohlformuliertes Trostwort: „In Deutschland sein, heißt in Europa sein."

1964: Gedenken an die „Graf Spee"

14. Dezember 64

Von den Blättern, die ich beziehe, haben nur zwei einer tapferen Tragödie gedacht, die sich vor 25 Jahren in südamerikanischen Gewässern vollendete. Die Londoner „Times" und die in Hannover erscheinende „Deutsche Wochen-Zeitung" erinnern an die damalige Schicksalsfahrt des deutschen Panzerschiffs „Graf Spee", das vom Kriegsausbruch 1939 im Südatlantik überrascht und nach mehrmonatigem Kaper- und

Störkrieg bis in den Indischen Ozean – und wieder zurück zum Atlantik – schließlich von englischen Kriegsschiffen ausgemacht und gejagt wurde. (Im sachkundigen Bericht der DWZ wird darauf hingewiesen, daß die „Graf Spee“ erst am 26. September 1939, also fast vier Wochen nach der britischen Kriegserklärung, Operationsfreiheit erhielt; bis dahin war man in Berlin immer noch der Ansicht, eine ernsthafte Kriegführung mit England ließe sich auch auf See noch vermeiden.)

In einem letzten Gefecht versenkte die „Graf Spee“ die britische „Exeter“, wurde aber dann von den Kreuzern „Ajax“ und „Achilles“ beschossen und schwer beschädigt. Die „Graf Spee“ lief in den Hafen von Montevideo ein, erhielt aber von den uruguayischen Behörden nicht die erbetene Aufenthaltsgenehmigung bis zur Wiederherstellung ihrer Seetüchtigkeit, sondern mußte – so wie sie war – nach 48 Stunden Liegezeit wieder auslaufen. Der Kommandant Kapitän zur See Langsdorff entschloß sich angesichts der außerhalb der Drei-Meilen-Zone zur Niederkämpfung versammelten zahlreichen britischen Kriegsschiffe zur Selbstversenkung der „Graf Spee“. Unter Sicherung der Besatzung wurde sie kurz nach dem Auslaufen aus dem Hafen von Montevideo am 17. Dezember 1939 durchgeführt. Die Besatzung wurde nach Buenos Aires gebracht. Zwei Tage später, am Morgen des 20. Dezember, fand man Kapitän z. S. Hans Langsdorff tot in seiner Unterkunft. In voller Uniform lag er auf der Kriegsflagge, die auf der „Graf Spee“ bei ihrer letzten Fahrt geweht hatte.

In einem Brief an die deutsche Gesandtschaft hatte er mitgeteilt:

„Ich war vom Anfang entschlossen gewesen, das Schicksal meines Schiffes zu teilen, und es hat mich große Überwindung gekostet, diesen Entschluß nicht zusammen mit der Vernichtung meines Schiffes auszuführen. Nur die Verantwortung und die Sorge für die über 1000 Mann meiner Besatzung haben mich schließlich bewogen, die Ausführung so lange hinauszuschieben, bis meine Untergebenen in Sicherheit gebracht und meine Vorgesetzten über die Vorgänge informiert sind.“

Die Londoner „Times“ bringt ein großes, eindrucksvolles Bild der nach der Detonation brennend sinkenden „Graf Spee“ und zwei Porträts der noch lebenden ehemaligen Komman-

danten der „Ajax" und der „Achilles". Die Schiffsglocke der „Ajax" wurde dieser Tage in Montevideo als Erinnerungsmal enthüllt – so gedenken die Engländer derer, die im Kriege tapfer ihre Pflicht erfüllt haben. Wer ehrt heute bei uns das Andenken an den Kapitän Langsdorff und die „Graf Spee"?

1944: Churchill, die Polen und die Deutschen

16. Dezember 44

Im Vormittagsgespräch aus dem derzeitigen Hauptquartier „Adlerhorst" deutet Dr. Dietrich an, daß die Westoffensive heute morgen begonnen hat. Zunächst wird das weder im OKW-Bericht noch sonst erwähnt.

Im Vordergrund des politischen Geschehens steht die gestrige Churchill-Rede im Unterhaus. Sie spricht deutlich genug aus, was seit langem zu vermuten war: daß die britische Regierung auf die Wiederherstellung des Polen von 1939 verzichtet hat, und zwar genau mit den Argumenten, die man in Moskau dafür ausdenkt.

Nachdem er die sowjetische Forderung der sogenannten Curzon-Linie als künftige polnische Ostgrenze erörtert hatte, sagte Churchill nach den Agenturberichten u. a.:

„Den Polen steht es von seiten Rußlands und Großbritanniens frei, ihr Staatsgebiet auf Deutschlands Kosten nach Westen auszudehnen. Ich beabsichtige nicht, jetzt genaue Einzelheiten zu besprechen, aber die Ausdehnung Polens in dieser Richtung wird sehr beträchtlich sein und durch England und Rußland befürwortet werden, die wiederum durch eine zwanzigjährige Allianz miteinander verbunden sind. So gewinnen die Polen im Westen und Norden Gebiete, die wichtiger und beträchtlich höher entwickelt sind als diejenigen, die sie im Osten verlieren. Wir hören, daß ein Drittel Polens abgetreten werden soll, aber ich muß erwähnen, daß dieses Drittel das weite Gebiet der Pripet-Sümpfe einschließt, eine ganz unwirtliche Gegend, die dem Staat, der sie erhält, zwar einen Zuwachs an Fläche, aber nicht an Reichtum bedeutet.

Das ist in großen Zügen das Angebot, das dem polnischen Volk von den Russen gemacht wird, auf deren Schultern immer noch die Hauptlast der Befreiung ruht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solches Angebot von Polen zurückgewiesen werden könnte. Es würde natürlich von einer Herauslösung von Bevölkerungsteilen im Westen und Norden begleitet sein. Transferierung von mehreren Millionen

Menschen wird durchzuführen sein vom Osten in den Westen oder in den Norden und die Austreibung der Deutschen – denn das wird vorgeschlagen: die völlige Austreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen erwirbt. Eine Vertreibung ist, soweit wir überblicken können, die befriedigendste und dauerhafteste Methode."

Aus den britischen Pressestimmen, die zu dieser Churchill-Erklärung auszugsweise gemeldet werden, ist der Leitartikel der „Times" besonders bemerkenswert. Er beginnt mit der gewiß zutreffenden Feststellung, daß die „Erklärung des Premierministers über Polen nichts an Offenheit zu wünschen übrig ließ". Dann erörtert das Blatt des langen und breiten eine sehr aufschlußreiche historische Einzelheit: Die „Garantie Polens", um derentwillen England uns am 3. September 1939 den Krieg erklärte, bezog sich *nur* auf die polnisch-deutschen Beziehungen, nicht auf die polnisch-russischen.

„Diese Begrenzung (der britischen Garantie), die von beiden Seiten akzeptiert wurde, war weder ein Irrtum noch ein Zufall. Es gab mindestens zwei triftige Gründe dafür. Zunächst hatte die britische öffentliche Meinung, insoweit sie unterrichtet war, niemals viel Vertrauen zur Gerechtigkeit und Dauerhaftigkeit einer russisch-polnischen Grenze, die so weit abwich von der Linie, die 1919 von unparteiischen Experten nach gründlichem Studium der Volkstumsverhältnisse erkundet worden war. Keine britische Regierung hätte zur Garantie der polnischen Ostgrenze die Zustimmung des Volkes gefunden. Und zweitens, die britische Regierung von 1939 konnte sich nicht im Unklaren sein über die offenkundige Unmöglichkeit, Polen gleichzeitig gegen Deutschland und gegen Rußland zu unterstützen. Die Tatsache, daß eine solche Garantie gegen Deutschland gegeben wurde, verbot ipso facto eine Garantie gegen Rußland."

Im Drange der politischen Geschäfte lassen die Engländer nun die Maske fallen und sagen offen, was die Nachdenklichen längst wissen: daß es ihnen schon 1939 gar nicht um Polen, sondern nur um einen Kriegsgrund ging. Heute ist ihnen die „englisch-russische Allianz" viel zu wichtig, als daß sie sich um Einwände der Exil-Polen kümmern; die wollen zwar sicher gerne noch mehr deutsches Gebiet als sie 1919 bekommen haben, aber der Veränderung im Osten stimmen sie deshalb noch lange nicht zu. Was die Russen als Grenze fordern, ist nichts anderes als die Demarkationslinie, die am 28. September 1939 zwischen Molotow und Ribbentrop ausgehandelt wurde

und die damals in den englischen Zeitungen als neuerliche „Teilung Polens“ apostrophiert wurde.

Nur mit Ironie läßt sich verzeichnen, daß man sich neuerdings in London auch einstiger Feststellungen über die Volkstumsverhältnisse erinnert: War im Jahr 1919 etwa die Ziehung der polnischen Westgrenze, die Schaffung des Korridors, die Abtrennung des deutschen Danzig vom Reich „gerecht“? In Wirklichkeit wurde diese Grenzziehung bereits im März 1919 von ihrem eigenen Premierminister Lloyd George als „unhaltbar“ bezeichnet. Und er hat bereits damals zu der Regelung, die zwei Millionen Deutsche polnischer Herrschaft unterstellte, gesagt, das müsse „über kurz oder lang zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen“.

In der gestrigen Churchill-Rede und in den heutigen Londoner Kommentaren demonstriert sich in fast klassischer Weise die Verbindung von Brutalität und Heuchelei, die die Engländer bei der Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen an den Tag zu legen pflegen.

Aber ist nicht heute auch eine beträchtliche Portion Ohnmacht zwischen den Zeilen dieser Texte herauszulesen?

Die Westoffensive

17. Dezember 44

Seit gestern früh 5 Uhr 30 läuft nun die große Offensive im Westen, auf die sich seit Monaten die Erwartungen konzentrieren. Seit ich Anfang September von S. die Ausgangsinformation erhielt, konnte ich schon frühzeitig manche Einzelbemerkung richtig deuten. Die Geheimhaltung hat diesmal Erfolg gehabt. Die Überraschung des Gegners scheint gelungen zu sein. Das Plateau von Langres allerdings, das ursprünglich als Ausgangspunkt gedacht war, ist im Herbst noch verloren gegangen und so mußte in den Ardennen ein weniger geeigneter Bereich für die Offensive gewählt werden. Bisher haben weder wir noch der Feind den erfolgten Angriff gemeldet. Bevor wir davon berichten, muß die Schlacht sich erst entfalten. Auch dann wird es besser sein, in der Berichterstattung zurückhaltend zu bleiben. Die Schwierigkeit liegt nach wie vor in der feindlichen Luftüberlegenheit; deshalb wurde ganz im Gegensatz

zu früher das Angriffsdatum nach einer *Schlecht*wetterlage bestimmt. Je ungünstiger das Flugwetter, desto besser für uns.

Das Ziel der Operation ist natürlich im Kern ein politisches. Wenn es gelingt, ein „Tannenberg“ des Westens zu schlagen oder bis Antwerpen durchzustoßen, dann könnte dieser Schock im Lager der Alliierten die Verständigen nach vorne bringen, die ja sicher nicht völlig ausgestorben sind, aber sich in der Atmosphäre des deutschen Zusammenbruches gegen die Morgenthaus nicht durchsetzen können. Zu dem Dutzend politischer Krisen im Feindlager fehlt eine militärische!

18. Dezember 44

Nachdem die Engländer und Amerikaner begonnen haben, über „eine Reihe von deutschen Gegenangriffen an der Westfront“ zu berichten, besteht für uns kein Anlaß zum Schweigen mehr. Im Gegenteil: wir werden die Bemühungen des alliierten Hauptquartiers, dem Kampfgeschehen in den Ardennen nur den Charakter „örtlicher Gefechte“ zuzuschreiben, nachdrücklich durchkreuzen. Der Schlag hat fürs Erste gesessen – die Angriffsspitzen haben schon über sechzig Kilometer Gelände gewonnen. Und der amerikanische Druck zwischen Aachen und Köln hat schlagartig aufgehört – ein Zeichen, daß der Gegner empfindlich getroffen worden ist und umgruppieren muß. Der deutschen Presse läßt Dr. Dietrich in der Tagesparole sagen:

„Die deutschen Gegenoffensive im Westen, die am Sonnabend früh für den Gegner überraschend begann, ist von der deutschen Presse nur in Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Wehrmachtsberichtes zu behandeln. Das bis dahin vorliegende feindliche Nachrichtenmaterial ist nur in DNB-Fassung kommentarlos zu verzeichnen. Es muß verhindert werden, daß von den Kämpfen im Westen eine schnelle Änderung der Gesamtkriegslage erwartet wird.“

*

Der Duce, der seit seiner Befreiung mit der faschistisch-republikanischen Regierung am Garda-See amtiert, ist aus seiner bisherigen Reserve herausgegangen und hat Mailand besucht, wo er von der Bevölkerung überraschend lebhaft empfangen wurde, am Gefallenen-Ehrenmal einen Kranz niedergelegt und auch eine kurze Rede gehalten hat: „Ein jeder von Euch muß sich als

Soldat fühlen und sich die Losung zu eigen machen ‚Alle und Alles für Italien'."

Das wenige, das wir in Berlin über die neue Mussolini-Regierung hören, klingt nicht uninteressant. Aus seiner sehr schwierigen Lage – Norditalien ist rückwärtiges deutsches Heeresgebiet, Südtirol und Triest sind unter unmittelbare deutsche Verwaltung gestellt worden – versucht dieser kluge Mann durch gesetzliche Maßnahmen sozialistischen Charakters wohlüberlegt eine neue eigene Position aufzubauen, die sich als eine Mischung von Politik und Philosophie darstellt. Daß Mussolini jetzt wieder in der Öffentlichkeit erschienen ist, zeigt einen Optimismus an, der bei ihm nicht mehr erwartet wurde.

*

Obwohl der französische General de Gaulle längst aus Moskau wieder abgereist ist, wird erst jetzt der Text des Abkommens veröffentlicht, das er mit Stalin „für die Dauer von 20 Jahren" abgeschlossen hat. Darin wird nicht nur für den gegenwärtigen Krieg beiderseitiger Beistand vereinbart, sondern auch für diese lange Zukunft.

Die zwei Mächte versichern sich auch, daß keine von ihnen „Allianzen schließt oder Koalitionen beitritt, die gegen eine der beiden gerichtet sind". Das ist eine deutliche Belehrung für die Leute, die in England von einem von den Russen unbeeinflußten „Westpakt" träumen. Hauptanliegen des sowjetisch-französischen Vertrages ist in Artikel 3 formuliert:

„Die Hohen Vertragschließenden werden in gemeinsamer Bemühung alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um nach Abschluß des gegenwärtigen Konflikts mit Deutschland jegliche neue Drohung, die von Deutschland ausgehen könnte, von vornherein auszumerzen. ..."

Im Interesse an der Niederhaltung Deutschlands war sich schon Richelieu mit dem türkischen Sultan einig. Diesmal vollzieht sich das Spiel freilich in umgekehrter Richtung. Da de Gaulle überdies im Westen bisher schlecht behandelt wurde, ist er für Stalin eine geeignete Figur zu einem Rösselsprung über den Rhein hinüber.

Im Artikel 8 ist schließlich bestimmt, daß der Vertrag nach zwanzig Jahren seine Gültigkeit behält und sich „unbegrenzt"

fortsetzt, wenn er nicht mit einjähriger Frist ausdrücklich gekündigt wird.

1964/1944: de Gaulle und die Deutschen

18. Dezember 64

Beträchtliche Aufregungen in den Zeitungen: Bei einer Zusammenkunft der vier westlichen Außenminister – der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands und der Bundesrepublik – hat, wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu entnehmen ist,

„Frankreich die deutschen Bemühungen torpediert, eine Deutschland-Initiative zustande zu bringen. Zwar ist bei den Pariser Besprechungen der vier Außenminister wie bei den anschließenden Sachverständigenberatungen in der Substanz Übereinstimmung erzielt worden, doch hat Frankreich sich geweigert, seine Unterschrift unter ein gemeinsames Kommuniqué zu setzen. Damit hat die Pariser Regierung – einen Tag nach der durch erhebliche deutsche Konzessionen erreichten Brüsseler Einigung über den Getreidepreis, die in Paris als ‚großer französischer und europäischer Sieg' bezeichnet wird – deutlich zu erkennen gegeben, daß sie auch künftig die bewährte Taktik massiven politischen Drucks auf die Bundesrepublik fortsetzen will."

Die Redakteure der „Frankfurter Allgemeinen" sprechen aufgeregt von einem „schwarzen Mittwoch für die Deutschen". Sie würden ihre Nerven nicht unnötig strapazieren, wenn sie die einstigen de Gaulle-Vereinbarungen mit Stalin studiert hätten, um zu wissen, wie viel Unterstützung im derzeitigen Paris gegen Moskau zu erwarten ist – und sei es nur in Worten, denn um mehr geht es nicht bei der „Deutschland-Initiative".

22. Dezember 44

Nachdem der Moskauer Vertrag unterzeichnet ist, beteiligen sich nun auch die de Gaulle-Franzosen an den „Deutschland-Plänen". Dr. Dietrich gibt folgende Tagesparole durch, die auf eine Führerbemerkung zurückgeht:

„Die Raub- und Vernichtungsabsichten des Feindes, die erst kürzlich durch Churchill proklamiert wurden, fanden jetzt ihre Bestätigung durch die Haßausbrüche des französischen Außenministers Bidault, der Deutschland seiner sämtlichen Industriegebiete berauben, Sowjetpolen bis nach Mitteldeutschland ausdehnen und die französische Grenze tief nach Westfalen verlegen will."

23. Dezember 64

Eine brave alte Frau, Mutter eines gefallenen Soldaten, schickt mir den Ausschnitt ihres Kirchenblattes, in dem eine Diskussion über den 20. Juli veröffentlicht war. Sie wurde mit der Epistel eines Pastors abgeschlossen, der auf den kritischen Einsender einer Leserzuschrift losschimpft:

„Sie lästern Gott und die Gemeinschaft der Geheiligten, indem Sie die Wahrheit als ‚unchristliche Verlogenheit' bezeichnen. Wer lügt, das sind Sie – Sie lügen beinahe in jedem Satz Ihres Machwerks. Sie lügen, indem Sie behaupten, die Attentäter hätten Volk und Vaterland verraten. Das Gegenteil ist richtig: Hitler und seine Kumpane, zu denen Sie sich immer noch hingezogen fühlen, haben das Vaterland in den Schmutz gezogen, das Volk verraten und sie – nur sie waren die Mörder: Sie waren Mörder an Polen, Juden, Russen und an anderen Europäern. Sie haben aber auch deutsche Soldaten gemordet. Sie sind schuld am Tode jedes deutschen Soldaten, der fiel."

Frau St. schreibt einen bekümmerten Brief dazu:

„Ich erlaube mir, Ihnen von einem Gemeindeblatt ein Blatt zu schicken, bitte lesen Sie das Angekreuzte durch. Ich befasse mich ja sonst nicht viel mit dieser Zwiesprache, aber zufällig habe ich das gelesen, und da ich vielleicht gerade so unbelehrbar bin als diese Herren, und einer Diskussion nicht gewachsen bin, so will ich bei Ihnen meinen Kummer ausschütten!

Ich bin Ausgewiesene aus Agendorf (Ungarn) bei Ödenburg an der österreichischen Grenze. Als Anfang 1942 die Nachricht kam, es können sich unsere jungen Männer und Burschen freiwillig zur Waffen-SS melden, versäumte es keiner, außer ein paar Ausnahmen, sich zu melden; nach der Assentierung mußten die Väter ins Gemeindehaus kommen und unterschreiben, daß sie damit einverstanden sind; es haben es alle getan, auch ich, da ich damals schon Witwe war, hab es getan für meinen Sohn; ich hätte mich vor mir geschämt, wenn ich es nicht getan hätte.

Als sie dann im April einrückten alle zusammen, war am Vorabend ein Gottesdienst, wo sich die ganze Gemeinde samt den Rekruten versammelte; da sagte der Pfarrer in der Predigt, ich habe es nicht vergessen; ‚Wenn ihr von dieser Predigt alles vergeßt, so vergeßt ja das eine nicht, wenn von euch einen oder den anderen ein schweres Los wird treffen, so nehmt es ohne Fluchen an, denn es wird Euch bestimmt zum Segen gereichen! Wenn ihr aber dabei flucht, so wird der Segen von Euch genommen!'

Nun wem wird es nun zum Segen gereichen, denen, die ihr schweres Los ohne Murren und Fluchen getragen haben, oder denen, die heute noch fluchen und schimpfen?

Meinem Sohn blieb damals an Strapazen nichts erspart, aber er hat nie ein böses Wort geschrieben; als sie nach sechsmonatiger strenger Ausbildung an die Ostfront gingen, schrieb er: ‚Sterben muß ja einst ein jeder, aber der für die Zukunft des deutschen Volkes stirbt, dessen Name wird ewig leben', und zu Weihnachten schrieb er: ‚Es ist Heiligabend, ich muß mich beeilen, denn ich muß Wache stehen, ich bin sehr stolz, daß ich an diesem Abend für meine liebe Heimat kann Wache stehen'. Und so schrieb er immer, bis er zwei Tage nach seinem ersten und letzten Urlaub den 2. 9. 43 an der Ostfront fiel. ..."

Wie anders sollte ich auf diesen ergreifenden Anruf antworten:

„Beides: Ihr Brief und der beigefügte Zeitungstext haben mich wie ein Spiegelbild unserer heutigen deutschen Zerrissenheit ernst berührt. Die Sieger von 1945 haben es nicht bei Mauern und Stacheldraht bewenden lassen, sie wollen uns nicht nur politisch teilen, sondern – möglichst für immer – seelisch zerrütten. Hier Ihr treues Gedenken an den tapferen Sohn und an das Lebensideal der deutschen Volkserhaltung, für das er gekämpft hat und gestorben ist – dort der giftglühende und dabei dümmliche Haß, der sich im Blatt einer Religionsgemeinschaft besonders niederträchtig liest. Diese absichtsvoll Unbelehrbaren wollen auch heute noch nicht wahrhaben, was Adolf Hitler ganz gewiß richtig sah und was die vielen (nicht nur deutschen) Freiwilligen 1941–45 ebenfalls gewußt haben: daß aus dem Osten die nationale Knechtschaft auf uns zukam, eine Drohung, der entgegenzutreten vor Gott und den Menschen noch immer Recht war und auch für alle Zukunft Recht bleiben wird. ... Von törichten Predigern eines antideutschen Fanatismus sollten wir uns am Weihnachtsabend nicht hindern lassen, dankbar und ehrlich all der vielen zu gedenken, die im Lauf der Jahrhunderte und ganz besonders in den bitteren beiden Weltkriegen für ihre ‚liebe Heimat Wache' standen!"

1944: Beneschs „radikale Lösung"

27. Dezember 44

Die Ereignisse der Weihnachtstage: Die Amerikaner haben große Reserven in die Ardennen-Schlacht geworfen und unseren Vormarsch zum Stillstand gebracht; aber aus „Adlerhorst" wird angedeutet, daß wir trotzdem in der Initiative bleiben werden.

Zu denen, die sich in der internationalen Propaganda zum Worte melden, gehört heute auch Herr Benesch, seines Zeichens abgedankter (Oktober 1938) und aus eigenem Entschluß (1940) wieder politisch tätiger „Präsident der Tschecho-Slowakei". Er verkündet von London aus in einer Weihnachtsansprache einiges Erstaunliche:

„Wir in der Tschecho-Slowakei werden nicht zum Jahre 1938 zurückkehren. Wir werden eine neue Verfassung haben und eine dezentralisierte Verwaltung, insbesondere für die Slowakei. ... Es wird eine tschechische Verwaltung in den tschechischen Gebieten eingerichtet werden, eine slowakische in der Slowakei und eine ukrainische in der Karpatho-Ukraine."

Soweit klingt das nach später, aber nützlicher Einsicht; dann kommt noch der Pferdefuß: „Das Problem unserer Deutschen werden wir radikal lösen."

Was „radikal" bedeutet, darüber gab Herr Benesch keine Auskunft. Vermutlich wird er sich diesbezüglich noch bei Stalin erkundigen.

1964: Bücher über Hitler

29. Dezember 64

Über die Weihnachtstage habe ich zwei Bücher über Hitler durchgearbeitet, freilich nur eines davon mit Nutzen.

Seit Hitlers Niederlage und Tod haben sich nicht wenige seiner einstigen Mitarbeiter und scheinbaren persönlichen Freunde dazu verstanden, dem vorher gefeierten Toten böse Worte nachzureden. Bei posthumen Veröffentlichungen dieser Art wie Hans Franks „Im Angesicht des Galgens" und meines alten Chefs Dr. Otto Dietrich „Zwölf Jahre mit Hitler" waren Dritte mit am Werk; wir wissen nicht, was diese Autoren in kritischer Prüfung selbst zur Veröffentlichung freigegeben hätten, wenn sie zu solcher Durchsicht noch in der Lage gewesen wären.

Dieser Entschuldigungsgrund kann leider nicht angeführt werden für das neueste Elaborat dieser Kategorie, das uns der Hauptmann außer Diensten Fritz Wiedemann beschert hat. Die Beziehung dieses einstigen aktiven Offizieres der königlich bayerischen Armee zur Weltgeschichte war ebenso kurz wie seltsam. Wiedemann war nach 1914 als Oberleutnant einige

Zeit Regimentsadjutant des 16. Bayer. Infanterie-Reserve-Regiments (List) und als solcher formeller Dienstvorgesetzter des als Meldegänger eingeteilten Gefreiten Adolf Hitler. Der persönliche Kontakt zwischen den beiden scheint in jener Zeit nicht sehr unmittelbar gewesen zu sein. Nur ein Ereignis ist als eine Art Schlüsselgeschehen zu verzeichnen: als Hitler im Winter 1916–17 verwundet in einem Münchner Lazarett lag, wandte er sich – aus dem jedem Frontsoldaten eigentümlichen Trieb, wieder zum „alten Haufen" zu kommen – schriftlich an Wiedemann mit der Bitte, ihn nach Wiederherstellung der Felddiensttauglichkeit erneut zum 16. I.R.R. anzufordern. Das geschah dann auch, und diese kleine Episode hat sich in Hitlers Gedächtnis so nachhaltig eingeprägt, daß er sich 1933 entschloß, Wiedemann eine Vertrauensstellung anzutragen, für die der also Hervorgehobene – wie sich bald herausstellte und sein jetziges Buch beweist – nicht die geringsten Voraussetzungen mitbrachte. Im Jahre 1919 war Wiedemann, der – obwohl aktiver Offizier – während des ganzen Ersten Weltkrieges nur als Adjutant verwendet und offenbar nicht einmal befördert wurde, bei der Demobilisierung nicht in die Reichswehr übernommen worden, ja er hatte (wie er selbst berichtet) die Qualifikation erhalten, daß er „für Vertrauensstellungen überhaupt nicht mehr in Frage" käme.

Mag Hitler diese dienstliche Beurteilung aus dem Jahre 1919 gekannt haben oder nicht, jedenfalls wäre er besser beraten gewesen, diese frühe Warnung zu beachten. Das tat er leider nicht, im Gegenteil: Als er nach Übernahme der Reichskanzlerschaft seinem bisherigen Vertrauten und Sekretär Rudolf Hess die wichtige Aufgabe der Parteiführung übertrug, glaubte er in Wiedemann einen ähnlich klugen, ruhig und unabhängig urteilenden, ihm aus gemeinsamem Kriegserlebnis persönlich verbundenen Mitarbeiter an seine Seite ziehen zu können. Es hätte ihm vielleicht auffallen sollen, daß Wiedemann – sehr im Gegensatz zu Hess – in all' den Jahren vorher keinerlei Anteil an den politischen Geschehnissen in Deutschland genommen hat und sich nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler nur deshalb bei ihm meldete, um durch diese „Beziehung" in den Genuß eines landwirtschaftlichen Kredits zu gelangen. Es klingt als Anekdote, aber es war wirklich so: Den Kredit bekam Wiede-

mann trotz Hitler nicht; dafür aber dessen Angebot, in den Stab der Reichskanzlei einzutreten. Zu diesem Zweck wurde Wiedemann ab 1. Februar 1934 (!) in die NSDAP aufgenommen. Er berichtet nicht, wie er später bei der „Entnazifizierung" eingestuft wurde. So wie die Dinge lagen, war er gewiß nicht einmal „Mitläufer". Sein schlichtes „Ja", als Hitler dem finanziell bedrängten Landwirt eine gut bezahlte Stellung im Bereich der Reichsführung anbot, war kaum als politisches Bekenntnis zu werten.

Nach Einarbeitung im „Stab Hess" trat Wiedemann im Jahr 1935 den Posten in Berlin an und hat dann fast auf den Tag genau vier Jahre dort gewirkt; solange dauerte es, bis Hitler sich endlich überzeugte, daß er eine falsche Wahl getroffen hatte. Zu Beginn seiner Tätigkeit wurde Wiedemann sogar zu den Vorträgen der Reichsminister herangezogen, es stellte sich freilich bald heraus, daß daraus kein sachlicher Nutzen entstand. Immerhin begann Wiedemann Geschmack an seiner neuen Stellung zu finden, freilich etwas anders als das von seinem einstigen Untergebenen und nunmehrigem Chef erwartet wurde. Auslandsjournalisten, Prinzessinnen zweifelhafter Herkunft, der Oberst Oster (später der Mann, der im Mai 1940 den deutschen Angriffstermin an den holländischen Militärattaché bekanntgab), wurden häufige Besucher im Büro Wiedemanns, der offenbar unter dem Einfluß dieser Leute so etwas wie eine Privatpolitik zu betreiben begann, nach den USA und nach London reiste, wo er ein – sachlich belangloses – Gespräch mit Lord Halifax führte. Auch vertrauter Verbindung zum späteren politischen Kopf der „Widerstandsbewegung", dem Oberbürgermeister a. D. Goerdeler rühmt sich Wiedemann heute. Wenn man seiner Darstellung glauben darf, hat er sich dem ihm „befreundeten" Reichsgerichtsrat von Dohnanyi (später ein Mitverschwörer des 20. Juli 44) über Hitler damals so ausgesprochen: „Gegen den Mann hilft nur noch der Revolver! Aber wer soll es machen? Ich bin hier in einer Vertrauensstellung."

Es ist zwar äußerst unwahrscheinlich, daß Wiedemann so etwas im Jahre 1937 oder 1938 wirklich geäußert hat, die Bemerkung ist – auch wenn er sie im Wortlaut erst heute konstruiert – dennoch bezeichnend und der Unterstreichung wert.

Sie charakterisiert das Kernproblem der „Widerstandsbewegung" in der Berliner Wilhelm- und Bendlerstraße! Im Januar 1939 hat Hitler Wiedemann dann der erwähnten Vertrauensstellung enthoben (es war offenbar höchste Zeit), aber ihn nach Ernennung zum Generalkonsul in San Franzisko im März 1939 nochmals empfangen. Warum hat Herr Wiedemann eigentlich nicht bei *dieser* Gelegenheit dann „den Revolver gezogen"?!

Es bedürfte keiner so ausführlichen Erörterung (dieses vermutlich nicht ohne fremde Hilfe) nonchalant hingeschriebenen Sammelsuriums von Richtigem, Falschem und Falschverstandenem (z. B. hat mein Chef Dr. Dietrich für Hitler, der ein Dutzend Zeitungen täglich selbst durchsah, nichts „aus der Presse zusammengestellt", sondern nur die laufend vom Deutschen Nachrichtenbüro übermittelten neuesten Auslandsmeldungen vorgelegt), würde das Buch Wiedemanns nicht auf einen ganz bestimmten Zweck abgestellt sein, der sich schon in dem polemischen Titel ausdrückt: „Der Mann, der Feldherr werden wollte."

Inzwischen sind im In- und Ausland schon eine ganze Reihe sachkundiger und mutiger Forscher auf Grund ihrer gründlichen Studien aller bisher verfügbaren Quellen zu der Ansicht gelangt, daß der Kriegsausbruch 1939 sich nicht so einfach darstellt, wie dies seit 1945 von der Siegerseite behauptet wird. Wer immer sich einigermaßen sorgfältig mit Hitlers Revisionspolitik und der britisch-amerikanischen Gegenwirkung befaßt, kommt auf Grund der Fakten zu dem Ergebnis, daß Hitler den *West*krieg ganz gewiß nicht angestrebt, sondern ihm in allen seinen Maßnahmen bis zum 3. September 1939 auszuweichen getrachtet hat. Es gibt hier in der Tat ein „missing link" für die Kriegsschuldthese der Alliierten: Hitlers Augenmerk war während der ganzen Zeit seiner Reichskanzlerschaft stets vor allem nach Osten gerichtet, es bleibt historisch-politisch unverständlich, daß und warum die Westmächte eingegriffen und schließlich die Deutschen gehindert haben, Stalin niederzuringen.

Wiedemann befaßt sich nicht mit sorgfältigen Analysen dessen, was tatsächlich geschah, seine Formel entspricht der „Revolver"-Parole: „Wie die neue Wehrmacht, so war vor allem der Krieg Hitlers ureigenes Werk." Zum Nachweis dafür

stellt er eine ganze Portion von angeblichen Äußerungen Hitlers zusammen, die freilich immer nur beweisen würden, daß Hitler – was sicher der Fall war – sich auf einen großen Konflikt vorbereitete, weil er ihn für wahrscheinlich hielt, und daß er ihn gegenüber der *Sowjetunion* vielleicht auch anstrebte. Das alles reicht für Wiedemanns Hauptthese natürlich nicht aus, und so hat er im Anschluß an die sehr oberflächliche Schilderung einer Generalsbesprechung, die sich mit der durch die tschechische Teilmobilmachung im Mai 1938 geschaffenen Lage auseinandersetzte, die folgende Geschichte zu Papier gebracht:

„Hitler ging danach auf die Generale Keitel, Brauchitsch und Beck zu, die in einer Ecke zusammenstanden, und sagte: ‚Also zuerst machen wir die Sache im Osten und dann gebe ich Euch drei bis vier Jahre Zeit, und dann wird die große Sache im Westen in Angriff genommen.' Die Generale schwiegen." (Seite 128)

Wiedemann liefert mit dieser im Jahre 1964 publizierten Erzählung das *einzige* Zitat, das auf eine solche Planung Hitlers schließen ließe. Keiner der Beteiligten lebt mehr. Sicher ist nur, daß Hitler – wenn er eine solche Absicht wirklich geäußert und die Generale sie „schweigend" zur Kenntnis genommen hätten – sein Weltbild in dieser Minute auf den Kopf gestellt hätte, denn sein politisches und militärisches Denken zielte stets eindeutig in Richtung Moskau. Das hätte Wiedemann sogar schon in „Mein Kampf" nachlesen können – aber dieses Buch hat er, wie er dem Leser auf Seite 55 anvertraut, „leider nie gelesen" (offenbar bis heute nicht).

Zur Frage, ob Hitler „Feldherr werden wollte" und *deshalb* Krieg wünschte, wie Wiedemann es unterstellt: Jeder Unterrichtete weiß, daß Hitler noch den Polen-Feldzug nicht im militärischen Sinn geführt, sondern im wesentlichen nur Truppen besucht hat. Sein erstes aktives Eingreifen in die operative Führung wurde nicht von seiner Seite, sondern vom Oberbefehlshaber des Heeres herausgefordert, der *nach* dem Polenfeldzug die gefährliche Ansicht vertrat, die deutschen Kräfte sollten hinter dem Westwall sich auf Verteidigung einrichten; ein solches Verhalten mußte im Zeichen des Luftkrieges nach kurzer Frist zur Katastrophe führen. Hitlers Eingreifen begann damals in Form einer entschiedenen Unterstützung der vom späteren Generalfeldmarschall von Manstein

vorgetragenen Idee eines strategischen Durchbruchs bei Sedan. Dieser Gedanke führte dann bekanntlich zum Erfolg des Frankreich-Feldzuges. In der Zwischenzeit war durch die offenkundige britische Besetzungsabsicht gegenüber Norwegen Hitler vor eine weitere Frage gestellt worden, die infolge des ganz ungleichen maritimen Kräfteverhältnisses ein überdimensionales Risiko in sich schloß und die politische Staatsführung schon deshalb zur Übernahme der Verantwortung verpflichtete: dies war der Dänemark-Norwegen-Feldzug des April 1940.

In beiden genannten Fällen *mußte* Hitler in die Rolle des „Feldherrn" nach Ludendorffscher Deutung – also des politisch-militärischen Führers – hineinwachsen, ob er wollte oder nicht!

Zu jener Zeit befand sich freilich der heutige Buchautor Wiedemann bereits als Generalkonsul im fernen San Franzisko; sein Gewissen hätte ihn allerdings veranlassen sollen, sich über die historischen Sachverhalte zu orientieren, bevor er den vielen schmähenden Anti-Hitler-Schlagworten ein neues hinzufügte.

*

Der Zufall wollte es, daß in den gleichen Tagen, in denen dieses so merkwürdige Wiedemann-Buch (das bereits eifrig in fremde Sprachen übersetzt wird) ausgeliefert wurde, ein ganz anders geartetes, biographisches Neuland erschließendes Werk über Hitler von Hans Severus Ziegler erschienen ist. Bisher ist wohl nur Kubizeks „Adolf Hitler – Mein Jugendfreund" als eine Darstellung zu registrieren, die ohne Zeitrücksicht von Hitler so berichtet, wie er sich im persönlichen Umgang zeigte, abgesehen von den knappen, vielfach kritischen, aber objektiven Schilderungen Ribbentrops in „Zwischen London und Moskau".

Der heute über siebzigjährige Hans Severus Ziegler – jahrelang Generalintendant des Weimarer „Deutschen Nationaltheaters" – hat ebenso wie Kubizek Hitler von einer rein menschlichen Seite kennengelernt und jahrelang beobachtet. Er berichtet unbefangen über Hitlers Verhältnis zur Kunst und Musik, über seine „Kulturpolitik", wozu ihm ein Arsenal unmittelbarer Erinnerungen zur Verfügung steht. Er verfolgt keine tagespolitischen Zwecke: „Ich gehöre zum Jahrgang 1893 und will und darf nicht mein Wissen mit ins Grab nehmen."

Ziegler erweist sich nicht nur als ein kluger und kenntnisreicher, sondern auch ein überaus mutiger Zeuge, dem sich des-

halb auch künftige Historiker anvertrauen können: Wer Aussagen gegen den „Geist der Zeit“ wagt, muß sich sorgfältiger prüfen, er muß kritischer überlegen als alle die eilfertigen Schreiber, die phantasievoll produzieren, was man von ihnen erwartet.

Zieglers Buch habe ich erstaunt und dankbar aus der Hand gelegt – erstaunt über viele neue Einzelzüge zum historischen Verständnis Hitlers, dankbar für das schlichte, ohne jede Rücksicht auf das Augenblicksinteresse niedergeschriebenen und vor keinem heutigen „Tabu“ zurückweichenden Bekenntnis zur selbsterlebten Wahrheit.

Ich glaube, es ist nicht falsch ausgedrückt und nicht zuviel gesagt: wir Deutschen werden unsere geistige Souveränität erst wiedergewonnen haben, wenn unsere Diskussion über Adolf Hitler als eine der vielleicht bedeutendsten und gewiß aufregendsten Erscheinungen der deutschen Geschichte den Irrweg der eifernden Verbeugung vor Hitlers einstigen Gegnern verläßt und zurückfindet zur ehrlichen Darstellung und verständigen Deutung.

1944/1964: Jahresende

31. Dezember 44

Silvesterabend im Auslandspresseklub am Leipziger Platz, in dem am 20. Juli die Putschgerüchte durch die Räume schwirrten. Diesmal eine freundlich-gefaßte Stimmung unter den Auslandskollegen – man merkt, sie wundern sich, daß sie nach all den Katastrophen dieses Jahres die Neujahrsnacht wie gewohnt in der Reichshauptstadt verleben. Gegen 24 Uhr wurde das Rundfunkgerät eingeschaltet, wir hören die Stundenschläge, die das Jahr 1945 einleiten. Dann klingen die Glocken des Kölner Domes durch den Raum, ihr mächtiger Ton geht ergreifend über in das Lied „Oh Deutschland hoch in Ehren“.

Alle haben sich erhoben; ihre Blicke richten sich auf uns paar Deutsche mit einer Freundlichkeit, in der eine Beimischung von Mitleid nicht zu übersehen ist.

In der Neujahrsansprache des Führers, deren Text wir bereits am Nachmittag an die Zeitungen ausgegeben hatten, stehen die Sätze:

„Ein Volk, das in Front und Heimat so Unermeßliches leistet, so Furchtbares erduldet und erträgt, kann niemals untergehen. Im

Gegenteil: Es wird aus diesem Glutofen der Prüfungen sich stärker und fester erheben. ..."

Im Tagesbefehl an die Wehrmacht drückt er mit anderen Worten den gleichen Gedanken aus:

„Wer solche Siege errungen hat, wie Ihr, meine deutschen Soldaten, wer durch so furchtbare Rückschläge nie gebrochen wurde, wer so heldenhaft duldet und leidet wie unsere Heimat, wer so fleißig arbeitet wie unser ganzes Volk, der ist nicht dem Untergang geweiht, sondern zum Leben bestimmt."

31. Dezember 64

Als „konservativ" gilt der „Münchner Merkur", das Nachfolgeblatt der alten „Münchner Zeitung". In der Silvester-Beilage beschert die Feuilleton-Redaktion den Lesern über die ganze Zeitungsbreite ein Bild ihrer selbst: Die Dame Hanne Wieder und Redakteur Dieter Hildebrandt in trautem tête-a-tête. Zwei blasierte Gesichter in gekünstelter Sektlaune. Darunter dreispaltig ein ungekünstelt besoffener Text, der sich in „sozialkritischen" Betrachtungen ergeht; deren Schlußsatz:

„Vertrauen wir den paar Männern, die es in der Hand haben, zünden wir am letzten Tag des Börsenjahres 1964 noch einmal den Lichterbaum an, fassen uns an den Dividenden und singen: ‚Stille Macht – Heilige Macht'."

Ich notiere das als Beitrag zum „Geist der Zeit", aber ich verweigere die naheliegende Schlußfolgerung: Was sich hier schwarz auf weiß in einer deutschsprachigen Zeitung darbietet, ist trotzdem nicht Deutschland und wird nie Deutschland sein.

Zur Erholung nehme ich den ersten Band der Hess-Briefe zur Hand. Der Eremit von Spandau schrieb vor nunmehr schon wieder dreizehn Jahren, an der Jahreswende 1951/52:

„Zum Neuen Jahr versucht der Blick in die Zukunft zu wandern – was wird sie bringen? Abends, wenn der Himmel klar ist, leuchtet der Jupiter in meine Zelle, strahlender als ich ihn je gesehen. ... Ich gedenke derer, die ich liebe, der Lebenden und der Toten."

1965: Wiedervereinigungs-„Unruhe"

1. Januar 65

Mit Freunden zum Bismarcktum auf der Anhöhe über dem See. An diesem großartigen Platz wollte Richard Wagner vor

hundert Jahren das Festspielhaus bauen, das er dann in Bayreuth errichtet hat. Noch zu Bismarcks Lebzeiten, im Jahre 1896, hat ein „Verein patriotischer Bürger“ dieses Gelände für die Stadt München erworben und hier den mächtigen und charakteristischen Turm aufführen lassen, der seitdem ein Wahrzeichen des Lech-Isarlandes geworden ist. Heute liegt in blau-weißer Deutlichkeit die ganze Alpenkette vom Wendelstein bis zu den Allgäuer Bergen vor dem Blick der nicht wenigen Besucher. Der Reichsadler oben auf der Spitze des Turmes blickt allerdings nach Norden. Dort wirkte Bismarck, und seine politische Leistung galt dem gleichen Problem, das heute wieder gestellt ist: Der Wiederherstellung der staatspolitischen Einheit der Deutschen.

Die Jahreswende hat uns die übliche Hochflut von Phrasen beschert, unter denen noch die beste das Wort war, die Deutschen müßten Wiedervereinigungs-„Unruhe“ zeigen.

Im vergangenen Jahrhundert hat freilich alle Unruhe vom Hambacher Fest bis zur Revolution 1848 kein Ergebnis erbracht; erst Bismarck setzte durch willensstarkes, zielstrebiges, ja auch „rücksichtsloses“ Handeln wenigstens die „kleindeutsche“ Lösung gegen allen fürstlichen Partikularismus und vielseitige europäische Mißgunst durch. Sein politisches Handeln war gekennzeichnet von Kunst und Geschicklichkeit, aber nur das genügte schon damals nicht. Er bedurfte auch der festen Grundlage der preußischen Staats- und Wehrmacht, deren Gewicht er wirksam einzusetzen verstand.

Wie steht es heute mit der Bundesrepublik? Wer betreibt ernsthaft ihre Kräftigung? Suchen nicht allzu viele ihr politisches Emporwachsen zu hindern, nicht zuletzt sogar unsere „Verbündeten“?

1945: Der Weg ohne Ausweg

2. Januar 45

In den Kämpfen im Raum Budapest hat ein junger Luftwaffen-Offizier seine schon legendäre Berühmtheit erneut bestätigt: Der 28jährige Pfarrerssohn Hans-Ulrich Rudel jagt von der Luft aus russische Panzer. Er schießt nicht auf Autos und Bauernfuhrwerke, wie es der Sport der alliierten Jagdflieger geworden ist, sondern er greift ernsthaft und wirksam in den

Erdkampf ein. Wo es im Osten brennt, dort wird Rudel mit seinem Schlachtgeschwader „Immelmann“ in die Schlacht geworfen; und derzeit brennt es im Raum Budapest. Nicht weniger als 463 vernichtete Feindpanzer gehen bisher auf Rudels persönliches Konto. Es gibt keine Tapferkeitsauszeichnung mehr, die er in seinen über 2400 Einsätzen nicht bereits erworben hätte. Nun hat der Führer das Goldene Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes gestiftet. Diese höchste Tapferkeits-Auszeichnung soll nicht öfter als zwölfmal verliehen werden. Als erster erhielt Rudel sie heute in „Adlerhorst“ überreicht. Außer der Reihe wurde er zum Oberst befördert.

Die Erfolge Rudels sind natürlich einmalig, aber sein Typus ist es nicht: der junge deutsche Offizier, der in den oft verzweifelten Lagen des derzeitigen Kampfgeschehens den Kopf oben behält und sich mit ernster Leidenschaft einsetzt, hat sich als festes Rückgrat der Wehrmacht erwiesen. Genau betrachtet ist unsere militärische Lage schon seit vielen Monaten kritischer als sie es während des ganzen Ersten Weltkrieges jemals gewesen war. Trotzdem ist weder in der Heimat noch an der Front eine ernstliche moralische „Krise“ zu spüren; was nicht bedeutet, daß nicht viele mit gutem Grund seufzen und auch Stunden der Verzweiflung durchleben – diese Bombennächte, diese Trauer um die Toten hier und an den Fronten, diese Spannung des täglichen Daseins! Aber dem Mann und der Frau auf der Straße geht es kaum anders, wie uns allen, die wir nach Dienstschluß ja auch zu ihnen gehören. Wir gehen unseren Weg im Bewußtsein, daß es keinen Ausweg gibt.

Im Büro: die Sekretärinnen, die Amtsdiener, ja auch die Putzfrauen – kaum, daß nach einer Bombennacht jemand ausbleibt. Spätestens am Nachmittag sind sie wieder zur Stelle. In ihren Gesichtern ist oft Ernst und Sorge zu lesen (wie bei uns allen). Aber keine Spur von Unwillen. Eines ist sicher – diese Tüchtig-Anständigen machen keine Panik. Da sind die „Intellektuellen“ anfälliger, obwohl auch bei ihnen manches Unerwartete einem solchen Allgemeinurteil erfreulich widerspricht.

1917 und 1918 gab es in Wirklichkeit auch keinen Ausweg für die Deutschen gegenüber einer Welt von Feinden; aber es

gab eine ganze Portion von Täuschungen. Wilson und seine „14 Punkte" oder gar der damals neue Bolschewismus als „bessere Welt von morgen" – so träumten damals Millionen. Heute zeigen sich die Drohungen unverhüllt wie in der Walpurgisnacht. In Morgenthau und Stalin kann auch der Verzweifeltste keine Zukunftshoffnung erkennen.

1965: „Deutschland-Initiative"

2. Januar 65

Im Neujahrs-Kommentar der „Süddeutschen Zeitung" ist zu lesen:

„Amerikanische Regierungsbeamte haben zum Jahreswechsel das Verlangen nach einer neuen Deutschlandinitiative recht eindeutig beantwortet: sie sehen keine Aussichten dafür, daß in absehbarer Zeit ein sinnvolles Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung mit der Sowjetunion geführt werden kann. Gegenüber dieser Deutlichkeit nimmt sich die Erläuterung des Bonner Regierungssprechers zu den Berichten aus Washington eher verlegen aus. In Bonn hat man lediglich zu sagen gewußt, daß die Bundesregierung an ihrer ‚Politik beharrlicher Aktivität' in der deutschen Frage festhalten werde. Freilich: solche nichtssagenden Floskeln müssen wohl herhalten, wenn aus der Hauptstadt des stärksten Verbündeten ganz unverblümt eine Distanzierung vom oft propagierten Ziel baldiger neuer Schritte gemeldet wird."

Das Blatt stellt das fest, aber es ist weit davon entfernt, sich ernstlich zu beunruhigen oder gar den Schluß zu ziehen, der sich nach den Gesetzen der Logik aufdrängt: Wenn – was nicht nur richtig, sondern für den, der die beiden Weltkriege begriffen hat, durchaus nicht überraschend ist – die amerikanische Politik sich keineswegs für eine deutsche Wiedervereinigung interessiert, dann werden wir nach Möglichkeiten Ausschau halten müssen, sie aus eigener Kraft durchzusetzen. „Bismarck in Bonn?" – so heißt der Titel eines kürzlich erschienenen Journalistenbuches, das die bestehende Mangelsituation kennzeichnen will. Schon der Titel sagt alles.

8. Januar 65

Im gestrigen Leitartikel macht sich die Londoner „Times" geradezu lustig über uns.

„Wieder einmal mußte Westdeutschland versichert werden, daß seine Verbündeten sich gläubig, standfest und aus ganzem Herzen der Wiedervereinigung verpflichtet fühlen. Dieses Ritual ist Jahre hindurch peinlich erfüllt worden, üblicherweise gesteigert, wann immer eine westdeutsche Wahl bevorsteht."

Nach langen Tiraden gleicher Qualität kommt der Kern der Sache:

„Natürlich glaubt kaum jemand, Europa könne wirklich befriedet sein, solange nicht Deutschland in einem gewissen Ausmaß seine Wiedervereinigung erreicht hat."

„Ein gewisses Maß von Wiedervereinigung" – noch deutlicher läßt sich die britische Zurückhaltung in dieser Frage kaum ausdrücken.

Bleibt von den „Verbündeten" noch de Gaulle. Der hat uns seine Ansicht schon im Dezember ausgedrückt und sich am „Ritual" von vorneherein nicht beteiligt. ...

1945: Stalins Polen

9. Januar 45

In der polnischen Angelegenheit hat Stalin den Engländern wieder einmal eine Ohrfeige erteilt; Churchill hatte freilich mit seiner Rede vom 15. Dezember sein Gesicht dazu hingehalten. Da er sich nicht um die Einwände der Londoner polnischen Exilregierung gekümmert und der von den Sowjets geforderten Regelung der polnischen Ostgrenze offen zugestimmt hat, gab es für Moskau keine Hinderung mehr, das Lubliner Komitee polnischer Kommunisten nunmehr offiziell als „provisorische Regierung Polens" einzusetzen und anzuerkennen. Sogar einen „Staatspräsidenten" haben sie jetzt in Lublin, einen alten Bolschewiken Moskauer Schule namens Bierut. Eine der ersten Regierungshandlungen der Lubliner Regierung war, dem Londonder „Konkurrenz"-Staatspräsidenten Rackiewicz die polnische Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Die Londoner Polen publizieren lebhafte Klagen:

„Unter den bestehenden Umständen hat die polnische Nation keine Möglichkeit, ihren Willen auszudrücken und diesen neuen Akt der Rechtlosigkeit seitens des Lubliner Komitees zu verwerfen. Das Lubliner Komitee führt ein System der Polizeiverwaltung,

außerdem Rechtsverhältnisse und Erziehungsgrundsätze ein, die der Tradition Polens und Westeuropas völlig fremd sind. ..."

Das kann von seiten des Herrn Bierut wohl kaum anders erwartet werden!

Eine bisherige Säule der Exil-Polen ist allerdings bereits wankend geworden. Der kürzlich aus der Londoner Regierung ausgeschiedene Herr Mikolajczyk, der im August in Moskau Stalin vergeblich zu einer Unterstützung des Warschauer Aufstandes überreden wollte und im Oktober Churchill nach Moskau begleitet hat, veröffentlicht im „Jutro Polskie", einem in London erscheinenden Wochenblatt seiner „Bauernpartei", einen langen Artikel, in dem er verführerisch schreibt:

„Trotz des Gefühls erlittenen Unrechts in Vergangenheit und Gegenwart müssen wir Polen alles tun, um in bestnachbarlicher Harmonie mit Sowjet-Rußland, unserem mächtigen Nachbar, zu leben; wir müssen uns klar darüber sein, daß nicht nur unsere eigene Sicherheit von dieser Zusammenarbeit abhängt. Sowjet-Rußland muß erkennen, daß es das polnische Volk nur durch Terror kommunistisch machen kann. In diesem Fall könnte Polen kein Sicherheitsfaktor gegenüber einer möglichen deutschen Aggression sein. Stalin selbst ist sich darüber klar; er sagte mir, daß Polen nicht kommunistisch werden soll; obwohl dieses System für Rußland geeignet ist, so sei doch das polnische Volk nicht für ein kommunistisches Regime vorbereitet und infolgedessen solle Polen ein nichtkommunistischer Staat sein, der wirtschaftlich auf private Initiative gegründet und in beträchtlichem Ausmaß von finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe des Auslands abhängig sein soll."

Das hat Stalin dem Herrn Mikolajczyk sicherlich nicht nur für seinen eigenen Hausgebrauch mitgeteilt, sondern auch für die Engländer und Amerikaner als Köder ausgelegt; die Londoner Zeitungen haben Mikolajczyks Mitteilungen gierig aufgegriffen. Zunächst hat man allerdings sowohl in Downingstreet wie im Weißen Haus erklärt, daß man die Lubliner Regierung noch nicht anerkenne, sondern weiterhin die Exil-Regierung als legale Vertretung Polens betrachte.

1965: Amnestie – für die Wolgadeutschen

9. Januar 65

Eine merkwürdige Neuigkeit haben westliche Zeitungskorrespondenten im Amtsblatt des Obersten Sowjet in Moskau

entdeckt. Dort ist jetzt ein schon am 28. August 1964 gefertigtes Dekret über die „Wolga-Deutschen“ veröffentlicht worden, durch das die am gleichen Tag 1941 gegen diese beträchtliche Volksgruppe verkündete sowjetische Regierungsanordnung teilweise revidiert wird. Stalin hatte vor 23 Jahren die sofortige Auflösung der bis dahin an der Wolga bestehenden Wolgadeutschen Republik angeordnet und die Austreibung der dort lebenden 400 000 Deutschen innerhalb von 24 Stunden befohlen.

Niemand weiß, wieviel Menschenleben dieses Vorausexperiment der späteren Deutschenvertreibung aus den deutschen Ostgebieten damals gekostet hat. Die 400 000 Deutschen der aufgelösten Wolgarepublik (sie waren die Nachkommen von 27 000 schwäbischen Bauern, die die Zarin Katharina die Große Ende des 18. Jahrhunderts angesiedelt hatte) wurden im Winter 1941 im Fußmarsch über den Ural nach Sibirien getrieben; die Überlebenden wurden in Kasakstan, Usbekistan und in der Kirgisischen Republik verstreut untergebracht und unter Kontrolle gehalten. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ findet man sie heute auch als Bergarbeiter in den sibirischen Bergbaugebieten. Immerhin haben sie ihr Deutschtum so zäh bewahrt, daß auch wieder deutschsprachige Schulen für sie eingerichtet wurden.

Ähnliche kollektive Strafmaßnahmen wie gegen die Wolgadeutschen hat die Sowjetregierung während und nach dem Kriege gegen mehrere Kaukasusvölker und gegen die Krim-Tataren angeordnet. Einige dieser Völkerschaften wurden 1957 „rehabilitiert“ und durften in ihre alten Wohngebiete zurückkehren. Dieses Recht haben, wie jetzt gemeldet wird, die Wolgadeutschen ausdrücklich *nicht* erhalten; es sind ihnen nur in ihren sibirischen Streusiedlungen wieder die staatsbürgerlichen Normalrechte zurückgegeben worden, die in der Sowjetunion nicht viel bedeuten. Es lebt also auch die Wolgadeutsche Republik nicht wieder auf. Dennoch: eine Art von „Amnestie“ aus Gründen der Staatsräson.

Der Stalin-Ukas vom 28. August 1941 war nicht nur Vorbild der späteren Austreibungen, er bildete auch die erste Maßnahme jener überdimensionalen Massen-Verfolgungen, die 1944 Frankreich und Griechenland gegen die „Kollaborateure“ in Gang gesetzt, später unter den verschiedensten Vorzeichen jahre-

lang ganz Europa überschwemmte und deren juristische Formalitäten vom Moskauer Professor Traïnine* nach dem Muster der bolschewistischen „Klassenjustiz" der Jahre 1918–21 ausgedacht worden waren. Von der Nürnberger Justiz mit ihren angeblich „verbrecherischen Organisationen" bis zur „Entnazifizierung" haben auch wir Reichsdeutschen ausreichend Gelegenheit gehabt, die Praxis dieser Moskauer „Rechtspflege" und die Parolen ihrer Handlanger kennenzulernen.

Der Oberste Sowjet hat sich jetzt immerhin zu einer grundsätzlichen Beendigung der Diffamierung und Massenentrechtung entschlossen, während die Parlamente der Bundesrepublik im Laufe der Jahre zahlreiche „Abschlußgesetze" produziert, aber keinen wirklichen „Schlußstrich" gewagt haben.

1965: Der „Friede" von 1920

10. Januar 65

In einem der heutigen Sonntagsblätter ist diese historische Erinnerung notiert:

„Vor 45 Jahren, am 10. Januar 1920, tauschten im Uhrensaal des französischen Außenministeriums die Vertreter der 13 Mächte, die den Versailler Vertrag unterzeichnet hatten, die Ratifikationsurkunden aus. Damit wurde der Friedenszustand zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten wieder hergestellt. Vorher wurde ein Protokoll unterzeichnet, das den Waffenstillstand zwischen beiden Seiten beendete. Die Zeremonie dauerte acht Minuten. Für Deutschland unterzeichnete Ministerialdirektor Simson und Herr von Lersner. ‚Der Friede ist um 4 Uhr 15 nachmittags in Kraft getreten.'"

Irrtum – der Friede in Europa ist weder damals noch seither wieder hergestellt worden.

1945: Konferenz in Sicht

11. Januar 45

In Schweden hat man russische Kommentare des Senders Kiew abgehört und festgestellt, daß dort die Einverleibung der

---

* Die im Januar 1945 in französischer Übersetzung veröffentlichte Grundsatzschrift von A. A. Traïnine: „La responsabilité pénale des Hitleriens" hat die sogenannte Komplizen-Theorie entwickelt, die auch im späteren „Londoner Statut" ihren Niederschlag fand. Auf diese Zusammenhänge hat der verstorbene Völkerrechtslehrer Professor Dr. Friedrich Grimm hingewiesen (vgl. dessen Biographie „Mit offenem Visier", Aus den Erinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts, Druffel-Verlag, Leoni 1961, Seite 257).

früher zur Tschecho-Slowakei gehörenden „Karpatho-Ukraine" in die Sowjetunion gefordert wird. „Svenska Dagbladet" schreibt, daß eine solche Annexion im Widerspruch zu dem Vertrag stehen würde, den Stalin mit Benesch abgeschlossen hat. Da der Sender Kiew gewiß nur erörtert, was Stalin zu regeln beabsichtigt und die Sowjettruppen das strittige Gebiet bereits besetzt haben, werden vermutlich weder das „Svenska Dagbladed" noch Herr Benesch befragt werden. Es ist nicht einmal sicher, ob in dieser Sache die Churchill und Roosevelt etwas mitzureden haben*.

Der amerikanische Präsident hat im Weißen Haus die führenden Abgeordneten des Kongresses empfangen und sie davon unterrichtet, daß „demnächst" ein Treffen mit Churchill und Stalin stattfindet. Roosevelt versicherte, er werde an dieser Konferenz der „Großen Drei" mit absolut „ungebundenen Händen" teilnehmen; er habe keinerlei Vorausverpflichtungen hinsichtlich der Lösung europäischer Probleme übernommen. Da nach seiner kürzlichen Mitteilung die „Atlantik-Charta" nie unterschrieben wurde, kann der Präsident diesmal recht haben. Aber hat er nicht doch dem Mr. Morgenthau einiges versprochen?

*

Die Militärs beobachten bereits seit Wochen den sowjetischen Aufmarsch östlich der Weichsel und im Baranow-Brückenkopf. Der dortige „Stillstand" der Sowjets während der Ardennen-Offensive hat manche zu politischen Deutungen angeregt, die wohl zu optimistisch sind**. Auch Dr. Dietrich hat das

---

* Das Gebiet der früher dem tschecho-slowakischen Staatsverband zugehörigen sogenannten Karpatho-Ukraine wurde am 29. Juni 1945 der Sowjetunion eingegliedert.

** Churchill berichtet in seinem Erinnerungswerk über den Zweiten Weltkrieg, daß Stalin ihm am 7. Januar 1945 eine Botschaft folgenden Inhalts übermittelte: „In Anbetracht der Lage unserer Verbündeten an der Westfront hat sich der Generalstab des Obersten Befehlshabers entschlossen, die Beendigung unserer Vorbereitungen zu beschleunigen und ohne Rücksicht auf das Wetter an der ganzen Länge unserer Zentralfront nicht später als in der zweiten Januarhälfte eine großangelegte Offensive auszulösen. Sie dürfen beruhigt sein, daß wir alles uns Mögliche tun werden, um den glorreichen Streitkräften unserer Alliierten beizustehen." (a. a. O. Band VI/1, Seite 327)

Gefühl, daß der nächste Sturm aus dem Osten bald zu erwarten ist. Vorgestern hat er zur Tagesparole durchgesagt:

„Die militärische Lage in den letzten Wochen ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Entlastungs-Offensiven, die uns an der Westfront die Initiative sowie strategische und auch ausreichende räumliche Gewinne eingebracht haben. Im ungarischen Raum erreichten unsere Offensivstöße die Fesselung bolschewistischer Angriffsarmeen. Die Gesamtlage erfordert aber bei aller begründeten Zuversicht weiterhin Zurückhaltung angesichts der Schwere des feindlichen Gegendrucks, der zu erwartenden bolschewistischen Offensive an der Ostfront und des noch nicht zu übersehenden Schicksals Budapests."

Episode in Belgrad

12. Januar 45

Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung begann heute früh die seit längerer Zeit erwartete sowjetrussische Offensive aus dem Brückenkopf von Baranow an der Weichsel. Es liegen noch kaum Nachrichten vor, aber wir kündigen den Vorgang in den Auslandsnachrichten mit allem Nachdruck an. Wie auch immer die Schlacht verläuft – es ist besser, ihr sofort die ernste Bedeutung beizumessen, die sie zweifellos hat.

Nicht nur in Polen, sondern auch in Belgrad stoßen die bisher in London tätigen „Regierungen" auf Ablehnung. Der Exil-Ministerpräsident Subaschitsch war kürzlich bei Tito und es hat den Anschein, daß er sich eine Chance der Rückkehr ausdenkt, wenn er dafür seinen König preisgibt. Das Thema reizt zur Polemik und wird in der Tagesparole behandelt:

„Die politischen Vorgänge zwischen Belgrad und London verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil sie die britische Verratspolitik an den kleinen Verbündeten Englands nicht weniger deutlich zeigen, wie es im Falle Polen geschehen ist. Zur Bewertung der Weigerung des Exkönigs Peter, auf seinen Thron zu verzichten, muß daran erinnert werden, daß es England und die USA waren, die ihn im Jahre 1941 veranlaßten, sein Amt anzutreten und gegen Deutschland Krieg zu führen."

Die Schriftleitungen werden gewiß auch daran denken, daß im März-April 1941 beim „Belgrader Putsch" auch die Russen bereits ihre Hand im Spiel gehabt haben und sich in öffentlicher Erklärung auf die Seite der Regierung stellten, die den König

Peter auf den Thron erhob. Aber diese Vorgeschichte wird den Tito kaum dazu bewegen, sich den jungen Mann jetzt noch nach Belgrad zu holen und sich von ihm zum königlich-jugoslawischen General ernennen zu lassen.

Generaloberst Jodl vor den auslänischen Militärattachés: das Problem des Westens

13. Januar 45

Anruf aus „Adlerhorst“: die Lage bei Baranow ist ernst; der Russe hat beträchtliche Einbrüche erzielt. Das Hauptquartier wird mit Rücksicht auf diese Entwicklung in Kürze wieder nach Berlin verlegt.

Generaloberst Jodl ist heute bereits hier, allerdings aus einem länger vorbereiteten Anlaß. Er empfängt in einem Gästehaus die in Berlin akkreditierten ausländischen Militärattachés. Freundlicherweise hat er auch mir eine Einladung zu dieser Veranstaltung zugehen lassen. Jodls Ansprache müßte als Sensation gelten, wenn sie vor Journalisten gehalten und veröffentlicht worden wäre. Ihr Gewicht lag in der politischen Beweisführung: Er sprach von der Gewißheit einer Herrschaft des Bolschewismus in Europa, falls Deutschland unterliegen würde und hob hervor, daß die deutsche Wehrmacht den Russen *allein* nach wie vor überlegen sei! Jodl erteilte so einen fast dramatischen Hinweis, wie nötig es nicht nur für uns, sondern auch für die übrige Welt wäre, den Kampf im Westen zu beenden oder wenigstens zu bremsen.

Auch die neutralen Militärattachés waren anwesend und haben aufmerksam zugehört; ihre Berichte werden gewiß an die Engländer und Amerikaner weitergeleitet. Das ist die Adresse, an die der Generaloberst seine Bemerkungen gerichtet hat.

*

Den Sonntag nachmittag benütze ich zur Ausarbeitung von Argumenten, die vor allem der amerikanischen „Kreuzzugs“-Propaganda entgegenwirken sollen. Zu den Vernichtungsthesen, mit denen die Westalliierten ihre Truppen in den Kampf schicken, notiere ich*:

* Erschienen im „Völkischen Beobachter“, Norddeutsche Ausgabe, 21. Januar 1945.

„Sie kämpfen mit der Wahnidee, Deutschland, der deutsche Volkscharakter, der ‚preußische Militarismus und Kastengeist' seien die Haupthindernisse, die sich einem Weltfrieden entgegenstellten. Nach ihrer Beseitigung würde er gewißlich Wirklichkeit werden. Deutschland und die Deutschen seien seit Jahrhunderten die Personifizierung des Krieges überhaupt, ihre naturgegebene Leidenschaft sei es, Eroberungen zu betreiben und Vernichtung um sich zu verbreiten.

Alle die Ausrottungsparolen, die wir in den letzten Jahren vernahmen, sind schließlich nichts anderes als eine einigermaßen logische Folgerung aus einer solch wahnwitzigen Vorstellung, eine Fortsetzung und das Ergebnis dieser einen großen Lüge, die die anglo-amerikanischen Kriegsverbrecher ihren Völkern unermüdlich wiederholen, und die sie ihren Soldaten mit in die Tornister gepackt haben."

„Den Vansittart und Morgenthau, die sich so viel auf ihre historischen ‚Beweise' zugute halten", setze ich einige Daten über die Veränderungen der Staatsgebiete Deutschlands, Englands und Rußlands im Laufe von fünf Jahrhunderten (von etwa 1400 bis 1939) sowie die der USA vom Jahre ihrer Begründung an entgegen. Die Unterlagen habe ich mir im Laufe der letzten Wochen aus der Literatur zusammengestellt und sie durchgerechnet. Das Ergebnis war verblüffend:

„Das Deutsche Reich umfaßte im Jahre 1400 mitteleuropäische Gebiete von etwa 950000 Quadratkilometer, im Jahre 1939 errechnete sich sein staatlicher Besitzstand mit 635000 Quadratkilometern, er hat sich also in fünf Jahrhunderten um fast ein Drittel verringert, obwohl die deutsche Bevölkerungszahl sich in der gleichen Zeit vielfach vermehrt hat.

Als die Vereinigten Staaten gegründet wurden, hatten sie eine Flächenausdehnung von knapp 1 Million Quadratkilometern. Im Jahre 1939 – 160 Jahre später – besitzen sie ein Staatsgebiet von 10854000 Quadratkilometern. Das Territorium der USA hat sich also in nur anderthalb Jahrhunderten mehr als zehneinhalbmal vergrößert. Diese Verhältniszahl würde sich noch ganz beträchtlich erhöhen, wenn wir in unsere Rechnung auch noch jene Staaten, insbesondere in Mittel- und Südamerika, einbeziehen würden, die durch kapitalistische Verflechtungen völlig von den USA abhängig geworden sind, ohne aber offiziell zu deren Staatsbereich zu zählen.

Das Großfürstentum Moskau – das Ausgangsstaatsgebilde des späteren Rußlands – umfaßte im Jahre 1462 etwa 700000 Quadratkilometer. Das Gebiet der Sowjetunion betrug 1939 über 22 Millionen Quadratkilometer; Rußland hat demnach in fünfhundert Jahren sein Staatsgebiet mehr als einunddreißigmal vergrößert.

Das Königreich England, das im Jahre 1400 von Schottland getrennt war, mag damals etwa 220000 Quadratkilometer umfaßt haben. Der britische Besitzstand 1939 wird von den Statistiken mit 40,12 Millionen Quadratkilometern angegeben. Dies ist die einhundertzweiundachtzigfache Ausdehnung gegenüber dem Ausgangsumfang!“

Das Resultat aus diesen historischen Tatsachen ist nicht schwierig zu formulieren:

„Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars, sie enthalten alles, was über die historische Tragödie des Deutschen Reiches und über den Imperialismus Englands, Rußlands und der USA zu sagen ist.“

Auch eine Untersuchung über die angeblich uns Deutschen eigene „militante Grundeinstellung“, unsere angebliche „Lust am Krieg“ führt zu erstaunlichen Resultaten, wenn man die Kämpfe der Deutschen mit den kriegerischen Unternehmungen unserer heutigen Feinde in Vergleich setzt. Die britische Weltausbreitung zwischen 1688–1918 war von zwanzig großen Kriegen begleitet, auch die Vereinigten Staaten haben häufig zu den Waffen gegriffen, als sie Florida, Kalifornien, Kuba und die Philippinen besetzten, die Öffnung Japans erzwangen und ihre Stellung in Südamerika durch zahlreiche „Interventionen“ befestigten. Das für die heutige Situation aufschlußreichste Beispiel bietet Rußland:

„Nachdem schon das Zarenreich in den zwei Jahrhunderten von 1700 bis 1900 nicht weniger als 22 Kriege mit 101 Kampfjahren geführt hatte, um seine Grenzen zu erweitern, versuchten auch die Bolschewisten schon 1918 – kaum an die Macht gekommen – Finnland zu unterwerfen. 1918/19 führten sie mit gleichem Ziel Krieg gegen Lettland, Litauen und Estland, im Jahre 1920 folgte ihr erster Einfall in Polen. 1921 bis 1924 führen sie im Kaukasus Krieg gegen das damals unabhängige Georgien und unterwerfen es. Im Jahre 1939 besetzen die Sowjets nicht nur Ostpolen, sondern gliedern es auch gleich in ihren Staatsverband ein. Im Dezember 1939 beginnen sie den ersten Krieg mit Finnland; auch hier handelt es sich um einen reinen Eroberungskrieg. Das Jahr 1940 bringt die Einverleibung der baltischen Staaten und Bessarabiens und die weiteren Forderungen Molotows, die schließlich im deutsch-sowjetischen Kriege die einzig mögliche Antwort finden.“

Meine Schlußfolgerung:

„Bedarf es noch weiterer Erinnerungen, um die Ungeheuerlichkeit der Lüge zu beleuchten, auf der die ganze Argumentation der Anglo-

Amerikaner in ihrem verblendeten Kampf gegen Deutschland und das deutsche Volk aufgebaut ist?"

Genau betrachtet: ein bestürzendes Beispiel für die verwirrende Macht der Propaganda.

Großkampf

15. Januar 45

Gestern früh begann die zweite Phase des russischen Angriffs, diesmal Richtung Ostpreußen, wo die Sowjets allerdings bisher nicht ernstlich vorangekommen sind. Aus dem Baranow-Brückenkopf sind sie mit starken Panzerkräften Richtung Krakau vorgeprescht. In der Tagesparole wird die militärische Lage scharf umrissen:

„Der nunmehr fast auf der ganzen Front entbrannte Großkampf im Osten stellt an unsere Soldaten die höchsten Anforderungen. Während in den nördlichen Angriffsabschnitten, insbesondere in Ostpreußen, dem Gegner durch die Standfestigkeit der deutschen Abwehr ein nennenswerter Erfolg versagt blieb, sind im südlichen Generalgouvernement heftige Kämpfe mit den tief eingebrochenen Bolschewisten im Gange. Die Ereignisse im Osten stehen im Vordergrund der militärischen Berichterstattung, die übrigen Kriegsschauplätze treten demgegenüber zurück."

Das Hauptquartier „Adlerhorst" ist aufgelöst. Dr. Dietrich wird in Kürze in Berlin sein.

Das politisch Schlechte an dem sich abzeichnenden neuen Sowjeterfolg ist, daß die Churchill und Roosevelt wieder Auftrieb erhalten und ihre polnischen, griechischen und sonstigen Krisen von den militärischen Ereignissen überschattet werden.

Der OKW-Sprecher ist ganz im Sinne der vorgestrigen Erklärungen Jodls beauftragt worden, die Gewalt des sowjetischen Angriffs mit allem Nachdruck zu unterstreichen, insbesondere in der Auslandspresse-Konferenz. Es ist uns jetzt gleichgültig, ob einige neutrale Journalisten die Koffer packen, der Alarmruf ist nicht übertrieben. Im ostpreußischen Angriffsraum wurden mindestens 20 sowjetische Divisionen festgestellt. Im Kampfraum Krakau erkannte man eine ganze Armee, die bisher noch nicht aufgetreten war!

18. Januar 45

Dr. Dietrich ist seit den frühen Morgenstunden wieder zurück.

Die Westoperationen waren nur ein erleichterndes Zwischenspiel, die Entscheidung des Krieges droht jetzt vom Osten her. Das Hauptquartier wird vorerst in Berlin bleiben.

Stalin kündigte in einer Sondermeldung die Einahme von Warschau an. Diese Stadt hätte er freilich schon im August haben können, wenn er nicht aus politischen Gründen den damaligen Aufstand unbeachtet gelassen und uns die mühselige Aufgabe zugeschoben hätte, die ihm unerwünschte Streitmacht des Generals Bor niederzukämpfen.

Aus dem Auslandsmaterial wird ersichtlich, daß die Äußerungen des OKW-Sprechers vor der Auslandspresse in London bemerkt worden sind. Der militärische Korrespondent der „Times“ schreibt:

„Im ganzen Verlauf des Krieges waren die deutschen Ankündigungen und Kommentare niemals ernster wie gestern hinsichtlich der Schlacht im Osten.“

Wir haben aus dem Text nur einen Funkauszug vorliegen – in der offenbar längeren Erörterung über die Lage und die deutschen Möglichkeiten, sie zu meistern, urteilt der Korrespondent deutlich und treffend: „Die einzige große Kräftereserve für Hitler würde die Westfront sein.“

Churchill und die „bedingungslose Kapitulation“

19. Januar 45

Churchill hat gestern im Unterhaus gesprochen und erneut die Politik der „bedingungslosen Kapitulation“ verkündet. Offenbar hat es darüber hinter den Kulissen einige Diskussionen gegeben – oder sollte es eine Antwort auf Jodls Äußerungen gegenüber den Militärattachés sein?

„Wie sollen wir uns gegenüber dem schrecklichen Feind verhalten, mit dem wir uns jetzt im Handgemenge befinden? Soll eine bedingungslose Kapitulation stattfinden oder sollten wir Vorkehrungen für einen ausgehandelten Frieden treffen? ... Das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation wurde vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündet, und ich billigte es dort und damals im Namen Großbritanniens. Ich bin sicher, daß diese Forderung, als sie erhoben

wurde, richtig gewesen ist, obwohl viele Angelegenheiten, die sich inzwischen zu unseren Gunsten entschieden haben, damals noch in der Schwebe waren. Sollten wir diese Erklärung, die in den Tagen unserer verhältnismäßigen Schwäche und Erfolglosigkeit verkündet wurde, jetzt abschwächen, wo wir die Periode der Herrschaft und Macht erreicht haben?

Ich bin mir klar darüber, daß nichts uns veranlassen sollte, das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation aufzugeben und in irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland oder Japan einzutreten, unter welcher Maske immer sie sich darbieten würden. ..."

Es ist stets die gleiche Melodie. Wobei noch zu bemerken ist, daß Churchill wie auch Roosevelt in dieser wichtigen Frage es stets vermeiden, die Irrsinnsforderung nach „bedingungsloser Kapitulation" etwa auf die Reichsregierung Hitler zu begrenzen, also auf eine innenpolitische Änderung hinzuwirken, wie Wilson es im Oktober 1918 getan hat. (Was sich dann als gezielter Schwindel herausstellte; die Weimarer Republik mußte die gleichen Forderungen unterschreiben und erfüllen, die im November 1918 für die Delegierten der kaiserlichen Regierung in Compiègne vorbereitet worden waren.)

Die einzige Einschränkung, zu der sich Churchill zur Beruhigung seiner Kritiker verstanden hat, lautet:

„Dem Feind bedingungslose Kapitulation aufzuzwingen, bedeutet keineswegs, daß die Siegermächte ihren Aufgaben gegenüber der Menschheit oder ihren Pflichten als zivilisierte christliche Nationen enthoben wären."

Das ist leider nicht sehr überzeugend, da alle Welt weiß, wie Stalin darüber denkt und daß die Formeln von „Zivilisation" und „Christentum" im Munde des Organisators des Bombenkrieges seltsam klingen.

Schwarze Tage

20. Januar 45

Dr. Dietrich erzählt mir im Vertrauen eine kleine Szene: Als er heute gegen Mittag aus seinem Wohn-Schlafzimmer im Seitentrakt der alten Reichskanzlei nach unten ging, begegnete er dem Führer, der gerade aus seinen beiden Privaträumen kam. Ein kurzes Gespräch über den Frühnachrichtendienst (der jeden Morgen durch den Diener ins Schlafzimmer gereicht

wird) weitet sich auf die entstandene Lage im Osten aus; weniger zu Dietrich als zu sich selbst sagt der Führer: „Ich werde den Russen dort angreifen, wo er es nicht erwartet. Die 6. Panzer-Armee kommt in den Raum Budapest. Wenn wir in Ungarn aktiv werden, muß der Russe auch dorthin."

Er glaubt, den Russen hier an einer Front treffen zu können, wo Truppen minderer Qualität und balkanische Bundesgenossen eingesetzt sind, und er erhofft sich von einer Entlastungsoffensive im ungarischen Raum eine wirksame Erleichterung an der ganzen Ostfront.

Dr. Dietrich meint dazu: „Das ist eine typische Führeridee: nicht dort anpacken, wo der Gegner am stärksten ist, sondern ihn in der Flanke nehmen."

Abgesehen davon ist die Sicherung der letzten uns verbliebenen Ölgebiete in Ungarn und im Wiener Becken von erstrangiger kriegswirtschaftlicher Bedeutung.

Die 6. Panzer-Armee unter ihrem Kommandeur Sepp Dietrich ist derzeit unsere kampfkräftigste Einheit, die die Ardennenschlacht geschlagen hat und im Westen nun herausgezogen wird.

Die Besonderheit des derzeitigen Russenvorstoßes ist, daß er nach unserer eigenen Panzerstrategie angelegt ist: wo ein Durchbruch erzielt wurde, fährt er mit seinen Panzerspitzen los, ohne sich viel um rechts oder links zu kümmern. Das hat zur Folge, daß mehrere deutsche Einheiten umfahren wurden und sich nun Richtung Westen in „wandernde und kämpfende Igel" in Bewegung gesetzt haben. Für den Aufbau einer neuen Front ist das natürlich von Bedeutung.

Dr. Dietrich geht heute mittag – wie nur in seltenen Ausnahmefällen – zur deutschen Pressekonferenz und spricht – was derzeit bei Gott nicht einfach ist – über die militärische Lage, so wie er sie sieht. Er beschönigt nicht die beträchtlichen Durchbrüche und Geländegewinne, die die Sowjets erzielen konnten: „Wir stehen an einem kritischen Punkt"; aber er meint auch: „Wir haben Maßnahmen ergriffen, um die Ostfront wieder zu stabilisieren." Die Russen hätten ihre Kräfte im Einbruchsraum bereits bis zur vollen Entfaltung gebracht, während unsere Gegenmaßnahmen sich noch im Stadium der Entwicklung befinden. Dr. Dietrich bewegt sich damit am Rande

dessen, was als Optimismus noch erlaubt ist. Aber das ist besser als das erschrockene Schweigen, in das alle anderen verfallen sind, die sonst mit ihren Kommentaren nicht geizen.

*

Nachmittags schickt mich Dr. Dietrich wieder einmal zur „Lage“, die wie früher im großen Führer-Arbeitszimmer in der neuen Reichskanzlei stattfindet. Heute ist so etwas wie „großer Bahnhof“ – sowohl Reichsmarschall Göring wie auch Großadmiral Dönitz sind erschienen. Himmler wird auf dem Rückweg vom Elsaß erwartet, aber sein Eintreffen verspätet sich – er ist mit einem Sonderzug unterwegs; auch dieser hat ein mühsames Durchkommen. Der Beginn der Lagebesprechung ist für 16 Uhr angesagt, aber der Führer hat noch Saur vom Rüstungsministerium bei sich, und so wartet alles in der Vorhalle und unterhält sich in Gruppen.

Die Auswirkungen der Sowjeterfolge sind noch gar nicht abzusehen, und es müssen eine Unzahl von weittragenden Sofortentscheidungen getroffen werden. Dönitz ist besonders besorgt wegen des Raumes Danzig-Gotenhafen. Hier ist ein Schlüsselpunkt für die Seekriegführung nicht nur in der Ostsee; von Danzig aus werden die einzigen U-Boot-Übungsgebiete befahren, die uns zur Verfügung stehen. Generaloberst Guderian ist zu allem Unglück gesundheitlich nicht auf der Höhe und macht einen erschöpften Eindruck.

In der Lagebesprechung werden dann die vielen Probleme in gewohnter Ruhe vorgetragen und geprüft.

Der sowjetische Vorstoß im polnischen Raum hält mit fast ungeminderter Kraft an. Litzmannstadt und Krakau gingen verloren. Die Grenze von Oberschlesien ist bereits erreicht. In Ostpreußen tiefer Einbruch bis Hohensalza; bei Tilsit allerdings konnte der Angriff bisher abgewiesen werden. Memel wird nicht zu halten sein. Damit rückt das Hauptthema in den Vordergrund: die Häfen. Durch den bereits anlaufenden Schiffstransport zweier Divisionen von Libau nach Gotenhafen soll die Landverteidigung der Danziger Bucht gestärkt werden, die für Dönitz so wichtig ist. Insgesamt sollen aus Kurland sieben Divisionen herausgezogen werden. Die Kurlandfront noch mehr zu schwächen erscheint nicht ratsam, weil der Russe mit der

Beseitigung des Kurlandkessels wesentlich mehr Kräfte frei bekommen würde als wir.

Angesichts der unmittelbaren Bedrohung deutscher Gebiete werden große Evakuierungen durchgeführt, was angesichts der Transportlage zum großen Teil in Fahrzeug-Trecks geschehen muß. Um den Eisenbahnverkehr zu erleichtern, werden ab 22. Januar sämtliche Eil- und D-Züge aus den Fahrplänen gestrichen. Eine allgemeine Privatreise-Sperre muß verhängt werden. Schlafwagen verkehren zum letzten Mal in der Nacht vom 22. zum 23. Januar.

Nach der Lagebesprechung trifft Himmler ein, den der Führer gesondert empfängt. Himmler soll, wie es heißt, jetzt eine Führungsaufgabe im Osten übernehmen. Auch in der Heeresgruppe Mitte, die in Zukunft Heeresgruppe „A" heißen soll, ist eine Veränderung eingetreten. Der bisherige Oberbefehlshaber Generaloberst Harpe ist abgelöst worden. Er war gestern in der Reichskanzlei, um sich beim Führer abzumelden, der ihn trotz der Katastrophe nicht unfreundlich empfangen hat und an anderer Stelle wieder verwenden will. An Harpes Stelle wurde der bekannte bayerische Generaloberst Schörner zum Heeresgruppen-Oberbefehlshaber ernannt, der als ganz eisern gilt und wohl der richtige Mann ist, um aus der derzeitigen Verwirrung wieder eine Verteidigung aufzubauen.

23. Januar 45

Es sind schwarze Tage, die wir erleben. Die Sowjets stehen nun auch tief in Ostpreußen, sie bedrohen Schlesien und das oberschlesische Industriegebiet. Gestern abend war Allenstein gefallen und die Oder bei Oppeln überschritten. Eine riesige Flüchtlingsbewegung geht im Osten vor sich. In der eisigen Kälte spielen sich furchtbare menschliche Tragödien ab. Die meisten Trecks streben den Ostseehäfen zu; die Schiffe sind zur Hoffnung für Hunderttausende geworden.

Berliner Omnibusse sind voll bepackt mit Brot in Marsch gesetzt worden, um den Flüchtlingstrecks im Wartheland entgegenzufahren.

Roosevelt hat seine vierte Präsidentschaft mit einer überraschend kurzen Rede begonnen, die mit fast unerträglichen Phrasen gespickt war:

„Wir haben gelernt, Weltbürger zu sein, Angehörige der menschlichen Gemeinschaft. Wir haben die einfache Wahrheit Emersons gelernt, er sagte: ‚Der einzige Weg, einen Freund zu haben ist, selbst ein Freund zu sein.‘ Wir können keinen dauernden Frieden erreichen, wenn wir mit Argwohn und Mißtrauen vorgehen. Wir brauchen Verständigung, Vertrauen und den Mut, der aus der Überzeugung kommt.“

Das liest sich wie eine Ergebenheits-Adresse an die Russen; die Konferenz der „Großen Drei“ steht bevor und Stalin wird dort die anderen beiden in siegreicher Marschalls-Glorie überstrahlen, die er in Wirklichkeit der anglo-amerikanischen Frankreich-Invasion verdankt.

24. Januar 45

Wieder bei der Lagebesprechung in der Reichskanzlei.

Himmler ist zum Oberbefehlshaber der neuen Heeresgruppe „Weichsel“ ernannt worden, die die Danziger Bucht abschirmen und von Pommern aus eine Gegenoffensive in Gang bringen soll. Die Sowjets sind allerdings jetzt immer noch in starkem Vordringen nach Schlesien; aber auch in Ostpreußen sind ihnen Durchbrüche gelungen. Die Häfen Memel und Königsberg werden bereits geräumt.

Neu ist, daß der Russe jetzt auch einen Großangriff in Kurland begonnen hat und gegen Libau antritt. Dort ist er allerdings bisher abgewiesen worden.

Als Anekdote im Riesengeschehen: Eine Kampfgruppe des Generals Nehring wird in der Lagekarte ausgewiesen, weil sie ihre Standorte regelmäßig meldet. Sie kämpft sich aus dem polnischen Raum erfolgreich zurück und ist heute in der Gegend von Kalisch angelangt.

Bei der Durchsicht unseres Pressematerials liest der Führer eine Meldung aus Ankara, wonach fünfzig deutsche Generale, die sich in sowjetischer Gefangenschaft befinden, in Ostpreußen eine Regierung bilden sollen. Kopfschüttelnd gibt er das Blatt dem dabeistehenden Feldmarschall Keitel. Er sagt nur ein Wort dazu: „Schande!“

Das Material enthält auch eine Meldung des Moskauer Senders, der erklärt, Hitlers Niederlage stünde nicht erst bevor, sondern sie sei schon endgültig eingetreten. Der Führer macht dazu eine Bemerkung, die auf unsere im Herbst 1941 erfolgte

voreilige Verkündung einer im Osten gefallenen Entscheidung abzielt. Es habe damals Herren gegeben, die ihm nach der Doppelschlacht von Wjasma und Briansk erklärt hätten, damit sei der Krieg in Rußland entschieden und beendet. Auch in Moskau sei damals gewiß alles der gleichen Meinung gewesen, mit Ausnahme eines einzigen Mannes, der im Kreml saß und sich nicht beirren ließ. Jetzt sei er, der Führer, es, der die Aufgabe habe, den Mut in keiner Situation sinken zu lassen.

(Der Führer erinnert mit dieser Bemerkung an den merkwürdigen Zwischenfall Anfang Oktober 1941, in den auch Dr. Dietrich verwickelt war: auf Grund ihrer Berechnungen der russischen Reserven waren damals die Militärs zu der Ansicht gelangt, daß die sowjetische Widerstandskraft zerbrochen sei. Sie meldeten das in der Lagebesprechung in sehr überzeugender Weise, um die Zustimmung des Führers zu dem von ihnen befürworteten sofortigen Angriff auf Moskau zu erwirken. Er hatte die „Hauptstadt"-Strategie bis dahin abgelehnt, wollte vorher Leningrad und Rostow fest in der Hand haben. Nun ließ er sich umstimmen – nicht ohne in einer Denkschrift seine Bedenken nochmals niederzulegen. Diese Aufzeichnung, von der mittlerweile mehrmals die Rede war, ruht irgendwo in einem Panzerschrank. Weltgespräch aber wurde eine Erklärung Dr. Dietrichs, in der er am 3. Oktober 1941 vor der In- und Auslandspresse in Berlin verkündete, die Entscheidung im Ostfeldzug sei bereits gefallen. Dr. Dietrich hat natürlich nicht ohne Auftrag gehandelt, aber der Führer und die Militärs, denen er seinen Text vorlegte, dachten offenkundig nur an eine gezielte Auslandswirkung – Roosevelts „Schießkrieg" hatte in jenen Tagen bereits begonnen. Dietrich selbst war bei Ankunft in Berlin noch der Ansicht, daß er seine Mitteilungen nur der Auslandspressekonferenz vortragen solle. Er wurde leider umgestimmt und verband mit seinem Namen eine Kühne Deutung, wie man sie sonst nur in anonymen Pressediensten unterzubringen pflegt. Dr. Dietrichs Erklärung verwirrte das Inland, im Ausland verfehlte sie die gewünschte Wirkung: die amerikanische „Pacht- und Leih"-Hilfe für die Sowjetunion wurde nicht vermindert, sondern verstärkt, und unsere Operationen gegen Moskau versanken nach einem Wetterumschlag Mitte Oktober 1941 zuerst im Schlamm und dann in Eis und Schnee.)

1965: Churchill gestorben

26. Januar 65

Gestern ist, nachdem er seit Tagen in Bewußtlosigkeit verfallen war, Winston Churchill neunzigjährig in London gestorben. Von den deutschen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehsendern, auch von der Bundesregierung, wurde das Ereignis in der uns fast schon gewohnten Maß- und Würdelosigkeit zelebriert, die in der nicht so vergeßlichen Welt oft Verwunderung erregt. Allen diesen geschmacklosen Kundgebungen zum Trotz bleiben die mit dem Wirken dieses merkwürdigen Mannes verbundenen geschichtlichen Tatsachen leider unauslöschbar bestehen.

Bereits im Jahre 1910 schloß sich der ehrgeizige junge Churchill als ihr dann heftigster Vorkämpfer den Eiferern an, die glaubten, die Erhaltung der britischen Weltstellung erfordere die Niederkämpfung des deutschen Reiches.

Schon Mitte Juli 1914 spielte der damals 39 jährige „Erste Lord der Admiralität" durch seine eigenwillige Flottenmobilisierung eine selbstgewählte Sonderrolle bei der Entfesselung des Ersten Weltkrieges.

1915 war er der Initiator des nach langem blutigem Ringen gescheiterten Dardanellen-Unternehmens, durch das Konstantinopel für die Russen erobert werden sollte. Mochte der Zar Gewinner sein, wenn nur die Deutschen geschlagen wurden!

Nach dem Krieg – in den 20er Jahren – leistete er als langjähriger britischer Schatzkanzler das Seinige zum Reparations-Ruin auch der Weimarer Republik.

Schon 1937 bekannte er erneut: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen werden."

Als Regierungschef 1940 – leidenschaftlich entschlossen, einem deutschen Sieg mit aller Kraft und mit jedem Mittel entgegenzuwirken – verhinderte er einen Kompromißfrieden, erzwang die Brutalisierung der Kriegführung durch den organisierten Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung und bemühte sich unermüdlich um die Einbeziehung der USA und der Sowjetunion in den europäischen Konflikt.

In den Tagen von Jalta war er bereits zum „Juniorpartner" der „Großen Drei" herabgesunken. Der Sieg über Deutschland wurde auch eine Niederlage Englands – der politische Weg des

jungen und alten Churchill endete schließlich nicht im erhofften Triumph, sondern in der bitteren Auflösung der britischen Weltmacht.

Es soll nicht vergessen werden, daß Churchill ab Mai 1945 – als die Katastrophe eingetreten war und jede Gegenwirkung zu spät kam – geradezu verzweifelte Erkenntnisse von sich gab: daß er versuchte, die Reichsregierung Dönitz im Amt zu halten, daß er den amerikanischen Präsidenten Truman vergeblich beschwor, Thüringen, Leipzig und Magdeburg und Schwerin nicht den Russen zu überlassen, daß er am Potsdamer Konferenztisch der Vertreibung der Ostdeutschen und der Oder-Neiße-Linie widersprach und später für ein Europa eintrat, zu dem nun endlich auch die Deutschen gehören durften. Das geschichtliche Gewicht seiner antideutschen Lebensleistung konnte durch diese nachträglichen, meist nur rednerischen Bemühungen nicht mehr aufgehoben werden.

So geht Winston Churchill – in der Tatkraft, nicht aber in der Einsicht ein Nachfahre seines Ahnen, des Herzogs von Marlborough – ein in die Geschichte unserer Welt als ein Prototyp britischer Verblendung, ja als ein Symbol der eifervollen Selbstzerstörung der weißen Welt, die das Merkmal unserer Zeit geworden ist. Nicht ihn töricht zu glorifizieren, sondern das Abgründige, vielleicht sogar Tragische in seiner Erscheinung zu begreifen: das ist uns aufgegeben, die wir – trotz Churchill – an die Zukunft glauben.

*

Als diese Bemerkungen notiert waren, brachte die Post einen Ausschnitt, der mein Urteil über „die“ deutschen Zeitungen berichtigt. Dr. Hermann Rau, der frühere Auslands-Ressortchef des Deutschen Nachrichtenbüros, ist heute an einer bescheidenen Provinzzeitung tätig und hat es gewagt, einen kritischen Artikel über „Das Zeitalter Churchills“ zu veröffentlichen, das er charakterisiert findet durch das „Abtreten Großbritanniens aus der Führerschaft in der Welt und die Vernichtung des Deutschen Reiches“. Zum Schluß sagt Dr. Rau seinen Lesern mit ungeschminkter Deutlichkeit:

„Jetzt, da er gestorben ist, wird man ihn zunächst wieder feiern als den ‚großen alten Mann‘. Denn es wird bekanntlich nirgends so viel gelogen wie an Gräbern, noch dazu wenn es sich um Gräber

‚Großer‘ handelt. Groß war Churchill in vielem auch. Aber ein großer Staatsmann zu werden und als solcher zu wirken, das war weder seinem politischen Verstand, noch seinem Charakter, noch seinem Temperament erlaubt. Die Geschichte wird ihn anders beurteilen als jene Aachener Bürger, die ihm wegen seiner ‚Verdienste um Europa‘ den Karlspreis verliehen, und sich damit den beschämendsten politischen Witz leisteten, der im zerbrochenen Deutschland denkbar ist.“

Zu Ehren der Aachener Bürger ist zu bemerken, daß sie natürlich nicht gefragt wurden, als beflissene Tagespolitiker im Jahre 1956 auf den Einfall kamen, ihren Kotau ausgerechnet vor Churchill zu machen.

Ansonsten aber: Im „Straubinger Tagblatt“ kann Dr. Rau eine solche Sprache vielleicht riskieren; in Bonn, oder München oder Frankfurt oder Hamburg würde er jetzt augenblicklich „abgeschossen“ werden, um den terminus technicus zu gebrauchen, der heute üblich ist, wenn die rasche Beseitigung erwünschter Diskussionsteilnehmer aus der politischen Arena bezeichnet werden soll.

*

Unerwarteterweise findet sich sogar im Leitartikel der Londoner „Times“, die den Verstorbenen mit großen Sonderseiten ehrt, ein vorsichtig formulierter aber kritisch treffender Satz:

„Ob manche Risiken unnötigerweise in Kauf genommen wurden, ob der Sieg mit einem geringeren Aufwand von Blut und Kosten hätte erreicht werden können, ob auf anderem Wege als dem von Churchill beschrittenen eine andere Art von Sieg hätte gewonnen werden können, der eine bessere Welt zur Folge gehabt hätte als unsere heutige – das sind Fragen, die noch nicht endgültig beantwortet werden können.“

Die „andere Art von Sieg“ war es, die im Winter 1944–45 für die Churchill und Roosevelt zur Wahl stand. Ihre Blickrichtung war damals starr nach Moskau festgelegt. Aber haben ihre Nachfolger das Problem heute ernstlich begriffen?

1945: Quisling in Berlin

30. Januar 45

Die Russen haben sich zur Oder vorgeschoben, damit ist Berlin „frontnah“ geworden. Am letzten Samstag erreichte

mich eine Einberufung zum Volkssturm Wannsee, der alarmiert wurde. Der Befehl kam wie eine wohltuende Ablösung aus der Wilhelmstraße; Dr. Dietrich, der aufgeregt protestierte, konnte ich an die zuständige Dienststelle verweisen, die er erst ausfindig machen muß.

Der Einsatz war freilich nicht sehr ernst. Wir rückten am Sonntag früh nach Glienicke, nachmittags übernahm ich als Wachhabender mit 20 Mann den Posten Nikolskoe. Einen Ausguck wies ich auf den Turm desPfaueninsel-Schlosses ein! Am Montag abend hatte sich Dietrich durchgesetzt, und ich wurde wieder zum Dienst nach Berlin entlassen. Inzwischen hatte sich auch die Aufregung in Wannsee gelegt, und es wurde nicht mehr mit einem überraschenden Auftauchen russischer Panzer an der Glienicker Brücke gerechnet!

Immerhin ist nicht einmal die Reichskanzlei vor Tatarenmeldungen sicher. Heute nachmittag rief mich Dietrichs Adjutant an: Sowjetische Panzer seien bei Fürstenwalde gesichtet worden. Das ist auf halbem Weg zwischen hier und Frankfurt an der Oder. Da zwischen dort und der Wilhelmstraße bestenfalls ein paar Volkssturmmänner stehen, könnten die Panzer in einer guten Stunde ins Regierungsviertel einrollen, wenn an dem Gerücht etwas Wahres wäre. In Wirklichkeit existieren die sowjetischen Panzer bei Fürstenwalde nur in der Phantasie.

Wichtiger als diese Episode ist die Tatsache, daß das oberschlesische Industriegebiet in die Hände der Russen gefallen ist, und zwar so rasch, daß es in Kürze für den Gegner arbeiten kann und für unsere Rüstungswirtschaft und Kohlenversorgung ein noch nicht übersehbarer Ausfall entsteht. In Berlin wird bereits täglich viele Stunden lang der Strom ausgeschaltet, und zwar nicht nur untertags, sondern auch abends, was unsere Arbeit sehr stört.

Während meiner Volkssturmtage war Quisling in Berlin und wurde in der Reichskanzlei vom Führer empfangen. Ich habe es bedauert, diesen interessanten Mann, den ich vor drei Jahren einmal in Oslo besuchte, nicht wiedergesehen zu haben. Es gibt wenig Leute, die Rußland und die Sowjets so gründlich kennen wie er. In den früheren Jahren des Lenin-Regimes 1918–19 war er norwegischer Militärattaché in Leningrad, das damals noch Petersburg hieß. Später war Quisling – nicht zuletzt wegen

seines perfekten Russisch – in der Ukraine als Mitarbeiter Nansens tätig, der dort Hungersnöte bekämpfte. Zeitweise wurde Quisling, der als bestqualifizierter Offizier der norwegischen Armee galt, sogar Heeres-Minister: Stets in seiner Laufbahn hat ihn die Sorge vor der Sowjetunion beschäftigt und dieses kritische Denken war es auch, das ihn an uns herangeführt hat. Abgesehen davon ist er eine imponierende Erscheinung, so wie man sich im Lesebuch die Germanen vorstellt, als sie das Imperium Romanum überrannten. In seinem Arbeitsraum in Oslo hatte er denn auch eine große Europakarte an der Wand hängen; alle die Gebiete, die einst von normannischen Eroberern einmal besetzt waren – darunter ganz Unteritalien – waren rot markiert. Auf meine etwas besorgte Frage, ob die Karte etwa künftige norwegische Gebietsansprüche bezeichne, versicherte er mir mit seinem scheuen Lächeln, daß dem nicht so sei, aber daß zum Volksbewußtsein auch der Stolz auf die Vorfahren gehöre.

Ganz im Gegensatz zur alliierten Propaganda, die ihn seit Jahren geradezu fanatisch zum Symbol eines „Verräters" stempelt, ist Quisling auch in seinem Verkehr mit uns ein sehr hartnäckiger Norweger. Gewiß mögen Hinweise von seiner Seite über die damals beabsichtigte vorbereitete englische Landung 1940 dazu beigetragen haben, daß wir den Briten zuvorgekommen sind. Aber das war kein „Verrat an Norwegen"; Quisling war weder moralisch noch politisch verpflichtet, englische Geheimnisse zu wahren. Daß er Deutschland und nicht England als europäische Schutzmacht vor der Ostdrohung erkannte, mag ihm den Haß der Londoner Presse zuziehen, aber recht hat er doch.

Wahrscheinlich ist mit Quisling der Abzug mehrerer deutscher Divisionen besprochen worden*, die wir jetzt dringend

* Der britische Journalist Ralph Hewins berichtet in seinem 1965 in London erschienenen Buch „Quisling – Prophet without honour", bei der Besprechung in Berlin habe Quisling den Vorschlag gemacht, für den Fall eines Zusammenbruches in Mitteleuropa nicht nur die deutschen Truppen in Norwegen zu belassen und im Norden zusammenzuziehen, sondern ihnen auch ihre Familien, ausreichende Vorräte usw. zuzuführen. Er rechnete damit, daß eine solche „Nordfestung" dem norwegischen Volk als Schutz gegen Rußland erwünscht wäre und von den Alliierten nicht niedergekämpft werden würde. Hitler ging auf den Vorschlag nicht ein, und Quisling verweigerte vor dem

benötigen. Er seinerseits legte offenbar Wert darauf, bei dieser Gelegenheit nochmals bestätigt zu erhalten, was ihm schon mehrmals versichert worden ist. Im gestern veröffentlichten amtlichen Kommuniqué heißt es:

„Der Führer bekräftige erneut seinen im September 1943 durch Reichskommissar Terboven bereits bekanntgegebenen Entschluß, daß Norwegen nach dem siegreichen Ende des europäischen Schicksalskampfes in voller Freiheit und Selbständigkeit wieder hergestellt werden wird unter Übernahme der Verpflichtungen, die dem norwegischen Staat aus der gemeinsam wahrzunehmenden Sicherung der europäischen Völkergemeinschaft erwachsen."

Die Formulierung von der „gemeinsam wahrzunehmenden Sicherung der europäischen Völkergemeinschaft" deutet auf die Lieblingsidee des Führers hin: Im Osten eine Art „Militärgrenze" zu schaffen, wie sie einst Kaiser Joseph II. vor fast zwei Jahrhunderten zur Abschirmung gegen die Türkengefahr errichtete, siedlungsverankerte Soldatenkolonien, an denen alle europäischen Völker abschnittsweise beteiligt sein sollten.

Aus der seit vergangenem Sommer eingetretenen Lage wird freilich klar, daß im Krisenfall die entscheidende Last doch auf den Deutschen liegt.

Daß der Führer trotz aller Katastrophen, und obwohl die Russen an der Oder stehen, immer noch solche großpolitischen Überlegungen anstellt, zeigt sich auch in seiner nicht ganz aufgegebenen Zurückhaltung gegenüber Wlassow. Er hat zwar jetzt zugestimmt, daß dieser General als „Oberbefehlshaber" für alle auf deutscher Seite kämpfenden russischen Freiwilligen eingesetzt wird, aber daß Wlassow mit seinem „Befreiungskomitee" auch politisch tätig werden will, macht ihn mißtrauisch – dieses Anliegen lehnt er „mit Rücksicht auf die Ukrainer" ab. Wlassow ist ihm zu „großrussisch", was im Gegensatz zu „großdeutsch" einen Herrschaftsanspruch über eine ganze Reihe von fremden Völkern ausdrückt.

Osloer Tribunal die Aussage über diesen Plan mit der Bemerkung: „Das ist ein Geheimnis, das ich mit ins Grab nehme." Hewins berichtet darüber nach Angaben eines persönlichen Vertrauten Quislings (a. a. O. Seite 336). Ein weiterer interessanter Hinweis Hewins': Hitler empfing Quisling am 17. August 1940 (also zehn Monate vor dem Rußland-Angriff) nicht nur zur Besprechung der Lage in Norwegen und einer künftigen Europa-Politik, sondern auch, um ihn eine Stunde lang über seine Erlebnisse und Erfahrungen in der Sowjetunion zu befragen (a. a. O. Seite 292).

„*Nicht Innerasien, sondern Europa*“

31. Januar 45

Zum zwölften Jahrestag der Machtergreifung hat der Führer diesmal nur kurz über den Runfunk gesprochen. Eine Londoner Zeitung hat festgestellt, daß die „Rede nur sechzehn Minuten dauerte“ und daß sie „obwohl ruhiger als üblich, doch kraftvoller war als die letzte Rundfunkansprache am Neujahrstag“. Nützlicher wäre es, in London würde weniger auf Länge und Tonfall und mehr auf den Inhalt geachtet. Es ging auch die Engländer an, wenn der Führer zum Schluß sagte:

„Wie schwer auch die Krise im Augenblick sein mag, sie wird durch unseren unabänderlichen Willen, durch unsere Opferbereitschaft und durch unsere Fähigkeiten am Ende trotzdem gemeistert werden. Wir werden auch diese Not überstehen. Es wird auch in diesem Kampf nicht Innerasien siegen, sondern Europa – und an der Spitze jene Nation, die seit anderthalbtausend Jahren Europa als Vormacht gegen den Osten vertreten hat und in alle Zukunft vertreten wird: Unser Großdeutsches Reich, die deutsche Nation!“

1965: General Weygand

31. Januar 65

In Paris ist 98jährig General Weygand gestorben, der in Frankreich zwei Generationen hindurch eine bedeutende Rolle gespielt hat. Im November 1918 hat er der deutschen Delegation in Compiègne die Waffenstillstands-Bedingungen übergeben – und im Mai 1940 übernahm er noch als 73jähriger das Oberkommando der französischen Streitkräfte, reorganisierte sie an der Aisne in der „Weygand-Linie“, die damals vielleicht noch eine Wende der Schlacht hätte bringen können, wenn ihm dazu noch etwas mehr Zeit gelassen worden wäre. Nach dem Waffenstillstand Ende Juni 1940 wurde er Generaldelegierter des Marschalls Pétain für Französisch-Nordafrika und seine Politik dort zielte so offenkundig darauf ab, eine neue französische Front gegen Deutschland aufzubauen, daß Hitler im November 1941 mit Nachdruck Weygands Abberufung fordern mußte. Als ein Jahr später Südfrankreich besetzt wurde, hat man General Weygand in Haft genommen. Wie aus dem Nachruf der Londoner „Times“ zu entnehmen ist, wurde er auf dem

Hohenasperg bei Stuttgart „mit großem Respekt" behandelt und lebte dort in einer Villa.

Da Weygand dennoch kein „Gaullist" war, wurde er nach 1945 in Frankreich erneut verhaftet, weniger ehrenvoll in ein Gefängnis eingeliefert und bis 1946 festgehalten. Auch er galt als „Faschist" und „Kollaborateur"; erst 1948 wurde er rehabilitiert. In seinen seitherigen Auslassungen hat sich Weygand gelegentlich kritisch über den „Monsieur de Gaulle" geäußert, was dieser nun dem toten General dadurch heimzahlt, daß er ihm das Staatsbegräbnis und die militärischen Ehren verweigert.

Der deutsche Zeitungsleser atmet auf: Seltsamkeiten dieser Art gibt es also nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch anderswo.

1945: General Roatta

2. Februar 45

Mit der bevorstehenden (oder schon begonnenen) Konferenz der Stalin, Roosevelt und Churchill steht die von unseren Militärs stark beachtete Ankündigung des britischen RAF-Bomberkommandos offenbar in Verbindung: Die Angriffe der vergangenen Nacht auf Mainz, Ludwigshafen und Siegen seien geflogen worden, „um die Deutschen daran zu hindern, Truppen und Material an die Ostfront zu transportieren."

Begründungen solcher Art sind bisher in den britischen Verlautbarungen nicht mitgeteilt worden.

*

In Rom findet gegenwärtig ein merkwürdiger politischer Schauprozeß gegen den General Roatta statt. Generaloberst Jodl interessiert sich für die Berichte, die wir ihm aus unserem Material zusammenstellen. Er kennt Roatta von einem persönlichen Zusammentreffen unter seltsamen Umständen: Der Italiener war Mitte August 1943 Jodls Verhandlungspartner in Bologna, wohin der Generaloberst entsandt worden war, um über das Verhalten Badoglio-Italiens nach dem Mussolini-Sturz Klarheit zu gewinnen. Das muß eine sehr merkwürdige Verhandlung gewesen sein, denn Jodl kannte natürlich die Ansicht des Führers, der die italienischen Zusicherungen weiterer

Kriegsbeteiligung als aufgelegten Schwindel bewertete und Roatta wußte als Generalstabschef Badoglios erst recht, wohin die Reise ging. Also verhandelten die beiden Generale unter kühler Wahrung der Form über die Dislozierung der deutschen und italienischen Divisionen, wobei Roatta möglichst viel Italiener in die Brenner-Gegend und möglichst viel Deutsche nach Süditalien dirigieren wollte. Die Wünsche des italienischen „Commando Supremo" wurden in eine Karte eingezeichnet und Jodl übergeben: Sie war für den Führer der letzte und schlüssige Beweis über die italienische Absicht, nicht nur aus dem Krieg auszuscheiden, sondern dabei gewissermaßen als „Morgengabe" auch noch zahlreiche deutsche Divisionen den Alliierten in die Hand zu spielen. Als ein Monat später die Bombe geplatzt und die italienische „Kapitulation" verkündet war, wurde uns die Karte zur Veröffentlichung freigegeben. Jodl aber verbindet mit dem Namen Roatta die Erinnerung an eine sehr verlogene und niederträchtige Szene.

In dem Prozeß, den man diesem seltsamen Ehrenmann jetzt aus unerfindlichen Gründen in Rom gemacht hat, gibt Roatta, der lange Jahre Chef des italienischen Geheimdienstes gewesen war, einige ganz interessante Einzelheiten aus früheren Jahren preis. Bis Ende 1936 sei die Tätigkeit der italienischen Spionage stets gegen Deutschland gerichtet gewesen, insbesondere nach dem Juli-Putsch 1934 in Österreich. Ab Januar 1935 habe man eng mit dem französischen „Deuzième Bureaux" zusammengearbeitet und im Sommer jenes Jahres sei sogar eine geheime Abmachung getroffen worden, die für den Fall einer Österreich-Krise den Transport einer französischen Armee durch Norditalien zum Brenner vorgesehen habe. Erst im Laufe des Jahres 1936 wurde diese antideutsche Politik aufgegeben.

1965: Südtirol

2. Februar 65

Eigenwillige Äußerungen derzeitiger deutscher Politiker zu den größeren Problemen der Gegenwart und Zukunft sind selten; man entdeckt sie freudig und notiert sie gerne. Da hat nach heutigen Zeitungsmeldungen der bayerische Landesvorsitzende der „Freien Demokratischen Partei", Klaus Dehler, erklärt, er

halte es für richtig, bestimmte legitime und patriotische Belange auch innerhalb einer demokratischen Partei zu vertreten, anstatt sie den Feinden der Demokratie zu überlassen. Deshalb bekennen sich die Freien Demokraten „zum gesamten und ungeteilten Deutschland, zum Recht auf Heimat und Selbstbestimmung, von Ostpreußen bis nach Südtirol".

Dieses kühne Bekenntnis wäre überzeugender, wenn es nicht nur in defensiver Absicht verkündet würde (um es nicht angeblichen „Feinden der Demokratie" zu überlassen), sondern die Qualität eines ernsthaften politischen Programmes hätte. Wenn also die Partei, deren bayerischer Landesvorsitzender sich so entschieden äußert, im Bundestag die Frage stellen würde: „Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die italienische Regierung zur Durchführung einer Volksabstimmung in der Provinz Bozen zu veranlassen?" Es wird so viel von der „politischen Integration" Europas geredet und geschrieben – eine logische Folgerung müßte es sein, daß Grenzziehungsprobleme im Sinne der Volkszugehörigkeit geregelt werden. Daß Süd- und Nordtirol immer noch staatsrechtlich getrennt sind, ist ein Anachronismus.

*1945: Tagesangriff Berlin-Innenstadt**

3. Februar 45

Heute mittag Vollalarm und ein großer Tagesangriff auf Berlin mit etwa 800 amerikanischen Bombern – gezielt auf die Innenstadt, in der beträchtliche Schäden entstanden sind. Auch die alte Reichskanzlei ist getroffen worden; der große Speiseraum, in dem schon zum Mittagtisch aufgedeckt war, ist eine Trümmerstätte, durch die man sich den Weg zur Bunkertreppe

* Vom 4. Februar 1945 – dem Tag nach dem Luftangriff, der beträchtliche Teile der alten Reichskanzlei zerstörte – ist die zeitlich erste Aufzeichnung Bormanns über Hitler-Äußerungen (vgl. Seite 22) datiert. Sie beginnen mit Bemerkungen über Churchill (a.a.O. Seite 29f.):

„Churchill scheint sich selbst für einen zweiten Pitt zu halten. Welche Einbildung! Im Jahr 1793 war Pitt 34 Jahre alt. Churchill ist ein alter Mann, gewiß fähig, aber nur noch insoweit fähig als es darum geht, die Befehle dieses wahnsinnigen Roosevelt auszuführen.

Jedenfalls – die Situation ist in keiner Weise vergleichbar. Denken Sie einen Augenblick zurück zu den Verhältnissen zur Zeit Pitts. Vom Blickpunkt Englands aus hatte er durchaus recht, wenn er sich weigerte, mit

suchen muß; der Führerbunker ist direkt dahinter unter dem großen Festsaal angelegt worden, der seit Kriegsbeginn nicht mehr benutzt wurde. Die meisten Räume sind vom Luftdruck „durchgeblasen“; auch jenseits der Straße in unserem Büro an der Ecke Wilhelmstraße-Wilhelmplatz ist wieder einmal alles durcheinandergeworfen. In den Straßen lodern Brände, ziehen Rauchschwaden, hängen Leitungsdrähte zu Boden, hindern Trümmerhaufen den Verkehr. Aber gleich nach der Entwarnung begannen die Aufräumungsarbeiten und noch im Laufe des Nachmittags ging die Arbeit im Regierungsviertel weiter.

Es ist fast unglaublich, wie rasch sich Berlin immer wieder erholt – dieser Menschenschlag in seinem Tätigkeitsdrang ist nicht umzubringen. Im Büro werden die Fenster mit durchsichtigem Kunststoff wieder zusammengeflickt, die Schreibmaschinen, die nach Vorschrift während des Alarms unter den Tischen standen, werden heraufgeholt und abgebürstet, die Damen machen sich etwas zurecht, wickeln einen Schal ums Haar – und bald läuten wieder die Telefone, der gewohnte Betrieb läuft an. Schwieriger haben es die Zeitungen, deren technische Betriebe teilweise angeschlagen sind; aber das Erscheinen der Blätter wird voraussichtlich noch im Laufe des Abends sichergestellt.

Nach Dienstschluß allerdings steht jeder einzelne vor der Frage, ob er zuhause seine Bleibe noch bewohnbar findet. … Noch 1942 war mir das Gefühl, in Berlin tätig sein zu müssen,

---

Napoleon in irgendeine Beziehung zu treten. Indem er – wie er es getan hat – auch unter unmöglichen Umständen eine feste Haltung bewahrte, sicherte er seinem Lande die Chance zu der Rolle, die ihm dann im 19. Jahrhundert tatsächlich zufiel. Es war eine Politik, die bestimmt war, die Existenz seines Landes zu bewahren. Churchill dagegen hat dadurch, daß er sich weigerte, mit mir zu einer Verständigung zu kommen, sein Land zu einer Politik des Selbstmords verurteilt. Er machte den gleichen Fehler, den Generale machen, wenn sie Krieg nach den Prinzipien eines vorhergegangenen führen wollen. Es gibt dann Umstände, die man im gewohnten Schema nicht unterbringen kann. Der entscheidende neue Faktor ist heute die Existenz dieser zwei Giganten, der Vereinigten Staaten und Rußlands.

Pitts England sicherte das Gleichgewicht der Weltmächte, indem es eine Hegemonie in Europa verhinderte, d.h. indem es Napoleon hinderte, sein Ziel zu erreichen. Churchills England hätte dagegen die Einigung Europas erlauben müssen, wenn es dasselbe Gleichgewicht der Mächte hätte aufrecht erhalten wollen.“

seit Dr. Dietrich mich aus der Wehrmacht zurückgeholt hat, unbehaglich und ich drängte ihn immer wieder auf Freigabe; seit Herbst 1943 ist das nicht mehr so. Wenn mich gelegentlich Kameraden vom „alten Haufen“ besuchen, finden sie, daß Berlin-Innenstadt so etwas wie ein „Gefechtsstand“ geworden ist.

Dr. Dietrich hat an der „Lage“ teilgenommen, die diesmal im Bunker stattfand; er erzählte mir eine Bemerkung des Großadmirals Dönitz, der den heutigen Angriff auf Berlin gelassen als einen „strategischen Fehler“ der Amerikaner bezeichnete. Er denkt dabei an unsere Ostsee-Häfen, die mit Transportschiffen überfüllt sind.

Aber es ist klar: ein Angriff auf Berlin hat viel mehr „optische“ Wirkung und darauf kommt es der feindlichen Führung offenbar an. Die „Dreier-Konferenz“ soll, wie die Leute vom Auswärtigen Amt zu wissen glauben, irgendwo am Schwarzen Meer stattfinden, wahrscheinlich in der rumänischen Hafenstadt Constanza.

1965: Freispruch mit Fragezeichen

4. Februar 65

Etwas den Zeitungsredaktionen Unverständliches ist geschehen: Nach einem monatelangen Prozeß gegen zwei Mitarbeiter Eichmanns, gegen die die Staatsanwaltschaft lebenslange Zuchthausstrafen gefordert hat, ist das Urteil gesprochen worden; ein Angeklagter wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, die er in Untersuchungshaft bereits verbüßt hat, verurteilt; der zweite, ein Jurist, wurde freigesprochen. Es ging – soweit sich aus den kargen Sachangaben in den Presseberichten ersehen läßt – um die überaus ungeklärte Frage der Verhandlungen, die Eichmann in Budapest mit dem dortigen „Judenrat“ geführt hat. Für unsere historische Kenntnis wäre es wichtig gewesen, über dieses Kapitel sachlich Aufschluß zu erhalten. Das ist trotz eines Riesenaufmarsches widerspruchsvoller Zeugen so wenig der Fall gewesen, daß auch das Schwurgericht kapitulierte.

Nach der Urteilsbegründung, die der Vorsitzende sechs Stunden lang vorgetragen hat, ging es bei der richterlichen Beurteilung des Sachverhalts vor allem um die Frage von „Wert und Unwert eines Beweismittels, vornehmlich der Zeugenaussagen“; diese boten nach Ansicht des Gerichtes „keine

geschlossene Indizienkette“ – insbesondere nicht im Fall Hunsche, der immerhin Rechtsberater Eichmanns war und an dessen Angebot mitgewirkt hat, die Auswanderung von angeblich einer Million Juden gegen die Lieferung von Kraftfahrzeugen zu genehmigen. Diese Sache bleibt weiterhin höchst unklar. Nicht einmal die Ausgangsfrage ist beantwortet: konnte Eichmann solche „Angebote“ aus eigener Machtvollkommenheit mitteilen oder wessen Anordnungen befolgte er?

1945: Hinrichtungen in Sofia

5. Februar 45

In Sofia sind Prinz Kyrill, Professor Filoff und General Mikhov hingerichtet worden – die drei Regenten, die in Bulgarien nach dem Tode des Königs Boris für den jugendlichen König Simeon regiert haben; dieser befindet sich noch in Sofia.

Nach einer Meldung von Radio Ankara waren die drei Regenten mit hundert weiteren Angeklagten, darunter 22 früheren Ministern, in einem „Kriegsverbrecher-Prozeß“ in Sofia vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Ihr „Kriegsverbrechen“ bestand nach dieser Verlautbarung darin, daß sie Bulgarien „in den Krieg geführt“ haben. Schon das Datum ihres Regentschaftsantrittes – August 1943 – würde diese Behauptung in den Bereich des Lächerlichen verweisen, wenn nicht ein deutlicher politisch-propagandistischer Zweck erkennbar wäre: Im Sommer 1943 befand sich Bulgarien nur mit England und den Vereinigten Staaten im Kriegszustand. Rußland gegenüber waren nicht einmal die Beziehungen unterbrochen – das geschah erst im September vorigen Jahres, allerdings durch die *russische* Kriegserklärung. Um das zu vertuschen, mußten nun Prinz Kyrill, Filoff und General Mikhov sterben. Allerdings nicht nur sie. Unter den weiteren zum Tode Verurteilten wurde auch der Ministerpräsident Bagrianoff genannt, der Ende August eine Gesandtschaft nach Kairo sandte, um mit den Westmächten über einen Friedensschluß zu verhandeln. Auch das ist in russischer Terminologie ein „Kriegsverbrechen“ und todeswürdig.

Um das Maß des Verblüffenden voll zu machen: die drei Regenten und mehrere der verhafteten Minister befanden sich

bis vor kurzem noch in einem Moskauer Gefängnis. Laut Radio Ankara wurden sie Anfang Januar „mit Zustimmung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten“ nach Bulgarien zurückgebracht, um dort vor dieses famose „Gericht“ gestellt zu werden.

Über den bolschewistischen Zarenmord 1918 haben sich die Engländer immerhin noch entrüstet; jetzt leisten sie sogar Beihilfe zu dieser Sorte von Justiz.

*

Der vorgestrige Luftangriff auf Berlin wird in London erneut mit Hinweisen auf die Ostfront verbunden. Der Führer hat sich einige dieser Stimmen vorgenommen und Dr. Dietrich zu folgender Tagesparole veranlaßt:

„Die Feindstimmen, in denen ganz offen erklärt wird, daß der Terrorangriff auf Berlin sich vor allem gegen die dort vermuteten Flüchtlinge aus dem Osten richtete, verdienen nachdrücklichste Hervorhebung und Kennzeichnung. In solchen Äußerungen enthüllt sich die gemeine Gesinnung der Luftkriegsverbrecher!“

Speers Rüstungszahlen

6. Februar 45

Speer hat dem Kreis seiner engeren und weiteren Mitarbeiter einen zehn Seiten starken Bericht zugehen lassen, in dem er ein erstaunliches Bild der deutschen Rüstungsproduktion im vergangenen Jahr 1944 entwirft. Ich notiere mir in Eile aus dem mir nur leihweise überlassenen Schriftstück einige Sätze und Feststellungen.

Eingangs heißt es: „Der kameradschaftliche Kreis meiner Mitarbeiter in der Rüstungs- und Kriegsproduktion hat ein Recht darauf, ein zusammengefaßtes Bild über die Leistungen des Jahres 1944 zu erhalten, denn dieses Jahr, das unter schwerster, fortgesetzt wachsender Bedrängnis durch die Fliegerangriffe des Gegners stand, hat trotz alledem große Erfolge erreichen lassen.“

In der „Grundindustrie“ werden aus dem letzten Jahresabschnitt 1944 freilich bereits ernste Ausfälle berichtet. So hat die Steinkohlenförderung, vor allem durch Absinken im vierten Quartal nur noch eine Jahresproduktion von 249 Millionen

Tonnen erreicht, gegenüber 300 Millionen Tonnen im Jahre 1943. Auch die Rohstahlerzeugung hat im letzten Abschnitt 1944 durch „Verlust der besetzten Westgebiete, die Fliegerangriffe auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit ihren schweren Auswirkungen auf Verkehr und Energie" große Einbußen erlitten. Dagegen war die „Versorgung mit Mangelmetallen" auch zum Ende des Jahres 1944 „noch zufriedenstellend".

Erstaunlich ist die Entwicklung der Treibstofflage. Trotz der dauernden Luftangriffe gerade auf die Werke der synthetischen Treibstoffproduktion wurde durch immer neue Baumaßnahmen hier eine Katastrophe vermieden. Ohne die Fliegereinwirkung wäre der gesamte Treibstoffbedarf „auch ohne Rumänien" „mit Sicherheit abzudecken gewesen". So mußte nun auf „nicht unerhebliche Reserven" zurückgegriffen werden. Die für die Wehrmacht so wichtige Pulver- und Sprengstofferzeugung konnte im Jahre 1944 noch ganz beträchtlich gesteigert werden, insgesamt fast auf das doppelte der Produktion des Jahres 1942!

Ein ähnliches Bild zeigen die Produktionszahlen an Waffen aller Art vom Karabiner (von dem 1942 1,3 Millionen, 1943 2,1 Millionen und 1944 2,2 Millionen produziert wurden) bis zu den 8,8-Flak-Geschützen (1942: 2876, 1943: 4416, 1944: 5933). Panzer wurden noch im Dezember 1944 nicht weniger als 1816 Stück gebaut. Die verblüffendsten Zahlen weist die Flugzeugproduktion auf. Sogenannte „Frontflugzeuge" werden 1941 mit 9540, 1942 mit 12950, 1943 mit 22050, 1944 mit 34350 genannt. Einen ernsten Vorwurf gegen die Führung der Luftwaffe enthält der Satz, es sei eine „erschütternde Tatsache", daß die jetzt endlich in ihrem Anlauf stark unterstützten neuen Modelle z. T. schon Jahre vorher entwickelt, aber nicht rechtzeitig zum Serienanlauf gebracht worden waren. So fanden die ersten Erprobungsflüge der Me 262 bereits im Jahre 1941 statt.

Zum Schluß schreibt Speer noch: „Der Dank für die große vom Gegner jederzeit unterschätzte Leistung muß in erster Linie dem deutschen Arbeiter und dem deutschen Betriebsführer abgestattet werden. Beide haben in diesem schwersten Jahre im Interesse der Rüstungs- und Kriegsproduktion ihr Letztes hergegeben. Der deutsche Arbeiter hat seine Pflicht im Jahre 1944 bis aufs äußerste und ohne zu erlahmen jederzeit erfüllt."

Es klingt freilich wie Abschied, wenn Speer dazu anfügt, daß die Schwierigkeiten der letzten Monate es nicht mehr möglich machten, seine Mitarbeiter erneut zusammenzurufen:

„Daher nehme ich Anlaß, auf diesem Wege Ihnen allen für die treue und unentwegte Mitarbeit zu danken. Dieser Kreis realer und nüchterner Fachleute, der sich in der scharfen Auslese der letzten Kriegsjahre herausgebildet hat, ist mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen ein wesentlicher Faktor für die Erhaltung unserer Volkskraft."

Ergänzend weist der Vertrauensmann Speers, der mir die Denkschrift zu lesen gab, darauf hin, daß die zahlenmäßige Vermehrung der in der Rüstung eingesetzten Arbeitskräfte seit Speers Amtsantritt infolge der häufigen Auskämmungen nicht so beträchtlich war wie man meinen sollte – statt früher etwa 4 Millionen sind jetzt etwa 5 Millionen in der Rüstungswirtschaft tätig. Die Produktionssteigerung aber hat insgesamt das Fünffache, auf einzelnen Gebieten des Siebenfache erreicht – Ergebnis vor allem von Organisation und rationeller Arbeitstechnik.

Nicht recht verständlich angesichts solcher Ziffern ist allerdings, daß es vielerorts sogar an Handfeuerwaffen mangelt. So wurde erst vor einigen Tagen in der Lagebesprechung angeordnet, daß der Reichsarbeitsdienst, die Hitler-Jugend und die Organisation Todt ihre Waffen abgeben sollen, weil sie zur Ausstattung von Reservetruppenteilen benötigt werden. Auch der Volkssturm kann natürlich nicht einmal örtliche Bedeutung gewinnen, wenn die Waffen fehlen. Daß das der Fall ist – und es gibt keinen Zweifel darüber –, rückt Speers Zahlen noch mehr in den Bereich des Rätselhaften.

1965: Der Welt „teuerster Gefangener"

9. Februar 65

Unter der Überschrift „Wird Rudolf Hess der Welt teuerster Gefangener?" berichtet heute der „Münchner Merkur":

„‚Es ist doch ein eigenartiges Ding um die Freiheit – ich würde nie mehr einen Vogel in einen Käfig sperren und verstehe jetzt erst ganz, daß Japaner oder Chinesen, wenn das Schicksal besonders freundlich mit ihnen war, sich dadurch dankbar erweisen, daß sie auf den Markt gehen, gefangene Vögel kaufen und sie davonfliegen lassen. Auch ich werd' es einmal so machen.'

Der Mann, der diese Sätze an seine Frau schrieb*, wird vielleicht nie einem Vogel die Freiheit geben können. Er ist selbst Gefangener und wenn es bei den Beschlüssen über ihn bleibt, wird er bald der teuerste Gefangene der Welt sein. Er heißt Rudolf Hess, war einst ‚Stellvertreter des Führers' und sitzt im Kriegsverbrechergefängnis von Berlin-Spandau.

Seit 18 Jahren zum erstenmal empfing er dort vor einigen Wochen Besuch. Rechtsanwalt Dr. Seidl, der ihn in Nürnberg verteidigte, durfte seinen zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilten Mandanten eine halbe Stunde lang sprechen. ‚Rudolf Hess sieht, wenn man berücksichtigt, daß er inzwischen 70 Jahre alt geworden ist, heute besser aus als 1946', erklärt der Anwalt. ‚Das Stechende in seinem Blick hat sich gemildert; er lobt auch die Verpflegung und sagt, sie sei gut und reichlich. Kreislaufstörungen und Magenbeschwerden sind bei einem Mann dieses Alters, der noch dazu Gefangener ist, nichts Ungewöhnliches.'

Auch geistig sei Rudolf Hess völlig auf der Höhe, berichtet Dr. Seidl weiter, seine Gedanken seien absolut geordnet. Bei dem Gespräch, das in Gegenwart des gerade amtierenden sowjetischen Gefängniskommandanten und eines hohen britischen Offiziers geführt wurde, ging es lediglich um die Frage, ob der Gefangene ein Testament zugunsten seiner Frau und seines Sohnes machen müsse, was jedoch rechtlich infolge der gesetzlichen Erbfolge von Frau und Kindern überflüssig ist."

Im Spandauer Gefängnis sind außer Hess noch Baldur von Schirach und der frühere Rüstungsminister Albert Speer festgehalten. Ihr Urteil lautete in Nürnberg auf „Zwanzig Jahre", man wird sie also spätestens im Herbst 1966 entlassen müssen, wenn sie dann beide noch leben, was beim schwerkranken Schirach nicht sicher ist. Dann taucht ernstlich die Frage auf, ob das Spandauer Gefängnis, dieses düstere Denkmal der anrüchigen Siegerjustiz von 1945, nur noch für Rudolf Hess weiterbetrieben wird, den man in England schon vor zehn Jahren den „Gefangenen des Friedens" genannt hat.

Dieses Gefängnis ist auch insoferne ein Unikum, als es heute noch als Viermächte-Einrichtung organisiert ist (daher die Anwesenheit eines sowjetischen Gefängniskommandanten beim Gespräch des Rechtsanwalts Seidl); die Kosten aber werden aus

---

* Zitat aus Ilse Hess: „England – Nürnberg – Spandau, Ein Schicksal in Briefen", Druffel-Verlag, Leoni 1952, Seite 146.

deutschen Steuermitteln aufgebracht! Bisher hat die Bundesregierung weder die Kraft noch – wie es scheint – den Willen aufgebracht, gegen die Weiterführung dieser ordinären Racheinstitution zu protestieren. Salbungsvoll redet man über die „Bewältigung der Vergangenheit" – sie kann aber doch gewiß erst beginnen, wenn Spandau geendet hat.

1945: Ausblicke auf die große Konferenz

10. Februar 45

Alles sieht wie fasziniert auf die zur Zeit stattfindende „Dreier-Konferenz" am Schwarzen Meer. Manche unserer Militärs scheinen zu hoffen, daß diese Zusammenkunft mit einem Krach endet. Der Führer erwartet offenbar das Gegenteil und will, daß die Presse ihre Leser auf eine von dort zu erwartende „Proklamation an das deutsche Volk" vorbereitet. Es ist klar, daß eine von den Sowjets vorbereitete „Regierung" mit ein paar Generalen als Aushängeschild in Wirklichkeit nur einen Zwischenschritt zur Bolschewisierung ganz Deutschlands bedeuten würde. Deshalb beschäftigt sich der Führer besonders mißtrauisch mit der in der internationalen Presse diskutierten Möglichkeit einer Einsetzung des in Rußland aus gefangenen deutschen Offizieren gebildeten „Seydlitz-Komitees" in Königsberg.

*

Auf die ohne ihn tagende Konferenz zielt auch eine Rundfunkrede des Generals de Gaulle am Montag abend. In drei Monaten, so versicherte er, werde Frankreich doppelt so viele Divisionen haben wie im Dezember (als er in Moskau war); wieviel (oder wie wenige) es damals waren und dann sein werden, darüber sagte der General nichts. Aber er kündigte an, daß „bei der Besetzung ganz Deutschlands, die notwendigerweise dem Siege folgen wird", die französische Armee „schrittweise das Übergewicht im Westen erhalten" werde. Hinsichtlich der Zukunftsregelungen habe Frankreich seine Alliierten wissen lassen, daß es sich an keine Bestimmung gebunden halte, die ohne französisches Einverständnis getroffen werde; die französische Regierung erkenne nur solche Lösungen an, die mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. Was sich de Gaulle darunter vorstellt, sagte er ohne Zimperlichkeit:

„Die endgültige Anwesenheit französischer Streitkräfte den ganzen Rhein entlang, die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete und des Ruhrbeckens von dem, was in Zukunft der oder die deutschen Staaten sein werden, die Unabhängigkeit Österreichs usw. sind für Frankreich lebenswichtige Bedingungen."

Ein Sprecher der de Gaulle-Regierung hat in Paris inzwischen auf Fragen von Journalisten versichert, daß nach seiner Kenntnis das Moskauer Generals-Komitee gewiß nicht als deutsche Regierung anerkannt werde, sondern „ausschließlich zu Propagandazwecken benützt wird, um die Moral des deutschen Heeres und des deutschen Volkes zu untergraben".

Eine ebenfalls auf Konferenzwirkung berechnete ungewöhnliche Publikation aus einem vertraulichen Notenwechsel zwischen Franco und Churchill hat das Foreign Office über amerikanische Presse-Korrespondenten bewerkstelligt. Nach diesen Berichten hat der spanische Staatschef vor einigen Wochen an den britischen Premierminister ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der möglichen deutschen Niederlage ein engeres britisch-spanisches Zusammenwirken gegenüber der russischen Gefahr anregte.

Churchills Antwort darauf soll, wie heute im Londoner Nachrichtenmaterial zu lesen ist, für den spanischen Staatschef ein „rauher Schock" gewesen sein. Er habe Franco „völlig klargemacht, daß Großbritannien sein Bündnis mit Rußland als fundamental für die britische Politik betrachte und daß diese sich auch für die Zeit nach dem Kriege auf engstes Zusammenwirken mit Rußland einrichtet".

Die Note wurde „nach gründlicher Beratung" vom britischen Kabinett formuliert und abschriftlich an Roosevelt und Stalin übermittelt.

*

Der Londoner „Daily Mirror" hat – ohne sich darüber aufzuregen – die mutmaßliche Forderung der Sowjets auf Abstellung deutscher Arbeitskräfte mit etwa sechs Millionen Mann berechnet.

1965: Johnson nach Moskau?

12. Februar 65

Der amerikanische Präsident Johnson ist – wie aus Washington berichtet wird – „sehr daran interessiert, die Sowjetunion

so bald als möglich zu besuchen". Er hofft, noch im Laufe des Sommers nach Moskau reisen zu können. Das ist, wie man in der amerikanischen Hauptstadt erklärt, früher, als die Unternehmung ursprünglich geplant war. Aber angesichts der Vietnam-Situation erscheint es dem Präsidenten „dringlich", die Beziehungen zwischen den beiden „Supermächten" zu verbessern. Gleichzeitig hat der bekannte Journalist Walter Lippmann eine „Friedensoffensive" gefordert, an der sich die Sowjetunion, Japan, Indien, England, Frankreich und Rot-China beteiligen sollen.

Die Bundesrepublik wurde von Lippmann nicht erwähnt. Soll sie erst „zur Kasse" gebeten werden, wenn Johnson aus Moskau zurückkommt, wo er offenkundig von den Russen „Neutralität" in Vietnam erhandeln will?!

1945: Das Jalta-Kommuniqué

14. Februar 45

Das politische Ereignis des gestrigen Tages war das Jalta-Kommuniqué. Als es dem Führer von unserer Aufnahme blattweise zugeleitet wurde, nahm er es mit der Bemerkung an sich, daß er es in Ruhe studieren und mit Ribbentrop und Goebbels besprechen wolle.

Der Text ist sehr umfangreich, aber auf den ersten Blick ziemlich nichtssagend. Über die militärische Zusammenarbeit der Drei Mächte wird verkündet, daß ihre „Armeen und Luftstreitkräfte" in gemeinsamer Operation „in das Herz Deutschlands vom Osten, Westen, Norden und Süden" eindringen wollen. Über die „Regeln der bedingungslosen Kapitulation", die man Deutschland „aufzwingen" werde, „nachdem der deutsche bewaffnete Widerstand restlos gebrochen sein wird", habe man sich geeinigt. „Diese Angaben werden erst bekanntgegeben werden, wenn die endgültige Niederlage Deutschlands erreicht ist."*

---

* Dieser inzwischen in der amerikanischen Aktenpublikation über die Jalta-Konferenz veröffentlichte, 14 Punkte umfassende Text unter der Überschrift „Bedingungslose Kapitulation Deutschlands" wurde am 7. Mai 1945 *nicht* verwendet. Die Beauftragten des Großadmirals Dönitz erhielten statt dessen eine fünf Punkte umfassende „Urkunde über die militärische Kapitulation" vorgelegt und haben in Reims und Karlshorst nur diese

Es soll drei separate Besatzungszonen geben; Frankreich wurde eingeladen, eine vierte Zone zu übernehmen. Eine Reparations-Kommission wird eingesetzt, die „das Ausmaß und die Methoden für die Kompensation des Schadens, der von Deutschland den alliierten Ländern zugefügt wurde" beraten soll. Nach wortreichen Darlegungen über die „Konferenz der Vereinten Nationen", über die „befreiten Völker in Europa" ist ein eigener Punkt dem Thema Polen gewidmet. Der Kernsatz dazu lautet:

„Die drei Regierungschefs sind der Ansicht, daß die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie mit Abweichungen von dieser in manchen Gebieten von 5–8 Kilometern zugunsten Polens folgen soll. Sie anerkennen, daß Polen bedeutenden Gebietszuwachs in Norden und Westen erhalten muß."

Hinsichtlich des Lubliner Komitees wurde beschlossen, daß es durch Hinzuziehung von „demokratischen" Mitgliedern der bisherigen Londoner Exilregierung zu einer „Regierung der nationalen Einheit" erweitert werden soll. Der sowjetische Außenminister Molotow, der amerikanische Botschafter Harriman und der britische Botschafter in Moskau sollen mit den Polen über diese Regierungsumbildung verhandeln.

Zum Schluß haben wie üblich die Propaganda-Poeten das Wort erhalten:

„Unsere Zusammenkunft hier in der Krim hat unsere gemeinsame Entschlossenheit gestärkt, im kommenden Frieden jene Einheit der Aufgaben und der Durchführung zu erhalten und zu vertiefen, die den Sieg in diesem Kriege für die Vereinten Nationen möglich und sicher gemacht hat. Wir sind überzeugt, daß dies eine geheiligte Verpflichtung ist, die unsere Regierungen allen Völkern der Welt schuldig sind. Nur bei ständiger und wachsender Zusammenarbeit und Verständnis zwischen unseren drei Ländern und zwischen allen friedliebenden Völkern kann das höchste Ziel der Menschheit erreicht werden, ein sicherer und dauernder Friede, welcher in den Worten der atlantischen Charta ‚es sicher stellen wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Angst und Not leben können'. Der Sieg in diesem Kriege und die Errichtung der vorgeschlagenen internationalen Organisation werden die größte Ge-

unterzeichnet. Vgl. zu diesem historisch-politisch wichtigen Sachverhalt die einschlägigen Texte in „Potsdam 1945, Ein kritischer Bericht", Druffel-Verlag, Leoni 1962, Seiten 63–72.

legenheit aller Zeiten geben, um in den künftigen Jahren die nötigen Bedingungen zu einem solchen Frieden zu schaffen."

Kurzum: Die Welt wird herrlich eingerichtet sein, wenn nur endlich Deutschland zerstört ist. ...

Überraschend in dem umfangreichen Text ist das Fehlen einer Deutschland-Erklärung. Für das deutsche Volk scheint man nicht einmal mehr Worte übrig zu haben. Auf meine diesbezügliche Bemerkung meint der Führer freilich, daß die Alliierten möglicherweise eine solche Aktion zu einem späteren Zeitpunkt doch noch unternehmen.

Heute mittag sandte Dr. Goebbels dem Führer das Stenogramm der Ausführungen, die er auf seiner täglichen Minister-Konferenz über das Jalta-Kommuniqué gemacht hat. Auf Veranlassung des Führers arbeitete er sie um und formulierte zwei einleitende Punkte, die die Argumentationsgrundlage geben. In Jalta sei bewiesen worden, daß die Westmächte Europa vor dem Bolschewismus weder bewahren können noch wollen. Der Führer korrigierte die als Presseweisung vorgesehene Ausarbeitung persönlich noch einmal genau durch. Er fügte dabei einen Hinweis auf die Dardanellen ein, von denen er annimmt, daß sie den Russen von den Westmächten so gut wie zugesprochen sind. Ein weiterer Führerzusatz apostrophiert die Tatsache daß als Sitz der „Reparations-Kommission" ausgerechnet Moskau bestimmt wurde.

Die eilige Korrektur dieser Sprachregelung, auf die die Redaktionen dringend warten, geschieht in außergewöhnlicher Umgebung. Der Führer befindet sich in der Neuen Reichskanzlei an der Voßstraße in einem Raum, in dem Professor Giesler die Modelle für den Neubau von Linz aufgestellt hat. Es sind die einzigen Projekte dieser Art, deren Planung weitergeführt worden ist. Dem Führer bedeutet es eine Ablenkung, sich eine Stunde lang mit Zirkel und Vergrößerungsglas in architektonische Einzelheiten zu vertiefen.

Dresden

15. Februar 45

Militärisch hat sich in diesen Tagen nichts Wesentliches verschlechtert; allerdings sind den Russen Vorstöße in Richtung

Breslau gelungen. Im Raume Stettin jedoch sind die Sowjets nicht weitergekommen, was im Hinblick auf unsere dortige langwierige und mühevolle Bereitstellung, die zu einer Gegenoperation in Richtung Landsberg/Warthe führen soll, von großer Bedeutung ist. Es ist auch wichtig gewesen, daß die Engländer jetzt nicht Stettin angegriffen haben. Statt dessen haben sie in Dresden furchtbar gehaust. Der Führer meint: „Jetzt haben sie die Dresdner Oper zerstört und Flüchtlinge umgebracht, aber den mit Truppen-Transportern vollgepfropften Stettiner Hafen haben sie in Ruhe gelassen!"

Unsere neue U-Boote machen sich bemerkbar. Gestern wurden im OKW-Bericht erstmals wieder Versenkungsziffern genannt. Die Marineleute meinen, daß es bald wieder zu beträchtlichen Feindverlusten kommt.

Generalfeldmarschall Model war heute in der Reichskanzlei. Er hat eine schwere Aufgabe vor sich; mit stark unterlegenen Kräften wird er bald einem großen Angriff im Westen standhalten müssen, und er bereitet sich mit Ernst darauf vor. Hoffentlich sind bis dahin einige Erfolge aus dem Osten zu melden; nur dann kann der im Westen kämpfende Soldat vom Sinn seines Widerstandes überzeugt bleiben.

*

Wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse wohne ich seit einigen Tagen im Nebengelaß eines Büros der Neuen Reichskanzlei und werde – nach Ablieferung meiner Lebensmittelkarten – in der Führerwohnung mitverpflegt.

Es fällt mir nun in der Regel das Los zu, abends bis zur „Nacht-Lage" aufzubleiben, die zwischen 1 und 2 Uhr im Bunker stattfindet. Da der Führer meist vorher Zeitungen und Nachrichtenmaterial liest, muß einer von uns um diese Zeit noch bereit sein.

Da Dr. Dietrichs Mutter starb, ist er seit einigen Tagen verreist; so mußte ich heute auch die Nachmittags-Lagebesprechung wahrnehmen, die um 16 Uhr begann und bis 20 Uhr dauerte.

Die Amerikaner haben gestern noch einmal das brennende Dresden angegriffen. In London wurde verlautbart, die Angriffe auf Dresden würden geflogen, weil sich hier ein „Kontrollzentrum der deutschen Verteidigung gegen Marschall Koniews

aus dem Osten vordringenden Armee“ befinde. Beim ersten Nachtangriff sei das Ziel, d.h. die Innenstadt „sehr genau markiert und gebombt“ worden; die Rauchschwaden der ausgedehnten Brände seien von Flugzeugbesatzungen bis in die Höhe von 15000 Fuß, das sind fast 4000 Meter wahrgenommen worden.

Die traurige Wirklichkeit ist, daß in dem von Flüchtlingstrecks überfüllten, von Angriffen bisher ganz verschonten und nicht einmal mit Flakschutz versehenen Dresden (daher die „genaue Markierung“) eine Unzahl von Menschen umgekommen ist – eine Katastrophe, deren Ausmaß noch nicht zu überblicken ist. Vor knapp zwei Wochen haben die Anglo-Amerikaner wissen lassen, sie hätten Berlin angegriffen, um die Ostflüchtlinge zu treffen – jetzt in Dresden ist es ihnen gelungen. Die zerstörten Eisenbahngeleise werden in einigen Tagen wieder instand gesetzt sein – aber niemand wird die namenlosen und verkohlten Menschenopfer dieses Massenmordes wieder ins Leben zurückrufen. Die schmutzigste Phase des Krieges ist erreicht.

*

Die polnische Exilregierung in London hat sich gegen die Polen-Regelungen von Jalta ausgesprochen und beharrt darauf, als alleinige legitime Vertretung des polnischen Staatswesens zu gelten. Das wird den Leuten nicht viel helfen. Wenn die englischen und amerikanischen Bomberströme zum Massenmord kommandiert werden, um „den Armen des Marschalls Koniew“ den Vormarsch nach Schlesien zu erleichtern, dann ist gewiß nicht zu erwarten, daß man in London und Washington wegen Polens mit Stalin streitet.

1965: Churchill und Dresden

16. Februar 65

Der Feuilleton-Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat sich dieser Tage (12. 2.) eine Zusammenstellung erlaubt, für die das Modewort „makaber“ notiert werden muß. Die Zeitungsseite wird beherrscht von einer eindrucksvollen Zeichnung Ernst Hassebrauks „Blick auf das zerstörte Dresden“ – im Jahre 1953 skizziert; im Vordergrund Brücken-

reste und die Elbwiesen, die damals für zehntausende obdachlose Flüchtlinge zum Todesufer wurden, dahinter die klagenden Ruinen der Kirchen.

Unmittelbar *neben* dieser Zeichnung sind Zitate aus kürzlich veröffentlichen Gesprächen Churchills wiedergegeben, zum Schluß der Absatz:

„Ich fürchte nicht Tod noch Gericht. Wenn ich ans Himmelstor komme, wird sicherlich St. Peter dastehen und sich freuen, mich zu sehen. Vielleicht habe ich manchmal zu gut gegessen und getrunken, gewiß, aber alles in allem glaube ich, wird man mir den Eintritt nicht verwehren."

Wir wissen heute, daß dieser so gewissenszufriedene britische Premierminister persönlich es war, der schon Ende Januar 1945 den Flüchtlingsmord um Dresden veranlaßte, um mit dieser Leistung Stalin zu beeindrucken.

Der englische Historiker David J. Irving hat in seinem Buch „Der Untergang Dresdens" (Deutsche Ausgabe Gütersloh 1964) in sorgfältiger Untersuchung nachgewiesen, daß Churchill am 25. und 26. Januar 1945, nachdem er die ersten Berichte über die ostdeutschen Flüchtlingsbewegungen erhalten hatte unmittelbar vor seiner Abreise zur Jalta-Konferenz zweimal in scharfer Form vom britischen Bomberkommando einen Groß-Luftangriff anforderte, um – wie er sich ausdrückte – „den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben" (a.a.O. Seiten 108–110).

Daraufhin wurde die seit Juni 1944 gegen Berlin geplante, aber wegen der dortigen starken Abwehr nie angesetzte kombinierte Aktion „Donnerschlag" auf Dresden dirigiert, obwohl diese Stadt bis dahin auf den geheimen Ziel-Listen des Bomberkommandos nicht aufgeführt war. Nun wurde der Forderung Churchills zunächst dadurch Rechnung getragen, daß in einer Generalstabsaufzeichnung vom 2. Februar „Berlin, Leipzig, Dresden und ähnliche Städte" als Ziele bezeichnet wurden,

„wo schwere Angriffe eine große Verwirrung in der Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Osten stiften und die Truppenverstärkungen behindern werden" (Zitat nach Irving a.a.O. Seite 115).

Die zusammengefaßten Angriffe auf Dresden wurden dann für den 5. bis 7. Februar eingeplant, also für die Tage, an denen die Jalta-Konferenz stattfand. Aus Wettergründen konnte der

Termin jedoch nicht eingehalten werden, was der britischen Delegation nach Jalta ausdrücklich gemeldet wurde (a.a.O. Seite 121).

Als dann am 12. Februar die Meteorologen endlich günstiges Wetter für den Raum Dresden voraussagten und der erste Angriff für den 13. befohlen wurde, ließ man die Besatzungen teilweise irreführend dahin unterrichten, es handle sich um einen Angriff auf das deutsche Oberkommando des Heeres u. ä. Es gab aber auch Einheiten, denen klar gesagt wurde, worum es sich handelte. So erklärte der Nachrichtenoffizier einer Staffel der 100. Luftflotte lt. Irving (a.a.O. Seite 168) „das eigentliche Ziel des Luftangriffes sei, möglichst viele in der Stadt Zuflucht findende Flüchtlinge zu töten und hinter der Ostfront Panik und Chaos zuverbreiten". Einige Tage später wurden die Besatzungen der 3. Bomberflotte in radikaler Klarheit nach Chemnitz eingewiesen:

„Sie fliegen heute nach dorthin, um alle Flüchtlinge zu töten, die aus Dresden entkommen sein mögen" (Zitat nach Irving a.a.O. Seite 189).

Diese, auch für das abgestumpfte Gewissen von Bomberbesatzungen erkennbar kriminellen Befehle wurden widerspruchslos befolgt. Keinem Kommandeur und keinem Besatzungsmitglied wurde bisher der Prozeß gemacht. Im Gegenteil: sie alle tragen heute noch ihre Orden und reisen als Touristen durch Europa. Und beim Ableben des Hauptverantwortlichen ließ die deutsche Bundesregierung einen Kranz an der Bahre des Verstorbenen niederlegen. ... Einen Krieg muß man gewinnen!

Über die Zahl der in Dresden Getöteten gehen die Schätzungen auseinander. Der deutsche Sachverständige Hans Rumpf nennt in seinem Buch „Das war der Bombenkrieg" (Oldenburg 1961, Seite 109) 225000 als die Zahl, die sich „in der internationalen Diskussion seit längerer Zeit hält". Irving hält die Zahl von 135000 „mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit als die beste Schätzung".

Als Opfer des Hiroshima-Angriffes am 6. August 1945 ermittelten die Japaner 92000 Menschen als getötet oder vermißt.

Auch die Atombombe konnte den Dresdner Flüchtlingsmord als das größt-beweisbare Massaker der bisherigen Weltgeschichte nicht überbieten.



Sonderbesprechung Stalin-Roosevelt in Jalta
(Nach einer Londoner Presseveröffentlichung im Februar 1945)

Und was Churchill betrifft, so unterläßt Irving es nicht, ein Goebbels-Wort zu zitieren – es trifft nicht nur die Dresden-Tragödie, sondern läßt sich auf das Wirken dieses Mannes in weiterer Perspektive projizieren:

„Das ist das Wüten eines Herostraten, das Werk eines Wahnsinnigen, der in der Erkenntnis, daß ihm die Fähigkeiten fehlen, einen Tempel zu errichten, der Welt beweisen will, daß er ihn wenigstens anzuzünden vermag" (Zitat nach Irving a. a. O. Seite 253).

1945: Die „Steinigung Deutschlands"

17. Februar 45*

Dr. Goebbels hat dem Führer die Idee vorgetragen, als Antwort auf die Dresdner Greuel die Haager und Genfer Konventionen als vom Gegner gebrochen und damit nichtig zu erklären. Ihm schwebt vor, abgeschossene feindliche Flugzeugbesatzungen, die an Terrorangriffen teilgenommen haben, vor Gericht stellen und verurteilen zu lassen, um auf diese Weise dem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung ein Ende zu setzen. Da aber die Alliierten bereits hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in der Hand haben, und jegliche Repressalien ergreifen können, ist der Gedanke nicht glücklich. Dr. Dietrich ist geradezu empört; der Eindruck auf die Reste des neutralen Auslands wäre nach seiner Ansicht ganz unerträglich. Auch die Militärs sind gegen den Einfall des Ministers und so wird der Anregung wohl kaum stattgegeben.

---

* An diesem Tage notierte Bormann als Äußerungen Hitlers (a. a. O. Seite 58f.):

„Das Verhängnis dieses Krieges ist, daß er für Deutschland sowohl zu früh wie zu spät begann. Vom rein militärischen Standpunkt aus wäre es für uns besser gewesen, wenn er früher ausgebrochen wäre. Ich hätte 1938 die Initiative ergreifen sollen anstatt zuzulassen, daß ich 1939 in den Krieg gezwungen wurde; denn der Krieg war so oder so unvermeidbar.... Das Unglück für uns Deutsche ist, daß wir nie genug Zeit haben. Die Umstände zwingen immer zur Eile. Und daß uns die Zeit mangelt, hat seine Hauptursache darin, daß wir nicht genug Raum haben. Die Russen mit ihrem riesigen Land können sich den Luxus erlauben, sich zu weigern, es eilig zu haben. Die Zeit arbeitet für sie, aber gegen uns. Selbst wenn die Vorsehung mir eine ausreichend lange Lebenszeit gewährt hätte ... können Sie ganz sicher sein, daß unsere Feinde mir nie erlaubt hätten, sie zu nutzen. Sie hätten das Äußerste getan, uns zu vernichten, bevor sie einem Deutschland gegenüberstanden, das ... in Körper und Geist zusammengeschmiedet unbesiegbar gewesen wäre."

Berichte aus Dresden können einem freilich das Blut zum Kopfe steigen lassen, das muß Dr. Goebbels zugebilligt werden. In solchen Angelegenheiten kann jedoch nur ruhiger Verstand sprechen. Verantwortlich sind nicht die Flugzeugbesatzungen, die bei uns notlanden oder mit Fallschirmen aussteigen, sondern Leute, die irgendwo in London am Kamin sitzen und Zigarren rauchen.

*

Der polnische General Anders, der als Nachfolger des in deutsche Gefangenschaft geratenen Generals Bor den Oberbefehl über die bei den Westalliierten kämpfenden polnischen Divisionen übernommen hat und an der Italienfront eingesetzt ist, erließ angesichts des Jalta-Kommuniqué einen Tagesbefehl an seine Truppe, in dem er sie „in diesem tragischen Augenblick für Polen und unser Volk" zur Disziplin ermahnt:

„Ich glaube, daß der Allmächtige Gott der polnischen Nation und dem polnischen Soldaten helfen wird, die derzeitige Prüfung zu überstehen und die Widerstände zu überwinden, die den Weg zu einem freien, unabhängigen Polen versperren."

*

Dem auswärtigen Ausschuß der französischen „Beratenden Versammlung" in Paris blieb es vorbehalten, zum Jalta-Papier eigene weitere Anregungen zu erteilen. Danach soll nicht nur die deutsche Industrie zerstört werden (das steht schon bei Morgenthau), auch die deutschen Besitzungen und Niederlassungen im Ausland, „insbesondere in neutralen Ländern", müssen „konfisziert" werden.

*

Im Auslands-Nachrichtenstoff finden sich jetzt nur noch selten Stimmen, die für unseren deutschen Standpunkt Verständnis zeigen. Immerhin hat der nationale Oppositionsführer in Südafrika, Dr. Malan, es gewagt, die Krim-Konferenz als einen „Betrug an der Atlantik-Charta" zu bezeichnen und daran zu erinnern, daß Deutschland ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sei. Diese Bemerkungen haben den amtierenden südafrikanischen Ministerpräsidenten General Smuts sehr empört und er hat Dr. Malan belehrt, er möge es unterlassen „einen der

großen Augenblicke der Geschichte“ zu „engstirniger politischer Propaganda zu mißbrauchen“.

Der große schwedische Asienforscher und treue Freund Deutschlands Sven Hedin wird übermorgen 80 Jahre alt. Erst kürzlich hat er in Stockholm einen Artikel gegen die amerikanischen „Deutschlandpläne“ veröffentlicht, in dem er kein Blatt vor den Mund nahm:

„In einer fünf Jahre lang Tag für Tag durch eine raffinierte Agitation zum wahnwitzigen Haß gegen das deutsche Volk aufgestachelten Menschheit findet Roosevelts Verkündung von der ‚notwendigen Vernichtung Deutschlands‘ einen fruchtbaren Boden. In Wirklichkeit aber verhält es sich so, daß Deutschland nur deshalb in Fetzen gerissen und zerstückelt werden soll, weil man seine Fähigkeiten, seine Geschicklichkeit, seine Ideen als Hindernis auf dem Wege zur nordamerikanischen Weltherrschaft empfindet.“

Auch seinen eigenen Landsleuten sagt Sven Hedin ein sehr ernstes und durchaus aktuelles Wort; die Frage, ob eine schwedische Kriegserklärung zu erwarten sei, ist erst in den Lagebesprechungen der letzten Tage wieder besprochen worden:

„Über unsere eigenen Wege senken sich düstere Schatten und Schweden ist ernster bedroht als je in seiner Geschichte. Finnland ist nicht mehr frei – auf den Aalandinseln und im Tornetal stehen die Sowjets, die norwegische Exilregierung hat die bolschewistischen Armeen aufgefordert, nach Norwegen zu kommen. Mit jedem Tag werden die Daumenschrauben härter um Schweden angezogen. Unser Volk läßt sich von seiner verblendeten Presse und einer wilden Agitation verführen und will nicht glauben, daß es so Schritt um Schritt näher an den Rand des Abgrunds geführt wird. Es vergißt seine eigene heroische Größe und Ritterlichkeit in der Vergangenheit, um sich ohne Scham einer bodenlosen Feigheit in der Gegenwart hinzugeben und teilzunehmen an der allgemeinen Steinigung Deutschlands.“

Die „Steinigung Deutschlands“ – das ist ein treffender Ausdruck für all das, was seit drei Jahrzehnten im Gange ist und sich heute zu einem Furioso steigert.

Katyn – ein Propaganda-Prozeß und die Wahrheit

21. Februar 45

Die bulgarische „Gerichtsbarkeit“ nimmt immer verblüffendere Formen an. In einem neuen Prozeß vor dem „Volksgericht“

in Sofia hat man einen bulgarischen Professor angeklagt, der vor zwei Jahren an der Internationalen Ärztekommission zur Untersuchung der Katyn-Leichenfunde teilgenommen hat. Dieser Mediziner wird beschuldigt, „im Interesse der deutschen Propaganda" damals ein „falsches Protokoll" unterzeichnet zu haben. Die ganze Affäre Katyn sei eine „von den Deutschen ausgedachte Geschichte" gewesen, „zum Zweck, die Slawen schlecht zu machen". Nicht nur diese „Anklage" ist in Moskau zurecht gemacht worden, auch der Ablauf entspricht der Moskauer Schauprozeß-Erfahrung. Der bulgarische Professor „gesteht", womit er sein Leben erst recht verwirkt hat.

Es ist durchaus begreiflich, daß die Leichenfunde von Katyn den Russen heute noch sehr unangenehm sind. Vor zwei Jahren hat die Sowjetregierung die Beziehungen zur Londoner polnischen Emigrantenregierung abgebrochen, als diese das Genfer Rote Kreuz zur Untersuchung einschalten wollte – die Frage nach den seit 1940 verschwundenen polnischen Offizieren war bereits lange vor der Entdeckung der Massengräber gestellt worden und von den Russen unbeantwortet geblieben. In Downing Street (und auch im Weißen Haus) weiß man natürlich, daß die deutschen Angaben stimmen; auch die Polen sind sich nicht im unklaren darüber und hinter dem dramatischen kürzlichen „Tagesbefehl" des Generals Anders steht sicher der Gedanke an seine von den Sowjets hingeschlachteten Kameraden.

Den dreisten Versuch Stalins, auf dem Umweg über einen politischen Prozeß in Sofia die Tatsache Katyn von sich abzuschieben, charakterisiere ich in der Auslandspresse-Konferenz mit einiger Schärfe. Daß dort durch ein Todesurteil ein lästiger Zeuge beseitigt wird, bezeichne ich als „grotesk und unheimlich zugleich". Immerhin kann man nicht alle Zeugen beseitigen, die an den Katyn-Exhumierungen teilgenommen haben und sich mit aller wissenschaftlichen Sorgfalt vor allem der Frage angenommen haben, *wann* die Leichen der polnischen Offiziere in den Massengräbern verscharrt wurden. Sowohl aus den Papieren der Toten, von denen manche Tagebuchaufzeichnungen notiert hatten, wie aus schlüssigen Merkmalen des Verwesungszustandes der Leichen, des Baumwuchses auf den Gräbern usw., ist der April 1940 als der Tatmonat von dieser

Kommission festgestellt worden, an der Angehörige von zwölf Nationen teilgenommen haben.

Das Internationale Rote Kreuz hat sich – infolge des sowjetischen Einspruchs – an der Untersuchung nicht beteiligt, aber der Genfer Gerichtsmediziner Professor Naville war an Ort und Stelle. An ihn verweise ich denn auch die Auslandskorrespondenten – nicht nur um über Katyn nochmals zu erfahren, was alle Welt längst weiß, sondern auch um die „Kriegsverbrecher"-Justiz richtig zu beurteilen, die von Moskau befohlen und in Sofia praktiziert wird.

*

Einer sowjetischen Veröffentlichung verdanken wir den Text einer Ansprache, die Churchill vor einer Woche am Flugplatz bei Jalta gehalten hat, bevor er zum Rückflug startete. Der Text wird auch vom Reuter-Büro verbreitet; er ist also nicht von den Russen zurechtgemacht worden.

„Beim Verlassen des russischen Bodens und der dank russischer Tapferkeit von den Hunnen befreiten wiedererstandenen Krim, danke ich Ihnen allen, Ihren Vorgesetzten und insbesondere Ihrem großen Führer, dem Obersten Befehlshaber Marschall Stalin. Ich möchte auch den heldenhaften russischen Völkern und ihren Armeen meine Bewunderung aussprechen; sie wird geteilt von der ganzen britischen Rasse. ..."

Die „Hunnen" – das ist die Sprache Northcliffes aus dem Ersten, Ilja Ehrenburgs im Zweiten Weltkrieg. Man ist in Moskau gewiß geschmeichelt, von Churchill nicht nur gefeiert, sondern auch in der Ansicht unterstützt zu werden, daß die Deutschen zertreten gehören.

1965: Wurde Hitler vergiftet?

22. Februar 65

Im Zusammenhang mit einer Buch-Neuerscheinung wurde in einigen sonst verständigen Blättern die Ansicht vertreten, hinter den Toren der Berliner Reichskanzlei und des damaligen Führerhauptquartiers habe sich in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges so etwas wie eine geheimnisvolle Gesundheitstragödie abgespielt. Als einer von denen, die mit Hitler in seinen

letzten Lebensjahren häufig dienstlich unmittelbar zu tun hatten, habe ich zu dieser Deutung und zu dem Buch, auf das sie sich stützt (Dr. med. H. D. Röhrs: „Hitler – die Zerstörung einer Persönlichkeit"), im Februar-Heft der Coburger Zeitschrift „Nation Europa" kritisch Stellung genommen:

„Dr. Röhrs – einst langjähriger bewährter Mitarbeiter der Reichsgesundheitsführung – bemüht sich um einen doppelten Nachweis: erstens, daß Hitler in seinen letzten Lebensjahren ‚spätestens im Jahre 1942 in ständig zunehmendem Maße an geistiger Leistungsfähigkeit eingebüßt' habe und damit ‚zweifellos außerstande' gewesen sei, ‚in entscheidenden Situationen seiner Aufgabe als militärischer Oberbefehlshaber gerecht zu werden'; zweitens, daß diese ‚verhängnisvolle Entwicklung' durch die Behandlungsmethoden seines Leibarztes Dr. Morell wenn nicht bewußt herbeigeführt, so doch ernstlich gefördert worden sei.

Dr. Röhrs *will* zweifellos der historischen Wahrheitsfindung dienen und insoferne berührt seine Bemühung sympathisch. Kritischer Beurteilung hält sie freilich nicht stand. Da ist zunächst die Ausgangsfrage: war Hitler in seinen letzten Lebensjahren wirklich *krank*? Dr. Röhrs zitiert dafür aus den Erinnerungen des verstorbenen Generalobersten Guderian eine Schilderung des Zustandes, in dem dieser Hitler nach dem 20. 7. 1944 angetroffen hat: seine ganze linke Körperhälfte habe gezittert, im Sitzen habe er das rechte Bein über das linke legen müssen, der Stuhl sei untergeschoben worden, alle seine Bewegungen seien ‚zeitlupenartig langsam' gewesen usw. Ich selbst habe Hitler zwar nicht bereits am 21. Juli 1944, wohl aber Anfang August 1944 wiedergesehen (und dann bis zum April 1945 noch häufig) und habe – außer einem leichten Zittern der linken Hand – nichts dergleichen bemerkt. Hätte Dr. Röhrs die noch zahlreich lebenden Zeugen aus Hitlers näherer Umgebung über dessen letzte Lebensjahre (oder auch Soldaten von der Oderfront, die er noch Mitte März 45 besuchte) sorgfältig befragt, so würde auch er zu dem realistischeren Ergebnis gekommen sein: es ist richtig, daß das Attentatserlebnis Hitler körperlich und seelisch stark angegriffen hat, aber krank war er weder vorher noch nachher. Auf einer beigefügten Tafel stellt Dr. Röhrs ein Kopfbild Hitlers vom Reichsparteitag 1936 einer Aufnahme von 1944 gegenüber (nach meiner Deutung Ausschnitt aus einer Szene Ende Juli*). Hätte er die als Abbildung 7 ebenfalls wiedergegebene *letzte* Aufnahme Hitlers von

---

* Es handelt sich um einen Ausschnitt aus der am Nachmittag des 20. Juli 1944 wenige Stunden nach dem Attentat aufgenommenen Fotografie (vgl. Bildtafel vor Seite 65).

Ende April 1945 zu dieser Gegenüberstellung gewählt, so wäre der Kontrast gar nicht mehr überzeugend: hier im Garten der Reichskanzlei ein ernstes, aber freundliches Gesicht *ohne* vorquellende Augenpartie!

Mit dem Wegfall der ‚Krankheits'-These, die Dr. Röhrs gewiß nicht aufstellen würde, wenn er den ‚Patienten' damals selbst gesehen hätte, verflüchtigen sich auch die manchmal geradezu wutentbrannten Beschuldigungen des Arztes Dr. Morell. ... Ich kannte – wie jeder im Führerhauptquartier gelegentlich Tätige – Professor Morell persönlich; es ist richtig, daß er unseren Vorstellungen von straffer Männlichkeit und peinlicher Sauberkeit nicht entsprach, aber es muß auch gesagt werden, daß er *jedem*, der seinen ärztlichen Rat in Anspruch nahm, zumindest durch sichere Diagnose freundlich half. Dr. Röhrs, der ihn in der geheimnisvollen Rolle eines ‚Rasputin' sieht, erwähnt nur knapp, daß Dr. Morell früher Schiffsarzt war. Das allein sollte ihm zu denken geben. Morell erzählte gern von diesen Schiffsarztreisen, die ihn schon vor dem Ersten Weltkrieg bis nach Australien führten. In jener Frühzeit des drahtlosen Funkverkehrs konnten große Schiffahrtslinien es sich gewiß nicht erlauben, jahrelang ‚Scharlatane' auf ihren Passagierschiffen zu beschäftigen. Morell ist schon vor Jahren – m. W. noch in der Internierungshaft – verstorben; er kann sich nicht mehr verteidigen. Dr. Röhrs weist selbst darauf hin, daß die Protokolle von Morells Vernehmungen vorhanden, aber nicht zugänglich sind. Hat er sich um Einblick bemüht; mit welchen Argumenten haben die amerikanischen Behörden sie verweigert; warum wartet der Autor mit der Veröffentlichung seines Buches nicht solange bis er diese für seine These gewiß sehr wichtigen Papiere prüfen konnte?

Ich bin kein Arzt, kann insoferne den Sachgehalt des Buches nicht wissenschaftlich bewerten; einem nicht unwichtigen Kernsatz des Buches aber möchte ich aus eigener Kenntnis mit allem Nachdruck widersprechen: Auf Seite 148 heißt es in einer Zeittafel zum Jahre 1945: ‚Anfang April – Dr. Morell läßt seinen Patienten im Stich und setzt sich in die Alpen ab.' Wahr ist, daß Professor Morell auf Befehl Hitlers Ende April 1945 mit einer der letzten Maschinen aus Berlin nach Berchtesgaden ausgeflogen wurde, *und wahr ist auch, daß er sich damals bei meinem (kurz vorher ebenfalls aus dem Dienst entlassenen) Chef Dr. Dietrich bitter darüber beklagt hat, ‚fortgeschickt' worden zu sein – aus dem von den Russen bereits eingeschlossenen Berlin!*

Mit dem historischen Phänomen Hitler werden wir nur zurande kommen, wenn wir uns von jedem Eifer freihalten, auch vom wohlgemeinten."

Die im vorletzten Absatz hervorgehobene Stelle ist bei Wiedergabe meiner Besprechung in „Nation Europa“ aus vermutlich technischen Gründen gestrichen worden. Sie ist immerhin nicht unwichtig.

Meine kritische Stellungnahme zur These, Hitler sei in seinen letzten Lebensjahren durch geheimnisvolle Machenschaften in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigt worden, hat – wie ich aus Anmerkungen und Zuschriften ersehe – manchen Wunsch gestört, dadurch sonst unverständlich Erscheinendes zu erklären. Ich meinerseits kann nicht anders, als – gestützt auf klare und sorgfältige Erinnerung – dieser Legende ebenso zu widersprechen, wie jeder der zahlreichen anderen, die zum Thema Adolf Hitler seit 20 Jahren verbreitet werden.

Die in der Buchbesprechung ausgedrückten Argumente lassen sich noch vermehren:

1. Die in ihrem Ansatz zweifellos ehrlich wahrheitssuchende und seriöse Arbeit von Dr. Röhrs krankt nach meiner Ansicht vor allem an der unzureichenden Aufklärung des tatsächlichen Gesundheitszustandes Hitlers in den von Dr. Röhrs bezeichneten Jahren 1942 bis 1945. Das dazu verfügbare Forschungsmaterial ist überreichlich: Hunderte von Bildern (einschließlich Wochenschau-Aufnahmen) und ebenfalls hunderte von noch lebenden Personen, die mit Hitler bis zuletzt dienstlich in Berührung kamen, von der näheren Umgebung ganz zu schweigen! Eine Untersuchung über ein so ernstes historisches Thema hätte vor umständlichen Erkundungen nicht zurückschrecken dürfen.

2. Gesetzt den Fall, wir würden die (von Dr. Röhrs nicht ausdrücklich ausgesprochene, aber doch angedeutete) These annehmen, bei Professor Morell habe es sich um ein Wirken für fremde Interessen gehandelt – daß er mit den deutschen Verschwörerkreisen in Verbindung gestanden sei, ist in der sehr umfangreichen Literatur über dieses Thema bisher niemals auch nur angedeutet worden – so erhebt sich die Frage, warum das ärztliche Wirken Morells erst ab 1942 zu negativen Ergebnissen führte (bzw. führen sollte): die Behandlung hat doch schon 1937 eingesetzt?

Schließlich ist noch ein Wort zur angeblichen ärztlichen Rivalität Professor Brandt – Professor Morell anzufügen. Dr.

Brandt war schon 1933–34 als hervorragender junger Chirurg herangezogen worden, um Hitler auf seinen Fahrten zu begleiten. Es handelte sich darum, für Unfälle usw. ärztliche Soforthilfe zur Stelle zu haben. Diese Funktion Dr. Brandts wurde, als er später von Hitler mit besonderen Aufgaben betraut war, von anderen jüngeren Ärzten wahrgenommen, deren letzter – Dr. Stumpfegger – Ende April 1945 in Berlin gefallen ist. Dr. Morell war dagegen als Internist konsultiert worden und befand sich erst seit Kriegsbeginn ständig in Hitlers Umgebung. Es ist richtig, daß Brandt und Morell sich im Typus kraß unterschieden und daß Brandt uns Jüngeren als eine geradezu strahlende Erscheinung galt – und sich in seinem Nürnberger Prozeß ebenso wie auf dem Landsberger Schaffott als solche auch erwies!

Das alles aber ist kein Beweis dafür, daß Morell beabsichtigte, Hitler zu vergiften oder daß er als „Scharlatan" eine solche Wirkung zuließ oder auch nur hingenommen hat. (Übrigens hat auch Morell die amerikanische Haft nicht überlebt. Man ließ den Gelähmten im Internierungslager Ludwigsburg sich jämmerlich zu Tode quälen – nicht gerade ein Anzeichen dafür, daß Morells Aussagen den Amerikanern gefallen haben!)

Ich bleibe also in ruhig-kritischem Rückblick entschieden dabei: so gewiß das Erlebnis des 20. Juli 1944 für Hitler einen körperlichen und seelischen Schock bedeutete (der ihn freilich schon am gleichen Tage nicht hinderte, Mussolini zu empfangen, ohne dabei als Wrack zu wirken) – *krank* war er auch nachher nicht und wir müssen uns mit dem, was er tat oder unterließ – was er *wirklich* tat und was wirklich *er* tat – auseinandersetzen, ohne uns auf einen Dschungelpfad geheimnisvoller Vermutungen verirren zu dürfen.

1945: Deutsche Regierung – „nicht vorgesehen"

22. Februar 45

Der von Südpommern aus geplante Gegenstoß hat nicht durchgeschlagen und ist gleich wieder abgebrochen worden. Dafür ist eine Aktion am Gran-Brückenkopf gelungen – eine wichtige vorbereitende Aktion für die geplante Offensive in Ungarn.

Die Russen verstärken sich in der Gegend von Küstrin. Ihr Aufmarsch in Richtung Berlin ist unverkennbar. Hierher

wollen sie und hierher müssen sie auch. Darin kann auch eine Chance für uns liegen. Nichts würde sie härter treffen als ein Rückschlag vor dem so leidenschaftlich angestrebten Ziel.

Breslau ist seit einigen Tagen von den Russen eingeschlossen; es war zunächst gelungen, die Verbindung wieder herzustellen und der Ring um die Stadt ist noch nicht sehr stark; aber die Versorgung ist nur noch auf dem Luftwege möglich.

*

Das amerikanische INS-Büro bestätigt, was kürzlich schon ein Pariser Sprecher von sich gab: In Washingtoner Regierungskreisen werde zum Jalta-Kommuniqué, „um ihm die richtige Auslegung zu geben" betont, daß eine deutsche Regierung „nicht vorgesehen sei".

1965: Ein Berater des Präsidenten Roosevelt

24. Februar 65

In Washington starb 82jährig der amerikanische Bundesrichter Felix Frankfurter, über dessen Leben und politische Rolle die Londoner „Times" in einem ungewöhnlich umfangreichen, vierspaltigen Nachruf interessante Einzelheiten mitteilt. Als Abkömmling einer angesehenen Rabbiner-Familie in Wien geboren, kam Frankfurter erst als Zwölfjähriger in die Vereinigten Staaten – ohne damals ein Wort Englisch zu sprechen; bereits ein Jahrzehnt später zählte er zu den erfolgreichsten Jurastudenten der Harvard-Universität, wurde Sekretär Henry L. Stimsons, der 1911 zum ersten Mal Minister wurde (und bis in den Zweiten Weltkrieg immer wieder hohe Ämter in Washington bekleidete); dieserart fand Frankfurter schon in jungen Jahren Eingang in die führenden Kreise der Vereinigten Staaten. In den 20er Jahren befreundete er sich mit dem damaligen Gouverneur von New York Franklin D. Roosevelt, dessen Präsidentschaftsantritt Frankfurter endgültig das Tor zu beträchtlichem Einfluß öffnete. Er war der leitetende Kopf in Roosevelts „Gehirntrust" und im „New Deal". In jenen Jahren galt, wenn man der „Times" glauben will, eine Empfehlung Frankfurters geradezu als „Ausweis für einen amerikanischen Regierungsposten".

Allerdings ist auch ein Unterton von Ironie unverkennbar, mit dem das Blatt berichtet:

„Von seinen Gegnern wurde Frankfurter als ‚hidden hand' (also gewissermaßen als ein ‚Mann im Verborgenen') bezeichnet, der die Regierung beherrsche. Das geschah gar nicht so sehr im Verborgenen. Frankfurter war selbst geneigt, den Eindruck zu erwecken, daß er großen Einfluß ausübte, obwohl er sich niemals um ein Amt bewarb, zu dem er hätte gewählt werden müssen."

Diese Anekdoten wären für uns heute kaum bemerkenswert, wenn Frankfurter seinen Einfluß nicht zweifellos auch außenpolitisch und vor allem vor und im Zweiten Weltkrieg ausgeübt hätte. Der „Times"-Nachruf erwähnt das mit Nachdruck, wenn auch mit etwas verschobenem Akzent:

„Frankfurter war glühend pro-britisch eingestellt und war bekannt als sehr frühzeitiger Befürworter der amerikanischen Intervention an alliierter Seite."

Dazu ist zu sagen, daß nicht Roosevelt die Sache der Engländer aufgegriffen hat, sondern diese ins Fahrwasser der Politik eingeschwenkt sind, die im Weißen Haus gesteuert wurde – nicht ohne entschiedene Mitwirkung auch jenes Felix Frankfurter, der sich niemals um eine amerikanische Wählerstimme beworben hat!

1945: Dem Ende entgegen – nicht dem Frieden

25. Februar 45

Wir haben jetzt fast jeden Abend Vollalarm mit Angriffen von meist 60 bis 70 schnellen Kampfflugzeugen. Die Wirkung ist angesichts der Größe Berlins nicht dramatisch, aber doch fühlbar. Besonders unerfreulich sind die Sprengkörper mit Zeitzündern, die noch die ganze Nacht hindurch da und dort detonieren. Das haben sich die Engländer offensichtlich als Art Revanche gegen die V 2 ausgedacht, die weiterhin abgeschossen wird und gegen die bisher kein Abwehrmittel entwickelt werden konnte.

Gestern waren die Gauleiter beim Führer, zunächst zu einem gemeinsamen Essen im Kasino der Neuen Reichskanzlei; dann anderthalbstündige Rede im Kabinettssitzungssaal. Dr. Dietrich nahm daran teil, mich hat er zur anschließenden Lagebesprechung eingeteilt.

Nicht alle Gauleiter konnten kommen: nach Königsberg und Breslau wurden Grußbotschaften gesandt. Beide Städte sind bereits Kampfgebiet. Wie Dr. Dietrich mir sagte, hat der Führer nur wenig über die aktuelle Lage gesprochen; es ist auch schwierig, darüber irgend etwas auszusagen. Aus der Jalta-Situation hat er den Schluß gezogen, daß die Antwort auf die bedingungslose Vernichtungsabsicht nur bedingungsloser Widerstand sein kann. Er habe einen sehr festen Ton gefunden, ein Satz hat die Gauleiter sehr ergriffen: „Heute zittert gelegentlich meine Hand, vielleicht zittert auch einmal mein Kopf; aber mein Herz – das zittert nie!"

Bei allem harten Aufruf zum unerbittlichen Widerstand sind aber doch gelegentlich auch Anzeichen zu erkennen, daß der Führer sich innerlich auf ein düsteres Ende einstellt. In der Botschaft, die er gestern in München zum 25. Jahrestag der Verkündung des Parteiprogramms verlesen ließ, sind Dr. Dietrich einige Sätze aufgefallen. An einer Stelle erwähnt der Führer ganz gegen seine Gewohnheit sein privates Leben:

„Meine lieben Parteigenossen, ich habe in diesen Tagen in britischen Zeitungen gelesen, daß man die Absicht habe, meinen Berghof zu vernichten. Ich bedauere, daß dies nicht schon geschehen ist, denn was immer ich selbst mein eigen nenne, ist nicht mehr wert als das, was meinen Volksgenossen gehört. Ich werde glücklich sein, soweit es einem Menschen möglich ist, bis zum letzten alles mitzutragen, was auch andere zu tragen haben."

„Bis zum letzten ..."

An anderer Stelle: „Mein eigenes Leben hat nur den Wert, den es für die Nation besitzt." Und nochmals, in einen Widerstands-Satz, eingefügt: „Mit dem letzten Atemzug an Deutschland denkend. ..."

Nur wer wie Dr. Dietrich seit 14 Jahren nahezu jede Führerrede vor der Veröffentlichung durchgearbeitet hat, erkennt diese Nuancen als neu und ungewohnt.

Schon vor einigen Wochen habe ich das Buch gelesen, in dem ein Oberstleutnant Niemann – damals Flügeladjutant des Kaisers – über seine Erlebnisse und Gespräche mit Wilhelm II., während der letzten Monate 1918 berichtet, und ich habe Dr. Dietrich darauf hingewiesen. Der Kaiser war damals – wie heute der Führer – von der feindlichen Propaganda so sehr in den

Mittelpunkt ihrer Angriffe gestellt worden, daß die Frage des Waffenstillstandes unmittelbar mit der seines Verbleibens verknüpft war. Andererseits manifestierte sich die staatsrechtliche Existenz des Reiches von 1871 im wesentlichen in der Stellung des Kaisers (ein Umstand, der im November 1918 den Sozialdemokraten Ebert veranlaßte, zunächst an die Einsetzung eines Regentschaftsrates zu denken). Wilhelm II. konnte sich also gar nicht so einfach zurückziehen. Daß die „Lösung", die er schließlich wählte, kein Ausweg war, sondern die Monarchie moralisch erledigte, ist seither klar geworden. Aber die Frage, was er hätte tun können und sollen, um den Reichsinteressen besser zu dienen und vor der Geschichte günstiger abzuschneiden, ist mit diesem Urteil noch nicht entschieden. So wie sich die innerdeutschen Verhältnisse damals entwickelt hatten, konnte er vom Hauptquartier Spa aus kaum in die Heimat zurückkehren, um im Zeichen der Niederlage seinen Thron zu retten, der nicht mehr zu retten war. Er durfte sich natürlich auch nicht der angekündigten Siegerjustiz („Hang the Kaiser!") ausliefern – aber er würde im Gedächtnis der Welt besser bestehen, wenn er Thronverlust und Zusammenbruch nicht überlebt hätte.

Dr. Dietrich zweifelt nicht daran, daß der Führer – wenn unser Widerstand wirklich sinnlos werden würde – diesen Weg wählen wird. Er deutet an, daß das Zögern des Führers, Ende Oktober (als Goldap gefallen war) von der Wolfsschanze wegzugehen, wahrscheinlich von der Überlegung bestimmt war, die Anlage den Russen gegenüber zu verteidigen und dabei das Ende zu suchen*. Aber damals stand noch die Westoffensive bevor und sogar heute gibt es noch Widerstandsreserven, die es dem Mann an der Spitze nicht erlauben, für seine Person einfach „Schluß" zu sagen. Das alles wäre anders, wenn die Gegenseite etwa erklären würde: „Nur mit Adolf Hitler verhandeln wir nicht." Dann könnte er einen Nachfolger bestimmen oder eine andere Regierung einsetzen und dem Gegner mit seinem Tod die Verpflichtung zu einem Verhandlungsfrieden auferlegen. Aber angesichts der immer neuen absoluten Auslöschungsdrohungen der in diesem Punkt trotz aller sonstigen Differenzen immer wieder geschlossenen Feindfront, steht der Führer vor

* Vgl. Anmerkung Seite 167.

der schwer zu beantworteten Frage, ob und wann *er* aufgeben darf*. Daß er Berlin nicht zu verlassen beabsichtigt, hat er bereits kürzlich klargestellt, als er durch das Auswärtige Amt die akkreditierten Diplomaten (die sich der Luftbedrohung längst entzogen haben, auf Landsitzen untergebracht sind, aber nun noch weiter ausweichen wollen) ausdrücklich verständigen ließ, daß die Reichsregierung in der Reichshauptstadt bleibt.

*

Die Lagebesprechung verzögerte sich beträchtlich, nicht nur wegen der Gauleitertagung, sondern auch weil die Ost-Lage in einer vorangehenden Sonderbesprechung vorgetragen wurde, zu der auch Himmler gekommen war. Mit Rücksicht auf den bereits angebrochenen Abend wurde die „Lage" in den Bunker verlegt, wo angesichts der engen Verhältnisse das Mitverfolgen der Vorträge erschwert ist.

Im Westen hat der Amerikaner bereits vor zwei Tagen angegriffen, aber seine Verbände scheinen noch nicht ganz bereitgestellt zu sein; eine weitere Angriffsarmee führt er erst noch heran. Die Militärs fragen sich, warum er seinen Aufmarsch nicht abschließt und nicht besseres Wetter abwartet; bisher ist den Amerikanern jedenfalls ein durchgreifender Erfolg versagt geblieben. In der Tagesparole wurden die Redaktionen heute mittag aufgefordert,

---

* Drei Wochen vorher – am 6. Februar 45 – hatte Hitler zu Bormann geäußert (a. a. O. Seite 39f.):

„Der Vernichtungswille, der diese Jagdhunde in der Verfolgung ihrer Beute antreibt, läßt uns keine Wahl. Er weist uns den Weg, den einzigen, der uns offen bleibt. Wir müssen den Kampf mit dem Mut der Verzweiflung fortsetzen, ohne auch nur einen Augenblick über die Schulter zu blicken; die Augen auf den Feind gerichtet, müssen wir Schritt um Schritt unser Heimatland verteidigen. Solange wir den Kampf fortsetzen, gibt es immer noch Hoffnung und das allein schon sollte uns den Gedanken verbieten, daß bereits alles verloren sei. Kein Spiel ist verloren, bevor der Schlußpfiff ertönt. Und wenn trotz allem das Schicksal beschlossen hätte, daß wir im Laufe unserer Geschichte noch ein weiteres Mal von einer Übermacht niedergeschlagen werden, dann wollen wir erhobenen Hauptes untergehen in der sicheren Gewißheit, daß die Ehre des deutschen Volkes ohne Makel geblieben ist. Auch ein hoffnungsloser Kampf kann für alle Zeiten ein leuchtendes Beispiel bleiben. Erinnern wir uns an Leonidas und seine dreihundert Spartaner. ..."

„die Bedeutung der weitgesteckten Ziele der amerikanischen Offensive im Westen in den Überschriften zum OKW-Bericht und in den militärischen Kommentaren zu unterstreichen."

Die Belästigung des innerdeutschen Verkehrs durch feindliche Tiefflieger wird immer ärgerlicher. Ein Offizier, der gestern zur Lagebesprechung mit dem Wagen aus München kam, hat auf der Autobahn mehrere brennende Fahrzeuge angetroffen und mußte Verwundete bergen. Sein eigener Wagen wurde auch beschossen, aber es ging mit einem Reifenschaden ab. Die Mutter von Professor Giesler, der kürzlich hier war, ist zwischen Stuttgart und Ulm durch einen Tieffliegerangriff getötet worden.

*

In Ankara wurde eine Kriegserklärung an Deutschland und Japan im voraus beschlossen und bekanntgegeben – eine völkerrechtliche Neuigkeit, zu der in der Tagesparole gesagt wird:

„Der höchst bezeichnende Beschluß der türkischen Regierung, die am 23. Februar ankündigte, daß sie sich ab 1. März mit Deutschland und Japan im Kriege befinden will, gibt Anlaß zu kurzen Bemerkungen über die so friedensheuchelnde Feindkoalition, die die Völker ganz offenkundig gegen ihren Willen und gegen ihr Interesse zur Kriegsteilnahme zwingt. Es kann betont werden, daß der türkische Entschluß gegenwärtig nur geringe militärische Bedeutung besitzt und der Vorgang nur insoferne interessant ist, als er erneut bestätigt, wie die englisch-amerikanische Politik mit den kleinen Völkern umspringt."

Die türkische Kriegserklärung steht natürlich mit der Dardanellenfrage in Zusammenhang, aber auch mit der Organisation der „Vereinten Nationen", zu deren Gründungskonferenz in San Franzisko die bisher neutralen Länder nur zugelassen werden sollen, wenn sie vorher Deutschland den Krieg erklärt haben. Daher der Name „Friedensorganisation". ...

Soeben kommt noch die Nachricht, daß auch Ägypten uns den Krieg erklärt hat; dort haben Churchill und Roosevelt auf der Rückreise von Jalta Station gemacht und sind mit den wichtigsten arabischen Politikern, darunter auch mit König Faruk und König Ibn Saud zusammengetroffen. Über den Inhalt ihrer Gespräche wurde nichts mitgeteilt, aber es bedarf keiner Hellseherei, um zu wissen, daß die Frage der Errichtung

eines jüdischen Staatswesens in Palästina zur Diskussion stand und daß zumindest Roosevelt dafür ist, jeder Araber jedoch dagegen. Ob die Engländer wieder wie im Ersten Weltkrieg sowohl den Juden wie den Arabern Versprechungen gemacht haben?

1965: Ulbricht in Kairo

25. Februar 65

In Kairo wurde ausgerechnet Herr Ulbricht mit großem Pomp empfangen. Dieses für jeden Deutschen beleidigende Ereignis hat eine längere Vorgeschichte, in der unsere Bundesregierungen der letzten zehn Jahre nicht zum Besten abschneiden.

Schon Mitte der 50er Jahre, kurz nachdem er zur Macht gekommen war, sah sich Nasser in der Welt nach Hilfe für sein wichtiges Riesenprojekt des Assuan-Hochdammes um, der für Ägypten (das ja nur ein schmaler Streifen Landes neben dem Nil, sonst aber Wüste ist) eine neue Lebensgrundlage schaffen soll. Das Projekt ist sehr umfangreich, und die Amerikaner winkten ab. Auch in Bonn wurde angeklopft – es hätte nahegelegen, die beträchtlichen Sympathien, die die Deutschen in den arabischen Ländern genießen, zu nutzen und unsere in der ganzen Welt verzettelte Entwicklungshilfe am Nil zu konzentrieren; dann hätte der deutsche Einfluß nicht nur am Suez-Kanal, sondern im ganzen Ausstrahlungsraum Ägyptens be trächtliches Gewicht gewonnen.

Erst nachdem Nasser auch bei uns kein Gehör gefunden hatte, nahm er die ihm angebotene russische Hilfe an – und mit ihr unvermeidlich in gewissem Umfange auch russischen politischen Rat in europäischen Angelegenheiten. Dennoch hielt er sich den Ulbricht-Leuten gegenüber zurück, was man in Bonn freilich nicht honorierte, sondern mit einem geheimen Waffenlieferungs-Abkommen ausgerechnet mit Israel beantwortete. Als kürzlich die ersten Nachrichten darüber in der Presse erschienen, roch das Ganze nach einem dreisten in Moskau ausgeheckten Schwindelmanöver. Es ist kaum glaubhaft, aber leider wahr: die Bundesregierung hat sich durch *Waffen*lieferungen eifernd in ein Spannungsgebiet hineingedrängt, das im Laufe der letzten Jahrzehnte nur für die Engländer und Amerikaner ein Problem gewesen ist.

In einem Fernseh-Interview hat Nasser sich dazu und zu seiner provozierenden Besuchseinladung an Ulbricht sehr entschieden geäußert. Das Geheimabkommen zwischen dem früheren Bundeskanzler Adenauer und dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion sei – im Gegensatz zu ähnlichen Lieferungen anderer Staaten – eine „Geschenkaktion“ und umfasse sogar schwere Waffen, Panzer und Flugzeuge, die nur dazu bestimmt seien, „uns zu töten“. Im übrigen habe Ben Gurion „nicht weniger Araber umgebracht als Hitler Juden“. Herausfordernd fügte Nasser hinzu: „Wenn wir Ulbricht eingeladen haben, so haben wir damit noch lange keine Deutschen getötet.“

Mit diesem Argument greift Nasser allerdings daneben – wer diesen aus Moskau entsandten Statthalter einer fremden Macht auf deutschem Boden hofiert, spuckt uns nicht nur ins Gesicht, sondern er wirkt auch an der Tötung von Deutschen mit, und zwar mitten im Frieden.

1945: „Stalin – der Zar Europas“

28. Februar 45

Im Westen ist die Schlacht nun voll entbrannt. Sowohl die Amerikaner wie die Engländer haben alles eingesetzt und haben örtliche Einbrüche erzielt; im ganzen aber sprechen die Militärs von einem „Abwehrerfolg“.

In Berlin hatten wir vorgestern wieder einen schweren Tagesangriff, der aber nicht so konzentriert war und das Regierungs- und Zeitungsviertel weniger berührte. Die Londoner Erklärungen behaupten, Berlin sei jetzt die schwerst bombardierte Stadt; Köln rangiere an zweiter Stelle*.

---

* Hans Rumpf veröffentlicht in seinem bereits erwähnten Werk „Das war der Bombenkrieg“ mehrere Statistiken über die meistbombardierten deutschen Städte. Danach ergeben sich folgende Zahlen:

	Trümmermenge in 1000 cbm	Zerstörte Wohnungen insgesamt	Todesopfer
1. Berlin	55000	556500	49000
2. Hamburg	35800	295650	55000
3. Köln	24100	176000	20000

Die Gesamtzahl der zivilen Luftkriegstoten im Reichsgebiet schätzt Rumpf auf 570000, die der Verwundeten auf 885000; nicht erfaßt hat er dabei die Verluste anderer nicht kampfbeteiligter Bevölkerungsgruppen wie Polizei, Luftschutzhilfsdienste, Ausländer und Kriegsgefangene.

Deutsche Kohlentransportzüge nach Norditalien sind von den Schweizer Behörden angehalten worden. Der Sache wird auf diplomatischem Wege nachgegangen. Die allgemeine Kehrtwendung der bisher Neutralen zur Siegerseite ist eine Erfahrung, die im Herbst 1918 schon das kaiserliche Deutschland gemacht hat.

*

Aus Bukarest werden bemerkenswerte, aber kaum überraschende Ereignisse berichtet. Vor vier Tagen – am vergangenen Samstag – gab es dort unter den Augen der sowjetischen Besatzungssoldaten Zusammenrottungen vor dem königlichen Palast und vor dem Innenministerium. Die Demonstranten waren sogar bewaffnet und durften einige Schüsse abgeben. Der Ministerpräsident, ein General Radescu, beklagte sich kurz darauf in einer Rundfunkrede, die vermutlich seine letzte sein wird. Er teilte mit, daß ein Schuß durchs Fenster neben seinem Schreibtisch eingeschlagen und ihn verletzt habe. In offenkundiger Verkennung der Situation, in der sich Rumänien befindet, schimpfte Radescu am Radio los, zwar sicher zutreffend, aber für seine Regierung selbstmörderisch:

„Eine Hand voll Personen, die vom Volk die ‚Leute ohne Gott und Nation‘ genannt werden, versucht durch Terror und zahlreiche kriminelle Untaten die Macht an sich zu reißen. Sie tun das unter der Maske der Demokratie."

Als Organisatorin nannte Radescu eine nicht unbekannte Kommunistin, Anna Pauker; das wird dem General Radescu kaum gut bekommen. Inzwischen hat sich bereits Radio Moskau gemeldet mit lebhaften Angriffen auf die „Bukarester Reaktionäre". In der Tagesparole sprechen wir die Vorgänge natürlich recht lebhaft an:

„Die Ereignisse in Rumänien, über die bezeichnender Weise fast nur Moskauer Meldungen vorliegen, verdienen sorgfältige Aufmerksamkeit als Schulbeispiel für die immer gleichbleibende bolschewistische Taktik. Besonders bezeichnend ist, daß der Sprachgebrauch der bolschewistischen Presse von Radescu und Maniu – also den Männern, die Rumänien seinerzeit an die Sowjets verraten haben – bereits als von ‚Mördern‘ und ‚Faschisten‘ gesprochen wird. Die Tage des Kerenski-Daseins dieser Leute sind sichtbar bereits gezählt."

In London hat die Unterhaus-Debatte über die Jalta-Konferenz begonnen und die ersten Redeblüten gezeitigt. Der Labour-Abgeordnete Beveridge findet, daß die Abtrennung Ostpreußens von Deutschland ein „Akt der Gerechtigkeit" sei und zur Atlantik-Charta keineswegs in Widerspruch stehe.

Churchill verkündete: „Dunkel wäre es um das Schicksal der Menschheit bestellt, wenn es zu einem Zwiespalt zwischen den westlichen Demokratien und den Russen kommen würde." Er forderte das Unterhaus zur Annahme einer Entschließung auf, die das Jalta-Kommuniqué billigt und die Hoffnung ausspricht, daß die „Einheit der Aktion" zwischen den drei Mächten nicht nur zur „Vernichtung des gemeinsamen Feindes" führen, sondern auch später „in Frieden und Krieg" aufrechterhalten bleiben möge.

Das zusammenfassende Stichwort zu den Themen des heutigen Tages hat die englische Zeitschrift „New Leader" formuliert. Ihrem Artikel, der Betrachtungen darüber anstellt, daß die Sowjets nun dabei seien, sich mit Hilfe Englands und Amerikas ein europäisches „Dominion" zu schaffen, gab der Redakteur die Überschrift: „Stalin – der Zar Europas".

Kampfabstimmung in London

1. März 45

Im britischen Unterhaus kam es doch noch zu einem Zwischenfall. Ein Abgeordneter Petherick hat es gewagt, zum Jalta-Kommuniqué einen anderen Entschließungsentwurf einzubringen, als den von Churchill gewünschten. Der Text des Mr. Petherick erklärt, Großbritannien habe „zur Verteidigung Polens" die Waffen ergriffen, und sein Hauptanliegen sei es gewesen, „die Herrschaft einer großen Nation über ihre schwächeren Nachbarn zu verhindern". Das Unterhaus solle deshalb jetzt sein Bedauern darüber ausdrücken, daß „Gebiete eines Bundesgenossen nun einer anderen Macht übertragen" würden, und zwar „im Gegensatz zur Atlantik-Charta". Ferner sei zu bedauern, daß es der britischen Regierung nicht gelungen ist, „den von der deutschen Herrschaft befreiten Ländern das Recht zu sichern, ihre Regierungsform ohne Einfluß von seiten anderer Mächte frei zu wählen".

Die Antwort des Außenministers Eden war schwach, aber historisch zutreffend, da ja England in der Tat keineswegs für Polen in den Krieg gegangen ist:

„Ich war damals nicht Mitglied der Regierung, aber ich habe mich bei Leuten erkundigt, die es gewesen sind und sie gaben sich alle Mühe, mir und dem Parlament genau zu sagen, wie damals die Lage war. Sie machten völlig klar, daß die damaligen Maßnahmen (die Garantie Polens) nur gegenüber Deutschland anwendbar waren."

Man schritt eilig zur Abstimmung. Der Antrag des Mr. Petherick wurde von 25 Abgeordneten gebilligt; 396 Mitglieder stimmten dagegen. Die Regierungsmehrheit wurde mit 371 Stimmen registriert – ein letzter Akt des britischen Polen-Spektakels, der im April 1939 begann.

1965: Der Fall Hess im Unterhaus

2. März 65

Im britischen Unterhaus hat der konservative Abgeordnete Jenkins eine Anfrage über Spandau eingebracht. Darüber berichtet heute die „Süddeutsche Zeitung":

„Die britische Regierung erklärte ihre Bereitschaft, einen ‚menschlichen Standpunkt' einzunehmen, um zusammen mit den anderen drei Mächten Hafterleichterungen für die drei Häftlinge im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis zu erreichen. Der Staatsminister im Foreign Office, Thomson, wies in der Beantwortung parlamentarischer Anfragen aber darauf hin, daß jede Änderung nur in Übereinstimmung mit den Sowjets, den Franzosen und den Amerikanern erfolgen könne. Zur Zeit gebe es noch keine Grundlage für eine Einigung über diese Punkte. Die Regierung wurde von mehreren Abgeordneten gedrängt, Hafterleichterungen für den ehemaligen stellvertretenden ‚Führer' Rudolf Hess, den früheren Reichsjugendführer Schirach und Albert Speer anzustreben. Thompson bestritt, daß Hess in einem sehr schlechten physischen und geistigen Gesundheitszustand sei. Er erhalte sorgfältige medizinische Pflege. Wie in London verlautet, haben die Westmächte in den letzten Jahren mehrfach Vorstöße gemacht, um Änderungen in Spandau durchzusetzen. Diese Vorstöße sind aber am sowjetischen Widerstand gescheitert."

Wenn es im Bundestag einen Abgeordneten gäbe, der wenigstens wie der konservative Abgeordnete Jenkins im britischen Unterhaus eine Anfrage an die Regierung richten würde, so

müßte sie etwa wie folgt lauten: „Namens der britischen Regierung wurde am 1. März 1965 im Unterhaus festgestellt, daß über die Haftbedingungen und die etwaige Entlassung der drei im Spandauer Gefängnis inhaftierten Kriegsverurteilten Hess, Speer und Schirach nur durch Viermächte-Beschluß Maßnahmen getroffen werden können. Hat die Bundesregierung durch ihre Botschafter in Moskau, Washington, London und Paris Schritte unternommen, um einen Beschluß zur Auflösung des Spandauer Gefängnisses und zur Freilassung der dort Inhaftierten anzuregen und welche Antworten hat sie von den einzelnen Regierungen erhalten? Falls ein solcher Schritt bei den vier Gewahrsamsmächten noch nicht unternommen worden ist, wann gedenkt die Bundesregierung diese offenkundig erforderliche Initiative zu ergreifen?"

Natürlich tut keine der beteiligten Regierungen etwas, solange Bonn schweigt.

*

Nicht ohne Reiz ist der Kommentar, den Bernard Levin, ein vermutlich jüdischer Journalist, in der Londoner „Daily Mail" zur Sache schreibt:

„Es ist an der Zeit zu sagen, daß zwanzig Jahre sorgfältig regulierter Tortur, wie Einzelhaft sie bedeutet, genug ist und beendet werden könnte. Und daß die drei Nationen, die dazu bereit sind – nämlich England, Frankreich und die Vereinigten Staaten – das unverzüglich tun sollten. Wenn die vierte beteiligte Regierung, die sowjetische, ihre Zustimmung versagt, dann sei sie eingeladen, deshalb den Dritten Weltkrieg zu beginnen.

Da die vier Mächte in monatlichem Wechsel die Wachen stellen, ergibt sich kein Problem, die erforderliche Ankündigung in einem der Monate vorzunehmen, in denen die Westmächte in Spandau die Verantwortung haben. Auch falls Kossygin wirklich beunruhigt wäre, müßte der Gedanke an einen Dritten Weltkrieg kaum für bare Münze genommen werden. Unser Foreign Office würde zweifellos eine annehmbare wohlklingende Erklärung finden können."

1945: Moskau – Mittelpunkt des Geschehens?

2. März 45

Präsident Roosevelt hat vor dem amerikanischen Kongreß eine Rede über Jalta gehalten. Er hat das im Sitzen getan – und

das fiel auf –, aber daß er überhaupt gesprochen hat, wird von den Washingtoner Korrespondenten als eine „sichtbare Widerlegung der geflüsterten Gerüchte“ hervorgehoben, wonach die 20000 Kilometer lange Reise zur Krim und zurück „die Gesundheit des Präsidenten geschwächt“ hätte. Die Rede selbst enthält nach den bisher vorliegenden Auszügen nichts Neues; in der Tagesparole wird kurz und scharf dazu gesagt:

„Der politische Falschspieler Roosevelt, der in Jalta in Wirklichkeit die europäischen Völker an den Bolschewismus verkauft hat, gaukelte dem Kongreß ein Trugbild vor, in dem der Bolschewismus als eine tragende Säule des Weltfriedens auftritt.“*

*

---

* Nach Roosevelts Rückkehr aus Jalta hatte Hitler (am 24. Februar 45) zu Bormann geäußert (a. a. O. Seite 87ff.):

„Dieser Krieg mit Amerika ist eine Trägodie. Er ist unlogisch und es fehlt ihm jegliche reale Begründung.

Es ist einer der seltsamen Zufälle der Weltgeschichte, daß genau in dem Augenblick, in dem ich in Deutschland zur Macht kam, Roosevelt ... in den Vereinigten Staaten das Kommando übernahm. ...

Deutschland erwartet nichts von den Vereinigten Staaten und diese haben von Deutschland nichts zu fürchten. Alles verbindet sich, um die Möglichkeit friedlicher Koexistenz zu gewährleisten, jeder in seinem Lande und beide in perfekter Harmonie. ... Amerikanische Angelegenheiten sind nicht unsere Sache und es wäre mir ganz gleichgültig, was drüben geschieht, wenn nicht ihr Verhalten direkte Rückwirkungen auf unser Schicksal haben würde und auf das Europas.

Die Tatsache, daß weder wir noch die Amerikaner koloniale Politik treiben, ist ein weiteres Charakteristikum, das uns einigen sollte. Die Deutschen haben nie ernstlich einen imperialistischen Drang verspürt; ich betrachte die Bemühungen, die zu Ende des 19. Jahrhunderts unternommen wurden, als ein Zufallsereignis in unserer Geschichte. Unsere Niederlage im Jahre 1918 hat wenigstens die eine glückliche Folge gehabt, daß sie uns gehindert hat, einen Kurs weiter zu verfolgen, zu dem wir uns törichterweise durch das Beispiel der Franzosen und Engländer verleiten ließen und aus Neid auf einen Erfolg, den als rein vorübergehend zu erkennen diese selbst nicht klug genug gewesen sind.

Es kommt auf das Konto des Dritten Reiches, daß wir ohne jegliche Sehnsucht auf eine Vergangenheit zurückblickten, die wir ad acta gelegt haben; im Gegensatz dazu haben wir unser Augenmerk entschlossen und mutig der Zukunft zugewandt, der Schaffung großer gleichgearteter Einheiten und einer umfassenden Kontinentalpolitik. Diese Zielsetzung stimmt genau mit der traditionellen amerikanischen Politik überein, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Kontinente einzumischen und den anderen die Einmischung in die Neue Welt zu verbieten.“

Nach mehrwöchigem Tauziehen durfte der junge König Peter nun einen „Regentschaftsrat“ für Belgrad ernennen. Er hatte das im Januar schon einmal getan, aber die von ihm damals benannten Personen – darunter der Putschist von 1941, General Simowitsch – waren von Tito abgelehnt worden. Jetzt durfte Peter aus vier Namen, die man ihm zur Wahl stellte, drei heraussuchen. Eine wahrhaft königliche Entscheidung!

In Bukarest ist unterdes mit einem Sonderflugzeug aus Moskau der frühere Ankläger in den bekannten Schauprozessen der 30er Jahre und nunmehrige Vizeaußenminister Wyschinsky eingetroffen; dieses Ereignis wurde von der „Prawda“ mit dem Kommentar versehen:

„Die Verhältnisse in Rumänien werden jetzt rasch geordnet, und sie werden mit harter Hand geordnet werden. Moskau wird keinerlei faschistisches Regime dort dulden, ebensowenig wie in irgendeinem anderen Lande Europas.“

Die Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet“, die die rumänische Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgt, berichtet, die Partei Manius habe verkündet, daß sie für die Verwirklichung des Programms von Jalta kämpfen wolle, das allen Völkern das Recht zusichere, ihre Regierungsform in Freiheit zu wählen. Im Gegensatz dazu erklären die rumänischen Kommunisten, daß die Beschlüsse von Jalta für die „reaktionäre Politik Radescus den Todesstoß“ bedeuten.

An welche der beiden Deutungen sich die sowjetische Besatzungsmacht in Rumänien hält – darüber dürfte nicht einmal in Schweden Zweifel herrschen.

*

Das Paktieren mit den Kommunisten gilt neuerdings auch in Asien als „Realpolitik“ und wird vermutlich dort ebenso wie in Osteuropa von den Amerikanern selbst ihren Verbündeten anempfohlen. General Tschiang Kai-schek, dessen Hauptstadt durch den wachsenden Druck der Amerikaner auf die japanischen Stellungen in Südostasien erst kürzlich vor dem feindlichen Vormarsch gerettet wurde, hat den chinesischen Kommunisten, die einen Teil des Landes beherrschen, das Angebot politischer Zusammenarbeit gemacht. Der General will eine „Nationalversammlung“ einberufen und hat die Aufhebung des

Verbots der Kommunistischen Partei angekündigt. Allerdings zeigt er durch einige einschränkende Bedingungen an, daß er nicht völlig den Kopf verloren hat. Er will mit den China-Kommunisten nur dann zusammenarbeiten, wenn diese ihre Streitkräfte der Zentralregierung unterordnen und auch ihren eigenen Behördenapparat auflösen. Damit diese Forderung nicht zu rauh klingt und um „keinerlei Furcht" bei den Kommunisten aufkommen zu lassen, ist Tschiang Kai-schek bereit, auf die kommunistischen Streitkräfte während der Dauer des Krieges selbst nicht einzuwirken, sondern sie „einem amerikanischen General" zu unterstellen. Diese Konstruktion ist etwas seltsam und hat wohl keine Aussicht akzeptiert zu werden – aber, nachdem Stalin den Präsidenten dirigiert, warum sollte nicht ein amerikanischer General freundliche Reden an kommunistische Streitkräfte halten dürfen – und für ihre Bewaffnung und für ihren Nachschub sorgen?

*

Die militärische Lage hat sich im Osten etwas beruhigt – aber im Westen ist bei Trier ein Loch entstanden, und es ist dem Gegner gelungen, mit Panzerspitzen bei Neuß an den Rhein vorzudringen.

Generaloberst Löhr ist nach Berlin gekommen; Grund für sein Hiersein ist der Einsatz von Teilen seiner Heeresgruppe bei dem beabsichtigten Angriff der 6. Panzerarmee im Raume des Plattensees mit dem Ziele der Wiedereroberung von Budapest.

In der gestrigen Lagebesprechung hat Großadmiral Dönitz ausführlich über den neu in Gang gekommenen U-Boot-Krieg vorgetragen. Dem Gegner ist es bis jetzt nicht gelungen, Mittel zur Feststellung unserer stets unter Wasser fahrenden „Schnorchel"-U-Boote zu entwickeln; allerdings ist es den jetzt eingesetzten umgebauten alten U-Booten wegen ihrer geringen Geschwindigkeit nur möglich, im Seegebiet um England zu operieren; würden wir noch die Biskaya-Häfen zur Verfügung haben, dann könnten wir in den Atlantik hinausfahren; mit den neuen U-Booten wird das auch von den uns noch verbliebenen Häfen aus möglich sein.

Heute trägt ein Marineoffizier über die Flüchtlings-Transportleistung aus Ostpreußen und Danzig vor und nennt die bisher

erreichte Zahl der über See abtransportierten Zivilisten mit 491000*.

---

* Die damaligen Leistungen der deutschen Kriegsmarine in der Rückführung von zivilen Flüchtlingen und verwundeten Wehrmachtsangehörigen aus den deutschen Ostgebieten bezeichnen ein bisher noch wenig beachtetes heroisches Kapitel der Seefahrts-Geschichte. Unter Heranziehung allen verfügbaren Schiffsraumes und unter harten Abwehrbedingungen wurden zwischen Januar und Mai 1945 von den ost- und westpreußischen Häfen aus über zwei Millionen Menschen auf dem Seeweg nach dem Westen abgefahren. Angesichts des Vordringens der Russen auf Elbing und Königsberg setzte der organisierte Flüchtlingsabtransport über See am 25. Januar ein. Die Stadt Königsberg wurde bis 9. April, ihr Hafen Pillau bis 25. April von deutschen Truppen gehalten. Bis zu diesem Tage waren von dort etwa 450000 Zivilflüchtlinge und 140000 Wehrmachtsverwundete abtransportiert worden. Ein weiterer ostpreußischer Brückenkopf bei Heiligenbeil und Balga wurde bis 28. März verteidigt. Von hier bewegten sich wochenlang Flüchtlingstrecks über das Eis des Frischen Haffs zur Frischen Nehrung über die sie (ebenso wie etwa weitere 200000 Flüchtlinge aus dem Königsberger Raum) im Fußmarsch den Brückenkopf im Weichseldelta erreichten, der bis zur Kapitulation am 9. Mai von deutschen Truppen gehalten wurde. Von hier aus war ein Fährverkehr zu der der Danziger Bucht vorgelagerten Halbinsel Hela eingerichtet, die neben und nach Pillau der Hauptstützpunkt der maritimen Rettungsaktion wurde. Auch Hela blieb – nach dem Verlust Gotenhafens und Danzigs – bis zum Kapitulationstag in deutscher Hand. Hier wurden noch um Mitternacht des 8/9. Mai 1945 die letzten Flüchtlingstransporte abgefertigt bevor auch dieser Stützpunkt entsprechend den Kapitulationsbedingungen den Russen übergeben werden mußte. Bekanntlich hatte Großadmiral Dönitz durch seine Bevollmächtigten in Reims vergeblich versucht, für die Seetransporte längere Fristen durchzusetzen. Immerhin gelang es, auch die mit den letzten Transporten Aufgenommenen trotz sowjetischer Störversuche nach Westen durchzubringen und am 9. und 10. Mai in Kiel und Flensburg an Land zu setzen. Im Verlauf der mehrmonatigen Aktion wurden insgesamt 9 größere deutsche Schiffe durch feindliche U-Boote und Bombenangriffe versenkt. Der erste und größte Verlust trat bereits in der Nacht vom 30. zum 31. Januar ein, als die „Wilhelm Gustloff" mit 5000 Menschen an Bord versenkt wurde; von ihnen konnten nur 900 gerettet werden. Insgesamt haben 14000 der zwei Millionen über See transportierten deutschen Flüchtlinge den Tod in den Wellen gefunden.

Bei der Beurteilung der damaligen Kampf- und Transportleistung der deutschen Kriegsmarine ist zu berücksichtigen, daß in den gleichen Monaten die Versorgung der Heeresgruppe Kurland zum Hafen Libau aufrechterhalten und von dort vier Divisionen und 75000 Verwundete abtransportiert wurden. Auch in Libau legten die letzten deutschen Schiffe noch in der Nacht des 8. zum 9. Mai 1945 zum Rückmarsch ab. (Diese Angaben stützen sich auf den Bericht von Cajus Bekker: „Ostsee – Deutsches Schicksal 1944/45", Oldenburg 1959. Bekker schreibt auf Seite 311 seines Buches

4. März 45

Nachdem der rumänische König naiverweise und natürlich vergeblich versucht hatte, eine neue Regierung durch den Prinzen Stirbej bilden zu lassen, ist er jetzt auf „Vordermann“ gegangen und hat den Kommunisten Groza mit der Regierungsbildung beauftragt; diesen Mann hat der bisherige Ministerpräsident Radescu in seiner kürzlichen Rundfunkrede als „Ungarn“ bezeichnet – das schlimmste Schimpfwort, das in Rumänien denkbar ist. Radescu hat sich inzwischen dadurch aus der Affäre gezogen, daß er zum britischen Repräsentanten geflüchtet ist und sich unter dessen Schutz gestellt hat.

Während uns kürzlich die Türkei im voraus den Krieg erklärte (aber bisher keine Anstalten trifft, etwa die von uns noch besetzten Inseln im Ägäischen Meer anzugreifen), hat nun die finnische Regierung wissen lassen, daß sie sich bereits seit dem 15. September vergangenen Jahres mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befinde.

Im Zirkus Stalin wird jede Art von Akrobatik gezeigt.

1965: Ilja Ehrenburgs Erinnerungen

6. März 65

Andächtig berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ von den Memoiren Ilja Ehrenburgs, und zwar von einem neuen Abschnitt, der kürzlich in einer Moskauer Zeitschrift veröffentlicht wurde. Daraus zeigt sich, daß dieser Mann die Stirn gehabt hat, als sowjetischer Zeitungskorrespondent am Nürnberger Prozeß teilzunehmen.

„Viele Wochen war er damals in Nürnberg, sah und hörte die Angeklagten. Heute erinnert er sich der Gerichtssitzungen wie eines ‚nicht enden wollenden Alptraums‘. Alles ist ihm noch gegenwärtig: Die Trümmer der Stadt (‚mein Gott, wie doch zerbombte Häuser einander ähneln!‘) das verlorene, irreale Leben der Nürnberger,

---

zusammenfassend: „Man darf wohl sagen, daß sich die Marine in diesem Krieg einen anderen und besseren ‚Abgang‘ verschaffte, als sie es 1918 tat.“) Ergänzend muß – ohne die beispiellose Leistung und Einsatzbereitschaft der Seeleute zu schmälern – hinzugefügt werden, daß an der Durchführung der riesigen Rettungsaktion auch zahlreiche zivile Organisationen mitgewirkt haben; es kam weder zu Hunger- noch zu Seuchenkatastrophen, was angesichts der Situation erstaunlich ist.

Zigarettenetuis mit der Aufschrift ‚Zum Andenken an das Internationale Tribunal' und die Fülle der ausländischen Journalisten und Juristen in der Hotelhalle. Es war kalt im Gericht, alle waren verschnupft, man aß zusammen in einer Speisehalle und war immer noch miteinander verbündet. ..."

Erst kürzlich hatte sich „Times Literary Supplement" mit Herrn Ehrenburg beschäftigt, der sich heute als gesitteter Schriftsteller darstellt und von seiner einstigen Funktion als literarischer Kriegshetzer nichts mehr wissen will. Der englische Kritiker ist nicht so vergeßlich, er nennt Ehrenburg einen „Morale-builder for Stalin", erinnert an ein Stalinwort, wonach Ehrenburg ihm „30 Divisionen wert" gewesen sei, und spricht kühl von „Ehrenburgs antideutscher Haßpropaganda". Daß er diese jetzt abzuleugnen versuche, sei der „schwache Punkt" der Ehrenburg-Memoiren. Die Wahrheit sei, daß noch in der letzten Kriegsphase Ehrenburgs Parolen: „Die Stunde der Rache hat geschlagen" und: „Deutschlands Städte brennen – ich bin glücklich" die russischen Truppen sehr ermutigt hätten, sich in Deutschland „wie wild" zu gebärden, Stalin selbst sei zum Schluß Mitte April 1945 noch gegen Ehrenburg eingeschritten und habe den Tiraden ein Ende gesetzt. Solche für den deutschen Leser zur Beurteilung des Ilja Ehrenburg nicht ganz unwichtigen Hinweise, fehlen in dem Bericht des Münchner Blattes. Statt dessen erfahren wir Ehrenburgs heutige Philosophie:

„Ehrenburg hat die von ihm angekündigte Studie über Stalin immer noch nicht geschrieben. Ein Satz in dieser Folge seiner Memoiren läßt vermuten, warum es ihm schwerfällt: ‚Der Faschismus hat dem unglücklichen Europa nicht nur zerstörte Städte und Millionen Tote gebracht, er hat auch das Bewußtsein der Überlebenden vergiftet.'"

Alles das hat der „Faschismus" bewirkt; Herr Ehrenburg war gänzlich unbeteiligt!

1945: Guderian über Sowjetpropaganda und Russengreuel

7. März 45

Vorgestern nachmittag bei der großen Lagebesprechung kam Dr. Dietrich mit dem Chef des Generalstabs ins Gespräch; ganz am Rande erwähnte Generaloberst Guderian Berichte, die er von jungen Offizieren über das unglaubliche Verhalten der

Sowjettruppen in den Ostgebieten erhalten hat. Dr. Dietrich hatte den spontanen Einfall, den Generaloberst zur Pressekonferenz einzuladen und diese Offiziere, die sich mit ein paar Mann aus dem Raum Posen bis zur Oderfront durchgeschlagen hatten, dazu mitzubringen. Guderian hat in seiner impulsiven Art zugesagt und ist gestern zu uns gekommen. Wir haben eine Sonderkonferenz improvisiert, zu der auch die Auslandsjournalisten eingeladen wurden. Das Erscheinen des Generalstabschefs gab der Veranstaltung Gewicht – und bot die einzige Chance, die internationale Mauer des Schweigens über die Sowjetpraxis zu durchbrechen.

Guderian hat sich nicht darauf beschränkt, die beiden Leutnants vorzustellen, sondern er hat auch interessante grundsätzliche Bemerkungen über die sowjetische Truppen-Propaganda vorgetragen; er hält die Berichte über Ausschreitungen der Sowjetsoldaten in den von ihnen besetzten deutschen Gebieten *nicht* für „zusammenhanglose Vorkommnisse, wie sie sich im Kriege immer einmal ereignen"; es seien vielmehr folgende Tatsachen offenkundig:

„1. Durch eine mit Systematik betriebene Propaganda sind die in der Sowjetarmee vereinigten östlichen Völker planmäßig auf den Zeitpunkt vorbereitet worden, an dem es den Bolschewisten gelingen würde, in Deutschland vorzudringen. Für diesen Augenblick ist durch die gemeinsten Lügen und Verdrehungen in den Angehörigen der sowjetischen Wehrmacht ein solcher Vernichtungsrausch erzeugt worden, daß es bei der ersten Berührung mit wehrlosen deutschen Menschen zu den furchtbaren Greueln kommen mußte, die sich tatsächlich dann ereignet haben. 2. Neben dieser Vorbereitung wurden den Angehörigen der Roten Armee bei Beginn der Winteroffensive in den Befehlen ihrer Kommissare und Kommandeure ganz klar Plünderungs- und Mordanweisungen erteilt."

Als Beweis dafür zitierte Generaloberst Guderian den Text eines Tagesbefehls, den der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussischen Front, Shukow, zu Beginn der Januar-Offensive an seine Truppen erlassen hat; Guderian sagte dazu:

„Dieser Befehl beginnt bereits mit der Formel, es gelte jetzt, ‚dem faschistischen Tier in seiner eigenen Höhle den Garaus zu machen'. Shukow fährt fort: ‚die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist unser Haß! Wir werden uns grausam rächen für alles.' Mit Ausdrücken wie

‚faschistisches Getier', ‚Hitlersche Menschenfresser' und ähnliches schiebt dann der Marschall der Sowjetunion die Schuld an den Opfern, die der Welteroberungsplan des Bolschewismus den Völkern Rußlands bisher kostete, dem deutschen Volk zu und droht ihm eine vielfache Vergeltung, d. h. also praktisch die Ausrottung unseres 90 Millionen-Volkes an.

Was die sowjetische Soldateska an Morden, Quälereien, Vergewaltigungen und Plünderungen jetzt im deutschen Osten begeht, entspricht dem Geist dieses Befehls."

Natürlich hat sich der sowjetische General diese Ausdrücke nicht selbst ausgedacht, sondern sie von oben her diktiert bekommen; sie entstammen offenkundig der dichterischen Phantasie des uns sattsam bekannten Ilja Ehrenburg.

Zur militärischen Lage spricht Guderian noch einige Sätze:

„Leidenschaftlich arbeiten wir dem Zeitraum entgegen, an dem wir von der Abwehr wieder zum Angriff an der Ostfront übergehen können. Wir verlieren inzwischen die Nerven nicht, auch wenn die Belastungen noch so schwer erscheinen, weil wir von einer tiefen Gläubigkeit durchdrungen sind, daß es uns gelingen wird, die geschichtliche Wende dieses Kampfes, von der der Führer gesprochen hat, zu erzwingen."

Die zwei von Guderian vorgestellten jungen Offiziere, beide von der Fahnenjunkerschule 5, Posen, berichteten dann über ihre Erlebnisse während ihres Rückmarsches von Posen bis zu den deutschen Linien an der Oder. Es handelt sich um den aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen Ritterkreuzträger Leutnant Fritz Ingenberg aus Hamm und um den Leutnant Günter Neumann aus Berlin. Beide führten eine Gruppe von 16 Mann, die im Kampfraum Posen abgesprengt worden war.

Über das, was sie von der sowjetischen Besetzung gesehen und über sie gehört haben, berichten die beiden zusammengefaßt: Zuerst kommen die Panzerspitzen und Kampfeinheiten der ersten Linien, deren Gefechtsaufträge ihnen nicht die Zeit und Möglichkeit lassen, sich mit der Zivilbevölkerung näher zu befassen, die aber dafür in vielen Fällen die Trecks der Flüchtlinge rücksichtslos überwalzen. Dann rücken die Nachschubtruppen ein: zunächst werden die Schmucksachen geraubt; dann beginnt die Suche nach Spirituosen, und zum Schluß wird alles übrige zerschlagen. Die Frauen werden in der Regel in einen Raum gezerrt und dort von sämtlichen Rotarmisten ver-

gewaltigt. Wenn am nächsten Tag eine neue Nachschubkolonne eintrifft, beginnt diese Tragödie von neuem. ...

Die Offiziere haben auch bereits davon gehört, daß die Sowjets Kolonnen arbeitsfähiger deutscher Männer zusammenstellen und nach Osten in Marsch setzen.

Auf den Gesichtern der paar neutralen Journalisten, die noch in Berlin sind, ist trotzige Entschlossenheit zu lesen, kein Wort von dem zu glauben, was Guderian und die beiden Offiziere berichtet haben.

*

Die Angriffsoperation in Südungarn, zu der die 6. Panzer-Armee unter Sepp Dietrich in wochenlangen Transporten vom Westen her überführt worden ist, hat gestern früh begonnen. Wesentliche Meldungen liegen noch nicht vor.

Bei Lauban in Schlesien gelang es, eine sowjetische Panzergruppe einzukesseln.

Remagen

8. März 45

Ein kaum glaublicher Vorgang wurde heute in der Lagebesprechung erörtert: Bei Remagen ist es einer vorgeprellten amerikanischen Panzergruppe gelungen, die dortige Rheinbrücke unzerstört in Besitz zu nehmen und kampflos einen Brückenkopf auf dem rechtsrheinischen Ufer zu bilden. Es wird dazu berichtet, auf der Brücke hätten sich Flüchtlingskolonnen bewegt, in die eingeschleust amerikanische Panzer vorgedrungen seien. Der Führer glaubt das nicht und ist überzeugt, daß ein Versagen der dort verantwortlichen Offiziere vorliegt. Eine Untersuchung wird befohlen, und der Führer will auch ein fliegendes Standgericht einsezten, das solchen Auflösungserscheinungen radikal entgegenwirken soll. Zwei seiner erbitterten Sätze habe ich notiert: „Jetzt helfen nur noch russische Methoden“ und: „Die deutschen Menschen werden ausgerottet, wenn wir diesen Krieg verlieren, da ist es schon besser, wenn wir einige von diesen Kreaturen ausrotten.“

Die Remagener Brücke soll jetzt noch nachträglich durch Kampfschwimmer gesprengt werden, gegen den von den Amerikanern gebildeten Brückenkopf ist ein Angriff angesetzt.

Aus Ungarn ergibt sich noch kein klares Bild über die Offensive der 6. Panzer-Armee, die zur Donau vorstoßen soll; ein Überraschungserfolg ist offenbar nicht gelungen.

Im Osten verstärkter russischer Druck auf Pommern, Danzig und Ostpreußen. Die Sowjets wollen sich vor ihrem Angriff auf Berlin zunächst die Flanken und den Rücken freikämpfen. Ohne diese Vorsichtsmaßregeln erscheint ihnen das Antreten auf die Reichshauptstadt zu riskant. Der Führer ist der Ansicht, daß wir von den uns verbliebenen Positionen östlich von Stettin aus weiter angreifen müssen, um auf diese Weise gegen den Sowjetstoß auf Berlin zu operieren.

„*Die Männerehre unserer Generation*“

10. März 45

Dr. Goebbels war in Lauban, das dieser Tage wieder freigekämpft worden ist und wo die Russen wie üblich gehaust haben. Der Minister hat auf dem Marktplatz improvisiert und eindrucksvoll gesprochen. Er appellierte an die „Männerehre unserer Generation“. Eine Generation, die sich nicht bereit fände, „dem Hilferuf von Millionen tödlich bedrohter und gequälter Volksgenossen des deutschen Ostens Gehör zu schenken und ihm Folge zu leisten, verdiente nichts anderes, als daß die angedrohte Vernichtung über sie hinwegschritte“. Das wurde unter dem Eindruck von Remagen gesagt und ist angesichts der jahrelangen Kampfleistung des deutschen Soldaten natürlich eine unhaltbare Formulierung. Dr. Dietrich identifiziert sich mit diesem Argument nicht und läßt in der Tagesparole, die auf diese Kundgebung hinweist, zurückhaltend sagen: „Es kommt vor allem darauf an, den kämpferischen Geist des Ereignisses *stimmungsmäßig* herauszustellen.“

Für die Auslandsjournalisten wird eine Frontfahrt in die wieder freigekämpften schlesischen Städte organisiert.

In der „Lage“ Diskussion über die Ablieferung der neuen Strahljäger (Me 262) der Luftwaffe; an die zweihundert Stück wurden kürzlich übernommen. Die Produktion ist zwar indirekt durch die Schwierigkeiten im Verkehrswesen usw. aber sonst durch den Luftkrieg noch nicht allzusehr gestört, da die Fabriken jetzt „im Berg unten“ arbeiten, wie Reichsmarschall Göring sich ausdrückt: beträchtliche Teile unserer wichtigsten

Rüstungsindustrie sind unter Tage, in Tunnels usw. verlagert worden, wo weder Bomben noch Alarme stören.

1965: Die „Verjährungsfrist für NS-Verbrechen"

10. März 65

In einer Evangelischen Akademie war kürzlich wieder einmal von der „Gefahr des Nationalismus" die Rede und ein Vortragender bemerkte sehr scharfsinnig, sie sei bei uns vor allem dadurch gegeben, daß die Bundesrepublik „wirtschaftlich ein Riese, politisch dagegen ein Zwerg" sei.

Wie zutreffend das beobachtet ist, spiegelt sich dieser Tage in einer wachsenden Diskussion über die Frage der „Verjährung von NS-Verbrechen".

Wie das Strafrecht jedes geordneten Staates kennt auch das der Bundesrepublik eine „Verjährung", d.h. einen Zeitpunkt, von dem an Straftatbestände nicht mehr verfolgt werden, wenn bis dahin nicht Anklage gegen einen Beschuldigten erhoben war. Die Regelung ist einleuchtend und überzeugend: die ordnungsmäße Aufklärung von weit zurückliegenden Vorgängen ist nach gewissen Fristen nicht mehr gewährleistet. Die längste Verjährungsfrist gilt für die Straftat „Mord", sie erstreckt sich über volle zwanzig Jahre. Jetzt, da am 8. Mai 1965 zwei Jahrzehnte seit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht vergangen sein werden und nach diesem Termin „NS-Verbrechen" nicht mehr begangen werden konnten (die Untaten, die dann stattfanden, interessieren nicht!), ergibt sich gewissermaßen automatisch ein „Absterben" der einschlägigen Justizbemühungen und damit ein zwar nicht sehr befriedigendes, aber doch immerhin ein Ende dieses düsteren Nachkriegskapitels. Von welchem Standpunkt auch immer man dieses Problem beurteilt: im Interesse der Bundesrepublik kann diese Automatik nur erwünscht sein.

Nun mehren sich die Stimmen, die eine Verlängerung oder gar Aufhebung dieser Verjährung fordern; ein kleingedruckter Bericht des Brüsseler Vertreters des „Münchner Merkur" (9. 3. 65) ist dazu aufschlußreich:

„Die deutsche Debatte über die Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen belastet das Ansehen der Bundesrepublik in Belgien weiterhin schwer. Es besteht hier kein Zweifel daran, daß eine große Zahl

Befehl Nr. 2

Oels, den 11. Februar 1945

Laut Befehl des Frontoberkommandos wird die gesamte männliche Bevölkerung deutscher Volks- oder Staatsangehörigkeit zum Arbeitsdienst mobilisiert.

Hierzu befehle ich:

1. Die gesamte männliche Bevölkerung — Deutsche und deutsche Staatsangehörige — im Alter von 17 bis 50 Jahren hat sich innerhalb 48 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls bei der Einberufungsstelle für die Stadt Oels [illegible] Straße zwecks Registrierung und gleichzeitiger Absendung zur Arbeit zu melden.

2. Alle Mobilisierten haben außer ihren Personalausweisen folgende Gegenstände mitzubringen: vollständige Winterkleidung und Schuhzeug, mindestens 2 Garnituren Unterwäsche, Bettzeug (Decke, Laken, Strohsack und Kopfkissen), persönliche Bedarfsartikel (Kochgeschirr, Eßbesteck usw.) sowie Verpflegung für mindestens 10—15 Tage.

3. Der Meldepflicht bei der Einberufungsstelle sind alle Deutschen und deutschen Staatsangehörigen männlichen Geschlechts der genannten Jahrgänge unterworfen.

Bei Nichtbefolgung dieses Befehls und nicht rechtzeitigem Erscheinen werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und dem Kriegsgericht übergeben.

Der Ortskommandant.

Faksimile eines sowjetrussischen Plakatanschlages

von Demonstrationen und Bittschriften gegen die Verjährungsfrist zu einer gezielten Aktion gehören, die wahrscheinlich über den Einfluß früherer belgischer KZ-Häftlinge eingeleitet worden ist. Diplomatische Kreise warnen davor diese Vorgänge leicht zu nehmen. Sie halten es deshalb auch für unangebracht, die Erklärung des früheren belgischen Ministerpräsidenten Huymans zu bagatellisieren. Huymans hatte am Wochenende behauptet, die Schuldigen an Nazi-Verbrechen säßen in Bonn in führenden Stellungen – unter den an der Judenermordung mitschuldigen Persönlichkeiten nannte er zum Erstaunen der belgischen Öffentlichkeit auch Adenauer und Erhard."

Diese dreiste Polemik wäre natürlich nicht einmal die Telefongebühr wert, die der Korrespondent für das Gespräch von Brüssel nach München aufgewendet hat, würde es sich nicht in der Tat um eine „Aktion" handeln und würden sich diese „Aktionen", die wir seit 1945 gewohnt sind, für ihre Organisatoren nicht ernstlich lohnen.

Heute abend gab der frühere langjährige Bundesminister Strauß (der die geheimen Waffenlieferungen nach Israel organisiert hat) in einem Fernseh-Interview Zahlen bekannt, die in diesem Zusammenhang bemerkenswert sind: Als die Bundesregierung sich Anfang der 50er Jahre bereit fand, für die „Opfer des NS-Regimes" individuelle Wiedergutmachungsleistungen zu zahlen, wurde der Finanzbedarf auf 9 Milliarden Deutsche Mark geschätzt; inzwischen sind nach Strauß bereits 40 Milliarden aufgewendet worden! Man kann also ohne Übertreibung sagen, daß die pausenlose Verdächtigungsflut, die in der Welt immer noch gegen die Bundesrepublik gezielt wird, den Erpressern bares Geld bringt und unserem Staat bares Geld kostet.

1945: Heldengedenktag

11. März 45

Am heutigen Sonntag ist Heldengedenktag; diesmal sind es Millionen Männer, Frauen, ja Kinder, die in einer Prüfung stehen, wie die deutsche Geschichte sie in solchem Ausmaß noch nicht gekannt hat. Die früher gewohnten Feiern beschränken sich auf eine Kranzniederlegung an der Ruine des Ehrenmals Unter den Linden. Im Aufruf an die Wehrmacht, den der Führer gestern diktiert hat und der morgen in die Zeitungen kommt, heißt es:

„Wenn sich auch jetzt das Schicksal scheinbar gegen uns verschworen hat, so gibt es doch keinen Zweifel, daß mit Standhaftigkeit und Mut, mit Beharrlichkeit und Fanatismus diese Rückschläge wieder — wie so oft — überwunden werden. Es gibt keinen großen historischen Staat der Vergangenheit, der sich nicht in ähnlichen Lagen befunden hat: Rom im zweiten Krieg gegen die Karthager, Preußen im Siebenjährigen Krieg gegen Europa. Das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Es ist deshalb mein unabänderlicher Entschluß, und es muß unser allgemeiner unverrückbarer Wille sein, der Nachwelt kein schlechteres Beispiel zu geben, als es die Vorwelt uns gegenüber getan hat. ...

Wenn eine große Nation wie die deutsche mit einer fast 2000jährigen Vergangenheit sich niemals den Glauben an den Erfolg nehmen läßt, sondern fanatisch ihre Pflicht erfüllt, ganz gleich, ob gute oder schlechte Zeiten kommen, dann wird am Ende der allmächtige Herrgott seinen Segen nicht versagen."*

*

Wir haben inzwischen das Original eines „Befehls" übermittelt erhalten, den die sowjetischen Ortskommandanten in den besetzten deutschen Gebieten als Plakat zum Aushang bringen. Der Text ist vorgedruckt, Datum und Ort werden jeweils eingesetzt. Die Unterlage stammt vom 12. Februar aus der schlesischen Stadt Oels. Der „Befehl Nr. 2" mobilisiert die gesamte männliche Bevölkerung der Stadt im Alter von 17 bis 50 Jahren zwecks „Absendung zur Arbeit". Daß es sich nicht etwa um einen örtlichen Arbeitseinsatz handelt, sondern tatsächlich um dauernde Verschickung, zeigt die unter Punkt 2 des Befehls aufgeführte Liste von Gegenständen, die die Einberufenen mitzubringen haben. Es ist auch überaus bezeichnend, daß die Verschickten Verpflegung für mindestens 10–15 Tage mitzubringen haben – die bolschewistischen Sklavenhalter ersparen sich augenscheinlich die Mühe, selbst für die Verpflegung auf dem langen Marsch zu sorgen! In Punkt 3 wird ausdrücklich ‚nochmals wiederholt', daß alle Deutschen dieser

* Bormann notierte unter dem 25. Februar 45 als Äußerung Hitlers (a.a.O. Seite 95):

„Eines Tages wird die Ernte kommen und nichts in der Welt wird das verhindern können. Das deutsche Volk ist ein junges und starkes Volk, ein Volk, das seine Zukunft noch vor sich hat."

Deportation unterliegen, gleichviel, ob sie marsch- und arbeitsfähig sind oder nicht*.

1945/1965: „Zwischen Jalta und San Franzisko“

12. März 45

In einem Artikel der heute früh im „Völkischen Beobachter“ erscheint („Zwischen Jalta und San Franzisko“) versuche ich die Denkfehler in der Politik der Westmächte deutlich zu machen. Meine beiden Thesen sind: 1. Die Sowjetunion ist nicht nur „Rußland“, sondern ein System ohne nationale Begrenzung. 2. Lenins Wort, daß das Dasein der Sowjetunion neben Staaten mit anderer Struktur auf die Dauer nicht denkbar sei, ist stets der grundlegende Glaubenssatz der Moskauer Politik gewesen und geblieben.

Sie kann ihn gar nicht aufgeben, ohne ihre ideologische Basis zu zerstören. Meine Schlußfolgerung: nicht in San Franzisko, nicht am Konferenztisch einer internationalen Organisation, sondern auf den deutschen Schlachtfeldern entscheidet sich das europäische Schicksal.

12. März 65

Dem Journalisten pflegt, wie dem Mimen, die Nachwelt „keine Kränze zu flechten“. Seine Arbeit geschieht in der Eile des Tages und sehr im Gegensatz zum Geschichtsprofessor nimmt er Stellung ohne den Ausgang des Geschehens zu kennen. Er müßte fast ein Prophet sein, wenn seine schnell niedergeschriebenen Sätze nach langer Frist noch lesbar blieben.

Meine Verblüffung war beträchtlich, als mit einer heutigen Briefsendung mein Artikel „Zwischen Jalta und San Franzisko“ wieder eintraf – im Wiener „Expreß“ im vollen Wortlaut neu veröffentlicht. Dieses Blatt zitiert in einer Rubrik „Die letzten 30 Tage“ täglich aus den Nummern des Wiener „Völkischen Beobachters“, die vor der Besetzung Wiens durch die Russen vor zwanzig Jahren noch erschienen sind. Meinem Artikel hat man eine Sonderstellung eingeräumt und ihn ungekürzt übernommen; vielleicht hat ihn der Redakteur nicht genau genug gelesen, denn die Absicht dieser Publikation ist natürlich, den Verfasser als blindwütigen Fanatiker abzutun. Es ist richtig,

* Faksimilewiedergabe dieses Befehls siehe Bildtafel vor Seite 305.

daß meine Feder damals ziemlich spitz angesetzt war, aber vielleicht wird nicht jeder Leser des „Expreß" als ganz verfehlt beurteilen, was da geschrieben stand:

„Das politische Trugbild von einer künftigen Weltfriedensorganisation, das Roosevelt und Churchill nach der Jalta-Konferenz entworfen haben, hat unter manchen Völkern, die schönen Worten leichten Glauben schenken, einige geistige Verwirrung angerichtet. Die beiden Rattenfänger werden nicht müde, zu versichern, daß sie die Sowjetunion dafür gewonnen hätten, sich einem internationalen System anzuschließen und einen kommenden Weltfrieden zu garantieren. Wenn Moskau auf der für Ende April vorgesehenen Konferenz von San Franzisko sich der dort geplanten Organisation einfüge, brauche niemand mehr zu befürchten, daß das bolschewistische Rußland ein für andere Staaten gefährlicher Faktor bleibe.

Die Türken, die Ägypter, Ekuador und die anderen kleinen Schreier, die Deutschland den Krieg erklärten, um eine Einladung nach San Franzisko zu erhalten, glaubten aus den Roosevelt-Churchill-Tiraden auch noch den Wink herauslesen zu können, daß auf der bevorstehenden Konferenz durch rege Beteiligung von Stimmvieh eine Phalanx der Verteidigung gegenüber der Sowjetpolitik aufgebaut und diese dadurch auf friedliche Wege gedrängt werden könne. ...

Die Kreml-Machthaber, die heute gierig nach Europa greifen und triumphgebläht hoffen, morgen ihre Agenten in allen Kontinenten zum entscheidenden Schlag ansetzen zu können, werden mit einem Lächeln des Mephisto am Konferenztisch von San Franzisko Platz nehmen, wenn sie es nicht sogar vorziehen, unter einem der in Moskau üblichen brüsken Vorwände doch noch zu Hause zu bleiben. Jedenfalls wird Herr Molotow nicht wenig grinsen über die Bemühungen der Politiker von Brasilien, Island, Panama und anderer San-Franzisko-Größen, ihn mit schlauen Winkelzügen und feinen Paragraphenmaschen zu umgarnen. Sein Gähnen dürfte schon genügen, um jede der papierenen Schlingen zu zerreißen, die ein San-Franzisko-Statut um ihn legen könnte. Bekanntlich aber ist auch dieses unwahrscheinlich, da die Sowjets bei der sogenannten ‚Friedensorganisation' darauf bestehen, daß sie in jedem Falle selbst bestimmen können, ob sie Friedensstörer seien oder nicht. Es ist ein wahrhaft dreistes Spiel, das hier unter der Regie Roosevelts und Churchills über die Bühne geht!

Bei dem politischen Fahrplan unserer Feinde, in dem San Franzisko nur eine Zwischenstation ist und dessen Endpunkt Moskau heißt, ist freilich der Faktor nicht genannt, auf den es in Wirklichkeit ent-

scheidend ankommt. Dies ist der deutsche Widerstand. Er ist der einzige reale Wert, der dem Kreml im Wege steht."

Vor zwanzig Jahren schrieb ich das mehr in Verzweiflung als in Hoffnung, jedenfalls in Ungewißheit des Kommenden. Kann und darf, ja muß nicht mancher dieser Sätze heute wiederholt werden?

1945: Berlin wird gespenstisch

13. März 45

Diese Tage hat der Führer eine schon seit einiger Zeit beabsichtigte Unternehmung kurzerhand angesetzt: Er ließ sich mittags seinen Fahrer Kempka kommen und fuhr mit nur kleiner Begleitung Richtung Frankfurt an der Oder zu einem Divisionsgefechtsstand. Von uns ist niemand mitgekommen; nur ein Fotograf hat Platz gefunden. Er erzählt, daß unterwegs gelegentlich angehalten wurde, wo die Bevölkerung den Führer erkannte. Er unterhielt sich mit Soldaten, auch mit Frauen und Kindern, die sich um ihn drängten und nicht wenig erstaunt waren, ihn so überraschend vor sich zu sehen. Sein Nimbus ist nicht geringer geworden.

14. März 45

Seit drei Wochen wird Berlin allnächtlich durch einen britischen Störangriff alarmiert und ernstlich belästigt. Gestern abend zwischen 20 und 21 Uhr hat nun eine Mine das schöne von Schinkel erbaute Palais zerstört, in dem das Propaganda-Ministerium gegenüber der Alten Reichskanzlei untergebracht ist; die Ecke mit unseren Büros ist in eine wüste Trümmerstätte verwandelt.

Es war gerade der zwölfte Jahrestag der Gründung des Ministeriums. Der schwere Einschlag jenseits der Straße hat auch die bereits teilweise ausgebrannte Front der Alten Reichskanzlei so erschüttert, daß der freistehende Giebel mit dem Reichsadler im First spät abends mit gewaltigem Donnern herunterbrach. ...

Mein Weg zum kleinen Schlafraum, den ich bewohne, führt nachts durch die lange Marmorhalle der Neuen Reichskanzlei; die Schritte hallen, das suchende Licht der Taschenlampe geistert durch den Raum, der noch vor kurzem Macht und Glanz repräsentierte.

Die Berliner Szene beginnt gespenstisch zu werden.

15. März 45

Nachdem wir den Tag über stundenlang in den Trümmern unserer Büros gewühlt und einen Panzerschrank geborgen haben, brach gestern abend noch ein Brand in der Ruine dieses Ministeriums-Traktes aus. Dr. Goebbels kam, stand auf der Straße und sah wohl eine Stunde lang wortlos in die Flammen, die den Nachthimmel röteten.

*

Auch über den Lagebesprechungen, die früher oft lebhaft und stets interessant waren, breiten die Ereignisse düstere Schatten. Der Führer wird immer bitterer. Der Angriff in Ungarn ist liegengeblieben, er soll aber wieder in Fluß kommen. Der einzige Lichtblick ist die Schlacht bei Schwarzwasser, wo Schörner es tatsächlich erneut fertiggebracht hat, einen russischen Großangriff zum Stehen zu bringen. In Kurland das gleiche Bild. Dort halten wir, aber Pommern und Ostpreußen sind verloren.

Zwischen Ost und West

16. März 45

Für heute mittag um 13 Uhr hat Dr. Goebbels sich die Teilnehmer der Pressekonferenz in sein Haus an der Hermann-Göring-Straße bestellt; er sprach eine Stunde lang: wie stets intelligent, geschickt, auch mit persönlicher Wärme, aber ohne sachlich Neues zu sagen. Einen gewissen Schwerpunkt legte er darauf, daß nicht nur im Osten Greuel geschehen, sondern daß die Amerikaner sich nicht besser benehmen wie die Russen. Das will er in der Presse zum Ausdruck gebracht wissen; es scheint fast, als ob sein Presseempfang ein gewisses Gegengewicht zur kürzlichen Guderian-Konferenz, ja sogar zu seiner eigenen Lauban-Kundgebung sein sollte. Von jenseits des Rheins bekommen wir freilich fast nur zu hören, was London darüber meldet. Es ist wahrscheinlich, daß trotz aller auch dort wirkenden Haßpropaganda im Westen doch zivilisiertere Verhältnisse eintreten, als jenseits der Oder. Wenn der Minister aus politisch-propagandistischen Gründen kein „Gefühls-Gefälle“ in unseren Ansichten über Ost und West wünscht, so besteht

es doch sicher in der Auffassung des Durchschnitts-Deutschen, und wir haben nicht viele Argumente und gar kein Nachrichtenmaterial, um korrigierend zu wirken.

Im Hinblick auf die amerikanische Führungsgruppe hat der Minister in seinem Denkansatz sicher nicht unrecht. Der Morgenthau-Plan hat seinen Standort in Amerika; wer an Roosevelt denkt, dem kann Stalin fast sympathisch werden. Aber hinsichtlich der ausführenden Organe und der Soldaten, die unmittelbar in Erscheinung treten, gilt nicht das gleiche. Unser Volksinstinkt wird den Amerikanern und Engländern gegenüber unvermeidlich anders reagieren als gegenüber dem, was aus dem Osten auf uns zukommt.

18. März 45

Daß das Problem des „Haltens“ inzwischen nicht mehr nur ein rein militärisches, sondern auch ein moralisches geworden ist, zeigt sich am Ergebnis der Remagen-Untersuchung. Die Aufklärung des Sachverhaltes ist niederschmetternd. Es hat sich herausgestellt, daß die amerikanische Panzerspitze am 7. März nicht weniger als zwei Stunden vor der Brücke Halt gemacht hat, ohne sie zu betreten. Der amerikanische Offizier, der mit nur wenigen Panzern bis zur Brücke vorgedrungen war, hat offenbar einen Hinterhalt vermutet, jedenfalls rief er erst Verstärkung herbei, bevor er vorsichtig daran ging, die Brücke in Besitz zu nehmen und zu überqueren. In dieser ganzen Zeit hat der verantwortliche deutsche Offizier, der nicht weniger als 200 Mann bei sich hatte, nichts unternommen, um die Brücke zu sprengen, obwohl das technisch vorbereitet war. Die Amerikaner haben dann natürlich sofort mehrere Divisionen herübergeschleust und werden sich weitere Übersetzmöglichkeiten schaffen. Unsere späteren Bemühungen, die Brücke durch Luftangriffe, Treibminen usw. zu zerstören, sind allerdings nicht ergebnislos geblieben: Heute mittag kam eine Londoner Meldung, daß die Remagener Brücke eingestürzt ist; die amerikanischen Panzer aber sind schon herüben.

*

Das Auswärtige Amt hat in Stockholm einen Versuch unternommen, mit den dortigen alliierten Diplomaten Kontakt aufzunehmen. Durch eine Indiskretion, vermutlich von seiten der

sowjetischen Gesandtin Kollontay, ist die Geschichte in die Presse gekommen. Der Führer, der durch uns über diese Nachrichten unterrichtet ist, behandelt die Sache ironisch. Er hat sicherlich davon gewußt, aber es scheint, daß er ein negatives Ergebnis vorausgesagt hat und sich nun bestätigt findet. Die Londoner Zeitungen berichten, dem deutschen Emissär sei von der britischen Gesandtschaft in Stockholm knapp bedeutet worden, man interessiere sich „nicht im geringsten“ dafür, mit ihm in Verbindung zu treten. Das ist, wie Botschafter Hewel – der Verbindungsmann zum Auswärtigen Amt – versichert, eine unzutreffende Darstellung, aber doch wohl nur hinsichtlich der äußeren Form. In der Sache stimmt es: nicht nur die Engländer, auch die Amerikaner wünschen kein „Gespräch“.

In der Schweiz haben ebenfalls solche Fühlungnahmen stattgefunden. Obergruppenführer Wolff, der kürzlich hier war, hat darüber Andeutungen gemacht. Wie mir Dr. Dietrich sagt, geht die Meinung des Führers dahin, die Westmächte hätten sich derart festgelegt, daß sie mit deutschen Sendboten bestenfalls ein Katze- und Maus-Spiel treiben, sie dann mit Hohngelächter heimschicken und damit Stalin gegenüber „Bündnistreue“ demonstrieren. Es ist ziemlich einleuchtend: im derzeitigen Siegesrausch verzichten die Roosevelt und Churchill natürlich *nicht* auf völlige Unterwerfung, und um diese Forderung zu erfüllen, braucht man keine „Kontakte“.

Immerhin war das „Dementi“, das das Auswärtige Amt publizierte, sehr sorgfältig formuliert. Es bezog sich nur auf eine Falschmeldung, wonach der Feldmarschall Rundstedt im Westen Waffenniederlegung angeboten habe und erklärte, jedermann wisse, daß weder die Wehrmachtführung noch das deutsche Volk an *Kapitulation* denke. Diese Formulierung kennzeichnet den Kernpunkt: natürlich könnte über jede *andere* Kriegsbeendigung sofort verhandelt werden. Aber das gilt seit dem Tag des Kriegsbeginns 1939, und die Gegenseite hat sich dafür niemals interessiert.

1965: Die „zweite Welle der deutschen Umerziehung“?

18. März 65

Die letzten Tage der kaum noch überbietbaren „Verjährungs“-Propaganda drängen eine besorgte Reminiszenz auf:

Die Regierungen der Weimarer Republik sind politisch daran gescheitert, daß sie den ihnen zwangsläufig gestellten Auftrag, von der Versailler „Erfüllungs"- zu einer nationalen Interessenpolitik überzugehen, nicht erkannt und nicht erfüllt haben

Unvermeidlich steht die Bundesrepublik vor dem gleichen Problem, und derzeit lautet es dahin, ob wir unsere Justiz noch weiter in den Dienst offenkundig fremder Interessen stellen. Meine sehr drastischen Ansichten zu diesem Thema habe ich in einem schon vor einigen Monaten erschienenen umfangreichen Aufsatz über „Die zweite Welle der deutschen Umerziehung" dargelegt. Das Grundsätzliche daraus paßt zur heutigen Diskussion:

„Schon bei einfachen Vorgängen in der täglichen Gerichtspraxis ist es eine meist schwierige Aufgabe des Richters, den Sachverhalt so weitgehend zu durchschauen, daß sein Urteil als gerecht empfunden wird und dadurch überzeugt. Diese oft undeutliche Grenze zwischen der dem Richter bei aller Bemühung möglichen Objektivität zu nahezu unvermeidlichem Unrecht wird mit Gewißheit überschritten, wenn er gar nicht um der Gerechtigkeit willen tätig werden soll und ihm die Aufgabe auferlegt wird, nicht nur der Tat und dem Täter den Prozeß zu machen, sondern auf das Publikum zu wirken und die Denkrichtung der Öffentlichkeit zu beeinflussen, kurz wenn die Justiz eine politische oder gar eine propagandistische Funktion übernimmt.

Die Römer – gewiß die klarsten Denker in Rechtsangelegenheiten – haben (ähnlich den Griechen mit ihrem „Scherbengericht") einen zwar brutalen, aber für ihre Justiz rettenden Ausweg gefunden, wenn es ihren Machthabern darum ging, unerwünschte Gegnerschaft aus dem Wege zu räumen. Seit Sulla haben sie Proskriptionen erlassen, d. h. der Staat erklärte von sich aus eine Anzahl von Bürgern als geächtet und somit vogelfrei. Die Justiz hatte nichts damit zutun – sie blieb verschont von dem Auftrag, Leistungen zu vollbringen, bei denen es offenkundig nicht um Gerechtigkeit, sondern um Macht und Propaganda geht.

Auch in späteren Jahrhunderten scheuten die Regenten verschiedenster Couleur instinktiv davor zurück, die richterliche Autorität in Angelegenheiten zu verbrauchen, deren politisches Gewicht offenkundig war.

Vielleicht führt eine genauere Untersuchung zu einem noch weiter zurückliegenden Beispiel, aber ich glaube, es waren die Engländer, die erstmals einen regulären Prozeß zu politischen Zwecken veranstalten ließen. Als zu Beginn des 15. Jahrhunderts die in ihre Hand

geratene Jeanne d'Arc der Zauberei und Ketzerei angeklagt wurde, kam es ihnen nicht nur darauf an, diese leidenschaftliche zum Aufstand gegen die englische Fremdherrschaft aufrufende Französin durch Hinrichtung zu beseitigen, sie wollten auch ihren Ruf im breiten Volk ruinieren. In dieser Beziehung endete bekanntlich bereits dieser erste große politische Prozeß der europäischen Geschichte mit einem Fehlschlag. Der Nimbus der getöteten Johanna von Orleans hatte für die britische Stellung in Frankreich noch vernichtendere Wirkung als vorher der Ruf der lebenden und die kirchlichen Behörden wiederholten später – im Jahre 1456 – den Ketzereiprozeß mit dem Ergebnis, daß auf den gleichen Akten, wie 1431 das Todesurteil nunmehr ein Freispruch der Jeanne d'Arc gestützt wurde. Im Jahre 1920 hat man sie dann sogar noch heilig gesprochen!

Ein zwar nicht so dramatischer, wohl aber ähnlich drastischer Parallelfall ereignete sich in unserem Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg.

Als Deutschland im November 1918 besiegt war, wurde in London bekanntlich allen Ernstes beabsichtigt, den deutschen Kaiser als „Kriegsverbrecher" abzuurteilen. „Hang the Kaiser" war die Parole der britischen Liberalen im ersten Nachkriegswahlkampf. Nur die entschlossene Weigerung der niederländischen Regierung, sich an der Person Wilhelms II. zu vergreifen, verhinderte, daß das beabsichtigte Schauspiel in der bereits für den Kaiser-Prozeß vorgesehenen langen Halle des britischen Parlamentsgebäudes (in der schon 1649 das Todesurteil gegen den englischen König Karl I. gefällt worden war) wirklich zelebriert wurde. Es brauchten sich keine Lordrichter Perücken aufzusetzen, um in wohlgesetzten Worten einen Mord zu beschließen.

Die Umkehr dieser Phantasieszene erfolgte im Mai 1940: Damals lud die Regierung Churchill den in Doorn noch lebenden Kaiser offiziell ein, seinen Exilaufenthalt nach dem gleichen England zu verlegen, in dem man ihn zwanzig Jahre vorher als ‚Massenmörder' hängen wollte! So schnell ändern sich die Maßstäbe politischer Justiz!

Die Vorstellung, der Besiegte müsse im Wege justizieller Prozeduren zum Kriminellen erniedrigt werden, hat 1919 nicht nur bei der ‚Hang the Kaiser'-Propaganda Pate gestanden, der Versailler Vertrag sah die Auslieferung zahlreicher weiterer ‚Kriegsverbrecher' an die Alliierten vor. Nicht nur der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff, sondern auch eine Vielzahl ganz unbekannter Offiziere und Soldaten sollten von alliierten Gerichten abgeurteilt werden. Es ging dabei um Einzeltaten, die zum Teil nicht einfach frei erfunden, sondern tatsächlich geschehen und vielfach durchaus unerfreulich waren; Krieg und Kriegsleidenschaft sind nun einmal schlechte Lehr-

meister für menschliches Verhalten. Das Unerhörte an der Vorschrift des Friedensvertrages war dennoch auf den ersten Blick erkennbar. Es sollte sich um eine Justiz handeln, die nur *deutsche* Verfehlungen, nicht ähnliche Vorkommnisse von alliierter Seite zu ahnden hatte. So galt die warnungslose Versenkung von Passagierschiffen – mit ihren gewiß tragischen Folgen auch für Frauen und Kinder – als ‚Kriegsverbrechen'. Daß diese Versenkungspraxis zunächst durch die Bewaffnung dieser Zivilfahrzeuge veranlaßt wurde, davon war nicht die Rede!

Die Reichsregierungen der Weimarer Republik waren sich dieser Problematik bewußt, sie verschlossen sich nicht der Einsicht, daß ein U-Boot-Kommandant – auch wenn er eine auf den ersten Blick absolut unmenschliche Tat beging – dennoch kein Verbrecher war und daß die geforderte Strafverfolgung von politisch-propagandistischen Motiven und nicht vom Gedanken ‚gleiches Recht für alle' bestimmt war. Die Berliner Regierungen bemühten sich nach 1919 zwar bekanntlich um die peinliche Erfüllung aller Vorschriften des Versailler Diktates, aber die Artikel 227–230 durchzuführen, weigerten sie sich nachhaltig und schließlich erfolgreich: die Alliierten gaben in diesem Punkte nach.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde bereits die Vorgeschichte der – natürlich wiederum nur gegen die Besiegten gerichteten – alliierten ‚Kriegsverbrecher'-Verfolgung durch drei schon damals öffentlich bekannte Tatsachen charakterisiert:

Erstens: daß die britische Regierung Churchill den Bombenkrieg gegen die nichtkämpfende Zivilbevölkerung im feindlichen Heimatland begonnen hatte und dies gar nicht leugnete.

Zweitens: daß der amerikanische Präsident Roosevelt bereits im September 1941 – unter Bruch des damals noch bestehenden deutsch-amerikanischen Friedenszustandes – an die USA-Kriegsschiffe einen Schießbefehl gegen deutsche U-Boote erteilte, auch das ein dramatischer Verstoß gegen das bis dahin noch geltende Völkerrecht.

Drittens: daß die sowjetische Regierung die im Hersbt 1939 in ihre Hand gefallenen Offiziere der polnischen Armee durch eine vieltausendfache Genickschuß-Aktion hatte töten lassen.

Eine weitere, unter dem Gesichtspunkt der zu Beginn unseres Jahrhunderts international vereinbarten Kriegsführungsregeln unentschuldbare Tat: der warnungslose Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima trotz notifizierter Friedensbereitschaft der japanischen Regierung geschah am 6. August 1945, genau zwei Tage vor der Unterzeichnung des Londoner Abkommens über die Bestrafung deutscher und japanischer ‚Kriegsverbrecher'.

Angesichts dieser kristallklaren Sachverhalte konnte es niemals einen ernsthaften Zweifel darüber geben, daß die unter dem Sammelbegriff ‚Nürnberger Justiz' bezeichnete jahrelange Verfolgung, Inhaftierung und Tötung deutscher und japanischer Soldaten und Politiker keine ernstzunehmende Rechtshandlung gewesen ist. Es wurde damals häufig mit dem Argument operiert, daß die geübte politische Justiz zwar einseitig sei, aber doch eine rechtsschöpferische Aktion bedeute, also gewissermaßen neues Völkerrecht schaffe. Daß dem *nicht* so war, zeigte sich schon im Dezember 1947, als durch die ‚Vereinten Nationen' in New York ausdrücklich festgestellt wurde, daß die im seinerzeitigen Londoner Statut von 1945 aufgeführten Gesichtspunkte für die Strafverfolgung deutscher und japanischer ‚Kriegsverbrecher' *nicht* allgemein gültiges internationales Recht geworden sind.

Dieser Feststellung bedurfte es ernstlich: sonst hätte der Nürnberger Gerichtshof sich gar nicht auflösen dürfen, sondern er müßte heute noch tagen um sich mit all' den zahllosen Kriegsverbrechen zu beschäftigen, die seither und immer wieder in aller Welt begangen werden – allerdings nicht von Deutschen.

Im Gegensatz zum Jahr 1919 konnten die Alliierten nach 1945 ihre ‚Kriegsverbrecher'-Prozesse ganz ungeniert durchführen. Mit der Verhaftung der letzten deutschen Reichsregierung – 14 Tage nachdem sie als Vertragspartner für die Waffenniederlegung der deutschen Streitkräfte anerkannt worden war – hatten sie den Punkt eines möglichen offiziellen Widerstandes nicht nur gegen die beabsichtigte einseitige Justiz, sondern auch gegen die von ihnen selbst damals erst noch vorbereiteten völkerrechtswidrigen Gewalttaten ausgeschaltet. Diese standen damals längst auf ihrem Programm und wurden auf der Potsdamer Konferenz endgültig sanktioniert: die Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten, die Festhaltung der Kriegsgefangenen trotz Abschluß der Kampfhandlungen, die hunderttausendfache Verhaftungsaktion gegen die bisherige politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Führungsschicht Deutschlands, die „Demontage" ganzer Industriegebiete usw.

Da alle diese Willkürmaßnahmen ohne jede Diskussion mit einer deutschen Regierung vollziehbar waren und vollzogen wurden, ja auch alle öffentlichen Meinungsmittel bis zum letzten bedruckten Blatt Papier von den Besatzungsmächten kontrolliert wurden, konnten die Besatzungsmächte auch ihrem „Kriegsverbrecher"-Programm jede gewünschte Richtung geben. Das wichtigste Anliegen der Besatzungspolitik jener Jahre war es natürlich einem etwaigen deutschen Volkswiderstand gegen die alliierte Zwangsherrschaft entgegenzuwirken, sein Entstehen im Keim zu ersticken und – wo das nicht gelang –

ihn zunächst einmal moralisch zu zermürben. Dieses, von seiten einer auf ihre Sicherheit und Bequemlichkeit bedachten Besatzungsmacht begreifliche Anliegen wurde mit dem Schlagwort einer angeblich erforderlichen ‚Umerziehung' des deutschen Volkes verbrämt. Und es fanden sich schon damals die gewohnten Eiferer, die die Verworfenheit der Deutschen bis zu den Zeiten des Kaisers Barbarossa zurückdatierten, nicht ohne natürlich unmittelbar der bisherigen Führungsschicht und auch dem ganzen derzeit lebenden deutschen Volk eine ‚Schuld' zuzudiktieren, die nur durch ‚Sühne' zu löschen sei.

Der inzwischen verstorbene weltbekannte Völkerrechtler Professor Dr. Friedrich Grimm hatte im Mai 1945 kurz nach seiner Verhaftung eine Auseinandersetzung mit einem leitenden Offizier des französischen ‚Deuxieme Bureau'. Beide Gesprächspartner waren sich einig über die Bedeutung der Kriegspropaganda im allgemeinen und der in den letzten Kriegswochen unter Hinweis auf die an manchen Stellen in Unordnung übergebenen deutschen ‚Konzentrationslager' entfachten Greuelpropaganda im Besonderen. Als Grimm bemerkte: ‚Nun aber wird es Zeit, daß Sie diesen Kampf einstellen', erhielt er von dem französischen Vernehmer eine Antwort, die noch bis auf des heutigen Tag ihren Aussagewert bewahrt hat: ‚Nein, jetzt fängt es erst richtig an. Wir werden fortfahren, jahraus, jahrein! Wir werden diese Propaganda noch steigern, bis in der Welt der letzte Funke der Sympathie für Deutschland ausgelöscht und das deutsche Volk selbst so restlos zerknirscht sein wird, daß es sich nie wieder erheben kann.'*

Daß freilich der mit dem Nürnberger, dem Dachauer und sonstigen ‚Kriegsverbrecher'-Prozessen, der ‚Entnazifizierung' usw. betriebenen ersten Welle der ‚Umerziehung' kein überzeugender Erfolg beschieden war, kann rückblickend in ruhiger Sachlichkeit festgestellt werden. Ganz abgesehen von der irrealen Wunschvorstellung, ein denkfähiges Volk könne mit propagandistischen und justiziellen Arrangements auf die Dauer dazu gebracht werden, sich selbst als eine Art Paria unter den Nationen zu empfinden, seine trotz aller Niederlagen doch unvergeßlichen politischen, wirtschaftlichen und kämpferischen Taten zu vergessen und ihnen abzuschwören – bald traten neue Verhältnisse ein, man brauchte die Deutschen wieder!

Die Entwicklung, die seit dem Auseinanderbrechen der sowjetisch-amerikanischen Allianz Rooseveltscher Prägung eingesetzt hatte, in

---

* Zitat nach Professor Dr. Friedrich Grimm „Mit offenem Visier", Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts, Druffel-Verlag, Leoni 1961, Seite 249.

Europa zur Berliner Luftbrücke, in Asien zum Korea-Krieg führte, hatte einen raschen Abbruch der alliierten ‚Kriegsverbrecher'-Justiz zur Folge. 1951 fanden die letzten Landsberger Tötungsszenen statt, in den nächsten Jahren öffneten sich zunächst zögernd, schließlich aber doch die meisten Gefängnistore, auch die in der Sowjetunion durchwegs schematisch zu 25 Jahren Arbeitslager Verurteilten kehrten zurück (einige deutsche Kriegsverurteilte sind allerdings auch heute noch in verschiedenen Ländern Europas in Haft, obwohl die Bundesregierung genügend politische und wirtschaftliche Druckmittel zur Verfügung hätte, diesem Skandal ein Ende zu bereiten).

Ein Jahrzehnt nach Kriegsende hatte es kurzfristig den Anschein, als sei das düstere Kapitel der politischen Nachkriegsjustiz endlich abgeschlossen.

Die Gründe, weshalb es unter neuen Vorzeichen zu Ende der fünfziger Jahre noch einmal aufgeschlagen wurde und uns seither in nicht abreißender Folge immer wieder beschäftigt, sind der deutschen Öffentlichkeit unbekannt. Vermutlich werden die Historiker erst in einigen Jahrzehnten aus den Geheimakten der Bundesregierung ermitteln, von welcher Seite, mit welchen Argumenten und im Zeichen welcher Drohungen nun ausgerechnet die Maschinerie der bundesdeutschen Justizbehörden zur Wiederholung der bereits beendeten ‚Kriegsverbrecher'-Justiz angesetzt wurde.

Der amerikanische Historiker Professor Harry Elmer Barnes – beunruhigt durch die Haltung der Bundesregierung zur Kriegsschuldfrage, aber auch durch diese ‚Greuelprozesse à la Nürnberg' – hat sich Gedanken dahingehend gemacht, daß man in Bonn manches sonst Unverständliche einfach deshalb erkläre und unternehme, weil man dort einen ‚dritten Punischen Krieg' gegen die Deutschen befürchte; nur durch radikale Nachgiebigkeit gegenüber jeglichem Siegerbegehren glaube man ihn vermeiden zu können, so wie Karthago sich vielleicht hätte retten könne, wenn es bereit gewesen wäre, römische Provinz zu werden. ..."

*

Das ist in der Tat die nahezu einzige Erklärung, die sich der nachdenkliche Staatsbürger für das zurechtlegen kann, was er heute täglich in den Zeitungen liest. Aber es stellt sich ihm trotzdem die ernste Frage: wird nicht, ja muß nicht die widerstandslose Hinnahme machtpolitischen Zwergwuchses und moralischer Selbststrangulierung erst recht zu einer Katastrophe führen – nicht nur für uns, sondern auch für andere?!

1945: Die letzte Phase beginnt

20. März 45

Mit diesem Blatt beginnt ein neuer, vermutlich letzter Abschnitt dieser Aufzeichnungen. Was bisher notiert war, habe ich zusammengepackt und in mehrere Umschläge gesteckt: ein Flugkapitän der Baurstaffel* hat einen Überführungsflug nach Pocking in Niederbayern zu machen, wo sie jetzt ihre Werkstätten haben. Er sagte mir zu, die Sendungen zu meiner Mutter zu besorgen, die dort in der Nähe – in Simbach – von München her „evakuiert“ ist.

Seit die Amerikaner den Rhein überschritten haben und der Angriff der 6. Panzer-Armee in Ungarn mit einem Rückschlag geendet hat, gibt es kaum noch Hoffnung auf eine militärische Wende und der Ausblick verengt sich auf die Frage, wie die letzte Phase sich vollzieht!

Völlig klar ist, daß der Führer in Berlin bleibt und daß wir, die wir – wie Dietrich – im engeren oder – wie ich – im weiteren Kreis bei ihm tätig sind, das gleiche tun.

Da der Kampf vom Gegner und von uns um die politische Existenz des Reiches geführt wird, wird die letzte Schlacht fast mit Gewißheit um oder in Berlin, ja um die Reichskanzlei geführt werden. Noch sind die Russen am nächsten, aber sie stehen seit Anfang Februar unbewegt an der Oder. Werden sie den Kampf um Berlin den Amerikanern und Engländern überlassen?

1965/1945: Würzburg

20. März 65

Kurz-Besuch in Würzburg: Hier hat vor 20 Jahren der nach Dresden ordinärste Bombenmord des Zweiten Weltkrieges gewütet. Die ganze Innenstadt ist in der Nacht des 16. März 1945 in Schutt und Asche gesunken. Heute steht sie wieder – fast im alten Glanz. Einiges mag fehlen, aber – im Gegensatz zu Nürnberg und Dresden – waren ja Würzburgs alte Bauten schon früher mit vielerlei damals „modernen“ Häusern durchsetzt

---

* Gemeint ist die unter der Leitung des Flugkapitäns Hans Baur stehende Flugzeugstaffel des Hauptquartiers. Deren Werkeinrichtungen waren von Rastenburg nach Niederbayern verlegt worden.

worden. So ist es auch heute wieder, aber die markantesten Punkte, so das Rathaus, das Falkenhaus, die großartige Residenz sind restauriert. Vor allem: die Menschen sind die gleichen geblieben und am Markt schauen die Gemüse- und Blumenfrauen aus ihren Ständen wohl kaum anders als vor hundert Jahren, als meine Großeltern hier junge Eheleute waren.

Hoch im dunstigen Sonnenschein liegt jenseits des Mains die Marienfeste, das stolz-beherrschende Zeugnis deutschen Ritterdenkens...

Einen Ruinen-Platz in der Stadt zu entdecken, ist kaum mehr möglich. Auch das Haus Herzogenstraße 7, in dessen Keller eine treue alte Tante in der Schreckensnacht lebendigen Leibes verbrannt ist, steht wieder – fast genauso aufgebaut wie einst. Kein Zeichen erinnert an die Tragödie.

1945: Immer noch Auslandsnachrichten

23. März 45

So gestört die sonstigen Verkehrsverbindungen sind – mit fast uhrwerkartiger Pünktlichkeit arbeitet immer noch das „Deutsche Nachrichtenbüro"; der teils direkt aus den Funksendungen der Feindseite, teils aus Stockholm telefonisch herangeholte Weltnachrichtenstoff kommt vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf unsere Schreibtische und wird auch drüben in der Reichskanzlei dem Führer laufend angeliefert.

Wir sind zwar – so wie die Dinge stehen – fast nicht mehr Beteiligte, sondern nur noch Zuschauer dessen, was politisch draußen geschieht; aber ganz ohne Bedeutung ist es doch nicht, die Augen offen zu halten. Vielleicht findet manches unserer Argumente da und dort doch noch einen nachdenklichen Zuhörer.

Heute wieder eine ganze Palette von unterschiedlichen Begebenheiten:

In Rom hat man den General Roatta zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, was nach dem Maßstab der von den Russen allenthalben gewünschten und in Bulgarien und Frankreich geübten Justiz fast einem Freispruch gleichkommt. Allerdings hat man den Angeklagten zwar noch im Prozeß zur Vernehmung vorführen können, nicht mehr jedoch zur Urteilsverkündung; der General ist inzwischen aus dem Gefängnis

geflüchtet! Generaloberst Jodl lächelt ironisch zu dieser neuesten Täuschungsleistung des einstigen Gesprächspartners. In Rom hat die Affäre große Aufregung hervorgerufen; eine Untersuchungskommission ist eingesetzt worden, der zwei Juristen und – ein Kommunist angehören, der „sehr ausgedehnte Vollmachten“ übertragen erhielt, um Roatta wieder ausfindig zu machen, und in die Arme der „Gerechtigkeit“ zurückzuführen.

Von größerer politischer Bedeutung ist die Tatsache, daß Molotow sich den türkischen Botschafter in Moskau Selim Sarper (wir kennen ihn – er führte im Sommer 1942 eine türkische Pressedelegation nach München und Berlin!) ins Büro bestellte und ihm die Kündigung des 1925 in Paris abgeschlossenen sowjetisch-türkischen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages aussprach. Das sowjetische Außenministerium gab dazu eine Erklärung ab, daß dieser alte Vertrag nicht mehr den „profunden Änderungen der Weltsituation“ entspreche. Einige Angriffe der sowjetischen Presse auf die Türkei waren vorausgegangen.

Obwohl die türkische Regierung wunschgemäß dem Krieg auf alliierter Seite beigetreten ist, wird sie nun doch „zur Kasse“ gebeten. Ob, wie der Führer meint, Roosevelt in Jalta den Russen wirklich freie Durchfahrt durch die Dardanellen versprochen hat und Stalin sich zum „Schutz“ dieser Durchfahrt an den Meerengen festsetzen darf? Das würde bedeuten, daß die russische Flotte im Mittelmeer spazierenfahren kann. Was sagen die Engländer dazu*?

Mit neunzehn Kanonenschüssen wurde in Kairo die Begründung einer „Union der Arabischen Staaten“ gefeiert – ein Staatenbund mit einem ständigen Generalsekretariat, das der ägyptische Minister für arabische Angelegenheiten leitet. Bemerkenswert ist ein Anhang zum Vertrag, der bestimmt, daß Palästina, obwohl es derzeit noch als „Mandat des Völkerbundes“ gilt und unter britischer Verwaltung steht, als Mitgliedsstaat in die Union aufgenommen und durch einen Delegierten vertreten werden soll. Das scheint das Hauptanliegen der Arabischen Union zu sein: den amerikanischen Absichten

---

* Über die Dardanellenfrage wurde während der Potsdamer Konferenz mehrmals verhandelt. Zu einer Einigung kam es in diesem Punkte nicht.

zur Gründung eines jüdischen Staatswesens in Palästina entgegenzutreten. Roosevelts und Churchills kürzlicher Aufenthalt in Ägypten hat diese Gruppenbildung eher beschleunigt als verhindert.

Kurz nachdem die feierlichen Schüsse vor dem königlichen Schloß abgefeuert waren, wurden die beiden Mörder des Lord Moyne im Kairoer Gefängnis gehenkt.

Nacht-Lagebesprechung

24. März 45

Die gestrige (richtiger gesagt: heutige) Nacht-Lage begann erst um halb 3 Uhr morgens und dauerte eine volle Stunde.

Am Plattensee ist unsere Offensive nicht nur steckengeblieben, der Russe greift jetzt dort mit starken Kräften an und drückt gegen die Untersteiermark. Der Führer bemerkt: „Wenn der Plattensee verlorengeht, ist es aus." Er hat das Gefühl, daß die 6. Panzer-Armee dort unten nicht alle Kräfte versammelt hat. „Sepp Dietrich muß sofort verständigt werden, daß ihm der letzte Mann zugeführt wird, und zwar augenblicklich. Wenn ich noch irgendwo einen Mann erwische, der dorthin gehört und nicht dort ist, dann Gnade ihm Gott."

Im Westen ist dem Amerikaner noch ein zweiter Übergang gelungen, bei Oppenheim. Hier hat der Gegner Brückengerät mitgeführt und eine Pontonbrücke selbst gebaut: Es ist also hier die Stelle, an der von vornherein der Rheinübergang beabsichtigt war. Zu einer Bemerkung, der Rhein sei hier nicht so breit, meint der Führer: „250 Meter".

Eine Anfrage von Dr. Goebbels wird vorgetragen: Er will die Berliner Ost-West-Achse als Flugzeug-Startbahn ausbauen und dazu die Kandelaber abtragen lassen, sowie jeweils 20 Meter von den Tiergartenbäumen freischlagen. Der Führer bemerkt: „Die Kandelaber können wegkommen, aber warum die Bäume? Fünfzig Meter Straßenbreite sind genug." Noch ein Einwand: Die Siegessäule steht im Weg; General Burgdorf will auch sie abtragen lassen. Der Führer kennt sich in den Verhältnissen genau aus: „Das ist nicht nötig – vor der Siegessäule ist die Straße drei Kilometer lang, das genügt sogar für die Me 262."

Noch eine Einzelheit: Der amerikanische Sonderluftangriff, der am 15. März dem OKH-Hauptquartier Zossen gegolten hat, verursachte zwar beträchtliche Schäden und auch Menschenverluste, aber die Anlage ist trotzdem voll arbeitsfähig geblieben.

Ganz zum Schluß kommt wieder einmal die Frage der Strahljäger zur Sprache. Der Führer begreift nicht, warum so wenig Maschinen zum Einsatz kommen: „Es besteht ein Mißverhältnis zwischen der Produktion und den tatsächlichen Einsatzzahlen. Das gibt es in keinem Land der Welt und hat es auch bei uns früher nicht gegeben."

1965: Bundeswehr ohne Auftrag?

24. März 65

Ein Offizier, der als Mitarbeiter des Generaloberst Jodl in den Jahren 44 und 45 gelegentlich an den Lagebesprechungen teilgenommen hat und später in der Bundeswehr wieder verwendet wurde, schreibt in einer Leserzuschrift an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kritisch zu einem in diesem Blatt kürzlich veröffentlichten Aufsatz:

„Alle Aufträge an eine Armee kommen aus der Politik. Insoweit mag der Autor (Adelbert Weinstein, ‚Kein militärischer Auftrag für die Bundeswehr') recht haben, wenn er sagt, für die Bundeswehr gebe es ausschließlich politische Aufträge. Was er jedoch zur Begründung seiner These anführt, kann unwidersprochen nicht gelesen werden. Krieg zu verhindern ist Aufgabe der Politik, und zwar die vornehmste. Eines der Mittel dazu ist die Armee, in Deutschland die Bundeswehr. Eine Armee aber, die es nicht mehr als ihren militärischen Auftrag ansieht, mögliche militärische Absichten eines politischen Gegners durch Verteidigungsbereitschaft, Schlagkraft und in letzter Konsequenz durch Kampf zu durchkreuzen, ist wert, aufgelöst und eingespart zu werden, denn sie verliert ohne solchen Auftrag und Willen auch ihren politischen Wert. Wer die Bundeswehr bejaht, muß auch ihren militärischen Auftrag bejahen. Daß dieser dem Politischen gegenüber immer sekundäre Bedeutung hat, ist eine Binsenweisheit. Den militärischen Auftrag geleugnet zu sehen, verwirrt. ..."

Diese Diskussion beleuchtet die Sackgasse, in der sich die Bundeswehr immer noch befindet: sie ist als deutsche Wehrmacht aufgebaut – und darf es dennoch nicht sein?!

1945: Die China-Kommunisten

25. März 45

Auf einer Pressekonferenz in Washington wurde von einem Mr. Ludden, einem amerikanischen Diplomaten bei der US-Botschaft in Chungking, ein langer Bericht über die chinesischen Kommunisten erstattet – offenbar mit der Absicht, für diese Gruppe Sympathien zu werben.

Mr. Ludden hat sich fast zwei Monate im kommunistischen Hauptquartier aufgehalten und auch die von dort aus beherrschten Teile Chinas ausführlich bereist. Er schwärmt davon, daß die Kommunisten „die Unterstützung des Volkes" genießen. Ihre reguläre Armee sei 600000 Mann stark. Sie trete zwar nur selten mit den Japanern in Gefechtsberührung, aber das sei dem „Mangel an Waffen" zuzuschreiben. Neuerdings habe die amerikanische Armee „Beobachter" in das kommunistische Hauptquartier entsandt. Die chinesischen Kommunisten denken offenbar nicht daran, auf Tchiang Kai-scheks Angebote einzugehen, und es wird ihnen – das läßt sich aus dieser Pressekonferenz schließen – wahrscheinlich gelingen, von den Amerikanern direkt Waffen geliefert zu erhalten.

1965: „Verjährungs"-Schlußszene

25. März 65

In der merkwürdigen Frage der „Verjährung" hat der Bundestag nun dem Vorschlag des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer entsprechend den Termin des „Verjährungs"-Beginns auf 1. Januar 1950 festgesetzt. Diese „Lösung" ist so grotesk, daß der Bundesjustizminister seinen Rücktritt erklärt hat.

*

Die Hauptschriftleitung des in Hamburg erscheinenden Nachrichten-Magazins „Der Spiegel" – ein leidenschaftlicher Vorkämpfer der „Verlängerung" – ersuche ich um eine sachliche Auskunft:

„Sehr geehrte Herren!

In den letzten Ausgaben Ihrer Zeitschrift veröffentlichten Sie Fotos, die angeblich deutsche Greuelszenen zeigen. Nach meiner Kenntnis sind Bilder dieser Art weder in der Kriegs- noch in der unmittelbaren Nachkriegspublizistik veröffentlicht worden; die Vermutung, daß

es sich um später gestellte Aufnahmen handelt, kann nicht ausgeschlossen werden. Filme dieser Art werden sogar noch heute gedreht. Es wäre deshalb erwünscht, wenn Sie zur Klärung des Sachverhaltes, diese von Ihnen als Beweismittel verwendeten Bildunterlagen Ihren Lesern gegenüber sorgfältig identifizieren würden. Dazu erscheinen mir folgende Fragen von Bedeutung:

a) Zustand der zur Klischierung jeweils verwendeten Unterlage: Handelt es sich um eine kleinformatige Privataufnahme oder um einen Abzug im üblichen Presseformat?
b) Beschriftung der Rückseite: Welche Herkunftsbezeichnungen, Daten, Ortsangaben, Stempel oder sonstige Vermerke sind dort notiert?
c) Sonstige Herkunftsmerkmale: Von wem haben Sie die Bilder erworben, wurden Honoraransprüche geltend gemacht usw.?

Mit freundlichen Empfehlungen"

Das gestellte Foto und die falsche Bildunterschrift sind seit den Zeiten des Ersten Weltkriegs bekannte Requisiten dessen, was man inzwischen als „Greuelpropaganda" zu begreifen gelernt hat. Welche Auskunft mir erteilt wird, bleibt abzuwarten. Keine Antwort wäre auch eine Antwort*.

*

In München traf ich kürzlich Dr. G., einen heute 77jährigen Schwager des einstigen Ortsgruppenleiters von Feldafing. Daß der Zahnarzt Dr. Brubacher nicht mehr lebt, wußte ich bereits. Jetzt erfuhr ich die näheren Umstände seines Todes: Er war im Mai 1945 aus dem Allgäu, wohin er durch die Kriegsereignisse verschlagen worden war, aus Sorge um seine Familie nach Feldafing gerade zu dem Zeitpunkt zurückgekehrt, in dem eine französische Panzerkompanie – sie nannten sich „Gaullisten" – vom Ort Besitz ergriffen hatte. Es dauerte nicht lange und es erschienen Soldaten, schleppten Dr. Brubacher zum „Kommandanten", der sich in einer Villa eingerichtet hatte. Noch vor dem Fortgehen zwangen sie ihn, eine Uniform anzuziehen,

* Die Bildredaktion des „Spiegel" erkundigte sich mit Schreiben vom 27. April 1965, auf welche Bildwiedergaben sich meine Anfrage im einzelnen beziehe. Ich bezeichnete ein Titelbild und zwei im Text veröffentlichte Darstellungen der Nummern 11 und 13 des „Spiegel". Eine Stellungnahme der „Spiegel"-Redaktion zu den ihr gestellten Fragen ist bis zur Drucklegung dieses Buches nicht eingegangen.

dann zogen sie mit ihrem Opfer johlend durch die Straßen. Bei dieser Gelegenheit sah man Dr. Brubacher das letzte Mal lebend. Einige Wochen später entdeckte ein Bauer von Traubing auf seinem Feld Spuren eines seichten Grabes. Eine Kommission aus München erschien und traf ihre Feststellungen. Dr. Brubacher war nach schweren Mißhandlungen zu der abgelegenen Flur geschafft und dort gezwungen worden, sein eigenes Grab auszuheben. Sehr weit war er mit der letzten Arbeit seines Lebens nicht gekommen, dann wurde ihm mit dem Spaten die Stirn eingeschlagen, schließlich wies der Leichnam noch drei Einschüsse auf. ...

Die Mörder wären sogar heute noch feststellbar – niemand kümmert sich darum.

Zu diesem Thema noch zwei bezeichnende Notizen aus den letzten Wochen; zunächst die Zuschrift eines Ernst Keller aus Berlin an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (27. 1. 65):

„Weniger als fünfzig Beteiligte an nationalsozialistischen Verbrechen befinden sich nach Ihrer Mitteilung in der Ostzone in Haft. Dieser Hinweis könnte den Eindruck erwecken, als hätte dort eine besondere Milde geherrscht. Dem muß entgegengehalten werden:

1. Der Einmarsch der sowjetischen Besatzungstruppen hatte eine Massenflucht der Amtsträger der NSDAP nach dem Westen zur Folge, in dem zu Tausenden die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Propagandaredner, Personalamtsleiter, Polizeidirektoren Sicherheit suchten und zum Teil inzwischen in gut bezahlten Stellungen Verwendung gefunden haben.

2. Die Zurückgebliebenen wurden in Lager verbracht, wo sie umgekommen sind. Um wie viele es sich dabei gehandelt hat, ist niemals bekanntgegeben worden. Wer diese Monate lebend überstanden hat, mußte sich verpflichten, strengstes Schweigen zu bewahren. Man raunt sich insgeheim zu, daß allein in Buchenwald etwa 15000 Eingesperrte gestorben seien. Die Leiter des ‚Buchenwald-2' haben keinem der Hinterbliebenen von Gestorbenen jemals irgend einen Bescheid zukommen lassen. Was dann noch weiterhin übriggeblieben ist, dürfte freilich kaum vier Dutzend ausmachen."

Dann der Lokalbericht des „Münchner Merkur" über eine Vortragsveranstaltung in einem nahegelegenem Ort am Ammersee:

„Die Kolpingsfamilie Dießen hatte dieser Tage den ehemaligen Gefängnisseelsorger des Landsberger Gefängnisses, Msgr. Morgenschweis zu Gast, der vor allem über die Situation in der durch

Todesurteile an Kriegsverbrechern bekanntgewordenen Strafanstalt in den Nachkriegsjahren referierte. Msgr. Morgenschweis, der alle Delinquenten auf ihrem letzten Gang begleitete, vertritt die Ansicht, daß von den Amerikanern manche Willkürurteile gefällt worden seien, wobei man sich sogar gekaufter Zeugen bedient habe. Die Amerikaner seien zwar am leiblichen, nicht aber am seelischen Wohlergehen der Häftlinge interessiert gewesen. Wie der Geistliche behauptet, hätten Todeskandidaten erst zwölf Stunden vor der Hinrichtung von ihrem Schicksal erfahren. Zu den Feststellungen des ehemaligen Gefängnisgeistlichen gehörte es auch, daß sechzig unschuldige Männer hingerichtet worden seien. Nur aus Prestigegründen hätten die Amerikaner die Urteile nicht revidiert. Der Vortrag war eine massive Anklage gegen die Alliierten."

*

Frau E. gibt mir Einblick in fotokopiertes Dokumentenmaterial, das sie nicht ohne Schwierigkeiten beschafft hat. Es handelt sich um die in den Jahren 1941 bis 1943 erschienenen Weißbücher des deutschen Auswärtigen Amtes „Bolschewistische Verbrechen gegen Kriegsrecht und Menschlichkeit". Sie enthalten die zahlreichen Feststellungen über völkerrechtswidrige Kriegsuntaten der Sowjet-Armee, mit deutscher bürokratischer Gründlichkeit ermittelt: in Protokollen, richterlichen Vernehmungen usw. Insgesamt sind es über 600 Vorgänge unterschiedlichster Art, die damals amtlich festgestellt und veröffentlicht wurden. Eine vierte Folge des Weißbuches ist 1944 noch erschienen, aber alle Versuche, ein Exemplar zu ermitteln sind bisher gescheitert. Die drei vorhergegangenen Dokumentarbände konnten in der Genfer Völkerbunds-Bibliothek festgestellt werden. So gründlich haben die Besatzungsmächte noch 1945 dafür gesorgt, daß dieses Beweismaterial über ihre sowjetischen „Verbündeten" dem deutschen Gedächtnis entzogen werden – wie man ja auch über Katyn ein großes Schweigen breitet. Das schlimmste Kapitel der sowjetischen Untaten ist freilich in den Weißbüchern des Auswärtigen Amtes noch nicht enthalten: das Vorgehen der Russen auf deutschem Boden. ...

Frau E. hat Anlaß für ihre Bemühungen um diese Dokumente. Ihr Mann war Angehöriger einer „Einsatzgruppe" und befindet sich seit sechs Jahren in Untersuchungshaft. Sein Prozeß wird

immer noch vorbereitet. Einen Magendurchbruch hat er in der Haft schon überstanden, eine weitere Operation steht bevor. Er will natürlich beweisen, welcher Art die Kriegführung im Rußlandfeldzug wirklich war. Das wird ihm wenig nützen.

*

Genügen diese Streiflichter zur „Strafverfolgung von NS-Verbrechen", deren jahrelange weitere Fortsetzung nunmehr beschlossen wurde?!

1945: Lloyd George

28. März 45

Lloyd George ist 83jährig gestorben – im Ersten Weltkrieg Englands „Ministerpräsident des Sieges", später einer der Hauptverantwortlichen für Versailles, freilich auch der erste, dem Bedenken kamen und der schon damals Worte geschrieben hat, die heute wieder brennend aktuell geworden sind: „Ungerechtigkeit, Anmaßungen in der Stunde des Triumphes zur Schau gestellt, wird nie vergessen noch vergeben werden."

Er hat in den 30er Jahren zu denen gehört, die den Zweiten Weltkrieg verhindern wollten und er hat sich nicht gescheut, auch noch im Oktober 1939 die damalige Rede des Führers nach dem Polenfeldzug öffentlich als eine „Grundlage für eine Friedenskonferenz" zu bezeichnen und ein „Komitee für Friedensaktionen" zu gründen. Seither wurde es ruhig um Lloyd George, aber er scheint seine Ansichten weiter vertreten zu haben. In einem englischen Nachruf heißt es verklausuliert, charakteristisch für den Verstorbenen sei es gewesen, daß er meist „auf der Seite des Unterlegenen" gewirkt habe und: „Das blieb wahr bis zu seinem Tode".

Was Lloyd George nach seinen Versailler Erfahrungen und Einsichten wohl über die „bedingungslose Kapitulation" gedacht und vom Morgenthau-Plan gehalten hat?

Dr. Dietrich beurlaubt

30. März 45

Der gestrige Tag bedarf besonderer Aufzeichnung.

In meinem kalten, durch einen kleinen eisernen Ofen spärlich beheizten Büroraum in der Neuen Reichskanzlei hatte ich den Karfreitag-Nachmittag fröstelnd und nachdenklich verbracht.

Es ist Abend geworden, die Schatten legen sich über den stillen Park, in dem einst Bismarck spazieren ging und der jetzt von Bombentrichtern durchwühlt ist.

Die Lagebesprechung beim Führer muß bald zu Ende sein, der Dienst ruft, seine Regeln und Normen sind von den Ereignissen bisher unberührt geblieben. Wieder, wie schon so oft, wandere ich durch die lange Marmorgalerie. Die hohen Fenster zur Voßstraße sind längst durch Pappen ersetzt und diese hängen teilweise in Fetzen herunter. Da und dort ist eine der roten Platten aus Untersberger Marmor, mit denen der Boden belegt ist, durch Brandbomben und Sprengkörper angeschlagen – sonst aber steht die lange Halle noch unversehrt. Über der hohen Tür zum Arbeitszimmer des Führers, vor der früher zwei Männer der Leibstandarte Ehrenwache hielten, ragen die Initialen „AH“ in die Düsternis.

Als ich durch den Gartensaal und den Verbindungsgang die Führerwohnung erreiche, kommen die Militärs gerade von der Lagebesprechung aus dem Bunker, nach ihnen blaß und erregt Dr. Dietrich: „Kommen Sie gleich in mein Zimmer.“ Ich folge ihm über die Treppe, die in den Nebenflügel führt. Schon auf dem Wege eine Andeutung – es scheint ein überraschendes Ereignis eingetreten zu sein, das unsere ganze Arbeit berührt.

Folgendes hat sich abgespielt: Unmittelbar nach Beendigung der Lagebesprechung ließ der Führer Dr. Dietrich zu sich ins Kartenzimmer rufen, wo er ihn allein erwartete. Dietrich hat Papier und Bleistift dabei, er erwartet einen Auftrag. Aber diesmal geht es nicht darum. Es sind nur wenige Worte, die ihm gesagt werden: „Ich beurlaube Sie auf sechs Wochen ... bis dahin ist alles entschieden. ...‘ Auf eine überraschte Frage Dr. Dietrichs folgt die Bemerkung, Dr. Goebbels solle die deutsche Presse „radikalisieren“, und dann ein nachdenkliches, freundlich gesprochenes Wort, das jede Antwort abschneidet: „Es ist besser so. ...“

Das ist alles, was Dr. Dietrich berichtet. Der Zusammenhang ist freilich rasch hergestellt: am Tage vorher war Dr. Goebbels zwei Stunden lang beim Führer und es ist kaum ein Zweifel, daß er dabei einen Vorstoß gegen Dietrich unternommen hat. In den letzten Tagen hat es einen sachlichen Konflikt gegeben. Dr. Goebbels findet immer dringlicher, daß die Sprache unserer

Zeitungen gegenüber den Westmächten milder sei als gegenüber den Sowjets und er besteht darauf, daß über die nach Mitteldeutschland vordringenden feindlichen Truppen in ähnlichen Ausdrücken geschrieben werde, wie dies gegenüber den in Ostpreußen und Pommern wahrhaft wütenden Russen geschieht. Über deren Verhalten liegen allerdings immer wieder zahlreiche Flüchtlingsschilderungen vor, so daß die Zeitungen hier über reichlichen Nachrichtenstoff verfügen, während aus dem Westen nach wie vor kaum Meldungen zu uns dringen. Dr. Dietrich erklärte sich deshalb außerstande, in diesem Punkte die Zeitungen in dem von Dr. Goebbels gewünschten Sinne zu beeinflussen. In der allgemeinen politischen Argumentation bleiben die Zeitungen den Engländern und Amerikanern natürlich keinen der harten Ausdrücke schuldig, mit denen diese uns gegenüber nur so um sich werfen. Aber zu behaupten, daß im Verhalten der Westtruppen gegenüber der Zivilbevölkerung kein Unterschied zu dem der Sowjets bestehe – das hält Dr. Dietrich für unzulässig. Nachrichten, die diese These begründen würden, müßten „gemacht“ werden – ein Verfahren, das Dietrich immer abgelehnt hat und das auch ganz abwegig ist: Kein Leser würde solche „Nachrichten“ als wahr hinnehmen und der Londoner Rundfunk würde sie uns um die Ohren schlagen.

Ich glaube nicht, daß Dr. Goebbels diesen Streitfall dem Führer in seinen Details vorgetragen hat, wahrscheinlich hat er hier ein ähnliches Argument verwendet, wie es im Kreise seiner Mitarbeiter berichtet wird: Seiner Propaganda sei es gelungen, die Front im Osten zum Halten zu bringen, ein solcher moralischer Erfolg sei auch im Westen möglich, wenn man ihn nur ungehindert arbeiten ließe. Dazu kommt noch, daß Dr. Goebbels als Gauleiter von Berlin derzeit riesige Aufgaben zu bewältigen hat und für den Führer schon deshalb viel wichtiger ist als Dietrich – unsere Zeitungen erscheinen zwar zwischen Klagenfurt und Oslo immer noch regelmäßig, unsere Nachrichtendienste ins Ausland funktionieren klaglos, aber die Bedeutung alles publizistischen Wirkens ist unvermeidlich geringer geworden. Es ist also verständlich, daß der Führer dem Verlangen Goebbels’ nachgekommen ist. Merkwürdig erscheinen die Formeln: „auf sechs Wochen...“ und: „bis dahin ist alles ent-

schieden". Er wollte Dr. Dietrich offensichtlich nicht kränken, obwohl dieser eine solche Art der Verabschiedung nach vierzehnjährigem Wirken schon als eine Kränkung empfindet und auch kein Hehl daraus macht. Er hat sofort seine Koffer gepackt und reist heute noch nach Berchtesgaden, wo er zunächst einige Zeit verbringen und dann nach angemessener Frist, denn er ist ja nur „beurlaubt", eine Frontverwendung erbitten will.

In unseren Abschiedsgesprächen rechnen wir beide mit der Wahrscheinlichkeit, daß Dr. Goebbels auch auf meinem Abgang bestehen wird. Dr. Dietrich hält es aber für richtig, dem Minister dabei die Initiative zu überlassen. Vorerst habe ich also weiterhin den Reichspressechef zu vertreten und werde auch in der aktuellen Streitfrage auf seinem Standpunkt beharren.

*

Die Nacht-Lage, an der ich nach dem langen Gespräch mit Dr. Dietrich noch teilnahm, stand wieder unter düsterem Aspekt.

Im Raum Plattensee ist genau das eingetreten, was der Führer vor einigen Tagen als Katastrophe bezeichnete: die Verbindung der Front zum See ist abgerissen. Die Erdölgebiete sind bedroht.

Am unteren Rhein dringen die Engländer zum Ruhrgebiet vor.

Vom Brückenkopf Oppenheim aus haben die Amerikaner Frankfurt genommen, Panzerspitzen dringen in Richtung auf das vor zwei Wochen sinnlos zerstörte Würzburg vor.

1965: Bismarck-Geburtstag

31. März 65

Aus Anlaß von Bismarcks einhundertfünfzigsten Geburtstag eine abendliche Feierstunde am Bismarckturm. An die hundert Fackeln, ein Kranz wird niedergelegt. Die drei Strophen des Deutschland-Liedes von jungen und alten Stimmen kräftig gesungen. Früher wurde hier jährlich zum 1. April eine Bismarckfeier veranstaltet; dies ist wieder die erste seit 1945. Trotzig klingt es aus dem hohen Rundgang des Denkmals in die regnerische Nacht hinaus: „Deutschland über alles – von der Etsch bis an den Belt."

Polizei in Zivil ist aufgeboten, um den Bericht für mißtrausche Behörden zu verfassen.

1945: Der „Bannstrahl" des Ministers

3. April 45

Während der Osterfeiertage blieb die Frage meiner weiteren Tätigkeit ungeklärt. Aber heute nachmittag trat das Erwartete ein. Reichsleiter Bormann ließ mich zu sich rufen und teilte mir mit, daß Dr. Goebbels auch mein sofortiges Ausscheiden aus allen meinen Funktionen gefordert habe. Er könne mit mir nicht arbeiten, ich läge ihm und er läge mir nicht. Er, Bormann, habe darüber noch den Führer befragt, und dieser habe geantwortet: „Wer A sagt muß auch B sagen." Das „B" bin ich. Damit ist der Fall entschieden.

Irgendein sachlicher oder persönlicher Vorwurf wurde und wird nicht erhoben, also besteht kein Anlaß, etwa überstürzt aus der Wilhelmstraße zu verschwinden. Ich werde meine Dienstgeschäfte ordnungsgemäß übergeben, auch meine privaten Angelegenheiten ordnen, mit Dr. Dietrich nochmals zusammentreffen und dann wieder zur Truppe gehen. Bormann notiert dementsprechend, daß meine UK-Stellung in vierzehn Tagen aufgehoben und der Einberufungsbefehl nach Berchtesgaden dirigiert wird. Bis sich eine Fahr- oder Fluggelegenheit bietet, werde ich weiter in der Reichskanzlei wohnen.

Dr. Dietrichs persönlichen Referenten im Ministerium – einen alten Ministerialrat – hat underdes eine Pensionierungs-Verfügung der Personalabteilung erreicht.

Der einzige engere Mitarbeiter Dr. Dietrichs, der vom Bannstrahl des Ministers nicht getroffen wird, ist Adjutant Lorenz, der gleichzeitig Redakteur des DNB ist und seit vielen Jahren die Belieferung des Führers mit dem Auslandsmaterial besorgt; in diesem Dienst wird also keine Änderung eintreten.

Nachrichten aus Moskau und London

5. April 45

Gestern mittag verabschiedete ich mich zunächst kurz auf der Auslands-Pressekonferenz. Die unerwartete Folge war, daß das britische Reuterbüro meinen Abgang – wie aus dem heutigen

Frühmaterial ersichtlich – unsinnigerweise als politisches Ereignis wertet. Auch die große deutsche Pressekonferenz besuchte ich nochmals und machte vor ihrem Beginn einige Bemerkungen, wie sie der ernste Augenblick eingibt. Ich spreche kurz von unserer langjährigen Kameradschaft und von unserer gemeinsamen Hingabe an den in Glück und Unglück gleich verpflichtenden Beruf des Journalisten. Als ich mich zum Gehen wende, höre ich hinter mir die Stühle rücken. Der ganze Saal hat sich erhoben – gewiß nicht, um mir, dem jungen Kollegen, in so ernster Stunde eine übertriebene Geste zu machen, sicher aber, um meine Worte zu bestätigen, um mitten in der aufwühlenden Sorge des Tages einen Augenblick des Gedenkens an das in zwölf Jahren gemeinsam Erlebte, an das viele Unvergeßliche einzuschalten.

*

Einiges Bemerkenswerte aus dem heutigen Auslandsmaterial:

Angekommen in Moskau ist Mrs. Churchill, die Gattin des Premierministers; sie wurde mit einem Strauß roter und weißer Rosen am Flugplatz empfangen und wohnt im sowjetischen Staatsgästehaus. Die Worte, die sie am Flugplatz sagte, waren so wohlklingend vorbereitet, daß sie nur von ihrem Gemahl formuliert sein konnten:

„Dies ist einer der begeisterndsten Augenblicke meines Lebens. Ich habe mit Bewunderung und Respekt, mit Ehrfurcht, Staunen und Rührung die großen Erfolge Ihrer wunderbaren Armee verfolgt."

Abgereist aus Moskau hingegen ist Herr Benesch. Er will demnächst in Prag die Geschäfte übernehmen und begibt sich zu diesem Zweck vorerst einmal nach Kiew. Derzeit steht der Rückkehr in den Hradschin noch der Generaloberst Schörner im Wege, dessen Heeresgruppe nach wie vor ganz Böhmen und Mähren abschirmt. Benesch erklärte sich gegenüber Moskauer Pressekorrespondenten hochbefriedigt von seinen Verhandlungen im Kreml. Einen „besonders guten Eindruck" habe der tschecho-slowakischen Delegation die Versicherung „von höchster Stelle" gemacht, wonach „die künftigen Beziehungen Rußlands zu seinen slawischen Nachbarn auf das Prinzip strikter Nichteinmischung gegründet" werde.

Wenn Stalin das sagt, dann muß es wahr sein....

Heute nachmittag kam noch das nunmehr in London veröffentlichte Geheimprotokoll zum britisch-polnischen Pakt vom 25. August 1939.

Der mit fünfeinhalb Jahren Verspätung bekanntgegebene Text bestätigt, was schon während der Unterhaus-Debatte von Eden gesagt worden war; in Artikel 1 des bisher geheimgehaltenen (aber vielleicht damals schon den Russen mitgeteilten?) Protokolls wird erläutert, daß als der im offenen britischen Beistandsvertrag mit dem Ausdruck „eine europäische Macht" bezeichnete Staat nur „Deutschland" zu verstehen ist. Für den Fall, daß Polen von einer anderen Macht bedroht werde, war nur eine „Konsultation" vorgesehen. Freilich hat nicht einmal diese stattgefunden, als Rußland am 17. September 1939 in Ostpolen einmarschierte.

Unverständlich bleibt, daß der polnische Außenminister Beck sich damals zur Unterschrift unter einen so einseitig auf britische Kriegsinteressen ausgerichteten Geheimvertrag verleiten lassen konnte*.

1965: Parade in Budapest

6. April 65

In Budapest wurde der 20. Jahrestag der sogenannten „Befreiung" mit einer russisch ausgerichteten Parade größten Stils begangen. Zu Hunderten zogen mächtige Panzer über breite Straßen an den ungarischen Zuschauern vorbei, eine wohlberechnete Demonstration des Siegers zur Einschüchterung der Besiegten.

Die Tagesschau des deutschen Fernsehens hat – vermutlich unbeabsichtigt – den Sinn und die Bedeutung dieser Parade durch einen Kontrast verstärkt: direkt anschließend wurde aus dem Theater in Saarbrücken die wohltemperierte Kundgebung einer deutschen Flüchtlingsorganisation übertragen, in der in bescheidenen Worten das „Jahr der Menschenrechte" erwähnt und ein neues „Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit" abgelegt wurde.

---

* Eine Deutung gibt Ribbentrop in seinen Erinnerungen „Zwischen London und Moskau" (Druffel-Verlag, Leoni 1953, Seite 201); danach gaben sich auch die polnischen Staatsmänner der Erwartung hin, daß „bei Kriegsbeginn in Deutschland ein Militärputsch ausbrechen" werde.

6. April 45

Zwei persönliche Informationen werden mir zugetragen: Dr. Goebbels hat meine kurze Abschiedsrede vor der Pressekonferenz im Stenogramm gelesen und sich überraschend freundlich darüber geäußert: Er habe mich nie leiden können, aber mein Abgang sei recht gut gewesen.

Bei den Auslandsjournalisten wird gemunkelt, ich habe meinen Posten verlassen, um in den „Untergrund" zu gehen und die „Werwolf-Propaganda" zu leiten. Stoff für einen Kriminalroman. In Wirklichkeit hat bis dato nach meiner Kenntnis noch niemand darüber nachgedacht, ob und wie die NSDAP sich nach einer Niederlage fortsetzen sollte*. Weder künstliche Bärte noch falsche Pässe sind vorbereitet, obwohl das unschwer zu organisieren wäre. Nein, die Deutschen sind als Verschwörer ungeeignet. Auch unsere Führungsauslese war keineswegs auf solche Fähigkeiten ausgerichtet. Die Partei wird einen Zusammenbruch des Reiches nicht überleben.

*

Überraschende Meldungen aus Tokio: Dort ist nun auch die im vergangenen Juli ernannte Regierung Koiso zurückgetreten. Offensichtlicher Grund ist die vor einer Woche erfolgte ameri-

---

* In der letzten seiner Gesprächsniederschriften am 2. April 1945 berichtet Bormann folgende Bemerkung Hitlers (a. a. O. Seite 103 f.):

„Wenn es uns bestimmt ist, in diesem Krieg besiegt zu werden, dann wird unsere Niederlage absolut und vollständig sein. Unsere Feinde haben ihre Ziele in einer Weise proklamiert, daß uns über ihre Absichten keine Illusionen mehr möglich sind. ...

Es ist ein grauenhafter Gedanke! Zu denken, wie unser Reich in Stücke zerschlagen wird, unsere Volksgenossen den brutalen Exzessen der Bolschewisten und der amerikanischen Gangster ausgeliefert sein werden, ist mir schrecklich. Freilich, auch dieser Ausblick erschüttert nicht meinen unbezwingbaren Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes. Je mehr wir leiden, um so ruhmreicher wird die Wiedererhebung des ewigen Deutschlands sein. Das Charakteristikum des deutschen Geistes, in Lethargie zu verfallen, wenn die Existenz der Nation offenkundig auf dem Spiele steht, wird uns wieder einmal zugute kommen. Freilich, was mich betrifft, so könnte ich es nicht ertragen, in Deutschland zu leben während der Übergangsperiode, die der Niederlage des Dritten Reiches folgen würde. Die Niedertracht und Verräterei, die wir nach 1918 erlebten, wird nichts sein im Vergleich zu dem, was wir jetzt zu erwarten haben. ..."

kanische Landung auf der Insel Okinawa – auf halbem Wege zwischen den Philippinen und der japanischen Hauptinsel. Nach den amerikanischen Berichten kämpfen die japanischen Truppen auf Okinawa wie die Teufel. Aber daß die Landung überhaupt gelungen ist, bedeutet für Japan angesichts der amerikanischen Luftüberlegenheit eine tödliche Bedrohung. Die fünfhundert Kilometer Entfernung zum japanischen Kernland bedeuten heute nicht mehr viel.

Nach den in Tokio üblichen Beratungen der „älteren Staatsmänner“ wurde entsprechend deren Vorschlag vom Kaiser eine sehr überraschende Ernennung vollzogen. Ministerpräsident ist nunmehr ein Admiral Suzuki, der 77 Jahre alt ist und seit 1929 im Ruhestand lebt. Auch ein Blinder kann erkennen, daß dieser Ministerpräsident nicht berufen wurde, um den Krieg fortzusetzen, sondern um ihn zu beenden.

Zwei Stunden, nachdem die Nachricht vom Kabinettswechsel von Radio Tokio verbreitet worden war, gab es bereits die erste Antwort auf das allzu sichtbar aufgestellte japanische Zeichen. In Moskau ließ Molotow ebenso brüsk wie kürzlich den türkischen, nunmehr den japanischen Botschafter ins Außenkommissariat kommen und eröffnete ihm nicht minder überraschend: die Sowjetregierung kündige den im April 1941 auf fünf Jahre geschlossenen sowjetisch-japanischen Neutralitätspakt. Dieser Pakt sieht in der Tat eine einjährige Kündigungsfrist vor und insoweit ist Molotow gerechtfertigt, wenn er davon Gebrauch macht; die vertragliche Verpflichtung der Sowjetunion zur Neutralität gegenüber Japan erlischt dennoch erst im April 1946. Der Grund der demonstrativen Erklärung vom gestrigen Tag ist aber ziemlich durchsichtig: im Kreml deutet man die japanische Regierungsumbildung sicherlich dahin, daß man in Tokio auf Grund der beträchtlichen indirekten Dienste, die Japan den Russen durch den Abschluß und die Einhaltung dieses Neutralitätspaktes im deutsch-sowjetischen Krieg geleistet hat, nun auf Moskauer Gegendienste hofft und wahrscheinlich von einer Stalinschen Friedensvermittlung träumt.

Der kalte Guß hat die Japaner überrascht, aber nicht erschüttert: Die Nachrichtenagentur Domei verbreitet eine Erklärung, wonach man im japanischen Außenministerium betont, mit oder ohne Pakt würden die Japaner an der Politik

der Neutralität gegenüber der Sowjetunion festhalten. Dabei sei sich die japanische Regierung „der Entwicklungen und Änderungen der Situation voll bewußt". Auch diese Ausdrücke lassen auf dringende Friedensbereitschaft schließen. Die Japaner sehen sich freilich dem gleichen Dilemma gegenüber wie wir: der Kaiser kann das Schicksal seines Staates und Volkes nicht „bedingungslos" fremden Mächten überantworten.

1965: „Koexistenz"

8. April 65

In München sprach im kleinen Kreis Herr von Papen trotz seiner fünfundachtzig Jahre lebhaft und anregend über ein bedeutendes Thema: „Die Türkei im west-östlichen Spannungsfeld, gestern, heute und morgen." Der frühere Reichskanzler war schon im Ersten Weltkrieg als Generalstabsoffizier jahrelang im türkischen Bereich verwendet gewesen, im Zweiten Weltkrieg hat er sich beträchtliche Verdienste als Botschafter in Ankara erworben; er hat das Land auch seither wieder bereist.

Papen erinnert an eine Rede, die er als Botschafter im März 1943 in Istambul gehalten und in der er daran erinnert hat, daß Europa ein 2000 Jahre alter gewachsener Organismus sei und infolgedessen „ohne Deutschland nicht denkbar" ist. Und er läßt durchblicken, daß damals und auch 1945 die Türken mehr von Europa verstanden und entschlossener ihre Position gegenüber den Sowjets zu wahren wußten, als alle anderen „Alliierten".

Mit der unumwundenen Offenheit, die hohem Alter erlaubt ist, stellt Papen die Frage: „Kennt das heutige Amerika unser Europa?" Und er antwortet: „Wir wissen, daß die Politik des Präsidenten auch heute wieder falsch ist; es gibt keine Koexistenz mit den sowjetischen Herrschaftsansprüchen."

1945: Abschied von Berlin

9. April 45

An der „Lage" nehme ich nicht mehr teil, aber natürlich noch an den Gesprächen, die im Hause geführt werden. Die Westbewegung der Amerikaner und Engländer ist im vollen Gange, der Ruhrkessel fast verloren, aber vor Berlin herrscht im Osten noch Ruhe; der Hauptstoß der Russen richtet sich derzeit auf Wien.

Die einzige Möglichkeit, auf die künftige Entwicklung von unserer Seite noch einzuwirken, besteht jetzt offenkundig darin, unsere restliche Kampfkraft nach Osten zu verlagern, obwohl man sich natürlich im Westen auch nicht einfach zurückziehen kann. Politisch wäre das zwar sicher richtig, und es gibt Herren, die die interessante Frage aufwerfen, was wohl geschehen würde, wenn wir die Engländer und Amerikaner ganz bewußt widerstandslos marschieren ließen. Aber was wird dann aus der Versorgung der Ostfront? Sie braucht Waffen und Munition, und diese können aus den besetzten Westgebieten nicht mehr antransportiert werden.

*

In Kürze wird der Führersonderzug, der bei Jüterbog abgestellt ist, in die Gegend von Rosenheim verlegt, und mit dieser Gelegenheit soll ich zu Dr. Dietrich kommen. Lorenz und ich stehen mit ihm in regelmäßiger telefonischer Verbindung. Er hat noch ein Anliegen: seine Frau ist im Harz evakuiert, wohin die Amerikaner vorstoßen; soweit bekannt, genieren sie sich nicht, auch die Angehörigen von „Naziführern" zu verhaften. Wenn möglich, soll ich sie noch abholen und auch zum Zug nach Jüterbog bringen. Dementsprechend erhalte ich von der Führeradjutantur Fahrbefehl und Benzingutscheine; ein kleiner Wagen älteren Typs steht in meiner Garage in Wannsee, und so werde ich mich morgen auf den Weg machen.

Unterdes habe ich meine kleine Privatwohnung, die noch unbeschädigt ist, weitervermietet, auch einige Kisten gepackt für den Fall, daß sie irgendwann einmal abgeholt werden können. Noch einige Male besuche ich das Büro, ordne die unerledigten Vorgänge und übergebe sie dem Leiter der Abteilung „Deutsche Presse"; weder für Dietrich noch für mich ist ein Nachfolger bestellt worden.

Heute mittag verabschiedete ich mich auch von den Freunden und Bekannten in der Reichskanzlei. Noch einmal saß ich am runden Tisch, um die einfache Mahlzeit mit ihnen zu teilen. Während wir beim Essen versammelt sind, tritt der Diener in den Raum: „Der Führer bittet die Herren sitzen zu bleiben" – gleich darauf kommt er im Mantel und mit Mütze, von seiner Schäferhündin begleitet aus dem Garten und kehrt in den

Bunker zurück. Tief in Gedanken hebt er mechanisch den Arm zum Gruß, sonst beachtet er uns nicht.

1965: „Nie“ und „immer“

9. April 65

Herr Kossygin, seit Chrustschows Sturz Rußlands derzeitiger Regierungschef, hat Schlesien bereist und hat – um die Polen wieder fester an die Kandare zu bekommen – mit starkem Wort erklärt: „Die Deutschen werden Breslau *nie* wiedersehen.“

Wenn wir und die, auf die wir vertrauen, *immer* so weitermachen wie heute, könnte er recht haben.

Aber was heißt „immer“ oder gar „nie“ in der europäischen Geschichte?

1945: Fahrt mit Hindernissen

12. April 45

Nach einigen Abenteuern haben wir den Zug erreicht, der jetzt langsam, oft angehalten, zunächst Richtung Prag rollt. Im Laufe des Nachmittags haben wir Dresden durchfahren: immer noch ein furchtbarer Anblick – schwarze Ruinenfelder soweit das das Auge reicht; nur die Bahnstrecke wurde in Ordnung gebracht, auch der Hauptbahnhof ist wieder in Betrieb.

*

Vorgestern hatte Berlin mittags wieder einmal Vollalarm. Es folgte allerdings kein Angriff. Die Einflüge richteten sich auf andere Ziele im norddeutschen Raum.

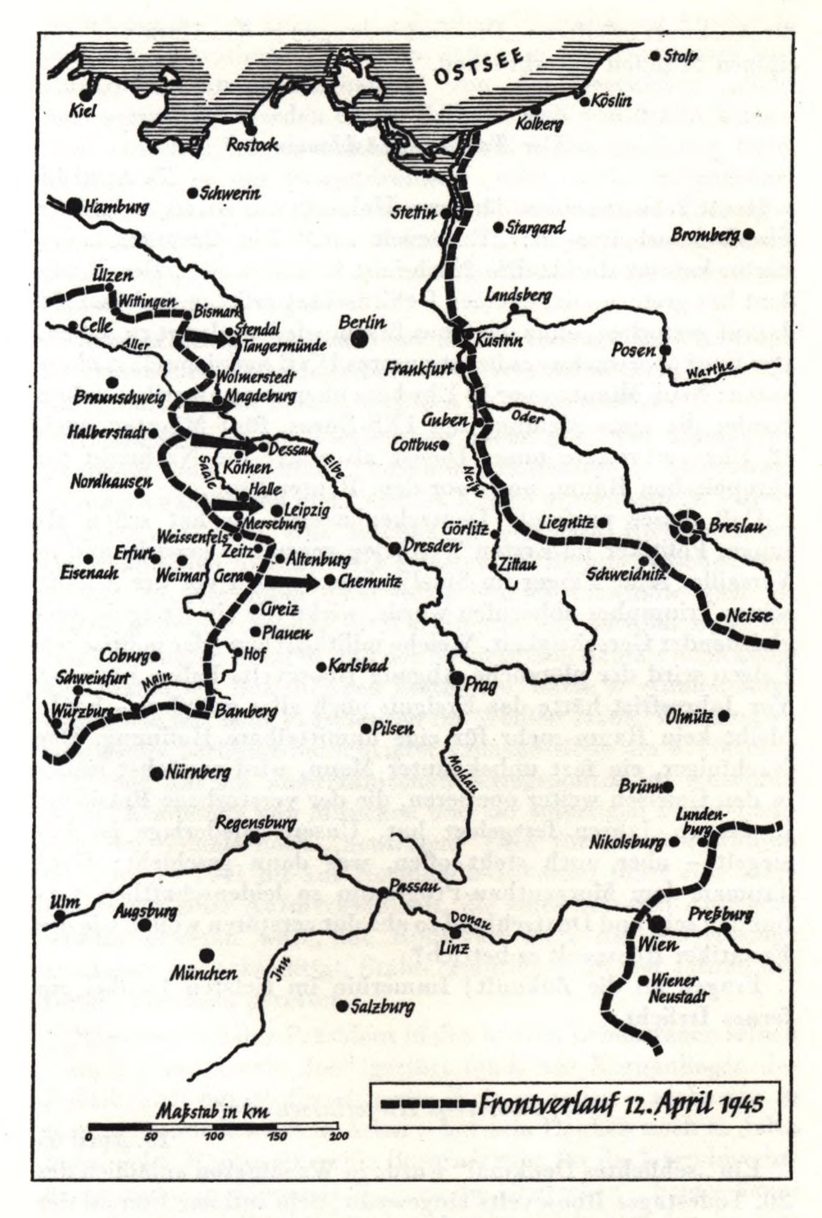
Erst nach dem Alarm verkehrte die S-Bahn; im dichtgedrängten Zug kam ich endlich nach Wannsee; bis der Wagen fahrbereit gemacht war, wurde es spät nachmittags. Dann allerdings war die Fahrt – man hatte mir 3–4 Stunden ungefähre Fahrzeit angesagt – zunächst ungestört. Erst als ich bei Dessau von der Autobahn abbiegen mußte und es dunkel geworden war, wurde es ernst. Feindliche Einflüge in Richtung Halle. In der stockdunklen Nacht muß ohne Licht gefahren werden, lange Halte sind unvermeidlich. Ferne und auch nähere Einschläge und Brände; Schrittfahrt durch Ortschaften, in denen nach der Entwarnung noch alles unterwegs ist usw.

Kurzum: es war schon heller Morgen als ich endlich in Braunlage ankam.

Dort herrschte merkwürdiges Treiben. Da der Ort Lazarettstadt ist, ließen sich die zahlreichen Rote-Kreuz-Fahnen aus vielen Häusern erklären, aber daß an allen Läden lange Menschenschlangen standen, die Hausfrauen mit Tragtaschen, ja Kübeln ausgerüstet, auf Vorrat einkauften, deutete auf eine ungewöhnliche Situation. In der Tat: die Amerikaner haben gestern Goslar und das nahegelegene Harzburg besetzt. Frau Dietrich ist dennoch die Ruhe selbst, meint, ich solle mich zunächst ausruhen, versorgt ihr kleines Töchterchen, das unter der Obhut der Großmutter zurückbleibt. Ich mag anderthalb Stunden auf dem Sofa geschlafen haben, als mich eine innere Unruhe veranlaßt, wieder aufzustehen und den nahegelegenen Marktplatz zu inspizieren. Dort macht sich gerade ein Wehrmachts-Fahrzeug mit Offizieren fertig – ebenfalls mit großer Rotkreuzflagge –, offenbar um den Amerikanern entgegenzufahren.

Von den Straßen sind die Hausfrauen verschwunden, dafür treten ausländische Arbeiter in Erscheinung. Ein Zug deutscher Infanterie marschiert in zwei Reihen müde über den Platz. Das sieht nach Nachhut aus. Ich veranlasse Frau Dietrich nun zum Aufbruch und nach einer weiteren Stunde fahren wir los. Die deutsche Bevölkerung hat sich in die Häuser zurückgezogen, die Ausländer säumen den Straßenrand und einige Weiber haben rote Armbinden angelegt, die „Befreier" zu begrüßen. Die vorher so belebte Straße ist wie leergefegt. Auf Wiedersehen Braunlage!

Auch die Tagfahrt hat ihre Schwierigkeit. Der Himmel hängt voll amerikanischer Jagdmaschinen. Ein Unteroffizier, der mitgenommen werden wollte, setzte sich als Beobachter vorne auf den Kotflügel. In stundenlanger vorsichtiger Fahrt – teils um den Beifahrer nicht zu verlieren, teils um auf seine Warnung hin rasch aus dem Wagen und in den Graben springen zu können – erreichen wir schließlich unser Ziel, den Güterbahnhof Jüterbog, wo der Zug auf einem Nebengeleis abgestellt ist; im Pressewagen erwartet man uns. Der Wagenmeister strahlt, als er uns sieht. Er hat versucht, mich in Braunlage telefonisch davon zu unterrichten, daß die Abfahrt vorverlegt wurde. Aber er hat



Vor dem Beginn des russischen Angriffs auf Berlin

die Auskunft erhalten: „Die Verbindungen in den Harz sind seit einigen Stunden unterbrochen.“

Der Tod des Präsidenten

13. April 45

Heute früh bei einem längeren Halt ruft uns ein tschechischer Eisenbahnarbeiter zu: „Roosevelt tot.“ Ein Gespräch nach Berlin kommt durch. Die Nachricht bestätigt sich. Der Präsident hat gestern mittag einen Gehirnschlag erlitten und ist bald darauf gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Funküberwachungsdienst unseres DNB hat sich selbst überboten: Neun Minuten vor 18 Uhr kam über einen amerikanischen Sender die erste Meldung des INS-Büros, fünf Minuten nach 18 Uhr verbreitete unser Dienst als erster die Nachricht im europäischen Raum, noch vor dem Reuter-Büro.

Daß dieser profunde Deutschenhasser – er hat schon als junger Politiker im Ersten Weltkrieg gegen uns gewirkt und in Versailles seine Finger im Spiel gehabt – noch vor der Stunde seines Triumphes abberufen wurde, wirkt wie ein Ereignis ausgleichender Gerechtigkeit. Welche militärischen oder politischen Folgen wird der plötzliche Abgang Roosevelts haben können? Vor Jahresfrist hätte das Ereignis noch alles geändert – heute bleibt kein Raum mehr für eine unmittelbare Hoffnung. Der Nachfolger, ein fast unbekannter Mann, wird zunächst sicher in den Geleisen weiter operieren, die der verstorbene Präsident in langen Jahren festgelegt hat. Unsere Niederlage ist besiegelt – aber noch steht offen, was dann geschieht: Wird Truman dem Morgenthau-Programm so leidenschaftlich verbunden sein und Deutschland so absolut zerstören wollen wie der Fanatiker Roosevelt es betrieb?

Fragen an die Zukunft! Immerhin im tiefsten Dunkel ein fernes Irrlicht.

1965: Roosevelts Hinterlassenschaft

13. April 65

Ein „schlichtes Denkmal“ wurde in Washington anläßlich des 20. Todestages Roosevelts eingeweiht. Sein intimer Freund der einstige Moskauer und heutige Sonder-Botschafter Harriman

sprach aus diesem Anlaß und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der verstorbene Präsident wegen seines „Versuches mit Rußland zusammenzuarbeiten“ von der Geschichte „nicht hart verurteilt“ werden dürfe. Er habe sich von Stalin keineswegs täuschen lassen, und wenn er am Leben geblieben wäre, hätte auch er der Sowjetdrohung „sehr rasch“ entgegengewirkt. ... Die Vereinigten Staaten müßten sich des Vorwurfes erwehren, daß sie schuld am kalten Krieg seien, wenn sie die Nachkriegspolitik des Kremls abgelehnt hätten, bevor die Beweise erbracht waren.

Genauer gesagt: Deutschland mußte zerstückelt, Osteuropa dem russischen Herrschaftsbereich einverleibt werden, bevor die Amerikaner Anlaß hatten, dagegen zu protestieren!

Harriman weiß in Wirklichkeit recht gut, daß Roosevelts „Versuch mit Rußland zusammenzuarbeiten“, keineswegs ahnungslos und auch nicht erst im Kriege unternommen wurde, sondern seit 1933 eine nachhaltig verfolgte Richtlinie der amerikanischen Außenpolitik gewesen ist. Bereits zwischen dem 7. und 25. November 1933 hielt Maxim Litwinow sich als Sondergesandter Stalins in Washington auf, obwohl zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion damals noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden, hatte er stundenlange Gespräche mit dem Präsidenten im Weißen Haus. Von dort zu Roosevelts berühmt-berüchtigter Chicago-Rede am 5. Oktober 1937 zur offenen amerikanischen Kriegspolitik im Anschluß an die Konferenz von München und zur sofortigen Pacht-Leihhilfe der damals noch „neutralen“ USA für die Sowjetunion im Sommer 1941 bis zur Normandie-Invasion führt *eine* klare Linie: Mit einer Aufmerksamkeit, die eines besseren Anliegens würdig gewesen wäre, hat Roosevelt stets die sowjetischen Interessen berücksichtigt, Stalin ermutigt, ja in den Jahren der Gefahr geradezu gerettet.

Mag sein, daß der Präsident in den letzten Lebenstagen seinen Traum vom „Uncle Joe“ gestört fand, das Kernanliegen der Politik, sich mit Rußland in die Welt zu teilen – nicht nur in Europa, sondern auch in Asien – hat sein Denken noch in Jalta beherrscht. Roosevelts stille Bewunderung für die Kremlmachthaber und sein offener Haß gegen die Deutschen – beides Emotionen eines vielleicht kranken Gehirns – haben das heutige

Weltchaos zustande gebracht. Roosevelts Hinterlassenschaft stellt die Gegenwart immer noch vor unübersehbare Aufgaben.

1945: Bestürzung in Moskau, Angriff an der Oder

15. April 45

Nach dreitägiger Bahnfahrt endlich in Berchtesgaden: Dr. Dietrich wird von Lorenz noch regelmäßig telefonisch orientiert und hat sich auch sonst in alter Routine die gewohnten Nachrichtenquellen erschlossen.

Noch am Tag von Roosevelts Tod wurde dessen letzter Bericht an den Kongreß geleitet. Darin ist das Programm der „UNRRA“ erörtert, die eine internationale Wohltätigkeits-Organisation sein soll. Sogar zu diesem Thema gelang es dem Präsidenten, Haßerfülltes auszusagen. Er erklärte, daß Deutsche keinesfalls irgendwelche Unterstützung erhalten würden. Dieser Mann ist bis zur letzten Minute der gleiche geblieben.

Im Auftrag Roosevelts weilte – ebenfalls am 12. April – sein persönlicher Berater Bernard Baruch in Frankfurt und besprach, wie es in den Meldungen hieß, mit hohen amerikanischen Offizieren „die Probleme der Militär-Regierung in Deutschland“.

In Moskau ist man über den Tod des Präsidenten bestürzt. Nach Londoner Berichten war Roosevelt für die Russen „die Personifizierung des aufgeklärten amerikanischen Liberalismus“. Gestern hat Molotow persönlich an einem Gedenkgottesdienst in der amerikanischen Botschaft in Moskau teilgenommen, bei dem nicht nur ein frommes Gebet gesprochen, sondern auch der Choral angestimmt wurde: „Vorwärts christliche Soldaten“. Ob der sowjetische Außenminister mitgesungen oder diese Darbietung dem Botschafter Harriman überlassen hat, wird nicht berichtet.

*

Noch vor dem Eintreffen der Todesnachricht in Moskau hatte Ilja Ehrenburg seine Giftspritze auch gegen die Westalliierten gerichtet. Im „Roten Stern“ polemisierte er gegen einen Aufruf den der Bischof von Münster in den von den Engländern besetzten Gebieten Westfalens erlassen hat und in dem gesagt sein soll, der Bolschewismus müsse von Deutschland ferngehalten

werden. Außerdem seien dort die ausländischen Arbeiter aufgefordert worden, zur Frühjahrsbestellung auf ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu bleiben. In solchen Ankündigungen erkennt Ehrenburg wütend eine Erklärung dafür, daß die Westalliierten deutsche Städte „per Telefon" erobern, während die Russen härtesten deutschen Widerstand niederkämpfen müssen. Allein in Königsberg habe man mehr deutsche Soldaten töten müssen als Engländer und Amerikaner zusammengenommen während ihrer ganzen gegenwärtigen Offensive gefallen seien.

Der englische Bericht, der diesen Artikel zitiert, erklärt, daß Ehrenburg sich zwar besonders schroff ausgedrückt habe, daß aber andere Kommentatoren sich in Moskau ähnlich äußern*.

---

* Zur Schlacht um Berlin sind auch nachträgliche sowjetische und amerikanische Veröffentlichungen zu verzeichnen. Im Zeichen der „Entstalinisierung" haben sowjetische Generale erklärt, sie seien von Stalin gehindert worden, bereits früher gegen Berlin anzutreten, als es Mitte April 1945 geschehen ist. Angesichts der für die sowjetische Führung erkennbaren (oder ihr durch Spionage bekanntgewordenen?) Absicht Hitlers, dem russischen Aufmarsch durch Flankenangriffe zu begegnen, war es allerdings für Stalin vernünftige Strategie, diese Gefahr vor Beginn der letzten Schlacht möglichst auszuschalten. Da die deutsche Widerstandskraft infolge des amerikanischen Vordringens im Westen von Tag zu Tag schwächer wurde und er sich zu Lebzeiten Roosevelts sicher war, daß die Reichshauptstadt dem sowjetischen Operationsbereich reserviert blieb, bestand für Stalin kein Anlaß zur Eile. Bemerkenswert ist, daß der russische, Angriff an der Oder wenige Tage nach Roosevelts Tod begann; auch auf dem diplomatischen Gebiet reagierte Stalin sofort auf dieses unerwartete Ereignis, indem er Molotow nach Washington entsandte, um sich zu vergewissern, daß der neue Präsident die Geheimabsprachen mit Roosevelt einhalten werde (vgl. dazu Sündermann: „Potsdam 1945 Ein kritischer Bericht" Seite 91ff.).

Daß die Amerikaner an der Elbe aus *politischen* Gründen Halt machten und die ihnen von deutscher Seite eingeräumte Möglichkeit, Berlin zu nehmen, bewußt nicht nutzten, ist seither von unterrichteten Amerikanern mehrmals angedeutet worden. So erklärte der amerikanische Senator Robertson am 28. Januar 1965 in Washington, Präsident Roosevelt habe in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber ausdrücklich befohlen, der sowjetischen Armee die Chance zu geben, die deutsche Hauptstadt zu erobern. An diesem Befehl ist offenbar auch ein Plan des Eisenhower-Hauptquartiers gescheitert, das im März 1945 eine Voraus-Luftlandeoperation in und bei Berlin vorbereitet hatte. Wie der frühere Fallschirmjäger-General James Gavin im November 1963 in einem Fernseh-Interview in New York berichtete, waren für dieses Unternehmen bereits zwei amerikanische und eine britische Fallschirmdivision eingeteilt und taktische Einzelheiten festgelegt worden. Gavin erklärte, wörtlich: „Ich weiß nicht, weshalb wir den Russen

Gestern sind die Russen im Raum Frankfurt/Oder zum Angriff angetreten, haben allerdings bisher selbst nichts darüber gemeldet. Trotz beträchtlichen Einsatzes sind ihnen bisher nur geringe Geländegewinne gelungen, und man ist in Berlin nicht ohne Hoffnung hinsichtlich des weiteren Verlaufes der Schlacht. Als sehr stark wird die feindliche Artillerie bezeichnet.

Erstaunlich ist, daß die Amerikaner zwei Brückenköpfe, die sie bei Magdeburg über die Elbe gebildet haben, wieder räumen und das sogar bekanntgeben.

Die Russen haben das niederösterreichische Ölgebiet Zistersdorf besetzt und sind in Wien eingedrungen. Moskau verbreitet Propagandameldungen, daß sie in der Kärntnerstraße und am Schwarzenberg-Platz Suppenküchen für die Bevölkerung eingerichtet haben.

Der Führer hat einen Tagesbefehl an die Heeresgruppe

---

erlaubt haben, Berlin zu nehmen. Sicherlich hätten wir es nehmen können, wenn wir gewollt hätten. Darüber gibt es keinen Zweifel" (Zitat nach „Times", London 11. November 63).

Schließlich hat General Eisenhower am 20. Dezember 1965 in einem Interview mit der „Washington Post" erklärt, nach seiner Ansicht sei der Krieg „am 16. Januar 1945" (also bei Beginn der russischen Offensive an der Weichsel) für die Alliierten bereits gewonnen gewesen. Die Entscheidung sei mit dem Fehlschlag der deutschen Ardennenoffensive gefallen. Nur die Forderung des Präsidenten Roosevelt nach „bedingungsloser Kapitulation" habe den Krieg noch verlängert. Ohne diese Formel hätte der Krieg zwei bis drei Monate früher beendet sein können. Dieser Eisenhower-Erklärung trat die sowjetische Armee-Zeitung „Roter Stern" Anfang Januar 1965 mit Schärfe entgegen: „Eisenhower und seine Jasager aus dem Lager der westdeutschen Militärs wiederholen heute Goebbels' Propaganda." Es sei nicht nur Roosevelts Forderung, sondern die „übereinstimmende Haltung der Verbündeten" gewesen, „den Faschismus entscheidend zu vernichten und seine Folgen zu beseitigen, ohne sich auf irgendwelche Verhandlungen mit den faschistischen Führern einzulassen". Überdies sei „wohlbekannt, daß sich die amerikanischen und britischen Truppen bei den Ardennenoperationen selbst am Rande einer Niederlage befunden" hätten. (Zitate nach FAZ, 7. Januar 65). Nur darin habe Eisenhower recht, wenn er sage, nach der Ardennenschlacht sei „alles zu Ende" gewesen. Die deutschen Armeen hätten den Amerikanern und Engländern „den Weg nach Osten freigegeben". Es habe auch eine Möglichkeit bestanden, den Krieg abzukürzen: aber nur durch einen früheren Beginn der Normandie-Invasion. Mit dieser Bemerkung kennzeichnete der „Rote Stern" unbeabsichtigt aber treffend die historische Tatsache, daß der russische Vorstoß nach Mitteleuropa ohne das amerikanische Eingreifen im Westen nicht möglich gewesen wäre.

Weichsel erlassen, die an der Oder kämpft: „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch, und Europa wird niemals russisch.“

1945/1965: Das Schicksal der Kosaken

16. April 65

Vor kleinem Kreis berichtet ein alter Herr in gebrochenem Deutsch vom Schicksal seines Volkes: den Kosaken.

Diese Krieger- und Reiterscharen, die jahrhundertelang in den Steppen am Don siedelten, fühlten sich dem russischen Zaren gegenüber als Verbündete und sie waren ein bedeutender Schutz für das große Reich; es gibt gute Gründe für die Erklärung, daß Napoleon 1812 in Wirklichkeit von den Kosaken besiegt worden ist. Unmittelbar nach dem Zarensturz – im März 1917 – wollten sich die Kosaken als selbständige Republik organisieren, denn sie sind weder Russen, noch Ukrainer. Aber ihr Wunsch fand schon bei Kerenski keine Gegenliebe, dem sie dennoch ihre Dienste nicht versagten und ihm den ersten Bolschewistenaufstand im Juni 1917 niederschlugen. Als dann im November Lenins zweiter Petrograder Putsch gelang, flüchtete Kerenski zu einem der beiden in der Nähe der Hauptstadt stehenden Kosakenregimenter, und diese Kosaken waren es auch, die den letzten Regierungschef des alten Rußland in Frauenkleidern über die Grenze schafften.

Mit den Bolschewisten kämpften die Kosaken dann noch drei Jahre lang, schließlich gingen alle ihre führenden Leute in die Emigration, auch unser alter Freund: es folgten zwei Jahrzehnte Domizil in Serbien und seither fast ein Vierteljahrhundert in Deutschland. Die Masse der in der Heimat zurückgebliebenen Kosaken blieben den Sowjets lästige Untertanen, bei der Kolchoseneinführung mußten tausende verhaftet und sogar kosakische Kommunisten erschossen werden. Als 1941 die große Wende gekommen schien, meldete sich die junge Kosakengeneration aus der alten Heimat und aus der Emigration fast geschlossen zu den deutschen Fahnen, hier glaubten sie für die Erfüllung ihrer alten Sehnsucht kämpfen zu können: für einen eigenen Kosakenstaat. Dieser Traum zerrann bereits, als in der deutschen Wehrmachtsführung die Vorstellung einer Zusammenarbeit mit dem „großrussisch“ eingestellten General

Wlassow* Gestalt gewann. Eine beispiellose Kosakentragödie spielte sich dann knapp drei Wochen nach der deutschen Waffenniederlegung und wenige Tage nach der Verhaftung der letzten Reichsregierung Dönitz ab: Sowohl bei Völkermarkt in Kärnten wie bei Lienz in Osttirol waren die im Rahmen der deutschen Wehrmacht kämpfenden Kosakenverbände in Gefangenenlagern unter britischer Aufsicht zusammengefaßt. Den Mannschaften wurde erklärt, sie würden nach Italien verlegt werden und dort Gelegenheit erhalten, in die britischen Dominions auszuwandern. Die Offiziere wurden unter dem Vorwand einer beim Feldmarschall Alexander vorgesehenen „Besprechung" in Omnibusse verladen. Beide Aktionen hatten nur den Sinn, die Kosaken über das ihnen zugedachte Schicksal zu täuschen. Kaum hatte der Abmarsch nach „Italien" begonnen, als sich die Regimenter überfallartig von britischen Panzern umstellt sahen. Sie wurden in Gruppen aufgeteilt und dann ausnahmslos den Sowjets ausgeliefert einschließlich vieler Hunderter, die niemals sowjetische Staatsbürger gewesen waren, weil sie oder ihre Eltern schon 1917 – 1920 aus Rußland emigrierten.

Der politische Hintergrund dieser meuchelmörderischen Kosakentragödie ist leider allzu durchsichtig. Ende April und Anfang Mai 1945 war es – sehr im Gegensatz zur Lage in und um Berlin – zu einem Wettrennen Richtung Triest und Klagenfurt zwischen den britischen Truppen des Feldmarschalls Alexander und den sowjetisch-dirigierten Tito-Partisanen gekommen. Die Engländer waren die schnelleren gewesen, und es gelang ihnen, den serbischen Vormarsch vor seinen Zielen aufzuhalten, nicht ohne daß es zu Schießereien zwischen ihnen und ihren „Verbündeten" gekommen und ein Waffenstillstand nötig geworden war. Da kamen die kriegsgefangenen Kosaken den Engländern gerade gelegen, um die Russen wieder zu besänftigen. Die Städte Klagenfurt und Triest blieben Stalin vorenthalten, aber gewissermaßen zum Trost wurden ihm am 27. und 28. Mai 1945 tausende von Kosaken übergeben. Der deutsche Kommandeur der Kosakendivison, General von Pannwitz, wurde in Moskau am 16. Januar 1947 hingerichtet, die anderen Offiziere erwartete irgendwo ein unbekanntes Katyn.

---

* Vgl. dazu Seite 197.

Trotz dieser bitteren historischen Erfahrung, von der er nur stockend berichtet, ist der alte Herr mit unerschütterlicher Zuversicht davon überzeugt, daß sein Volk wieder aufersteht, daß die in aller Welt zerstreut lebenden drei Millionen Kosaken den Tag der nationalen Zusammenführung und Selbständigkeit doch noch einmal erleben werden.

1965: Stimme von „drüben" – Hoffnung begraben?

17. April 65

Ein Bekannter war „drüben" im Leipziger Bereich, bei guten Freunden, einer Lehrersfamilie, die die Entwicklung kritisch beurteilt. Die Anti-Bonn-Propaganda des Regimes bleibt nicht ohne Wirkung, wenn sie auch nicht ganz im Sinne Ulbrichts aufgefaßt wird. Man ist bitter geworden gegenüber unserem Gerede, dem „Tun-als-ob", dem weihnachtlichen „Lichter-in-die-Fenster"-Stellen, den 17. Juni-Feiern und sieht dies als das was es ist: als unaufrichtigen, bauchsatten Ersatz für ernsthaftes und zielstrebiges Handeln. Im Herbst 1963, nach Kennedys „Ich-bin-Berliner"-Rede ging ein Hoffen durch die Zone (es war gewiß ein trügerisches), aber in Johnson sieht man (vermutlich mit Recht) einen an den Deutschen ganz uninteressierten Zweckmäßigkeits-Politiker und die meisten Westdeutschen rechnet man zu seinem Gefolge.

Daß der Bau der Berliner Mauer geduldet wurde und daß sie heute geradezu anerkannt ist, verbunden mit der Predigt von der „Gewaltlosigkeit", gilt als Beweis dafür, daß vom Westen bis auf weiteres nichts zu hoffen ist und man sich mit den Russen, so gut es geht, einrichten muß. Natürlich weiß jeder, daß das auf die Dauer nicht möglich ist. Man verhält sich ähnlich, wie sich die Sudetendeutschen nach 1918 der tschechischen Herrschaft fügten, weil sie wußten, daß die damaligen Wiener und Berliner Regierungen um ihretwillen nichts zu riskieren wagten (und es – außenpolitisch schwach wie sie waren – auch nicht konnten).

1945: Letzte Gespräche mit Berlin

18. April 45

Mein während der langen Bahnfahrt entworfener letzter Artikel wird wohl nur noch die Münchner Ausgabe des „Völki-

schen Beobachters" erreichen. Ich versuche, den Blick von der Katastrophe des Tages auf die Gefahr von morgen zu richten:

„Der anstürmende Feind mag unsere Grenzen überfluten, mag unsere Gaue verwüsten, unsere Volksgenossen mißhandeln, besiegt hätte er uns erst, wenn wir uns selbst vergäßen, wenn wir unseren Lebenswillen hingäben, wenn wir die Erinnerung an unsere Vergangenheit aus dem Gedächtnis und den Glauben an die Zukunft aus unserer Hoffnung streichen würden. ... Der Feind führt seinen Kampf mit dem offen verkündeten Ziel, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu vernichten. Seine militärischen Operationen sind deshalb nur ein Teil seines Programms. Ein zweiter Abschnitt des Kampfes steht noch bevor: Der Angriff auf den Gemeinschaftsgeist, den Lebenswillen, auf die Quellen der deutschen Volkskraft. Auf diesen weiteren Angriff des Feindes gilt es, sich nüchtern und entschlossen vorzubereiten."

*

Dr. Dietrich sagt: „Es bleibt uns nichts erspart – jetzt beginnt die Greuelpropaganda."

Er meint Meldungen, die gestern von den Amerikanern über das von ihnen bereits am 11. April überrollte Konzentrationslager „Buchenwald" bei Weimar verbreitet wurden. Dort habe man 21000 Gefangene als „lebende Wracks" angetroffen; seit Januar seien fast ebensoviel Häftlinge in diesem Lager verhungert. Gestern – also eine Woche nach der Besetzung des Lagers – hat man tausend Einwohner Weimars unter Aufsicht amerikanischer Militärpolizei nach Buchenwald marschieren lassen, um Leichen zu besichtigen. Das Lager wird derzeit von einem „Häftlingsausschuß" verwaltet; trotz sofortiger Fürsorge sterben angeblich täglich noch an die vierzig der bisherigen Insassen.

Heute melden die Engländer Ähnliches aus einem Lager Belsen bei Bremen. Ein britischer Sanitäts-Offizier berichtet von mehreren tausend Typhusfällen in diesem Lager und von einem „fünfzig Meter langen, dreißig Meter breiten und zwei Meter hohen" Leichenhaufen unbestatteter Typhus-Toter. Es habe in dem total überfüllten Lager sogar an Wasser gemangelt. Nach der Besetzung habe man die ausgehungerten Insassen mit Gewalt daran hindern müssen, die Vorratslager zu stürmen. Der Lagerkommandant, „ein typischer brutaler Deutscher",

habe ihm bei einer Rundfahrt selbst ganze Gruppen von Sterbenden gezeigt. Noch während der Übernahme des Lagers sei von deutschen Wachmannschaften auf Häftlinge geschossen worden.

Während die Amerikaner Zivilbevölkerung aus Weimar nach Buchenwald geschafft haben, lassen die Engländer deutsche Kriegsgefangene durch Belsen marschieren; eine „Bilddokumentation" wird angekündigt.

Damit nicht genug: Eine Gruppe britischer Unterhaus-Abgeordneter ist vom Hauptquartier Eisenhowers eingeladen worden, Buchenwald zu besichtigen.

20. April 45

Der Russen-Angriff auf Berlin beginnt sich jetzt voll zu entfalten; heute früh hat Moskau erstmals zugegeben, daß der Großangriff auf die Reichshauptstadt im Gange ist. Ein sowjetischer Durchbruch scheint bei Forst erzielt worden zu sein. Der heutige OKW-Bericht spricht davon, daß die Schlacht gegen den „russischen Massenansturm in voller Erbitterung tobt".

Im gestrigen Telefongespräch mit Lorenz hat dieser Dr. Dietrich davon unterrichtet, daß der Führer zu den englischen und amerikanischen Greuel-Berichten über Buchenwald und Belsen vom Reichssicherheits-Hauptamt die Auskunft erhalten hat, es sei kein wahres Wort daran. In Belsen hätten die Engländer in das Lager hineingeschossen und dadurch seien Verluste entstanden. Der Führer hat eine scharfe Richtigstellung angeordnet, die möglichst noch heute in den Berliner Blättern erscheinen und über alle noch funktionierenden Dienste verbreitet werden soll*.

---

* Auf die Veröffentlichung der angekündigten „Richtigstellung" haben wir damals in Berchtesgaden vergeblich gewartet. Hitlers letzte Presseweisung war noch am gleichen Tag von ihm widerrufen worden. Als das Material für die Presseveröffentlichung zusammengestellt werden sollte, hatte man Hitler doch noch zutreffend gemeldet, daß der ihm zunächst erstattete „Bericht" über die Vorgänge in Belsen falsch war und daß „in den letzten Wochen" tatsächlich „ernste Mißstände" in den Konzentrationslagern eingetreten seien – vor allem durch die Rückführung von Häftlingen bei Feindannäherung und durch Überfüllung der in deutscher Hand verbliebenen Lager.

Anstelle der beabsichtigten Presseaktion erteilte Hitler dem Auswärtigen Amt den Auftrag, durch Vermittlung der Schweizer Regierung den Alliierten

Zur Lage sagte Lorenz, man habe noch Hoffnung, die Russen von Berlin wegzuhalten.

Heute hat Dr. Dietrich vergeblich versucht, die Reichskanzlei anzurufen; das Gespräch ist nicht durchgekommen. Auch Lorenz hat sich nicht wieder gemeldet.

*

Der amerikanische General Bradley, dessen Truppen die Elbe erreicht haben, teilte in einer Pressekonferenz in seinem Hauptquartier ausdrücklich mit, daß seine Armeegruppe zunächst dort stehen bleibt. „Wir haben diese Phase unserer Operationen abgeschlossen und müssen uns jetzt auf die nächste vorbereiten. Wir haben eine bestimmte Linie erreicht, an der es nötig ist, eine Pause einzulegen bevor wir eine neue Operation beginnen. Lassen wir die Deutschen darüber nachdenken, was als Nächstes geschehen wird."

Auf Fragen der Korrespondenten, die auch hier deutsche Greuel erfahren wollen, gab General Bradley ausweichende Antworten. Seine Truppen hätten hunderttausende von „Gefangenen" (er meint wahrscheinlich auch ausländische Arbeiter) befreit; in einigen Lagern seien Hungersituationen angetroffen worden, in anderen jedoch normale Zustände.

Bradleys Pressekonferenz und seine Äußerungen über das Stehenbleiben an der Elbe sind orakelhaft und undurchsichtig – angesichts des Russenangriffs an der Oder und der Tatsache, daß die Amerikaner in Magdeburg auch nur hundert Kilometer von Berlin entfernt angekommen sind.

---

mitzuteilen, daß keine weiteren Gefangenenlager mehr geräumt, sondern sie den Feindmächten bei Annäherung übergeben werden sollten. Der Erhalt und die Annahme dieses Angebotes wurde in Washington am 23. April 1945 offiziell bestätigt.

Einige Tage vorher – am 12. April – hatte das amerikanische Kriegsministerium eine Verlautbarung über die Verhältnisse in deutschen Kriegsgefangenenlagern veröffentlicht und zu dem „erbarmungswürdigen Zustand" befreiter amerikanischer Kriegsgefangener mitgeteilt, daß die Verhältnisse in den Lagern bis Mitte Dezember 1944 „einigermaßen gut" gewesen seien. Dann sei jedoch das deutsche Transportsystem zusammengebrochen: „Das Versorgungsproblem wurde kritisch, und es wurde auch unmöglich, Rote-Kreuz-Sendungen zu den Lagern durchzubringen" (Zitat nach „Times", London, 13. April 1945). Die propagandistische Auswertung der in den Lagern angetroffenen Zustände setzte erst einige Tage nach dieser Verlautbarung ein.

An anderen Stellen geht der amerikanische Vormarsch ohne jegliche „Pause“ weiter: Sie haben die Stadt Halle durchschritten und im Erzgebirge Zwickau erreicht. In Süddeutschland dringt der Gegner in der Oberpfalz und in Württemberg vor.

1948: Nachschrift – Berlin Ende April 1945

10. Oktober 48

Seit zwei Tagen bin ich wieder ein „freier Mann“ – soweit ein Deutscher heute „frei“ sein kann in seinem Vaterland, das von fremden Mächten politisch geteilt, militärisch besetzt und geistig kontrolliert ist.

Dr. Dietrich ist noch in Nürnberg als Angeklagter im „Wilhelmstraßen“-Prozeß*, nicht weniger als dreizehn Monate lang

---

* Am 13. April 1949 wurde Dr. Otto Dietrich in Nürnberg zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch bereits im Sommer 1950 aus der Landsberger Haft entlassen. Er starb am 22. November 1952 in Düsseldorf.

Zur vorzeitigen Haftentlassung des ehemaligen Reichspressechefs hat die kritische „Abweichende Meinung“ beigetragen, die Leon W. Powers, einer der drei amerikanischen Richter des Wilhelmstraßen-Prozesses, zur Urteilsfindung und -begründung dieses Gerichtes formuliert hat.

In der Sache Dietrich kritisierte Richter Powers insbesondere die im offiziellen Urteilstext niedergelegte Erklärung der beiden anderen Richter, Dietrich habe an einem „Programm zur Ausrottung der europäischen Juden mitgewirkt“ u.a.

„Im vorgelegten Beweismaterial findet sich kein Hinweis, daß der Angeklagte Dietrich irgend etwas mit der Formulierung oder der Durchführung eines solchen Programms zu tun hatte oder von der Existenz eines solchen Programms irgendwie in Kenntnis gesetzt war.“

Zu der in sich widerspruchsvollen Urteilsformulierung, wonach Dietrich die deutsche öffentliche Meinung dahin beeinflußt habe, daß sie „diesem Programm zustimmte“, indem er „die wahre Natur der Deportationen verheimlichte“, bemerkte Richter Powers mit Recht, daß der eine Vorwurf den anderen ausschließe und er stellte die Frage: „Warum wird dann Dietrich überhaupt verurteilt?“ (Zitate nach „Trials of War Criminals before Nürnberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10“, Vol. XIV, Washington, US Printing Office, Seite 927).

In vorhergegangenen grundsätzlichen Ausführungen hatte Richter Powers in seiner „Dissenting Opinion“, die zwar nicht im Gerichtssaal verlesen, jedoch den Gerichtsakten beigegeben wurde und in der amerikanischen Dokumentenveröffentlichung im Wortlaut wiedergegeben ist, dargelegt:

„Nach meinem Urteil ist es unzutreffend zu sagen, daß alle Deutschen mit wenigen Ausnahmen an der Judenverfolgung beteiligt waren. ... Es ist nach meiner Ansicht auch ungenau anzunehmen, daß jede Erwähnung einer ‚Endlösung‘ der jüdischen Frage Ausrottung bedeutete. Tatsache

habe auch ich als internierter Zeuge an diesem Monstre-Unternehmen mitzuwirken gehabt, selbstverständlich auf der Seite der Verteidigung.

*

Im Laufe des mehrjährigen Weges durch Internierungslager und Gefängnisse habe ich so manchen alten Bekannten, manchen von denen wiedergetroffen, die die letzten Szenen in Berlin und in der Reichskanzlei miterlebt und sich dann in oft abenteuerlicher Weise nach dem Westen gerettet hatten. Stets galt meine erste Frage dem letzten Geschehen, dem Zeitraum zwischen jenem Telefongespräch vom 19. April und Hitlers Todesstunde.

Was aus all den Fragen und Antworten entstand, ist sicher kein erschöpfendes Bild – wie könnte ein solches so zufällig gewonnen werden – aber die großen Striche, die mir deutlich geworden sind und zuverlässig erscheinen, seien nachgezeichnet:

Am Abend des 19. April – dem Vorabend des Führergeburtstages – schallt zum letzten Mal die Stimme von Dr. Goebbels

---

ist, daß – als die ersten Maßnahmen gegen die Juden eingeleitet wurden – der Ausdruck ‚Endlösung' üblich wurde. In den Anfangsstadien bedeutete ‚Endlösung' erzwungene Auswanderung. Eine Zeitlang bedeutete das Wort Deportierung der Juden nach Madagaskar. Als ein Ergebnis der Wannsee-Konferenz bedeutete ‚Endlösung' Deportierung in Arbeitslager im Osten. Außer für einige wenige Initiatoren bedeutete sie niemals Ausrottung. Das Beweismaterial zeigt, daß das Programm der Ausrottung unter größter Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler instruierte Himmler mündlich, die Aktion zu beginnen (in diesem Punkt urteilt auch Richter Powers ohne Beweismaterial, vgl. Seiten 144 f.); Himmler wählte die Leute, die mit ihm in dieser Angelegenheit zusammenarbeiten und die Ausrottungen durchführen sollten, sorgfältig aus und verpflichtete sie zum Schweigen. Örtlichkeiten wurden bestimmt, die isoliert und überdies durch nahegelegene Arbeitslager getarnt waren, und das Programm wurde in wohlüberlegter Weise so durchgeführt, daß das deutsche Volk und alle, die mit dem Vorgang nicht unmittelbar zu tun hatten, daran gehindert wurden, zu erfahren, was vor sich ging. Das von seiten derer, die in dieses schreckliche Programm verwickelt waren, vorliegende Beweismaterial zeigt deutlich, daß über die ganze Angelegenheit nicht mehr als 100 Personen unterrichtet waren" (Richter Leon W. Powers, a. a. O. Seite 909 ff.).

Es ist bemerkenswert, daß diese Argumentation eines hohen amerikanischen Richters, der zwischen November 1947 und April 1949 das ganze Beweismaterial des umfangreichsten der Nürnberger „Kriegsverbrecher"-Prozesse sorgfältig durchgearbeitet hat, in der öffentlichen Diskussion über die „Endlösung" unbeachtet blieb.

durch den Äther: „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch.“ Diese aggressive Parole stimmte mit Hitlers Tagesbefehl vom 17. überein. Danach hatte er dem General Wenck den Auftrag zur Aufstellung einer Armee im mitteldeutschen Raum gegeben. Sie sollte in Richtung Berlin antreten, in die Schlacht um die Reichshauptstadt eingreifen und sie entscheiden.

Es klingt bereits der Grundgedanke an, der dann die nächsten Tage beherrscht – alle verfügbaren Kräfte dem Osten entgegenzuwerfen und die Dinge im Westen treiben zu lassen. Da auch nördlich und südlich von Wien noch gefestigte Truppenkörper stehen, erscheint unter dem Gesichtspunkt der Preisgabe des Widerstandes im Westen die Parole des 17. April nicht so absurd, wie sie sich auf den ersten Blick liest.

Der 20. April bringt in der Reichskanzlei noch die üblichen Gratulationen der Hausgemeinschaft, sogar kleine Geschenke werden überreicht. Frau K., die den Haushalt führt, hat ein Bild der Mutter des Führers einrahmen lassen – er läßt es in seinen Wohnraum bringen und dort besonders aufstellen.

Im Laufe dieses Tage verschlechtern sich die Nachrichten vom Vordringen der Russen, am Abend setzt ein Luftangriff ein, der im Gegensatz zu allen bisher gewohnten bis in die Morgenstunden andauert. Aus den militärischen Abendmeldungen ergibt sich, daß die Einschließung Berlins bald vollendet sein wird. Hitler entscheidet nun die Verlagerung der Reichsregierung; die Minister erhalten Auftrag, auf genau bezeichneten Straßen, die noch als feindfrei gemeldet sind, die Stadt zu verlassen. Göring hatte bereits in der Lagebesprechung davon gesprochen, daß er beabsichtige, nach Berchtesgaden zu gehen. Mit bewegungsloser Miene gab Hitler seine Zustimmung. Auch Göring fuhr mit dem Wagen, fand aber in der Gegend von Treuenbrietzen die direkten Straßen von den Sowjets bereits versperrt. Über Feldwege und abgelegene Dörfer mußte er den Weg nach Süden suchen.

In der Reichskanzlei ordnete Hitler an, daß sämtliche Frauen noch in der Nacht mit Flugzeugen nach Berchtesgaden fliegen sollten. Fräulein Braun und die Sekretärinnen bestanden aber darauf, in Berlin zu bleiben. Alles übrige weibliche und sonst nicht kampffähige Personal startete kurz nach der Ent-

warnung vom Tempelhofer Feld und erreichte im Laufe des Vormittags den Flugplatz Ainring bei Reichenhall. Sie brachten die letzte direkte Botschaft aus Berlin nach Berchtesgaden.

Die endgültige Entscheidung Hitlers, in Berlin zu bleiben – für alle, die ihn kannten, nicht überraschend – war schon gleich nach Beginn des russischen Angriffs an der Oder gefallen. Später, als die Stadt längst eingeschlossen war und Feldmarschall Schörner aus Prag noch einmal nach Berlin flog, in der Absicht, Hitler herauszuholen, wurde er zwar herzlich empfangen, stieß aber auf unüberwindlichen Widerstand: „Ich habe eine Hauptstadt – Wien – verloren, ich kann nicht auch noch Berlin verlieren." Goebbels bestärkte Hitler in dem Glauben, seine Anwesenheit werde den Widerstand Berlins so mobilisieren, daß die Stadt zu halten sei. Nachdem dann die Einschließung vollzogen war, drängten die Militärs energisch auf Abflug. Jodl sprach über die Verhältnisse in der eingeschlossenen Stadt das bekannt gewordene Wort, daß sie eine „Mausefalle" sei, in der man „nicht denken" könne. In manchen Köpfen scheint der Gedanke der „Alpenfestung" noch gespukt zu haben, deren Verteidigung den Krieg nicht unbeträchtlich hätte verlängern können. Hitler wollte nichts mehr davon wissen – er setzte alles auf die Karte Berlin, hier suchte er die letzte Entscheidung; alles andere erschien ihm sinnlos.

Auch die Schlacht um Berlin konnte freilich nach Lage der Dinge nur noch Einfluß auf die Frage haben, *wie* der Krieg verloren wurde, denn *daß* es zu keinem Verhandlungsfrieden mehr kommen konnte, stand wohl seit Remagen fest, aber es wäre gewiß von historischer und politischer Bedeutung gewesen, wenn der sowjetische Angriff abgeschlagen und die Reichshauptstadt trotz der amerikanischen „Pause" an der Elbe vom Westen her hätte besetzt werden müssen.

Zur ersten großen Krise auch der Hoffnung auf einen solchen letzten Erfolg kommt es in der Lagebesprechung des 22. April. Der Ring um Berlin ist bereits geschlossen, die Russen machen die ersten Vorstöße in das Stadtgebiet und beginnen mit der Artilleriebeschießung. Aus allen Nachrichten wird die Auflösung der Widerstandskraft zahlreicher Truppenteile deutlich. Hitler, der sonst jede Hiobsbotschaft mit Kritik, mit Forderungen und neuen Perspektiven zu beantworten wußte, gibt

sich in dieser Stunde zum ersten Male geschlagen – sein Urteil lautet: „Es ist alles zu Ende – es hat ja alles keinen Zweck mehr." Dieses Wort zieht sich durch die stundenlange Besprechung, die die letzte reguläre Lagebesprechung sein wird. Keitel und Jodl fordern erneut die Verlegung des Hauptquartiers. Hitler stimmt schließlich zu, aber er selbst wird in der Reichskanzlei bleiben – er verzichtet damit auf die weitere Führung der allgemeinen Operationen. Vergeblich weisen Keitel und Jodl ihn darauf hin, daß noch der ganze dänisch-norwegische Raum, daß Böhmen, Süddeutschland, die Alpen in unserer Hand sind, Hitler bleibt bei seiner Meinung: „Es hat ja alles keinen Zweck mehr." Jodl hat noch einen Vorschlag: Man könne jetzt der ganzen im Westen kämpfenden Truppe den klaren Befehl geben, kehrt zu machen und gegen Osten anzutreten. Dieser Gedanke belebt Hitler wieder: „Das ist eine Möglichkeit." Der Befehl wird erteilt. „Gott sei Dank – der Führer macht wieder mit", meint Jodl beim Weggehen.

Aber trotzdem bleibt Hitler in Berlin, an seinem Entschluß, hier das Ende abzuwarten, ändert sich nichts. Das Hauptquartier verlegt in den norddeutschen Raum. Dort ist Dönitz, für den Süden Kesselring als Höchstkommandierender bereits vorgesehen. Ihre Vollmachten, die sich auch auf den zivilen Sektor erstrecken, werden nun in Kraft gesetzt. Nach dieser erregenden Lagebesprechung spricht Hitler lange mit Bormann. Schließlich erhalten die beiden Stenographen, die, wie üblich die Lagebesprechung mitstenographiert haben, den Auftrag, mit dem Protokoll dieser letzten Gespräche nach Berchtesgaden abzufliegen. Als Hitler dann in seinen Wohnraum zurückkehrt, nimmt er die Pistole zur Hand und lädt sie prüfend durch. ... Zum ersten Male fällt der Satz, den Hitler dann noch mehrmals wiederholt: „Dem deutschen Volk kann jetzt nicht mehr der lebende, sondern nur noch der tote Hitler nützen."

Die nächsten Tage, in denen sich Hitlers militärisches Interesse auf die Lage in und um Berlin verengt, bringen Hoffnungen auf die Armee Wenck, die schließlich wenigstens mit Teilen antritt.

In den Vordergrund treten politische Ereignisse. Zunächst der mysteriöse Putschversuch Görings auf dem Obersalzberg. Der Reichsmarschall hatte von dem Verlauf der Lagebe-

sprechung des 22. April einen vielleicht etwas zu dramatischen Bericht erhalten; er ist der Meinung, daß ein „Zusammenbruch" Hitlers erfolgt sei und beschließt deshalb, seine bekannte Anfrage nach Berlin zu richten, die ihn nach Ablauf einer gesetzten Frist ermächtigen soll, die Führung des Reiches zu übernehmen. Der Eindruck des „Verrates", den dieser Schritt Görings in der Reichskanzlei auslöst, mag übertrieben gewesen sein – aber er ist jedenfalls entstanden und hat auf Hitler so gewirkt.

Das für die Stimmung des kleinen noch um Hitler verbliebenen Kreises niederschmetterndste Ereignis waren die Nachrichten von den Sonderverhandlungen, die Himmler ohne Wissen Hitlers über Schweden mit den Alliierten anzubahnen suchte, wobei er ganz offen bereits den Tod des Führers ankündigte und in die politische Rechnung einbezog*. Man erfuhr von diesen Verhandlungen erstmals durch eine Reuter-Meldung und durch Papiere, die Fegelein, der Verbindungsführer Hitlers zum Reichsführer SS bei seinem Fluchtversuch zurückgelassen hatte. Als Fegelein dann in Zivil aufgegriffen und zur Reichskanzlei zurückgebracht wurde, hat Hitler ihn wegen Fahnenflucht, aber auch wegen der aufgedeckten Teilnahme an Himmlers Aktion erschießen lassen. Der weitere Verlauf der Himmlerschen Verhandlungen wurde aus schwedischen Pressemeldungen bekannt. (Unser Pressedienst arbeitete bis zur Todesstunde Hitlers – amerikanische Korrespondenten haben noch nach vielen Wochen, als sie die teilweise ausgebrannten Bunkerräume besichtigten, in einer Schublade einige Blatt des „Führer-Materials", wie es in unserer Sprache hieß – mit dem Datum des 30. April aufgefunden.) Himmlers Versuch, die Nachfrage zu usurpieren, hat Hitler empört wie kein anderes

* In einer vom Hauptquartier General Eisenhowers am 2. Mai 1945 nach Hitlers Tod veröffentlichten Mitteilung wurde berichtet, Himmler habe am 24. April dem schwedischen Unterhändler Graf Bernadotte eröffnet, Hitler sei „so krank, daß er vielleicht bereits gestorben sei; keinesfalls werde er noch länger als zwei Tage leben". Dieses Vorbringen Himmlers wurde von Eisenhower zunächst als Argument benützt, um Dönitz' Nachfolgeproklamation vom 1. Mai 1945 anzuzweifeln. Einige Tage später wurde die Stellung des Großadmirals als Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht jedoch anerkannt und seine Vollmacht für die Unterzeichnung der Kapitulation gefordert.

Ereignis. Er wollte nicht nur keine deutsche Unterschrift unter ein politisches Kapitulationsdokument, er hatte sich auch von Himmler bereits seit einiger Zeit abgewandt. In Hitlers privaten Kreis war Himmler auch früher nie zugezogen worden. Obwohl er sich bei den Adjutanten im Laufe der Jahre mehrmals bemühte, eine Einladung zum Aufenthalt auf dem „Berghof" zu erhalten, ist er dazu kein einziges Mal aufgefordert worden. Himmler hatte sogar versprochen, er wolle „nicht über Politik sprechen". Trotzdem hat Hitler stets abgelehnt, wenn ihm diese Wünsche übermittelt wurden. Er meinte vermutlich Himmler, wenn er im kleinsten Kreis gelegentlich geradezu leidenschaftlich sagte: „Ich brauche die Polizei, aber ich hasse sie."

Mir selbst ist noch aus meiner Berliner Zeit eine Bemerkung erinnerlich, die mich damals überrascht hat: In einem Gespräch Ende März 45 wurde Hitler die Ernennung Himmlers zum Kriegsminister vorgeschlagen; die den Besucher überraschende sehr heftige Antwort lautete: „Niemals!"

In die „Orgie des Verrates" – Goebbels' Ausdruck in seinem Zusatz zu Hitlers Testament – kommt ein persönlicher Lichtblick durch einen Besuch Speers, der aus der Flensburger Gegend, wohin sein Ministerium verlagert war, noch einmal in das von den Russen bereits eng umschlossene Berlin fliegt, nur um – wie er sagt – „vom Führer menschlich Abschied zu nehmen". So wird sein Besuch im Bunker auch empfunden – als ein Strahl der Treue, der die düsteren Nebel der Verlassenheit durchbricht. Trotz mancher Auseinandersetzung, die es in den letzten Wochen vorher gegeben hat, spricht Hitler, nachdem der unerwartete Gast ihn wieder verlassen hat, in dankbaren und herzlichen Worten von dem Ereignis. Speer wird freilich ein knappes Jahr später dem Nürnberger Tribunal eine romantische Geschichte berichten, wie er es versucht habe, den Führerbunker unter Giftgas zu setzen!

Mit der Gewißheit des bevorstehenden Endes trat noch ein anderes persönliches Problem in Hitlers Gedankenkreis: sein Verhältnis zu Fräulein Eva Braun. Sie hatte seit fast zehn Jahren sein privates Leben geteilt, freilich mit einer äußeren Zurückhaltung, die ihr einen besonderen Platz unter den Frauen berühmter Männer anweist. Nicht einmal der höheren Parteiführerschaft war sie und ihre Stellung als Hausfrau am

„Berghof" bekannt. Von Zufallskenntnissen abgesehen, wußte nur der private Kreis um Hitler von der persönlichen Bindung, die zwischen beiden bestand. Es galt als eine Taktfrage, diese Situation anzuerkennen, ohne sie zu besprechen. Nach Berlin kam Eva Braun nur in den letzten beiden Jahren einige Male, um Hitler hier zu treffen, wenn er aus dem Hauptquartier in die Reichskanzlei kam. Auch hier pflegte sie sich so zurückgezogen zu verhalten, daß der normale Besucher des Hauses keine Ahnung von ihrer Anwesenheit haben konnte. Ich glaube nicht, daß sie sich jemals in politische Dinge eingemischt hat – das würde Hitler auch nicht geduldet haben, denn seine Gründe, sie nicht zu heiraten, waren rein politischer Art. Er glaubte, mit seiner Stellung kein Familienleben verbinden zu können, vor allem aber konnte es nach seiner Auffassung von der einmaligen politischen Mission, die er zu erfüllen habe, weder eine „Frau Führer" noch eine „Dynastie Hitler" geben.

Nur wer diesen Zusammenhang kennt, kann die überraschende Verehelichungsszene, die noch zwei Tage vor beider Tod stattfand, richtig beurteilen. Seit Mitte Februar 1945 befand sich Fräulein Braun wieder in Berlin und lebte mit Hitler, der inzwischen seine teilweise zerstörten Privaträume im Obergeschoß der alten Reichskanzlei hatte aufgeben müssen, unten im Bunker. Sie kam zu einer Zeit, in der die Russen bereits an der Oder standen – und es ist kaum zweifelhaft, daß mit ihrem Kommen schon der Gedanke an das Ende verbunden war. Sie kam, um den Rest seines Schicksals mit ihm zu teilen. In einer Stunde, in der die Bedenken von ehedem nicht mehr gelten konnten, erwies ihr Hitler eine letzte Geste der Dankbarkeit und Anerkennung für ihre Treue.

*

Die Hoffnung auf einen Entsatz der schwer kämpfenden Hauptstadt ist am 28. April, dem Tage, an dem die Trauung im Bunker stattfand, noch nicht ganz aufgegeben. Die Armee Wenck ist mit einigen Spitzen tatsächlich bis Ferch, in der Nähe des Autobahnringes vorgestoßen. Diese Meldung gibt Hitler den letzten inneren Auftrieb.

Als aber klar wird, daß Ferch nur von schwachen Kräften erreicht wurde, die nicht daran denken können, weiter vorzu-

stoßen, da gibt es nichts mehr zu hoffen und nichts mehr zu tun, als Abschied zu nehmen.

Hitler läßt alle, die noch in den beiden Bunkern um ihn und für ihn gearbeitet haben, zu sich rufen und spricht ihnen seinen Dank aus. Dann entläßt er sie.

Es muß etwa 4 Uhr am Nachmittag des 30. April 1945 gewesen sein, als in dem kleinen Wohnzimmer des Bunkers, in das Adolf Hitler sich mit seiner Frau zurückgezogen hatte, der Schuß fiel, der ein Kapitel Weltgeschichte abschloß.

*

Denen, die jene Tage selbst kämpfend miterlebt haben, muß es überlassen bleiben, die ganze Leidenschaft und Hoffnungslosigkeit, die ganze Einsatzbereitschaft und Enttäuschung, den Heroismus und die Niederlage der Schlacht um Berlin zu schildern, die draußen in den Straßen tobte, während die Amerikaner an der Elbe verharrten und die letzte Tragödie in der Reichskanzlei sich vollzog.

Ein Bataillonskommandeur, der im Gebäude des Luftfahrtministeriums seinen Gefechtsstand hatte, wurde nicht müde, mir davon zu erzählen: Nicht nur deutsche Waffen-SS, nicht nur Männer aller Waffengattungen bis zu den Matrosen einer Wachkompanie kämpften in den Straßen um den Wilhelmplatz, auch französische, holländische, dänische und lettische Waffen-SS, Spanier, ja sogar russische Soldaten einer Wlassow-Division haben den letzten Kampf geführt. Den tiefsten, tragischen Eindruck aber haben ihm die Jungen der HJ gemacht. Unerfahren im Kampf, wie sie waren, haben sie mit Liedern auf den Lippen die sowjetischen Linien durchstürmen wollen. Wie 1914 die Studenten bei Langemarck – vergeblich, ja für den kalten Verstand vielleicht „sinnlos“ war das Opfer, unsterblich aber bleibt die tapfere Gesinnung.

Einer der intellektuellen Eiferer, die seit 1945 eingesetzt wurden und eingesetzt blieben, um das deutsche Selbstbewußtsein zu verwirren und seine Wiederbelebung zu hindern, hat neuerdings die Frage aufgeworfen, ob die Deutschen jemals ein Volk im Sinne einer Nation gewesen seien.

Das erinnert an die Logik des britischen Konservativen, der nun, da das Empire zugrunde gerichtet ist, daran zweifelt, daß es je existiert habe. Das mag als ironischer Trost gelten für den Untergang einer Machtkonstruktion, die so oder so nur von begrenzter Lebensdauer sein konnte; Völker hingegen sind nicht auswechselbare Organisationsformen, sondern gewachsene Erscheinungen, sie lassen sich durch historische Zufälle oder gar nur durch Dekrete und politische Leitartikel weder begründen noch auflösen.

Über den Begriff der „Nation" herrscht heute kein Zweifel mehr. Wir verstehen darunter die historisch-politische Formierung der Menschengruppe „Volk", die ihrerseits eine Naturtatsache ist. Die Biologen haben uns darüber gründlich genug aufgeklärt: Ein Menschenvolk wurde und wird nicht nur durch gemeinsame körperliche, sondern auch leiblich-seelische Verwandtschaft bezeichnet, es bildet ein durch Sprache und Lebensgemeinschaft geprägtes „genetisches Isolat". Diese naturwissenschaftliche Auskunft steht zwar den Predigern eines romantischen „Internationalismus" im Wege, sie ist dennoch eine Realität, an der der Wellengang weltweiter Phrasen sich bricht.

Um zur polemischen Ausgangsfrage zurückzukehren: Darüber, daß die Deutschen ein Volk sind, bedarf es keiner Diskussion – ihre Sprachgemeinschaft allein genügt zu dieser Feststellung. Sind sie nun auch eine Nation? Historisch waren sie es oft und immer wieder: von allen heutigen Völkern des europäischen Bereiches haben die Deutschen bereits vor über tausend Jahren sich sogar als Erste in deutlich erkennbarer Form als Nation gefühlt und als solche gehandelt; als sie der Slawen und vor allen der Ungarn sich zu erwehren hatten, haben sie das bereits mit der ganzen Kraft eines politisch organisierten Volkes

getan. Daß in unserer seitherigen Geschichte die nationale Formierung der Deutschen mehrmal aufgelöst und zerschlagen wurde (jedoch ebenso oft neu sich bildete) – das ist der einzige Wahrheitsrest in der Frage, ob wir Deutschen ein Volk im Sinne der Nation seien. Natürlich sind wir es seit 1945 wieder einmal nicht – wie wir es nach dem Westfälischen Frieden 1648 nicht gewesen sind und nicht unter Napoleon oder nach Versailles. Unter Bismarck jedoch fühlten wir uns, wenn auch in „kleindeutscher" Begrenzung, wieder als Nation und unter Hitler waren wir es auch.

Als die großen Widersacher der nationalen Formierung des deutschen Volkes traten zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert die Franzosen, seit dem Beginn der Moderne die Engländer auf; die Hauptnutznießer der Kämpfe um Mitteleuropa waren zuerst die Türken, dann die Russen, schließlich indirekt auch die Amerikaner. So läßt sich das deutsche und europäische Schicksal seit dem Ende des Mittelalters in großem Umriß zeichnen.

Auch die Ursachen dieses oft stürmischen Geschehens sind unschwer zu erkennen: die Deutschen leben in der Mitte des Kontinents, der bis in unsere Zeit die „Welt" bedeutete, sie sind zu zahlreich und zu tätig um nicht von Nachbarvölkern emotional als „Drohung" oder als „Konkurrenz" gefürchtet zu werden. (Erst kürzlich hat ein britischer Publizist das Phänomen untersucht, daß England heute noch viel deutschfeindlicher sei, als die meisten anderen Länder und daß die „extreme Linke" und die „extreme Rechte" in Großbritannien sich in ihrer antideutschen Gefühlshaltung die Hände reichten. Der nachdenkliche Artikelschreiber kam zu dem bemerkenswerten Schluß: „Unser Haß auf die Deutschen kann dadurch erklärt werden, daß wir ihnen so ähnlich sind."*)

Die Frage, ob eine ernsthafte Besorgnis europäischer Völker vor den Deutschen historisch begründet und berechtigt ist, kann rasch ad absurdum geführt werden: Jeder historische Atlas zeigt seit fünf Jahrhunderten eine fast stetige Einengung des deutschen Volkskörpers, die krasseste Form der räumlichen Zusammenschnürung ist 1945 erreicht worden. Es mag angesichts der antideutschen Propaganda zweier Weltkriege grotesk

* Richard West in „New Statesman", London, zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 30. 8. 65.

klingen und doch spricht die Sprache der historischen Tatsachen für die Richtigkeit des Satzes: Die Deutschen waren Jahrhunderte lang zu friedlich und zu sehr bereit, sich mit ihrer Enge abzufinden; hätten sie sich stattdessen kräftig Raum verschafft – etwa so wie die Russen es getan haben – dann wäre ihr Unternehmungswille nicht in die Welt hinaus verwiesen worden und zumindest der für beide Völker katastrophale britisch-deutsche Zusammenstoß hätte keinen Ansatzpunkt finden können.

Die Spuren der Entwicklung, die zu der in England 1896 erstmals öffentlich verkündeten Parole „Germania est delenda" und schließlich zur „Deutschland-kaputt"-Politik von Jalta und Potsdam geführt haben, sind in der politischen Geschichte unseres Jahrhunderts erschreckend deutlich zu erkennen. Was im victorianischen England noch Stimmung und untergründiges Wunschdenken gewesen sein mag, wurde bald nach der Jahrhundertwende ein entschiedenes Anliegen von Whitehall und Fleetstreet. Am 1. Januar 1907 wurde die Forderung nach Zerstörung Deutschlands vom britischen Staatssekretär Sir Eyre Crowe in einer amtlichen Denkschrift leidenschaftlich begründet und vom Außenminister Grey als „Richtschnur für die Politik" deklariert, später hat Crowes Nachfolger Sir (nachmaliger Lord) Vansittart geradezu eine Weltanschauung daraus entwickelt. Auch er datierte seine Erkenntnis, der Deutsche sei ein „Würgevogel" unter friedliebenden Nachbarn und müsse mit dem „Revolver" erledigt werden, bereits auf das Jahr 1907 zurück.

Zweimal – 1914 und 1939 – haben solche Vorstellungen beim Ausbruch großer Kriege Pate gestanden, die schließlich ganz anders endeten, als es für die britischen Macht- und Lebensinteressen erwünscht sein konnte. Zweimal hat man eine Übermacht organisiert, der Deutschland unterlegen ist, zweimal wurde – um den Krieg zu gewinnen – mit der Lüge operiert, der Kampf richte sich nur gegen einen Mann und gegen ein Regime, und zweimal stand man nach dem deutschen Zusammenbruch vor der Frage: „Was nun?"

*

Das Streben der Deutschen nach nationaler Selbstverwirklichung – ein instinktives Bedürfnis, das jedes wache und tätige

Volk empfindet – ist bis in die unmittelbare Gegenwart immer wieder dem Wechsel von Traum und Erfüllung unterworfen gewesen. Seit 1945 müssen wir in unserer staatlichen Einheit und in der ohne sie unerfüllbaren nationalen Freiheit erneut ein in weite Ferne gerücktes Ziel unseres politischen Denkens und Handeln erkennen.

Gewiß: Es ist ein Merkmal des stets strebsamen und ohne sichtbare Leistung unbefriedigten deutschen Volkscharakters, daß wir unter dem Eindruck auferlegter Gebote und Verbote bereit sind, unser nationales Anliegen in das Unterbewußtsein zu verweisen und daß unser Tätigkeitseifer uns zum Schweigen, zu scheinbarer Unterordnung, ja zu willfährigen Falschbehauptungen verleitet; alles das haben auch die Duodezfürsten des 18. Jahrhunderts ebenso erlebt (und sich täuschen lassen) wie Napoleon und Metternich: um so leidenschaftlicher brechen sich dann die zurückgestauten nationalen Empfindungen der Deutschen Bahn, wenn sich eine Gelegenheit zur Verwirklichung zeigt. So war das 1813, 1848 und auch 1933 bis 1938 – zu ungehemmt für politischen Dauererfolg, aber doch Demonstrationen der Kraft und Tiefe des deutschen Nationalgefühls, das man nicht „bewältigt“ indem man es leugnet und unterdrückt sondern nur dadurch, daß man es begreift und ihm Erfüllung verschafft.

Wenn der handelnde Staatsmann die im Laufe der Generationsfolgen kaum veränderbaren Wesenszüge eines Volkes ernsthaft erkennen und wirklichkeitsgerecht einschätzen will, kann er einen kritischen Blick in die Geschichte nicht unterlassen. Hätten die britischen Kriegspolitiker 1914 und 1939 in solcher Erkenntnis gehandelt, so wären uns gewiß zwei Weltkriege erspart geblieben. Das mag überspitzt gesagt sein, doch trifft dieser Satz den Kern der Sache. Die absolute Ursache der deutschen „Unruhe“, die man niederzukämpfen und auszulöschen unternahm, ist nichts anderes, als der zu oft und zu lange und heute wieder unterdrückte Traum der Deutschen von ihrem Reich.

Wir sind so ziemlich das einzige europäische Volk, dem in der Welt von heute die naturgebotene Übereinstimmung von Sprach-Raum und Staats-Raum durch Diktat von außen verweigert wird. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts teilten als

zweite der modernen Großnationen die Italiener unser Schicksal. Seit Cavours Einigungswerk ist aber niemand mehr auf den Gedanken verfallen, eine neuerliche Aufteilung des italienischen Nationalstaates zu fordern und zu betreiben – auch die italienische Niederlage im Zweiten Weltkrieg hat keine Abtrennung oder sonstige Einbuße an italienischem Sprach-Staatsgebiet zur Folge gehabt. In anachronistischer Erhaltung kolonialer Prinzipien blieben – im Gegensatz zu den in Tripolis lebenden Arabern – die Südtiroler der italienischen Oberherrschaft unterstellt: offenkundig nur deshalb, weil die Siegermächte 1945 auch in dieser Bestimmung einen Beitrag zur Verwirklichung ihres Hauptanliegens erkannten – den deutschen Volksbereich politisch aufzuteilen, also wieder einmal dem deutschen Volk zu verbieten, eine Nation zu sein.

An der Weisheit dieser Maxime, die sich aus dem Kabinett des Kardinals Richelieu bis an den Konferenztisch von Potsdam fortgesetzt hat, darf gezweifelt werden. Sie hat zwar mit Zwang und unter Drohung das nationale Denken der Deutschen immer wieder in den tiefsten Winkel ihres Fühlens und Hoffens verbannt, aber was als natürliche Regung lebt, läßt sich zwar unterdrücken aber nicht zerstören. Auch in einem gefesselten Gefangenen bleibt der Drang nach Tätigkeit und Selbstentfaltung lebendig und wer ihn bis zu seiner letzten Stunde unter Kontrolle hält, muß damit rechnen in seinen Kindern und Kindeskindern immer wieder die gleichen Kräfte neu belebt anzutreffen. Dieses Wissen des Biologen und Psychologen wird vom Historiker bestätigt – und der Staatsmann sollte sich daran halten, wenn er nicht verhängnisvollem Fehlurteil verfallen will.

Auf unsere unmittelbare Frage angewandt: Wer vom „deutschen Traum“ spricht, bezeichnet nicht flatterhafte Gefühlsregungen und keine vergängliche Romantik, sondern ein sehr nüchternes politisches Problem, das nicht dadurch gelöst wird, daß man dagegen eifert, sondern nur dadurch, daß man es erkennt, anerkennt und regelt.

Nach 1918 verstrickten die Siegermächte sich in den Selbstbetrug, ihre antideutschen Zwangsregelungen ließen sich mit Hilfe politisch-gezielter historischer Lügen für die Dauer befestigen. Seit 1945 beherrscht der gleiche Irrtum – nur noch

brutaler durchgesetzt und mit rhetorischer Verurteilung des „Nationalismus" verbrämt – die mitteleuropäische Szene. Der Gefühlswiderstand eines mißhandelten Volkes ist freilich keine unerlaubte Verfehlung, sondern eine unvermeidliche Antwort. Beschwichtigungen – und seien sie noch so intelligent ausgedacht und vorgebracht – wirken nur auf Zeit, für die Dauer hilft allein die ändernde Tat. Einen Strom anzustauen, ist kein überzeugendes Programm auf weite Sicht. Wer vorausschaut, versucht nicht, gegen die Natur zu wirken, sondern beugt sich ihrem Anspruch.

Dieser Satz entwirft den Maßstab für jegliches politisches Programm – auch für die Schlagworte der Gegenwart.

Eine „europäische Idee", die nicht die verständige und entschlossene Lösung der deutschen Frage, also die Wiederaufrichtung unseres Nationalstaates einschließt und voraussetzt, wäre eine Utopie, die die treibenden Kräfte und tragenden Pfeiler der weißen Völkergemeinschaft außer Acht läßt. Wer deren machtvolle Allianz als nötig erachtet – es gibt überzeugende Gründe für sie –, der muß vorurteilsfrei das jahrhundertealte deutsche Nationalanliegen befriedigen und einen gesamtdeutschen Staat im Herzen Europas nicht nur dulden, sondern wünschen.

Genau diese Entwicklung zu behindern und auszuschließen, damit wieder eine Zwangslage zu schaffen, die eines Tages zu neuer Rebellion führen muß – das ist seit 1945 das wesentliche Merkmal der europäischen wenn nicht sogar der Weltpolitik gewesen und bis heute geblieben.

Wie der Erste Weltkrieg mit Versailles nicht beendet, sondern in veränderter Form gegen Deutschland fortgeführt wurde, so müssen wir auch heute – nach zwei Jahrzehnten – an allzuviel drastischen Merkmalen erkennen, daß die „Germania est delenda"-Parole als „Richtlinie" der europäischen Politik nicht einmal von denen aufgegeben wurde, die uns seither als „Verbündete" gelten. Die immer wieder geforderte „Anerkennung" des damals in Siegerwillkür mit uns Geschehenen, der Teilungen und Vertreibungen, der moralischen Verdächtigungen und wirtschaftlichen Erpressungen, des erzwungenen machtpolitischen Zwergwuchses – das alles sind Merkmale eines blind weitergeführten Krieges, nicht eines zukunftbewußten Friedens!

Dem Zeitkritiker, der aus dem eng begrenzten, jedoch nach wie vor weltbedeutenden europäischen Bereich in die fernen Bezirke unseres Erdballes hinausblickt, wird die bis in die heutige Gegenwart fortgesetzte Sinnlosigkeit und Allgemeingefahr dieses engstirnigen antigermanischen Zerstörungsfanatismus brennend bewußt. Wie immer man das jahrhundertelange Ausgreifen des weißen Mannes rund um den Erdball beurteilen mag, heute hat es zu einer Weltkrise geführt, über deren Ursachen keine Zweifel möglich sind. Es war zwar gewiß keine „Ordnung“, aber doch eine gewisse in allen außereuropäischen Völkerschaften Jahrtausende hindurch aufrecht erhaltene Stabilität, die gestört und zerstört wurde, als mit dem weißen Eroberer die „Zivilisation“ (wie wir sie verstehen) über ferne Kontinente verbreitet wurde. Die Autorität der Eindringlinge bewirkte das übrige, die Erwerbsmöglichkeiten vervielfachten, der harte Existenzkampf milderte sich, die Lebenserwartung stieg sprunghaft an: und heute sehen wir bereits für die nächsten Jahrzehnte eine „Bevölkerungsexplosion“ sich ankündigen, der alle Experten ratlos gegenüberstehen. Die Welt von morgen wird freilich schwarz und gelb und braun, aber nicht mehr weiß sein; von allen großen Menschheitsgruppen sind nur unsere Völker vom Phänomen der unbegrenzten Bevölkerungszunahme nicht betroffen. Der weiße Anteil an der Weltbevölkerung vermindert sich von Jahr zu Jahr.

Obwohl es weder in der marxistischen noch in der „liberalen“ Romantik einen Platz für solche Probleme gibt, so ist diese Auswirkung der Weltkriege doch zu offenkundig, um unbeachtet bleiben zu können. Wenn wir – was nichts mit sittlicher Wertung zu tun hat, aber in der nüchternen Welt der Tatsachen doch unverkennbar ist – zwischen „aktiven“ Völkern und den „Duldern“ unterscheiden, so sehen wir eine Welt heraufsteigen, in der immer weniger Tätige für eine immer größere Zahl von Hilfsbedürftigen und Apathischen aufzukommen haben.

Diese Entwicklung zwingt offenkundig zu neuer Stabilisierung; eine weltweite Aufgabe kommt auf alle diejenigen Völker zu, die mehr zu leisten vermögen, als sich selbst zu helfen, die also gewissermaßen einen Begabungsüberschuß in die Wegschale des Weltgeschehens einzubringen vermögen.

Und gilt schon für die europäische Befriedung der Satz: „ohne die Deutschen geht es nicht", so noch überzeugender für das Weltproblem der ungleichartigen Bevölkerungsvermehrung und seine wirklichkeitsgerechte Bewältigung.

Die Weltkrise ist zu ihrer heutigen dramatischen Form durch die beiden Vernichtungskriege gegen die Deutschen gesteigert worden – sie ist nur zu überwinden durch die Wiederherstellung einer weißen Willensgemeinschaft, und diese wiederum beginnt erst, wenn die immer noch andauernde antideutsche Niederkämpfungsaktion abgelöst sein wird durch die Gegenbewegung der bewußten Wiedereinfügung einer lebensstarken und lebensfreudigen deutschen Nation in die Front der Völker, die eine Weltverantwortung tragen und ihr gerecht werden wollen.

Die dazu nötige Umkehr des Denkens und Handelns ist – ganz im Gegensatz zu allem, was uns seit zwei Jahrzehnten vorgepredigt wird – vor allem von denen zu fordern, die seit einem halben Jahrhundert Krieg gegen uns führen, ohne sich bisher zum Frieden bereit gefunden zu haben.

Für das, was wir, die Überwältigten, von unserer Seite aus tun sollten und leisten können, zeichnen sich aus solchen Ausblicken klare Linien ab.

Es sind drei Richtungen, in die sich eine auf die Zukunft ausgerichtete nationaldeutsche Politik durch deutliche Wegmarkierungen verwiesen sieht:

Erstens: aus eigener Kraft und Überlegung müssen und können wir dem moralisch- propagandistisch-politischen Kesseltreiben und unserer damit bezweckten seelischen und materiellen Entkräftung und Erpressung entgegentreten. Die antideutsche Welthetze war mörderischer Unsinn und ist es bis heute geblieben – ein Lähmungsprozeß, der die ganze weiße Welt verwirrt und ihr den Blick auf die wichtigere Wirklichkeit verdüstert. Wenn wir auch unter die beiden Weltkriege in ihren tatsächlichen Auswirkungen nicht ohne weiteres und nicht nur von uns aus einen Schlußstrich ziehen können, so muß es wenigstens in unserer Willensbildung endlich geschehen. Insbesondere sind die hierzulande immer noch agierenden „Schuld-und-Sühne"-Propagandisten (den Engländern, Russen und Amerikanern predigen sie nichts!) antideutsche Kriegsverlängerer und Haßorganisatoren, die eine lapidare Zu-

rechtweisung nötig haben. Unsere Souveränität – so begrenzt sie ist – reicht zu solchem Entschluß aus; es gibt keine Entschuldigung für Verantwortliche, die heute immer noch glauben, den Selbstmörder-Weg des moralischen Kapitulationseifers weitergehen und das widerstandslose Unterwerfungsverhältnis in einen Dauerzustand überführen zu dürfen.

Zweitens: die Durchsetzung unseres nationalstaatlichen Anspruchs bedarf einer auf dieses nahe Ziel deutlich ausgerichteten Bündnispolitik. Eine Überprüfung unserer Vertragsverhältnisse wird unerläßlich sein; Bündnisse, die nur uns für andere verpflichten, ohne die Partner zur wirksamen Leistung für unser Wiedervereinigungsanliegen zu nötigen, haben in nationalpolitischer Sicht keinen Sinn. Die sterile Politik des „status quo" von 1945 konnte in den ersten Jahren nach der Errichtung der Bundesrepublik kurzfristig unserer Stabilisierung dienen; längst ist der Zeitpunkt gekommen, sie dynamisch zu gestalten. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik als deutscher Rest- und Kernstaat heute wirtschaftlich wieder eine Großmacht ist, politisch jedoch als Satellit gilt, sollte die Verantwortlichen zu ernster Selbstkritik veranlassen. Aber auch ein Volk, das einen Bismarck oder Cavour nötig hätte, ihn jedoch unter den Zeitgenossen nicht zu erkennen vermag, sollte sich wenigstens des Mangels bewußt werden. Die heutige Praxis mancher „Berufspolitiker", das deutsche Volk von der Diskussion seiner Lebensfragen geradezu abzuhalten und es mit Schlagworten abzufertigen, steht zu diesem nationalen Anliegen in herausforderndem Widerspruch. Wie schwierig es allerdings ist, auf dem Felde der Bündnispolitik den rechten Weg zu finden, hat uns das historische Beispiel Hitlers gezeigt. Um daraus ein Gleichnis zu ziehen: es kommt für die deutsche Politik darauf an, ein „1938" zu erreichen ohne dafür mit einem „1939" bezahlen zu müssen.

Drittens: für das große Fernziel – die weiße Völkerallianz unter entschiedener Mitwirkung einer neugekräftigten, also auch in ihrem angestammten historischen Lebensraum siedelnden deutschen Nation werden wir die Kunst der Beharrlichkeit nötig haben und glückhafte Veränderungen der großen Weltlage abwarten müssen. ... Wozu freilich zu bemerken ist, daß der Mantel der Weltgeschichte bekanntlich nur den mit sich reißt, der seinen Saum im rechten Augenblick zu fassen ver-

steht und auch kräftig genug ist, um es energisch zu tun. Soviel läßt sich vorhersehen: das russische Imperium, so wie es sich Stalin dank Roosevelts Mitwirkung in der Gunst und Eile des Siegesrausches von 1945 zurechtgezimmert hat, wird mit der Gewißheit eines Naturgeschehens genauso auseinanderbrechen, wie jedes übernationale Herrschaftssystem – mochte es noch so fest gefügt erscheinen – stets sein zeitliches Ende gefunden hat. Nicht nur die Amerikaner, auch die Russen haben sich im Jahr ihres Übermutes zu große Stiefel angezogen. Die Verhältnisse im rechten Zeitpunkt zum richtigen Maß zurückzuführen, dem Kolonialismus, der auch in Osteuropa den Keim der Liquidation in sich trägt, das ihm gesetzte Ende zu bereiten und damit die europäische Völkergemeinschaft politisch zu verwirklichen – das ist eine Aufgabe, die unvermeidlich vor allem auf uns Deutsche zukommt. Nicht nur unsere eigenen Volksangehörigen in Ulbrichts russischer Satrapie, alle osteuropäischen Völker warten in unterbewußtem Hoffen auf *unser* Wort und *unser* Handeln. Sie mögen sich – wie wir – noch lange gedulden müssen; aber auch die mühsam und gehemmt reifende Frucht fällt eines Tages vom Baum.

*

Die Welt von morgen wird notwendigerweise anders aussehen als die Roosevelt und Stalin es sich vorgestellt haben. Der amerikanische Präsident glaubte an das Übergewicht maritimer Verbindungen; wenn er sich nur ihren Besitz sichere, dann meinte er den übrigen Erdball mit den Russen teilen zu können. Sie sollten die euroasiatische Land-, Amerika die große Seemacht sein.

Als dieser amerikanische Anspruch allein schon durch die Verlagerung des Rüstungsschwergewichtes bereits in den ersten Kriegsjahren sichergestellt und Großbritannien auf den Weltmeeren zum Juniorpartner der USA herabgesunken war, leistete Roosevelt noch das Zusätzliche: er öffnete den Russen das Tor nach Mitteleuropa, das sie aus eigener Kraft gegen die Deutschen nicht hätten aufstoßen können. Als der amerikanische Präsident am 26. Januar 1943 – in den Tagen der Stalingrad-Schlacht – die „bedingungslose Kapitulation“ zum Programm erhob, war es klar, daß er damit den vollen *amerikani-*

schen Einsatz ankündigte, um den *Russen* den Weg zu *ihrem* Zielraum freizukämpfen. Das war es dann auch, was zwischen dem 6. Juni 1944 und dem 8. Mai 1945 geschah. (Um Roosevelts prosowjetischen Europa-Angriff als „Kreuzzug" zu rechtfertigen, mußte und muß heute noch Hitler als Superschurke der Weltgeschichte gelten!) In Ostasien verlief der Prozeß ähnlich. Hier war die Nichtbeachtung der japanischen Friedensbemühungen im Sommer 1945 bis zum Eingreifen der Russen und der Waffenübergabe an die chinesischen Kommunisten der entscheidende Vorgang. Die Idee eines amerikanisch-russischen Welt-Kondominiums hat über Roosevelts Tod hinaus bis in das letzte Stadium des Zweiten Weltkrieges die Geschehnisse bestimmt. Erst dann setzte die Ernüchterung ein und die Krise begann, die heute in allen Teilen der Welt im Gange ist.

Die tausend Völker der fünf Kontinente lassen sich weder von Washington noch von Moskau aus regieren, und die internationalen Gleichheits-Schemata halten der Weltwirklichkeit nicht stand. Hätten Marx und Lenin recht, so müßten alle Länder und Völker zwischen dem Plattensee bis zum chinesischen Meer längst Glieder der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" geworden sein und würden die Formeln des „Liberalismus" zur Organisation des Erdballs ausreichen, so müßten die „Vereinigten Staaten" nicht fünfzig sondern bereits einige hundert „Bundesländer" zählen.

Trotz ihres Zusammenwirkens, trotz ihres militärischen Sieges, trotz des erdballumspannenden Einflusses der beiden Weltmächte gab es weder eine marxistische noch gar eine „liberale" Weltrevolution, und es konnte sie auch nicht geben, weil die Menschennatur sich nicht in der Retorte ändern läßt. Nationale Freiheitsbewegungen sind dagegen überall im Gange und im Kommen, wo Völker mißachtet, unterdrückt werden oder gar zerteilt sind. Wenn die Existenz einer durch natürliche Beziehungen zusammengefügten Gemeinschaft problematisch wird, dann beenden „Klassen" ihre Bedeutung, und auch „Majoritäten" verlieren ihre überzeugende Wirkung dort, wo sie als Fremdherrschaft empfunden werden. Nicht die von Schreibtischideologen erwartete Auslöschung sondern der Durchbruch der Völkerdifferenzen zu ihrer vollen Selbstdarstellung, die Allianz der Nationen, nicht ihre „Integration", sind das um-

stürzende Merkmal der Gegenwart und der überblickbaren Zukunft geworden. Nicht die Philosophie des Kreml und der Wallstreet weist den Weg – der Versuch ihn zu beschreiten, hat die Verwirrung der heutigen Welt verursacht. Die Anerkennung der Naturtatsachen in der Menschenwelt, ihre Bewältigung durch die nationale Freiheitsverwirklichung, schließlich das überzeugte Bündnis der Großrassen – das sind die Weltordnungsideen, die von deutschem Geist schon seit Herder erkannt und entwickelt wurden und die auch durch zwei Kriegsniederlagen nicht gelöscht werden konnten.

Deutsche Dichter haben in den Völkern die „Gedanken Gottes" gesehen, deutsche Realisten erkennen in ihnen die Mosaiksteine eines naturnahen Weltbildes; sie wissen, daß der Erdkreis den Frieden, den er braucht, nur durch Ordnung gewinnen kann, durch verständige und deshalb gerechte Ordnung.

Nicht *gegen* die Deutschen, *mit* den Deutschen – das ist das Losungswort der Zukunft.

NAMENVERZEICHNIS